

Die Berliner Universität im Kontext der deutschen
Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910



Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben von Lothar Gall

Kolloquien
76

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910

Herausgegeben von
Rüdiger vom Bruch
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Schriften des Historischen Kollegs

herausgegeben von

Lothar Gall

in Verbindung mit

Johannes Fried, Hans-Werner Hahn, Manfred Hildermeier,

Martin Jehne, Claudia Märtl, Helmut Neuhaus, Friedrich Wilhelm Rothenpieler,

Luise Schorn-Schütte, Dietmar Willoweit und Andreas Wirsching

Das Historische Kolleg fördert im Bereich der historisch orientierten Wissenschaften Gelehrte, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben. Es vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und zwei Förderstipendien sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Rüdiger vom Bruch (Berlin) war – zusammen mit Prof. Dr. Christoph Buchheim (Mannheim), PD Dr. Jan-Otmar Hesse (Frankfurt a. M.), PD Dr. Christoph H. F. Meyer (Erlangen, jetzt Frankfurt a. M.) und Prof. Dr. Aloys Winterling (Freiburg i. Br., jetzt Berlin) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 2006/2007. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Rüdiger vom Bruch aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910“ vom 29. bis 31. März 2007 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Das Historische Kolleg wird seit dem Kollegjahr 2000/2001 – im Sinne einer „public private partnership“ – in seiner Grundausrüstung vom Freistaat Bayern finanziert, die Mittel für die Stipendien stellen gegenwärtig die Fritz Thyssen Stiftung, der Stiftungsfonds Deutsche Bank, die Gerda Henkel Stiftung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Verfügung. Träger des Historischen Kollegs, das vom Stiftungsfonds Deutsche Bank und vom Stifterverband errichtet und zunächst allein finanziert wurde, ist die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“.

historischeskolleg.de

Kaulbachstraße 15, D-80539 München

Tel.:+49 (0) 89 2866 3860 · Fax:+49 (0) 89 2866 3863

Email: elisabeth.mueller-luckner@historischeskolleg.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen

Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet

über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild: Loeillot, W.: Universitätsgebäude in Berlin, 1845, Lithographie. Foto: Humboldt-Universität, Kustodie-Scholz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Satz: Typodata GmbH, München

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-59710-3

Inhalt

<i>Rüdiger vom Bruch</i>	
Zur Einführung	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XVII

I. Gestaltwandel der deutschen Universität um 1800

<i>Notker Hammerstein</i>	
Aufbruch in Reformen: Tradition und Innovation zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die Universität in Staat und Gesellschaft	3
<i>Hans-Werner Hahn</i>	
Aufbruch und Krisen: Die Universität Jena zwischen 1770 und 1870	21
<i>Thomas Becker</i>	
Diversifizierung eines Modells? Friedrich-Wilhelms-Universitäten 1810, 1811, 1818	43

II. Selbstverständnis und Umbauten der Universität im deutschsprachigen Raum 1850/60

<i>Winfried Müller</i>	
Inszenierte Erinnerung an welche Traditionen? Universitätsjubiläen im 19. Jahrhundert	73
<i>Walter Höflechner</i>	
Nachholende Eigenentwicklung? Der Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Mitte des 19. Jahrhunderts	93

III. Strukturelle Rahmenbedingungen im Wandel*Peter Lundgreen*

Studium zwischen Forschungsorientierung und Berufskonstruktion 111

*Wolfgang Neugebauer*Wissenschaftsautonomie und universitäre Geschichtswissenschaft im
Preußen des 19. Jahrhunderts 129*Matthias Stickler*Universität als Lebensform? Überlegungen zur Selbststeuerung studentischer
Sozialisation im langen 19. Jahrhundert 149**IV. Stolze Selbstwahrnehmung – Konkurrenzen – Verwerfungen.****Die deutsche Universität am Vorabend des Ersten Weltkriegs***Matthias Middell*Konfrontation auf Augenhöhe? Die Universitäten Leipzig und Berlin im
Wilhelminischen Deutschland 189*Sylvia Paletschek*Eine deutsche Universität oder Provinz versus Metropole? Berlin,
Tübingen und Freiburg vor 1914 213*Charles E. McClelland*Inszenierte Weltgeltung einer prima inter pares? Die Berliner Universität
und ihr Jubiläum 1910 243

Register 255

Rüdiger vom Bruch

Zur Einführung

I.

Die Berliner Humboldt-Universität begeht ihr zweihundertjähriges Bestehen 2010 in einer Zeit struktureller Umformung des deutschen Hochschulsystems. Im Zeichen des Bolognaprozesses wird die Lehrverfassung prüfungsförmig und berufsorientiert modularisiert und wirft neue Fragen nach dem Verhältnis von Bildung und Ausbildung auf. Gleichzeitig (und nicht unbedingt konform) sollen Exzellenzinitiativen standortgebundene Forschungsprofile schärfen und begünstigen dabei auch neuartige Allianzen mit außeruniversitären Forschungsinstitutionen. Vor diesem Hintergrund wird unablässig um „Humboldt“ als bewahrenswerter, transformationsbedürftiger, vielleicht auch gar nicht transformationsfähiger oder gar unzeitgemäßer, weil nur für eine vergangene Epoche zeitgemäßer Orientierungspunkt gestritten; dabei immer unter Berufung auf Maximen (bzw. Chiffren) wie Wissenschaft als Forschung, für Wissenschaft als Bildung, wie systematische Kohärenz wissenschaftlichen Wissens insgesamt oder wie „Einheit von Lehre und Forschung“ in der gemeinsamen Anstrengung von Lehrenden und Lernenden.

Bei diesen Debatten geht es weniger um die aktuelle Institution Humboldt-Universität in Berlin, sondern um eine – zutreffend oder nicht – mit dem Namen Wilhelm von Humboldt konnotierte Idee der deutschen Universität als permanenter Forschungsprozess, in systematisierender Programmatik um 1800 von Philosophen und anderen Gelehrten entwickelt, vor allem aber in bemerkenswerter Gleichförmigkeit Selbstverständnis und wissenschaftliche Praxis deutscher Universitäten im 19. Jahrhundert prägend. Ob es sich dabei um ein erst um 1900 mit rückwärtiger Bindungskraft konstruiertes und programmatisch an Humboldt angekoppeltes Berliner Modell handelte, welches sich tatsächlich aufgrund ähnlicher struktureller Herausforderungen an vielen Orten in ähnlicher Weise herausbildete und durch ständige Interaktionen in einem nationalkulturellen Markt verfestigte, aufgrund wechselseitiger Beobachtungen zur Stärkung eigener Konkurrenzfähigkeit, aufgrund von – auch verkehrspolitisch begünstigten – intensiven Austauschbewegungen von Professoren und Studenten, sowie aufgrund national gestimmter Emphase einer auf Fortschritt durch Forschung bestimmten Wissenschaftskultur, das ist gar nicht so entscheidend, auch wenn die im 20. Jahrhundert fast durchgängige Anbindung einer deutschen Universitätsidee an in Berlin entwickelte „Grundschriften“

ihre eigene Wirkungsmacht entfaltete und zunehmend kritische Fragen an einen „Mythos Humboldt“ laut werden ließ. Entscheidend sind vielmehr jene ähnlichen Herausforderungen und einander verstärkenden Interaktionsprozesse, welche im 19. Jahrhundert das deutsche Universitätssystem zum Zentrum von wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung zugleich avancieren ließen. Andere, in der frühen Neuzeit erwachsene Institutionen zur Gewinnung und Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse wie Akademien und Sozietäten waren nun nicht mehr neben-, sondern nachgeordnet; auf der anderen Seite wurden nach 1900 die Universitäten aus dieser Zentralposition wieder schrittweise abgedrängt durch eine Ausdifferenzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um notwendige oder bedenkliche Umsteuerungen der deutschen Universität und diesen unterlegten historisch-programmatischen Reflexionen gewinnt eine universitätsgeschichtliche Vermessung jenes 19. Jahrhunderts zusätzliche Bedeutung, über einen unabweisbaren historischen Forschungsbedarf hinaus. Hinsichtlich der institutionellen Verfassungsgeschichte und einer an horizontaler wie vertikaler Mobilität interessierten Sozialgeschichte der deutschen Universität besteht, etwa gegenüber der frühen Neuzeit, Nachholbedarf.

Die Situation für die Bewältigung dieser Aufgabe erscheint günstig. Denn einerseits hat sich universitätsgeschichtliche Forschung seit einiger Zeit aus dem Schatten anlassgebundener Gelegenheitsarbeiten, spezialistischer Interessen und einer bloßen Mitverwaltung durch unterschiedliche historische Teildisziplinen herausgelöst, eigene methodische Schwerpunkte und organisatorische Plattformen entwickelt. Andererseits hat die Laune des Jubiläenkalandariums zusätzliche Triebkräfte in Form personeller und finanzieller Ressourcen und nicht zuletzt von engagierter Aufmerksamkeit der (nicht nur) wissenschaftlichen Öffentlichkeit bereit gestellt. Denn das Berliner Jubiläum 2010 reiht sich ein in eine dichte Abfolge von Universitätsjubiläen, deren universitätsgeschichtliche Forschungsergebnisse unsere Kenntnisse gerade auch des „langen“ 19. Jahrhunderts zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg maßgeblich bereicherten. Aus den letzten Jahren seien allein genannt die historischen Jubiläumserträge in Freiburg und in Gießen, in Jena und in Leipzig. Das Berliner Jubiläum fügt sich hier ein, gleichzeitig steht dieses, mit Blick auf die angedeuteten Debatten um „Berliner“ Modell und „Mythos Humboldt“, gewissermaßen unter verschärfter Beobachtung. Umso vordringlicher erscheint eine genauere Musterung dessen, was in diesem Band als *deutsche Universitätslandschaft* bezeichnet wird und nun vorzustellen ist.

Die Berliner Universität steht nicht im Zentrum dieses Bandes, ihre Entwicklung im 19. Jahrhundert interessiert hier im Kontext einer Universitätslandschaft, diese ist der zentrale Begriff im Titel wie in den Einzelbeiträgen. Dieses aus der Topographie entlehnte Bild meint ein vielgestaltiges, von individuellen, mit eigenen Identitäten ausgestatteten Fixpunkten besetztes Gebilde mit zugleich hoher, aufeinander bezogener Vernetzung, welches sich im Fluss der Entwicklung ständig neu austariert. Standortgebundene Traditionen, kommunale Anbindung und landesherrliche Regularien formten die einzelnen Universitäten; zugleich standen sie immer in Beziehung zueinander, in formaler Gleichrangigkeit aufgrund universal

verliehener bzw. anerkannter Privilegien, in konfessionellen und landesherrlichen Spannungsverhältnissen einander belauernd und beobachtend, voneinander lernend, schließlich sich als gleichrangige, wenn auch nicht gleichgewichtige Glieder einer in Ethos und Prestige verbundenen Gemeinschaft respektierend. Man verharrte nicht in abgeschlossener Selbstgenügsamkeit voneinander, aber auch kein übermächtiges Zentrum degradierte die anderen als „Provinz“. Ansehen und Attraktivität orientierten sich lange an der Frequenz, bis im späteren 19. Jahrhundert hohe Zahlen auch als Belastung gelten konnten, zumindest in einzelnen Fächern und gemessen an den erwarteten Arbeitsmarktchancen. Die Höhe der Frequenz war nicht an die Größe der beherbergenden Stadt, sondern an ein besonderes universitäres Profil gebunden; erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts korrespondierten Großuniversität und Großstadt miteinander. Insgesamt galt: Man war lokalstolz und vielgestaltig, zugleich in Ranganspruch, institutioneller Ausgestaltung, sowie in Lehr- und Forschungspraxis aufeinander bezogen.

Mit Blick auf die europäische Universität im Mittelalter bemerkte der Mediävist Peter Moraw einmal: „Es gibt die eine Universität, weil es eine Mehrzahl von Universitäten gibt.“ Für die deutsche Universität seit etwa 1800 scheint dies nicht zu gelten, denn diese hatte der Philosoph Jürgen Mittelstraß im Blick, der auf der gleichen Tagung formulierte: „Die Universitäten sind Ausdruck der Einheit von Forschung und Lehre und somit der Einheit des Wissenschafts- und Bildungssystems.“ An Stelle sozialgeschichtlich fassbarer Differenzierung also eine regulative Idee – könnte aber nicht das spezifische Profil der deutschen Universität des 19. Jahrhunderts gerade im zeitgleichen Nebeneinander beider Feststellungen ermittelt werden? In diesem Sinn sollen die an Berliner Zeiteinheiten orientierten Zeitachsen im Titel dieses Bandes zu Querschnittserkundungen einladen, die nach der jeweiligen Situation der deutschen Universitätslandschaft fragen: In welcher strukturellen und programmatischen Umformung befand sich diese zum Zeitpunkt der Berliner Gründung? In welcher Situation beging Berlin seine Fünfzigjahrfeier 1860, als die Faszination der ersten Berliner Jahrzehnte verflogen war, andere Universitäten Anspruch auf Vorrang erhoben, der künftige Aufschwung unter den Bedingungen der Reichshauptstadt sich noch keineswegs abzeichnete, andererseits eine flächendeckende Umformung das gesamte Universitätssystem bis hinein nach Österreich erfasste? Wie war es schließlich um die deutsche Universitätslandschaft bei der Zentenarfeier einer ihrer Weltgeltung sich rühmenden Berliner Universität 1910 bestellt, gemäß vergleichenden Blicken nach Sachsen und in den deutschen Südwesten sowie angesichts struktureller Verwerfungen in einer wissensbasierten Industriegesellschaft, in der ein „Mythos Humboldt“ als Ausweg aus der Krise beschworen wurde, auch wenn dieser Ausweg in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mündete?

Querschnittsanalysen greifen in diesem Band mit Längsschnittperspektiven zusammen. Einige seien kurz angedeutet: so etwa Übergänge von einer ständisch privilegierten und zugleich aufgeklärten Gesellschaft im Aufbruch nach 1800 über individuelle Karrierestrategien einer bürgerlichen Leistungsgesellschaft bis hin zur industriellen Massengesellschaft am Vorabend des Weltkriegs: Im Umfeld der

Berliner Gründung verbinden sich staatsbürgerliche Reformkonzepte mit gesellschaftspolitischen Systementwürfen im Modus arbeitsamer Geselligkeit einerseits, wissenschaftssystematische Spekulationen mit fachspezifischen Professionalisierungsprozessen disziplinärer Forschungspraxis im Modus einer auf Forschung gegründeten Bildungsidee andererseits, und münden am Ende in eine institutionell ausdifferenzierte, zudem national- wie klassenpolitisch aufgeladene Wissensgesellschaft.

Die Berliner Entwicklung liefert keine Blaupause, kann aber als Symptom mit hohem Verdichtungspotential verstanden werden. Zu Beginn entwickeln kulturtheoretische Systematiker wie der Theologe und Philosoph Friedrich Schleiermacher Konzepte für Universitäten in deutschem Sinne für eine liberale Bürgergesellschaft durch Reformen, nicht Auflösung einer tradierten Verfassungsgestalt. Ein Humboldt leitet politische Gestaltung aus leitenden Ideen der inneren Organisation im Bildungswesen ab. Neben ihnen treiben Philologen und Historiker, Juristen, Mediziner und Naturforscher eine disziplinäre Autonomisierung ihrer Fachgebiete voran, verknüpft mit professioneller Berufsorientierung unter Ein schluss der philosophischen Fakultät. Durch Anbindung der Wissenschaftsakademie, deren Mitglieder universitäre Lehrbefugnis erhalten, sichert die Universität ihren Forschungsimperativ, bis schließlich die Universität zu einer höheren Bildungsanstalt mit angeschlossenem Forschungsbetrieb in Gestalt der Akademieresourcen changiert. Wie zu Beginn, so führen auch am Ende des Untersuchungszeitraumes Spannungen zwischen Reformstau und Reformbedarf in einer dramatischen Umbruchperiode erneut visionäre Gelehrte und strategisch operierende Wissenschaftspolitiker zusammen. Friedrich Althoff überführt Hochschulverwaltung in Wissenschaftssteuerung durch administrative Netzwerkplanung und institutionelle Umbauten in Verbindung mit dem Theologen Adolf Harnack unter dem Signum großbetrieblicher Differenzierung. Mit der Etablierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft lösten sie Spitzenforschung wieder aus der Universität heraus, unter listig-irreführender Berufung auf Wilhelm von Humboldt, aber damit trugen sie allenfalls längst erkennbaren Krisenphänomenen Rechnung, welche aus Unterfinanzierung und gleichzeitiger Lehr-Überforderung der Universität resultierten, welche einen immer noch beanspruchten Konnex von Forschungsimperativ und Forschungsprimat nicht mehr zu wahren vermochte und bereits in ein komplexes System von staatlicher, kommunaler, industrieller sowie unterschiedlich organisierter Privatforschung eingezwängt war.

Die Berliner Entwicklung kann als symptomatische Zuspitzung gelesen werden, nicht aber als Leitplanke der deutschen Universität im 19. Jahrhundert, und sie bildete die vielfältigen Entwicklungsmuster in der deutschen Universitätslandschaft nur begrenzt ab. Zahlreiche wissenschaftliche Innovationen fanden zuerst an anderen Orten statt, großbetriebliche Institutionalisierung ereignete sich lange vor Berlin im deutschen Südwesten. Angesichts krisenhafter Verwerfungen nach der Jahrhundertwende, welche Max Weber 1916 zu dem schroffen Urteil veranlassten, innerlich wie äußerlich sei die deutsche Universitätsverfassung fiktiv geworden, wurden auch anderswo wie in Leipzig alternative Reformkonzepte entworfen.

Auch die Chance eines Neubeginns, wie sie die Berliner Gründung von 1810 bot, war nicht einzigartig. Zum einen folge man in Berlin ohnehin, wenn auch mit bezeichnenden Abwandlungen, einem bereits bewährten Reformmodell, wie es in Göttingen lange schon etabliert war, auch hatten spezifische Konstellationen wie in Jena die wegweisende Modernisierung einer älteren Hochschule ermöglicht; zum anderen wurden Reformimpulse im Zuge einer Neugründung lange nach Berlin erfolgreich genutzt, so in Straßburg seit 1872 oder mit der 1914 in Frankfurt am Main errichteten kommunalen Stiftungsuniversität. Eine genauere Musterung der deutschen Universitätslandschaft im 19. Jahrhundert erscheint daher dringend geboten.

II.

Auf Gestaltwandel der deutschen Universität um 1800 zielt der erste Abschnitt. In Relation von Tradition und Innovation analysiert *Notker Hammerstein* den „Aufbruch in Reformen“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit einem bemerkenswerten Befund: Universitätsreform durchzieht zwar als Leitmotiv die deutsche Universitätsgeschichte, aber vor und nach 1800 in grundsätzlich unterschiedlicher Weise. In der frühen Neuzeit ging es immer wieder um eine Neuausrichtung von Inhalten, nicht von Strukturen. Das setzte ein mit der Umgestaltung der artes-Disziplinen im Humanismus, gefolgt von Transformationen der Lehrprogramme im Zeichen von Reformation und katholischer Gegenbewegung, einschneidend dann wissenschaftliche Reformimpulse im Zeitalter der Aufklärung, keineswegs nur auf Nord- und Mitteleuropa beschränkt. Die Rolle der Universität in Staat und Gesellschaft blieb davon relativ wenig berührt. Grundlegend ändert sich dies erst im 19. Jahrhundert; mit dem Prozess der Durchsetzung bürgerlicher Gesellschaft wandelt sich auch einschneidend die Institution Universität und unterliegt von nun an einem permanenten und rechtsförmigen Neuregelungsdruck.

Als „Aufbruch und Krisen“ kennzeichnet *Hans-Werner Hahn* ein Jahrhundert Universität Jena zwischen 1770 und 1870 aus der Perspektive des Jubiläums von 1858. Obgleich eher eine kleinere Universität, prägte diese doch über Jahrzehnte hinweg die politische Kultur der deutschen Hochschullandschaft im Ringen um das Verhältnis von Wissenschaft und Freiheit. Als Ausweg aus der Krise erwies sich nach 1780 unter der ordnend-gestaltenden Hand Goethes ein Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur unter dem Motto einer „extraordinären Universität“. Gleichzeitig erwies sich die liberale intellektuelle Atmosphäre Jena als attraktiv; die Salana zog führende Geister an. Behutsame staatliche Steuerung gewährte gleichwohl wissenschaftliche Freiräume, und in napoleonischer Zeit galt Jena als autonomes Zentrum deutscher nationaler Kultur. Der Akzent verschob sich nach 1815, politisches Professoren- und Studententum wirkte von Jena aus in einer Kombination von bürgerlichen Wertvorstellungen und romantischem Nationalismus. Wohl belastete die Reaktion im Gefolge der Karlsbader Beschlüsse auch Jena, insgesamt konnten Impulse eines freiheitlichen Aufbruchs hier aber im Vormärz stärker als anderswo (und erst recht als in Berlin) gewahrt bleiben.

Folgten die drei (erst sehr viel später so benannten), 1810 in Berlin, 1811 in Breslau und 1818 in Bonn errichteten Friedrich-Wilhelms-Universitäten einem einheitlichen preußischen Reformmuster im Sinne eines Modells? *Thomas Becker* akzentuiert im Vergleich der jeweiligen Gründungsgeschichten, der jeweiligen Statuten und institutionellen Neuerungen wie Seminare und Institute gesonderte Ausprägungen, welche fernab von jedweder Programmatik den unterschiedlichen kommunalen und regionalen Gegebenheiten geschuldet waren und von politischer Pragmatik zeugten. Konfessionspolitische Argumente waren in Schlesien und später in der Rheinprovinz in einer freilich sehr anderen Konstellation ausschlaggebend für die Errichtung paritätischer theologischer Fakultäten. Dank Süvern avancierte das zusammen mit den aus Frankfurt translozierten Professoren reichlich ausgestattete Breslau zu einer angesehenen Volluniversität, die sich hinter Berlin nicht verstecken musste. Eine wiederum andere Situation ergab sich nach heftigen regionalen Standortkontroversen in Bonn; hier verstand man sich sehr entschieden als Reformuniversität mit einem aufbruchshungrigen Lehrkörper und institutionellen Neuerungen wie dem naturwissenschaftlichen Seminar im Dienste der Lehrerausbildung. Der Beitrag arbeitet eindringlich die je spezifischen Ausprägungen in Gründung und Profilbildung heraus, wobei gleichzeitig eine einheitliche rechtliche Verklammerung mit den jeweiligen, fast deckungsgleichen Statuten erfolgte.

Um Selbstverständnis und Umbauten der deutschen Universität nach der Mitte des 19. Jahrhunderts geht es im zweiten Abschnitt. An sieben Universitätsjubiläen zwischen 1786 und 1887 in Heidelberg, Göttingen, Berlin, Bonn und München zeigt *Winfried Müller* (mit Schwerpunkt auf dem dritten Viertel des 19. Jahrhunderts) typische Ausdrucksformen und graduelle Wandlungen universitärer Selbstinszenierungen auf, welche ihre ursprünglich konfessionskulturelle Ausrichtung längst abgestreift hatten und sich nun in Form von Deputationen und ritualisierten Feierformen wie historisch kostümierten Festzügen, Studentenauftritten, Reden, Grußadressen und Ehrenpromotionen als nationalkulturelle Wissenschaftsgemeinschaften bestätigten. Immer stand ein Ringen um historisch verbürgte Deutungskultur im Mittelpunkt. Die im Anhang beigefügten Ablaufschemata illustrieren plastisch die vorherrschenden Inszenierungsstrategien.

Trotz einzelner Reformvorstellungen unter Metternich befanden sich die österreichischen Universitäten um die Mitte des 19. Jahrhunderts „in einem indiskutablen Zustand“, wie *Walter Höflechner* in seinem Beitrag zum dreiphasigen Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Revolution von 1848/49 bündig vermerkt. Stürmische Aktivitäten vor allem von Studenten und (insbesondere medizinischen) Jungwissenschaftlern kennzeichnen die erste, noch in die Revolutionsjahre fallende Phase gemäß einem Vorbild „deutsche Universitäten“ im Zeichen „allgemeiner Bildung“. Eindrucksvolle, aber zugleich begrenzte Reformen ange-sichts anhaltend heftiger Widerstände der „Patriotengruppe“ und der Katholisch-Konservativen erfolgten seit 1849 unter dem Ministerium Thun-Hohenstein mit Franz Exner als treibender Kraft. Doch auch die Reformer standen den Maximen Lehr- und Wissenschaftsfreiheit skeptisch gegenüber. Immerhin praktizierten sie

im Zeichen des Neoabsolutismus eine autoritäre Modernisierung gegen den Widerstand von Professoren und Senaten, welche sich jedweder Reform widersetzten. Ein wirklicher Wandel begann erst unter dem Druck der militärischen Niederlagen 1859 bis 1866, bis mit der liberalen Ära ab 1867 eine strukturelle Anpassung an Deutschland erfolgte und etwa Marktkonkurrenz im Berufungswesen begünstigte. Insgesamt lässt sich für die österreichischen Universitäten keine Eigenentwicklung beobachten, Deutschland blieb eindeutig das Modell, aber das politische System behinderte nachhaltig eine Angleichung; denn zu sehr standen dem zentralistische Abschottung von Deutschland, eine spezifische Nationalisierung der Hochschulen im Vielvölkerstaat sowie Momente von Unmündigkeit im universitätsrechtlichen Sinn entgegen.

Um strukturelle Rahmenbedingungen der deutschen Forschungsuniversität geht es im dritten Abschnitt, wobei die ersten beiden Beiträge in unterschiedlichen Kontexten auf Wechselbeziehungen zwischen wissenschaftlicher Selbststeuerung und administrativer Außensteuerung abzielen. Dass die auf (verbrieft) Wissenschaftsfreiheit und fachdisziplinäre Autonomie pochenden Forschungsuniversitäten auch (und im Bewusstsein der zuständigen Ministerien vor allem) ausbildungsorientierte Professionsanstalten waren, tritt in der historischen Erinnerung vielfach in den Hintergrund. Doch genau aus dem zeitgleichen und nicht spannungsfreien Verhältnis zwischen Forschungsorientierung und Berufskonstruktion erwuchs die Dynamik der neuen deutschen Universität im 19. Jahrhundert, wie *Peter Lundgreen* in dichter und tabellarisch unterfütterter Argumentation zeigt. Erst ein genauerer und bislang wenig praktizierter Blick auf Prüfungsordnungen macht in den Aushandlungsprozessen zwischen den vorrangigen Akteurgruppen (Staat – Professionsvertreter – Universitäten) Interaktionen zwischen intern gesteuerten Disziplinenentwicklungen und extern entwickelten Berufskonstruktionen sichtbar, und zwar von Beginn an, wie der gleichzeitige und konstitutive Zusammenhang von Forschungs imperativ und *examen pro facultate docendi* in Preußen belegt. Das setzte freilich voraus, dass die philosophische Fakultät ihre vormalige propädeutische Funktion innerhalb der Universität abstreifte, diese an die reformierte gymnasiale Oberstufe überwies und die Lehrerausbildung als ihren spezifischen Bildungszweck etablierte. Gleichzeitig reihte sich die Lehrerausbildung in eine bei den Juristen bereits Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzende Abfolge von allgemeiner wissenschaftlicher Bildung an der Universität und anschließendem berufsorientierten „Vorbereitungsdienst“ ein, bei den Lehrern in Preußen schon 1817, in Süddeutschland mit erheblicher Verzögerung 1895/98. Vergleichbare reichseinheitliche Regelungen für Ärzte erfolgten 1901. Parallel entwickelte sich bis Ende des Jahrhunderts eine Binnendifferenzierung der zunächst allgemeinen Gymnasiallehrerausbildung zugunsten von Fachlehrerausbildung – auch dies spiegelte Wechselwirkungen zwischen fachdisziplinärer und schulprofessioneller Spezialisierung wider. Im Zuge eines expandierenden industriegesellschaftlichen Arbeitsmarktes entstanden schließlich um 1900 neuartige Berufskonstruktionen, denen die Aushandlungsparteien mit dem Diplomabschluss zunächst für Chemiker und Kaufleute Rechnung trugen.

Aushandelungsprozesse und Akteurstrategien untersucht *Wolfgang Neugebauer* am Beispiel der universitären Geschichtswissenschaft in Preußen, im Anschluss an ein von J. Jastrow 1890 vorgelegtes Gutachten, wonach ein begrenztes Steuerungspotential des Kultusministeriums eigentlich nur innerhalb der Fachwissenschaft ohnehin dominierende Tendenzen bestätige. Eine Analyse der Berufungspolitik als zentraler Schaltstelle rückt überzogene Einflussvermutungen zurecht und ergibt ungemein komplexe Akteurkonstellationen, innerhalb deren sich das personell eher dürfzig ausgestattete Ministerium einerseits mit anderen externen Mitspielern innerhalb der preußischen Gesamtregierung bis hin zum Hof, andererseits mit selbstbewusst auftretenden Vertretern von Universität und Fachdisziplin zu arrangieren hatte, freilich selten konfrontativ, vielmehr in dicht verwobenen und schwierig zu entschlüsselnden Netzwerkbeziehungen, lange schon vor dem „System Althoff“. Einen Sonderfall stellte die als Herrschaftsarcanum höchst restriktiv gehandhabte Archivzulassungspolitik dar, bei der auch mächtige Fachvertreter wie Sybel und Schmoller an Grenzen stießen. Insgesamt aber konnte von einem „Durchstellen“ von oben nach unten keine Rede sein, vielmehr vermochten die Universitätshistoriker ein „verdecktes Potential wissenschaftlicher Autonomie“ erfolgreich zu nutzen. Am Beispiel der historischen Seminare folgte eine amtliche Institutionalisierung vielfach lediglich vorangegangenen professoralen Initiativen, in Halle nicht anders als in Berlin, wo eine sehr späte Seminargründung (in der Literatur manchmal hämisch vermerkt) nichts über eine bereits seit Jahrzehnten erfolgreiche Seminarpraxis aussagt. Angesichts zahlreicher privat-geselliger, aber durchaus einflussreicher Netzwerke in der Hauptstadt konnten die Berliner Historiker darüber hinaus Standortvorteile nutzen, welche nicht zuletzt eine Sogwirkung der hier einflussreichen wissenschaftlichen Schulen begünstigte.

Ein ganz anderes Bild im Verhältnis von Selbst- und Außensteuerung zeichnet *Matthias Stickler* in seiner angesichts einer schwierigen Forschungslage hochwillkommenen Bestandsaufnahme der vereinsmäßig organisierten Studierenden. Galt hier „Universität als Lebensform“ in einer (angesichts einer vielbeschworenen „Humboldtluke“ unvermeidlichen?) Parallelwelt zum Studienalltag mit eigenen Wertmustern und Sozialisierungsstrategien? Viele Vorurteile rückt der Beitrag zu- rech, welcher enge Wechselwirkungen zum Wertesystem Universität, in Gestalt von Disziplinierungsagenturen weit über bloßes „Freizeitverhalten“ hinaus aufweist. Auch entfaltete sich ein tief gestaffeltes und kohärent organisiertes Verbindungs Wesen trotz der seit 1817 spektakulär auftretenden Burschenschaften erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Nun erst trat auch an die Stelle temporärer Gesinnungsgemeinschaften das Lebensbundprinzip mit spezifischen Patronagebeziehungen, institutionellen Verfestigungen durch Hausbauten und Zeitschriften und einer zunehmenden Ausstrahlung und Einflussgewinnung in die Gesamtstudentenschaft hinein, auch wenn allenfalls deren Hälfte sich Korporationen anschloss. Innerhalb dieser werden Binnendifferenzierungen und Umgewichtungen vermerkt, etwa ein zunehmendes Übergewicht der Burschenschaften gegenüber den Corps, gleichzeitig eine Eindämmung von Mensuren aufgrund der anwachsenden katholischen und der freien, in der Regel wissenschaftlichen Verbündungen sowie

der sog. Freistudenten, aus denen erstmals im Vorkriegsjahrzehnt eine eigenständige Strömung zur Mitgestaltung studentischer Lebensverhältnisse in der Universität selbst erwuchs. Wünschenswert differenzierte und belastbare statische Anhänge erlauben präzise Zugriffe auf das studentische Verbindungswesen.

Auf Konkurrenzen und Verwerfungen am Ende des Untersuchungszeitraums zielt der abschließende vierte Abschnitt, in synchronem Vergleich, in exemplarischen diachronen Entwicklungsmustern sowie in einem kritischen Blick auf die vielbeschworene Berliner „Weltgeltung“ vor dem Hintergrund der Hundertjahrfeier 1910. Ein Universitätsvergleich von Berlin und Leipzig um 1910 hat vor allem Hochschulpolitik als Standortpolitik zu betonen, so die These von *Matthias MiddeLL*, der neben einer Gewichtung strukturell vergleichender Faktoren insbesondere auf paradigmatische Differenzierung im Urteil der Zeitgenossen achtet. Weniger ein Vergleich der aufeinanderfolgenden Jubiläen in Leipzig 1909, das ziemlich missglückte, und in Berlin 1910 bietet sich an, vielmehr das zeitgleiche Rektorat Karl Lamprechts 1910/11; denn wie Harnack dort, so entwickelte auch Lamprecht ein freilich sehr anderes Gesamtkonzept als Ausweg aus der Krise, und zwar in bewusster Standortkonkurrenz. Frequenz und Personalsituation hatten sich in Leipzig abweichend zu Berlin entwickelt, zugleich verwies man in der Messestadt auf eine großzügige Universitätsbaupolitik, ferner auf Konkurrenz weniger zu Berlin als zur eigenen Hauptstadt Dresden mit seiner anwendungsorientierten Technischen Hochschule, gegenüber der in Leipzig dominierenden Grundlagenforschung. Zugleich beanspruchte Lamprecht für seinen Standort kulturwissenschaftliche Deutungshoheit. Reformakzente legte er insbesondere auf eine Neugewichtung von Studium und Forschung durch forcierte Internationalisierung, durch ein strukturiertes Studium im Institutsmodell als Verbundsystem sowie durch ein flankierendes Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen. Auch ohne ein „Modell Humboldt“ stellte sich die Frage, inwieweit eher in Berlin oder in Leipzig eine zeitgemäße Fortentwicklung der lange Zeit bewährten und dann zunehmend überforderten deutschen Forschungsuniversität unter Wahrung der Lehr- und Forschungsgemeinschaft angestrebt wurde. Die weitere Entwicklung erwies dann den in Berlin eingeschlagenen Weg mit außeruniversitären Forschungsinstituten als irreversibel, zudem prallten in den Konzeptionen von Harnack und Lamprecht „gefühlte“ Starke bzw. Schwäche aufeinander.

An Hand von universitätsvergleichenden (Freiburg, Tübingen, Berlin) bzw. professionsexemplarischen (Lehrerbildung) Längsschnitten unterstreicht *Sylvia Paletschek* ihre bekannte These, nicht ein Humboldtsches, sondern ein allgemein deutsches Universitätsmodell habe das 19. Jahrhundert bestimmt. Im Anschluss an J.D. Cobb werden zunächst für den deutschen Südwesten „forgotten reforms“ außerhalb Preußens zwischen 1797 und 1817 betont, im Sinne eines zunehmend verstaatlichenden Aufklärungutilitarismus im zunächst österreichischen, dann badischen Freiburg, im Sinne staatsanstaltlicher Umformung einer zuvor fast „lupenreinen“ „Familienuniversität“ durch „nützliche“ Berufungen in Tübingen, wo man 1820 zwar wieder zur kollegial-korporativen Verfassung zurückkehrte, aber etwa fakultätspolitisch neue Pflöcke mit der jeweils ersten Errichtung einer staats-

wissenschaftlichen (1817) bzw. einer naturwissenschaftlichen (1863) Fakultät einschlug. Im Frequenzvergleich ergeben sich über das Jahrhundert hinweg deutliche Schwankungen, insgesamt erwiesen sich am Ende Berlin und Freiburg als Gewinner, sackte Tübingen gar 1910 auf Rang 12 ab, während Freiburg atemberaubend empor schnellte, in krassem Gegensatz zu Tübingen begünstigt durch Verkehrsanbindung und lokale Attraktivität („Die Professoren folgten den Studenten, nicht umgekehrt“). Wesentlicher Anteil am Aufschwung deutscher Universitäten kam der fächerspezifischen Binnendifferenzierung im Umfeld der Lehrerausbildung zu, darüber hinaus galten Großstadtuniversitäten als innovativ vornehmlich durch den Ausbau prestigeträchtiger „kleiner“ Fächer.

Insgesamt stellte sich die deutsche Universitätslandschaft vor 1914 als zwar differenziert, keineswegs aber segmentiert dar, sie war – wissenschaftlich relativ homogen – durchweg aufeinander bezogen. Die Sonderrolle Berlins um 1900 erkläre sich neben besonderer Pflege der kleinen Fächer und eines Trends zur Berufung der „Besten der Bewährten“ vor allem durch die finanzielle Begünstigung einer urbanen Wissenschaftslandschaft, welche über die Universität hinaus eine gezielte außeruniversitäre Wissenschaftsförderung mit insgesamt hohen Synergieeffekten im Berliner Raum ermöglichte.

Eben hier knüpft der abschließende Beitrag von *Charles E. McClelland* zum Berliner Universitätsjubiläum 1910 an, bei dem es sich in Wahrheit um die „Großinszenierung“ der gesamten Bildungs- und Forschungslandschaft Berlins mit spezifischen Klientelinteressen gehandelt habe. Bereits Max Lenz, Historiograph der Universität 1910 und Festredner, schlug in seiner Musterung für die Zeit seit 1871 skeptisch-pessimistische Töne an, und der Autor bestätigt diese in nüchtern-distanzierter Strukturanalyse: Ein Modell „Humboldt“ taugte in Berlin für die Zeit um 1910, kaum für die Situation 1910 mit ihren großbetrieblichen Zuschnitten in einer Weltstadt, zugleich mit einer Reservearmee von Privatdozenten und einer wenig innovativen, von „Institutsspezialisten“ beherrschten Ordinarienuniversität, welche darüber stritt, ob die Errichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als „kühne Neuinterpretation“ von Humboldt oder als bedrohliche Krisenverschärfung zu werten sei. Im Rückblick erscheint das Berliner Universitätsjubiläum von 1910 als Meilenstein und Wendepunkt zugleich, als Beginn des Abstiegs der deutschen und insbesondere der Berliner Universität, noch vor den durch den Weltkrieg ausgelösten Erschütterungen.

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Dr. Thomas Becker, Bonn, archiv@uni-bonn.de

Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch, Berlin (Stipendiat des Historischen Kollegs
2006/2007), vombruchr@geschichte.hu-berlin.de

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn, Jena, Hawe.Hahn@uni-jena.de

Prof. Dr. Notker Hammerstein, Frankfurt a. M., Hammerstein@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Dr. h.c. Walter Höflechner, Graz, walter.hoeflechner@kfunigraz.ac.at

Prof. Dr. Peter Lundgreen, Göttingen, plundgr@gwdg.de

Prof. Charles E. McClelland, Albuquerque, New Mexico, cemcc@unm.edu

PD Dr. Matthias Middell, Leipzig, middell@uni-leipzig.de

Prof. Dr. Winfried Müller, Dresden, Winfried.Mueller@tu-dresden.de

Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Würzburg,
wolfgang.neugebauer@mail.uni-wuerzburg.de

Prof. Dr. Rainer Christoph Schwinges, Bern, rainer.schwinges@hist.unibe.ch

PD Dr. Matthias Stickler, Würzburg, matthias.stickler@mail.uni-wuerzburg.de

I. Gestaltwandel der deutschen Universität um 1800

Notker Hammerstein

Aufbruch in Reformen. Tradition und Innovation zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die Universität in Staat und Gesellschaft

Die Themenstellung lässt erwarten, daß ich mich den Reformplänen und der sozialen Einbettung der Universitäten im Umfeld der Gründung Berlins zuwende. Da das aber bereits öfters geschehen ist, ziehe ich es vor, ein wenig anders vorzugehen. Da umfaßt dies Thema für mich zwei Problemkreise. Sie schließen einander keineswegs aus, ja gehören zur Sache selbst, die hier verhandelt werden soll, aber sie sind eben doch hintereinander bzw. nebeneinander zu behandeln, wie ich meine.

Da geht es zum einen um Reform der Universitäten, speziell der Berliner im Umfeld der bestehenden Universitäten. Das ist insoweit zwar zeitlich klar bestimmt, aber darum nicht minder als eigenes Problemfeld im Blick auf die Geschichte von Universitätsreformen einzuordnen. Was macht das Eigentümliche dieser Reform nach 1800 aus? Wieso konnte das auf dem Boden des sich auflösenden Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation vor sich gehen und zudem gleichsam auf Anhieb so erfolgreich sein? Waren es hauptsächlich oder gar allein die bekannten neuhumanistischen und idealistischen Universitätsreformer, deren geniale Einfälle und Vorstellungen, die die Gründung der Universität Berlin zu einer so beispielhaften Angelegenheit werden ließen? Entwickelte sich diese Bildungs- und Universitätsreform in der kurzen Zeit nach 1806, als durch geistige Anstrengungen das im politischen Verlorene wettgemacht werden sollte, oder hatte sie eine längere Vorgesichte? Berlin steht schließlich nicht für die erste Universitätsreform, es gab zuvor andere. Hat das etwas zu bedeuten?

Die zweite Frage, die ich in der vorgegebenen Formulierung entdecken zu müssen meine, zwingt mich, ein spezielles Augenmerk auf die Rolle der Universität in Staat und Gesellschaft zu richten, wie sie sich im Umfeld der Gründung Berlins und darin auch folgenreich für das 19. Jahrhundert abzeichnete. Auch das scheint mir einen historischen Rückblick notwendig zu machen, um die Möglichkeiten und die Eigenart dieser Entwicklungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts vielleicht deutlicher kenntlich machen zu können.

Die in Berlin sich selbst verwirklichende neuhumanistisch-idealistiche Universitätsreform, war ein epochales Ereignis¹. Es ist in seiner Einzigartigkeit so

¹ Ulrich Muhlack, Die Universitäten im Zeichen von Neuhumanismus und Idealismus: Berlin; jetzt in: ders., Staatsystem und Geschichtsschreibung (Berlin 2006) 223ff., hinfort: Muhlack,

einzigartig doch wiederum nicht, könnte ein wenig paradox gesagt werden. Die deutsche Universitätsgeschichte ist gekennzeichnet durch eine Reihe von – früher häufig nicht recht gesehenen – Reformen. Diese „Reformen“ veränderten allerdings nicht die mittelalterlich-frühneuzeitliche Auffassung von dem, was Wissen, was Universitäten und Wissenschaften ausmache. Und das bestimmte auch die Vorstellungen von dem, was Universitäten und Professoren zu leisten hatten. Es blieb bis ins 18. Jahrhundert dabei, daß es Aufgabe des Gelehrten sei, den Kosmos dieses Wissens immer wieder neu auszuschreiten, ihn lebendig zu erhalten und weiter zu vermitteln². Vorstellungen von Forschung – um es modern zu formulieren – konnten nicht dazu gehören. Das schloß natürlich keineswegs Fortentwicklungen aus, aber sie wurden als Wiederaufnehmen vergessenen oder übersehenen Wissens verstanden³. Reformen veränderten nicht einmal den institutionellen Rahmen der Universität, zum mindesten nicht im Heiligen Römischen Reich. Sie konnten ihn modifizieren, was eigentlich aber nicht bemerkt oder thematisiert wurde. Es war und blieb bei der traditionsreichen und akzeptierten Figur der *Universitas magistrorum et scholarium*, der einer privilegierten Korporation mit eigenem Rechtsstatus also. Der äußere und wissenschaftliche Rahmen der Institution als eine in Fakultäten untergliederte, von Rektor und Senat geleitete Anstalt blieb über die Schwelle von 1810 hinaus bestehen und wird erst in unseren Tagen grundlegend in Frage gestellt, um das in Parenthese anzumerken.

Die deutsche Universitätsgeschichte kennt also eine ganze Reihe von Reformen vor der Berliner. Sie waren nicht unwichtig für diese, und daher will ich die wichtigsten von ihnen umrißhaft benennen. Zuvor will ich jedoch darauf verweisen, daß die Sache als solche – also die Reform der Universitäten und vor allem ihre inhaltliche Abfolge – nicht als gemeinsame Phänomene verstanden werden kann. In den westeuropäischen und romanischen Ländern fanden nur bedingt vergleichbare Reformen statt. Allenfalls gelegentliche Versuche dazu bzw. marginale Veränderungen sind dort zu beobachten. Insoweit war die Entwicklung im Heiligen Römischen Reich und auch die in den Niederlanden – neben der in Schottland während des 18. Jahrhunderts – eine Art Ausnahme. Es war das eine der Ursachen für die durchweg vitale Überlebensfähigkeit und Fruchtbarkeit der deutschen und niederländischen Universitäten. Das umfaßte selbstverständlich nicht immer alle Anstalten und traf auch nicht immer uneingeschränkt zu. Aber es kennzeichnet

Berlin; *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1800–1866 (München 1983) 470ff.; Die wesentlichen Dokumente und Briefe in: *Wilhelm Weischedel* (Hrsg.), Idee und Wirklichkeit einer Universität (Berlin 1960), *hinfot Weischedel*, Idee und Wirklichkeit, sowie die Grundschriften in: *Die Idee der deutschen Universität* (Darmstadt 1956).

² Insgesamt vgl. *Walther Rüegg* (Hrsg.), Geschichte der Universität in Europa, I–III, (München 1993–2004), *hinfot Rüegg*, Geschichte.

³ *Friedrich Paulsen*, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium (Berlin 1902, Ndr. Hildesheim 1966) 60ff.; *Ewald Horn*, Die Disputationen und Promotionen an den deutschen Universitäten vornehmlich seit dem 16. Jahrhundert (Leipzig 1893).

grundsätzlich die führende Rolle der Institution Universität im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation für den deutschen geistigen Haushalt⁴.

Was zeichnete nun frühere Universitätsreformen aus? Einige möglichst knappe – und damit verkürzende – Hinweise mögen das in Erinnerung rufen. Eine der ersten stand zwar nicht für ein neues oder gar eigenes Wissenschaftsverständnis, aber der Humanismus, um den es geht, hat für die Universitäten im Reich bleibende Modifizierungen der scholastischen Methoden und Auffassungen von Wissen gebracht. Ich brauche hier nicht auf die verwickelte Haltung der Universitäten in dieser Sache einzugehen. Es genügt, auf zentrale Punkte zu verweisen.

Vor allem die Disziplinen der artes, die „ad moralem spectant“, liegen den Humanisten am Herzen. Dazu gehören Grammatica, Rhetorica, Historica et poetica. Sie versittlichen den Menschen und machen ihn damit erst zum Menschen⁵. Eine unabdingbare Voraussetzung allen Wissens sei es, sich einer richtigen und klaren Sprache zu bedienen, in diesem Fall des klassischen Lateins. Lorenzo Valla sagte: „Wer weiß nicht, daß alle Studien und Disziplinen blühen, wenn die Sprache in Blüte steht und sie verfallen, wenn die Sprache verfällt.“⁶ Gute Sprache garantiere zudem gute Sitten, und darauf kam es den Humanisten gleichermaßen an.

Methodisch beförderten die Humanisten eine philologisch gestützte Analyse der Texte, ein Zurückgehen auf die Quellen – ad fontes, wie gesagt wurde –, die Abkehr von den Kommentaren oder – modern gesprochen – Handbüchern. Das führte zu einer Art früh-historisierender Methode. Zugleich bewirke die Beschäftigung mit den studia humanitatis nicht nur eine Versittlichung, sondern erhöhe und schaffe erst den eigentlichen, den gebildeten Menschen. Diese Bildung wurde sowohl als eine innerweltlich sittliche wie auch ästhetisch aristokratische verstanden. Im Reich wurden diese Ideale durch die Reformation umgebogen. Bildungsfragen, wurden zu Gewissens- und Glaubensfragen⁷. Das sind sie bis heute geblieben!

Für die Humanisten waren also hauptsächlich Disziplinen angesprochen, die das Trivium betrafen. Aber die methodischen Neuerungen, denen sie unterzogen wurden, konnten auch auf andere Fächer übertragen werden. Zugleich wurde ein Kanon klassischer Autoren und ästhetischer Muster verbindlich, der – wenn auch örtlich unterschiedlich, zeitlich sich wandelnd, aber im Grunde beharrend – bis ins späte 18. Jahrhundert Grundlage aller wissenschaftlichen Auseinandersetzungen blieb. Ganz allgemein waren das die Antike, für das Wissen Aristoteles, für die Kunst Vitruv und Ovid, fürs Recht der Corpus Juris, Galen für die Medizin –

⁴ Notker Hammerstein, Zur Geschichte und Bedeutung der Universitäten im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, in HZ 241 (1958) 287ff., ferner Nipperdey (wie Anm. 1) passim.

⁵ Notker Hammerstein, Humanismus und Universitäten, jetzt in: ders., Res Publica Litteraria, (Berlin 2000) 72ff.

⁶ Zit. n. August Buck, Die humanistische Tradition in der Romania (Bad Homburg, Berlin, Zürich 1968) 155.

⁷ Paul Joachimsen, Der Humanismus und die Entwicklung des deutschen Geistes, in: ders. Gesammelte Aufsätze I (Aalen 1970) 325ff.; Reinhart Koselleck, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil II (Stuttgart 1990) 14ff.

um nur sie zu nennen –, sowie die Heilige Schrift, die Bibel. Höfen wie Universitäten war dieser Kanon vertraut, und er garantierte über die frühe Neuzeit hinweg eine europaweite Verständigungsbasis für Adlige und Gebildete⁸. Nicht in allen Ländern schlossen sich die Universitäten allerdings dieser Entwicklung an. In Frankreich verhinderte die starke scholastische Tradition eine Umsetzung dieser innerweltlich-ästhetisch-aristokratischen Ideale in die Universitäten. Zum Teil war dies auch in Italien der Fall, während in England das Ideal der liberal education, die in vieler Hinsicht diesem idealen Kanon entsprach, und das bis weit ins 19. Jahrhundert hinein, dieser Aufgabe verpflichtet blieb. Erst der erzogene, besser der gebildete Mensch war danach ein Mensch.

Die Reformation wandte sich von dieser innerweltlich-optimistischen Sicht der Wissenschaften ab⁹. Nach anfänglich turbulenten Verwirrungen in den Universitäten – bis hin zu einer möglichen Auflösung der Institution – erkannten die Reformatoren alsbald jedoch die Notwendigkeit von Schulen aller Art und von Ausbildung. Der Reformator der Kirche, Luther, lehrte Fürsten und Städte 1524, es sei „eines Gemeinwesens bestes und ihr allerprächtigstes Gedeihen, ihr Wohl und ihre Kraft, daß sie viele gute, gebildete, vernünftige, ehrbare, wohlerzogene Bürger hat, die dann sehr wohl Schätze und alle Güter sammeln können, sie erhalten und recht zu gebrauchen“ wissen. Er bekannte, daß „die Wissenschaften und Sprachen, für uns kein Verlust, vielmehr ein größerer Schmuck und Nutzen, Ehre und Gewinn sind, um die Heiligen Schriften zu verstehen und auch, um die weltliche Herrschaft auszuüben“¹⁰. Daraus folgte für Luther: „Die Universitäten bedürfen auch wohl einer guten starken Reformation. Ich muß es sagen, es verdrieße, wen es will.“

Durch seinen Mitstreiter, den Reformator der Universitäten, Melanchthon, einen Anhänger der Humanisten, wurden die Hochschulen auf recht klar beschriebene Ziele und Aufgaben festgelegt. Der Humanismus selbst hatte sich diesem ihm überlegenen Welt- und Wissenschaftsverständnis unterzuordnen. Das muß aber nicht – wie früher üblich – als sein Ende gesehen werden. Viele methodische und selbst inhaltliche Momente gingen in das evangelische – also das lutherische aber auch calvinistische – Bildungsprogramm ein. Es drückt sich in der von Johannes Sturm, aber auch Melanchthon und anderen geprägten Formel einer *sapiens et eloquens pietas* aus. Dies Bildungsprogramm übernahm während und nach dem

⁸ Gerrith Walther, Mit dem Fürsten sprechen. Adel und Absolutismus in Baldassar Castigliones „Buch vom Hofmann“, in: Dieter Hein u.a. (Hrsg.), Historie und Leben, Festschrift für Lothar Gall (München 2006) 391ff.; ders., Adel und Antike, Zur politischen Bedeutung gelehrter Kultur für die Führungseliten der Frühen Neuzeit, in: HZ 266 (1998) 359ff.

⁹ Notker Hammerstein, Universitäten und Reformation, jetzt in: ders., *Res publica* (wie Anm. 4) 388ff.; Arno Seifert, Das Höhere Schulwesen, Universitäten und Gymnasien, in: Notker Hammerstein (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte I (München 1996) 197ff., hinfot: Seifert, Schulwesen.

¹⁰ An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen, WA 15, 27–53; hier zit. n. Karin Bornkamm, Gerhard Ebeling (Hrsg.), Martin Luther, Ausgewählte Schriften V (Frankfurt am Main 1982) 41ff.

Konzil von Trient übrigens auch die katholische Kirche, forcierte sie doch ebenfalls die gelehrte Ausbildung von Geistlichen, bedurfte ihrerseits der Unterstützung akademisch Vorgebildeter. Ihr junger und für zwei Jahrhunderte führender Erziehungsorden, die Societas Jesu, folgte ziemlich genau dieser Auffassung, was nicht zuletzt von Johannes Sturm als ungemein erfolgreich anerkannt wurde¹¹. Noch im aufgeklärten Jahrhundert maß August Wilhelm Schröder den Jesuiten gar die führende Rolle bei dem Ausbau der Bildungsinstitutionen bei. „So viel ist gewiß, dieser Orden hat uns Protestanten zuerst auch zur Verbesserung unserer Schulen geweckt“, wie er nach der Auflösung des Jesuitenordens schrieb¹². Alle Konfessionsparteien suchten im 16. und 17. Jahrhundert durch Erziehung und Ausbildung die eigene Position zu kräftigen. Der Gelehrte bzw. Gebildete verstand sich folgerichtig denn auch ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts als *vir pius et doctus simul*.

Gewiß, das alles überwölbende Problem des rechten Glaubens führte nicht gerade zu einem humanistischen Wissensaufbau. Die Theologie beanspruchte wieder die führende Rolle. Die artes-Fakultät galt erneut als ancilla theologiae und die Universität als eine durchaus auch kirchliche Veranstaltung. Das förderte und stärkte die Stellung der Theologischen Fakultäten nicht unerheblich, insbesondere die der protestantischen Universitäten. Sie waren die Orte, von denen aus der Kampf gegen die päpstliche aber auch die unterschiedlichen innerprotestantischen Richtungen untereinander geführt werden mußte. Für die Zukunft erwies sich das allerdings als ein intellektueller Kraftquell, auf den konfessionell einheitlichere Länder zum Nachteil ihrer Universitäten verzichten mußten. Insgesamt erfuhren viele Wissenschaften damals eine Indienststellung für konfessionelle Konsolidierung und abgrenzende Polemik zugleich. Sie erlebten einen – wie das Arno Seifert nannte – Funktionsschub, den man von fern mit den Wirkungen des späteren Professionalisierungsschubs keineswegs unzutreffend vergleichen könnte. Universitäten hatten – theoretisch – recht klaren Vorgaben zu folgen, so wie sie in vielen Anweisungen immer wieder beschrieben wurden. So war, um ein Beispiel zu nennen, im Falle der Gründung Gießens 1607 die Absicht, daß „so wohl zu kirchen und schuelen, alß auch dem weltlichen regiment und gueten policey täglichen (d.i. tauglichen, d. Verf.) personen auferzogen und unterrichtet werden“ sollten¹³. Alle Konfessionsparteien teilten die Meinung, wie eine Art Sprichwort formulierte: „Aus Schreibern und Studenten werden der Welt Regenten.“¹⁴

Die gegenüber der römischen Kirche so tiefgreifende andere und revolutionierende Lehre Luthers führte zu Veränderungen auch im institutionellen Gefüge der protestantischen Hochschulen. Den allgemeinen Rahmen traditioneller Universi-

¹¹ Seifert, Schulwesen, *passim*.

¹² August Wilhelm Schröder, Briefwechsel meist historischen und politischen Inhalts IV (Göttingen 1779) 94f.

¹³ W. M. Becker, Universität Gießen (Gießen 1907) 104.

¹⁴ Zit. n. Friedrich von Bezold, *Die ältesten deutschen Universitäten in ihrem Verhältniß zum Staat*, in: HZ 80 (1898) 436ff., hier 466.

tätsverfassung berührte das zwar nicht, also die akademische Freiheit und Selbstverwaltung, die Stellung als Korporation mit Rektorats- und Senatsverfassung, die Einteilung der Fakultäten, das Graduierungsrecht. Aber in einem für die fernere Zukunft nicht unerheblichen Punkt zwangen die Ereignisse im Gefolge der Reformation zu Modifikationen des Überkommenen. Die Artisten hatten bislang und üblicherweise ihre *magistri regentes* – also ihre Dozenten – aus Kolleggebühren und Kollegiaturen finanziert. Die große Frequenzkrise zu Beginn der 1520er Jahre erzwang jedoch, diese Praxis aufzugeben. Hörgelder gingen nicht mehr, wie bisher gewohnt, hinreichend ein, und so mußte an die Errichtung besoldeter Lektüren gedacht werden. An allen evangelischen Universitäten – bald auch an den katholisch verbliebenen – traten folglich „*lectores*“, oder wie es bald hieß: *professores publici* an die Stelle der *magistri regentes*¹⁵. Das bedeutete, daß sich ihre Zahl entschieden verringerte, auf – im günstigsten Fall – bis zu neun. Die protestantische artistische Fakultät trat damit, was ihr Lehrpersonal anbelangte, neben die oberen Fakultäten. Wie diese verfügte sie jetzt über (theoretisch) fest etatisierte Lehrkanzeln. Die *facultas artium*, die früher und europaweit das Fundament der scholastischen Universität gebildet hatte, organisierte sich im Reich endgültig als Fakultät nach Art der drei oberen. Das war keineswegs selbstverständlich, und es kam schon gar nicht außerhalb des Reichs zu einer solchen Einrichtung bzw. Ordnung. Die Artisten leiteten von da immer wieder einmal den Anspruch auf Gleichberechtigung mit den oberen Fakultäten ab. Dazu kam es zwar zunächst noch nicht. Aber ein wichtiger und institutionell bedeutsamer Schritt hin zur Philosophischen Fakultät, wie sie paradigmatisch dann zuerst in Berlin auftauchte, war gemacht. Das gab es anderswo in Europa nicht, und das ist nicht die einzige Besonderheit unserer Universitätsgeschichte. Seifert spricht nicht unzutreffend von einer radikalen Wegetrennung der deutschen von der allgemein europäischen Entwicklung.

In den Wirren des 17. Jahrhunderts – der Dreißigjährige Krieg ist dafür das beispielhafte Ereignis – gingen die Universitäten zwar nicht unter, sie erlebten aber auch keine großen Reformanstrengungen. Die setzten erst gegen Ende des Jahrhunderts ein. Inzwischen hatte vielerorts freilich die Attraktivität der Universitäten infolge ihrer theologischen Überwölbung deutlich abgenommen. Sie galten nicht mehr als zeitgemäß, erschienen verstaubt und mönchisch. Das eröffnete einem neuen Erziehungs- und Bildungsideal große Chancen, was sich um so bedeutsamer bzw. gefährlich erwies, als es den Adel betraf. Der Siegeszug der Ritterakademien auch auf deutschem Boden verwies die Ständegesellschaft auf Defizite, die ihre bisher erste Ausbildungsstätte anbelangte¹⁶. Indem allerdings mit der nächsten Stufe einer Erneuerung bzw. Reform der Universitäten, die aufklärerische, ein zeitgemäß verjüngtes Wissens- und Erziehungsprogramm umgesetzt wurde, das Ideen und Praktiken der Ritterakademien erfolgreich mit übernommen hatte, wurde diese Krise rasch überwunden. Der auszubildende Adel kehrte folgerichtig in die Universitäten zurück.

¹⁵ Seifert, Schulwesen 260.

¹⁶ Norbert Conrads, Ritterakademien der Frühen Neuzeit (Göttingen 1982) passim.

Die aufklärerische Universität, wie sie in Vorform in Helmstedt und Jena, in ihrer stilbildenden Form mit der Friedericiana in Halle 1694 ins Leben trat¹⁷, gehört wiederum in den typischen und im europäischen Kontext zugleich auch besonderen Zusammenhang unserer Universitätsgeschichte. Es ist zwar keine Frage, daß die Aufklärung – wie zuvor Humanismus und Reformation – ein gesamteuropäisches Phänomen war. Ja als solches war sie eines der wichtigsten, noch vor dem Humanismus. In ihren klassischen Ländern, in England und Frankreich, hatten die dortigen Universitäten daran allerdings kaum teil. Die verharrten in ihren scholastischen bzw. späthumanistischen Traditionen. Das Neue, Aufklärerische wurde in privaten Zirkeln, in Salons, in London und Paris als städtischen, nicht universitären Zentren, auch in der Royal Society, der Academie des Sciences und entsprechenden anderen Vereinigungen bzw. Akademien gepflegt und verbreitet. Die artes hatte man in Frankreich schon länger – ganz analog zur vielfältigen Praxis der Jesuiten – in die Colleges verwiesen und die Universitäten eigentlich für den neuen Geist als gänzlich ungeeignet zu betrachten gelernt. In Oxbridge wiederum hielt man am Ideal der liberal education fest, die sich in ihrer humanistischen Ausrichtung weiterhin als ungemein nützlich für die erwünschten Zwecke erwies¹⁸. Oxford und Cambridge blieben darauf ausgerichtet, ihre Zöglinge als educated nicht als gelehrt zu entlassen.

Ganz anders stand es, wie gesagt, im protestantischen Reich. Die Ausweglosigkeit, in die die Theologien die feindlichen Konfessionsparteien geführt hatte, war während des 30jährigen Krieges überdeutlich geworden. Ihr galt es zu entkommen und statt dessen eine auf Übereinkunft, Vernunft und Mundanität bauende Wissenschaft zu befördern. Der neuerliche Siegeszug der Jurisprudenz, die solche Techniken als ihr eigenstes Metier verstand, war insoweit nur folgerichtig. Das schloß die anderen Wissenschaften, nicht zuletzt die scheinbar wenig aufklärungsgeeignete Theologie, keineswegs aus. In Halle stand sie gar seit Beginn der Anstalt fast gleichberechtigt neben der Jurisprudenz. Sie beide vereinten die Frontstellung gegen die intransigente Haltung der sächsisch-lutherischen Orthodoxie und deren Präpotenzialsansprüche. Deswegen erhielten beide denn auch entschiedene Förderung seitens des reformierten brandenburg-preußischen Landesherren. Diese Gemeinsamkeit hielt freilich nicht allzu lange¹⁹. Die inhaltliche Ausgestaltung der aufgeklärten Wissenschaften und die sich höfisch, innerweltlich verstehende Selbstdarstellung führender Köpfe der Friedericiana mußten zum Bruch mit dem pietistisch frömmelnden aber herrschsüchtigen August Hermann Francke führen. Aber – und das wird dann in der Halle-Tochter Göttingen praktiziert und exemplifiziert – die Theologie verblieb nicht zuletzt in den führenden aufgeklärten Uni-

¹⁷ Insges. Notker Hammerstein, *Jus und Historie* (Göttingen 1972) passim.

¹⁸ Vgl. die Beiträge in: Notker Hammerstein (Hrsg.), *Universitäten und Aufklärung* (Göttingen 1995).

¹⁹ Insges. auch die Beiträge in: Norbert Hinske (Hrsg.), *Halle, Aufklärung und Pietismus* (Heidelberg 1989).

versitäten in ihren angestammten Rechten bestehen und wurde ihrerseits Mitgestalter und Träger dieser Aufklärung²⁰.

Diese aufklärerische Reform war wiederum keine vorab institutionelle oder gar eine, die den wissenschaftlichen Kosmos in Frage gestellt hätte. Allenfalls das Aufrücken der Juristen an die führende Stelle der oberen Fakultäten gehört in eine Art institutionellen Zusammenhang. Aber das bedeutete nicht, daß die Verfaßtheit der Universitäten dadurch nachhaltig verändert worden wäre. Institutionell eher eine marginale Änderung, bedeutete dies inhaltlich freilich einen gravierenden Wandel. Die damit einhergehende Mundanisierung – also die Verweltlichung vieler Materien – gehört nämlich fraglos zum kognitiven, dem ideellen Bereich. Und hier sind denn auch die eigentlichen Neuerungen erfolgt.

Folgenreicher als das Aufrücken der Juristen auf den ersten Platz war es, daß die Artisten hinfört den Juristen zuzuarbeiten hatten. Die sich immer häufiger Philosophische nennende artes-Fakultät war zur ancilla jurisprudentiae geworden. Die erneuerte Jurisprudenz bedurfte für unterschiedliche ihrer weitgehend neuen Disziplinen auch entsprechend neuer Wege, der Unterstützung durch Fächer der artes. Insbesondere historisierende Fragestellungen hatten große Bedeutung erlangt. Ob Staatenkunde, Numismatik, Reichshistorie oder historische Geographie, Heraldik, Kirchengeschichte, Diplomatik, – um nur sie zu erwähnen – sie alle zielten auf eine bessere Erklärung juristischer Sachverhalte und belegten den methodischen Wert frühhistorischer Fragestellungen. Die beiden anderen Fakultäten und deren Disziplinen nahmen ihrerseits dann gleichermaßen an den veränderten Vorgehensweisen teil und nutzten diese Methode für ihre eigenen Bedürfnisse²¹. Die aufgeklärte Überzeugung von der alles prüfenden Vernunft führte ferner dazu, daß der Glaube an starre, also zeitlose, Autoritäten ins Wanken geriet und eine eklektische Vorgehensweise (wie schon im Humanismus) als die richtige Option galt. Das Gute müsse von überall hergenommen und praktiziert werden, unbeschadet weiterer, im einzelnen vielleicht problematischer Implikationen solchen Eklektizismus’.

Die Allzuständigkeit der Vernunft und die Abkehr von vermeintlich falschen Autoritäten schuf dem Gelehrten nunmehr einen neuen Freiraum. Als vernunftgeleitetes Individuum konnte und sollte er seine je eigene Sphäre, Kultur und Geschmacksrichtung entwickeln. Kunst und Wissenschaften lösten sich damit während des 18. Jahrhunderts allmählich – wie Thomas Nipperdey sagte – „aus festen Funktionen in der ständischen Gesellschaft“ und wurden „grundsätzlich allgemein zugänglich“²². Jeder konnte dementsprechend den Anspruch erheben, an der Vervollkommenung des Menschengeschlechts und an der allgemeinen Glückseligkeit mitzuarbeiten.

²⁰ Dazu auch Notker Hammerstein, Theologie, Universitäten und Aufklärung in europäischer Perspektive, in: Rainer C. Schwinges (Hrsg.), Universität, Religion und Kirchen (Basel 2010).

²¹ Notker Hammerstein, Die deutschen Universitäten im Zeitalter der Aufklärung, jetzt in: ders., Res publica (wie Anm. 4) 160ff.

²² Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866 (München 1983) 267, hinfört Nipperdey, Geschichte.

Im breiten Umfeld der Kultur hieß das zumeist, die Fragen der Gesellschaft und des Lebens so zu erörtern, daß die sich unterscheidenden Antworten auf einen je eigenen, einen subjektiven Zugang zurückgeführt werden mußten. Da es allgemeine Normen, nicht in Frage zu stellende Autoritäten nicht mehr geben sollte, führte das allmählich zu einer weitgehenden Individualisierung in der gelehrten Welt. Nicht mehr festgefügte Traditionen bestimmten die Wissenschaften, sie wurden zunehmend Sache der Reflexion des Einzelnen. Darum wurde „das Medium der Reflexion, Sprache und sprachliche Kultur jetzt so außerordentlich wichtig“²³. Die Materien, die in der bisherigen untersten Fakultät, der Philosophischen, vermittelt wurden, wurden als die eigentlich zentralen postuliert. Sie galten als besonders geeignet für die erstrebten Ziele, ganz so wie es Christian Wolff – wenn auch noch nicht recht erfolgreich – in der zweiten Jahrhunderthälfte gefordert hatte. Erst Kant sollte das in seiner Schrift „Zum Streit der Fakultäten“ unmißverständlich und für die Folgeüberlegungen stilbildend auf den Begriff bringen und den entsprechenden Anspruch für die Folgezeit klar formulieren. Dort hieß es: „Es muß zum Gelehrten gemeinen Wesens durchaus auf der Universität noch eine Facultät geben, die, in Ansehung ihrer Lehren vom Befehle der Regierung unabhängig, keine Befehle zu geben, aber doch alle zu beurteilen die Freiheit habe, die mit dem wissenschaftlichen Interesse, d. i. mit dem der Wahrheit, zu tun hat, wo die Vernunft öffentlich zu sprechen berechtigt sein muß; weil ohne eine solche die Wahrheit (zum Schaden der Regierung selbst) nicht an den Tag kommen würde, die Vernunft aber ihrer Natur nach frei ist und keine Befehle, etwas für wahr zu halten (kein crede, sondern nur ein freies credo) annimmt – daß aber eine solche Fakultät ungeachtet des großen Vorzugs (der Freiheit) dennoch die untere genannt wird, davon ist die Ursache in der Natur des Menschen anzutreffen: daß nämlich der, welcher befehlen kann, obgleich er ein demütiger Diener eines anderen ist, sich doch vornehmer dünkt, als ein anderer, der zwar frei ist, aber niemand zu befehlen hat.“ Die Philosophische Fakultät steht also für „die Wahrheit der Lehren“. Sie unterstehe allein der Gesetzgebung der Vernunft, nicht der der Regierung oder Kirche. „In Ansehung der drei oberen Facultäten“ diene sie dazu, „sie zu kontrollieren und ihnen eben dadurch nützlich zu werden, weil auf Wahrheit (der wesentlichen und ersten Bedingung der Gelehrsamkeit überhaupt) alles ankommt; die Nützlichkeit aber, welche die oberen Fakultäten zum Behuf der Regierung versprechen, nur ein Moment vom zweiten Rang ist“, wie Kant dezidiert feststellte²⁴.

Das ging freilich weit über die Vorstellungen der klassischen Aufklärer hinaus, für die ja gerade das Nützliche und Praktische eine der wesentlichen Bedingungen vernünftiger Wissenschaften sein sollte, um nochmals darauf zurückzulenken. In Deutschland hatte diese Vorstellung zwar nie eine so große, ja extreme Bedeutung erlangt wie in Frankreich, wo folgerichtig die Universitäten hinter die neuen Spezialhochschulen, die Grandes Écoles, zurückzutreten hatten²⁵. Aber bis zu einem

²³ Ebd.

²⁴ Zit. n. Kant, Werke in sechs Bänden, hrsg. v. Wilhelm Weischedel VI (Darmstadt 1964) 282.

²⁵ Vgl. Jürgen Voss, in: Hammerstein, Universitäten und Aufklärung, 207ff.

gewissen Grad galt auch im Reich die Hinführung zur Praxis als unabdingbar und vernunftgemäß. In mehrfacher Hinsicht hatte das Folgen für die Fortentwicklung der Universitäten.

Die Ausrichtung auf das Nützliche, die Berücksichtigung der Praxis und das Zurückdrängen kirchlicher Aufsichtsansprüche führte die Universität Halle und ihre Nachfolger nämlich näher an die Welt heran, um es einmal solcherart zu formulieren. Elegante Erziehung, kavaliersmäßige Aufführung, höfische Wissenschaften, toleranter Umgang und ähnliches mehr, wie sie von Thomasius und seinen Mitstreitern gefordert, aber auch vorgelebt wurden, sollten die Universitäten und ihre Umwelt prägen. Wenn da auch vieles unverändert und traditioneller als postuliert verblieb: Das universitäre Selbstverständnis blieb davon nicht unbewirkt. An eleganten Universitätsorten wie Göttingen, Leipzig, Straßburg, auch in Ingolstadt änderte sich das Erscheinungsbild des Studenten und des aufgeklärten Professors. Man gab sich à la mode und suchte im Geistigen den Habitus des Weltmanns zu verkörpern. Mit dem in der zweiten Jahrhunderthälfte aufbrechenden Geniekult verlagerte sich dies Ideal zwar in eine etwas andere Richtung, aber es verlieh Universitäten und ihren Besuchern gegenüber früher doch ein ausgeprägteres Bewußtsein ihres geistigen Rangs. Das machte es für viele Studenten der Philosophischen oder der Theologischen Fakultäten zunehmend schwerer, die überkommenen Rollen-Erwartungen und Laufbahnstufen zu akzeptieren. Der Weg des angehenden Pastors über Hauslehrerstelle, Kantor, Schreiber oder Dorfschulmeister – mit dann ohnedies schmalen Einkommen – mußte als bedrückend, ungerechtfertigt, ja sozial erniedrigend empfunden werden, zumal die aufgeklärte Wissensaufassung die Vorstellung vermittelte, ihre Ausbildung und ihre Art der Wissensvermittlung könnten vielfältige Chancen für das praktische Leben eröffnen. Der Akademikerüberschuß in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts tat das seelige, diese Situation zusätzlich zu beschweren.

Es sei also nicht zu umgehen, so sagten die Aufklärer, daß die Universitäten entschieden stärker auf die Praxis und das für den Staat Nützliche achteten. Denn nur das, was dem Staate nütze, meinte nicht nur Friedrich der Große, gehöre gelehrt. In einer seiner Verfüγungen an die Universität in Frankfurt/Oder hieß es dementsprechend: „.... dahingegen bleibt es immer das Vornehmste, daß die Professores meinen Anweisungen und Verordnungen gemäß, die Studenten mit aller ersinnlichen Treue und Sorgfalt unterrichten, damit sie bei einer ununterbrochenen zweckmäßigen guten Aufführung sich zum besten des Staates und der Kirche ausbilden und etwas rechtes lernen mögen.“²⁶ Andere meinten, daß die Entwicklung in Frankreich für eine zeitgemäße Ausbildung die probaten Mittel gefunden habe. Die dortigen Spezialschulen wurden als nachzuahmende Vorbilder gepriesen. Es kam im Reich allerdings nicht zu dieser in Frankreich erfolgreich vorexerzierten aufgeklärten Lösung. Gewiß, auch in Brandenburg-Preußen und in anderen Territorien wurden gegen Ende des Jahrhunderts solche Spezialschulen errichtet, wie etwa eine Bergakademie, die Tierarzneischule, die Pepinière, die Bauakademie

²⁶ Zit. n. Ewald Horn, Akademische Freiheit (Berlin 1905) 24.

in Berlin, oder in Württemberg die Hohe Carls-Schule. Aber alle diese Institutionen kamen über ihre recht partielle Tätigkeiten hinaus nicht recht zu Erfolg²⁷.

Die aufgeklärten Kritiker der zweiten Jahrhunderthälfte nahmen das noch nicht wahr, ihnen erschienen die überkommenen Hochschulen verzopft und dringend reformbedürftig bis hin zu ihrer Auflösung und Umwandlung in eben-solche Spezialschulen. „Die Einrichtung unserer Universitäten ist in Zeiten gemacht worden, da die Welt noch arm an Büchern war, und ein Mann der lesen und schreiben konnte, unter die Seltenheiten gehörte. Und für diese Zeiten mochten sie sehr nützlich seyn. In unsere Tagen machen sie aber eine ... elende Figur.“ Und Friedrich Nicolai meinte: „Deutschland ist das Land der Doktoren und Professoren. Davon lehrt ein großer Theil ihren Zuhörern eine Menge Zeug, das zu gar nichts zu brauchen ist.“ Nicht zuletzt im Kreis der Berliner Mittwochsgesellschaft wurden ähnliche Überlegungen angestellt. So meinte Oberkonsistorialrat Teller, „daß Universitäten in unserem Zeitalter entbehrlich wären, weil theils ihr Zweck auf andere und bessere Weise erreicht werden kann, theils mehr Uebels dadurch gestiftet werde als Gutes befördert werde, und daß, wenn sie doch ferner bestehen sollten, wenigstens die scholastische Eintheilung in Facultäten und das Monopol, welches in jeder Wissenschaft mit ihrer Lehre treibe, aufhören müsse“²⁸.

Nun, solchen Urteilen folgten die Inauguratoren der Berliner Universität nicht, schon gar nicht hinsichtlich der französischen Spezialanstalten. Die hatten sich in ihren Augen keineswegs bewährt. Sie vermöchten die bestehenden, vielfach lebendigen Universitäten auch nicht ersetzen, so war weitgehend die Meinung²⁹. Daher schlug Humboldt diesen Weg nicht ein, wie auch Schleiermacher, Fichte, Steffens. Sie hielten ganz bewußt an dem – in ihren Augen entschieden überlegenen – Modell der Volluniversität mit ihren vier traditionellen Fakultäten fest. Sie waren der Überzeugung, daß die erstrebte Ausbildung eines Gelehrten nur dann erreicht werden könne, wenn er sich durch die Wissenschaften selbst bilde und forme. Denn darum ging es. „Dem Gelehrten aber muß die Wissenschaft nicht Mittel zu irgendeinem Zweck, sondern sie muß ihm Selbstzweck werden“, schrieb Fichte. „Er wird einst, als vollendet Gelehrter, in welcher Weise er auch künftig seine wissenschaftliche Bildung im Leben anwende, in jedem Falle allein in der Idee die Wurzeln seines Lebens haben, und nur von ihr aus die Wirklichkeit erblicken, und nach ihr sie gestalten und fügen, keineswegs aber zugeben, daß die Idee nach der Wirklichkeit sich füge.“³⁰ Dieser Erfahrung, die eine spezifische der Philosophischen Fakultät sei, bedürften aber gerade auch die nunmehr gern Brotwissenschaften genannten oberen Fakultäten. Denn ohne die Möglichkeit, sich mit Philoso-

²⁷ Isa Schikorsky, Hohe Schulen, in: Notker Hammerstein, Ulrich Herrmann (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte II, 18. Jahrhundert (München 2005) 355–368.

²⁸ Zit. bei: Notker Hammerstein, Innovation und Tradition. Akademien und Universitäten im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, in: HZ 278 (2004) 592ff., hier 608f.

²⁹ Ebd.

³⁰ Johann Georg Fichte, Deduzierter Plan einer zu Berlin zu errichtenden höheren Lehranstalt, in: Die Idee der deutschen Universität (Darmstadt 1956) 138.

phie zu beschäftigen – was als selbstverständlich für jeden Studierenden angesehen wurde – sei die Auseinandersetzung mit jeglicher Wissenschaft „tot, geistlos, selbstbeschränkt“. Die drei oberen Fakultäten, so selbst an den damals herausragenden Hochschulen wie Jena und Göttingen, hätten nämlich „ihre Einheit nicht in der Erkenntnis unmittelbar, sondern in einem äußeren Geschäft“, während in der Philosophischen „die ganze natürliche Organisation der Wissenschaft“ enthalten sei, wie wiederum Schleiermacher darlegte³¹.

In der Tat konnten in Göttingen und Jena, in Leipzig und Straßburg, in Mainz, Ingolstadt und Salzburg wache Köpfe in den letzten Dezennien des Jahrhunderts eine aufgeklärte und lebendige Universität erleben. Reichshistorie und Staatenkunde bei den Juristen neben vielfältig anderen „historisierenden“ Fächern, Offenbarungsinhalte als Vernunftinhalte, Geschichte des Christentums als innerweltlicher Vorgang, Selbsterfahrung aufgeklärter Frömmigkeit bis hin zur subjektiven Religiosität und optimistischer Anthropologie bei den Theologen, die auch dank Winckelmann verfeinerte Philologie als Mittel ästhetischer und ethischer Bildung des Menschen im Seminarium Philologicum bei Johann Matthias Gesner und Christian Gottlob Heyne in den Altertumswissenschaften: all das zeugte von zeitgemäß und die Studierenden faszinierender Lebendigkeit der Göttinger Universität und derjenigen, die der Georgia Augusta folgten. In Jena waren es die Dozenten der außeruniversitären Universität, die unerhört Neues ihrem begeisterten Publikum darboten³². Politisch-historische, diplomatische, allgemein reichsstaats- und reichskirchenrechtliche, aufs internationale Mächtigegleichgewicht abzielende Lehren in Mainz und Straßburg zeugten von der Fruchtbarkeit dieser Universitäten für angehende Diplomaten und Staatsmänner. Das nach protestantischem Vorbild erneuerte Ingolstadt und das spätaufgeklärte Salzburg – um nur auf sie zu verweisen – waren Vororte einer lebendigen und zeitgemäßen Geistigkeit³³. Da konnten Spezialschulen kaum mithalten, ganz abgesehen von der in Frankreich geistig-ideellen Verengung der Wissenschaften insgesamt.

In Berlin bedurfte es dann nur noch der Weiterführung der in Ansätzen schon über die westeuropäische Aufklärung hinausgelangten Universität, um insgesamt ein neues und zukunftsweisendes Modell ins Leben zu rufen. Natürlich mußten diese meist aus den älteren Wissensvorstellungen vorangetriebenen Lehren eine qualitativ neue Stufe erklimmen. Dem hatten Göttingen, Jena, und im ausgehenden Jahrhundert Halle, vorgearbeitet³⁴. Inzwischen verhalfen insbesondere auch die einschneidenden Erfahrungen im Umfeld der Französischen Revolution zu einer Neuorientierung. Revolution, ein neuer Begriff des Individuums, der Bildung,

³¹ Friedrich Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn, ebd. 259.

³² Gerhard Müller u. a. (Hrsg.), *Die Universität Jena* (Stuttgart 2001) 191 ff.

³³ Notker Hammerstein, Universitäten, in: ders., Ulrich Herrmann, *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte II* (München 2005) 369 ff.

³⁴ Rüdiger vom Bruch, Zur Gründung der Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft um 1800, in: Gerhard Müller et alii (Hrsg.), *Die Universität Jena. Tradition und Innovation um 1800* (Stuttgart 2001) 63–77.

der Wissenschaft ermöglichten nunmehr in Fortführung der älteren Reformen die Einrichtung der Universität als Forschungseinrichtung³⁵.

Es lag das in der deutschen historischen Entwicklung und ging in dieser unruhigen Zeit entsprechend unspektakülär und unrevolutionär vor sich. Berlin ist die historisch-logische Folge der deutschen Universitätsentwicklung seit dem Spätmittelalter, lässt sich sagen. Tradition und Innovation gingen – wie schon bei früheren Reformen – eine fruchtbare, zukunftsweisende Verbindung ein. Begreiflicherweise spielten auch eher äußere, nicht unbedingt wissenschaftsimmanente Voraussetzungen sowie zufällige zeitgenössische Momente eine förderliche Rolle für die Argumentation der Befürworter einer Universitätsgründung. So beschrieb Wilhelm von Humboldt in seinem Antrag an den König vom 24. Juli 1809 auf Errichtung der Universität Berlin seine Motive u.a. wie folgt: „Der erste Gedanke an eine allgemeine höhere Lehranstalt in Berlin entstand unstreitig aus der Betrachtung, daß es schon jetzt in Berlin außer den beiden Akademien, einer großen Bibliothek, Sternwarte, einem botanischen Garten und vielen Sammlungen eine vollständige medizinische Fakultät wirklich gibt. Man fühlte, daß jede Trennung der Fakultäten der echt wissenschaftlichen Bildung verderblich ist, daß Sammlungen und Institute, wie die obengenannten, nur erst dann recht nützlich werden, wenn vollständiger wissenschaftlicher Unterricht mit ihnen verbunden wird“³⁶, sie also im Rahmen einer Volluniversität mit allen vier Fakultäten gelehrt und betrieben werden können.

Sie müsse daher den Namen Universität führen und – als Institution erneuert – alles enthalten, „was der Begriff einer Universität mit sich bringt. Sie könnte, von richtigen Ansichten allgemeiner Bildung ausgehend, weder Fächer ausschließen, noch von einem höheren Standpunkt, da die Universitäten schon den höchsten umfassen, beginnen, noch endlich sich bloß auf praktische Übungen beschränken“³⁷. Das eröffnete den Hochschulen für das 19. Jahrhundert einen großen Freiraum und die Möglichkeit, ihn nach eigenen Vorstellungen forschend auszubauen. Die Humboldt'sche Universität war damit eine Einrichtung, die eine neue Idee von ihrem Wesen und ihrer Aufgabe entwickelnd, eine offene, individuelle und allein inneren Neigungen/Anlagen folgende Anstalt von Lehrenden und Lernenden sein wollte. Indem alle Wissenschaften, deren sie sich annahm, in dieser Idee übereinstimmen und zusammenwirken sollten, würden sie alle in gemeinsamer Tätigkeit die je eigenen Belange wie auch die der Wissenschaften insgesamt befördern können.

In letzter Zeit wird oftmals darauf verwiesen, daß diese Vorstellungen Humboldts zunächst kaum umgesetzt worden seien, oder gar, daß ihnen überhaupt nicht gefolgt worden wäre. Die meisten der überlebenden Universitäten seien noch lange im gewohnten Trott fortgefahren, und der neuhumanistische Schwung sei rasch verebbt. Erst gegen 1900 habe man in einer damaligen Krisensituation in

³⁵ *Muhlack*, Berlin 223ff.

³⁶ Zit. n. *Weischedel*, Idee und Wirklichkeit 211.

³⁷ Ebd. 212.

einer projizierten Rückübertragung diesen Gründungsmythos geschaffen, der genauerer Prüfung nicht standhalte³⁸. Wenn es auch zuzutreffen scheint, daß die Philosophischen Fakultäten, die nach dem Berliner Modell, nach Kant und Schleiermacher die eigentlichen Träger dieser neuen Universitätsidee hätten sein sollen, oftmals recht bescheiden, positivistisch-antiquarisch ihr jeweiliges Fach vergleichsweise harmlos weiter betrieben, so darf doch nicht übersehen werden, daß diese neue Idee entwickelt worden und ins Leben getreten war. Sie wurde gewußt, nicht zuletzt in anderen Fakultäten, und gelegentlich durchaus auch umgesetzt. Diese neuen Methoden und Inhalte entstanden nicht nur in der Philosophischen Fakultät selbst, sondern auch in anderen Disziplinen. Die evangelischen Theologischen Fakultäten aber auch die Jurisprudenz, wo ein Gelehrter wie Savigny nicht minder nachhaltig wirkte wie ein Fichte oder Hegel, waren anfänglich die viel wichtigeren Träger und Vertreter der erneuerten wissenschaftlichen Vorstellungen. Dadurch haben die sich nicht unwesentlich von den über Jahrhunderte tradierten Auffassungen gelöst und sich gewandelt. Daß das insgesamt eine längere Zeit beanspruchte, sich nicht schlagartig vollzog, versteht sich eigentlich von selbst. Der neue Boden war jedoch bereit und wurde auch betreten.

Der zweite Problemkomplex, von dem ich eingangs sprach, läßt sich knapper darstellen. Die frühmoderne Gesellschaft und ihre Staatswesen, besser: Die Territorien des Heiligen Römischen Reichs waren ständisch strukturiert. Eine bürgerliche Gesellschaft, einen – gleichsam abstrakten – Allgemeinstaat, gab es nicht. Vom Adel als dem bestimmenden Faktor herab bis zum Gemeinen Mann hatte alles und jedes seinen Platz, so auch die Universität als privilegierte, eigenrechtliche Institution. In ihrem engeren Umfeld befand sie sich immer in einer Gemeinde, einer Stadt. Da beide – Universität wie Stadt – über eine eigene Rechtssphäre verfügten, mußte es zu Konflikten, konvergierenden Interessen und statusbedingten Eifersüchteleien kommen³⁹. Zwar bezog die Stadt erwünschte Einnahmen aus der Anwesenheit einer Universität, sie hatte dafür aber auch manche handfesten Nachteile zu akzeptieren. Die universitätseigene Gerichtsbarkeit, die Nahrungs- und Getränkeprivilegien der Professoren, das häufig überzogene, ja herausfordernde Selbstbewußtsein der Universitätsangehörigen, die z. T. handfesten Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Handwerkern/Militär/Polizei und anderes mehr haben oft genug die gegenseitigen Beziehungen belastet⁴⁰. Von einer schlechthin positiv begrüßten Stellung der Universität in diesem ihrem engeren Umfeld ist im allgemeinen insoweit nicht auszugehen⁴¹.

Ein wenig anders sieht es hinsichtlich ihrer Anerkennung und Wertschätzung seitens der Landesherren aus. Da genoß die Universität als *Kleinod* für Beratung, Verwaltung und Ausbildungsaufgaben im allgemeinen durchaus hohes Ansehen.

³⁸ Vgl. u. a. *Rainer C. Schwinges* (Hrsg.), *Humboldt international* (Basel 2001).

³⁹ *Marian Füssel*, *Gelehrtenkultur als symbolische Praxis* (Darmstadt 2006) 278ff.

⁴⁰ *Stephan Brüdermann*, *Göttinger Studenten und akademische Gerichtsbarkeit im 18. Jahrhundert* (Göttingen 1990) passim.

⁴¹ *Rainer C. Schwinges* (Hrsg.), *Universität im öffentlichen Raum* (Basel 2008) passim.

Professoren konnten bis in die Vorzimmer des Hofes gelangen. Juristen, die gelernten Ratgeber, aber auch Theologen als kirchliche Obere vor allem im protestantischen Reich, Mediziner als Hofmedici, Artisten als Praeceptores adliger Jugend genossen bemerkenswerte Privilegien, erfuhren fürstliche Anerkennung. Das konnte bis hin zu Standeserhöhungen reichen. Die betraf freilich die jeweilige Person und kam nicht der Korporation als solcher zugute. Die durfte sich wegen ihres Nutzens für das Territorium jedoch fast immer fürstlicher Unterstützung, gerade auch gegenüber der Stadt, sicher sein. Eine nationale Rolle, wie dann nach 1800, konnte die Professorenschaft vor dem 19. Jahrhundert begreiflicherweise nicht spielen. Es ist das auch gut an den Erörterungen staatsrechtlicher bzw. staats-theoretischer Positionen zu sehen. Die verblieben im Reich nahezu ausnahmslos in einer juristisch beschreibenden und kameralistisch additiven Darstellung. Abstrakt-allgemeine Entwürfe von Staatswesen, gar idealisierend politische Analysen fanden vor 1800 kaum statt. Erst die Erfahrungen der Französischen Revolution gaben einen Anstoß, die staatenkundlichen, staatsrechtlich-publizistischen und kameralistischen Disziplinen fortzuentwickeln hin zu modernen Staatstheorien. Sie kennzeichneten den neuen politischen Professor – und Studenten – der Freiheitskriege und des Vormärz. Ihnen wurde die neuartige Rolle als Mahner und Propagatoren der Freiheit und Nation willfährig abgenommen. Sie konnten als anerkannte und vielfach geachtete Sprecher des Zeitgeistes, als kompetente Sachwalter wissenschaftlichen Ethos' und gelehrten Weltverständnisses alsbald einen hohen Stellenwert in Staat und Gesellschaft erringen.

Die deutsche Universität prägte die entstehende bürgerliche Gesellschaft und Politik des Landes nachhaltig. Auch darin unterschied sie sich wiederum von anderen europäischen Ländern. Professoren, akademische gebildete Beamenschaft und Bildungsbürger gehörten zu den Wortführern der Modernisierung in Staat und Gesellschaft. Die Festlegung der Universität auf Forschung förderte strenge Leistungsnormen und stachelte zu außergewöhnlichen Anstrengungen und Entbehrungen an. Das hohe Sozialprestige des Professors ließ diese Mühe lohnend erscheinen. Für Talentierte eröffnete das die Möglichkeit zum Aufstieg in sozial führende Positionen, die Bürgerlichen in Militär, Politik und höherer Verwaltung verwehrt waren. Familienhimmel wölbten sich in der überkommenen Weise kaum mehr über den Hochschulen, wenn es auch nach wie vor Klientelverhältnisse, Patronage und familiäre Verbindungen gab. Der obrigkeitlich-feudale Staat des frühen 19. Jahrhunderts trug zu einer höheren Einschätzung der Universitäten und der Ausbildung der neuen bürgerlichen Elite, vor allem der Professorenschaft, bei⁴². Die – ihrerseits meist akademische vorgebildete – im Staat bestimmende Bürokratie begleitete diese Entwicklung mit großem Wohlwollen und wacher Sympathie.

Die Professoren als Vertreter der Forschung, der Wahrheit und wissenschaftsgeprägter moderner bürgerlicher Welt wurden hoch geachtet. Das wurden sie nicht mehr vorab als notwendige Ratgeber in Staat und Kirche und als Sachwalter einer

⁴² Nipperdey, Geschichte 260ff. u. 470ff.

angemessenen Wissensvermittlung. Sie erschienen nunmehr als Helden einer immer weiter zu entschlüsselnden Welt⁴³. Das „Harnack-Prinzip“, also die Einmaligkeit eines Gelehrten, um den herum eine wissenschaftliche Welt erbaut und entwickelt werden sollte, erlebte damals seine Geburtsstunde. Die Universität und einzelne ihrer Vertreter wurden herausragendes Symbol für Glanz, Erwähltheit und Begabung der zu bildenden Nation. Ein Blick auf die zeitgenössischen Universitätsbauten läßt dies auf seine Weise erkennen!

Da störte es nun nicht, daß die Universitäten ihre ältere Sonderstellung verloren und als – nach wie vor zwar eigene Korporation – aber eine allgemein bürgerlichen Rechts zu existieren hatten. Ihre Angehörigen waren nunmehr Staatsbürger, eine eigene und privilegierte akademische Gerichtsbarkeit konnte es nicht mehr geben. Das hatte bereits Christoph Wilhelm Hufeland 1807 über die zu Berlin zu errichtende Universität festgehalten: „Der Hauptgrundsatz muß sein, ihr die größtmögliche Liberalität und Freiheit der geistigen Wirksamkeit zu geben, allen Zunftgeist und Zunftzwang der Studenten zu entfernen und die möglichste Aufmunterung zum Fleiße und Ämulation sowohl für Lehrer als Lernende hinein zu legen.“ Und wenig später formulierte er: „Jeder Studierende tritt in die Rechte und Verbindlichkeiten jedes anderen Staatsbürgers und hat die nämlichen Gesetze und Obrigkeit, wie jeder andere Einwohner der Stadt. Es fällt also die ganze Idee einer besonderen akademischen Obrigkeit und Gerichtsbarkeit weg, die nur dazu dient, die Studenten in dem Wahn einer abgesonderten Menschenklasse zu bestärken und das Personale in Streitigkeiten mit andern Behörden zu verwickeln.“⁴⁴ Das galt gleichermaßen für die Professoren. Minister von Altenstein brachte das nochmals unmißverständlich zum Ausdruck. Universitäten waren ihm, der viel für Berlin tat, „Bildungs- und Erziehungsanstalten, und sonst weiter nichts. ... Die Universitäten sind nicht Staaten im Staate, Die Regierungen sind vielmehr Meister der Institute.“⁴⁵

Im Grunde kam die Abschaffung des alten Sonderstatus der Universitäten ihnen und ihren Professoren sehr zugute. Es erleichterte ihre Stellung im Gemeinwesen, hatten sie doch Teil am allgemeinen öffentlichen Leben, aber in herausgehobener Stellung. Die war keine privilegierte und im älteren Sinne korporative mehr, sondern eine, in der persönlichen Leistung, wissenschaftliche Kompetenz und überprüfbares Talent die Entscheidungs- und Anerkennungskriterien waren bzw. vorgaben, es zu sein. Die Universität wurde Teil der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft, sie wurde offener gegenüber ihrer Umwelt, die sie zugleich zu bestimmen und zu leiten suchte. Individuelle Begabung und überzeugende Selbstdarstellung entschieden nunmehr über die Wertschätzung, die der Staat und die Gesellschaft den Professoren entgegenbrachten, nicht als Gruppe oder Korporation, sondern als je einzelne, als Person. Für Professoren eröffneten sich dadurch

⁴³ Matti Klinge, Die Universitätslehrer, in: Rüegg, Geschichte 113ff.

⁴⁴ Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin IV, Urkunden, Akten, Briefe (Halle 1910) 77 und 80.

⁴⁵ Zit. n. Weischedel, Idee und Wirklichkeit XXVIII.

Chancen und Spielräume, die sie vorher nicht gehabt hatten. Allein der Sache, ihrem Wissen verpflichtet, wählnten sie sich berufen, unabhängig und gegründet über vieles zu urteilen und ihr spezifisches Talent der Nation zur Verfügung zu stellen. Ihnen als den Vertretern der Wissenschaften – Kennern und Hütern der Wahrheit, des Geschmacks – kam es zu, die wahren Repräsentanten des Richtigen und Guten zu sein. Daß das in die problematische Ordinarienherrlichkeit – Ringers Mandarinentum der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg – führen konnte, steht auf einem anderen, hier nicht mehr zu erörterndem Blatt.

Summary

The history of German universities is the history of reforms, culminating in the early 19th century in the foundation of the University of Berlin. But this reform was only the last link in a long chain stretching from the period of humanism via the reformation to the age of enlightenment. Thus the establishment of the University of Berlin appears to be the necessary consequence of the achievements of its forerunners, embedded in a tradition which reaches from Wittenberg and Helmstedt and Leipzig unto Jena and Göttingen. To set up a trendsetting model in Berlin all that needed was to go on from where German universities had already started to go beyond the achievements of Western-European enlightenment. But, of course, the general impact of the French Revolution on Germany also left its mark upon this reorientation.

With good reason Berlin is linked to the names of Humboldt and Schleiermacher. In contrast to the French system they did not attribute importance to learned academies or special schools but their concept of the university was based on the unity of science, scholarship and education. This university with its four faculties, funded by their state but free to organize its research became part of a modern civil society and would finally make a lasting impression on that society.

Hans-Werner Hahn

Aufbruch und Krisen: Die Universität Jena zwischen 1770 und 1870

„Es ist ein großer auffallender Kontrast, wenn man von Erfurt nach Jena kommt. Dort findet man eine veraltete, gleichsam schon im Todesschlummer liegende Universität, hier eine andere voll Leben und frischer Jugendkraft. In der That gehört Jena itzt zu denen Universitäten, die die meiste Aufmerksamkeit und Achtung verdienen.“¹ Diese Sätze schrieb der hohe preußische Schulbeamte und Reformer Friedrich Gedike 1789 nach einer Reise, die ihn durch mehrere Universitäten geführt hatte, an den preußischen König Friedrich Wilhelm II. Wenn Jena im Gegensatz zu vielen anderen Universitäten des Alten Reiches von Gedike so positiv bewertet wurde, so ist dies vor allem auf drei Umstände zurückzuführen. Es hing erstens mit dem Frequenzanstieg der Jenaer Universität zusammen, die in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts noch einmal Anschluß an die frequenzstärksten deutschen Universitäten finden konnte. Der zweite Grund lag in der Steigerung der wissenschaftlichen Leistungskraft, die mit einer zielstreibigen und erfolgreichen Berufungspolitik zusammenhing. Und als dritten Grund seiner positiven Einschätzung führte Gedike schließlich auch die Fortschritte an, die Jena bei der Förderung studentischer Sittsamkeit erreicht hatte. Gedike zeigte im übrigen auch in den folgenden Jahren an den Jenaer Entwicklungen großes Interesse und nahm 1798 an einem von Goethe initiierten Treffen zur Reform der Universitäten teil².

Als sechzig Jahre später die Jenaer Universität ihr 300. Gründungsjubiläum feierte³, wurde sie wiederum von zahlreichen Publizisten als eine der herausragenden deutschen Universitäten dargestellt. Die Begründungen hatten sich im Vergleich zu der Zeit um 1800 freilich stark verschoben. Ein Frequenzanstieg konnte nicht mehr als positives Zeichen angeführt werden, denn die Jenaer Studentenzahlen bewegten sich 1858 nur auf dem Niveau von 1780, und Jena war damit weit hinter

¹ Richard Fester, Der „Universitäts-Bereiser“ Friedrich Gedike und sein Bericht an Friedrich Wilhelm II., AKG Ergänzungsheft 1 (Berlin 1905) 78.

² Vgl. Gerhard Müller, Perioden Goethescher Universitätspolitik, in: Die Universität Jena. Tradition und Innovation um 1800, hrsg. v. dems., Klaus Ries, Paul Ziche (Stuttgart 2001) 135–153, hier 145. Der Sammelband wird im folgenden zitiert: Universität, Müller u. a. (Hrsg.).

³ Antje Halle, Vom Forum für Ersatzpolitik zur Werbeveranstaltung. Die Jenaer Universitätsjubiläen von 1858 und 1908, in: Jena – ein nationaler Erinnerungsort?, hrsg. v. Jürgen John, Justus H. Ulbricht (Köln, Weimar, Wien 2007) 283–295.

die Entwicklungen anderer deutscher Universitäten zurückgefallen. Auch von einer überdurchschnittlichen wissenschaftlichen Leistungskraft konnte 1858 nicht mehr gesprochen werden. Jena hatte zwar mit dem Historiker Johann Gustav Droysen, dem Philosophen Kuno Fischer oder dem Zoologen Karl Gegenbaur noch immer mehrere Gelehrte aufzuweisen, deren Wirken weit über Stadt und Region hinausstrahlte⁴, dennoch konnte die kleine Universität an der Saale schon längst nicht mehr mit jenen neuen Entwicklungen Schritt halten, die sich an den großen deutschen Universitäten abzeichneten⁵. Bedeutsam erschien die Universität Jena vielen Beobachtern aber 1858 noch immer auf einem anderen Feld. Es be traf die besondere Entwicklung der Jenaer Studentenschaft und ihr Verhältnis zu den Professoren wie zur städtischen Gesellschaft. Anders als in Gedikes Bericht von 1789 ging es hierbei freilich nicht mehr nur um die verbesserte Sittlichkeit der Studenten, sondern um den Beitrag der Universität Jena zur politischen Kultur eines noch immer um größere politische Einheit ringenden Deutschlands. Für den ehemaligen linken Paulskirchenabgeordneten Jakob Venedey verkörperte Jena 1858 geradezu das Idealbild einer Universität in einer noch sehr mittelständisch gedachten neuen bürgerlichen Gesellschaft.

Die Salana hatte sich für Venedey und andere seit den Veränderungen um 1800 wie keine andere deutsche Universität für den politischen und gesellschaftlichen Fortschritt, für Einheit und Freiheit eingesetzt. Sie hatte dabei auf vorbildliche Weise die alten Gegensätze zwischen Akademikern und Philistern scheinbar hinter sich gelassen und zu einer neuen Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden gefunden. In einer kleinen Schrift zur Jenaer Universitätsgeschichte schrieb Venedey wörtlich: „Jena ist eine ganz kleine Stadt, wo der Bürger, der Professor und der Student sich nie aus dem Weg gehen können. Dort herrscht zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft eine Vertrautheit, die Sie sonst nirgendwo finden. Der Professor kennt den Studenten, der Student den Professor, und alle profitieren von diesem täglichen Umgang miteinander. Der Bürger sieht ebenfalls jeden Tag den Studenten und den Professor. Das ist die Basis des ‚Tons‘, der in Jena herrscht. Unter den Studenten verschwinden die Ungleichheiten von Vermögen und sozialer Stellung. Der Graf und der Sohn des Schneiders denken nicht mehr daran, wo sie herkommen und wo sie innerhalb weniger Jahre ankommen werden, der Reiche und der Arme essen am selben Tisch und trinken dasselbe Bier, das überall in Jena ziemlich schlecht ist.“⁶

⁴ Zur Situation der Universität Jena um die Mitte des 19. Jahrhunderts vgl. Stefan Gerber, Universitätsverwaltung und Wissenschaftsorganisation im 19. Jahrhundert. Der Jenaer Pädagoge und Universitätskurator Moritz Seebeck (Köln, Weimar, Wien 2004) 257ff.; im folgenden zitiert als: Gerber, Universitätsverwaltung.

⁵ Zum Stellenwert Jenas in der deutschen Universitätslandschaft vgl. Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (Göttingen 1997).

⁶ Übersetzt nach: Jakob Venedey, Les Fêtes d' Iéna, in: La Revue Germanique (1858) 415–419, hier 417.

All dies war für Venedey nur möglich geworden, weil die Studenten in Jena eben Wissenschaft und Freiheit finden konnten. Seit ihrer Gründung im Jahre 1558 sei die lutherische Universität Jena – so Venedey – in Deutschland als Hüterin der akademischen Lehr- und Wissenschaftsfreiheit aufgetreten. Aus dieser Tradition heraus habe sie seit Beginn des 19. Jahrhunderts durch Burschenschaft und politische Professoren weitergehende Aufgaben übernommen und wirke seitdem wie keine andere deutsche Universität für das Ziel eines einigen und freiheitlichen Deutschland⁷. Venedey vermied in diesem Zusammenhang jeden Hinweis darauf, daß auch an diesem Ort deutscher Geistesfreiheit im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert Professoren wie Johann Gottlieb Fichte oder Lorenz Oken gemaßregelt und aus politischen Gründen entlassen worden waren. Der amerikanische Germanist Wilson hat daher dem Bild der liberalen Jenaer Universitätspolitik jüngst eine ganz andere Sicht entgegengestellt. Er betont für die Zeit um 1800 die Unterdrückung der Lehr- und Denkfreiheit an der Salana, spricht von der schleichenden Unterhöhlung der Universitätsautonomie durch den weimarschen Staat und verweist in diesem Zusammenhang vor allem auf die entscheidende Rolle Goethes, der die Geschicke der Salana über mehrere Jahrzehnte mitbestimmt hatte⁸.

Mit diesen aus unterschiedlichen Zeiten stammenden und zum Teil weit voneinander abweichenden Einschätzungen sind die Grundfragen des folgenden Beitrages aufgeworfen. Es geht vor allem um vier Dinge. Zum einen soll gefragt werden, auf welchen Grundlagen sich im ausgehenden 18. Jahrhundert die von Gedike festgestellte Blüte der Universität Jena entfalten konnte, welche Wirkungen sie möglicherweise auf die gesamtdeutsche Universitätsentwicklung besaß und warum diese Blütezeit aber schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts wieder niedergegangen war. Zum zweiten geht es um das Verhältnis von Staat und Universität, das durch die Umbruchsprozesse um 1800 auch in Jena neu bestimmt werden mußte und hier mit dem Statut von 1821 auf neue Grundlagen gestellt wurde. Drittens wird untersucht, warum gerade die Universität Jena am Ende dieser Umbruchszeit zum Ausgangspunkt einer neuen politischen Bewegung mit weit über die

⁷ Venedey folgte hier dem Geschichtsbild, das Karl Biedermann in einer großen Abhandlung zur Jenaer Universitätsgeschichte im Jubiläumsjahr 1858 präsentierte. Vgl. *Karl Biedermann, Die Universität Jena, nach ihrer Stellung und Bedeutung in der Geschichte des deutschen Geisteslebens von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart. Eine Festgabe zum 300jährigen Jubiläum dieser Universität, zugleich ein Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte (Jena 1858)*. Zu Vendey's Beziehungen zu Jena vgl. jetzt *Hans-Werner Hahn*, „Gardienne en tout temps de la liberté de penser“. Jakob Venedey und das Jenaer Universitätsjubiläum von 1858, in: *Couragierte Wissenschaft. Eine Festschrift für Jürgen John zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. *Monika Gibas, Rüdiger Stutz, Justus H. Ulbricht* (Jena 2007) 207–216.

⁸ Vgl. *W. Daniel Wilson, Das Goethe-Tabu. Protest und Menschenrechte im klassischen Weimar* (München 1999) 175ff.; im folgenden zitiert: *Wilson, Goethe-Tabu*. Vgl. auch Goethes Weimar und die Französische Revolution. Dokumente der Krisenjahre, hrsg. v. *dems.* (Köln, Weimar, Wien 2004). Eine ausführliche kritische Auseinandersetzung mit Wilsons Weimar-Bild liefern: *Joachim Bauer, Gerhard Müller*, „Des Maurers Wandeln, es gleicht dem Leben“. Tempelmauererei, Aufklärung und Politik im klassischen Weimar (Rudolstadt, Jena 2000).

Stadt hinausstrahlenden Folgen werden konnte und was dies viertens wiederum für die weitere Entwicklung der Universität im 19. Jahrhundert bedeutete. Die Ausführungen sind vor allem als ein Ergebnisbericht zu den umfangreichen universitätsgeschichtlichen Untersuchungen zu verstehen, die in Jena seit einigen Jahren sehr intensiv betrieben werden. Die Breite dieser Forschungen hängt zum einen mit dem seit 1998 laufenden Sonderforschungsbereich „Ereignis Weimar-Jena. Kultur um 1800“ zusammen und zum anderen mit zahlreichen Forschungsinitiativen im Vorfeld des 450-jährigen Jubiläums im Jahr 2008.

Die in der Mitte des 16. Jahrhunderts in einer existenzbedrohenden Krisensituation des ernestinischen Herrscherhauses gegründete Universität Jena⁹ befand sich im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts in einer außerordentlich schlechten Verfassung und galt einigen Beobachtern sogar als Gegenbild einer zeitgemäßen Universität¹⁰. Die Studentenzahlen waren rückläufig, weil vor allem die neugegründete Universität Göttingen und die aufstrebende Universität Halle als übermächtige Konkurrenten auftraten. Die finanzielle Ausstattung der Universität war völlig unzureichend, und die notwendigen Reformmaßnahmen wurden immer wieder durch die komplizierte Erhalterstruktur blockiert. Infolge der ernestinischen Landesteilungen wurde die Universität Jena um 1750 von vier Herrscherhäusern, Weimar, Coburg, Gotha und Meiningen, getragen, wobei der Herzog von Sachsen-Weimar als „rector magnificentissimus“ der ernestinischen Samtuniversität stand. Unterschiedliche Interessen der Erhalterstaaten führten nicht selten zu Blockaden notwendiger Entscheidungen. Die Folge waren jahrelange Krisendebatten über die Zukunft der Salana, die 1766/1767 zu einer Visitation der Universität und umfassenden Reformvorschlägen führten. Achatius Ludwig Carl Schmid, ein Jenaer Jurist, der 1766 in Weimar in den Geheimen Rat und schließlich zum Kanzler berufen wurde, forderte eine Universitätsreform, mit der Wissenschaft und Lehre neue Impulse erhalten und die Studenten zielgerichtet und rascher zu besseren Abschlüssen geführt werden sollten, ohne das Prinzip studentischer Freiheit und akademischer Selbstregulierung preiszugeben¹¹.

Nach den wirtschaftlich schwierigen siebziger Jahren traten die Erfolge dieser Bemühungen seit den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts immer deutlicher hervor. Die Visitation der Jahre 1766/1767 eröffnete der Universität Jena somit einen eigenen Reformweg, bei dem mit verschiedenen Mitteln versucht wurde, die Traditionsuniversität ohne völligen Bruch mit der bisherigen Ordnung effizienter zu

⁹ Zur allgemeinen Geschichte der Universität vgl. vor allem: Geschichte der Universität Jena 1548/58–1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum, Bd. 1, hrsg. v. Max Steinmetz (Jena 1958); Alma mater Jenensis. Geschichte der Universität Jena, hrsg. v. Siegfried Schmidt (Weimar 1983); Thomas Pester, Im Schutze der Minerva. Kleine illustrierte Geschichte der Universität Jena (Jena 1996).

¹⁰ Vgl. etwa das Urteil des Göttinger Kurators Münchhausen aus dem Jahre 1733 bei Emil Franz Rössler, Die Gründung der Universität Göttingen. Entwürfe, Berichte und Briefe der Zeitgenossen (Göttingen 1855) 38.

¹¹ Vgl. Joachim Bauer, Die Universität Jena zwischen Tradition und Reform, in: Universität, hrsg. v. Müller u. a., 47–62, hier 56f.

gestalten. Der Reformweg und der mit ihm verbundene Wiederaufstieg der Universität Jena hingen in erster Linie mit jenen neuen Entwicklungen zusammen, die sich seit der Regentschaft von Anna Amalia, dem Regierungsantritt ihres Sohnes Carl August im Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und dem Eingreifen Goethes in die Geschicke der Salana abzuzeichnen begannen¹². Es ging der die Universitätspolitik dominierenden Weimarer Politik zum einen darum, die Widerstände der anderen Erhalterstaaten gegen eine Weiterentwicklung der gemeinsamen Universität auszuhebeln. Zum anderen mußten aber auch die Hindernisse überwunden werden, die sich aus der Autonomie der altehrwürdigen Korporation und den hier herrschenden Beharrungsfaktoren selbst ergaben. Wie schwierig es unter den gegebenen Umständen war, durch neue Berufungen junge, aufstrebende und die modernen wissenschaftlichen Richtungen vertretende Professoren nach Jena zu holen, zeigte bereits das erste gemeinsame Berufungsvorhaben, das der Herzog Carl August und Goethe unternahmen, um die Attraktivität der Universität zu steigern. Sowohl die anderen fürstlichen Nutritoren als auch die Universität, als ständische Korporation, blockierten über mehrere Jahre den Versuch, einen Vertreter des modernen europäischen Staatsrechtsdenkens und Montesquieu-Anhänger auf die vakante Professur für Staats- und Völkerrecht zu berufen¹³.

Um weitere langjährige Blockaden zu umgehen und das innovative Potential der Universität zu vergrößern, fand die Weimarer Politik schließlich im System der „extraordinären Universität“ einen Ausweg¹⁴. Der Begriff „extraordinäre Universität“ umschreibt eine Struktur, die sich außerhalb der eigentlichen ständischen Korporation entwickelte, gleichwohl aber mit dieser eng verwoben war. Die Grundelemente bestanden aus innovativen Ansätzen der Personalrekrutierung, neuen, neben der Universität errichteten wissenschaftlichen Institutionen sowie der Initiierung und Unterstützung privater Sozietäten. Bei der Personalrekrutierung ging es darum, neben den 18 Inhabern der ordentlichen Fakultätsstellen zusätzliche Kräfte an die Alma mater zu holen, die sich über Extragehälter einzelner Höfe oder durch freiberufliche Tätigkeit finanzierten. Die Weimarer Politik nutzte diesen Weg seit Ende der 1770er Jahre ganz gezielt. Sie weitete auf diese Weise die Zahl der an der Universität wirkenden Privatdozenten, außerordentlichen und Honorarprofessoren kräftig aus und trug durch Sonderzahlungen an bestimmte Ordinarien dazu bei, diese in Jena zu halten. So bot sich die Möglichkeit, Vertreter neuer Denk- und Wissenschaftsrichtungen an der Universität zu etablieren, für die man ansonsten keine ordentliche Professur gehabt hätte oder deren Berufung am Widerstand anderer Nutritoren gescheitert wäre.

Welche Auswirkungen all dies auf die Struktur des Lehrkörpers hatte, zeigen die folgenden Zahlen. Im Sommer 1795 lehrten 55 Hochschullehrer in Jena. Da-

¹² Zu Goethes Universitätspolitik vgl. jetzt ausführlich *Gerhard Müller*, Vom Regieren zum Gestalten. Goethe und die Universität Jena (Heidelberg 2006), im folgenden zitiert: *Müller*, Regieren.

¹³ Vgl. ebd. 88ff.

¹⁴ Vgl. *Gerhard Müller*, Die extraordinäre Universität – Jenas Modernisierungsweg, in: Universität, hrsg. v. *Müller u. a.*, 191–195.

von waren nur 19 ordentliche Professoren, die übrigen verteilten sich auf fünf Honorarprofessoren, neun außerordentliche Professoren und 22 Privatdozenten. Auch wenn nicht alle diese Nichtordinarien von Extralgeldern lebten, die vom Weimarer Hof stammten, so war die Wirkung der extraordinären Zusatzfinanzierung für den Aufstieg der Universität Jena von größter Bedeutung. Bezeichnenderweise begannen fast alle Gelehrten, die wie der Mediziner Stark, die Philosophen Reinhold, Fichte, Hegel und Schelling, der Theologe Paulus oder nicht zuletzt auch Schiller maßgeblich zum Wiederaufstieg der Salana beitrugen, ihre Jenaer Universitätskarriere als Nichtordinarien. Diese Politik stieß, wie der Widerstand des Ordinarius für Geschichte, Heinrich, gegen die Denominierung von Schillers außerordentlicher Professur zeigte, innerhalb der alten Korporation zwar vielfach auf Kritik. Aber die Weimarer Strategie der extraordinären Universität ermöglichte eine Modernisierung der alten Korporation, ohne die bisherige Struktur völlig aufzubrechen. Damit schuf man die Grundlagen für jenen Wissenschaftspluralismus, der um 1800 so viele innovative Kräfte in Jena freisetzte¹⁵.

Die Rückwirkungen der neuen Rekrutierungspolitik auf den Gesamtorganismus der Universität wurden noch dadurch verstärkt, daß die extraordinäre Finanzierung von Hochschullehrern durch eine mit der Universitätsstruktur eng verbundene, aber von dieser getrennt verwaltete Wissenschaftsinfrastruktur ergänzt wurde. Die verschiedenen Sammlungen, Museen, Kabinette, Laboratorien, die Bibliothek und der 1794 eingerichtete Botanische Garten waren Einrichtungen des Weimarer Herzogs. Aber die von Goethe geförderten und beaufsichtigten Institutionen wurden ganz oder teilweise von Universitätspersonal geführt und hatten einen festen Platz in der Lehr- und Wissenschaftsfunktion der Universität¹⁶. Ähnliches galt für die dritte Säule der extraordinären Universität, die aus wissenschaftlichen Gesellschaften sowie privat geführten Instituten und Unternehmen bestand. Hierzu gehörten unter anderem die Sozietät für die gesamte Mineralogie, die staatlich geförderte Privatklinik des angesehenen Mediziners Johann Christian Stark des Älteren oder die vom Weimarer Hof privilegierte und wohlwollend geförderte „Allgemeine Literatur-Zeitung“. Die ALZ wurde vom Professor für Poesie und Beredsamkeit, Johann Gottfried Schütz, herausgegeben und trug als bedeutendstes wissenschaftliches Rezensionsorgan von 1785 bis zu ihrer Verlegung nach Halle im Jahre 1803 viel zur inneren Entwicklung und zur äußeren Wahrnehmung der Universität Jena bei¹⁷.

¹⁵ Zu den Rahmenbedingungen vgl. auch *Klaus Ries*, Wort und Tat. Das politische Professorentum der Universität Jena im frühen 19. Jahrhundert (Stuttgart 2007) 60; im folgenden zitiert *Ries*, Wort.

¹⁶ Am Beispiel des Botanischen Gartens vgl. *Igor Polianski*, Der außerordentliche Garten. Zur Geschichte des Herzoglichen Botanischen Gartens zu Jena, in: Universität, hrsg. v. Müller u.a., 205–219; *ders.*, Die Kunst, die Natur vorzustellen. Die Ästhetisierung der Pflanzenkunde um 1800 und Goethes Gründung des Botanischen Gartens zu Jena im Spannungsfeld kunsthistorischer und botanischer Diskussionen der Zeit (Köln 2004).

¹⁷ Vgl. Müller, Regieren 158ff.; Organisation der Kritik. Die „Allgemeine Literatur-Zeitung“ in Jena 1785–1803, hrsg. v. Stefan Matuschek (Heidelberg 2004).

All diese Einrichtungen hatten, wie Gerhard Müller in seiner großen Studie über Goethes Universitätspolitik detailliert nachzeichnen kann, die Aufgabe, ergänzende Existenz- und Arbeitsgrundlagen für Gelehrte und Wissenschaftsdisziplinen bereitzustellen, die ihnen in der regulären Struktur der Universität nicht oder in nicht hinreichendem Maße zur Verfügung standen¹⁸. Auch wenn mit der neuen Politik schon eine gewisse Tendenz zur Verstaatlichung verbunden war, lief die stärkere Einflußnahme durch die Weimarer Führung keineswegs darauf hinaus, die akademische Korporation in ihrer inneren Entwicklung ganz dem Gestaltungswillen der Regierung zu unterwerfen. Vielmehr hatten die Verantwortlichen in Weimar an einer möglichst ungehinderten Entfaltung des Jenaer Lehr- und Wissenschaftsbetriebs selbst größtes Interesse. Das Bild eines „Freihafens“ der Wissenschaften schien ein unverzichtbarer Standortvorteil zu sein, um Jena sowohl für junge Gelehrte als auch für Studenten attraktiv zu machen und zu halten. Und in der Tat zog Jena im ausgehenden 18. Jahrhundert Gelehrte an, die anderswo wegen ihrer politischen Haltung oder wissenschaftlichen Richtungen mißliebig geworden waren oder verfolgt worden wären. Innovative geistige Strömungen fanden in Jena eine Heimstatt. Der Aufschwung der Universität wurde getragen von der Verbindung der neuen philosophischen Richtungen – Kantrezeption und Idealismus – mit den ästhetischen Interessen Weimars und neuen naturkundlich-naturphilosophischen Bestrebungen¹⁹.

Viele der nach Jena pilgernden Zeitgenossen priesen die intellektuelle und literarische Atmosphäre und lobten die in Jena gewährleistete Freiheit des Denkens und der Lehre. Schiller schrieb 1787 an Körner: „Die unter 4 sächsische Herzoge verteilte Gewalt über die Academie macht diese zu einer ziemlich freien und sichern Republick, in welcher nicht leicht Unterdrückung Statt findet [...] Die Professoren sind in Jena fast unabhängige Leute und dürfen sich um keine Fürstlichkeit bekümmern. Diesen Vorzug hat Jena unter den Akademien voraus.“²⁰ 1792 lobte ein unbekannter Verfasser die „uneingeschränkte Lehrfreiheit“ als einen Vorzug, „der Jena ganz allein eigen ist“²¹. Und 1793 schrieb der republikanische Publizist Andreas Georg Friedrich Rebmann in seinen „Briefen über Jena“ von seinen Erfahrungen als Jenaer Student: „Kein Inquisitor wittert hier mit gerümpfter Nase nach Heterodoxie und fletscht hämisch den Mann an, der anders denkt und spricht als er. Keine Dummbärte sind in den Weimarschen Landen, bei denen der Theolog nach vollendeten Studien erst systematische Albernheiten erlernen müßte. Keine vom Ausland ausgeworfenen Huren herrschen über Regenten, Minister und Volkslehrer. Der Herzog schätzt und liebt die Wissenschaften und kennt sie, weiß,

¹⁸ Vgl. ausführlich Müller, Regieren 142ff.

¹⁹ Vgl. Evolution des Geistes: Jena um 1800. Natur und Kunst, Philosophie und Wissenschaft im Spannungsfeld der Geschichte, hrsg. v. Friedrich Strack (Stuttgart 1994); Theodore Ziolkowski, Das Wunderjahr in Jena. Geist und Gesellschaft 1794/95 (Stuttgart 1998).

²⁰ Schiller an Körner vom 29.8.1787, in: Schillers Werke. Nationalausgabe, Bd.24: Briefwechsel (Weimar 1989) 148.

²¹ Fragmente über Jena und die dortige Universität, in: Journal von und für Deutschland 8 (1791) 712–727, hier 714.

daß weder Dragonaden noch Edikte den Gang des menschlichen Denkens hemmen und die innere Überzeugung anders bestimmen können. Frei und offen lehrt der Philosoph, was ihm seine Vernunft sagt. Der Theolog prüft sein System, ohne in den Ketten einer törichten Orthodoxie zu schmachten. Der Staatsrechtler unterwirft selbst die Rechte des Fürsten dem Rechte der Menschheit. Jeder Denker trägt die Resultate seiner Spekulation ungehindert seinen Schülern vor.“²²

Durch diese Verbindung von akademischen Freiräumen und neuen wissenschaftlichen Ansätzen, durch vorsichtige staatliche Steuerung und inneruniversitäre Impulse entwickelten sich im ausgehenden 18. Jahrhundert an der Universität Jena neue Strukturen, die in mancher Hinsicht bereits auf die moderne Forschungsuniversität des 19. Jahrhunderts hinwiesen. Inwieweit diese Jenaer Entwicklungen und Erfahrungen auf die zeitgenössischen Debatten über die Reform der deutschen Universitäten ausstrahlten, müßte noch genauer untersucht werden. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang nicht nur die Kontakte, die Gedike in den neunziger Jahren in Jena knüpfte, sondern auch die Erfahrungen, die Wilhelm von Humboldt während seines Jenaer Aufenthalts in den neunziger Jahren sammelte. Möglicherweise hat er den hier zu verfolgenden Weg von der traditionellen Korporation der *magistri et scholares* zu einer neuen Forschungsuniversität wahrgenommen und diese Jenaer Erfahrungen später in seine eigenen Konzepte übertragen²³. Dennoch sollte man nicht davon ausgehen, daß das Jenaer Modell so konzipiert war, daß es einen groß angelegten Modernisierungsprozeß der deutschen Universitäten hätte tragen können. Zum einen war der Jenaer Weg auf die spezifischen Erfordernisse einer von mehreren finanzschwachen Kleinstaaten getragenen Universität zugeschnitten. Zum anderen sollte man Jena um 1800 auch deshalb noch nicht als wirkliche Reformuniversität ansehen, weil Goethe, wie Müller in seiner neuen Studie überzeugend herausarbeitet, eine umfassende Reform der Salana eigentlich nie angestrebt hat. Ausgehend von einem Universitätsideal, das von der protestantischen Universität seiner Jugendzeit geprägt blieb, hat Goethe zwar dem Neuen durchaus Raum gegeben, jedoch freilich immer nur so weit, wie es in die gegebenen Strukturen zu integrieren und zu assimilieren war²⁴. Er suchte also auf der einen Seite Bestehendes vorsichtig zu optimieren und auch innovativ gestaltend an veränderte Zeitbedürfnisse anzupassen. Auf der anderen Seite wollte er alles verhindern, was zu rasch, zu überstürzt, zu unkontrolliert zu verlaufen schien. Hieraus erklärt sich dann eine Politik, die einerseits auf eine möglichst breite und ungehinderte Entfaltung des Lehr- und Wissenschaftsbetriebes zielte, andererseits aber nicht darauf verzichtete, punktuell in die akademische Selbstverwaltung einzugreifen, mit Hilfe einer „gouvernementalen Partei“ den

²² Andreas Georg Friedrich Rebmann, *Jena fängt an, mir zu gefallen. Stadt und Universität in Schriften und Briefen*, hrsg. v. Werner Greiling (Jena, Leipzig 1994) 65f.

²³ Vgl. hierzu Helmuth G. Walther, *Die Universität um 1800. Zur Einführung*, in: Universität, hrsg. v. Müller u. a., 27–32, hier 28.

²⁴ Vgl. Müller, Regieren 722ff.

akademischen Senat zu beeinflussen und notfalls auch mit repressiven Maßnahmen unerwünschte Entwicklungen zu blockieren.

Der Erfolg der Weimarer Universitätspolitik zeigte sich am Ende des 18. Jahrhunderts nicht nur am wachsenden Ansehen der Salana, sondern auch daran, daß Jena in den neunziger Jahren noch einmal in die Spitzengruppe der frequenzstärksten deutschen Universitäten aufstieg. Zwischen 1791 und 1800 gelang es der Salana sogar, mit etwas mehr als 3600 Immatrikulationen zu Göttingen aufzuschließen sowie Halle und Leipzig für kurze Zeit zu überflügeln. Neuere Analysen zur Frequenz der Universität Jena²⁵ haben gezeigt, daß dieser Zuwachs an Studentenzahlen von jenen Universitätsbesuchern getragen wurde, die nicht aus dem üblichen regionalen Einzugsgebiet der Salana kamen. Zu letzterem gehörten nicht nur die ernestinischen Erhalterstaaten, sondern auch Studenten aus den anderen Teilen des thüringischen Raumes. Die Zahl, der aus diesem regionalen Umfeld kommenden Studenten nahm in den neunziger Jahren nicht zu, sondern war sogar leicht rückläufig. Um so stärker schlug der Zuwachs an auswärtigen Studenten zu Buche. In diesem Zusammenhang ist zu Recht immer wieder auf die Strahlkraft verwiesen worden, die von der philosophischen Fakultät, ihrer mit Reinhold einsetzenden Vermittlung der Kantschen Philosophie und der folgenden Begründung des Idealismus ausging. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Berufung Fichtes im Jahre 1794, die ungeachtet seines Rufes als Sympathisant der Französischen Revolution durchgesetzt wurde, um nach Reinholds Weggang die Kontinuität der Kantschen Lehre aufrechtzuerhalten²⁶. Außerordentlich wichtig war aber auch der bislang eher wenig beachtete phänomenale Aufstieg der Jenaer Medizinischen Fakultät, die in den 1790er Jahren zur größten des Reiches aufstieg. Bemerkenswert war dabei zweierlei: Zum einen schlug hier eine erfolgreiche Berufungspolitik zu Buche. 1778 war es Weimar nämlich gelungen, mit Justus Christian Loder einen aufstrebenden, bald außerordentlich anerkannten Chirurgen und Anatomen aus Göttingen nach Jena zu holen, von dem eine große Anziehungskraft ausging²⁷. Zum anderen war die Attraktivität der Medizinischen Fakultät aber auch auf zahlreiche Nichtordinarien zurückzuführen, die wie Johann Christian Stark der Ältere und der bedeutende Christoph Wilhelm Hufeland durch die Initiative des Weimarer Herzogs an die Salana geholt worden waren²⁸. Die Studenten kamen nicht mehr nur deshalb nach Jena, weil hier die Lebenshaltungskosten besonders niedrig

²⁵ Vgl. *Ulrich Rasche*, Umbrüche – Zur Frequenz der Universität Jena im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Universität, hrsg. v. Müller u. a., 79–134; im folgenden zitiert als: *Rasche*, Umbrüche.

²⁶ Vgl. *Ries*, Wort 120ff.

²⁷ Vgl. *Steffen Kublik*, Justus Christian Loder (1753–1832). Vom ambitionierten Hochschullehrer zum Leibarzt des Zaren, in: Wegbereiter der modernen Medizin. Jenaer Mediziner aus drei Jahrhunderten. Von Loder und Hufeland zu Rössle und Brednow, hrsg. v. *Christian Fleck*, *Volker Hesse*, *Günther Wagner* (Jena, Quedlinburg 2004) 49–71.

²⁸ Zur Bedeutung der Nichtordinarien in der Medizinischen Fakultät und ihren Konflikten mit den Ordinarien vgl. ausführlich Müller, Regieren 396ff.

waren, sondern vor allem auch aufgrund des Lehrangebotes und ungewöhnlicher akademischer Freiräume.

Mitte der 1790er Jahre schien somit die Strategie der Weimarer Universitätspolitik voll aufzugehen. Das Ansehen der Universität wuchs, und Professoren wie Stadtbürger²⁹ profitierten von den wachsenden Studentenzahlen. Die Französische Revolution, der Ausbruch der Revolutionskriege und die wachsende Revolutionsfurcht im Reich stellten die Salana jedoch bald vor immer größere Herausforderungen. Der Ruf, eine Universität der Lehrfreiheit zu sein, konnte angesichts der sich unter den deutschen Regierenden ausbreitenden Revolutionsphobie schnell dazu führen, Jena unter Generalverdacht zu stellen und jenen Standortvorteil zu zerstören, von dem die Salana bislang profitiert hatte. Hier lag der Grund dafür, daß Herzog Carl August und Christian Voigt als neues Mitglied des Geheimen Conciliums angesichts der sich radikalisierenden Entwicklungen in Frankreich und des Revolutionskrieges für ein härteres Vorgehen gegen die wachsenden Aktivitäten der geheimen Studentenorden plädierten. Zwar schlug man nach dem Auszug der Studenten im Jahre 1792, der für die Universität existenzbedrohend wurde, wieder einen gemäßigteren Kurs ein, den Goethe von Anfang an gefordert hatte; dennoch blieb die Weimarer Führung weiterhin um eine strenge politische Kontrolle der Studenten bemüht³⁰.

Diese Auseinandersetzungen der 1790er Jahre sollten nun aber nicht als Kampf einer reaktionären Obrigkeit gegen eine mit den Idealen der Französischen Revolution sympathisierenden akademischen Korporation interpretiert werden, wie dies in Wilsons Ausdeutung anklingt³¹. Zum einen gibt es für eine revolutionäre Programmatik des heterogenen Studentenprotests letztlich nur wenig Anhaltpunkte. Zum anderen wurden die Repressalien gegen Studentenverbündungen und Tumultanten vom akademischen Senat wie auch von vielen der neuen Professoren ausdrücklich unterstützt³², so daß das Vorgehen gegen die Studenten nicht einfach als Entrechtung der universitären Eigenständigkeit angesehen werden kann. Hinzu kam, daß es auch einen wachsenden Druck von außen gab und zu befürchten war, daß Russland und Österreich den Studenten aus dem eigenen Herrschaftsbereich das Studium im unruhigen Jena verbieten konnten. Die Zahl der ungarischen und baltischen Studenten war in Jena gerade in den neunziger Jahren nicht zuletzt wegen der Attraktivität der Philosophie deutlich angestiegen. Als Zar Paul I. 1798 seinen Untertanen das Studium an auswärtigen Universitäten verbot, und zwei Jahre später auch der Wiener Hof die Weisung gab, daß die eigenen protestanti-

²⁹ Zur Bedeutung der Universität für die städtische Wirtschaft vgl. jetzt Katja Deinhardt, Stapelstadt des Wissens. Jena als Universitätsstadt zwischen 1770 und 1830 (Köln, Weimar, Wien 2007) 109ff.; im folgenden zitiert als: Deinhardt, Stapelstadt.

³⁰ Zu den Konflikten um die Aufrechterhaltung der akademischen Disziplin in den 1790er Jahren und zur Einordnung der Weimarer Politik vgl. ausführlich: Müller, Regieren 418ff.

³¹ Vgl. Wilson, Goethe-Tabu 176.

³² Vgl. das Beispiel Schillers bei Ries, Wort 78ff.

schen Untertanen nur noch in Göttingen, Leipzig, Wittenberg und Tübingen studieren durften, traf dies Jena besonders hart³³.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen erscheinen die Repressionsmaßnahmen, zu denen man auch in Jena seit 1792 griff, in einem etwas anderen Licht, als dies bei Wilson der Fall ist. Für Wilson herrschte in Jena ein System der Überwachung und Einschüchterung vor, das mit allen Mitteln ein Übergreifen der französischen Ideen zu verhindern suchte und sich dabei vom Ideal der akademischen Freiheit immer weiter entfernte³⁴. So unbestreitbar es ist, daß die politische Führung in Weimar mit Verboten, Drohungen und schließlich vor allem mit der Entlassung Fichtes im Jahre 1799 massiv in die inneren Angelegenheiten der Universität eingriff, so wenig ist zu übersehen, daß die Jenaer Verhältnisse im Vergleich zu anderen deutschen Universitäten auch nach 1792 noch vergleichsweise liberale Züge trugen. Die Weimarer Führung hatte durchaus begriffen, daß man den neuen Herausforderungen der Französischen Revolution nicht nur mit Verboten begegnen konnte. Mit der Berufung des unter Jakobinismusverdacht stehenden Fichte hatte man 1794 sogar noch einmal ein demonstratives Zeichen gegen die geistige Reaktion gesetzt, die an den anderen deutschen Universitäten zu diesem Zeitpunkt bereits herrschte. Was die Herrschaft dann aber in jedem Falle vermeiden wollte, war die Politisierung der Lehre, war das Bestreben von Gelehrten, in die Praxis zu wirken. Carl August wünschte, wie er schon 1792 schrieb, nicht, daß sich die in den praktischen Dingen unerfahrenen Gelehrten „für Lehrer des Volkes und der Regenten ansehen mögen und jeden Gedanken, den eine Indigestion supponirt, für einen innern Beruf ansehen mögen, das Volk gegen scheinbare Unterdrückung aufzurufen und Regenten neu erfundene Pflichten einzuschärfen“³⁵. Mit diesen Worten und der Mahnung, daß jeder Gelehrte „besser bei seinen Leisten bleiben“ solle, war Carl August gegen den eher liberal-konservativen Juristen Hufeland eingeschritten, der sich in einer Vorlesung mit dem neuen Staatsmodell Frankreichs auseinandergesetzt hatte. Noch folgenreicher war das Vorgehen gegen Fichte und seine Entlassung im Jahre 1799, bei der es weniger um dessen angeblich atheistische Äußerungen, sondern mehr um die Vorwürfe des „Democratismus“ und „Jakobinismus“ ging und bei der im übrigen auch wieder außenpolitische und dynastische Gründe eine Rolle spielten³⁶. Das Prinzip der freien Selbstorganisation galt also nur für das geistige Leben und die Wissenschaften, nicht für die Stu-

³³ Vgl. Rasche, Umbrüche 117f.; zur Bedeutung der ungarischen Studenten vgl. ders., Von Fichte zu Metternich. Die Universität Jena und ihre ungarländischen Studenten um 1800, in: Peregrinatio Hungarica. Studenten aus Ungarn an deutschen und österreichischen Hochschulen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, hrsg. v. Márta Fata, Gyula Kurucz, Anton Schindling (Stuttgart 2006) 197–226.

³⁴ Vgl. Wilson, Goethe-Tabu 175ff.

³⁵ Zitiert nach Klaus Ries, Die Geburt eines neuen Phänomens aus dem Schoße einer alten Korporation: Das politische Professorentum an der Universität Jena zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: „...immer im Forschen bleiben. Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Marc Schellenberg, Peter T. Walther (Stuttgart 2004) 135–156, hier 145.

³⁶ Vgl. ausführlich Müller, Regieren 378ff.

denten und nicht für eine sich als politischer Körper verstehende akademische Korporation.

Einerseits hatten die repressiven Elemente der Weimarer Universitätspolitik präventiven Charakter und trugen in gewisser Weise sogar dazu bei, den Aufschwung der Salana in die neunziger Jahre hinein zu verlängern. Andererseits sorgten die Eingriffe in die innere Autonomie dafür, daß sich unter zahlreichen Gelehrten eine Mißstimmung ausbreitete, die nicht zuletzt durch Goethes Verhalten gefördert wurde. Er griff immer wieder in die innerhalb des Lehrkörpers aufbrechenden intellektuellen Richtungskämpfe ein und verschärfe durch seine Parteinahme die inneren Konflikte zusätzlich. In dieser Situation bildete sich nach 1800 eine oppositionelle Strömung heraus, „die sich in ihrer Unzufriedenheit mit dem restriktiv diktirten Kurs der Weimarer Kultur- und Wissenschaftspolitik zusammenfand und ihr schließlich die bisherige Partnerschaft aufkündigte“³⁷. Drei Jahre bevor sich das Alte Reich auflöste und die deutsche Universitätslandschaft einen grundlegenden Wandel erfuhr³⁸, geriet die Salana in eine schwere Krise, weil eine Reihe ihrer bedeutendsten Hochschullehrer – Schelling, der Mediziner Loder, der Theologe Paulus, der Jurist Hufeland, Christian Gottfried Schütz mitsamt der „Allgemeinen Literaturzeitung“ – und hoffnungsvolle Nachwuchskräfte wie Bertuchs Schwiegersohn Froriep³⁹ an auswärtige Universitäten abwanderten. Neben der Unzufriedenheit mit dem Weimarer Kurs spielte bei diesem Aderlaß aber auch der von finanziell besser gestellten Universitäten wie Halle ausgehende Konkurrenzdruck eine Rolle.

Der Weggang mehrerer herausragender Gelehrter, die Jenas Ruf so nachhaltig gefördert hatten, traf die Salana um so härter, als sich schon vorher immer deutlicher ein Rückgang der Studenten abzuzeichnen begann. Seit 1797 waren die zuvor so stark angestiegenen Immatrikulationszahlen wieder deutlich gefallen, und diese Tendenz wurde durch Studierverbote für die russischen und ungarischen Studenten ebenso verstärkt wie durch die Jena hart treffende Verteuerung der Lebensmittel. 1792 hatte die Zahl der Einschreibungen noch bei etwa 450 gelegen, und auch im Jahre 1797 war die Marke von 400 erneut überschritten worden. 1803 waren es dagegen nur noch 200, und drei Jahre später lag die Zahl gerade knapp über 100⁴⁰. Weimar nahm diese Krise nun zum Anlaß, um noch stärker als zuvor steuernd einzugreifen. Nie zuvor war Goethes Einfluß auf die Universität so stark wie in dieser Phase. Anders als vor 1800 legte man das Hauptgewicht nicht mehr darauf, überragende philosophische Köpfe nach Jena zu holen. Im Vordergrund stand jetzt die Profilierung der Einzelwissenschaften, vor allem der ästhetischen und

³⁷ Ebd. 741.

³⁸ Vgl. *Laetitia Boehm*, Halle und Wittenberg im Fadenkreuz beim „Massensterben“ deutscher Universitäten am Ende des Alten Reichs. Vergleichende Aspekte zur Neugestaltung der Hochschullandschaft, in: Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2001/2002, hrsg. v. Wieland Berg u.a. (Acta historica Leopoldina 46, Stuttgart 2006) 73–164.

³⁹ Vgl. *Wiebke von Häfen*, Ludwig Friedrich von Froriep (1779–1847). Ein Weimarer Verleger zwischen Ämtern, Geschäften und Politik (Köln, Weimar, Wien 2007) 56ff.

⁴⁰ Vgl. *Rasche*, Umbrüche 101.

naturwissenschaftlichen Fächer. Noch stärker als im ausgehenden 18. Jahrhundert setzte man aber zugleich auf den Ausbau der extraordinairen Universität. Hierbei zog man freilich wichtige Konsequenzen aus den Erfahrungen der Abwanderung. Sowohl Schütz als auch Loder hatten bei ihrem Weggang aus Jena auch einen Teil der staatlich geförderten wissenschaftlichen Infrastruktur mitgenommen, die „Allgemeine Literatur-Zeitung“ und die anatomische Sammlung, die für die Medizinerausbildung so wichtig gewesen war. Deshalb strebte die Weimarer Führung jetzt danach, die Herrschaft über alle materiellen Grundlagen und Bedingungen von Wissenschaft zu sichern und sich auf diesem Feld nicht von einzelnen Professoren abhängig zu machen. Die noch vorhandenen Teile der extraordinairen Universität sollten deshalb in die Hand des Weimarer Staates übergehen und neue nur noch in staatlicher Regie errichtet werden. Die 1803 neu gegründete „Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung“ war daher mehrheitlich im Eigentum des Herzogs. Das neue chemisch-physikalische Institut Döbereiners, die Sternwarte und die Tierarzneischule waren staatliche Einrichtungen, die ebenso wie die neu strukturierte Bibliothek unter Goethes Oberaufsicht gestellt wurden⁴¹.

Insgesamt zeichnete sich die neue Politik dadurch aus, daß die Jenaer Universität nach 1803 faktisch einer stärkeren staatlichen Steuerung unterworfen wurde, die zwar nicht dem bürokratischen System anderer deutscher Staaten gleichkam⁴², sich diesem aber doch deutlich annäherte. Diese Strukturveränderungen trugen letztlich dazu bei, daß die Salana die neuen Herausforderungen, die mit der Schlacht von Jena und Auerstedt und dem großen Strukturwandel der deutschen Hochschullandschaft verbunden waren, bestehen konnte. Goethe und Voigt versuchten, der Universität Jena nicht nur das Überleben zu sichern, sondern ihr unter den Bedingungen des Rheinbundes auch neue Perspektiven zu verschaffen. Da die Kultur nach 1806 noch stärker als zuvor zur Legitimation der nun massiv bedrohten kleinstaatlichen Existenz eingesetzt wurde⁴³, blieb die Erhaltung und Förderung der traditionsreichen Salana ein wichtiger Bereich der gesamten Weimarer Politik. In diesem Zusammenhang kam es vor allem Goethe darauf an, die deutsche Universität als eine dem französischen Hochschulmodell ebenbürtige Kulturtradition auch unter den neuen Bedingungen der französischen Hegemonie zu bewahren und weiterzuentwickeln⁴⁴. Der Schwerpunkt der ernestinischen Universitätspolitik, die nun noch mehr als zuvor im Grunde eine Weimarer Politik war, lag eindeutig auf den wissenschaftlichen Einrichtungen und auf der Berufungspolitik. Umfangreiche institutionelle Veränderungen wurden zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgenommen; dies geschah erst in den Jahren nach 1815. Die

⁴¹ Vgl. ausführlich Müller, Regieren 476ff.

⁴² Zur Universitätspolitik der Rheinbundstaaten vgl. R. Steven Turner, Universitäten, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. III: 1800-1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, hrsg. v. Karl-Ernst Jeismann, Peter Lundgreen (München 1987) 221ff.

⁴³ Vgl. Klaus Ries, Kultur als Politik. Das „Ereignis Weimar-Jena“ und die Möglichkeiten und Grenzen einer „Kulturgeschichte des Politischen“, in: HZ 285 (2007) 303-354.

⁴⁴ Vgl. hierzu ausführlich Müller, Regieren 526ff.

nun verstärkt einsetzende Arbeit an einem neuen Universitätsstatut war einerseits die logische Konsequenz des bislang auf informellen Wegen betriebenen Umbaus der Universität von der Korporation zu einer straff geführten Staatsanstalt mit sich relativ frei entfaltenden Einzelwissenschaften. Hinzu kamen auch Veränderungen im Umfeld der Erhalterstaaten, vor allem das zu erwartende Aussterben des Gothaer Herrscherhauses. Andererseits schlügen sich in den Debatten über ein neues „Hauptstatut“ nun auch jene Entwicklungen einer politisierten Universität immer nachhaltiger nieder, die seit den Freiheitskriegen das universitäre Leben zunehmend beeinflußten und die Universität Jena jetzt auf ganz andere Weise in das Blickfeld der gesamten deutschen Hochschulpolitik treten ließen.

Daß Jena nach 1815 zu einem Zentrum des politischen Professorentums und einer neuen studentischen Bewegung wurde, hatte mehrere Gründe, die zum Teil schon genannt worden sind. Hierunter fiel die spezifische Erhalterstruktur, die der Universität mehr Freiräume gewährte, als es anderswo der Fall war. Hinzu kam, daß Sachsen-Weimar durch die extraordinäre Ergänzung der alten Korporation und eine Berufungspolitik, die Außenseitern Chancen gab, selbst wichtige Grundlagen für eine Politisierung der Universität geschaffen hatte. Ende der 1790er Jahre hatte der Weimarer Staat diesem Prozeß zwar noch einmal abrupt Einhalt geboten, als Fichte entfernt und die Umsetzung seiner Philosophie der Tat verhindert worden war. Seit 1806 wurde dann aber immer deutlicher, daß man in Weimar neue Prozesse nicht mehr aufhalten konnte und zum Teil auch gar nicht mehr wollte. Je mehr die Berufung auf die Kultur zu einer entscheidenden Legitimationsgrundlage der kleinstaatlichen Existenz wurde, desto stärker war man auf die Kräfte des Bürgertums angewiesen, die diese Kultur ja vor allem trugen. Zusätzlich begann sich zwar ein Teil der Weimarer Elite, allen voran Goethe, mit den Rheinbundstrukturen zu arrangieren, aber der Herzog selbst und wichtige andere Führungskräfte gaben Rheinbundskeptikern und -kritikern wie dem Historiker Heinrich Luden Freiräume, die anderswo im rheinbündischen Deutschland nicht existierten. Durch das Wirken Ludens und des Naturphilosophen und Naturforschers Oken – 1816 kam der Philosoph Jakob Friedrich Fries hinzu – wurde Jena zu einem Zentrum des deutschen Frühnationalismus und -liberalismus. Dieses über Lehre, Publizistik und öffentliches Engagement in die politische Praxis drängende Professorentum wurde, wie Klaus Ries detailliert herausgearbeitet hat, zum Impuls- und Ideengeber einer neuen studentischen Bewegung⁴⁵.

Innerhalb der Jenaer Studentenschaft hatte es seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert umfassende Debatten und Auseinandersetzungen über eine Reform des studentischen Lebens gegeben⁴⁶. Dies zeigte sich etwa in der Anti-Duellbewegung der Jahre 1791/92. Die Bemühungen um eine Zivilisierung der studentischen Geselligkeitsformen wurden durch den in Weimar-Jena besonders intensiven Diskurs über sittliche Erziehungs- und Verbürgerlichungskonzepte maßgeblich gefördert.

⁴⁵ Vgl. ausführlich Ries, Wort 157ff.

⁴⁶ Vgl. Wolfgang Hardtwig, Krise der Universität. Studentische Reformbewegung 1750–1819 und die Sozialisation der jugendlichen deutschen Bildungsschicht, in: GG 11 (1985) 155–174.

Zugleich hatte sich schon in den neunziger Jahren gezeigt, daß sich ein beachtlicher Teil der Jenaer Studentenschaft den von der Französischen Revolution angestoßenen Politisierungstendenzen zu öffnen begann⁴⁷. Nachdem die Eingriffe der Regierung diesen Prozeß wieder gebremst hatten, entstand bald nach 1806 durch die allgemeine Unzufriedenheit mit der napoleonischen Herrschaft und die in Jena nicht zuletzt durch Ludens Vorlesungen über vaterländische Geschichte früh hervortretenden Elemente eines neuen Nationalismus eine veränderte Situation. Dies schlug sich in neuen Debatten über eine Reform des studentischen Verbindungs-wesens nieder, die schließlich unter dem Eindruck der Freiheitskriege im Juni 1815 zur Gründung der Jenaer Urburschenschaft führten. Diese politische Jugendbewegung verdankte den politischen Professoren, allen voran Luden, wesentliche Anstöße. Den Kitt, der die neue Bewegung aus politischen Professoren und Studentenschaft zusammenhielt, bildeten die neuen bürgerlichen Werte, die fröhliberalen Ideen und ein stark von der Romantik beeinflußter Nationalismus. Erstaunlich war, wie rasch diese intergenerationale akademische Wertegemeinschaft nun zusammenfand und wie erfolgreich sie zugleich versuchte, über das Turnen, die Feste und die Vereine auch ein neues Verhältnis zur außeruniversitären städtischen Öffentlichkeit aufzubauen⁴⁸.

Auch in Jena hatten sich die Beziehungen zwischen akademischen Bürgern und Studenten einerseits und dem eingesessenen Stadtbürgertum andererseits lange Zeit sehr konfliktreich gestaltet. Das Distinktionsbedürfnis der Gebildeten gegenüber den Philistern war groß. Die Professoren bevorzugten bei der Wahl des Ehepartners auch um 1800 noch die Töchter von Kollegen sowie akademisch gebildeten höheren Beamten und wählten auch die Paten ihrer Kinder aus dem eigenen akademischen Milieu⁴⁹. Dennoch ließen die großen Herausforderungen, denen auch und gerade die Stadt Jena zu Beginn des 19. Jahrhunderts unterworfen war, reformorientierte Kräfte des akademischen wie des stadtbürglerlichen Bürgertums enger zusammenrücken. Dadurch entfaltete sich eine neue, von Universität und Stadt getragene gesellschaftliche Dynamik, die mit den Freiheitskriegen voll zum Ausdruck kam. Mehrere Faktoren waren für die neuen Entwicklungen verantwortlich. Erstens rückten die beiden, das städtische Leben bestimmenden bürgerlichen Sozialformationen durch die Orientierung an gemeinsamen Werten und Verhaltensweisen enger zusammen. Das neue Bürgerideal von Aufklärung und deutschem Idealismus wirkte hier ebenso wie die Vereinsidee. Zweitens verstärkte sich bei den Akademikern die Einsicht, daß Reformpolitik nur dann erfolgreich umgesetzt werden konnte, wenn sie nicht von oben dekretiert, sondern gemeinsam mit der Gesellschaft betrieben wurde. Die aufklärerischen Konzepte wurden nun praxisnäher und besser auf die konkreten Lebensverhältnisse der Betroffenen

⁴⁷ Vgl. Axel Kuhn, Jörg Schweigard, *Freiheit oder Tod! Die deutsche Studentenbewegung zur Zeit der Französische Revolution* (Köln, Weimar, Wien 2005).

⁴⁸ Vgl. hierzu ausführlich Ries, Wort 192ff.

⁴⁹ Vgl. Deinhardt, Stapelstadt 345ff.

abgestimmt⁵⁰. Drittens hatten Stadt und Universität ein gemeinsames Interesse daran, daß man die stärker werdenden Eingriffe des Staates in die jeweiligen Belange zurückweisen mußte. Gerade die Lasten der Kriegsjahre, die von akademischen und städtischen Bürgern gemeinsam bewältigten Aufgaben – etwa die Einrichtung von Bürgergarden zur Aufrechterhaltung der Sicherheit – und die gemeinsamen Erfahrungen im Kampf gegen Napoleon ließen Universitäts- und Stadtbürger enger zusammenrücken. So war das erste „teutsche Nationalfest“, das ein Jahr nach der Leipziger Völkerschlacht im Oktober 1814 auch in Jena groß gefeiert wurde, als Fest aller Einwohner angelegt⁵¹. Es sollte bisherige ständische Grenzen überwinden und für die gemeinsamen politischen Ziele eines nicht nur nach außen freien deutschen Vaterlandes werben. Auch die politischen Programme, die dann im Umfeld der Burschenschaft und in der neuen Publizistik der politischen Professoren propagiert wurden, richteten sich nicht mehr ausschließlich an das universitäre Publikum.

Begünstigt wurden die frühliberalen und -nationalen Politisierungsprozesse zudem durch die liberal-nationalen Politik, die der zum Großherzog aufgestiegene Carl August unter Einfluß des neuen Staatsministers von Gersdorff seit 1814 einschlug. Noch bevor die neue Ordnung des Deutschen Bundes 1815 etabliert war, erneuerte der Großherzog den sogenannten „Orden der Wachsamkeit oder weißen Falkenorden“. Sein Großvater Ernst August hatte den Orden 1732 gestiftet, um patriotische Gesinnungen für das „teutsche Reich“ zu belohnen. Die neue Ordensstiftung stand also einerseits in der Tradition des Alten Reiches, sie sollte aber – wie es in der Satzung hieß – andererseits den „veränderten Zeitverhältnissen“ Rechnung tragen. Im neuen Orden, der nun auch Bürgerlichen offen stand, sollte jedes Mitglied dahin wirken, „daß vaterländische Gesinnung, daß Deutsche Art und Kunst, Vervollkommenung der gesellschaftlichen Einrichtungen in Gesetzgebung, Verwaltung, Staats-Verfassung und Rechtspflege sich immer weiter entwickle, und daß auf eine gründliche und des Ernsts des Deutschen National-Charakters würdige Weise sich Licht und Wahrheit verbreiten“⁵². Auch die neue Weimarer Verfassung begünstigte, ungeachtet der Kritik, die politische Professoren wie Oken an ihr übten, die von der Universität getragene frühliberale Bewegung. Durch die in der Verfassung verankerte Pressefreiheit entstand schlagartig eine neue Presselandschaft⁵³, die von den

⁵⁰ Vgl. hierzu auch *Matthias Steinbach*, Zwischen Armenschule und Arbeiterbildung: Pädagogik, Bildungsreform und soziale Frage als universitäre Herausforderung (unveröffentlichte Habilitationsschrift Jena 2004).

⁵¹ Vgl. die Jenaer Festbeschreibung bei *Karl Hoffmann*, Des Deutschen Volkes feuriger Dank- und Ehrentempel oder Beschreibung wie das aus zwanzigjähriger französischer Sklaverei durch Fürsten-Eintracht und Volkskraft gerettete Deutsche Volk die Tage der entscheidenden Völker- und Rettungsschlacht bei Leipzig am 18. und 19. Oktober 1814 zum erstenmale gefeiert hat (Offenbach 1815) 917ff.

⁵² Statuten des Großherzoglich Sachsen-Weimarischen erneuerten Ritter-Ordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken (Weimar 1815) 6f.

⁵³ Vgl. hierzu ausführlich *Werner Greiling*, Presse und Öffentlichkeit in Thüringen. Mediale Verdichtung und kommunikative Vernetzung im 18. und 19. Jahrhundert (Köln, Weimar, Wien 2003) 467ff.

politischen Professoren zur Propagierung ihrer Ideen genutzt wurde. Durch die offenen Debatten über politische Ziele und Strategien verschärften sich innerhalb des Jenaer Lehrkörpers die Konflikte zwischen konservativen und liberalen Professoren. Wie stark die Position der liberalen Kräfte nach 1815 geworden war, zeigte sich daran, daß Goethes wichtigster Verbindungsmann innerhalb der Universität, der Professor für Poesie und Beredsamkeit Eichstädt, im Senat unter immer stärkeren Druck geriet und dadurch nun auch das von Goethe und Voigt seit 1803 an der Universität aufgebaute informelle Kuratelsystem zusammenbrach⁵⁴. Goethes Skepsis gegenüber der liberal-nationalen Politik seines nun zum Großherzog aufgestiegenen Landesherrn hielt jedoch Carl August zunächst einmal nicht davon ab, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen und durch symbolische Handlungen wie die Erneuerung des Falkenordens seine Sympathien mit den neuen nationalpolitischen Tendenzen zu bekräftigen.

In dieser Situation wurde die den liberal-nationalen Aufbruch fördernde Politik des Großherzogs zu einem Standortvorteil, der die Jenaer Studentenzahlen für kurze Zeit auf das Spitzenniveau der 1790er Jahre trieb. Unmittelbar nach dem Wartburgfest von 1817 stieg die Frequenz noch einmal steil an, um nach den Karlsbader Beschlüssen rasch wieder auf die Hälfte zusammenzuschrumpfen⁵⁵. Der vorübergehende Anstieg war somit allein der politisierten Universität zu verdanken, die mit dem Wartburgfest von 1817 und der Gründung der „Allgemeinen Deutschen Burschenschaft“ im Oktober 1818 ihren Höhepunkt erreichte. Nach dem Attentat, das der Jenaer Theologiestudent Karl Ludwig Sand im März 1819 auf August von Kotzebue verübte, wurde dieser Entwicklung durch die Politik des Deutschen Bundes der Boden entzogen. Bereits zuvor war auch in Jena selbst deutlich geworden, daß mit der Radikalisierung eines Teils der Burschenschaft, der „Partei“ des aus Gießen stammenden Karl Follen, der Bewegungsspielraum der gesamten studentischen Bewegung und ihrer akademischen Mentoren zunehmend enger wurde⁵⁶. Dies lag nicht zuletzt auch am wachsenden Druck von außen. Die auf dem Aachener Kongreß im Herbst 1818 von Graf Stourdza, dem politischen Berater des Zaren, vorgelegte Denkschrift über die zügellosen Zustände an den deutschen Universitäten richtete ihre Kritik ja vor allem auf die Verhältnisse in Jena⁵⁷. Nach dem Attentat Sands standen die Verantwortlichen der Jenaer Universität endgültig im Verdacht, den geistigen Nährboden für umstürzlerische Kreise bereitet zu haben. Um Schlimmeres zu verhindern, trat man in Weimar schon vor den Karlsbader Beschlüssen mit der Verschärfung eigener Kontrollmaßnahmen die Flucht nach vorne an. Die neuen Akzente wurden jedoch in der Bundespolitik durch die Karlsbader Beschlüsse gesetzt.

⁵⁴ Vgl. Müller, Regieren 594ff.

⁵⁵ Vgl. Rasche, Umbrüche 101.

⁵⁶ Vgl. ausführlich Ries, Wort 374ff.

⁵⁷ Vgl. Stourdzas „Denkschrift über Deutschlands jetzigen Zustand“ (1818), in: Quellen zur Ära Metternich, hrsg. v. Elisabeth Droß (Darmstadt 1999) 59–68.

Diese schlugen sich auch auf die seit 1815 intensivierten Bemühungen um eine Erneuerung der Jenaer Universitätsverfassung nieder. Den Initiatoren dieser Reform ging es darum, in Anlehnung an die allgemeinen Entwicklungen der deutschen Universitätsverfassung den staatlichen Einfluß auf die Universität und ihre künftige Entwicklung zu verstärken. Bisherige ständische Eigenberechtigungen der Universität, die wirtschaftliche und finanzielle Selbstverwaltung, die Jurisdiktionsprivilegien und die Verfahrensautonomie in Disziplinarsachen, sollten beseitigt werden. Vermögensverwaltung und Finanzangelegenheiten sollten einer eigenen Immediatkommission zufallen, die von Beamten der Erhalterstaaten geleitet wurde und in der nur noch ein Deputierter der Universität saß. Das staatliche Entscheidungsrecht in Berufungssachen sollte deutlicher hervorgehoben werden. Mit der Abschaffung der lateinischen Disputatio pro loco sollten Berufungsverfahren vereinfacht, traditionelle Fakultätsstrukturen aufgebrochen und Widerstand gegen neue Disziplinen erschwert werden. Und durch die Verkleinerung des Senats sollte die Arbeitsfähigkeit dieses Gremiums verbessert werden. Obwohl viele Professoren aus unterschiedlichen Gründen gegen diese Reformvorschläge sogleich heftig opponierten, ging es den Initiatoren keineswegs darum, die Universität vollständig einem staatlichen Zugriff zu unterwerfen. Man wollte nicht nur den traditionellen Kern der akademischen Anstalt und die freie Gestaltung von Lehre und Wissenschaft erhalten, sondern das neue Statut der Universität auch in die politische Kultur des neuen Weimarer Konstitutionalismus einfügen. Der Senat sollte einen eigenen Abgeordneten in den neuen Weimarer Landtag entsenden und sich halbjährlich mit der Immediatkommission zusammensetzen, um über die Situation der Universität zu beraten⁵⁸.

Als die Reform von 1821, mit der sich auch Goethe trotz seiner zeitweiligen Skepsis gegenüber der konstitutionellen Politik Carl Augusts abfinden konnte⁵⁹, dann mit dem neuen Universitätsstatut abgeschlossen wurde, hatte sich die politische Situation durch Karlsbad grundlegend verändert. Durch die vom Deutschen Bund verlangte Einsetzung eines lokal präsenten, mit klar definierten Rechten gegenüber der Universität ausgestatteten Kurators⁶⁰ erhielt die Jenaer Universitätsreform einen anderen Charakter. Der Druck von außen führte dazu, daß am Ende auch in Jena eine hierarchisch strukturierte und polizeilich überwachte Staatsanstalt der höheren Bildung entstand. Mit den Statutenänderungen, die 1829 nach dem Tod Carl Augusts durchgeführt wurden, verstärkte sich dieser Trend sogar noch einmal. So wurde unter anderem der Hinweis auf den nationalpolitischen Zweck akademischer Bildung, der im Statut von 1821 noch enthalten war, jetzt wieder gestrichen. In der Frühphase des Deutschen Bundes hatte im übrigen gera-

⁵⁸ Vgl. ausführlich zu diesen Bestrebungen Gerhard Müller, Thomas Pester, Konstitutionalisierung und Universitätsreform. Die Neuordnung der Universität Jena von 1817 bis 1821, in: Konstitutionalisierung und Universitätsreform: Die Statuten und Gesetze für die Universität Jena von 1817 bis 1821, Teilbd. 1: Dokumente, hrsg. v. dies. (Weimar, Jena 2007) 7–138 (<http://www.uni-jena.de/data/unijena_einrichtungen/archiv/Konstitutionalisierung.pdf> am 10.10.2007).

⁵⁹ Vgl. Müller, Regieren 745.

⁶⁰ Vgl. hierzu ausführlich Gerber, Universitätsverwaltung 231ff.

de Weimar eigene Initiativen zu gesamtdeutschen Regelungen der Universitätsverfassung ergriffen. Die Rechte der Fakultäten wurden 1829 weiter vermindert und die Kuratorfunktion nun ausdrücklich im Hauptstatut verankert. Die kollegial-korporative Binnenstruktur blieb in der neuen Ordnung zwar ebenso erhalten wie das Ideal der Wissenschaftsfreiheit. Doch der mit den Statuten erleichterter Zugriff des Staates sollte verhindern, daß die Universität noch einmal direkt in das politische Leben eingriff oder gar, wie nach 1815 geschehen, zum Motor politischer Prozesse werden konnte, die dann Gegenreaktionen der großen Mächte hervorruften und die Stellung des Großherzogtums innerhalb des Deutschen Bundes gefährden konnten. Eine andere Universitätspolitik hätten sich die kleinen Erhalterstaaten der Universität Jena angesichts ihrer machtpolitischen Stellung auch gar nicht leisten können. Zunächst folgte man damit jenem repressiven Kurs, den Metternich im Deutschen Bund vorgab. Oken mußte seinen Dienst quittieren, Fries durfte für viele Jahre nur in den Fächern Mathematik und Physik lehren, und Luden entsagte seiner publizistischen Tätigkeit⁶¹. Auch Disziplinierungs- und Überwachungsvorgaben gegenüber den Studenten wurden, vor allem wenn sie von den Großmächten des Bundes angemahnt worden waren, in die Tat umgesetzt.

All dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Restaurationspolitik an der Universität Jena letztlich doch milder ausfiel als anderswo. Die Instruktionen für den ersten Jenaer Kurator ließen jedenfalls nicht auf jene fast lückenlose Kontrolle der Lehrtätigkeit hinaus, wie es an anderen Universitäten der Fall war, sondern ließen vielmehr einen erzieherischen Impetus erkennen. Die beiden Kuratoren, die das Amt bis 1848 bekleideten, Philipp Wilhelm von Motz und Anton von Ziegesar, gehörten in der Weimarer Staatsverwaltung zu den eher moderaten Kräften. Unter ihrer Aufsicht behielten Professoren und Studenten in Jena weiterhin Freiräume, die an anderen Universitäten des Deutschen Bundes schwer möglich waren. Daß Jena seinen liberalen Ruf unter den neuen Bedingungen nicht völlig verlor, zeigte sich etwa daran, daß schon Ende der zwanziger Jahre mit dem Kirchenhistoriker Karl Hase ein ehemaliger, auf dem Hohenasperg inhaftierter Burschenschafter auf eine wichtige Professur berufen wurde. Kurator von Motz wirkte zudem mäßigend auf das Disziplinarverfahren gegen den Historiker Luden ein und versuchte, Relegationen gegen führende Mitglieder der Burschenschaft rückgängig zu machen⁶².

Jena blieb auch im Vormärz eine Universität, an der sich Professoren und Studenten ungeachtet verschärfter Staatsaufsicht für die freiheits- und einheitspolitischen Ziele einsetzten, wie sie in den Freiheitskriegen entstanden waren. Die Jenaer Studenten beteiligten sich durch mehrere Initiativen an dem 1830 nach der französischen Julirevolution einsetzenden politischen Aufbruch, wenngleich die Spaltung der Burschenschaft in radikaldemokratische Germanen und eher liberal orientierte Arminen auch in Jena von Dauer war. Professoren und Studenten, ja

⁶¹ Vgl. Ries, Wort 437ff.

⁶² Vgl. Gerber, Universitätsverwaltung 252.

sogar der Universitätskurator von Ziegesar beteiligten sich an den Vereinen zur Unterstützung der polnischen Emigranten, die in Jena nach ihrem gescheiterten Aufstand gegen die zaristische Herrschaft begeistert gefeiert wurden. 1834 sorgte Luden, der auch in den zwanziger Jahren als Landtagsabgeordneter politisch aktiv geblieben war⁶³, dafür, daß ausgerechnet der englische Außenminister Palmerston, der zuvor offen gegen die Metternichsche Restaurationspolitik aufgetreten war, die Ehrendoktorwürde der Salana erhielt⁶⁴. Durch das Wirken von Professoren wie dem Juristen und Philosophen Karl Hermann Scheidler blieb Jena ein Ort, wo öffentlich an das Erbe der Freiheitskriege und die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen erinnert wurde⁶⁵. Nach Ausbruch der Revolution von 1848 spielte die Universität Jena umgehend sowohl auf der studentischen Ebene, wo es zu einem zweiten Wartburgtreffen kam, als auch auf der Ebene der Lehrenden, die sich hier zu einem ersten deutschen Hochschullehrertreffen versammelten, wieder eine wichtige gesamtdeutsche Rolle⁶⁶.

Die nach 1806 begründeten nationalen und fröhliberalen Traditionen wirkten somit nicht nur weiter fort, sie wurden im 19. Jahrhundert sogar ein wichtiges Element universitärer Selbstdarstellung und ein Pfiler bei der schwierigen Existenzsicherung der Salana. Das liberale Image war für Jena deshalb ein so wichtiges Kapital, weil die Universität der ernestinischen Kleinstaaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer weniger mit den besser ausgestatteten Universitäten der großen Bundesstaaten konkurriren konnte. Jena fiel bei den Studentenzahlen immer weiter zurück, und es war auch für aufstrebende Gelehrte angesichts der vergleichsweise niedrigen Gehälter in der Regel wenig attraktiv⁶⁷. Das Selbstbild einer liberalen, in ihrer gesamten Geschichte der Geistesfreiheit verpflichteten Universität trug dazu bei, Professoren für Jena zu interessieren und trotz eines vergleichsweise geringen Gehalts an die Salana zu holen. In den finanziell so schwierigen fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts konnte Jena seinen Lehrkörper dadurch gut ergänzen, daß man früher als andere auch linke

⁶³ Vgl. Gerhard Müller, Heinrich Luden als Parlamentarier. Ein Beitrag zur frühen Parlamentsgeschichte Sachsen-Weimar-Eisenachs 1816–1832, in: *ders.*, dass., beigelegt Frank Boblenz, Landschafts- und Landtagssyndikus Bernhard Friedrich Rudolf Kuhn. Eine biografische Skizze (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 10, Weimar 1998) 11–177.

⁶⁴ Vgl. István Gombocz, Kulturdiplomatie durch Bücherschenkung. Die britischen „Public Records“ in der Universitätsbibliothek Jena, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte 55 (2001) 193–204.

⁶⁵ Vgl. ausführlich hierzu Marko Kreutzmann, Thüringische Kriegervereine im Vormärz und ihre Bedeutung für die innere Nationsbildung. Ein Beitrag zur Analyse politischer Kultur in kleinstaatlicher Perspektive, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte 57 (2003) 127–166; Hans-Werner Hahn, „Ohne Jena kein Sedan“. Die Erfahrung der Niederlage von 1806 und ihre Bedeutung für die deutsche Politik und Erinnerungskultur des 19. Jahrhunderts, in: HZ 285 (2007) 599–642.

⁶⁶ Vgl. Frank Wogawa, Universität und Revolution: Jena und die „hochschulpolitischen“ Reformbestrebungen 1848, in: Die Revolution von 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume, Handlungsebenen, Wirkungen, hrsg. v. Hans-Werner Hahn, Werner Greiling (Rudolstadt, Jena 1998) 445–474; Joachim Bauer, Zur Geschichte einer Festlegende 1817 – 1848 – 1867, in: ebd. 535–562.

⁶⁷ Vgl. hierzu ausführlich Gerber, Universitätsverwaltung 257ff.

Achtundvierziger wie den Nationalökonom Bruno Hildebrand oder den Historiker Adolf Schmidt aus der Schweiz nach Deutschland zurückholte und vom Wirken solcher angesehener Professoren profitierte. Dennoch hätte das liberale Image allein nicht ausgereicht, um die finanziell schwache Universität auf Dauer zu erhalten. Auch andere Maßnahmen wie die in Jena sehr großzügig gehandhabten Promotions in absentia, mit denen die Professoren ihre Einkünfte aufbesserten, waren dazu kaum geeignet. Wenn ausgerechnet Karl Marx Anfang der vierziger Jahre in Jena promoviert wurde, dann hatte dies nichts mit einer besonderen Jenaer Liberalität zu tun⁶⁸. Es hing schlichtweg damit zusammen, daß Jena zu einer Art „Doktorenfabrik“ aufgestiegen war, deren Praktiken innerhalb der deutschen Wissenschaftslandschaft, vor allem von Theodor Mommsen, in den folgenden Jahrzehnten heftig kritisiert wurden⁶⁹. Am Ende waren es die neuen Strukturen, die sich aus der Zusammenarbeit mit einer wissenschaftsnahen Industrie – mit Carl Zeiss, Ernst Abbe und Otto Schott – ergaben, welche die Universität finanziell auf neue Grundlagen stellte⁷⁰. Als 1908 das weitgehend privat finanzierte neue Hauptgebäude der Universität zum 350. Jubiläum ihrer Gründung eingeweiht wurde und die Jenenser auf den Turm mit einer großen Kuppel sowie vier sie umgebenden kleinen Kuppeln schauen konnten, hieß es in der Stadt sehr schnell: „Die große Kuppel bedeutet die Zeiß-Stiftung, und die vier kleinen die vier Erhalterstaaten.“⁷¹ Ungeachtet dieser Ironie muß aber festgehalten werden, daß es den finanziell schwachen kleinen ernestinischen Erhalterstaaten durch eine geschickte Politik lange Zeit nicht nur gelungen war, die Universität Jena am Leben zu erhalten. Die kleinstaatliche Politik sorgte auch dafür, daß die Salana trotz ihrer nachlassenden Konkurrenzfähigkeit sowohl durch die wissenschaftlichen Leistungen als auch durch die ihr möglich gewordene politische Rolle im 19. Jahrhundert eine viel beachtete deutsche Universität blieb.

Summary

In the last quarter of the eighteenth century the Jena once more ascended to one of the leading German universities. This rise was enabled first and foremost by the close connection between new schools of thought (Kantian philosophy, German Idealism, natural philosophy) and the aesthetic interests of the ducal court at Weimar, of the court's poets and scholars. Under the aegis of Charles Augustus, the

⁶⁸ Vgl. *Erhard Lange, Günter Steiger, Karl Marx*. Jena 1841. Die Jenaer Universitäts-Dokumente zur Promotion von Karl Marx (Jena 1976).

⁶⁹ Vgl. *Rasche*, Umbrüche sowie *Gerber*, Universitätsverwaltung 611ff.

⁷⁰ Vgl. *Wolfgang Wimmer*, Das Verhältnis von Carl-Zeiss-Stiftung und Zeisswerk zur Universität bis 1933, in: „Klassische Universität“ und „akademische Provinz“. Studien zur Universität Jena von der Mitte des 19. bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, hrsg. v. *Matthias Steinbach, Stefan Gerber* (Jena, Quedlinburg 2005) 59–76.

⁷¹ Zitiert nach *Herbert Koch*, Geschichte der Stadt Jena (unv. Ndr. d. Ausg. 1966, Jena, Stuttgart 1996) 308.

Grand Duke of Saxe-Weimar-Eisenach, and Goethe, who was responsible for the university's policies, Jena's reputation was considerably improved through the appointment of associate professors and the establishment of new scientific institutions and societies. Yet despite the increased influence of the state, Jena remained an university characterized by considerable freedom for professors and students.

This period of prosperity in Jena's history already came to an end in the early nineteenth century. From 1803 onward the university lost a number of important professors. Since 1806 the competitive pressure from better funded universities in larger German states grew, and in 1819 the Carlsbad Decrees ended the leading role that Jena had played with its politically active professors and the „Burschenschaft“ in the pan-German liberal and national movement. In the following decades, the university of Jena, which suffered from a chronic lack of funding, had a difficult time competing against other German universities. The close relationship between the university and German ambitions for freedom and unity became an important trademark of Jena that helped the financially weak university to survive. At the end of the nineteenth century the university's close cooperation with research-oriented industrial enterprises and the generous endowments of successful entrepreneurs such as Ernst Abbe gave a new impetus.

Thomas Becker

Diversifizierung eines Modells? Friedrich-Wilhelms-Universitäten 1810, 1811, 1818

„Wir, Friedrich Wilhelm III., von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. etc. Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem wir in Unserm, an die Einwohner der mit dem Preußischen Staate vereinigten Rheinländer, d. d. Wien, den 5ten April 1815 erlassenen Patente, den aus Landesväterlicher Fürsorge für ihr Bestes gefaßten Entschluß, in Unsern Rheinlanden eine Universität zu errichten, erklärt haben; so stiften und gründen Wir nunmehr durch gegenwärtige Urkunde diese Universität in der Absicht und mit dem Wunsche, daß solche zur Ehre Gottes und zu aller Unserer getreuen Unterthanen Wohlfahrth gereichen möge und daß durch solche Frömmigkeit, gründliche Wissenschaft und gute Sitte in der studierenden Jugend gefördert und immer mehr allgemein verbreitet werde.“

Mit diesen Worten der Stiftungsurkunde der Universität Bonn wird am 18. Oktober 1818 die dritte neue Universität innerhalb von nur acht Jahren auf preußischem Boden gegründet¹. Mit ihren beiden Vorgängerinnen, den Universitäten Berlin und Breslau, hatte sie eines gemeinsam: die Namenlosigkeit, denn jede der drei Hochschulen mußte lange Jahre – im Falle Breslaus sogar ein Jahrhundert lang – warten, bis sie ihren eigentlichen Namen bekam. Der allerdings lautete bei allen dreien gleich: Friderico-Guilhelmina, Friedrich-Wilhelms-Universität. Grund genug, danach zu fragen, ob die drei Gründungen in drei verschiedenen Ecken Preußens mehr verbindet als nur der bloße Name, ob sich hinter der Abfolge Berlin – Breslau – Bonn ein Universitäts-Typus verbirgt, der in Berlin seinen Ausgang nahm, oder aber ob die Verbindungslien weit geringer waren als vielleicht anzunehmen ist.

Dazu sei zunächst ein Blick auf die Gründungsgeschichte der drei Anstalten geworfen. Im Falle Berlins ist sie weithin bekannt, weshalb es ausreichen dürfte, hier nur einige Grundzüge in Erinnerung zu rufen. Da dies vermutlich im Falle von Breslau und Bonns nicht so ist, soll hierauf näher eingegangen werden. Um die Ausgangsfrage näher bestimmen zu können, wird es danach um die neu geschaffenen Strukturen der drei Universitäten gehen, wie sie sich in den jeweiligen Grundordnungen darstellen. Was, wenn nicht die Statuten und anderen normativen Tex-

¹ Universitätsarchiv Bonn, Slg. Rara. Der Text der Urkunde findet sich auch bei *Karl Th. Schäfer*, Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960 mit Anhang Bonner Kuratoren 1818 bis 1933 von *Gottfried Stein von Kamienski* (Bonn 1968) 381–384, im folgenden zitiert als: *Schäfer*, Verfassungsgeschichte.

te, könnte uns sagen, ob hier Anbindungen oder Abweichungen bewußt angelegt sind? In der darauf folgenden Erörterung sollen die Einrichtungen kurz betrachtet werden, die für Forschung und Lehre entstanden, also die Seminare und Institute. Sind sie einander ähnlich? Und wenn ja, entsprechen sie damit einem bestimmten Universitätsmodell? Zuletzt sei ein Blick auf die Professoren der neuen Hochschulen geworfen. Wer wurde berufen und wie? Welche Universitätsidee wurde von den Zeitgenossen an den drei Hochschulen vertreten? Gibt es auch hier Parallelen, und sprechen auch sie für ein einheitliches Universitätsverständnis der drei Schwesternuniversitäten?

Beginnen wir also am Anfang. Der kam zweifellos mit der Katastrophe von 1806. Der Doppelschlag von Jena und Auerstedt hatte den alten Staat Friedrichs des Großen mit einem Mal hinweggefegt und damit den Weg freigemacht, in seinen Trümmern ganz neue Institutionen zu begründen, deren Verwirklichung unter den alten Bedingungen von Staat und Gesellschaft wahrscheinlich Jahrzehnte gebraucht hätte. Das Flaggschiff der preußischen Universitäten, die 1694 als strahlendes Reformmodell gegründete Universität Halle, lag mit dem Frieden von Tilsit vom 9. Juli 1807 auf einmal auf dem Boden des von Frankreich gesteuerten Königreichs Westfalen und mußte um ihren Fortbestand bangen². Hier war ein Ersatz für das ohnehin geschwächte Preußen dringend nötig, auch wenn man nicht auf das berühmte Diktum des Königs rekuriert, der Staat müsse durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren habe³. Der Gedanke einer Universitätsgründung in Berlin, der sich nun als Lösung eines von außen durch das Kriegsschicksal heraufbeschworenen Problems einstellte, hatte allerdings schon eine längere Vorgeschichte, in welcher die tatsächlich im Jahre 1810 erfolgte Gründung den Endpunkt einer Reihe von Überlegungen und Planungen darstellt, die schon 1784 in der „Berlinischen Monatsschrift“ zum ersten Mal einsetzten⁴. Die Denkschriften von Männern wie Engel, Fichte oder Schleiermacher haben zweifellos eine wichtige Bedeutung bei der ideellen Vorbereitung dieser Gründung⁵. Aber

² Wilhelm Schrader, Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle, Band 2 (Berlin 1894) 4–12.

³ Zum berühmten „Königswort von Memel“ und den Zweifeln an seiner Echtheit s. Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Band 1 (Halle 1910) 78, im folgenden zitiert: Lenz, Geschichte der Universität Berlin 1.

⁴ Rüdiger vom Bruch, Die Gründung der Berliner Universität, in: Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Rainer Christoph Schwinges, Redaktion: Nicole Staub und Kathrin Jost (Basel 2001) 53–73, hier 56ff., im folgenden zitiert als: vom Bruch, Gründung.

⁵ Die entsprechenden Dokumente sind zu finden bei Ernst Müller (Hrsg.), Gelegentliche Gedanken über Universitäten von J. J. Engel, J. b. Erhard, F. A. Wolf, J. G. Fichte, F. D. E. Schleiermacher, K. F. Savigny, W. v. Humboldt, G. F. W. Hegel (Leipzig 1990) im folgenden zitiert als: Müller, Gelegentliche Gedanken. Grundlegend zur Gründungsgeschichte der Universität Berlin sind natürlich immer noch die Arbeiten von Rudolf Köpke, Die Gründung der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (Berlin 1860, Neudruck Aalen 1981) sowie der oben (Anm. 3) zitierte erste Band der monumentalen Berliner Universitätsgeschichte von Max Lenz. Einen guten Überblick über die Gründungsgeschichte vermittelt neben dem oben in Anm. 4 zitierten Aufsatz von Rüdiger vom Bruch auch der Beitrag von Ulrich Mühlack, Die Universitäten im Zeichen von Neuhumanismus und Idealismus: Berlin, in: Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgrün-

jede Universitätsgründung hat nicht nur eine ideelle, sondern auch eine pragmatische Seite. R. Steven Turner hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Gründung der Universität Berlin nach dem Wegfall von Halle nicht nur ein Ergebnis langer und gründlicher Reformüberlegungen war, sondern auch eine Frage der Notwendigkeit und des Pragmatismus⁶. Wo denn sonst, so Turner, hätten die Sammlungen, Bibliotheken und Gebäude zur Verfügung gestanden, um das aufzufangen, was in Halle für Preußen verlorengegangen war? Berlin hatte – um Rüdiger vom Bruch zu zitieren – „jene kritische Masse an Einrichtungen [...] aus der sich eigenständige Dynamik entwickelte“⁷. Das Besondere an Berlin war also nicht die Wahl des Ortes, sondern die Wahl der Form für die neue Hochschule. Folgt man der Diskussion um die Universitätsreform in den Jahren seit der Jahrhundertwende, dann ist eine deutliche Präferenz für das französische Modell der Spezialschule zu erkennen⁸. Selbst der Begriff „Universität“ war ja so in Ungnade gefallen, daß Humboldt ihn aus seinem ersten Entwurf seiner Eingabe an den König 1809 wieder herausstreichen mußte⁹. Die entscheidende Weichenstellung, welche die Gründung der Berliner Universität für die weitere Entwicklung des deutschen Universitätswesens hatte, war vielleicht weniger die Betonung des Forschungsimperativs und der klaren Abgrenzung von Gymnasium und Hochschule als vielmehr die Tatsache, daß die Entscheidung überhaupt zugunsten der traditionellen Form der Universität ausfiel und nicht zugunsten der von Frankreich ausgehenden Spezialisierung durch Aufspaltung in einzelne Fachschulen. Humboldt folgte nicht Fichte oder Beyme, sondern er entschied sich für das Konzept Schleiermachers, das Gert Schubring eine „anti-moderne Modernisierung“ der deutschen Universität genannt hat¹⁰. Schleiermacher behielt die Fakultäten bei, und er behielt die Einheit

dungen in der frühen Neuzeit, hrsg. v. Peter Baumgart und Notker Hammerstein (Wolfenbütteler Forschungen 4, Nendeln 1978) 299–340.

⁶ „In dem verbleibenden Preußen der Jahre 1806–1813 konnte nur in der Hauptstadt eine Universität schnell und billig gegründet werden, die die unentbehrliche Aufgabe Halles übernehmen konnte.“ R. Steven Turner, Universitäten, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 3. 1800–1870. Von der Neugründung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, hrsg. v. Kar-Ernst Jeismann und Peter Lundgreen (München 1987) 221–249, hier 222.

⁷ Vom Bruch, Gründung (wie Anm. 4) 60.

⁸ Gerd Schubring, Spezialschulmodell versus Universitätsmodell – die Institutionalisierung von Forschung, in: ders. (Hrsg.), „Einsamkeit und Freiheit“ neu besichtigt. Universitätsreformen und Disziplinenbildung in Preußen als Modell für Wissenschaftspolitik im Europa des 19. Jahrhunderts (Boethius. Texte und Abhandlungen zur Geschichte der Mathematik und der Naturwissenschaften 24, Stuttgart 1991) 276–326, hier 302f., im folgenden zitiert als Schubring, Spezialschulmodell. Zu den Diskussionen um die Errichtung von spezialisierten Fachschulen an der Stelle einer Universität, z.B. die Stellungnahmen des Justizministers v. Massow oder des Leiters des Collegium Medico-chirurgicum, Christoph Wilhelm Hufeland auch Lenz, Geschichte der Universität Berlin 1 (wie Anm. 3) 24–70. S. auch Manfred Schneider, Julius Eberhard Wilhelm Ernst von Massows Beitrag zur Bildungsreform in Preußen (1770–1806) (Europäische Hochschulschriften-Reihe 11, Frankfurt 1996).

⁹ Vom Bruch, Gründung (wie Anm. 4) 57; vgl. Lenz, Geschichte der Universität Berlin 1 (wie Anm. 3) 176.

¹⁰ Schubring, Spezialschulmodell (wie Anm. 8) 303.

der Wissenschaften zur gegenseitigen Befruchtung als Strukturprinzip bei, was er besonders in der Philosophischen Fakultät gewahrt sah. Diese Gedanken Schleiermachers über die Reform der Universitäten geschahen, wie es der Titel seiner Denkschrift verkündet, „in deutschem Sinn“, der sich von dem „undeutschen, verderblichen Geiste“ der Spezialschulen abzugrenzen suchte. Dieser antifranzösische Affekt war es wohl, der das „Berliner Modell“ als Identifikationsort attraktiver machte als etwa die Universität Göttingen.

Die Gründung Breslaus entbehrt dieser patriotischen Note. Sie ist vor allem unter pragmatischen Gesichtspunkten zu sehen. Ihr Initiator war keineswegs Wilhelm von Humboldt, der ganz im Gegenteil die kleine alte Jesuiten hochschule Leopoldina in eine Art katholischer Zentralschule für Priester ausbildung umfunktionieren wollte, in der alle katholischen Theologiestudenten aus ganz Preußen ihre Ausbildung erfahren sollten. Der Unterhalt bedürftiger Studenten sollte von den geistlichen Stiften Breslaus durch Vergabe von Freitischen organisiert werden, was zeigt, daß im Mai 1810 die Säkularisation der schlesischen Klostergüter noch nicht beschlossene Sache war, die dann am 30. Oktober desselben Jahres durchgeführt wurde¹¹. Zu diesem Zeitpunkt war Humboldt jedoch schon nicht mehr im Amt, sondern weilte als preußischer Gesandter in Wien, und andere traten an seine Stelle, um die Reform des preußischen Bildungswesens weiter voranzutreiben. Einer davon war der mit Humboldt zusammen in die Sektion für Unterricht gelangte Westfale Johann Wilhelm Süvern¹². Er war es, der den Gedanken einer katholischen Theologen hochschule in Breslau aufgab und die Gedanken seiner Vorgesetzten und des Königs darauf lenkte, hier in Schlesien eine weitere preußische Voll-Universität zu errichten. Süvern dachte dabei weniger politisch als praktisch, denn dem verkleinerten Preußen fehlte eine moderne Universität in seinen schlesischen Besitzungen, während umgekehrt die alte Landesuniversität Viadrina in Frankfurt an der Oder durch die Gründung der Universität Berlin massiv an Zulauf verlor. Zudem war in Breslau auch auf Zuzug aus dem Herzogtum Warschau zu rechnen, was der dort zu gründenden Universität eine noch bessere Grundlage zu geben versprach. Süverns nüchterne Überlegung war, daß bei einer Verlagerung der Frankfurter Universität die verbleibenden drei Universitäten Königsberg, Berlin und Breslau eine günstige regionale Verteilung darstellten und so ihren jeweiligen Sprengel gut bedienen könnten¹³.

¹¹ Arno Herzig, Die Vereinigung von Leopoldina und Viadrina 1811, in: Die tolerierte Universität. 300 Jahre Universität Breslau 1702 bis 2002. Katalogbuch zur Ausstellung „Die tolerierte Universität“, hrsg. v. Norbert Conrads (Stuttgart 2004) 244–254, hier 245, im folgenden zitiert als: Herzig, Vereinigung.

¹² Johann Wilhelm Süvern (1775–1829) war einer der wesentlichen Motoren der preußischen Schulreform. Eine umfangreiche und enthusiastische Würdigung hat Süvern in einem ungewöhnlich umfangreichen Artikel aus der Feder von Wilhelm Dilthey in der ADB erhalten. S. Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 37 (Berlin 1894, Neudruck Berlin 1971) 206, 245.

¹³ Carsten Rabe, Alma Mater Leopoldina. Kolleg und Universität der Jesuiten in Breslau 1638–1811 (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte 7, Köln 1999) 367, im folgenden zitiert als: Rabe, Alma Mater Leopoldina.

Süverns Chance war dabei die durch das königliche Edikt vom 30.10.1810 erfolgte Säkularisation aller preußischen Klöster und Stifte. Das erbrachte den nötigen finanziellen Spielraum, um eine durch die Zusammenlegung der Frankfurter Viadrina und der Breslauer Leopoldina geschaffene neue schlesische Universität mit einem üppigen Etat auszustatten, der sie in die Lage versetzte, die nun durch die Universität Berlin vorgegebenen neuen Standards an Größe und Ausstattung auszufüllen. Am 12. Februar 1811 konnte Süvern mit einer Immediateingabe den König, Friedrich Wilhelm III., für seinen Plan gewinnen. Süverns Argumentation zur Translokation der Frankfurter Viadrina statt ihrer Auflösung war für diese alles andere als schmeichelhaft, denn der Ministerialbeamte verwies nicht auf die Tradition oder die akademische Qualität der 1506 gegründeten ältesten brandenburgischen Landesuniversität, sondern riet in seiner Immediateingabe von einer Aufhebung ab, „weil bei derselben dem Tilsiter Friedenstraktat zufolge das preußische Unterrichtswesen des Ertrages der altmärkischen Güter verlustig werden könnte“¹⁴. Fünf Wochen später schon wurde mit Kabinettsordre vom 24. April die Neugründung besiegt:

„Da bei der Nähe der Universität in Berlin sich die in Frankfurth nicht länger erhalten kann, wie die Erfahrung solches jetzt schon hinreichend erweiset, und kein Zweifel ist, daß sie sich bald von selbst auflösen würde; da dagegen die Einziehung der geistlichen Güter in Schlesien die dortigen literarischen und Kunstschatze mehrt, ein zweckmäßigeres Locale darbietet, und die Lage der Provinzen dafür spricht, so setze ich hiermit fest:

1. Die Universität Frankfurt wird nach Breslau verlegt.
2. Zu Michaelis 1811 fangen daselbst die Collegia an.
3. Der Geheime Staatsrat von Schuckmann wird alles, was zur Verlegung und Einrichtung erforderlich ist, sogleich einleiten und mir durch Sie die nötigen Vorschläge machen.“¹⁵

Der politische Hintergedanke bei der Überweisung der kirchlichen Bibliotheken und Kunstschatze an die Universität war die Hoffnung, den Klagen der schlesischen Katholiken über die Einziehung ihrer kirchlichen Besitzungen dadurch zuvorzukommen, daß diese nun über die Universität der Allgemeinheit wieder zugute kommen sollten¹⁶. Zugleich war dies aber auch ein gelungener Kunstgriff, um der neuen Universität über die bisher in beiden Standorten vorhandenen Sammlungen und Bücher hinaus eine verbesserte Ausstattung zukommen zu lassen. Im Augustiner-Chorherrenstift auf der Sandinsel, dem so genannten „Sandstift“, wurde die neue Universitätsbibliothek eingerichtet, die aus den beiden vereinigten

¹⁴ Der Immediatbericht Süverns ist hier zitiert nach *Friedrich Andreae*, Aus dem Leben der Universität Breslau. Der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zum 125. Gedenktag der Gründung gewidmet vom Universitätsbund Breslau (Breslau 1936) 10. Zur Gründungsgeschichte vgl. auch *Georg Kaufmann*, Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Teil 1. Geschichte der Universität Breslau 1811–1911 (Breslau 1911).

¹⁵ Kabinettsordre von König Friedrich Wilhelm III. an den Staatskanzler Hardenberg vom 24.04.1811, gedruckt in: Quellenbuch zur Geschichte der Universität Breslau 1702 bis 1811. Hrsg. v. Norbert Conrads unter Mitarbeit von Markus Müller und Carsten Rabe (Köln, Weimar, Wien 2003) 462.

¹⁶ *Herzig*, Vereinigung (wie Anm. 11) 246.

Hochschulbibliotheken der Viadrina und der Leopoldina sowie den interessierenden Beständen der säkularisierten Stifts- und Klosterbibliotheken bestand¹⁷.

In Breslau war der Plan der Unterrichtssektion mit Begeisterung aufgenommen worden, erwartete man sich doch von der neuen Universität eine Belebung sowohl des geistigen Lebens als auch der Wirtschaft. In Frankfurt stieß er verständlicherweise auf heftigen Protest. Dort war man vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Bei einigen Professoren, namentlich beim Historiker Gottfried Gabriel Bredow, der 1809 aus der von König Jérôme von Westfalen geschlossenen Universität Helmstedt gekommen war, stieß der Plan auf Zustimmung, bei den meisten anderen aber, bei den Studenten und bei der Frankfurter Bevölkerung auf erbitterte Ablehnung, die bis zu Tätigkeiten wie dem Einwerfen einer Fensterscheibe gediehen¹⁸.

Ungeachtet der Frankfurter Proteste hielt die Regierung an ihrem Plan fest. Nach nur viermonatiger Vorbereitung konnte am 19. Oktober 1811 die neue Breslauer Universität eröffnet werden. In der Aula Leopoldina wurde feierlich die Vereinigung der beiden alten Universitäten vollzogen, indem die Insignien beider, einschließlich der Frankfurter Szepter, auf dem großen Katheder zusammengelegt wurden¹⁹. Ein Teil der Frankfurter Professorenschaft war nach Breslau übernommen worden, darunter der erste Rektor der neuen Universität, der Mediziner Karl August Wilhelm Berends, und ein Teil der Studenten. Eingewöhnungsschwierigkeiten gab es zur Genüge, aber insgesamt ging die Neugründung der aus zwei sehr unterschiedlichen Hochschulen zusammengefügten Universität sehr glatt. Eine Besonderheit gab es allerdings, denn auch wenn man in Breslau die klassische Form der Vier-Fakultäten-Universität beibehielt, so hatte die Universität doch faktisch fünf Fakultäten. Es gab nämlich – zum ersten Mal an einer preußischen Universität – sowohl eine katholische als auch eine evangelische Theologische Fakultät. Damit wurde nicht zuletzt der Tatsache Rechnung getragen, daß hier zwei konfessionsverschiedene Universitäten zusammengelegt worden waren. Breslau selbst als bikonfessionelle Stadt durfte diese Entscheidung nur begünstigt haben. Doch die Entscheidung zu einer paritätischen Universität mit konfessioneller Gleichberechtigung war keine nur aus pragmatischen Gründen geschaffene Lösung. Hier deutete sich von anderer Seite als in der übrigen Universitätsstruktur an, daß Preußen im Universitätswesen neue Wege ging. Bisher war die Verklammerung von Konfession und Universität eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit gewesen, woran auch die Einrichtung simultan besetzter theologischer Lehrstühle in Heidelberg (1648), Erfurt (1802) und Würzburg (1803) nichts geändert hatte²⁰. Doch die Gleichsetzung der Konfessionen auf Fakultätsebene war ein ganz erheb-

¹⁷ Rabe, Alma Mater Leopoldina (wie Anm. 13) 378.

¹⁸ Herzog, Vereinigung (wie Anm. 11) 250.

¹⁹ Ludwig Petry, Breslau als schlesische, preußische und deutsche Universität, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 28 (1987) 342–358, hier 343.

²⁰ Ewald Horn, Einiges zur Vorgeschichte der paritätischen Universität in Breslau, in: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 32 (1911) 786–808, hier 807.

licher Schritt, der nicht mehr in die Tradition der vorklassischen deutschen Universität paßte.

Zwischen der Neugründung der Universität in Breslau und der in Bonn vergingen sieben bedeutsame Jahre. Sie sahen den Rußlandfeldzug Napoleons, den Beginn der Befreiungskriege, die Völkerschlacht bei Leipzig, den Wiener Kongreß, die Rückkehr des verbannten Korsen, das Ende bei Waterloo, die Neuordnung Europas und den Wiederaufstieg Preußens zur Großmacht. Die kleinen Fürstentümer vom Niederrhein bis zum Saarland, darunter die drei geistlichen Kurfürstentümer Mainz, Trier und Köln, waren im Strudel der Mediatisierung verschwunden, an ihre Stelle war überall das preußische Königreich getreten. Das war weder von den Preußen noch von den Rheinländern herbeigesehnt worden. In Berlin hatte man, wie bekannt, eigentlich Sachsen haben wollen, und hatte nun statt dessen „diese halbverwelschten Krummstablände“ (Heinrich von Treitschke) erhalten, die nicht so recht zu den anderen preußischen Gebieten passen wollten. Der König und seine Berater bemühten sich daher um Einfälle, mit denen ihre schon recht bald den französischen Verhältnissen nachtrauernden neuen Untertanen günstig gestimmt werden konnten. Eine in Aussicht gestellte Verfassung, ein verbürgter Schutz der römisch-katholischen Religion und nicht zuletzt die Gründung einer neuen rheinischen Universität sollten die Herzen der Rheinländer für den fernen König einnehmen²¹.

In allen Gebieten von der Saar bis an den Niederrhein, die nun mit dem Wiener Kongreß zur preußischen Rheinprovinz zusammengefaßt worden waren, gab es zum Zeitpunkt der Machtübernahme und Besitzergreifung durch den preußischen König im Jahre 1815 nur noch eine einzige Universität: Duisburg. Dies war eine alte brandenburgisch-preußische Gründung, aber sie hatte schon zu ihrer Blütezeit im 17. Jahrhundert nicht viel hergemacht, und nun bestand sie nur noch aus zwei Professoren der Medizinischen Fakultät, deren Hauptaufgabe die wohlfeile Erteilung von Promotionen war²². Kein Wunder, daß der preußische König, wie eingangs zitiert, den Bewohnern seiner neuen Staatsgebiete zur Gewinnung ihrer Herzen eine Universität versprach. Die Reaktion darauf bestand in einem erbitterten Konkurrenzkampf der rheinischen Städte untereinander, weil viele von ihnen um den Sitz dieser neuen rheinischen Alma Mater wetteiferten²³. Denn die rheinische Städtedeutschlandschaft war einmal nicht so hochschularm gewesen, wie sie sich 1815 darstellte. Neben der altehrwürdigen Universität Köln hatte es die kurfürstli-

²¹ Wilhelm Janssen, Kleine rheinische Geschichte (Düsseldorf 1997) 272.

²² Günter von Roden, Die Universität Duisburg. Mit einem Beitrag von Hubert Jedin „Der Plan einer Universitätsgründung in Duisburg“ (Duisburg 1968) 90, 262 u. 270f. Zur Frage der wohlfeilen Erteilung von Doktortiteln, s. ebenda 326.

²³ So schon die Ausführungen des Bonner Rektors anlässlich der 50-Jahr-Feier der Universität Bonn 1868: „Die Stadt Duisburg begehrte den Besitz der neuen Anstalt als Trägerin der alten; der Fürst von Neuwied bot namhafte Unterstützungen, wenn man seine Stadt zum Sitz der künftigen Hochschule wähle; von Coblenz und von Düsseldorf, von Köln, endlich von Bonn war die Rede.“ Festrede zum Fünfzigjährigen Jubiläum der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, gehalten von dem zeitigen Rektor Heinrich von Sybel (Bonn 1868) 8.

chen Universitäten in Mainz und Trier und Bonn gegeben, dann zahlreiche Jesuitenkollegien und illustre Gymnasien, die teilweise mit wissenschaftlichen Lehrstühlen oder sogar mit ganzen Fakultäten ausgestattet waren, nicht zu vergessen die Priesterseminare und verschiedenen Ordensschulen²⁴. Das alles hatten französischer Zentralismus und deutsche Säkularisation endgültig beseitigt, und nun wartete man sehnstüchtig darauf, wieder den Anschluß an das übrige Deutschland zu finden. Viele der Städte, wie Aachen, Koblenz oder Neuwied, machten sich allerdings vergeblich Hoffnungen. Ernstlich kamen für die Standortwahl nur drei Städte in Frage: Duisburg, weil dort eine alte preußische Universität ihren Sitz hatte, Köln, weil es die älteste und größte Universität der Region beherbergt hatte, deren Einrichtungen noch vorhanden waren, und Bonn, wo sich seit 1777 eine kleine, der Aufklärung verpflichtete moderne Universität etabliert hatte, die allerdings durch den Einmarsch der Franzosen 1794 schon bald ihre Wirksamkeit eingebüßt hatte.

Und nun taucht in der Debatte um den Standort der neuen Universität ein Element auf, das auch schon in Breslau eine wichtige Bedeutung entfaltet hat, hier im Rheinland aber entscheidend wird: Die Frage der Religion. Sowohl die Provinz Schlesien als auch die Rheinprovinz hatten nun einmal das Problem einer katholischen Bevölkerungsmehrheit, die dem durch und durch evangelischen Preußen das Regieren nicht gerade leicht machte. Gerade die Ausrichtung der alten Duisburger Universität auf das reformierte Bekenntnis wurde daher von der Duisburger Bevölkerung als wichtiges Argument ins Feld geführt, obwohl die theologische Fakultät schon länger verwaist war. Die romantisch gesinnten Intellektuellen und Literaten um Ferdinand Franz Wallraff in Köln hielten dem zwar nicht die dezidiert katholische Ausrichtung der alten Kölner Universität entgegen, aber sie priesen der preußischen Regierung gegenüber die reichen Schätze an mittelalterlichen Klosterbibliotheken, Kirchen und Sakralobjekten an, die in Köln für das Studium zur Verfügung ständen²⁵.

Beides, die einseitige Ausrichtung auf die evangelische Konfession als auch die übermächtige Präsenz des katholischen Kultus, sah man in Berlin mit gemischten Gefühlen. Und in beiden Fällen fürchtete man das Beharrungsvermögen alter und verkrusteter Universitätsstrukturen. Duisburg schied allerdings auch aus pragmatischen Gründen bald aus dem Rennen aus, denn auch wenn Bürgermeister und Bevölkerung nicht müde wurden, die vielfältigen Möglichkeiten einer Duisburger Hochschule anzupreisen, so wurde doch klar, daß die mitten in der Stadt gelegene kleine Universität keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten mehr bot.

²⁴ S. dazu Dietrich Höroldt, Das rheinische Hochschulwesen der Frühen Neuzeit, in: Frank Günther Zehnder, Eine Gesellschaft zwischen Tradition und Wandel. Alltag und Umwelt im Rheinland des 18. Jahrhunderts (Der Riss im Himmel. Clemens August und seine Epoche 3, Köln 2000) 109–125.

²⁵ Christian Renger, Die Gründung und Einrichtung der Universität Bonn und die Berufspolitik des Kultusministers Altenstein (Academica Bonnensis. Veröffentlichungen des Universitätsarchivs Bonn 7, Bonn 1982) 37, im folgenden zitiert als: Renger, Gründung.

Anders Bonn. Hier war das kleine und unscheinbare Gebäude der alten Universität schon längst wieder von dem Gymnasium belegt, aus dem sie einst erwachsen war²⁶, aber innerhalb und außerhalb der Stadt standen durch den Wegfall der Residenzfunktion große Schlösser leer, die sich für den Aufbau einer Universität anboten. Namentlich das Residenzschloß am Rande der Innenstadt bot ausreichend Platz für eine moderne Voll-Universität, in der nicht nur Auditorien und Dienstzimmer, sondern auch die mittlerweile in Mode gekommenen klinischen Anstalten spielend unterzubringen waren. Zudem stand mit dem außerhalb gelegenen Poppelsdorfer Schloß ein weiteres Gebäude mit einem großen Freigelände zur Verfügung, wo schon ein botanischer Garten bestand, der nur noch erweitert werden mußte²⁷. Der neue preußische Kultusminister und somit Nach-Nachfolger von Humboldt war aber Karl von Altenstein, der ein großer Liebhaber und Förderer der Botanik war und diese Möglichkeit in Bonn durchaus zu schätzen wußte²⁸.

Neben dem vermutlich ausschlaggebenden Vorteil der vorhandenen Räumlichkeiten spielte aber die Konfessionsfrage eine entscheidende Bedeutung. Als Residenz eines katholischen Erzbischofs war Bonn, anders als Breslau, im Ancien Régime keine bikonfessionelle Stadt gewesen, aber anders als in Köln war unter den letzten beiden Kurfürsten die Aufklärung hier sehr gefördert worden. Der katholische Klerus hatte in der kleinen Stadt nie einen so großen Einfluß gewinnen können wie in Köln, und daher wurde in Berlin auch nicht befürchtet, daß er in Zukunft die neu zu gründende Universität dominieren würde. Das aber wäre bei einer Kölner Universität nach Meinung des Kultusministeriums zu befürchten gewesen. In der Bewerbungsschlacht der rheinischen Städte um den Sitz der Universität war von den Gegnern Kölns treffsicher ins Feld geführt worden, daß hier immer noch der Geist des Mittelalters walte. Besonders effektvoll verstand es der erst im Frühjahr ernannte Bonner Kreisdirektor Philipp Joseph Rehfues, ein 35-jähriger Schwabe, der dem Freiherrn vom Stein durch seine patriotischen Schriften in den Befreiungskriegen aufgefallen war, sich dieser Klaviatur zu bedienen. In einer im November 1814 verfaßten kleinen Schrift mit dem Titel „Ansprüche und Hoffnungen der Stadt Bonn, vor dem Thron ihres künftigen Beherrschers

²⁶ Josef Buschmann, Zur Geschichte des Bonner Gymnasiums. Dritter Teil. Das Königlich preußische Gymnasium in der Übergangszeit und unter Nik. Jos. Biedermanns Leitung, in: Jahresbericht des Königlichen Gymnasiums zu Bonn, Schuljahr 1893–1894 (Bonn 1894) 1–49, hier 16.

²⁷ Der ursprüngliche botanische Garten der kurfürstlichen Universität hatte sich auf einer alten Kanonenbastion befinden, auf der heute das Bonner Landgericht steht. S. Josef Buschmann, Zur Geschichte des Bonner Gymnasiums. Zweiter Teil. Das höhere Schulwesen Bonns zur Zeit der Fremdherrschaft, in: Jahresbericht des Königlichen Gymnasiums zu Bonn, Schuljahr 1892–1893 (Bonn 1893) 1–40, hier 5, Anm. 2. Doch um das Poppelsdorfer Schloß herum gab es ausgedehnte Gartenbereiche, die einmal zu einem barocken Ziergarten, zum anderen zu einem kurfürstlichen Meiereibetrieb gehörten. Beides stand nun der Universität zum Ausbau zur Verfügung.

²⁸ Thomas P. Becker, Der Rang der Naturwissenschaften in den ersten Jahren der Universität Bonn, in: Christian Gottfried Nees von Esenbeck, Politik und Naturwissenschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Leopoldina-Meeting am 20. und 21. Juni 2003 in Halle (Saale), hrsg. v. Dietrich von Engelhardt, Andreas Kleinert, Johanna Bobley (Acta historica Leopoldina 43, Halle 2004) 115–131.

niedergelegt von P. J. R.“ warf er sich für die nunmehr verödete ehemalige Residenzstadt in die Bresche. Die Schrift war nach einer Reminiszenz im Vorwort von dem Freiherrn vom Stein selbst angeregt worden²⁹. Rehfues zögerte nicht, gegen die alte Universität Köln zu polemisieren, deren beharrliches Festhalten an der scholastischen Methode er wie in den Tagen der Aufklärung als „den eigentlichen Brennpunkt der deutschen Obscuranz“ brandmarkte³⁰. Der Dunkelmännerstreit lag zwar schon 300 Jahre zurück, aber das negative Urteil über die Rückständigkeit und Romhörigkeit der Kölner Universität hatte sich gerade in den protestantischen Territorien Deutschlands weiterhin gehalten. Die Vorurteile, die Rehfues hier bediente, waren protestantische Vorurteile, und sie betrafen weniger die mangelhafte wissenschaftliche Qualität der Kölner Universität als vielmehr ihre traditionelle Verstrickung mit dem katholischen Klerus und ihre konfessionelle Festlegung. Es ging also, mit anderen Worten, um Religion. Und so stark Köln katholisch gebunden war, so stark war Duisburg reformiert bestimmt. Dies sah auch der ehemalige Generalgouverneur des Generalgouvernements Niederrhein und nunmehrige Oberpräsident der preußischen Provinzen am Rhein, Johann August Sack, nicht anders, der sich in einem Gutachten aus dem Jahre 1815 entschieden hinter Bonn stellte³¹. Noch stärker als Rehfues betonte Sack die zu befürchtende religiöse Einseitigkeit und Intoleranz, den Obskuratorismus und die Mittelalterfixierung der gebildeten Kölner Kreise sowie die eventuell zu befürchtenden Bekehrungserfolge bei nicht ganz sattelfesten Protestanten, deren Loyalität zu Preußen offensichtlich durch einen Konfessionswechsel in Frage gestellt wurde. Aus Sacks Gutachten wird deutlich, daß man in Berlin bei der rheinischen Neugründung von Anfang an daran gedacht hatte, auch hier die paritätische Lösung anzustreben, die man in Breslau verwirklicht hatte. Und diese erschien Sack in Köln nicht durchsetzbar. Eine Stadt, die sich seit der Reformation allen neuen Lehren verschlossen habe, werde wohl kaum eine paritätische Universität in ihren Mauern dulden und unbehelligt lassen³². Sacks Gutachten war für die Standortwahl ausschlaggebend, und daher erhielt Bonn den Zuschlag und konnte ab dem

²⁹ „Diese Schrift verdankt einem der ersten Staatsmänner unsrer Zeit ihre Veranlassung. Als ihr Verfasser Denselben vor einigen Monaten zu sprechen das Glück hatte, machten die Mittel, durch welche Bonn wieder aus seinem tiefen Verfalle zu erheben wäre, einen Haupt-Gegenstand der Unterhaltung aus, und er erhielt die Aufforderung, solchen zur öffentlichen Untersuchung zu bringen.“ *Joseph Philipp Rehfues*, Die Ansprüche und Hoffnungen der Stadt Bonn, vor dem Thron ihres künftigen Beherrschers niedergelegt von P. J. R. (Bonn 1814) Vorwort S. III. Universitätsarchiv Bonn, Bibliothek Ad Reh.

³⁰ „Bedenkt man alles dieses, so können wahrlich am allerwenigsten die Ansprüche einer andern Stadt von Gewicht seyn, die keinen der Vorteile von Bonn für eine Universität besitzt, und sich mit demselben höchstens in so fern auf die Linie stellen kann, als sie auch einst eine Universität besaß, eine Universität, welche nicht verhindern konnte, oder nicht wollte, daß man ihren Sitz während des letzten Jahrhunderts den eigentlichen Brennpunkt der deutschen Obscuranz nennen durfte.“ Ebenda 46.

³¹ *Renger*, Gründung (wie Anm. 25) 40–43.

³² *Renger*, Gründung (wie Anm. 25) 41.

18. Oktober 1818 als zweite paritätische Universität Deutschlands den Betrieb aufnehmen.

So erfolgten die Gründungen der drei späteren Friedrich-Wilhelms-Universitäten in ganz unterschiedlichen Situationen. 1810 war es eine aus der Not geborene Entscheidung, bei der nur wenig Spielraum für die Ortswahl blieb, 1811 war es eine rein pragmatische Überlegung aus der Beamtenperspektive des Ministeriums, wo es um eine sinnvolle Mittelverteilung und um eine sinnvolle Raumabdeckung ging, und 1818 war politisches Kalkül zur Festigung der Macht in einer neu erworbenen Provinz wichtiger als bildungspolitische oder utilitaristische Erwägungen. Sehr verschiedene Konstellationen also. Und doch haben die drei Hochschulen erstaunlich viel gemeinsam. Das beginnt schon beim Namen, denn keine von ihnen konnte sich zunächst mit einem eigenen Namen schmücken. Die damals noch übliche Mode, den Namen des Fürsten zu tragen, unter dessen Herrschaft die Gründung vollzogen wurde, hat man auf die drei Universitäten nicht angewandt. Breslau behielt zwar als Konzession an Frankfurt bei ihrer Gründung den Namen „Viadrina“ bei, aber schon fünf Jahre später wurde er offiziell fallen gelassen. Danach hieß sie „Universitas litterarum Wratislaviensis“, zu deutsch also einfach „Universität Breslau“. Gleiches gilt für die „Universität zu Berlin“. Etwas hochtrabender war der Name der Bonner Universität, die sich „preußische Rhein-Universität“ nennen durfte. Aber auch das war kaum mehr als ein Arbeitstitel. Es dauerte bis 1828, im Falle Breslaus sogar bis zur 100-Jahr-Feier 1911, bis man in Berlin geneigt war, den begehrten Namen „Friedrich-Wilhelms-Universität“ zu verleihen³³.

Auch in anderen Bereichen zeigt sich, daß hier trotz der Beibehaltung traditioneller Formen ein sehr nüchterner Umgang mit Universitäten Einzug gehalten hat. Keine der drei Universitäten erlebte eine Inauguralfeier, denn keine der drei Universitäten erhielt zur Eröffnung ihre Statuten. Statt dessen wurden sie für einige Jahre direkt vom Ministerium in Berlin aus dirigiert und erhielten von dort ihre vorläufigen Reglements. In Bonn, das wegen seiner liberalen Professoren, vor allem wegen der Verärgerung über Arndts dritten Band von „Geist der Zeit“, beim König in Ungnade gefallen war, gab es nicht einmal eine kleine Eröffnungsfeier. Die Universität öffnete einfach ihre Tore und nahm die Arbeit auf, ohne auch nur einen Hauch von Feierlichkeit. „Unter Zittern und Zagen ist nun die Universität Bonn aufgetan. Sie kann viel Gutes bringen, wenn der Unsegen sie nicht trifft, der auf alles, was sich von heute oder gestern datiert, zu fallen pflegt. Arndt mit seinem Geist der Zeit hätte beinahe einen Fluch auf sie noch im Mutterleibe herabgezogen [...]“ so klagte Joseph Görres schon Ende 1818 in einem Brief an den Verleger Friedrich Christoph Perthes³⁴.

³³ Zur Namensverleihung in Bonn s. Schäfer, Verfassungsgeschichte (wie Anm.1) 100. Zur Namensverleihung in Breslau s. Andreeae, Aus dem Leben der Universität Breslau (wie Anm.14) 347f.

³⁴ Zitiert nach Friedrich von Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahr 1870 (Bonn 1920) 87, im folgenden zitiert als: Bezold, Geschichte der Universität Bonn.

Wenn man die Frage betrachten will, ob die drei Friedrich-Wilhelms-Universitäten über den gemeinsamen Namen hinaus miteinander in Verbindung standen, ob also, anders gesagt, ein wie auch immer geartetenes „Berliner Modell“ weitergegeben wurde, bietet sich natürlich zunächst einmal ein Vergleich der Statuten dieser Universitäten an. Die Berliner Statuten wurden 1810 von einer Kommission ausgearbeitet, die aus dem Theologen Schleiermacher, dem Juristen Savigny, dem Mediziner Rudolphi und dem Philosophen Böckh bestand. Damit war Schleiermacher als derjenige, der mit seiner Denkschrift Wilhelm von Humboldt das Material für die neue Konzeption einer preußischen Universität in die Hand gegeben hatte, nun auch an der Abfassung ihrer Statuten maßgeblich beteiligt. Der Entwurf dieser Kommission, von Max Lenz umfangreich ediert und kommentiert, folgte dem klassischen Aufbau der deutschen Universität³⁵. Vier Fakultäten, in denen die Ordinarien eine Führungsrolle innehatten, wurden von gewählten Dekanen vertreten. Privilegien wie die akademische Gerichtsbarkeit oder die freie Wahl des Rektors blieben erhalten. Die finanzielle Ausstattung aber und auch die Berufung der Professoren waren Sache des Staates.

Am 27. Juni 1812 überreichte die Kommission ihre Ausarbeitungen dem Leiter der Sektion für Kultus und Unterricht, Kaspar Friedrich von Schuckmann, dem Nachfolger Humboldts. Doch dieser gab sie einige Jahre lang nicht weiter. Daran war nicht zuletzt der Krieg schuld, denn die bewegten Jahre der Befreiungskriege zwischen 1813 und 1815 waren nicht dazu geeignet, der Berliner Universität in einer prächtigen Inauguralfeier ihre Statuten zu übergeben. Aber spätestens seit dem endgültigen Sieg über Napoleon fiel dieser Grund weg. Dennoch verzögerte die Unterrichts-Sektion die Angelegenheit immer weiter. Durch diese Verschleppung im Ministerium ist der kuriose Umstand zu erklären, daß die Universität Breslau, die ja auch auf ihre Verfassung wartete, ihre Statuten schon vor der Universität Berlin bekam. Max Lenz hat in seiner „Geschichte der Universität Berlin“ behauptet, die Breslauer Statuten seien „abgesehen von den durch lokale Verhältnisse bedingten Unterschieden, Wort für Wort von den unsrigen abgeschrieben“, und die einschlägige Literatur ist ihm bisher darin gefolgt³⁶. Ganz so ist es aber nicht. Ein Vergleich der Berliner Statuten mit den Breslauern zeigt, daß sich hier auch in den Passagen, in denen nicht Fragen der Parität und andere lokale Besonderheiten berührt werden, durchaus Abweichungen, Ergänzungen oder Auslassungen feststellen lassen³⁷. Dies gilt insbesondere für den Abschnitt II, der von den Fakultäten und ihren Dekanen handelt. Hier stimmen weder die Reihenfolge der Paragra-

³⁵ Die Arbeit der Einrichtungskommission ist von Lenz im ersten Band seiner Geschichte der Universität Berlin auf den Seiten 220 bis 289 eingehend geschildert worden. Die Ausarbeitung der Statuten wird auf den Seiten 431 bis 468 thematisiert. Die endlich erfolgte Übergabe der Statuten ist auf den Seiten 632 bis 639 beschrieben. Im vierten Band auf den Seiten 199 bis 290 stehen dann die unterschiedlichen Entwürfe, Briefe und begleitenden Dokumente.

³⁶ Lenz, Geschichte der Universität Berlin 1 (wie Anm. 3) 634.

³⁷ Universitätsarchiv Wrocław, Akta Uniwersytetu Wrocławskiego 1811–1945, Sig. 133. Statut der Universität Breslau von 1816. Ich danke der Archivleiterin Frau Dr. Teresa Suleia für Hilfe und Anregungen bei meinen Recherchen.

phen noch die Ausformulierung überein, selbst wenn sich in allen Paragraphen gemeinsame Passagen finden lassen. Aber auch im folgenden Abschnitt III, der den Rektor und den Senat betrifft, sind Veränderungen festzustellen, auch wenn die Anordnung der Paragraphen hier ebenso identisch ist wie der überwiegende Teil des Textes. Die Abweichungen sind hier keine Bagatellen, denn sie betreffen z.B. die Wahlberechtigung bei der Rektorwahl oder die Zusammensetzung des Senats³⁸. Es handelt sich also nicht um einen bloßen Kopiervorgang. Allerdings wird bei der Durchsicht der Statuten ebenso klar, daß die Gemeinsamkeiten der beiden Texte die Unterschiede bei weitem überwiegen. Auch in Breslau hatte es, wie in Berlin, eine Statutenkommission gegeben, die unter der Leitung von Professor Madhin zusammenrat, nachdem das Ministerium am 1. Mai 1812 die Entwürfe sowohl für die Statuten als auch für eine Stiftungsurkunde angefordert hatte. Madhins Entwurf wurde vom Rektor, dem Mediziner Berends, noch einmal gründlich überarbeitet und dann an die Organisations-Kommission weitergeleitet. Erst am 2. April 1816 aber wurden die mittlerweile vom Ministerium auch noch einmal überarbeiteten Statuten an die Universität Breslau zurückgeschickt³⁹.

Da es sich bei den Abweichungen vielfach um Erweiterungen eines gemeinsamen Textes handelt, ist nicht daran zu zweifeln, daß sich sowohl die Berliner als auch die Breslauer Statuten auf eine gemeinsame Quelle beziehen. Die Behauptung von Lenz ist, auch wenn sie nicht wörtlich genommen werden darf, in ihrer Substanz also richtig: Die Breslauer Statuten sind eine Adaption der Berliner Bestimmungen. Weglassungen, Ergänzungen und Verschiebungen verändern zwar die äußere Form, aber die Aussagen über Aufbau, Funktionsweise und Aufgaben der Universität sind im Kern identisch.

Die Breslauer Statuten wurden am 3. August 1816, dem Geburtstag des Stifters Friedrich Wilhelm III., feierlich verkündet. In Berlin hatte man auf diesen Termin gehofft, aber wegen der Saumseligkeit oder Gedankenlosigkeit im Ministerium mußte man noch fast ein Jahr warten, bevor Schuckmann kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt am 26. April 1817 auch der dortigen Universität ihre Ver-

³⁸ In Berlin sind nur die Ordinarien wahlberechtigt, in Breslau werden auch die außerordentlichen Professoren zur Wahl zugelassen, jedoch nur in beschränkter Anzahl, welche das halbe Quorum der ordentlichen Professoren umfaßt (Abschnitt III § 1). Der Senat besteht in Berlin aus dem Rektor, dem Prorektor, den vier Dekanen und fünf gewählten Vertretern aus der Reihe der ordentlichen Professoren. In Breslau sind neben Rektor, Prorektor und den fünf Dekanen nicht fünf, sondern sieben Senatoren zu wählen, von denen einer ein Extraordinarius sein muß (Berlin Abschnitt III, § 13, Breslau Abschnitt III, § 14). Allerdings ist in Breslau (wie auch später in Bonn) der Syndikus bzw. Universitätsrichter geborenes Mitglied des Senats, was in den Berliner Statuten noch fehlt (Breslau Abschnitt III § 27, Bonn Abschnitt IV, § 45). In Bonn, wo nur vier Ordinarien statt der Breslauer sieben den Senat ergänzen, wird allerdings ein komplizierter Wahlmodus eingeführt, indem jährlich immer nur zwei der Senatoren das Amt verlassen und so eine Amtszeit von zwei akademischen Jahren entsteht.

³⁹ Bernhard Nadbyl, Chronik und Statistik der Königlichen Universität zu Breslau. Bei Gelegenheit ihrer fünfzigjährigen Jubelfeier am 3. August 1861 im Auftrage des akademischen Senats (Breslau o.J. [1861]) 1, im folgenden zitiert als: Nadbyl, Chronik. Benutzt wurde das Exemplar im Universitätsarchiv Wrocław, Signatur 22.

fassung überreichte. Allerdings gestattete er keine große und glanzvolle Feier, sondern nur eine kleine akademische Feierstunde mit einer lateinischen Ansprache unter Ausschluß der Öffentlichkeit⁴⁰.

Die Frage einer Abhängigkeit der Breslauer Universität von der Berliner, und damit auch die Frage der Übernahme eines „Berliner Modells“, ist also hinsichtlich des in den Statuten festgelegten Aufbaus für Breslau ganz eindeutig positiv zu entscheiden. Ist das aber überhaupt überraschend? Ist es nicht vielleicht ganz selbstverständlich, daß die Berliner Statuten vom zuständigen Ministerium den übrigen preußischen Neugründungen einfach vorgeschrieben wurden? Schauen wir dazu nach Bonn.

Hier war keineswegs mit Gründung der Universität 1818 die Übernahme der Berliner Statuten verordnet worden. Vielmehr wurde hier, analog zu den bisherigen Fällen, ein vorläufiges Reglement in Kraft gesetzt, das allerdings seine Herkunft aus dem Berliner vorläufigen Reglement, und damit aus der Feder von Süvern und Schleiermacher, nicht leugnen kann⁴¹. Auf ihre Statuten mußte auch die Universität Bonn noch einige Jahre warten. Der Kultusminister Altenstein erließ am 8. Juli 1823 eine Ministerialinstruktion zur Zusammenstellung einer Statutenkommission, auf deren Anfang sich ein Blick lohnt, weil hier deutlich wird, daß man im Ministerium in Berlin keineswegs die Übernahme der Berliner Statuten als zwingend ansah.

„In den Statuten für die Universität als solche sind in einem besonderen Kapitel die einzelnen Nominal-Professuren und Lehrämter namhaft zu machen, welche erforderlich sind, um bei der Universität alle nötigen Lehrfächer vollständig zu besetzen. Die *sub lege remissionis* beige-schlossenen Statuten der Universitäten Jena und Dorpat enthalten in dieser wie in mancher anderen Beziehung recht zweckmäßige Bestimmungen, und können von dem zu bildenden Committee benutzt werden; dasselbe gilt von den abschriftlich beigeschlossenen Statuten für die Universität Breslau. Auch wünscht das Ministerium, daß der [sic] zu bildende Committee auf die für die Universität und die verschiedenen Fakultäten in Halle an dem 1. Julius 1694 erlassenen Statuten, welche von der Universität selbst ausgegangen sind, [...] die erforderliche Rücksicht nehmen möge.“⁴²

⁴⁰ Ebenda 635ff. Immerhin wurden die Berliner Statuten nach ihrer Verkündung allem Anschein nach direkt in den Druck gegeben, während man in Breslau lediglich einige Abschriften anfertigte. 1825 wollte der Oberlehrer Knie, der an der Schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt angestellt war, die Statuten in sein Buch über Schlesien aufnehmen, was der Senat beim Ministerium dringend befürwortete, mit dem Zusatz, selbst im Falle einer Ablehnung sei ein Druck für den Gebrauch der Universität selbst sehr wünschenswert. Der Antrag des Lehrers Knie wurde zwar abgelehnt, der Universität aber der Abdruck der Statuten gestattet. Es dauert allerdings noch bis 1829, bevor ein erster Druck vorliegt. S. Nadbyl, Chronik (wie Anm. 39) 3.

⁴¹ Zur Urheberschaft s. Akira Takamori, Die erste Berliner Universitätsverfassung und ihr Einfluß auf das japanische Hochschulwesen. Quellenedition des „Vorläufigen Reglements für die Universität Berlin“ von 1810, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2 (1999) 136–150, hier 139. Takamori spricht von einer „faktischen“ Urheberschaft Schleiermachers, ohne daß in seinen Ausführungen deutlich wird, ob Schleiermacher tatsächlich auf die Entstehung des Textes Einfluß nehmen konnte. Zumindest von einer mittelbaren Einflußnahme ist aber auszugehen, wenn man sieht, wie viel vom Wortlaut des vorläufigen Reglements in die von Schleiermacher formulierten ersten Abschnitte der Berliner Statuten von 1817 übernommen worden ist.

⁴² Schäfer, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 1) 28.

Man war also im Ministerium durchaus geneigt, den Blick über die Berliner Universität hinaus zu erheben und zumindest in Preußen die Berliner Neugründung nicht als Maßstab für alle weiteren Anstalten anzunehmen. Im Gegenteil betonte Altenstein, daß es dem Ministerium an der Mitwirkung der Bonner Professoren gelegen sei, „um auf diese Weise eines Theils bei der zu erlassenden Urkunde die Einsichten und Erfahrungen der dortigen Professoren benutzen zu können, und anderen Theils, um ihnen selbst eine erwünschte Gelegenheit zu geben, vor der Mit- und Nachwelt von dem Geiste zu zeugen, in welchem die ersten Lehrer der neu gegründeten Universität zusammen getreten sind“⁴³. Die berühmtesten dieser Bonner Lehrer der ersten Stunde waren aber nur zum geringeren Teil aus einer anderen preußischen Universität berufen, sie kamen aus Erlangen, Marburg, Tübingen, Göttingen oder Würzburg, oder aber – wie die beiden größten Stars unter den Bonner Professoren, August Wilhelm Schlegel und Barthold Georg Niebuhr – sie waren Seiteneinsteiger, die aus anderen Berufen in die Universität gelangt waren. Ihre Erfahrungen abzurufen, das sieht zumindest danach aus, als ob man bei der Abfassung von Statuten auch die Verfassungstraditionen und akademischen Gepflogenheiten anderer als der neuen preußischen Universitäten in den Entstehungsprozeß der neuen Bonner Verfassung mit einfließen lassen wollte.

Doch schaut man sich das Bonner Ergebnis an, muß man dieses Urteil wohl relativieren. Der Kommission gehörten zwei Professoren aus jeder Fakultät an, nur bei der Philosophischen Fakultät waren es vier. Der Bonner Kurator Rehfues befolgte getreulich die Anweisungen der ministeriellen Instruktion, was im Falle der Statuten der Universität Halle zu Verzögerungen führte, da man das Werk von Johann Christoph Dreyhaupt (*Historisch-Diplomatische Beschreibung des Saalekreises*), in dem sich die Hallensischen Statuten befanden, erst vom dortigen Kurator besorgen mußte. Die Statuten von Breslau, Jena und Dorpat trafen als Abschriften am 15. September in Bonn ein. In der Kommission saßen neben dem Rektor Münchow und dem Kurator Rehfues die evangelischen Theologen Augusti (vorher Jena und Breslau) und Nitzsch (vorher Wittenberg), die katholischen Theologen Gratz (vorher Tübingen) und Hermes (vorher Münster), die Juristen Walter (vorher Heidelberg) und Hasse (vorher Kiel, Königsberg und Jena), die Mediziner Harless (vorher Erlangen) und Walther (vorher Bamberg) und von der Philosophischen Fakultät der Historiker Hüllmann (vorher Frankfurt/Oder und Königsberg), der Philosoph und Literaturwissenschaftler Delbrück (vorher Königsberg), der Philosoph und Medizinhistoriker Windischmann (vorher Aschaffenburg) und der Botaniker Nees von Esenbeck (vorher Erlangen). Genügend unterschiedliche Universitätserfahrung also, um mit Hilfe der beschafften Statuten und eigener Kenntnis eine breit angelegte Verfassungsdiskussion zu beginnen. Doch weit gefehlt! Die durch diese Kommission erarbeiteten Statuten fußten nämlich von Anfang an ausschließlich auf den Berliner Statuten, denn schon ab der ersten Sitzung wurden ohne weitere Erarbeitung eines eigenen Entwurfes die

⁴³ Ebenda.

einzelnen Berliner Paragraphen auf die Mitglieder der Kommission aufgeteilt⁴⁴. Diese Vorgehensweise ist eventuell vom Regierungs-Bevollmächtigten Rehfues vorgegeben worden. Sie fand aber bei den Professoren keinerlei Widerstand. Und das ist auch kein Wunder. Denn wie die Senatsprotokolle der Universität Bonn zeigen, hatte man bisher schon in allen Fällen, in denen die Bestimmungen des vorläufigen Reglements nicht ausreichend waren, zur Klärung die entsprechenden Paragraphen der Berliner Statuten von 1817 herangezogen⁴⁵. So hatte etwa der Senat am 29. Oktober 1818 in seiner allerersten Sitzung beschlossen, „es werde gut sein, das Beispiel von Berlin darin nachzuahmen, daß jeder Student eine Karte erhalte, durch die er sich als solcher bei der Polizei ausweise“. Auch die erste Rektorwahl fand am 2. August 1819 nach dem Vorbild der Berliner Statuten statt. Die auch zur Verfügung stehenden Breslauer Statuten wurden gar nicht erst erwogen. Dementsprechend waren die endgültigen Bonner Statuten, die am 1. September 1827 in Kraft gesetzt wurden, nicht anders als in Breslau eine Adaption der Berliner Vorlage. Es gilt der gleiche Befund wie beim Breslauer Text: Die Bonner Statuten sind keine reine Abschrift der Berliner Vorlage, denn die Paragraphen sind erweitert oder gekürzt, die Reihenfolge ist bisweilen verändert, auch sind zusätzliche Abschnitte aufgenommen worden, aber in der Substanz sind die Berliner Statuten übernommen und zu den eigenen gemacht worden. Eingearbeitet wurden auch in Bonn die Besonderheiten, die wie in Breslau in erster Linie die Frage der Parität betrafen. Das bedeutet, daß überall da, wo es um die Fakultäten ging, die beiden theologischen gleichberechtigt nebeneinander eingebaut werden mußten. Darüber hinaus wurde in Bonn und Breslau aber verankert, daß stets ein Professor des Kirchenrechts in der Juristischen und ein Professor der Philosophie in der Philosophischen Fakultät katholischer Konfession zu sein habe, ansonsten aber – außer in den theologischen Fakultäten – nirgendwo die Frage der Konfession bei der Berufung eine Rolle zu spielen habe. Wie sich hier wieder zeigt, war also die Parität die Kernfrage, modern gesprochen das „Alleinstellungsmerkmal“ der beiden Friedrich-Wilhelms-Universitäten in Schlesien und am Rhein. Hätte man Mitte des 19. Jahrhunderts einen Angehörigen einer Friedrich-Wilhelms-Universität gefragt, was denn das Unterscheidungsmerkmal der drei Schwester-Universitäten wäre, so hätte er ohne zu zögern auf diese konfessionelle Parität verwiesen. Genau das tat im Namen von Rektor und Senat der Bonner Professor eloquentiae Ferdinand Dellbrück bei der 25-Jahr-Feier der Universität Bonn am 18. Oktober 1843, als er die Überwindung der Konfessionsschranken innerhalb der Universität zum Kulminationspunkt seiner feierlichen Festrede machte⁴⁶.

⁴⁴ Ebenda 36.

⁴⁵ Universitätsarchiv Bonn, Bestand Rektorat 105, Sign. A 7.

⁴⁶ Der Eintritt der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn in ihr zweytes Viertel-jahrhundert. Eine Rede zur akademischen Feier desselben am 18. October 1843, gehalten im Auf-trage des Rectors und Senats von Dr. *Ferdinand Delbrück*, Ordentlichem Professor der schönen Literatur und Philosophie (Bonn 1843) 18.

Interessant ist, was noch über die Berliner Statuten hinausgeht. Das ist einmal ein eigenes Kapitel „Von den Professoren der Universität“ und sodann eine Präambel, die den Berliner Text weit übersteigt. Im Professorenkapitel wird deutlich, was man sich in erster Linie unter der Aufgabe eines Professors vorstellte: Die Lehre nämlich, die hier in zahlreichen Paragraphen geregelt wird. Das klingt nicht nach Forschungs imperativ, sondern eher nach einer traditionellen Universitätsauffassung. Aber immerhin sollte man hellhörig werden, wenn es um die Frage der Qualifikation eines Professors geht. In Hinsicht auf die Hierarchie der Ordinarien, Honorarprofessoren und Privatdozenten heißt es da nämlich, daß kein Lehrer an der Hochschule ein Recht auf automatische Beförderung in das nächst höhere Amt habe, sondern „daß daher bei der einen, wie der andern Beförderung, überall nicht auf Anciennität, sondern lediglich auf Verdienst und Qualifikation Rücksicht genommen werden soll.“⁴⁷ Man war also gewillt, die Strukturen der alten Familienuniversität mit ihrer Vetternwirtschaft gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern das Leistungsprinzip an diese Stelle zu rücken.

Daß man bei der Lehre aber nicht nur an berufsbezogene Wissensvermittlung dachte, geht aus der Präambel hervor, die sich in dieser Weise auch nicht in Berlin findet. Dort war im § 1 noch die Rede davon gewesen, der Zweck der Universität sei, die Jünglinge „zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchen-Dienstes tüchtig zu machen“. In der Bonner Präambel ist das aber nur noch eines von zwei gleichberechtigten Zielen, zudem eines, das mit dem Erziehungsauftrag in sittlich-religiöser Hinsicht fest verbunden ist. Daneben steht „die Ausbildung und Erweiterung der Wissenschaft selbst“. Der Text spricht dabei das Vertrauen aus, daß alle Professoren nicht nur das ihnen anvertraute Fach in Wort und Schrift bereichern, sondern auch „für das Gesammt-Wissen, welches das Wesen einer Universität ausmacht, eine heilsame Thätigkeit beweisen werden“⁴⁸. Hier gehen die Bonner Statuten also einen ganzen Schritt weiter als der Berliner Text, sie sprechen aus, was in Berlin zwar angelegt, aber noch nicht schriftlich niedergelegt war. Damit entsprachen die Bonner Statuten dem Willen des Kultusministers, der in der oben schon erwähnten Ministerialinstruktion ein deutliches Bekenntnis zur Einheit von Forschung und Lehre als Grundprinzip der Universität abgelegt hatte:

„Die erste und nähere Bestimmung der Universität ist die wissenschaftliche Bildung der Jugend, wozu die Gymnasien einen allgemeinen Grund legen sollen, in den besonderen theoretischen sowohl als praktischen Zweigen der Wissenschaften weiter zu führen, dadurch für jeden Beruf, wozu höhere wissenschaftliche Bildung erforderlich ist, [...] die Studierenden gründlich und allseitig auszubilden und vorzubereiten und zu dem Ende das bewährte Wissenswürdige in treuer Vollständigkeit und Reinheit vorzutragen. Neben dieser ersten und nächsten Bestimmung hat die Universität auch den Zweck, mittels der ihr angehörigen Lehrer und Institute die Wissenschaft an und für sich zu fördern, zu erweitern und auszubilden. Beide Zwecke sind so miteinander zu vereinigen, daß einer dem andern keinen Eintrag tue, vielmehr beide einträglich verfolgt werden und sich wie es bey einem richtigen Verhältniß von selbst ergiebt wechselseitig fördern. [...] Bei dem

⁴⁷ Schäfer, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 1) 432.

⁴⁸ Ebenda 423f.

Entwürfe der Statuten sind beide Zwecke gleichmäßig zu beachten, damit die Universität weder zu einer bloßen theologischen, juristischen und medizinischen Schule, welcher die philosophische Fakultät nur als ein untergeordnetes und dienendes Glied beigesellt ist, herabgesetzt werde, noch zu einer wissenschaftlichen Experimentir-Anstalt werde [...]“⁴⁹.

Bei der Organisation der Universität war in Berlin, wie ja bekannt ist, die Gliederung in die traditionellen vier Fakultäten beibehalten worden. Hierbei ist aber von besonderem Interesse, wie man bei dieser Einteilung mit der Philosophischen Fakultät zu verfahren gedachte, die ja in der traditionellen europäischen Universität eine untergeordnete Rolle spielte und erst durch die Aufklärung aus der Inferiorität einer besseren Oberschule herausgehoben worden war⁵⁰. Schleiermacher hatte in ihr die „eigentliche Universität“ gesehen, welche die übrigen auf den Rang von „Spezialschulen“ verweise⁵¹. Umfang und Ausstattung der Philosophischen Fakultät sind also durchaus geeignet, als Indikatoren für die Übernahme der neuen Universitäts-Konzeption zu gelten. Schaut man in die Zusammenstellung der Lehrstühle, die Marita Baumgarten ihrer Dissertation über „Professoren und Universitäten im 19.Jahrhundert“ beigelegt hat, zeigt sich sehr deutlich, daß Berlin mit seinen 17 Lehrstühlen der Philosophischen Fakultät gegenüber Gießen, Kiel und Heidelberg eine Sonderstellung einnahm, die allerdings dem Göttinger Aufbau sehr ähnlich war⁵². Auch in Bonn findet sich ein entsprechender Umfang. Hier hatte der Kultusminister Altenstein im Sommer 1818 in einem sehr ausführlichen Schreiben an den neu ernannten Kurator Solms-Laubach festgelegt, wie viele Ordinarien die jeweiligen Fakultäten zu erwarten hätten⁵³. Je vier Lehrstühle entfielen demnach auf die beiden theologischen Fakultäten, vier weitere auf die juristische und sechs auf die medizinische, d.h. die klassischen Haupt-Fakultäten sollten zusammen achtzehn Ordinarien erhalten. Die Philosophische Fakultät dagegen sollte fast ebenso viele Ordinarien erhalten, nämlich siebzehn. Von diesen

⁴⁹ Ebenda 27.

⁵⁰ Der Gebrauch des Begriffes „*facultas philosophica*“ setzt sich erst seit dem Ende des 16.Jahrhunderts langsam durch. Vgl. Norbert Hofmann, Die Artistenfakultät an der Universität Tübingen 1534–1601 (Tübingen 1982) 48ff. Im katholischen Köln, wo die Artistenfakultät im 16.Jahrhundert gänzlich von der Universität auf die drei Gymnasien verlagert worden war, sprach im späten 18.Jahrhundert Ferdinand Franz Wallraff bei der Planung einer Neuerrichtung immer noch von der „Artistenfakultät“. S. Erich Meuthen, Kölner Universitätsgeschichte. Band 1. Die alte Universität (Köln, Wien 1988) 389.

⁵¹ „Offenbar nämlich ist die eigentliche Universität, wie sie der wissenschaftliche Verein bilden würde, lediglich in der philosophischen Fakultät enthalten, und die drei anderen dagegen sind die Spezialschulen, welche der Staat entweder gestiftet oder wenigstens, weil sie sich unmittelbar auf seine wesentlichen Bedürfnisse beziehen, früher und vorzüglicher in seinen Schutz genommen hat. [...] In dieser einen ist daher allein die ganze natürliche Organisation der Wissenschaft enthalten [...]“ Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn. Nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende (Berlin 1808), hier zit. nach Müller, Gelegentliche Gedanken (wie Anm. 5) 198, 200.

⁵² Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19.Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 121, Göttingen 1997) 277, 283, im folgenden zitiert als: Baumgarten, Professoren.

⁵³ Universitätsarchiv Bonn, Kuratorium 106, Sign. A 2.1, fol. 2ff.

siebzehn Professuren waren allerdings nur sechs für die gesamten Naturwissenschaften vorgesehen, nämlich zwei für Mathematik (einschließlich der Astronomie), eine für allgemeine Naturgeschichte und Botanik sowie je eine für Mineralogie, Chemie und Physik. Das war nun wieder ganz nach Berliner Vorbild, allerdings mit einer entscheidenden Ausnahme: In Berlin nämlich hatte man sich noch nicht von der alten Tradition lösen können, die Botanik und die Zoologie in die Medizinische Fakultät zu verweisen. Sie erhielten Parallel-Lehrstühle in der Philosophischen Fakultät, die allerdings offensichtlich zunächst als eher zweitrangig angesehen wurden⁵⁴. Bonn war also weiter als sein Vorbild Berlin, denn hier hatte man sich von Anfang an für eine Zuweisung aller Naturwissenschaften in die Philosophische Fakultät entschieden. Der Zoologe und Mineraloge Georg August Goldfuß frohlockte daher bei der Eröffnung des naturhistorischen Museums im Jahre 1821, daß es den Naturwissenschaften in Bonn von Anfang an gelungen sei, aus der Dienstbarkeit gegenüber der Medizin erlöst zu werden und nun innerhalb der Philosophischen Fakultät einen anerkannten Platz erhalten zu haben⁵⁵.

Normative Texte sind das Eine, die universitäre Wirklichkeit ist das Andere. Wenn, wie sich zeigte, Breslau und Bonn ihre Grundordnung und ihren Aufbau weitgehend von Berlin übernahmen, dann fragt sich, ob sie damit auch andere Elemente übernommen haben, die nicht mehr dem „vorklassischen“ (Moraw) Bild der Universität entsprachen. Einmal wäre das die Frage nach der Form der Lehre, näher hin nach der Existenz von Seminaren und Instituten, und zum anderen die Frage nach der Berufungspraxis.

Was die Seminar-Idee angeht, so ist bekanntermaßen Berlin nicht der Ursprung dieser zukunftsweisenden Lehrform gewesen. Mit dieser institutionalisierten Form des Konversatoriums wurde von der Methode des Memorierens von Lehrbuchinhalten abgegangen und der aktuelle Stand der Forschung zum Gegenstand der Lehre. Ziel war die Einführung der Studenten in den eigenständigen Umgang mit wissenschaftlichen Methoden⁵⁶. Die ersten Seminare entstanden in Halle und Göttingen. Der Zweck dieser ersten Einrichtungen war die Vorbereitung ihrer Mitglieder auf den höheren Schuldienst durch Vertiefung der Studien in den alten Sprachen. Die Lehrerausbildung wurde damit ganz im Sinne der Aufklärung aus der Hand der Theologischen in die der Philosophischen Fakultät gegeben, wofür

⁵⁴ Als 1812 der erste Vertreter der Botanik in der Philosophischen Fakultät starb, wartete man 17 Jahre mit der Wiederbesetzung. Erst 1850/51 endete die Doppelbesetzung mit der Zuweisung des Faches zur Philosophischen Fakultät, was im Falle der Zoologie allerdings bis zum 20. Jahrhundert dauern sollte. Nur die Chemie war von Anfang an ganz aus der Medizin abgewandert. Zum Ganzen s. Baumgarten, Professoren (wie Anm. 52) 77, 84.

⁵⁵ Georg August Goldfuß, Ein Wort über die Bedeutung naturwissenschaftlicher Institute und über ihren Einfluß auf humane Bildung (Bonn 1821) hier zitiert nach Bezold, Geschichte der Universität Bonn (wie Anm. 34) 203.

⁵⁶ Gert Schubring, Das Bonner naturwissenschaftliche Seminar (1825–1887) – Eine Fallstudie zur Disziplindifferenzierung, in: Christian Gottfried Nees von Esenbeck, Politik und Naturwissenschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Leopoldina-Meeting am 20. und 21. Juni 2003 in Halle (Saale), hrsg. v. Dietrich von Engelhardt, Andreas Kleinert, Johanna Bohley (Acta historica leopoldina 43, Halle 2004) 133–148, hier 135, im folgenden zitiert: Schubring, Bonner Seminar.

vor allem seit 1787 der Altphilologie Friedrich August Wolf in Halle Sorge getragen hatte⁵⁷. An der Universität Berlin entstand schon zwei Jahre nach der Gründung auf Antrag von August Böckh ein philologisches Seminar für acht Mitglieder, das in der schon aus Göttingen oder Halle bekannten Weise einzelne Studenten aufnahm, die sich in den alten Sprachen vervollkommen wollten⁵⁸. Aber die Tendenz zur Seminargründung in den Buchwissenschaften ging hier noch weiter, denn Schleiermacher richtete im gleichen Jahr auch an der Evangelisch-Theologischen Fakultät ein Seminar ein.⁵⁹ Es war in eine philologische und eine historische Abteilung unterteilt, die noch weitere Unterabteilungen erhalten sollten. Die Teilnehmerzahl war auf 20 Studenten beschränkt, allerdings waren bei der Eröffnung im Sommersemester 1812 nur sechs Mitglieder zu verzeichnen⁶⁰.

Damit war der Seminargedanke über die reine Altphilologie hinausgewachsen. Auch hier zeigen sich Parallelen zu Breslau und Bonn. In Breslau war zeitgleich mit Berlin auch ein evangelisch-theologisches Seminar eingerichtet worden, dessen Reglement am 15. Juni, nur einen Monat nach der Genehmigung der Berliner Seminarstatuten, vom Ministerium bestätigt worden war⁶¹. Ähnlich wie in Berlin war es in Abteilungen untergliedert, allerdings gab es hier zwei gleichberechtigte exegetische Abteilungen neben der historischen, die sich analog zu Berlin in Unterabteilungen spaltete. Entsprechend der paritätischen Struktur der Universität wurde im selben Jahr von der Organisations-Kommission auch die Errichtung eines katholisch-theologischen Seminars beschlossen. Wegen der schleppenden Besetzung der Lehrstühle verzögerte sich die Seminargründung allerdings bis 1822, wobei schon 1819 eine Seminarbibliothek angelegt worden war⁶². Ein philologisches Seminar hatte man in Breslau natürlich auch gegründet, es entstand genau wie das evangelische zum Sommersemester 1812. Es war etwas kleiner als das Berliner und umfaßte nur sechs Plätze, die aber später auf zwölf aufgestockt wurden. Anders als bei den Seminaren der älteren Universitäten, die analog zu heutigen Oberseminaren nur die sehr weit fortgeschrittenen Studenten berücksichtigten,

⁵⁷ Gert Schubring, Kabinett – Seminar – Institut: Raum und Rahmen des forschenden Lernens, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000) 269–285, hier 270. Aber auch die nach der Universität angesiedelten Seminare wie das im selben Jahre von Friedrich Gedcke in Berlin gegründete „philologisch-pädagogische Seminar“ zur reinen Lehrerausbildung entsprachen demselben neuhumanistischen Gedanken. In ihm fanden sich so einflußreiche Protagonisten der Bildungsreform ein wie Johann Wilhelm Süvern, Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher oder August Ferdinand Bernardi; s. dazu Dilthey, Süvern (wie Anm. 12) 207.

⁵⁸ Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Band 3.1 (Halle 1910) 208, im folgenden zitiert als: Lenz, Geschichte der Universität Berlin 3.

⁵⁹ Sylvia Paetschek, Verbreitete sich ein ‚Humboldt’sches Modell‘ an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert?, in: Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Rainer Christoph Schwinges, Redaktion: Nicole Staub und Kathrin Jost (Basel 2001) 75–104, hier 89, im folgenden zitiert als: Paetschek, Humboldt’sches Modell.

⁶⁰ Lenz, Geschichte der Universität Berlin 3 (wie Anm. 58) 78.

⁶¹ Nadbyl, Chronik (wie Anm. 39) 54.

⁶² Ebenda 55.

konnte man in Breslau schon ab dem 2. Semester aufgenommen werden. Wie anderswo auch mußte man sich bewerben, indem man zwei Probearbeiten abgab. Wer sich auf die Aufnahme vorbereitete, konnte aber schon als Gast an den regelmäßigen Seminarsitzungen teilnehmen⁶³.

In Bonn wurde durch Ministerial-Reskript von 16. Februar 1819 schon zum Sommersemester ein philologisches Seminar eingerichtet⁶⁴. Das Bonner Seminar hatte acht Plätze, die Mitgliedschaft war auf drei Jahre begrenzt. Wie in Breslau konnte man ab dem 2. Semester aufgenommen werden, allerdings wurde eine Probearbeit durch eine mündliche Prüfung ersetzt. Für das darauf folgende Wintersemester 1819/20 wurde auch schon ein evangelisch-theologisches Seminar fürexegetische und kirchenhistorische Übungen angekündigt⁶⁵. Eine Besonderheit stellt das Bonner „Seminar für die gesammten Naturwissenschaften“ dar, das 1825 gegründet wurde, also zeitgleich mit Liebigs viel zitiertem Gießener Labor. Es richtete sich, wie die Seminare überhaupt, an die künftigen Gymnasiallehrer und hatte sich zum Ziel gesetzt, deren naturwissenschaftliche Bildung zu verbessern. Allerdings vertrat das maßgeblich vom Botaniker Christian Gottfried Daniel Nees von Esenbeck gegründete Bonner Seminar mit seiner naturphilosophischen Idee von der Einheit der Wissenschaften eine Richtung, die der auf Empirie ausgerichteten Auffassung des Bonner Alumnus Liebig diametral entgegengesetzt war⁶⁶. Das naturwissenschaftliche Seminar, das in dieser Weise nirgendwo in Deutschland ein Gegenstück hatte, machte gar keine Vorbehalte bei der Aufnahme seiner Mitglieder, denn es richtete sich ganz bewußt an Anfänger. Es war in fünf Sektionen unterteilt, eine zoologische, eine botanische, eine mineralogische, eine chemische und eine physikalische⁶⁷. Diese starke Untergliederung konnte deswegen gut gelingen, weil die genannten Naturwissenschaften allesamt außerhalb der Stadt im Poppelsdorfer Schloß untergebracht waren, wo sich neben den Dienstwohnungen der Professoren und den Hörsälen auch die dazugehörigen Institute und Sammlungen befanden. Damit sind wir bei einem weiteren Bereich angelangt, den Instituten nämlich.

Die Berliner Naturwissenschaft war natürlich nicht unwesentlich gestützt durch die Vereinigung der Universität mit der Akademie der Wissenschaften. Hierdurch wuchsen ihr zahlreiche Institute zu, worunter man in der Zeit des frühen 19. Jahrhunderts Sammlungen und Einrichtungen wie Bibliotheken, Botanische Gärten oder Sternwarten verstand. Institute und Kabinette waren im damaligen Sinne Service-Einrichtungen zur Unterstützung der Lehre, die nicht den forschungsorientierten Interaktionscharakter der geisteswissenschaftlichen Seminare hatten, aber immerhin den Professoren die Infrastruktur zur Durchführung eigener Forschun-

⁶³ Ebenda 55f.

⁶⁴ Jahrbuch der preußischen Rhein-Universität, Band 1 (Bonn 1819) 257–261.

⁶⁵ Ebenda 286.

⁶⁶ Zur Gründung und Entwicklung dieses Bonner Seminars s. Schubring, Bonner Seminar (wie Anm. 56) passim.

⁶⁷ Carl Schaarschmidt, Kurzgefasste Geschichte der Universität Bonn 1818–1855, in: Archiv für Landeskunde der preußischen Monarchie 2 (1856) 205–236, hier 219.

gen boten⁶⁸. In diesem Sinne wurden sie auch genutzt, während die Beteiligung der Studenten durch Praktika erst mit dem Großlabor von Justus Liebig in Gießen ihre Etablierung im universitären Betrieb fand.

Die Kombination von Universität und Akademie an einem Ort hatte der Universität Berlin einen unbestrittenen Standortvorteil verschaffen können⁶⁹. Diese besondere Infrastruktur ließ sich natürlich nicht ein zweites Mal finden. Doch immerhin profitierten auch andere Standorte von der Zusammenlegung mit gelehrteten Gesellschaften. Wenig beachtet wird, daß es in Deutschland neben der Berliner Akademie der Wissenschaften noch eine weitere Forschungsvereinigung von hohem Rang gab, nämlich die „kaiserliche Akademie der Naturforscher Leopoldina“. Und diese wurde, wenn auch nicht von Anfang an geplant, faktisch mit der Universität Bonn vereinigt. Zwar war die Vereinigung nicht institutionalisiert wie in Berlin, denn die Universität und die Leopoldina bestanden unverbunden nebeneinander weiter, aber durch einen Trick des Erlanger Mineralogen Goldfuß gelang es, die gesamte Bibliothek der Leopoldina und die bedeutenden naturkundlichen Sammlungen der Bonner Universität zu Forschungs- und Lehrzwecken einzuhändigen⁷⁰. Die „Institute“ dieser Akademie waren damit ähnlich mit der Universität vereint wie das in Berlin geschehen war. Andere, rein der Forschung vorbehaltene Institute, wie die Sternwarte, wurden in den folgenden Jahren in Bonn hinzugebaut. Befriedigt konstatierte das Intelligenzblatt der Jenaischen Allgemeinen Litteratur-Zeitung im April 1820: „Es ist wirklich außerordentlich, [...] wie weit die wissenschaftlichen Institute, ohne welche eine Universität jetzt nicht mehr bestehen kann, schon jetzt gediehen sind. Mehrere derselben sind nach Anlage und Einrichtung in einer solchen Vollkommenheit und Großartigkeit entworfen, daß sie bald mit den ersten Anstalten dieser Art in Deutschland wetteifern können, und die meisten übertreffen werden.“⁷¹

Nach Seminaren und Instituten sei zuletzt auf die Professoren geschaut, die in den neu errichteten Universitäten lebten und lehrten. Für die Frage nach der eventuellen Weitergabe eines „Berliner Modells“ geht es hier vor allem um die Berufungspraxis.

Marita Baumgarten hat den Wandel von der Familien- zur Forscheruniversität, der durch den Wechsel im Berufungsverhalten herbeigeführt worden ist, durch drei Schritte gekennzeichnet: Zunächst verschwanden die Universitätsfa-

⁶⁸ Schubring, Kabinett (wie Anm. 57) 276.

⁶⁹ Vom Bruch, Gründung (wie Anm. 4) 59f.; genauso sieht es Paletschek, Humboldt'sches Modell (wie Anm. 59) 81.

⁷⁰ S. dazu Thomas Becker, Georg August Goldfuß und die Begründung der Naturwissenschaften in Bonn, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1997/98, Jg. 113, NF 102 (1999) 182–189. Direkt vergleichen kann man die Breslauer Entwicklung damit nicht, aber auch hier wurden mit der Entbindungsanstalt und der Anatomischen Anstalt zwei „Institute“ der Universität einverleibt.

⁷¹ Die K. Preussische Rhein-Universität zu Bonn, in: *Intelligenzblatt der Jenaischen Allgemeinen Literatur-Zeitung*, Numero 24, April 1820. Literarische Nachrichten. Universitäten und andere öffentliche Lehranstalten (Jena 1820) 186. Zitiert nach Universitätsarchiv Bonn, Slg. Bib. Nr. 859.

milien, d. h. die durch Verwandtschaftsbeziehungen gekennzeichneten Lehrkörper. Im zweiten Schritt endete die Protektion der Landeskinder, d. h. der Staat achtete bei der Berufung nicht mehr in erster Linie darauf, die eigenen Untertanen zu bevorzugen. Im letzten Schritt verschwand die Praxis der unmittelbaren Sukzession durch den eigenen Schüler, d. h. die geistige Verwandtschaft des akademischen Nachwuchses⁷². Das neue Modell, das an die Stelle des Gelehrten alter Schule treten sollte, war der nur seiner Wissenschaft verhaftete und sowohl durch Forschungsleistung als auch Lehrerfolge ausgezeichnete Professor, der sich einer Habilitation unterzogen oder anderweitig seine Qualität unter Beweis gestellt hatte.

Im Falle Berlins war die Umsetzung dieses theoretischen Postulats gar nicht so einfach, da durch die Zusammenlegung von Universität und Akademie und auch durch die Übernahme etlicher Hallenser und Frankfurter Professoren gar nicht mehr so viel Spielraum für die leistungsorientierte Berufung neuer Professoren geblieben war⁷³. Zudem versagten sich die wichtigen alten Universitäten, wie Max Lenz in seiner monumentalen Monographie beklagt: „Weder Tübingen noch Erlangen, weder Gießen noch Marburg hatten einen der Ihrigen geschickt; ein Schleusner hatte sogar das kleine Wittenberg mit der Hauptstadt Preußens nicht vertauschen mögen. Völlig versagt hatte sich allen Werbungen die stolze Georgia Augusta.“⁷⁴ Dennoch ist an der Neugründung bemerkenswert, daß die Maßstäbe der alten Familienuniversität nicht mehr paßten. Es gab gar keine Universitätsfamilien, weil sich noch keine etablieren können, und ein Bevorzugen von Landeskindern gab es – und sei es nur mangels Masse – auch nicht. Zwar kamen die meisten der Nichtpreußen aus den protestantischen norddeutschen Universitäten, aber das ist eigentlich gar nicht zu verwundern, bedenkt man die heikle politische Situation der Jahre um 1810. Immerhin konnte man Savigny aus Landshut gewinnen und die Theologen de Wette und Marheineke aus Heidelberg⁷⁵.

Ahnlich lagen die Verhältnisse in Breslau. Hier gab es drei Gruppen von Professoren: einmal die ehemaligen Mitglieder der Frankfurter Viadrina, die man nach Breslau gezogen hatte, sodann die ehemaligen Professoren der Breslauer Jesuitenuniversität Leopoldina und als letzte Gruppe die neu Hinzuberufenen. Im Ministerium in Berlin erwartete man von den ersten beiden Gruppen nicht viel, wie sich in verschiedenen Denkschriften zeigt⁷⁶. Sie standen noch ganz für das System der alten Universität mit ihren verkrusteten Lehrgebäuden und ihren langweiligen und überflüssigen Vorlesestunden oft veralteter Handbücher. Der Archivar und spätere Breslauer Kunsthistoriker Johann Gustav Gottlieb Büsching schrieb spöttisch

⁷² Baumgarten, Professoren (wie Anm. 52) 112.

⁷³ Lenz, Geschichte der Universität Berlin, Bd. 1 (wie Anm. 3) 273.

⁷⁴ Ebenda 274.

⁷⁵ Ludwig Petry, Die Gründung der drei Friedrich-Wilhelms-Universitäten Berlin, Breslau und Bonn, in: *Festschrift Hermann Aubin zum 80. Geburtstag*, hrsg. v. Otto Brunner, Hermann Kellenbenz, Erich Maschke, Wolfgang Zorn, Band 2 (Wiesbaden 1965) 687–709, hier 696.

⁷⁶ Herzig, Vereinigung (wie Anm. 11) 246.

„Wie werden die alten Professoren die neu ankommenden Dozenten und ihre Vortragsmethoden anstaunen?“⁷⁷

In Bonn allerdings lagen die Dinge ganz anders. Hier hatte man keinerlei Rücksichten zu nehmen. Zwar baute die neue Preußische Rhein-Universität auf den alten Universitäten von Duisburg, Bonn, Trier und Köln auf, aber kein einziger Professor aus diesen untergegangenen Anstalten wurde übernommen. Entweder waren sie schon zu alt, oder aber sie hatten anderweitig Beschäftigung gefunden und waren an einer Wiederverwendung nicht interessiert – sofern sie überhaupt gefragt wurden. So bot der Aufbau der Universität Bonn die Chance, das Postulat einer leistungsorientierten Berufungspolitik einzulösen. Den Zeitgenossen war das durchaus bewußt. Lassen wir noch einmal die Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung zu Wort kommen:

„Ein Haupt-Vorzug jeder neu geschaffenen Universität, wie Bonn, vor einer neu organisierten und reformirten, besteht darin: daß eine solche frey bleibt von einem alten Schlendrian, und daß sie nicht nötig hat, eine gewiße Anzahl ausgedienter und abgelebter Lehrer übernehmen zu müssen. Dadurch aber werden der Ausbildung eines freyen wissenschaftlichen Lebens weit weniger Hindernisse in den Weg gelegt.“⁷⁸

Wie sich an die Ergebnissen zeigen läßt, ist dies auch gelungen. Einige wenige Berufungen, vor allem die des unfähigen Magnetiseurs Ennemoser, die auf das Konto von Hardenbergs Leibarzt Koreff ging, waren das Resultat von Beziehungen und wissenschaftsfremden Erwägungen, aber das Gros der Professoren wurde in Hinblick auf ihre Qualifikation berufen. Dies ist in erster Linie der geschickten Berufungspolitik des Kultusministers Altenstein zu verdanken. Er wollte die bestehenden preußischen Universitäten nicht schwächen, schon allein deswegen setzte sich der Bonner Lehrkörper von Anfang an aus ebensoviel Nichtpreußen wie Preußen zusammen. Altenstein scheute sich nicht davor, Quereinsteiger in die Universität zu holen, wie etwa den Mineralogen und Oberbergrat Noeggerath, der für die Erschließung der Kohle- und Erzvorkommen von der Ruhr bis ins Saargebiet eine wichtige Rolle spielte, aber nicht einmal promoviert war. Auch die eigentlichen „Stars“ der Bonner Universität, der Literaturwissenschaftler August Wilhelm von Schlegel, der Altertumswissenschaftler Barthold Georg Niebuhr oder der Historiker Ernst Moritz Arndt, sind – trotz der kurzen Zeiten, die Arndt in Greifswald und Schlegel in Jena als Professoren tätig waren – eher als Seiteneinsteiger anzusehen, hatten sie sich doch in den Jahren davor nicht mit universitärer Lehre beschäftigt, sondern sich ihren Ruf in den unterschiedlichsten anderen Positionen erworben. Gerade hier zeigt sich, daß nicht die Anknüpfung an die alte Universität gesucht wurde, sondern der neue Typ des forschungsorientierten Wissenschaftlers gefragt war. August Wilhelm von Schlegel führte es selber aus in seiner Bonner Vorlesung „über das akademische Studium“ vom Wintersemester 1819/20, also dem dritten Semester dieser Universität überhaupt:

⁷⁷ Ebenda 249. Schleiermacher hatte in seinen „gelegentlichen Gedanken“ der Vorlesung einen neuen Stellenwert gegeben; vgl. *vom Bruch*, Gründung (wie Anm.4) 72.

⁷⁸ Intelligenzblatt der Jenaischen Allgemeinen Literatur-Zeitung (wie Anm.71) 186.

„Der progressive Geist des Zeitalters in den Wissenschaften muß sich so viel möglich [sic] den Lehranstalten mittheilen. Mitten in der allgemeinen intellektuellen Regsamkeit der heutigen civilisierten Welt, dürfen keine verhärteten Gewohnheiten, kein Schlendrian, kein passives Nachbeten weder bey Lehrern noch Schülern Statt finden. Forschen, denken, prüfen ist die allgemeine Lösung. [...] Keine hindernden Vorschriften, von Lehrbüchern, von Cursen pp. Ein edler Wetteifer der Lehrenden und Lernenden muß deren Stelle vertreten.“⁷⁹

Die dieser neuen Intention entsprechende Berufungspolitik hat sich in Bonn durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch fortgesetzt. Baumgarten bescheinigt Bonn eine große Attraktivität bei der Vergabe von Rufen an Wissenschaftler in allen wichtigen Universitäten des Deutschen Bundes⁸⁰. Bonn wird damit im Verlauf des Jahrhunderts zur zweiten preußischen Enduniversität für Professorenkarrieren nach Berlin.

Bonn entsprach also, was die Art der Berufung von Professoren anging, ganz dem „Berliner Modell“, vielleicht sogar besser, als das in Berlin selber möglich war. Der Berufungswandel, der sich an allen deutschen Universitäten im Verlauf des 19. Jahrhunderts feststellen lässt, vollzog sich hier der günstigen Startbedingungen wegen erheblich früher als anderswo. Natürlich gab es auch hier mitunter Verwandtschaftsbeziehungen, wie die Doppelberufung der Brüder Welcker oder Nees von Esenbeck. Aber sie erfolgten nicht wegen, sondern trotz dieser verwandtschaftlichen Beziehung, weil die Brüder jeweils in ihrem Feld als Wissenschaftler anerkannt waren und blieben.

Faßt man zusammen, so zeigt sich, daß Berlin, Breslau und Bonn sich als drei Neugründungen von Universitäten darstellen, die, aus jeweils anderen Motiven gegründet, doch in vielem ähnlich waren. Berlin entstand aus der Notlage des preußischen Staates heraus, in welcher der Frieden von Tilsit kompensiert werden mußte. Breslau verdankte sich behördlichem Pragmatismus, der die Entfernung der preußischen Universitäten voneinander vermaß und nüchterne Konsequenzen zog, Bonn schließlich war das Ergebnis politischen Kalküls, um einen ungeliebten neuen Landesteil mit einem von dessen Einwohnern ungeliebten Monarchen zu versöhnen. In allen drei Motiven steckt freilich ein Stück von jeder Begründung, doch waren die Gründungsgeschichten unterschiedlich genug. Die zahlreichen Denkschriften zur Berliner Gründung könnten grundsätzlicher nicht sein, die wenigen Denkschriften zu Breslau widmen sich mehr organisatorischen als ideologischen Fragen, und die vielen und vielfältigen Denkschriften zur Universität der Rheinprovinz erschöpfen sich alle in der Frage des geeigneten Standorts. Und doch haben die drei Universitäten wesentlich mehr gemeinsam als nur den später verliehenen Namen. An einem Vergleich der Statuten zeigt sich, daß Berlin eine klare Vorbildrolle für Breslau und Bonn zukam. Auch der von Berlin ausgehende Gedanke der Volluniversität, in der zur wissenschaftlichen Arbeit ausreichende Institute und zur wissenschaftlich anspruchsvollen Vermittlung

⁷⁹ August Wilhelm Schlegel, Vorlesungen über das akademische Studium (August Wilhelm Schlegel. Bonner Vorlesungen, hrsg. v. Frank Jolles 1, Heidelberg 1971) 45f.

⁸⁰ Baumgarten, Professoren (wie Anm. 52) 168.

moderne Vorlesungen und Seminare zur Verfügung zu stehen hatten, findet in Breslau und weit mehr noch in Bonn seine Entsprechung. Und was die Menschen angeht, die als Lehrende und Lernende die neuen Universitäten zu bevölkern hatten, so zeigt sich auch hier die Leitfunktion Berlins als Muster für eine neue Berufungspraxis wie auch für einen neuen Umgang mit Studierenden.

Das alles war nicht unbedingt neu und revolutionär. Vieles, was in Breslau oder in Bonn etabliert wurde, findet sich auch in anderen Universitäten der Zeit wieder, namentlich in Göttingen, aber auch in Jena oder in Heidelberg. Doch nicht nur an den Statuten zeigt sich, daß man in den beiden anderen nachmaligen Friedrich-Wilhelms-Universitäten nicht nach Göttingen oder Jena schaute, wenn man sich orientieren wollte, sondern ausdrücklich nach Berlin. In Bonn ist das wohl auch nach außen vermittelt worden. Wie anders wäre es zu erklären, daß ein 1845 in London erschienener Reiseführer zu Bonn, der sich der Verklärung des Studienortes von Prinzgemahl Albert von Sachsen-Coburg-Gotha verschrieben hatte, der Bonner Alma Mater das nach seiner Meinung höchste Lob vergibt, in Deutschland werde sie in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Ansehen nur noch von der Universität zu Berlin übertrffen?

Es gab also, dies bleibt als Fazit, für Breslau und Bonn ein klares Modell, nach dem sie sich gerichtet haben. Modifiziert wurde es nur in einer Hinsicht: Der Konfessionsfrage. Sieht man aber von den besonderen Regelungen (und den besonderen Spannungen) ab, die sich aus der paritätischen Struktur von Bonn und Breslau ergaben, dann überwiegt die Menge an Gemeinsamkeiten, und es zeigt sich in allen drei Hochschulen ein gleichförmiges Muster, sozusagen ein einziges, diversifiziertes Modell.

Summary

Between 1810 and 1818 Prussia founded three new universities in her territory: Berlin, Breslau and Bonn. The reasons for the foundation of each of these newly erected institutions were different. In the case of Berlin the distress of the Prussian state after the defeat of Jena and Auerstedt in 1806 forced the government to find a compensation for the loss of the University of Halle, which now belonged to the Kingdom of Westphalia, ruled by Napoleon's brother Jérôme. The foundation of the University of Breslau was the simple result of bureaucratic considerations concerning a better distribution of the remaining Prussian universities within the territory, while the foundation of Bonn three years after the Congress of Vienna was a politically calculated decision intended to win the favour of the new Rhenish subjects with their new monarch, king Friedrich Wilhelm III of Prussia. Although the founding story of each of these universities was different, they had much more in common than the name Friedrich-Wilhelms-Universitaet. A comparison of the constitutions of the three universities shows that the University of Berlin, founded in 1810 by Wilhelm von Humboldt, was the model for both Breslau and Bonn. The idea of the comprehensive university covering all disciplines –

instead of the specialized academy – was also adopted in Breslau and Bonn. Similarities emerge in the policy of appointments of professors solely in consideration of their scientific ability rather than on the basis of kinsmanlike relations, the latter being common practice in German universities of the 18th century. One difference between Berlin and Breslau and Bonn appears in the question of denominational parity. Whereas this matter does not come up in Berlin, both Bonn and Breslau have to deal with a bi-confessional population within their respective provinces. Questions of religious belief are of great importance for them. Therefore regulations in the constitutions of both universities ensure the equal treatment of the Catholic denomination by establishing two theological faculties with equal laws and by manning of one professorship in philosophy, history and law respectively with a member of the Roman Catholic Church. Thus in all three universities the same pattern appears. Breslau and Bonn are shaped after the model of Berlin, but in a particular and slightly divergent manner.

II. Selbstverständnis und Umbauten der Universität im deutschsprachigen Raum 1850/60

Winfried Müller

Inszenierte Erinnerung an welche Traditionen? Universitätsjubiläen im 19. Jahrhundert

Historisches Erinnern im Rhythmus der Jubiläumszahlen ist ein ebenso populäres wie automatisiertes Ritual, das von Personen und Institutionen gleichermaßen praktiziert wird¹. Im Wissenschafts- und Kulturbetrieb ist es vielfach gängige Praxis, die Terminierung von Tagungen und Ausstellungen dem ehernen Gesetz des Jubiläumszyklus zu unterwerfen, und überspitzt formuliert könnte man sagen, daß sich die wissenschaftshistorische Teildisziplin Universitätsgeschichte ganz wesentlich im Rhythmus der Universitätsjubiläen etabliert hat² und von diesen auch weiterhin Impulse und nicht zuletzt Fördergelder empfängt. In Leipzig und Berlin liefen im Hinblick auf die 2009 und 2010 anstehenden 600- bzw. 200-Jahr-Feiern langfristige Vorbereitungen für Festschriften bzw. Universitätsgeschichten, die natürlich pünktlich zum Jubiläumstermin vorliegen sollten und die Kolleginnen und Kollegen beider Universitäten entsprechend in Atem hielten. Auch die dem vorliegenden Band zugrunde liegende Tagung verstand sich als Vorarbeit zum Berliner Jubiläumsjahr – steht doch sein Herausgeber in Berlin in der universitätshistoriographischen Pflicht.

Für den Universitätshistoriker ist die Beschäftigung mit den Universitätsjubiläen also immer auch ein Stück weit Reflexion über die Entstehung seines eigenen Faches, die zugleich – ähnlich wie die in einem anderen Beitrag dieses Bandes thematisierten Rektoratsreden – vertiefte Einsichten in die Selbstbeschreibungen, Geltungsansprüche und Zukunftspraktionen oder gar Visionen der feiernden Hochschulen vermittelt. Es kommt aber noch ein weiterer, weniger geläufiger Aspekt hinzu, der gerade den Universitätshistoriker animiert, sich mit der Geschichte der Universitätsjubiläen zu befassen: Diese waren nämlich generell die Keimzelle der

¹ Zur Zeitkonstruktion des Jubiläums vgl. *Winfried Müller*, Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus, hrsg. v. *Winfried Müller* (Münster 2004) 1–75; Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, hrsg. v. *Paul Münch* (Essen 2005); *Michael Mitterauer*, Anniversarium und Jubiläum. Zur Entstehung und Entwicklung öffentlicher Gedenktage, in: Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, hrsg. v. *Emil Brix, Hannes Stekl* (Wien, Köln, Weimar 1977) 23–89.

² Vgl. *Winfried Müller*, Vom Universitätsjubiläum zur Universitätsgeschichte: Ein Gang durch die Jahrhunderte, in: Universitäten und Jubiläen. Vom Nutzen historischer Archive, hrsg. v. *Jens Blecher, Gerald Wiemers* (Leipzig 2004) 25–33.

modernen Jubiläumskultur, fanden doch die ersten historischen Jubiläen überhaupt an Universitäten statt³. Konkret führen hier die Spuren nach Tübingen, Heidelberg, Wittenberg und Leipzig, wo 1578, 1587, 1602 und 1609 im Rahmen offizieller Feierlichkeiten der 100. bzw. 200. Wiederkehr der Universitätseröffnung gedacht wurde. Die Idee einer Intervallinszenierung im Abstand von 100 oder von 50 Jahren war dabei nichts grundsätzlich Neues, vielmehr stand die alttestamentliche Praxis des jüdischen Jubeljahres im Hintergrund⁴. Dieser zufolge folgte auf sieben Sabbatzyklen, also nach 49 Jahren, als 50. Jahr das sog. Jobeljahr. In diesem sollte der veräußerte Grundbesitz an seine alten Eigner fallen, und wer sich als Knecht verkauft hatte, durfte frei zu den Seinen zurückkehren. Die Heiligung des 50. Jahres und die Erlaßpraxis des Alten Testaments wurden im Mittelalter fortgeführt und spirituell umgedeutet als die Befreiung des Menschen aus der Knechtschaft der Sünde. Anders ausgedrückt: Der Erlaß wurde zum Ablaß, und das Jubiläum wurde zum substantiellen Bestandteil der mittelalterlichen Ablaßpraxis. Diese den Nachlaß von Sündenstrafen meinende Form des Jubiläums war nicht notwendig an den 50jährigen Zeitrhythmus gebunden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen⁵, wurde das Jubiläum vielmehr aus chronologischen Zusammenhängen herausgelöst. Jubiläum war „immer dann, wenn dem Gläubigen die Vergebung seiner Sünden zuteil“ wurde⁶. Anders ausgedrückt: Nicht ein definierter Zeitraster gab die Jubelfeiern vor, sondern aktuelle Ereignisse wie etwa ein Kreuzzug oder auch der Bau einer Brücke oder einer Kirche, wobei das Kreuzzugsgelübde oder Sündenstrafen gegen Geld abgelöst werden konnten. Wir haben also zeitlich frei flottierende Ablaß-Jubiläen vor uns. Zu einer Einführung von Ablaß-Jubiläum und alttestamentlichem Zeitrhythmus kam es erst mit der 1300 einsetzenden Etablierung des römischen Heiligen Jahres, das zunächst nur alle 100 Jahre hätte stattfinden sollen, für das sich dann aber noch im späten Mittelalter ein zunächst 50jähriger, dann 25jähriger Veranstaltungsrhythmus einbürgerte⁷. 25, 50, 100 – damit haben wir den gängigen Jubiläumszyklus vor uns, aber das Heilige Jahr fand und findet uhrwerkgleich immer dann statt, wenn das Jahrhundertviertel voll ist; zum letzten Mal war das 2000 der Fall, und mit eherner Gesetzmäßigkeit wird es 2025 wieder stattfinden.

³ Zum Folgenden vgl. Winfried Müller, Erinnern an die Gründung. Universitätsjubiläen, Universitätsgeschichte und die Entstehung der Jubiläumskultur in der frühen Neuzeit, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998) 79–102.

⁴ Vgl. Horst Fuhrmann, „Jubel“. Eine historische Betrachtung über den Anlaß zu feiern, in: ders., Einladung ins Mittelalter (München 1988) 239–252; Müller, Das historische Jubiläum 9–14.

⁵ Vgl. die Hinweise auf jubiläumszyklisch an das 50. Jahr gebundene Reliquientranslationen bei Jürgen Petersohn, Jubiläumsfrömmigkeit vor dem Jubelablaß. Jubeljahr, Reliquientranslation und „remissio“ in Bamberg (1189) und Canterbury (1220), in: Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 45 (1989) 31–53.

⁶ Ebd. 34.

⁷ Vgl. Henry Thurston, The Holy Year of Jubilee. An Account of the History and Ceremonial of the Roman Jubilee (London 1900); Rejoice! 700 Years of Art for the Papal Jubilee, hrsg. v. Maurizio Calvesi (New York 1999); Desmond O’Grady, Alle Jubeljahre, Die „Heiligen Jahre“ in Rom von 1300 bis 2000 (Freiburg, Basel, Wien 2000).

An dieser Stelle griff nun das Innovationspotential der Universitäten, die diesen Jubiläumszyklus für ihre Eigengeschichte adaptierten und zunächst im Abstand von 100 Jahren – dem ursprünglichen Maß des Heiligen Jahres – ihre Gründungsfeierlichkeiten begingen. Hinter diesem Vorgang verbirgt sich nichts anderes als die Transformation des Jubiläums von der rhythmisierten Ablaßfeier zum historischen Jubiläum. Und hier lohnt nun noch einmal ein Blick auf die frühesten Universitätsjubiläen, die allesamt an protestantischen Universitäten stattfanden⁸. Indirekt ist damit bereits gesagt, daß es sich bei den historischen Jubiläen nicht nur um eine universitäre, sondern auch um eine protestantische Erfindung handelte, die bewußt darauf angelegt war, der alten Kirche ihr Jubiläumsmonopol zu entwinden und das alttestamentliche Jubeljahr im evangelischen Geiste zu erneuern. In diesem Sinne wurde die römische Intervallinszenierung des Heiligen Jahres von der protestantischen Universitätstheologie als päpstlicher Jahrmarkt und als Ablaßkram abqualifiziert. Umgekehrt sah man in der Adaption des Jubiläumszyklus für die universitäre Eigengeschichte die Erneuerung des alttestamentlichen Jubeljahrs. Mit dieser Argumentationslinie war der Karriere des Jubiläums als historischer Erinnerungsfeier der Weg geebnet – eine Karriere, die sich freilich zunächst einmal nur im protestantischen Raum vollzog, wo die Universitätsjubiläen seit 1617, als die lutherischen und reformierten Territorien des Reiches an den Beginn der Reformation 100 Jahre zuvor erinnerten, alsbald von einem dichter werdenden Netz von Reformations- und Konfessionsjubiläen überwölbt wurden⁹. Seitens der alten Kirche zunächst als Pseudo-Jubiläen abgetan, wollten sich freilich auch die Katholiken auf Dauer nicht der Möglichkeit begeben, mittels historischer Jubiläen ihre Eigengeschichte als Erfolgsstory zu inszenieren. D.h., neben das traditionelle Ablaßjubiläum in Form des Heiligen Jahres – in Italien wird es bis heute als „gubile“ bezeichnet – trat allmählich auch im Katholizismus das Jubiläum im Sinne der historischen Erinnerungsfeier¹⁰. Den Anfang machte hier 1640 der Jesuitenor-

⁸ Vgl. *Bernhard Kugler*, Die Jubiläen der Universität Tübingen nach handschriftlichen Quellen dargestellt (Tübingen 1877); *Georg Sohn*, Rede vom Ursprung der Universität Heidelberg 1587. Faksimile der Erstveröffentlichung von 1615, hrsg. v. *Reinhard Düchting* (Heidelberg 1988); *Friedrich Loofs*, Die Jahrhundertfeiern der Reformation an den Universitäten Wittenberg und Halle 1617, 1717 und 1817, in: Zeitschrift des Vereins für Kirchengeschichte der Provinz Sachsen 14 (1917) 1–80; *Sebastian Kusche*, Die Zweihundertjahrfeier der Universität Leipzig 1609, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 74/75 (2003/2004) 99–131.

⁹ Vgl. *Hans-Jürgen Schönstädt*, Antichrist, Weltheilsgeschehen und Gottes Werkzeug. Römische Kirche, Reformation und Luther im Spiegel des Reformationsjubiläums 1617 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 88, Wiesbaden 1978); *Wolfgang Flügel*, Konfession und Jubiläum. Zur Institutionalisierung der lutherischen Gedenkkultur in Sachsen 1617–1830 (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 14, Leipzig 2005).

¹⁰ Zur katholischen Jubiläuskultur vgl. *Iris Loosen*, Die „universalen Jubiläen“ unter Papst Paul V., in: *Müller*, Das historische Jubiläum 117–137; *Ralph Schuller*, Jubiläum, Fiktion oder zentrale Memoria? Zur retrospektiven Wahrnehmung der klösterlichen Jubiläuskultur, in: *Müller*, Das historische Jubiläum 139–156; *Stefan W. Römmelt*, Kaiser, Papst und Vaterland. Jubiläen und Memorialkultur der ‚Germania sacra‘. Die Tausendjahrfeiern in Fulda und Kempten, in: Historisches Jahrbuch 121 (2001) 125–154. Zu konfessionsspezifischen Differenzen in der modernen Erinnerungskultur vgl. *Winfried Müller*, Konfession als unsichtbare Ordnungsmacht. Konfessions-

den, der den 100. Jahrestag seiner Bestätigung durch Papst Paul III. feierte. Nachdem die Speerspitze der katholischen Reform das Eis gebrochen hatte, zogen auch die Klöster und Bistümer der Germania sacra nach – und eben auch die Universitäten des katholischen Deutschland. In Würzburg gedachte man beispielsweise erstmals 1682 der Gründung und Eröffnung der Universität im jubiläumszyklischen Sinn. 100 Jahre später, 1782, feierte man dann schon ausnehmend opulent. An der Universität Ingolstadt beging man 1772 die Säkularfeier zwar in ausgesprochen bescheidenem Rahmen, allerdings folgte mit zehnjähriger Verspätung – 1782 – eine vierbändige Universitätsgeschichte¹¹.

Nachdem also der Erinnerungsmechanismus des historischen Jubiläums aufgrund seiner protestantischen Herkunft im Katholizismus mit einer gewissen Verzögerung adaptiert worden war, so hatte sich diese Phasenverschiebung ausgangs des 18. Jahrhunderts schon weitgehend verflüchtigt. Im 19. Jahrhundert sollte dann von dieser konfessionskulturellen Herleitung der Jubiläumskultur kaum noch etwas zu spüren sein. Historische Jubiläen wurden in den katholisch und protestantisch geprägten Ländern Deutschlands gleichermaßen gefeiert – und zwar mit zunehmender Intensität. Waren es in der Frühen Neuzeit in erster Linie die protestantischen Landeskirchen und Universitäten, in zweiter Linie dann die Bistümer, Klöster und Universitäten des katholischen Deutschland gewesen, die die jubiläumszyklische Rückversicherung in der Eigengeschichte gesucht hatten, so kam es im 19. Jahrhundert zu einem wahren Jubiläumsboom, in dessen Verlauf das historische Jubiläum in so gut wie alle Lebensbereiche diffundierte: Die Monarchie des 19. Jahrhunderts, soeben noch von der Französischen Revolution zur Disposition gestellt worden, nutzte den Jubiläumsmechanismus intensiv zur Selbstinszenierung und Herrschaftssymbolisierung¹². Die Protestanten feierten weiterhin ihre Reformationsjubiläen¹³, und die im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert vom tief einschneidenden Umbruch der Säkularisation betroffene katholische Kirche suchte über Bistums- und Heiligenjubiläen nach neuer Identität¹⁴. Zugleich versuchten beide Kirchen durch die Konstruktion nationaler Identifikationsfiguren am Projekt der Nationsbildung zu partizipieren. Dem „deutschen“ Luther und der Musealisierung des Erinnerungsorts Wittenberg¹⁵ stand auf katholischer Seite die in der Feier des 1100. Todestages 1855 kulminierende Entdeckung des Bonifatius

kulturelle Ausprägungen und Differenzen historischer Erinnerungskonstruktionen, in: Das Sichtbare und das Unsichtbare der Macht. Institutionelle Prozesse in Antike, Mittelalter und Neuzeit, hrsg. v. Gert Melville (Köln, Weimar, Wien 2005) 45–66.

¹¹ Vgl. Johann Nepomuk Mederer, *Annales Academiae Ingolstadiensis*, 4 Bde. (Ingolstadt 1782).

¹² Vgl. Simone Mergen, Monarchiejubiläen im 19. Jahrhundert. Die Entdeckung des historischen Jubiläums für den monarchischen Kult in Sachsen und Bayern (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 13, Leipzig 2005).

¹³ Vgl. Flügel, Konfession und Jubiläum 219–259.

¹⁴ Vgl. Stefan Laube, Fest, Religion und Erinnerung. Konfessionelles Gedächtnis in Bayern von 1804 bis 1917 (München 1999).

¹⁵ Vgl. Lutherinszenierung und Reformationserinnerung, hrsg. v. Stefan Laube, Karl-Heinz Fix (Leipzig 2002).

als des Apostels aller Deutschen gegenüber¹⁶. Das Bürgertum wiederum entdeckte die Stadtgeschichte als Medium der Selbstdarstellung und inszenierte seit der Jahrhundertmitte die in der Frühen Neuzeit kaum in Übung gewesenen Stadtjubiläen¹⁷. Gewerbebetriebe, Fabriken, Banken und Versicherungen gingen dazu über, ihr Gründungsjubiläum feierlich zu begehen¹⁸. Nicht zuletzt wurde das Jubiläum im 19. Jahrhundert in Form von Ehe- und Arbeitsjubiläen zur Strukturierung individueller und familialer Biographien eingesetzt¹⁹. Auch hier finden wir die frühesten Spuren im übrigen im Protestantismus der Frühen Neuzeit, und was speziell die Arbeits- und Dienstjubiläen betrifft, so war deren Wurzel neben dem protestantischen Pfarrhaus eben wiederum die protestantische Universität, wo die mit der Praxis des Universitätsjubiläums vertrauten Gelehrten die Wiederkehr des Promotionstages oder des Amtsantritts feierten²⁰.

Über die Gründe dieser Intensivierung der Jubiläumsaktivitäten kann nur spekuliert werden. Von den gewaltigen Umbrüchen im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert war bereits die Rede – Umbrüche, die nicht nur die tradierten politischen und kirchlichen Institutionen bedroht hatten und transformierten, sondern von denen ja auch im Rahmen des vielzitierten „Massensterbens“ am Ende des Alten Reiches auch die Universitäten in hohem Maße betroffen waren²¹. Nach

¹⁶ Vgl. Siegfried Weichlein, Der Apostel der Deutschen. Die konfessionspolitische Konstruktion des Bonifatius im 19. Jahrhundert, in: Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter, hrsg. v. Olaf Blaschke (Göttingen 2002) 155–179; Winfried Müller, Jubiläen und Heiligengedenken. Von den mittelalterlichen Ursprüngen bis zum Heiligenkult des 19. Jahrhunderts, in: Bonifatius – Apostel der Deutschen. Mission und Christianisierung vom 8. bis ins 20. Jahrhundert, hrsg. v. Franz Josef Felten (Stuttgart 2004) 117–130.

¹⁷ Vgl. Zeitrhythmen und performative Akte in der städtischen Erinnerungs- und Repräsentationskultur zwischen Früher Neuzeit und Gegenwart, hrsg. v. Ulrich Rosseaux, Wolfgang Flügel, Veit Damm (Dresden 2005).

¹⁸ Vgl. Christel Köhle-Hezinger, Zeit – Ritual – Fest: Jubilarkultur im Industriezeitalter, in: Mülle, Das historische Jubiläum 291–308; Betriebsfeiern bei F. A. Brockhaus, hrsg. v. Thomas Keiderling (Beucha 2001); Swen Steinberg, Jubiläen und Jubiläumsfeiern in der ländlichen Industrie Sachsen am Beispiel Kübler & Niethammer in Kriebstein (1856–1918), in: Volkskunde in Sachsen 18 (2006) 207–234; Veit Damm, Selbstrepräsentation und Image von deutschen Banken und Versicherungen im Spiegel von Jubiläumsinszenierungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 18, Leipzig 2007).

¹⁹ Vgl. Christel Köhle-Hezinger, Dinge, Orte, Zeichen: Private Jubiläen, in: Münch, Jubiläum, Jubiläum ... 209–220; Winfried Müller, „Der Seelenbund, der auf dem Gang durch's Leben sich, fest und fester schlingend, treu bewähr't“. Das goldene Ehejubiläum von König Johann und Königin Amalie Auguste, in: Zwischen Tradition und Modernität. König Johann von Sachsen 1801–1873, hrsg. v. Winfried Müller, Martina Schattkowsky (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 8, Leipzig 2004) 405–423.

²⁰ Vgl. Wolfgang Flügel, Stefan Dornheim, Die Universität als Jubiläumsmultiplikator in der Frühen Neuzeit. Akademiker und die Verbreitung des historischen Jubiläums, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 9 (2006) 51–70.

²¹ Vgl. Laetitia Boehm, Halle und Wittenberg im Fadenkreuz beim „Massensterben“ deutscher Universitäten am Ende des Alten Reichs. Vergleichende Aspekte zur Neugestaltung der Hochschullandschaft, in: Acta Historica Leopoldina 46 (2006) 73–164.

dieser wahren „Explosion von Ereignissen“²², der Erfahrung beschleunigten Wandels und des sich mit ihm einstellenden Heimwehs nach der Vergangenheit bot es sich an, Geschichte und Tradition sinnstiftend einzusetzen, zugleich aber in den jubiläumszyklischen Inszenierungen die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Institution zu demonstrieren. Daneben spielte aber sicherlich auch eine sich im 19. Jahrhundert vollziehende Intensivierung von Zeiterfahrung bei der Etablierung des Jubiläumszyklus eine Rolle – also die kontinuierliche Gewöhnung des Zergliederns von Zeit im Lebensvollzug²³, die Taktung der Zeit in Arbeitswelt, Militärdienst und Schule, die präzise Datierung von Geburts-, Hochzeits- und Sterbetag durch die öffentliche Verwaltung einerseits, die Wahrnehmung dieser Daten in einer zunehmend und schließlich vollständig alphabetisierten Gesellschaft – auch all das wird zu einer Skalierung²⁴ des öffentlichen und privaten Lebens beigetragen haben, die Verhalten und Leistungen statistisch erfaßte und einstuft. Gleichzeitig dürften Jubiläumsfeiern nicht nur eine Folge dieser Skalierung gewesen sein, sondern ab einem gewissen Punkt entwickelten sie sich sozusagen zum Selbstläufer, also zu einer beim Erreichen einer runden Jubiläumszahl automatisch ausgelösten kulturellen Praxis. Welcher Historiker fragt schon danach, warum er dem Abgabetermin des Manuskripts für die Kollegen- oder Universitätsfestschrift hinterherjagt? Man fügt sich, weil das Jubiläum als eine kulturelle Praxis verinnerlicht ist und reflexartig den Impuls auslöst, daß da etwas gemacht werden muß.

Was nun auch immer die Karriere der Zeitkonstruktion des Jubiläums im 19. Jahrhundert forciert haben mag, so ist doch zweierlei Fakt: Die Universitäten waren substantielle Bestandteile dieses Jubiläumsbooms – eine Feststellung, die gewiß nicht unerwartet kommt, wenn man ihre Geübtheit mit dem Jubiläumsmechanismus bedenkt. Unerwarteter ist hingegen die zweite Feststellung, daß nämlich in der reichhaltigen Forschung zur bürgerlichen Festkultur des 19. Jahrhunderts²⁵, zu Denkmalsetzungen²⁶ und historischen Festzügen²⁷ die Universi-

²² Ernst Wolfgang Becker, *Zeit der Revolution! Revolution der Zeit? Zeiterfahrungen in Deutschland in der Ära der Revolution 1789–1848/49* (Göttingen 1999) 15.

²³ Vgl. Müller, *Das historische Jubiläum* 51ff.

²⁴ Vgl. Konrad Köstlin, „Wenden“ und Skalen. Zäsuren als Ordnung unserer Erinnerung, in: *Die Wende als Wende? Orientierungen europäischer Ethnologien nach 1989*, hrsg. v. Konrad Köstlin, Peter Niedermüller, Herbert Nikitsch (Wien 2002) 9ff.

²⁵ Ausgeblendet bleiben Universitätsjubiläen u.a. in den für das Thema zentralen Sammelbänden; vgl. Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. v. Dieter Düding, Peter Friedemann, Paul Münch (Reinbek 1988); Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, hrsg. v. Manfred Hettling, Paul Nolte (Göttingen 1993).

²⁶ Vgl. u.a. Thomas Nipperdey, Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 206 (1968) 529–585; Denkmäler im 19. Jahrhundert, hrsg. v. Hans-Ernst Mittig, Volker Plagemann (München 1972); Charlotte Tacke, Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert (Göttingen 1995); Winfried Speitkamp, *Die Verwaltung der Geschichte. Denkmalpflege und Staat in Deutschland 1871–1933* (München 1996).

²⁷ Vgl. Wolfgang Hartmann, *Der historische Festzug. Seine Entstehung im 19. und 20. Jahrhundert* (München 1976). In diesem Band werden immerhin drei aus Anlaß von Universitätsjubiläen

tätsjubiläen eine nachgeordnete Rolle spielen und bislang nicht systematisch erschlossen wurden. Angesichts der Bedeutung der Universitäten für das deutsche Bildungsbürgertum und vor dem Hintergrund der den Nationalstolz beflügelnden Geltungsansprüche der deutschen Wissenschaftskultur des 19. Jahrhunderts ist dies ein erstaunliches Faktum, auf das zuletzt der Bonner Universitätsarchivar Thomas Becker in einem Beitrag zu Jubiläen als Orte universitärer Selbstdarstellung zu Recht hingewiesen hat²⁸.

Wenn es nun darum geht, die Entwicklungslinien der Universitätsjubiläen des 19. Jahrhunderts zu elaborieren, so wurde auf ein Spezifikum bereits hingewiesen: Die konfessionskulturelle Differenz, daß sich zunächst nur die protestantischen Universitäten des Jubiläumsmechanismus bedienten, hatte sich bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert abgeschliffen. Seither schickten sich auch katholische Universitäten zur jubiläumszyklischen Inszenierung ihrer Eigengeschichte an. Zu dieser Einebnung konfessioneller Unterschiede gehörte es auch, daß sich die Universitäten des katholischen und protestantischen Deutschland wechselseitig bei ihren Jubiläumsfeiern mit dem Besuch von Deputationen beeindruckten. Dieses Deputationswesen hatte schon bei den Universitätsjubiläen der Frühen Neuzeit eine wichtige Rolle gespielt: „Der Gebrauch zu solchen Feyerlichkeiten Abordnungen zu machen ist fast allgemeine, und gründet sich auf Höflichkeit und Schätzung, die Universitäten sich gegeneinander zu erweisen pflegen“, stellte beispielsweise der Dekan der Ingolstädter philosophischen Fakultät 1786 fest, als die Universität Heidelberg zu ihrer 400-Jahr-Feier einlud²⁹. Dieser Brauch setzte sich im 19. Jahrhundert nicht nur fort, vielmehr zog die Einladungspolitik immer weitere Kreise. Über die politischen und konfessionellen Grenzen hinweg wurden zunehmend nicht nur Universitäten aus den deutschen Ländern, sondern auch Universitäten des Auslands eingeladen. Daß sich die Universitäten auf diese Weise als scientific community eigenen Rechts definierten, geht auch daraus hervor, daß die Einladungsschreiben und Gratulationsurkunden bis ins ausgehende 19. Jahrhundert in der Regel in der alten GelehrtenSprache Latein verfaßt wurden; selbst die amerikanischen Universitäten wechselten erst dann zum Englischen³⁰.

Die großzügige Einladungspolitik der Universitäten hatte zwei Konsequenzen. Zum einen wurde auch in der offiziellen Berichterstattung sorgfältig darauf geach-

veranstaltete historische Festzüge – Utrecht 1836 (200-Jahr-Feier), Heidelberg 1886 (500-Jahr-Feier), Leipzig 1909 (500-Jahr-Feier) – vorgestellt.

²⁸ Diese Feststellung bei *Thomas P. Becker*, Jubiläen als Orte universitärer Selbstdarstellung. Entwicklungslinien des Universitätsjubiläums von der Reformationszeit bis zur Weimarer Republik, in: Universität im öffentlichen Raum, hrsg. v. *Rainer Christoph Schwinges* (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10, Basel 2008) 77–107.

²⁹ Vgl. *Winfried Müller*, Das Heidelberger Universitätsjubiläum des Jahres 1786. Der Reisebericht der Ingolstädter Professoren Coelestin Steiglechner und Heinrich Palmatius Leveling für Kurfürst Karl Theodor, in: *Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986*, Bd. 1, hrsg. v. *Wilhelm Doerr* (Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1986) 522.

³⁰ Vgl. *Becker*, Jubiläen als Orte universitärer Selbstdarstellung 22f.

tet, wer kam und wer sich fernhielt. Beim Berliner Universitätsjubiläum von 1860 versah ein Jubiläumsbeobachter die Universität Wien zunächst mit einem Fragezeichen, weil er sich nicht sicher war, ob die österreichischen Universitätsvertreter den Weg nach Preußen gefunden hatten. Am Schluß ergoß sich der ganze Unmut auf die Universität Prag, die es als einzige namhafte Universität des deutschen Sprachraums nicht für nötig befunden hatte, in Berlin zu erscheinen³¹. Zum zweiten ist bei den Versicherungen wechselseitiger Wertschätzung die Tendenz zur Einebnung faktisch vorhandener Differenzen und zu Überbietungsstrategien unübersehbar. Deutlich wurde das beispielsweise 1872 im Rahmen der 400-Jahr-Feier der Universität München, als Heinrich von Sybel als Sprecher der deutschen Universitäten das Grußwort vortrug. Sybel hatte vor seiner Berufung nach Bonn bekanntlich zwischen 1856 und 1861 in München gelehrt und war dort als Protestant und Befürworter der preußisch-kleindeutschen Lösung im sog. Nordlichterstreit von den katholisch-großdeutsch Gesinnten heftig befehdet worden³². Davon war natürlich keine Rede mehr. Sybel rühmte vielmehr auch die vom Jesuitenorden dominierte Ingolstädter Epoche der Universität München und war dem Schicksal dankbar, daß es ihm vergönnt gewesen sei, „während mehrerer glücklicher Jahre“³³ die Anfänge der letzten Entwicklungsphase der Ludovico Maximilianeum miterlebt zu haben. Den Vogel schoß er aber zweifelsohne dadurch ab, daß er nach der Replik von Ignaz von Döllinger noch einmal spontan das Wort ergriff, um dem Rektor zu seinem mit dem Universitätsjubiläum zusammenfallenden Namenstag zu gratulieren: „Am Tage des hl. Ignatius von Loyola bringe ich hier ein Hoch aus auf diesen neuen Ignatius“; das Protokoll vermerkte „Begeisterte Zurufe“³⁴.

Gehen wir von der Einladungspolitik zum Ablauf der Jubiläumsfeiern über, so soll ein phänomenologisch-deskriptiver Überblick am Anfang stehen, dem die – im Anhang aus Festprogrammen und -schilderungen³⁵ komprimierten – Ablaufpläne von insgesamt sieben Universitätsjubiläen zugrunde liegen. Am Anfang steht dabei das Heidelberger Universitätsjubiläum von 1786; es ist sozusagen die Hintergrundfolie, die die universitäre Festkultur am Ende der Frühen Neuzeit veranschaulicht. Es folgen dann die Universitätsjubiläen in Göttingen 1837, Berlin

³¹ Vgl. Fünfzigjährige Jubelfeier der Berliner Universität, eingesendet von einem Augenzeugen, in: Österreichische Zeitschrift für praktische Heilkunde 6 (1860) 699ff.

³² Vgl. Harald Dickerhof, „Es soll eine neue Ära begründet werden ...“. Zur Rolle der „Nordlichter“ in der Modernisierung der bayerischen Universität, in: König Maximilian II. von Bayern 1848–1864, hrsg. vom Haus der Bayerischen Geschichte (Rosenheim 1988) 271–283; Achim Sing, Die Wissenschaftspolitik Maximilians II. von Bayern (1848–1864). Nordlichterstreit und gelehrtes Leben in München (Ludovico Maximilianeum 17, Berlin 1996).

³³ Chronik der Ludwig-Maximilians-Universität München für das Jahr 1871/72. Vom 26. Juni 1871 bis 31. Juli 1872 (München 1872) 49.

³⁴ Ebd. 52.

³⁵ An Stelle von Einzelnachweisen sei auf das in den Anmerkungen dieses Beitrags erwähnte Jubiläumsschrifttum verwiesen. In aller Ausführlichkeit ist dieses zusammengestellt bei Wilhelm Erman, Ewald Horn, Bibliographie der deutschen Universitäten. Systematisch geordnetes Verzeichnis der bis Ende 1899 gedruckten Bücher und Aufsätze über das deutsche Universitätswesen, 3 Bde. (Leipzig, Berlin 1904/05).

1860, Bonn 1868, München 1872, Heidelberg 1886 und Göttingen 1887. Dem auf den ersten Blick vielleicht etwas spröden Material lassen sich einige interessante Aspekte abgewinnen. Das fängt schon – ganz banal – mit den Zeitstrukturen an. Hier ist es auffallend, daß sich die Jubiläumsfeiern des 19. Jahrhunderts in aller Regel nicht an den historischen Stiftungs- oder Eröffnungstagen orientierten, sondern daß die Festlegung des Festtermins pragmatischen Gründen folgte – sei es, daß man aus Rücksicht auf den Studienbetrieb das Fest ans Semesterende legte, wie das in München 1872 und in Zürich 1883 der Fall war. Bevorzugter Festmonat war dabei der August, da man in den Genuß des schönen Sommerwetters gelangen wollte. In Heidelberg hatte man 1786 hingegen noch im November gefeiert, so daß sich die Gäste ihren Weg zu den Veranstaltungen teilweise durch heftiges Schneegestöber bahnen mußten³⁶.

Aus einem so banalen Faktum wie dem Festtermin läßt sich ableiten, daß sich die Jubiläumsfeiern zunehmend auch in die Offenräume verlagerten und daß die Feiern insgesamt einen stärkeren Öffentlichkeitsbezug annahmen. Zwar hatte auch in der frühneuzeitlichen akademischen Festkultur der *actus publicus* vel *sollemnitas* eine wichtige Rolle gespielt³⁷, und folgerichtig fehlte auch beim Heidelberger Jubiläum von 1786 nicht die Prozession vom Universitätsgebäude in die Kirche. Aber insgesamt spielten sich die Jubiläumsaktivitäten noch mehrheitlich in der Universität selbst ab. Im 19. Jahrhundert nahmen hingegen nicht nur die Festumzüge eine andere Qualität und immer größere Dimensionen an, sondern sie wurden durch zusätzliche öffentliche Festelemente ergänzt: Einholungen und Verabschiedungen des regierenden Landesfürsten, Fackelzüge der Studenten, Denkmalsetzungen oder – wie 1887 in Göttingen – ein Volksfest. Die Universitätsjubiläen wurden zunehmend zu öffentlichkeits- und publikumswirksamen Veranstaltungen, die immer weitere Teilnehmerkreise an- und einbezogen. Das war im Jahrhundert des Dampfschiffs und der Eisenbahn natürlich auch auf die zunehmende Mobilität zurückzuführen. In Bonn war 1868 eine Rheinfahrt Teil des Festprogramms, und in München wurden 1872 die Feierlichkeiten teilweise nach Landshut ausgelagert, das von 1800 bis 1826 Sitz der altbayerischen Landesuniversität gewesen war: „Einer kleinen Völkerwanderung nicht unähnlich wogten am frühen Morgen die Tausende von Festteilnehmern dem Ostbahnhofe zu, von dem aus in mäßigem Zwischenraume zwei unabsehbare Extrazüge die Massen der vormaligen Universitätsstadt zuführten.“³⁸ Diese Ausweitung der Teilnehmerkreise drückte sich nicht zuletzt in der zunehmenden Gewichtung des studentischen Anteils aus³⁹, der zum einen darauf zurückzuführen ist, daß sich die Studentenschaft im Verbindungswesen organisatorisch verdichtet hatte und über diese

³⁶ Vgl. Müller, Das Heidelberger Universitätsjubiläum 536ff.

³⁷ Vgl. Laetitia Boehm, Der „*actus publicus*“ im akademischen Leben. Historische Streiflichter zum Selbstverständnis und zur gesellschaftlichen Kommunikation der Universitäten, in: *dies.*, Geschichtsdenken – Bildungsgeschichte – Wissenschaftsorganisation. Ausgewählte Aufsätze (Berlin 1996) 675–693.

³⁸ Chronik der Ludwig-Maximilians-Universität 87.

³⁹ Vgl. Becker, Jubiläen als Orte universitärer Selbstdarstellung 16ff., 19ff.

Organisationen kontinuierlich präsent war und Einfluß geltend machen konnte; die Beteiligung an der Finanzierung des Jubiläumsfestes war hierbei ein besonders wirksames Instrument⁴⁰. Überdies waren die Studenten aufgrund ihrer Teilhabe an den Befreiungskriegen nach der Reichsgründung fester Bestandteil der nationalen Meistererzählung.

Zugleich verloren die Universitätsjubiläen mit dieser Öffnung zunehmend ihr streng oder ausschließlich akademisches Gepräge. Symptomatisch hierfür ist der an den Festprogrammen ablesbare Übergang von der Promotion zur Ehrenpromotion. In Heidelberg 1786 und auch noch in Göttingen 1837 handelte es sich um Promotionen im streng akademischen Sinne. In Heidelberg wurden beispielsweise in Anwesenheit der Festgäste zwei Tage lang von den Promovenden Thesen vorgetragen, und es wurde disputation und promoviert. So viel hartes Tagesgeschäft wollte man den Jubiläumsgästen und der Öffentlichkeit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr zumuten. Statt dessen ging man zu den Ehrenpromotionen über, wie das in Berlin 1860 der Fall war, d.h., man zeichnete verdiente Persönlichkeiten für ihren Einsatz für Universität, Wissenschaft oder bonum commune aus. Das freute die Ausgezeichneten, und zugleich strahlte die statuserhöhende Kraft der Universität auf diese selbst zurück bzw. trug in Form von Stiftungsaktivitäten der Geehrten eventuell auch ganz unmittelbare materielle Früchte. Daß die hier nicht vorzunehmende Analyse der Ehrenpromotionen im übrigen interessante Einblicke in Selbstverständnis und Vernetzungsstrategien der Universitäten verspricht, vor allem auch wenn man sie im Lichte der angedeuteten Reziprozität als ein Phänomen der „gift economy“ betrachtet⁴¹, sei wenigstens am Rande vermerkt. Zugleich bilden die Ehrenpromotionen das Bestreben ab, universitäre Tradition und Modernität zu verbinden, wenn Repräsentanten des technischen Fortschritts in der alten GelehrtenSprache Latein ausgezeichnet wurden – so etwa 1860 in Berlin Werner von Siemens, „qui apparatus telegraphicus emendavit ... atque scientiam electricas et staticam et dynamicam amplificavit“⁴².

Das streng akademische Gepräge verloren aber auch die öffentlichen Umzüge der Universität. Vom hohen Rang des *actus publicus vel sollempnis* für die frühneuzeitliche Selbstdarstellung der Universität war andeutungsweise schon die Rede. Wenn dabei – und das hielt sich zunächst auch noch im 19. Jahrhundert – die Universitätsangehörigen in ihren Amtsroben durch die Universitätsstadt zogen, so war das eine Selbstdarstellung der Korporation, vergleichbar mit dem Umzug einer Zunft oder Kaufmannsgilde. Dieses 1837 in Göttingen noch vorhandene berufsständische Element verlor sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend, und

⁴⁰ Der unten erwähnte Heidelberger Festzug von 1886 kam beispielsweise wesentlich durch finanzielle Aufwendungen der studentischen Korporationen zustande; vgl. Sabine Bock, Die künstlerische Gestaltung der Heidelberger Universitätsjubiläen (Kunsthistorisches Institut der Universität Heidelberg. Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt 28, Heidelberg 1993) 161.

⁴¹ Vgl. u.a. David Cheal, The Gift Economy (London, New York 1988); Peter M. Blau, Exchange and Power in Social Life (London, Sidney 1964).

⁴² Urkunden zur Geschichte der Jubelfeier der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin im October 1860, hrsg. v. Ferdinand Ascherson (Berlin 1863) 109.

am Ende des Jahrhunderts war der Festzug zum historischen Festzug geworden, wo in lebenden Bildern und historischen Kostümen die Vergangenheit zu neuem Leben erweckt wurde. Diese Festzüge waren ein typisches Kind des Historismus des 19. Jahrhunderts⁴³, die im Rahmen von Monarchie- und Dynastiejubiläen ebenso veranstaltet wurden wie bei Stadtjubiläen, wo auf den historischen Teil in einem zweiten Abschnitt im Sinne einer aktuellen Leistungsschau das gewerbliche, wissenschaftliche und künstlerische Leben der Gegenwart präsentiert wurde. Im Universitätsbereich veranstaltete die Universität Tübingen 1877 aus Anlaß ihrer 400-Jahr-Feier als erste einen historischen Festzug, 1881 und 1882 folgten die Technische Hochschule Hannover und die Universität Würzburg⁴⁴. Vier Jahre später, 1886, fand in Heidelberg der aufwendigste universitätshistorische Festzug des 19. Jahrhunderts statt, in dem sich der Trend des Universitätsjubiläums zur Massenveranstaltung widerspiegelte: Der Heidelberger Festzug zählte 930 Teilnehmer und wurde von schätzungsweise 100 000 Zuschauern verfolgt⁴⁵. Und wenn vorhin vom Rückgang des rein akademischen Charakters der Universitätsjubiläen die Rede war, so ist auch hierfür der Heidelberger Festzug ein gutes Beispiel, stellte dieser doch weniger die Universitätsgeschichte als vielmehr die Geschichte der Kurpfalz und ihrer Kurfürsten dar. Im Rahmen dieser Geschichtsinszenierung wollte man zwar „unbedeutende Dinge, wie die Darstellung des gewöhnlichen, heutigen Gewerbebetriebs“⁴⁶ außen vor lassen, nur „geschichtlich Bedeutendes oder künstlerisch Schönes“ sollte gezeigt werden. Aktuelle politische Bezüge blieben indes nicht ausgeblendet, wie die beiden letzten Abteilungen des Heidelberger Festzugs belegten: „Die Studentenschaft des 19. Jahrhunderts, die Burschenschaften, die Corps“ und „Das neue Deutsche Reich“.

Dieser Rekurs auf die regierenden Dynastien war zwar auch in der Frühen Neuzeit keineswegs unbekannt gewesen, hatten doch die Landesherren oder deren Vertreter regelmäßig an den Universitätsfeierlichkeiten teilgenommen. Aber gerade auch im 19. Jahrhundert wußten sich die Landesherren geschickt in Szene zu setzen. In Berlin war der König 1860 wegen seiner schweren Erkrankung zwar nicht persönlich anwesend, gerade dadurch aber in den Festreden präsent⁴⁷. In München fand sich der menschenscheue Ludwig II. immerhin zu einer Galavorstellung im Hoftheater ein. Ein anderer Aspekt dieser Affinität von Staat und Universität war dann nach 1871 der Bezug auf die Reichsgründung. In München rühmte man sich 1872, die erste Universität zu sein, die „in dem neu geeinigten

⁴³ Vgl. Hartmann, Der historische Festzug.

⁴⁴ Vgl. Bock, Die künstlerische Gestaltung der Heidelberger Universitätsjubiläen 165ff.

⁴⁵ Vgl. ebd. 163 ff. Vgl. auch die als Leporello erschienene Abbildungsfolge: Festzug. Jubiläum der Universität Heidelberg 1386–1886 (Heidelberg o.J. [1886]). Ferner Hartmann, Der historische Festzug 41ff.

⁴⁶ Bock, Die künstlerische Gestaltung der Heidelberger Universitätsjubiläen 161.

⁴⁷ Vgl. August Böckh, Rede zur Jubelfeier der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, gehalten in der St. Nikolai-Kirche am 15. Oktober 1860 (Berlin 1860) 3f., wo ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß wegen der Abwesenheit des Königs „unsere Festfreude keine ungetrübte ist“.

Reiche“ ihr Jubiläum begehen konnte, und erweiterte dieses gleichsam „zu einem Feste der ganzen deutschen Nation“, die ja ihrerseits vor zwei Jahren, 1870, ihre 1000jährige Jubelfeier habe begehen können, denn – so die Verewigungsstrategie des Münchener Rektors Ignaz von Döllinger – „im Jahre 870 vereinigte Ludwig der Deutsche durch den Vertrag zu Mersen zum erstenmale auf den natürlichen Grundlagen der Abstammung und der Sprache alle deutschen Stämme zu einem Nationalreiche“⁴⁸. Und auch das Heidelberger Universitätsjubiläum stand im Zeichen der Einführung von Universitätsgeschichte und nationaler Geltungsgeschichte. Der Philosoph Kuno Fischer verknüpfte in seiner dreistündigen Rede den Gang der deutschen Geschichte mit dem Weg der Universität Heidelberg – einer Universität, die zu Zeiten des Königs Wenzel gegründet worden war, „der sein Reich in den Zustand wildester Gesetzlosigkeit und Auflösung gerathen“ ließ, und die nun „ihr sechstes Jahrhundert unter einem kaiserlichen Schirmer und Herrn“, im „Zeitalter Wilhelms I.“ eröffne⁴⁹.

Daß Jubiläen viel über die Geschichtsdeutungen und die Zukunftsprojektionen der Jubiläumsgeneration aussagen, wurde einleitend bereits angesprochen. Und so gesehen stehen Jubiläumsfeiern grundsätzlich immer im Zeichen des Kampfes um die Deutungshoheit und der Durchsetzung von Geltungsansprüchen, die teilweise in krassem Widerspruch zur historischen Realität stehen konnten. Am Ende des Göttinger Jubiläumsjahres 1837 entließ jener König Ernst August, der im September als Ehrengast die Ehrenforte der Universitätsstadt passiert hatte, die sieben Professoren, die ihn des Verfassungsbruches bezichtigten. Jubiläen können also fehlenden Konsens nicht ersetzen, ihre systemstabilisierende Kraft ist begrenzt. Was bewirken Jubiläen dann? Vielleicht könnte man es so sagen: Die Feier von Jubiläen ist allen Hoffnungen zum Trotze zwar keine Lebensversicherung, aber durch die Evokation von Tradition und das gemeinsame Feiern tragen sie zur Identitätsstiftung und Selbstgenerierung einer Institution bei, sie machen zumindest die jeweilige Gegenwart erträglicher. Zugleich tragen sie durch die Verdichtung von Traditionen entscheidend zur kollektiven Gedächtnisbildung bei. Gerade die Universitätsjubiläen sind hierfür ein herausragendes Beispiel. Zum einen wurden sie ausgesprochen gut dokumentiert, die gehaltenen Festreden lagen vielfach schon während der Feiern in gedruckter Form vor und multiplizierten auf diese Weise die Selbstdarstellungen und Geltungsansprüche über den Tag hinaus. Zum zweiten waren und sind Universitätsjubiläen von jeher der Motor der Universitätsgeschichtsschreibung gewesen. Das hatte bereits beim Heidelberger Universitätsjubiläum von 1578 angefangen, als der Rektor in seiner Festrede eine auf den Akten gegründete Darstellung der ersten 200 Jahre der Heidelberger Alma mater zu geben versuchte⁵⁰. Und das setzte sich in der Frühen Neuzeit, erst recht aber im 19. und 20. Jahrhundert fort und wirkt bis zur Gegenwart nach. Verwiesen

⁴⁸ Chronik der Ludwig-Maximilians-Universität 91f.

⁴⁹ *Kuno Fischer*, Festrede zur Fünfhundertjährigen Jubelfeier der Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg, gehalten in der Heiliggeistkirche den 4. August 1886 (Heidelberg 1886) 2.

⁵⁰ Vgl. *Sohn*, Rede vom Ursprung der Universität Heidelberg.

sei nur auf Rudolf Koepkes 1860 erschienene Darstellung zu Gründung und Geschichte der Berliner Universität⁵¹ oder Carl von Prantls Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München aus dem Jubiläumsjahr 1872⁵². In jüngerer Zeit wartete die Universität Heidelberg 1986 mit einer nicht weniger als sechs Bände umfassenden Festschrift auf⁵³, und die Universität Erlangen machte 1993 mit einer großen Ausstellung nebst Katalogband auf sich aufmerksam⁵⁴. Auf die im Vorfeld der Jubiläumsjahre 2009 und 2010 geplanten Leipziger und Berliner Universitätsgeschichten wurde eingangs bereits hingewiesen⁵⁵.

Zugleich sind Jubiläen natürlich auch immer Objektivierungen von Geschichtsdeutungen und Zeitgeist, sie sind – wie es die „Historisch-politischen Blätter“ mit Blick auf die Heidelberger Festrede Kuno Fischers formulierten – „Gradmesser der Willkür in Vertheilung des historischen Lichtes und Schattens“⁵⁶. Oder anders formuliert: Jubiläumsreden, in gewisser Weise lügende Quellen, sagen weniger darüber aus, wie es einmal gewesen ist, sondern wie die feiernden Zeitgenossen die Vergangenheit und sich selbst beschrieben und deuteten. In der Jubiläumssituation wird aus dem Gesamtkomplex der überlieferten Geschichte aus Anlaß der jubiläumszyklischen Wiederkehr des durch Quellen belegbaren oder auch nur fiktiven Initiums ein individueller Geschehensablauf als Eigengeschichte herauspräpariert. Das historische Jubiläum ist gewissermaßen das Symbol für diese Eigengeschichte, mit dem eine Beziehung zwischen Vergangenheit und Gegenwart hergestellt wird. Die Berufung auf eine lange Eigengeschichte gilt als legitimierender Altersnachweis, wobei nie nur einfach die Vergangenheit ins Zentrum gerückt wird. In der Inszenierung der Vergangenheit spiegeln sich immer auch zeittypische Motive und Bewusstseinslagen. Im Hintergrund steht dabei immer der Anspruch, über die Rückbindung an die Vergangenheit nicht nur Tradition und Dauerhaftigkeit zu signalisieren, sondern auch Geltungsansprüche für die Zukunft zu formulieren. Der Jubiläumstermin ist kein Verfallsdatum, sondern ein mit Hoffnungen und Wünschen besetzter Merkposten, der Ort von Zukunftsprojektionen. Die im Ju-

⁵¹ Vgl. *Rudolf Koepke*, Die Gründung der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, nebst Anhängen über die Geschichte der Institute und den Personalbestand (Berlin 1860).

⁵² Vgl. *Carl von Prantl*, Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität in Ingolstadt, Lands-hut, München, 2 Bde. (München 1872).

⁵³ Vgl. *Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986*, 6 Bde., hrsg. v. *Wilhelm Doerr* (Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1986).

⁵⁴ Vgl. Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743–1993. Geschichte einer deutschen Hochschule. Ausstellung im Stadtmuseum Erlangen 24.10.1993–27.2.1994, hrsg. vom Stadtmuseum Erlangen (Erlangen 1993).

⁵⁵ Bei Redaktionsschluß des vorliegenden Bandes bereits erschienen: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Ausgabe in fünf Bänden, hrsg. im Auftrag des Rektors der Universität Leipzig Franz Häuser von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 4, 1. und 2. Halbbd.: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen, hrsg. v. *Ulrich v. Hehl, Uwe John, Manfred Rudersdorf* (Leipzig 2009), Bd. 5: Geschichte der Leipziger Universitätsbauten im urbanen Kontext, unter Mitwirkung von *Uwe John* hrsg. v. *Michaela Marek, Thomas Topfstedt* (Leipzig 2009).

⁵⁶ Die Geschichtswissenschaft und das 500jährige Universitätsjubiläum zu Heidelberg, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland 98 (1886) 763.

biläum inszenierte Tradition hat, so will es ja auch die festspezifische Rhetorik, stets eine lebendige zu sein, die bewahrenswert und auch in Zukunft entwicklungsfähig ist.

Abschließen Spekulationen über Identitätsstiftung, historische Gedächtnisbildung und Zeitgeistobjektivation zeitigen Jubiläen aber auch ganz handfeste, pragmatische Resultate: daß 1786 in Heidelberg neue Universitätsstatuten übergeben⁵⁷, 1860 in Berlin durch den Vertreter der preußischen Regierung der überfällige Bau einer neuen Anatomie mit der Überreichung einer Urkunde zugesagt⁵⁸, 1872 in München Stipendien für begabte Studierende ausgelobt⁵⁹, 1886 wiederum in Heidelberg der Umbau der alten Universität⁶⁰ in Angriff genommen wurden – das alles waren erfreuliche Nebenwirkungen der Universitätsjubiläen. Diesen Nebeneffekten kommt insofern Zeichencharakter zu, als sie die Akzeptanz der feiernden Institutionen signalisieren. An der in Jubiläumssituationen demonstrierten Investitionsbereitschaft der öffentlichen oder privaten Hand lässt sich ablesen, ob einer Universität Zukunftsfähigkeit zugesprochen wird. So gesehen sind Jubiläen nicht nur Orte der historischen Gedächtnisbildung, sondern auch in einem ganz materiellen Sinn Orte der Konstruktion zukünftiger Wirklichkeit.

Anhang: Ablaufschemata der im Text ausgewerteten Universitätsjubiläen

400-Jahr-Feier der Universität Heidelberg 1786

Sonntag, 5. November

Glockengeläut am Vorabend; Verteilung des Festprogramms

Montag, 6. November

Versammlung der Professoren (im Talar) und Abgeordneten auswärtiger Universitäten

Teilnahme des Leitenden Ministers

Rede des Rektors und Festanordnung des Prorektors

Festzug in die Kirche (Schneegestöber) und katholischer Festgottesdienst

Festrede im Universitätsgebäude

Festessen

Freiball mit Damen

⁵⁷ Vgl. Müller, Das Heidelberger Universitätsjubiläum 541.

⁵⁸ Vgl. Urkunden zur Geschichte der Jubelfeier der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 37.

⁵⁹ Vgl. Chronik der Ludwig-Maximilians-Universität 90.

⁶⁰ Vgl. Bock, Die künstlerische Gestaltung der Heidelberger Universitätsjubiläen 81 ff.

Dienstag, 7. November

Versammlung in der Universität

Promotionen der Theologischen Fakultät (reformierte und katholische Kandidaten)

Promotionen der Juristischen Fakultät

Festessen mit den Promovierten

Versammlung im Gebäude der Staatswirtschaftlichen Fakultät und Festrede

Freiball

Mittwoch, 8. November

Promotionen der Medizinischen Fakultät

Promotionen der Philosophischen Fakultät

Verteilung von Festreden und Festschrift

Salutschüsse von der Neckarbrücke

Freikonzert

Illumination von Stadt und Universitätsgebäude

Donnerstag, 9. November

Versammlung im Universitätsgebäude

Professorium mit Überreichung neuer Universitätsstatuten

Festzug in die Kirche und katholischer Festgottesdienst

Besichtigung der Universitätsbibliothek und des Naturalienkabinetts

Überreichung der silbernen Gedenkmünze

Abendgottesdienst in der reformierten Kirche

Freiball

100-Jahr-Feier der Universität Göttingen 1837**Samstag, 16. September**

Am Abend zwanglose Zusammenkunft der Festgäste mit den Göttinger Professoren

Sonntag, 17. September

Morgendliches Glockengeläut

Versammlung der Universitätsangehörigen, Behördenvertreter und Deputierten in den Bibliothekssälen

„Unerwartete“ Ankunft von König Ernst August, der vom Magistrat und der Bürgerschaft an einer eigens errichteten Ehrenpforte empfangen wird

Festumzug mit Universitätsmitgliedern, anwesenden Ministern, Magistrat, Geistlichkeit, Deputierten anderer Universitäten und der Studierenden

Enthüllung eines Denkmals für König Wilhelm IV.

König Ernst August lässt sich Professoren, Deputierte und Behördenvertreter vorstellen

Abendkonzert in der Johanniskirche und Illumination der Stadt

Montag, 18. September

Überreichung des Goldenen Schlüssels für das neue Universitätsgebäude an den Prorektor
Übergabe von Amtskette und Medaillon an den Prorektor
Prorektor übergibt den Studierenden unter Kanonenböllern eine Universitätsjubelfahne
Festzug zur Aula
Festrede durch den „professor eloquentiae“
Festessen
Abendlicher Fackelzug des Magistrats und der Bürgerschaft
Verleihung des Ehrenbürgerrechts an die Universitätskuratoren

Dienstag, 19. September

Versammlung der Universitätsmitglieder, Behörden und Studierenden in der Universität
Promotionen
Öffentliche Vorlesung des Direktors der Königlichen Sozietät der Wissenschaften
Abendlicher Festball in Reitsaal und Festhalle

Mittwoch, 20. September

Studentenumzug mit dreifachem Hoch auf die Georgia Augusta, die akademische Freiheit und den Prorektor

50-Jahr-Feier der Universität Berlin 1860**Sonntag, 14. Oktober**

Empfang der Deputationen mit Überreichung der Ehrengaben
Theateraufführung („Braut von Messina“) im Schauspielhaus mit 500 Billets für das studentische Komitee

Montag, 15. Oktober

Festzug mit Universitätsfahne von der Universität in die Nikolaikirche
Festgottesdienst in Anwesenheit des Prinzregenten und der Prinzen
Festrede des Rektors
Abendempfang durch Minister von Bethmann-Hollweg
Festvorstellung im Wallner'schen Theater

Dienstag, 16. Oktober

Festversammlung in der Nikolaikirche
Ehrenpromotionen der vier Fakultäten in lateinischer Sprache
Nachmittägliches Festmahl
Abendlicher Festball

Mittwoch, 17. Oktober

Nachmittägliche Festmahlzeiten bei Rektor und Dekanen
Abendlicher Fackelzug der Studenten
Festkommers

Donnerstag, 18. Oktober

Nachfeier der Studenten
Konzerte auf verschiedenen Plätzen der Stadt

50-Jahr-Feier der Universität Bonn 1868

Sonntag, 2. August

Katholischer und evangelischer Festgottesdienst
Empfang der Deputationen in der Universitätsaula
Abendliches Fest im Kley'schen Garten am Rhein

Montag, 3. August

Festzug
Akademischer Festakt
Festmahl
Abendlicher Fackelzug der Studierenden
Festkommers

Dienstag, 4. August

Ehrenpromotionen
Rheinfahrt und Fest im Freien

400-Jahr-Feier der Universität München 1872

Dienstag, 30. Juli

Treffen der Festkommission
Begrüßung und Einweisung der Festgäste

Mittwoch, 31. Juli

Mittags Empfang der Deputationen und Ehrengäste in der kleinen Aula
Staatsminister v. Lutz überbringt Grußadresse des Kaisers
Einzug des Rektors
Festreden bzw. Grußadressen, u. a. von Heinrich von Sybel als Wortführer der deutschen Universitäten, und jeweilige Replik des Rektors Ignaz v. Döllinger
Abendliche Festvorstellungen in den königlichen Theatern mit Teilnahme des Königs an der Vorstellung im Hoftheater

Donnerstag, 1. August

Festzug durch die geschmückte Stadt mit Studierenden, Professoren und Deputierten auswärtiger Universitäten

Universitätsfahne wird zwischen bayerischer und Reichsfahne geführt

Einzug in die Aula und anschließende Festrede des Rektors

Nachmittägliches Festmahl unter Anwesenheit der königlichen Prinzen

Abendlicher Fackelzug der Studenten

Freitag, 2. August

Ehrenpromotionen der einzelnen Fakultäten

Festrede zur Geschichte des Promotionsrechts und der korporativen Selbständigkeit der Universität

Abschluß der Feierlichkeiten mit der Oxford Ehrenpromotionssymphonie

Abendliches Festmahl und Gartenfest der Stadt München

Samstag, 3. August

Ausflug („kleine Völkerwanderung“) nach Landshut

Festzug der vormaligen Universitätsstadt Landshut

Festessen unter besonders reger Beteiligung der Studierenden

500-Jahr-Feier der Universität Heidelberg 1886**Montag, 2. August**

Abendlicher Empfang der Festgäste in der Festhalle

Musikalische Aufführungen

Vortrag des Scheffelschen Festliedes durch die Heidelberger Männergesangsvereine

Dienstag, 3. August

Festgottesdienst

Empfang der Deputationen in der Aula

Abendliches Schloßfest

Mittwoch, 4. August

Festakt in der Heiliggeistkirche mit dreistündiger Festrede von Kuno Fischer in Anwesenheit des Kronprinzen des deutschen Reiches und des Großherzogs von Baden

Nachmittägliches Festmahl

Abendlicher Fackelzug der Studentenschaft zu Ehren des Großherzogs von Baden

Donnerstag, 5. August
Ehrenpromotionen
Abendliches Schloßfest

Freitag, 6. August
Historischer Festzug
Abendlicher Festkommers der Studentenschaft in der Festhalle

Samstag, 7. August
Ausflüge
Abendliche Schloßbeleuchtung und Gartenfest

150-Jahr-Feier der Universität Göttingen 1887

Samstag, 6. August
Abendlicher Einzug des rector magnificentissimus, Prinz Albrecht
Empfang und Audienzen

Sonntag, 7. August
Prinz Albrecht empfängt Studentendeputation
Festgottesdienst
Empfang des Prinzen im Rathaus
Volksfest
Abendliches Treffen in der Festhalle

Montag, 8. August
Festakt in der Aula unter Anwesenheit von Prinz Albrecht
Festrede des Prorektors
Ehrenpromotionen der vier Fakultäten
Verlesung von Glückwünschen u. a. des Kaiserhauses durch den Kultusminister
Gratulationsgala
Nachmittägliches Festessen mit Toast und Telegramm an Bismarck
Abendliches Fest mit Teilnahme der Studenten

Dienstag, 9. August
Festzug der Studentenschaft zum Universitätsgebäude
Festrede mit Hoch auf den Kaiser
Abendlicher Kommers in der Festhalle
Verabschiedung von Prinz Albrecht

Mittwoch, 10. August
Abschluß des Jubiläums mit nachmittäglichen und abendlichen Festveranstaltungen

Summary

Universities are inextricably linked with the tradition of celebrating jubilees and anniversaries. In fact, in the 16th century universities were the cradles of the historic jubilee when Protestant theologians in Tübingen and Heidelberg adapted a ‘jubilee cycle’ from the Catholic Church’s Holy Year celebrations to commemorate their own anniversaries. Furthermore, anniversaries have traditionally stimulated the self-portrayal of the university, creating the initial impulse for historical studies and research; currently, this can be traced to specific examples, Leipzig (2009), and Berlin (2010). During the 19th century *Festschriften* and *Festreden* became common practice, and celebrations were transferred to public spaces in order to guarantee greater numbers of participants. Historical processions became an important visual element of the celebrations – another effective self-promotional tool. Honorary degrees were awarded to outstanding members of the economic elite; this would not only boost relations between science and society, but also enable and promote fundraising. The conception of foundations, the allocation of research grants, the financing of architectural additions to the university campus, all of this underlines that university jubilees have two crucial functions: they were, and still are today, the building stones of historical and institutional memory, and they also act as ‘road maps’ to formulate claims for the future.

Walter Höflechner

Nachholende Eigenentwicklung? Der Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Mitte des 19. Jahrhunderts

Die Situation vor 1848

Das österreichische Universitätswesen befand sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts in einem indiskutablen Zustand. Es war zu Ende des 18. Jahrhunderts rigorosesten Restriktionen unterworfen worden. Josef II. hatte bis auf drei Universitäten (Wien, Prag, Lemberg) alle Anstalten zu Lyzeen degradiert, Leopold II. hatte zwar günstigere Vorstellungen entwickelt, verstarb aber im zweiten Jahr seiner Herrschaft, und die Folgezeit war auch nicht dazu angetan, die Entwicklung zu fördern. Franz II./I. ist zeitlebens von den Eindrücken der Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution und ihren Folgen geprägt geblieben; sein Nachfolger Ferdinand I. war praktisch regierungsunfähig, und auch seinen alles entscheidenden adeligen Räten fehlte es bei aller standesgemäßer Bildung an echter Einsicht in die Erfordernisse und Auswirkungen von Wissenschaft per se.

Über die leitende Idee des 18. Jahrhunderts – unmittelbare Nützlichkeit der Studien ausschließlich in Hinblick auf die Ausbildung von Staatsbeamten und Lehrern und deren Kontrolle durch den Staat – kam man nicht hinaus. Vorstellungen, wie sie in Halle und in Göttingen weitaus früher entwickelt worden waren, blieben fernab. Darüber hinaus betrachtete man die Universitäten – vor allem nach den Karlsbader Beschlüssen – als einen Quell revolutionären Übels und keineswegs als Orte der Wissenschaft – wer Wissenschaftler werden wollte, sollte nach dem Universitätsstudium selbst zusehen, wie er diesem Ziele näher käme.

Daran änderte auch Metternichs Dilettanten-Interesse an dem, was er unter Wissenschaft verstand, nichts.

Gleichwohl gab es Reformvorstellungen hinsichtlich der Entwicklung der Wissenschaft und ihrer Lehre:

1. Vorstellungen im Bereich von Wissenschaft

In den einzelnen Fakultätsbereichen, insbesondere der Medizin, entwickelten sich in den 1830er und 1840er Jahren konkretere Vorstellungen; allein der Diskussionsprozeß mit den staatlichen Stellen gestaltete sich höchst mühsam, und 1846 wurde eine Reihe derartiger Vorschläge „vom Kaiser“ abgelehnt.

Lediglich in den zentralen naturwissenschaftlichen Bereichen wie Physik und Chemie gelang in Wien und bezüglich letzterer mehr noch in Prag eine gewisse inhaltliche und organisatorische Modernisierung¹ – selbst diese gering erscheinende Initiative sollte nach 1848 wertvolle Früchte tragen. Andere Vorstellungen, wie die des Historikers Chmel, blieben erfolglos².

Eine indirekte Wirksamkeit wurde lediglich damit erzielt, daß im Zuge der Beratungen bezüglich der philosophischen Studien der Prager Herbartianer Franz Exner 1844 einen tiefgehenden Reformentwurf vorlegte, der 1846 zwar ebenfalls abgeschmettert wurde, aber doch dazu führte, daß nach dem März 1848 Exner nach Wien geholt und letztlich zur Seele der Reform wurde.

2. Vorstellungen auf der Regierungsebene

Auf der Regierungsebene wurde es in den späten 1830er Jahren Männern wie Franz Anton von Kolowrat-Liebsteinsky, der ein gemäßigt liberaler Gegenspieler Metternichs war, klar, daß es so nicht weitergehen könne, weil die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eben der Industrie und damit eines entschieden moderneren Standes in den Bereichen der Technologie und insbesondere der Chemie bedürfe. So förderte er 1838/1839 den Versuch, Justus von Liebig und dann Wöhler nach Wien zu berufen, was natürlich nicht bewerkstelligt werden konnte. Die Konsequenz aber war, daß Reisestipendien geschaffen wurden, mit deren Hilfe ausgesuchte jüngere Leute eben zu Liebig und anderswohin geschickt wurden, ja als vorbildlich entwickelt eingestufte Länder und Institutionen bereisten, um deren Erfahrungen und Kenntnisse kennenzulernen und möglichst zu übernehmen. So ist eine Reihe zweifellos sehr interessanter Berichte entstanden, die z. T. allerdings nur indirekt bekannt sind³ – ernsthafte Veränderung trat aber vorerst nicht ein.

¹ Hinsichtlich der Entwicklung der Ausbildung in den Naturwissenschaften sei auf die Arbeit von *Herbert Hans Eggmaier*, Naturgeschichte. Wissenschaft und Lehrfach. Ein Beitrag zur Geschichte des naturhistorischen Unterrichts in Österreich (Graz 1988) (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 22) verwiesen. – Wesentlich für die erwähnte Aufwärtsentwicklung war, daß Andreas von Baumgartner den Studierenden 1826 ein einigermaßen zeitgemäßes Lehrbuch mit seiner „Naturlehre nach ihrem gegenwärtigen Zustande mit Rücksicht auf mathematische Begründung“ in die Hand und mit einem Fachkollegen ab 1826 die erste Fachzeitschrift für Physik in Österreich herausgab. S. auch *Alois Kernbauer*, Das chemische Laboratorium der Universität Prag bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Geschichte der Naturwissenschaften (= MÖGGN) 6 (1986) 10–67, und *ders.*, Die Beziehungen zwischen den Chemikern der österreichischen Universitäten zu denen an den deutschen Hochschulen im 19. Jahrhundert. Gedruckte Fassung des Vortrages, gehalten am 18.3.1993 in Jena anlässlich der Tagung der Fachgruppe Geschichte der Chemie der Gesellschaft deutscher Chemiker, in: Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Chemiker. Fachgruppe Geschichte der Chemie 10 (1994) 3–16.

² Als aber in den 1830er Jahren der Augustiner Chorherr Josef Chmel aus St. Florian die Vorstellung entwickelte, man müsse eine umfassende Geschichte Österreichs als eines Culturstaates in Angriff nehmen und dafür wirklich ad fontes gehen, was mit Hilfe einer Gruppe von Mönchen in den Klosterarchiven geschehen sollte, widersetzten sich die Äbte und auch Wiener Stellen. S. *Walter Höflechner*, Biographie und Wissenschaftsgeschichte, in: AnzÖAW, phil.-hist. Kl. 118 (1981) 23–29.

³ Einer der frühesten ist übrigens das vielhundertseitige Tagebuch des Erzherzogs Johann über seine Englandreise 1815/1816. Eingehender. Späte Beispiele finden sich bei *Herbert Hans Eggmaier*, Deutsche Studienanstalten aus der Sicht eines vormärzlich-österreichischen Akademikers. Ein Bericht Professor Franz Hruschauers über eine Studienreise aus dem Jahre 1840, in:

3. Organisatorische Neuerungen via facti

In den 1830er Jahren setzte die Ausweitung der sogenannten „freien Vorlesungen“ ein, und man begann staatlicherseits die Zulassung von Lehrenden – „Dozenten“ – neben den Professoren zu dulden, ohne daß es deshalb ein Habilitationsverfahren gegeben hätte. So bahnte sich eine Ausweitung der Lehre über die vorgeschriebenen Studienpläne hinaus, eine Lockerung des starren Lehrsystems an.

Es zeugt von der Wirkung dieser zwar reichlich späten, aber doch vorrevolutionären Entwicklung, daß die Akademie der Wissenschaften in Wien noch 1847 eingerichtet worden ist und daß es maßgeblich die Studierenden an den Universitäten und an verwandten Institutionen waren, die die Revolution im März 1848 getragen haben.

Aber: Es fehlte an Wagemut zur Freiheit, an Kenntnis und an Erfahrung.

* * *

Die Entwicklung der nach der Revolution vom März 1848 einsetzenden Reformen⁴ verlief keineswegs kontinuierlich und nicht ohne Widerstand.

Man kann vielleicht folgende Phasen unterscheiden:

- Die stürmischen und nahezu ungebremsten Aktivitäten vom März 1848 bis in den Sommer 1849⁵.
- Als zweite Phase den Neoabsolutismus von 1849 bis 1861,
- und eine dritte Phase ab der Überwindung des Neoabsolutismus.

Die erste Phase 1848/1849

Die Studierenden und die jüngere Intelligenz – unter ihnen stark vertreten die Mediziner – haben im und nach dem März 1848 die Erneuerung gefordert und inhaltlich diskutiert. Weit weniger die Professoren, denen die Neuerungen über Jahre hin suspekt und unbequem bleiben sollten.

MÖGGNW 2,1 (1982) 1–15, und *ders.*, Deutsche pharmazeutische Institute im Urteil eines österreichischen Pharmazeuten. Ein Bericht Professor Martin S. Ehrmanns über die auf seinen Reisen 1848 besuchten deutschen pharmazeutischen Institute, in: MÖGGN 4,2-3 (1984) 119–128, und bei Alois Kernbauer, Die „Klinische Chemie“ im Jahre 1850. Johann Florian Hellers Bericht über seine Studienreise in die deutschen Länder, in die Schweiz, nach Frankreich und Belgien im Jahre 1850, eingeleitet, kommentiert und herausgegeben mit einem Geleitwort von J. Büttner (Stuttgart 1995) (= Sudhoffs Archiv. Zeitschrift für Wissenschaftsgeschichte, Beihefte).

⁴ Grundlegende Darstellungen und Materialsammlungen zur Reformentwicklung bieten die Arbeiten von Richard Meister, Entwicklung und Reformen des österreichischen Studienwesens, in: SB Wien phil.-hist. Kl 239 (1963) 1. Abhandlung (Teil I: Abhandlung [275 Seiten] und Teil II: Dokumente [281 Seiten]), und von Hans Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, in: SB Wien phil.-hist. Kl. 239 (1962) 2. Abhandlung (372 Seiten mit 6 Tafeln).

⁵ Zu den frühen Ansätzen s. Herbert Hans Eggmaier, Reformansätze vor der Thunschen Reform: Feuchtersleben und das Konzept einer genuin österreichischen Universitätsreform, in: Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte 18 (1998) 59–85.

Als bedeutsam und folgenreich erwies es sich nun, daß man auf die Diskussionen in den 1840er Jahren zurückgreifen konnte und vielfach schon recht gut wußte, was man wollte – dazu trug auch wesentlich bei, daß die Vorbildwirkung der deutschen Universitäten unbestritten war. So setzte der Reformprozeß erstaunlich rasch ein.

Bereits im April 1848 wurde Exner erst als wissenschaftlicher Beirat, dann als Ministerialrat wieder aus Prag nach Wien berufen. Exner griff hinsichtlich der Universitäten auf das seit den 1830er Jahren bewährte Rezept zurück: „Wir müssen fremde Erfahrungen [...] zu Hilfe nehmen, und zwar diejenigen, welche am gewissenhaftesten und sorgfältigsten und welche unter Umständen gemacht worden sind, die den unsrigen am ähnlichsten sind. [...] in Deutschland ist zugleich das Unterrichtswesen mit einem Ernste und Erfolge emporgebildet, wie in keinem anderen Lande; Deutschlands bewährteste Einrichtungen werden uns allen zu meist als Muster zu dienen haben.“

Auch Minister Sommaruga formulierte am 30. März 1848 in der Aula der Universität Wien: „Wir wollen ein Gebäude aufführen von fester Dauer, ähnlich jenen blühenden Hochschulen Deutschlands, die wir als Vorbilder gründlicher wissenschaftlicher Ausbildung erkennen.“

Daß „die deutschen Universitäten“ das Vorbild sein sollten, stand so sehr außer Frage, daß es erst gar nicht sonderlich diskutiert und auch gleich deutsche Terminologie – beispielweise mit dem Begriff „Fakultät“ – verwendet wurde⁶. Gleichwohl wußten die Verantwortlichen, daß Vorsicht angebracht sei. Exner meinte diesbezüglich im April 1848 „[...] aber wir werden darauf zu sehen haben, daß auf allen Punkten, wo unsere Verhältnisse eine organische Entwicklung von sich aus gestatten, diese auch möglich bleibe und eintrete, und nirgends durch gewaltsames Eingreifen ohne Not, nur der Baum, der in der Tiefe wurzelt, steht fest. [...] Überblickt man das Gesagte, so dürfte sich ergeben, daß eine Einrichtung unseres Unterrichtswesens, welche dies sofort zu einer völlig getreuen Kopie des auswärtigen deutschen macht, weder stattfinden kann, noch darf. Sie kann nicht, weil uns für jetzt die Mittel fehlen; sie darf nicht, weil sie uns der Gefahr aussetzen würde, uns in allerlei Widersprüche mit unseren fachlichen Verhältnissen zu versetzen, und manche Kräfte unserer Individualität zu brechen, statt sie zu entwickeln und zu stärken“; die „Grund- und Hauptmauern“ sollten den deutschen Verhältnissen entsprechen, der Innenausbau und der ornamentale Schmuck des neuen Gebäudes des Unterrichtswesens, der müsse eigenständig sein⁷.

⁶ Bereits im April 1848 wurde, als in der Constitutionellen Donau-Zeitung über die Reformen des öffentlichen Unterrichts in Österreich berichtet wurde, die neue deutsche Terminologie verwendet und festgestellt: „Der Ausdruck Fakultät bezeichnet im Folgenden, nicht wie es bei uns üblich ist, eine Corporation von Doctoren, sondern nach dem Sprachgebrauche aller auswärtigen deutschen Universitäten, mit Inbegriff der Lehrenden und Lernenden, eine der bekannten Hauptabteilungen, aus welchen die Universitäten von altersher bestehen“; Meister, II 231.

⁷ Einen alternativen Plan, der in Fortführung vormärzlicher Strukturen (mit weiterhin zentraler Position der Medizin) sich am französischen Modell, insbesondere an der Position des Muséum nationale d’Histoire naturelle in Paris orientierte, vertrat auf Grundlage eines Entwurfes seines

Grundprinzip der Universität war nun die „allgemeine Bildung“ als Bildung „des ganzen Menschen“, die maßgeblich aus den Wissenschaften gewonnen werde, die man in „allgemeine Grundwissenschaften und spezielle, abgeleitete Fachwissenschaften“ gegliedert sah. Als Grundwissenschaften wurden klar definiert „die historischen, die philologischen, die Naturwissenschaften, Mathematik und Philosophie“⁸; sie bilden in ihrer Gesamtheit „die Grundlage des Systems der öffentlichen Geschäfte“. Daraus resultierte das System der Staatsprüfungen, die im Gegensatz zu den Rigorosen mehr „die spezielle Fachbildung zu erproben“ hätten, und wohl auch der Umstand, daß 1849 die philosophische Rigorosenordnung nicht reformiert wurde.

In rascher Folge sind wesentliche Schritte gesetzt worden: Es wurden das Berufungs-⁹ und das Habilitationsverfahren¹⁰ eingeführt und erste Berufungen aus dem Ausland ohne viel Erwägns der weltanschaulichen Positionen der zu Ernennen- den vor allem für die Universität Wien durchgeführt – dies hat wesentlich gefördert, daß man in den 1860er Jahren bereits vermehrt auf eigenen Nachwuchs zurückgreifen konnte¹¹.

Ein Kernstück der Reform aber betraf die philosophischen Studien, die nach wie vor propädeutischen Charakters waren und nun im Mai 1849 in zwei Teile zerlegt wurden, indem der propädeutische Teil als 7. und 8. Klasse zum Gymna- sium geschlagen und der Rest als ebenbürtige Fakultät den bislang „oberen“ Fa- kultäten zur Seite gestellt wurde¹².

Parallel zur Diskussion der Reform setzten mit dem Revolutionsjahr nahezu sofort konkrete Neuerungen ein, als in Wien¹³ im Studienjahr 1848/1849 rich- tungsweisende und ungemein belebende Neuberufungen aus dem Ausland durch- geführt wurden, die durch die Revolution beflogelte junge Wissenschaftler, die aus einer wissenschaftlich wesentlich weiter entwickelten und auch sonst ganz anders gearteten Welt kamen, in führende Positionen brachten und in ihrer Wirkung vor allem auf die Studierenden enorm waren. Auch die Einrichtung des Physikalischen

Mitarbeiters Carl Bernhard Brühl der damalige Vizedirektor des medizinisch-chirurgischen Stu- diums in Wien, Ernst von Feuchtersleben; er vermochte sich allerdings nicht durchzusetzen; s. dazu *Eggmaier*, Naturgeschichte 211 ff. und *ders.*, Reformansätze.

⁸ *Meister*, Entwicklung und Reformen II 231f.

⁹ *Leo Ritter Beck von Mannagetta und Carl von Kelle*, Die österreichischen Universitätsgesetze. Sammlung der für die österreichischen Universitäten gültigen Gesetze, Verordnungen, Erlässe, Studien- und Prüfungsordnungen usw. (Wien 1906) 93.

¹⁰ *Beck und Kelle*, 187, auch 202.

¹¹ Der nicht wissenschaftlichen Aspekten geltende Unterricht, wie er bis dahin an den Universi- täten durchaus auch vertreten war (Lehre von Fertigkeiten wie Stenographie, Kalligraphie etc.) wurde von der Universität verbannt – *Beck und Kelle*, 143.

¹² Die Neugestaltung der österreichischen Universitäten über Allerhöchsten Befehl dargestellt von dem k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht (August 1853, Wien 1853) 92.

¹³ Betrachtet man den Umgestaltungsprozeß hinsichtlich seiner Wirkung, so muß man differenzieren zwischen Wien und Nicht-Wien, wobei Prag in gewisser Hinsicht auf Grund der bedeut- samen Entwicklung in Böhmen schon dem 18. Jahrhundert und seiner traditionellen Nähe zu deutschen Universitäten eine Sonderstellung einnahm.

Instituts unter der Leitung Christian Dopplers erwies sich als höchst fruchtbar, ebenso die 1849 eingerichtete Geologische Reichsanstalt und die 1851 begründete „k.k. Centralanstalt für meteorologische und magnetische Beobachtungen“ – sie alle haben maßgeblich zur Entwicklung der Naturwissenschaften in Österreich beigetragen.

Die Phase des Neoabsolutismus

Es ist hier zu betonen, daß der Zusammenbruch der Revolution in Wien im Oktober 1848 mit dem darauf folgenden Thronwechsel am 2. Dezember 1848, als Franz Josef die Regierung übernahm, ebenso wenig einen Einschnitt in der Reformierung des Universitätswesens bewirkte¹⁴ wie der Umstand, daß Österreich ab dem März 1849 wieder absolutistisch regiert wurde. Exner überlebte in rascher Folge vier Ministerwechsel.

Eine Veränderung bahnte sich erst mit der Neugestaltung der Regierung am 28. Juli 1849 an. Mit Leo Graf Thun-Hohenstein übernahm nun ein Mann das Ministeramt, der in Prag Exners Schüler gewesen und willens und fähig war, Taten zu setzen. Thun war zwar katholisch-konservativ und verfolgte diesen weltanschaulichen Grundzug auch, akzeptierte aber dennoch weitgehend die liberalen Vorstellungen Exners, vor allem was die Gesamtstruktur anlangte.

So entwickelte sich ein Universitätssystem, das strukturell-organisatorisch nach wie vor dem deutschen Vorbild folgte, wie es von den Trägern der Märzrevolution erhofft worden war, das aber inhaltlich in vergleichsweise gemäßigter Weise weltanschaulich den Intentionen des nun wieder als staatstragend erachteten Katholizismus folgte. Es ist diese vielleicht etwas verwirrende Feststellung wohl am besten verständlich zu machen mit dem Hinweis darauf, daß Thun 1855 entgegen seiner persönlichen Einstellung die Universitäten vom Konkordat freigehalten und damit eine neuerliche Konfessionalisierung der Universitäten in einem engeren Sinne verhindert hat¹⁵.

Die Reform trägt Thuns Namen als Thun-Hohensteinsche Reform. Die Seele ihrer richtungsweisenden Anfänge aber war Franz Exner, der freilich bereits 1852 ausgeschieden und 1853 verstorben ist.

Neben vielen anderen Bestimmungen¹⁶ erging Ende September 1849 das provisorische Gesetz über die Organisation der akademischen Behörden – ein ganz we-

¹⁴ Franz Josef war bis in den Sommer 1849 mit der fortwährenden Auseinandersetzung mit der Revolution in Ungarn befaßt und bahnte überhaupt generell eine Neuordnung des Staatswesens an, die er nach der Unterwerfung Ungarns mit russischer Hilfe und nach der Einigung mit Friedrich Wilhelm IV. von Preußen im September 1849 planvoll fortsetzte.

¹⁵ Nicht war dies in bezug auf die Gymnasien der Fall – für diese wurde den Bischöfen neuerlich ein Aufsichtsrecht gewährt.

¹⁶ Unter dem 30. Juni 1850 (*Beck und Kelle*, 379) wurde die Vorleserordnung erlassen, in der der vor 1848 undenkbare Usus, daß die Lehrenden ihrerseits dem Dekan bekannt geben, was sie im kommenden Semester zu lesen gedachten, mit allen begleitenden Umständen festgeschrieben

sentlicher Schritt. Dieses Gesetz ist in der Folge bis 1858 immer wieder verlängert worden, bis man schließlich darauf vergaß – so herrschte (organisationsrechtlich gesehen) von 1858 bis 1873 diesbezüglich ein rechtloser Zustand! Das Gesetz von 1849 ist in seiner Grundstruktur bis zum UOG 1975 gültig gewesen¹⁷. Offen gelassen wurde die Frage, ob die Universitäten Korporationen oder staatliche Anstalten seien – weder die provisorische Fassung von 1849 noch die definitive von 1873 definiert, was eine Universität sei¹⁸.

Ein Jahr später – unter dem 1. Oktober 1850 – folgten die allgemeinen Anordnungen über die Fakultätsstudien¹⁹. Hier blieb hinsichtlich der philosophischen Studien ein gravierendes Manko bestehen, indem die Organisation der Doktoratstudien den neuen Gegebenheiten nicht angepaßt wurde und es im Prinzip bei der alten josephinischen Rigorosenordnung von 1786 blieb, derzu folge drei Rigorosen über die an den Philosophischen Fakultäten betriebenen Fächergruppen abzulegen waren; eine Dissertation gab es nicht. Aus diesem Grund haben nicht wenige Österreicher in Jena und anderweitig ein Doktorat in *absentia* angestrebt und erlangt. Eine Anpassung an die neuen Verhältnisse ist erst mit der Rigorosenordnung von 1872 durchgeführt worden.

Trotz dieser letztlich beeindruckenden Leistungen müssen die Jahre von 1848 bis zumindest 1860 bzw. bis zum Beginn der liberalen Ära 1867 als eine Art Vorlaufzeit für die vollständige Umsetzung der Reformvorstellungen erachtet werden. Warum?

Thun sah sich von Anbeginn an schwersten Widerständen ausgesetzt²⁰. Dem Reformvorhaben hatten sich zwei Gruppen in den Weg gestellt:

- einerseits die patriotischen Spätjosephiner des Vormärz²¹ in der Staatsverwaltung, denen jede Übernahme ausländischer, zumal preußischer Konzeptionen zuwider war und die von starken staatskirchlichen Tendenzen geprägt waren, und

wurde. Unter demselben Datum (*Beck und Kelle*, 605) folgte die Studienordnung der katholisch-theologischen Diözesan- und Klosterlehranstalten und Fakultäten. Am 12. Juli 1850 (*Beck und Kelle*, 391) erfolgte die Einführung der Kollegiengelder. Am 1. Oktober 1850 (*Beck und Kelle*, 365) wurde die allgemeine Studienordnung für die Fakultätsstudien kundgemacht. Unter dem 8. Oktober 1850 (*Beck und Kelle*, 630) erfolgte die Organisation der Evangelisch-theologischen Lehranstalt in Wien. Am 18. Oktober 1850 (*Beck und Kelle*, 22) erfolgte die Aufhebung des Lyzeums in Salzburg und die Erhebung der dortigen theologischen Lehranstalt zur Fakultät.

¹⁷ Es wurde unter dem 27. April 1873 in eine definitive Fassung gebracht (*Beck und Kelle*, 23) und unter dem 20. Juli 1922 in organisatorischer Hinsicht vergleichsweise geringfügig abgeändert (Bundesgesetzblatt Nr. 546) – rechtlich erfolgte allerdings eine bedeutende Änderung, indem die Universitäten als „deutsche Lehr- und Forschungsstätten“ definiert wurden. 1955 wurde die Struktur im wesentlichen im Rahmen des Hochschul-Organisationsgesetzes (HOG) 1955 übernommen.

¹⁸ 1875 wurde die Universität Czernowitz vom Kaiser anlässlich ihrer Gründung als Korporation angesprochen.

¹⁹ *Beck und Kelle*, 365.

²⁰ Nicht erst seit der Sistierung der Verfassung mit dem Silvesterpatent von 1851.

²¹ In den Revolutionstagen hatte man anlässlich der Zensuraufhebung Josefs II. Statue geschmückt und diesen Kaiser gefeiert.

– die Katholisch-Konservativen, die alle Schuld am Niedergang in den vergangenen Jahrzehnten den Josephinern in die Schuhe schoben und nun ein Erstarken katholischen Geistes ultramontaner Prägung erstrebten und nicht die Übernahme „protestantisch-preußischer“ Einrichtungen – in letzterer Hinsicht waren sich die Josephiner und die katholisch-konservativen einig. Sonst nicht.

Bedroht fühlte sich das katholische Lager auch durch das Erstarken des „heidnischen“ Neuhumanismus, wie er durch die starke Betonung der Klassischen Philologie – und hier war schon wieder ein Preuße am Werk, nämlich Hermann Bonitz – betont wurde.

Thun steuerte (in gleichzeitiger Würdigung der Vorstellungen Exners wie der Verfolgung seiner eigenen Weltanschauung) einen Kompromißkurs, der die radikaleren katholischen Exponenten gleichermaßen in Zaum hielt wie hitzigere Reformer. Er selbst gehörte in gemäßigter Weise der zweiten Gruppe an²² und zog den Konvertiten Karl Ernst Jarcke²³ (1801–1852) heran, den Metternich 1832 nach Wien geholt hatte und der gemeinsam mit Görres die „Historisch-Politischen Blätter für das katholische Deutschland“ begründet hatte. Jarcke geißelte früh das vormärzliche Studiensystem – die Grundgedanken seines späteren Memorandums für Thun lassen sich bereits für das Jahr 1844 feststellen. Jarcke warnte den Minister vor der geistigen Anarchie eines überstürzten Reformwerks und sah das Ziel der Reform in der Hebung des „wissenschaftlichen Sinnes“ durch jedes zur Verfügung stehende Mittel; unter „wissenschaftlichem Sinn“ verstand er „Lust und Freude am Studium als solchem, die Freude an jeder in die Tiefe gehenden geistigen Beschäftigung, die Neigung sich an jedweder Erweiterung des Wissens zu beteiligen“. Der „wissenschaftliche Sinn“ als solcher schien ihm auch als ein Gegen-Gift gegen die flache Aufklärung der Gebildeten zu taugen, die sich ihre Meinung aus Zeitungen und Kaffeehausgeschwätz bildeten.

Voraussetzunglose Wissenschaft lehnten Jarcke und Thun ab²⁴. Die Universität Innsbruck wurde damals bereits als besondere Pflegestätte kirchlich und politisch konservativer Tendenz ausersehen; ihre Katholisch-Theologische Fakultät wurde 1857 vom Kaiser dem 1851 wieder zugelassenen Jesuitenorden übertragen²⁵. Die

²² Er sei – so hat es Hans Lentze ausgedrückt – durch einen „Josephinismus-Komplex“ geprägt gewesen; er schrieb dem staatskirchlichen Josephinismus die negative Entwicklung im Vormärz zu und sah in der katholischen Restauration die Lösung. *Hans Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein*, in: SB Wien 239 (1962) 2. Abhandlung 1–372 + 6 Tafeln.

²³ Jarcke war in der strengen protestantischen Welt Danzigs aufgewachsen, 1825 im Rheinland zum Katholizismus übergetreten, dann als Strafrechtler an der Universität Berlin und als leitender Redakteur des „Berliner Politischen Wochenblatts“ tätig gewesen, worauf ihn Metternich 1832 als Nachfolger von Gentz als Staatskanzleipublizisten nach Wien holte; Jarcke begründete wenig später gemeinsam mit Görres die „Historisch-Politischen Blätter für das katholische Deutschland“.

²⁴ Beider Ideal war eine beschränkte Lehrfreiheit, mit deren Hilfe die Regierung unliebsame Professoren fernhalten können sollte, *Lentze*, 85ff.

²⁵ Der österreichische Provinzial konnte Professoren einsetzen und abberufen, auch den Dekan ernennen (1873 fiel diese Regelung, wurde aber im Konkordat von 1933 wieder erneuert).

Zurücknahme einer Reihe von josephinischen Verordnungen in der ersten Hälfte der 1850er Jahre stärkte den Einfluß der katholischen Kirche, der 1855 in einem Konkordat festgeschrieben wurde.

Man diskutierte damals die Einführung von „Normallehrbüchern“ im Sinne eines Instruments gegen als negativ bewertete Tendenzen und auch, wie unliebsame Ansichten verbreitende Professoren zu maßregeln seien; Jarcke und Thun aber vertraten die Ansicht, daß es kein Kontrollsysteem geben solle, daß es vielmehr auf den rechten Lehrer ankomme²⁶. Unter diesem Aspekt hat Thun in autoritärer Weise Berater und Professoren aus dem katholischen Deutschland geholt; in der Regel waren dies ältere und nicht eben billige Professoren; sogar solche, die, wie Constantin von Höfler etwa, in ihrer Heimat Probleme gehabt hatten²⁷; Thun mußte allerdings sehr bald feststellen, daß der gegebene Bedarf allein aus dem katholischen Deutschland nicht zu decken sei; auch scheiterte manche seiner meist teuren Berufungen aus dem katholischen Deutschland am Widerstand des Finanzministers; und: Thun mußte sich gegen seine Ministerkollegen, gegen Vorwürfe, er hole staatsgefährdende Ausländer ins Land, verteidigen – man frage sich hinsichtlich der Berufung preußischer Professoren, „ob Oesterreich denn nicht schon hingänglich eigenen Vorrath an auflösenden und zersetzenden Elementen habe, daß es sich derlei Stoffe künstlich von außen importiere und einimpfe“; dies galt dem protestantischen Alphilologen und Gymnasialreformer Hermann Bonitz. Thun hat sich übrigens in nobler Weise schützend vor Bonitz gestellt²⁸, wie er auch Exner in jeder Hinsicht zuvorkommend behandelt hat. Es lassen diese Umstände erkennen, wie sehr sich Thun auf einer Gratwanderung befand.

Hätte Thun in den Anfängen alles gesetzeskonform in die Hände der Akademischen Senate und der Professorenkollegien gelegt, hätten diese die Reform unausweichlich via facti rückgängig gemacht. Indem Thun die Besetzungsverfahren autoritär übersteuerte und nur jene Professoren berief, deren weltanschauliche Haltung ihm zusagte, vermied er unnötige Angriffsfläche für die die Mehrheit ausmachenden Gegner seiner Reform im eigenen Lager, um nicht überhaupt zu scheitern.

Er selbst erachtete die Rechtsphilosophie, insbesondere das Naturrecht, als gefährlich, und auch die Fachphilosophie im engeren Sinne, in der man entsprechender Kapazitäten entbehrt: denn: „eine Philosophie, welche die öffentliche

²⁶ Die provisorische Disziplinarordnung vom 13. Oktober 1849 (*Beck und Kelle*, 523) kann in Hinblick auf die Zeitumstände als moderat beurteilt werden; sie verpflichtete die akademischen Behörden zum Schutz „der Freiheit des akademischen Unterrichtes und Lebens im Einklange mit dem Zweck der Universitäten, welcher zuoberst in der Pflege echter Wissenschaftlichkeit und wahrer Charakterpflege besteht“ und zur Verhinderung jeglichen Mißbrauches. Ein studentisches Versammlungsrecht bestand nur auf akademischem Boden, Studentenverbündungen waren (bis 1867) nicht gestattet.

²⁷ Höfler, der in der Revolution in München gegen Lola Montez aufgetreten und aus München abgeschoben worden war, zählte zu Thuns engerem Beraterkreis.

²⁸ Allerdings hat er 1851 dessen Wahl zum Dekan nicht bestätigt, um die katholische Opposition, die die Universität als eine geistliche Institution betrachtete, nicht allzu sehr herauszufordern.

Anerkennung der Wissenschaft und der Kirche zugleich genießt, existirt noch nicht“²⁹. Diesen Defiziten hoffte Thun mit der Betonung des historischen Elements in der Ausbildung zu begegnen, die der Erwartung entsprang, daß sich die „natürliche“ Überlegenheit der katholischen Position historisch von selbst erweisen werde – eine Auffassung, die im katholischen Bereich seit altersher gepflogen worden ist.

1851/1852 lief man Sturm gegen die Reform³⁰, und es wurden die abstrusesten Vorschläge bis hin zur zwangsweisen Unterbringung der Studierenden in Konviktten mittelalterlichen Zuschnitts mit täglichen akademischen Gottesdiensten etc. vorgebracht. Stellenweise wurde wütender Preußenhaß offenbar, und Thun mußte auch schwere persönliche Angriffe hinnehmen. In der Schwierigkeit dieser Entwicklung lag auch begründet, daß es kein definitives Organisationsgesetz gab; man konnte es nicht riskieren, die Debatte darüber neu zu eröffnen, wollte man nicht das gesamte Reformwerk gefährden.

Im Sommer 1853 unternahm Thun den Versuch, seine Position mit einer Schrift bezüglich der „Neugestaltung der österreichischen Universitäten“³¹ zu festigen, in der er auf die strukturell-organisatorischen Aspekte überhaupt nicht einging, wohl aber in weltanschaulich-inhaltlicher Hinsicht eine Rückkehr zur Dominanz der katholischen Weltanschauung signalisierte. Die hervorragend strukturierte Darstellung reflektierte übersichtlich und nicht unkritisch die Vergangenheit und bemerkte hinsichtlich des deutschen Vorbilds: „aber in der längst angewöhnten Abhängigkeit von dem geistigen Uebergewichte des Auslandes blickte man eben das Ausländische als Ideal an: die Universitäten Deutschlands erschienen als die der Freiheit und der Vernunft, und gleiche Anstalten auch in Oesterreich rasch zu errichten, forderte der Ruf des Tages“³². Der hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit uneingeschränkt positiven Beurteilung der deutschen Universitäten wurden – um der Opposition gleichsam den Wind aus den Segeln zu nehmen – die Negativa gegenübergestellt: „Aber es nagt an diesen Blüthen auch Gewürm und die glänzende Erscheinung hat ihre düsteren Flecke.“ Zügellosigkeit habe an den protestantischen Universitäten Deutschlands in Theologie und Philosophie die „Wissenschaft in Monstrositäten“ ausarten lassen. „Alle Schädlichkeit überbiitet die Naturwissenschaft, welche die Existenz der menschlichen Seele als solcher leugnet und alles Geistige im Materialismus erstickt – Dieß sind die Folgen der unbeschränkten Lehrfreiheit.“³³

²⁹ Neugestaltung 105.

³⁰ Von der Lern- und Lehrfreiheit heißt es 1851 im Zusammenhang mit der Reichsratdebatte über die Unterrichtsreform, sie sei sehr rasch „in die absolute Freyheit Nichts zu lehren und zu lernen“ umgeschlagen, *Lentze*, 149.

³¹ Ziel dieser Arbeit war es, „nachzuweisen, ob und in welchem Maße das in der Mehrzahl der Kronländer ins Leben gerufene neue Unterrichts-System den von ihm gehegten Erwartungen entsprochen habe“, Neugestaltung 3.

³² Neugestaltung 18.

³³ Neugestaltung 20.

Ein ausführliches Kapitel befaßt sich mit dem „gehörigen Verhältnisse [der Universität] zur Kirche und zum Staat“ und stellt eingangs fest, daß die Universitäten (unter josephinischem Einfluß im Vormärz) der nötigen „schönen Harmonie von Wissenschaft und Religion“ entbehrt hätten und eben deshalb gescheitert seien. Allerdings sei es zu wenig, katholische (d.h. unter kirchlicher Gesamtleitung stehende) Universitäten zu errichten, denn sie allein könnten den Erfordernissen der Zeit nicht mehr Genüge leisten, da die Differenzierung der Wissenschaften ein Ausmaß angenommen habe, „dass ausreichende Mittel zu ihrer Pflege in der Regel nur von Staatswegen aufgebracht werden können“, deshalb müsse die Zielsetzung lauten: „Pflege der Wissenschaft im Einklange mit dem Geiste der Kirche und mit besonderer Beachtung der Interessen des Staates“³⁴.

Für die Untermauerung der Notwendigkeit von Berufungen aus dem Ausland zog Thun patriotisch-außopolitische Aspekte heran: Der politische Einfluß der Berufung von Gelehrten „von österreichischer katholischer Gesinnung, die in den katholischen Theilen des deutschen Westens noch mit großer Entschiedenheit fortlebt“, und die anderweitig außerhalb Österreichs keine Karrierechancen hätten, sei nicht zu unterschätzen – ja, es sei dies „ein unentbehrliches Mittel, um dem einseitigen protestantischen Einflusse ein Gegengewicht zu schaffen, welchen Preussen systematisch auf die Wissenschaft in Deutschland ausübt. Aus diesen Gründen kann offenbar die Berufung von Ausländern nicht ausgeschlossen sein“³⁵. Immerhin verfolgte man damals ja noch weit höhere Ziele hinsichtlich der Position Österreichs im gesamtdeutschen Gefüge.

Wissenschaftlich-qualitative Argumente bringt man in dieser Schrift nicht vor – es wäre dies in Hinblick auf die angesprochene Zielgruppe vermutlich eher kontraproduktiv gewesen³⁶.

Im Sommer 1854 und endgültig in seiner Entschließung vom 24. Februar 1855 entschied der damals 24jährige und später vielgeschmähte Kaiser Franz Josef zugunsten Thuns und gab diesem damit freie Bahn für die Fortsetzung der Reform.

³⁴ Neugestaltung 22f.

³⁵ Neugestaltung 61f.

³⁶ Hinsichtlich der Ausrichtung der Studien verfügte man zwar bereits über die Einsicht, daß das Universitätsstudium „wissenschaftliches Verständnis, gründliches Wissen desjenigen, was bleibenden Werth hat, nicht aber ein Abrichten für die nächsten Zwecke des Kanzleidienstes zum Ziele“ haben müsse, will aber bei aller zu gewährrenden Lehrfreiheit doch auch an wirksamer Kontrolle festhalten. – Vom Geist der Wissenschaft ist noch wenig zu bemerken. Die philosophischen Studien sollen Verharren in ihrer Jahrgangsstuktur und im Anspruch einer auf alle Fächer – Geisteswissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften sowie Philosophie – sich erstreckenden Ausbildung. Bezeichnend ist die Abfolge der Disziplinen in der Darstellung: An ihrer Spitze steht die Klassische Philologie, es folgen die anderen Philologien samt der Sprachwissenschaft, dann die Geschichtswissenschaft, dann sehr knapp behandelt die Mathematik und die Naturwissenschaften und zum Abschluß erst die Philosophie, in der man eine „größere Schwierigkeit“ erblickte (Neugestaltung).

Die Entwicklung ab 1861

An den Universitäten begann man sich in den späten 1850er Jahren langsam an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen. In Wien wirkten subkutan die in der Anfangsphase berufenen ausländischen Professoren und die von ihnen „angesteckten“ jüngeren Wissenschaftler. Der schon im Vormärz latente Liberalismus im akademischen Bereich nahm rasch zu, und die von Thun und anderen erhoffte Stärkung der katholisch-konservativen Anschauung fand keineswegs statt, sondern verkehrte sich ins Gegenteil; in Studenten- und Professorenkreisen mehrte sich die anti-klerikale Haltung, die in den folgenden Jahrzehnten dominieren sollte.

An den „Provinzuniversitäten“, insbesondere an jenen ohne Medizinische Fakultät (wie Graz und Innsbruck), brachte erst die Wiederherstellung der Konstitutionellen Monarchie im Gefolge der Niederlagen von 1859 mit der nachfolgenden Vervollständigung dieser Universitäten und schließlich der Umbruch von 1866/1867 echten Wandel³⁷.

In Wien forderten 1865 anlässlich der 500-Jahr-Feier der Universität 58 Professoren in einer Denkschrift die Aufhebung der Doktorenkollegien in Wien und Prag wie des Kanzleramtes des Dompropstes von St. Stephan an der Universität Wien, was allerdings erst 1873 gesetzlich geregelt worden ist – noch 1868 stieß die Wahl des protestantischen Physiologen Brücke zum Dekan der Medizinischen Fakultät auf heftigen Widerstand; der Wiener Satiriker Daniel Spitzer schrieb damals: „Der Lehrer der Physiologie an der Wiener Universität, Herr Professor Brücke, ist soeben von einem schweren Unglück heimgesucht worden, das ihn vor 50 Jahren getroffen hat. Damals nämlich war es, wo derselbe mit dem bei Neugeborenen leider zur Regel gewordenen Leichtsinn in religiösen Dingen in den Schoß der protestantischen Kirche trat [...] Der Herr Unterrichtsminister v. Hasner, welcher sich gerade mit der Frage beschäftigte, warum unsere Universität anderen Universitäten gegenüber so zurückbliebe, soll die Abweisung des Professors Brücke damit begründet haben, daß die Universität ‚katholischen Charakter‘ habe. Wenn die Universität ein Kloster wäre, [...] hätte sich kaum eine schlagendere Antwort erinnern lassen. [...] Die Universität ist jedoch kein Kloster und der Herr Professor

³⁷ Der diesbezüglich alles entscheidende Faktor war letztlich die Medizin. Die bereits im Vormärz ventilierte Vorstellung, daß nur Volluniversitäten existieren sollten, ließ die Entscheidung zur Errichtung Medizinischer Fakultäten in Graz und Innsbruck zur Entscheidung über ihr Weiterbestehen werden. Darüber hinaus hatte dies enorme Wirkung auf die als zentral erkannte philosophische Fakultät, indem nun die Naturwissenschaften, die bis dahin z. T. noch im Sinne der alten Vorbereitungswissenschaften für die medizinisch-chirurgischen Studien mit lokalen Institutionen wie etwa dem Johanneum in Graz, verknüpft gewesen waren und noch in „Sammelprofessuren“ für „Naturgeschichte“ wahrgenommen wurden, in rascher Folge – die Physik allen voran – gemeinsam mit der Mathematik erneuert wurden, indem den alten Professoren junge Leute als Extraordinarien zur Seite gestellt wurden, d. h. faktisch Nachbesetzungen vorgenommen wurden. Man kann sich schwerlich einen größeren Kontrast vorstellen als den altgedienten, 62jährigen, bereits 1836 für Laibach ernannten Physiker Karl Hummel neben dem 26jährigen Victor von Lang oder dem ebenfalls 26jährigen Ernst Mach, jungen, unbekümmerten und tatendurstigen Wissenschaftlern neuen Zuschnitts und voller Selbstbewußtsein.

Brücke wird hoffentlich so einsichtsvoll sein, nicht die Priorswürde anzustreben. Die Universität ist bekanntlich nichts anderes, als eine ‚Genossenschaft der Lehrer und Lernenden‘!“

Es setzte sich nun der Liberalismus endgültig und offen durch, und eine stürmische und über Jahrzehnte hin praktisch unbehinderte Erneuerung und Ausweitung der Universitäten trat ein. Erst damit kam der zweite, inhaltsbezogene, Prozeß des Aufholens vollends in Gang, der wohl mit dem Revolutionsjahr schon eingesetzt hatte, aber eben erst mit dem Ende des Neoabsolutismus, dem Durchdringen des Liberalismus sich frei entfaltete; nun trat man endgültig in die Welt einer freien Wissenschaftsentwicklung ein, getragen von enormem Optimismus und Fortschrittswillen, ja Wissenschaftsgläubigkeit³⁸. Und die Annäherung an das deutsche Vorbild wurde perfektioniert.

Weitere Aspekte

Abschließend seien jene Aspekte hervorgehoben, die einen wesentlichen Unterschied zu Deutschland ausmachten:

1. Die Konsequenzen aus der Positionierung des österreichischen Systems.

Für die Entwicklung des österreichischen Hochschulwesens von großer Bedeutung war der Umstand, daß in Österreich das Unterrichtswesen einschließlich der Universitäten zentralistisch organisiert war und zentralistisch blieb – der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 bewirkte lediglich die Abspaltung des transleithanischen, d. h. des ungarischen Reichsteiles³⁹. Österreich in seiner jeweiligen Gesamtheit glich damit zwar durchaus den einzelnen deutschen Staaten wie etwa Preußen, die ja in sich ja ebenfalls zentralistische Systeme darstellten, doch durch den Umstand, daß vor 1848 die weitgehende Abschottung der Habsburgerländer eine Einbindung in das Gesamtsystem des deutschsprachigen Raumes weitgehend unterbunden hatte und die Verhältnisse der nachfolgenden Zeit, insbesondere ab 1866 resp. 1871 mit neuerlich einer deutlichen politischen Distanzierung nicht eben förderlich waren, war die Konsequenz die, daß das alte zentralistisch organisierte Universitätswesen in Österreich gleichsam der Gesamtheit der Universitäten in den deutschen Ländern (mit weit höherer interner Durchlässigkeit) gegenüberstand und nicht wirklich in diese eingebunden war.

2. Die Nationalisierung der Hochschulen und ihre Konsequenzen.

Ein Element, das die Entwicklung in Österreich in späteren Jahren wesentlich mitbestimmt hat, war die Nationalisierung im Bildungsbereich. Die Magyaren

³⁸ Der neue Elan und die allzuhohe Selbstgewißheit und Erfolgssicherheit – treffend skizziert mit dem Diktum Jakob Burckhardts von 1871, daß nun die ganze Welt von Adam an siegesdeutsch angestrichen würde – erlahmten allerdings gegen das Ende des Jahrhunderts hin. Auf lange Sicht sollte sich unter dem Einfluß der Nationalisierung diese Entwicklung politisch in tragischer Weise wirksam zeigen.

³⁹ Sieht man von der de-facto-Abspaltung durch die Polnisierung der Universitäten in Krakau und in Lemberg ab.

waren 1867 aus dem System ausgeschieden. Es gab aber noch viele andere Nationalitäten in der cisleithanischen Reichshälfte. Für sie alle war die Nationalisierung der Universität Prag im Wege der de-facto-Teilung im Jahre 1882 ein Fanal, das einen Prozeß in Gang setzte, der enorme Kapazitäten binden sollte. Denn nicht nur ging es darum, die Wünsche einzelner Nationalitäten um eigene Universitäten in Prag, Brünn, Laibach und Triest zu berücksichtigen bzw. sich mit ihnen auseinanderzusetzen, sondern viel mehr noch ging es darum, diesen Nationalitäten die von ihnen geforderten Einrichtungen im Elementar- und im Sekundarbereich zu gewähren, was enorme Summen des Budgets verschlungen hat, sodaß um 1900 die „alten“ (durchwegs deutschsprachigen) Universitäten in ihrem Ringen um Gleichwertigkeit gegenüber den führenden Universitäten Deutschlands dem Staat gegenüber den Vorwurf erhoben, sie zugunsten der nichtdeutschen Nationalitäten in Österreich zu vernachlässigen. Es hat dies für extreme Spannungen mit sehr weitreichenden Folgen gesorgt⁴⁰.

3. Das Moment der Unmündigkeit.

Im Unterschied zu vielen deutschen Universitäten waren die österreichischen Universitäten nicht in der Lage, eigenständige, individuelle Positionen zu entwickeln, geschweige denn auszubauen. Der durch die Reformen von 1848/1849 und dann in den 1860er Jahren entwickelte universitäre Impetus und Optimismus ist in den späten 1880er und 1890er Jahren abgeflacht, und mehr und mehr Energie ist absorbiert worden durch die bereits erwähnte Nationalisierung und die damit verbundene Politisierung der Universitäten. Nicht wenige Einrichtungen bzw. Rechte sind schlichtweg abhandengekommen – so hat man beispielsweise das Physikalische Institut einst Dopplers praktisch vergessen; schlägt man die Sammlung der österreichischen Universitätsgesetze von Beck und Kelle aus dem Jahr 1906 auf, so kann man auf der Seite 1 lesen: „Über die Rechtsstellung der Universitäten [...] wurde anlässlich einer Anfrage [in einem Ministerialakt 1897] nachstehendes bemerkt: Die österreichischen Universitäten sind durch die Landesfürsten als selbständige, mit staatsrechtlichen Privilegien und Vermögensrechten ausgestattete Korporationen ins Leben gerufen. Mit der Zeit haben dieselben jedoch ihre selbständige Stellung zum größten Teile eingebüßt und sind gegenwärtig als staatliche Anstalten organisiert, ohne daß jedoch ihre Stellung als juristische Personen im gesetzlichen Wege ausdrücklich aufgehoben worden wäre.“

Kaum ein anderer Text macht so deutlich, welches die Spätfolgen der Unmündigkeit waren: Nicht in der Zeit der Jesuitenuniversität, und schon gar nicht im Absolutismus haben die Universitäten in Österreich Individualität und Identität

⁴⁰ Tatsächlich ist damals, als die Finanzierbarkeit der Universitäten nicht nur in Österreich an ihre Grenze zu stoßen schien, eine gewisse Erweiterung der Budgetierung etwa der Universität Wien erfolgt und ein akademischer „Rüstungskredit“ in der Höhe von 100 Millionen Kronen in Aussicht genommen worden. Wichtiger noch als der finanzielle Aspekt dieser Problematik waren aber auf lange Sicht hin die politisch-klimatischen Konsequenzen. – Geht man der Frage der Entwicklung in Österreich unter quantitativen Gesichtspunkten nach, so ergibt sich letztlich ein recht beeindruckendes Bild – dies allerdings nicht zuletzt auf Grund des niedrigen Niveaus der Ausgangslage.

entwickelt; indem der josephinisch-zentralistische Staat kontrollierend für die Universitäten gesorgt hatte, ihnen keinerlei Spielraum für Eigeninitiative ließ und die Universitäten über nichts eigenständig verfügen konnten, haben sie keinerlei planerische Gestaltungskraft als Universität und dementsprechend keine institutionelle Initiative entwickelt. Als sie im 20. Jahrhundert aktiv wurden, galt dies allgemein politischen und nicht genuin universitären Belangen.

Resümee

Das von Herrn vom Bruch im Titel meiner Ausführungen angesprochene Element einer „Eigenentwicklung“ würde ich für die österreichischen Universitäten hinsichtlich ihrer Organisationsform nicht in Anspruch nehmen wollen. Sie ist doch sehr unverblümt dem deutschen Vorbild entlehnt⁴¹. Anders verhält es sich – wie wir gesehen haben – nicht folgenlos mit dem System.

Und was die Universität Berlin anlangt: Der Hinweis auf den Umstand, daß Preußen in den Stunden größter Not eine Universität gegründet habe, findet sich in zahllosen österreichischen Aktenstücken, in denen es darum geht, finanzielle Forderungen zu untermauern – dieser Hinweis ist ein Topos, eine Standard-Metapher geworden.

Summary

The paper discusses the main aspects of the very important reform of the Austrian university system after the revolution of 1848 in regard of the influence of the German universities as a model of an ideal university. Even when in Austria some important factors differed from leading German countries – as the dominance of Catholicism resp. of confessionalism – the German model in general was accepted at all. The introduction of the new system was influenced and retarded by conservative powers and finally by the Austrian neo-absolutism after 1849; so not before the reconstruction of the state in consequence of the catastrophe in the war against Prussia in 1866 the reform was completed in the following period of liberalism. But, it was very effective, that immediately in 1848/1849 steps of modernization had taken place as appointments of young professors coming from Germany and the founding of new institutions beside the traditional university depart-

⁴¹ Die Vorgabe war klar wie schon im 18. Jahrhundert: die deutschen Universitäten; und unter diesen kristallisierte sich unter der steten Verfestigung des Bildes der „Humboldtuniversität“ die Universität Berlin als das überhöhte Ideal heraus – ihre Begründung ist unzählige Male in Eingaben, Berufungsvorschlägen etc. (immer wenn es ums Geld ging) apostrophiert worden: in den Zeiten größter Not habe man dafür die Mittel aufgebracht, wohl wissend, worin die Zukunft liege etc.etc.

ments – these steps prepared the change in academic mind, which was catalyzing the development after 1866/1867.

On the fundament of the German model the glory of German science became a very important factor in the further development of universities and science at all in Austria in the period of nationalisation after 1866/1871.

III. Strukturelle Rahmenbedingungen im Wandel

Peter Lundgreen

Studium zwischen Forschungsorientierung und Berufskonstruktion

1. Bildungszwecke

Hochschulen „dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften ... durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden ... erfordern“. So lautet die amtliche Aufgabenbestimmung von heute, zu finden im Hochschulrahmengesetz oder in der jährlich erscheinenden Hochschulstatistik¹. Hinter der zitierten Formulierung steht eine lange Tradition, die zurückgeht (mindestens) bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts und – zunächst nur für Universitäten, dann auch für Technische Hochschulen – die doppelte Aufgabe in die Verfassungsstatuten schreibt: die Wissenschaften zu pflegen sowie die Studenten auszubilden, vorzubereiten für, ja wofür? Hier kommen die historischen Antworten ins Spiel, die auf den jeweiligen „Bildungszweck“ – so der Ausdruck der Quellen für die Berufsorientierung der Ausbildung – zielen. Der älteste Bildungszweck lautet: „Vorbereitung für die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes“, zu finden in den Fakultätsstatuten für Theologie, Jurisprudenz und Medizin². Daß man damit an die so genannten „oberen“ Fakultäten der vormodernen Universität anknüpft, versteht sich; hier wird die Ausbildung von Theologen, Juristen und Medizinern, wie sie seit Jahrhunderten an Universitäten stattgefunden hatte, gleichsam fortgeschrieben in das Zeitalter der Forschungsuniversität.

Die alte Artistenfakultät hatte keinen analogen Bildungszweck gekannt. Nachdem ihre propädeutische Funktion an die gymnasiale Oberstufe verlagert worden war, konnte man von der neuen Philosophischen Fakultät des 19. Jahrhunderts allerdings erwarten, sich dieser Aufgabe zu stellen. Und natürlich hat sie dies getan, hat nicht nur – als Hauptsitz des Forschungsimperativs – die „Pflege und Förde-

¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 11, Reihe 4.1: Studierende an Hochschulen Wintersemester 2000/2001 (Stuttgart 2002) 6.

² Peter Lundgreen, Examina und Tätigkeitsfelder für Absolventen der Philosophischen Fakultät. Berufskonstruktion und Professionalisierung im 19. Jahrhundert, in: Rainer Christoph Schwinges (Hrsg.), Artisten und Philosophen. Wissenschafts- und Wirkungsgeschichte einer Fakultät vom 13. bis zum 19. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 1, Basel 1999) 322.

rung der Wissenschaften“ betrieben und damit die Dynamik der disziplinären Ausdifferenzierung auf Dauer gestellt, sondern auch einen Bildungszweck verfolgt: die Ausbildung der Oberlehrer für das (neue) Gymnasium. Erstaunlicherweise, so muß man ergänzen, wird der Bezug auf diese Aufgabe in den Fakultätsstatuten nicht genommen. Vergeblich sucht man nach einer Formulierung, die Anschluß an das überkommene Muster genommen hätte: „Vorbereitung für den höheren Schuldienst“ (als einen weiteren Zweig des höheren Staats- und Kirchendienstes). Erstaunlich auch deswegen, weil die Angabe des „Bildungszwecks“ sich immer wieder findet, wenn der Staat – im außeruniversitären Raum – die Ausbildung für bestimmte Berufe, vornehmlich im Staatsdienst, institutionalisiert³: für Bergbeamte (Bergakademie), Baubeamte (Bauakademie), Militäringenieure (Artillerie- und Ingenieurschule), schließlich auch für „Privattechniker“/Ingenieure der gewerblichen Wirtschaft (Gewerbeinstitut). Die Vereinigung von Bauakademie und Gewerbeinstitut zur Technischen Hochschule Charlottenburg hat schließlich zweierlei gebracht: die Forschungsorientierung als explizite Aufgabe; und das Zurücktreten der alten, getrennten Bildungszwecke zugunsten einer – die Berufe übergreifenden – Gliederung nach Fachbereichen. Die neue Formel, im Verfassungsstatut von 1876, zeigt schon große Nähe zu dem eingangs zitierten Wortlaut im HRG, weil keine konkreten Berufe mehr genannt werden⁴: Die Technische Hochschule hat den „Zweck, für den technischen Beruf im Staats- und Gemeindedienst wie im industriellen Leben die höhere Ausbildung zu gewähren sowie die Wissenschaften und Künste zu pflegen, welche zu dem technischen Unterrichtsgebiet gehören.“

2. Staatliche Prüfungsordnungen

Es ist keineswegs trivial zu fragen, wie die Forschungsuniversität des 19. und 20. Jahrhunderts ihrer zweiten Aufgabe, ihren „Bildungszwecken“, operationell überhaupt gerecht werden konnte. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie schnell und weitgehend die Ausdifferenzierung von wissenschaftlichen Disziplinen verlaufen ist, greifbar in dem Spektrum wählbarer Promotionsfächer oder der fachlichen Zuständigkeiten von Ordinarien, Extraordinarien und Privatdozenten⁵. Gegenüber dieser Dynamik, teilweise verbunden mit Unstetigkeit und kurzen Zeithorizonten, stiftet die Orientierung an Bildungszwecken, an der Vorbereitung auf (bestimmte) Berufe, Beharrung und Stabilität, Bündelung zu Einheiten.

³ Peter Lundgreen, Technische Bildung in Preußen vom 18. Jahrhundert bis zur Zeit der Reichsgründung, in: Günter Sodan (Hrsg.), *Die Technische Fachhochschule Berlin im Spektrum Berliner Bildungsgeschichte* (Berlin 1988) 2f., 5.

⁴ Ebd. 33.

⁵ Vgl. Peter Lundgreen, Differentiation in German Higher Education, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *The Transformation of Higher Learning 1860–1930. Expansion, Diversification, Social Opening and Professionalization in England, Germany, Russia and the United States* (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen 13, Stuttgart 1983) 149–179.

Anders formuliert: Der (weitgehend intern gesteuerten) Disziplinenentwicklung steht eine externe Berufskonstruktion gegenüber, extern, weil sie sich auf die (unterstellten) Anforderungen bestimmter Berufsfelder (Teilarbeitsmärkte) rückbezieht. Wer sind die Akteure dieser sozialen Konstruktion? Und welches sind ihre Instrumente? Die erste Frage ist – jedenfalls für die deutschen Hochschulen – mit dem Verweis auf den Staat schnell beantwortet. Die Antwort auf die zweite Frage findet sich in der – von vielen zeitgenössischen Universitätsangehörigen leidvoll erfahrenen – Geschichte der Studien- und Prüfungsordnungen.

Prüfungsordnungen sind den Studienordnungen systematisch vorgeordnet; sie benennen Ziele, die erreicht werden müssen, um eine Prüfung erfolgreich zu bestehen. Berufssoziologisch kann man von der Standardisierung akademischer Qualifikationen sprechen. Und es ist daher vielleicht nicht gar so sehr erstaunlich, daß Prüfungsordnungen, obwohl für das Studium als Qualifizierung sehr bedeutsam, kaum Thema der Universitätsgeschichtsschreibung geworden sind, dafür aber prominent figurieren in der historischen Professionsforschung. Das spiegelt sich auch in der Quellenlage. So findet sich in dem umfangreichen Corpus, das Ludwig von Rönne zu den gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsanordnungen für die preußischen Universitäten 1855 zusammengestellt hat, kein Hinweis auf die seit dem 18. Jahrhundert wichtigsten Prüfungen für Absolventen⁶. Die Rede ist von den Staatsexamina; als Rechtsmaterie gehören sie systematisch zur Regulierung des Arbeitsmarktes, hier des Zugangs zu Ämtern und Laufbahnen. Nur insofern Unterrichtsanstalten selbst einen solchen Arbeitsmarkt darstellen, wie im Fall der höheren Schulen, findet das dafür einschlägige Staatsexamen für Oberlehrer hier seinen Platz.

Die Einführung staatlicher Prüfungen zur Zertifizierung von Ausbildung kann man in ihrer Bedeutung, in ihren langfristigen sozialgeschichtlichen Effekten gar nicht hoch genug veranschlagen. Aus der Sicht der Universität des Ancien régime ließe sich von einer Verlustgeschichte sprechen: Die überkommenen „gelehrten Stände“ werden, wenn man so will, „verstaatlicht“; ihre Berufsausübung ist an eine staatliche Prüfung gebunden; akademische Würden, insbesondere der Doktorgrad, spielen demgegenüber nur noch bei der universitären Selbstrekrutierung die entscheidende Rolle. Die nach wie vor beste Analyse dieser Transformation stammt von Steven Turner (1980)⁷. Er macht den Wandel von korporativer Gelehrsamkeit zu funktionaler Expertise am staatlichen Prüfungssystem und dessen sukzessiver Modernisierung fest⁸:

- Die Prüfung wird vom Plenum des zuständigen Kollegiums auf eine permanente Prüfungskommission verlegt. Dabei gewinnt die Prüfung an Vertraulichkeit, und die Anforderungen an Expertise steigen.

⁶ Ludwig von Rönne, Das Unterrichtswesen des Preußischen Staates, Bd. 2 (Berlin 1855).

⁷ R. Steven Turner, The Bildungsbürgertum and the Learned Professions in Prussia, 1770–1830: The Origins of a Class, in: Histoire sociale – Social History 13 (1980) 105–135.

⁸ Ebd. 115.

- Die Prüfung verliert ihren zeremoniellen Charakter einer Investitur, gewinnt den einer Lizenzierung.
- Mehrere Prüfungen konstituieren durch ihren Zusammenhang ein Karrieremuster.
- Die Zulassung zu Prüfungen wird zunehmend durch schulische und akademische Leistungsformen reguliert.

Aus der Sicht der aus diesem Prozeß hervorgegangenen, staatlich geprüften und lizenzierten Akademiker, der beamteten Intelligenz sowie der staatsnahen Freien Berufe (Ärzte, Anwälte), ist das Ganze eine Gewinngeschichte. Von hier setzt sich das meritokratische Prinzip der Verkopplung von Bildungspatent und Berufszugang in der modernen Gesellschaft durch, und zwar in einer bis heute anhaltenden Expansion, ohne daß konkurrenzfähige Alternativen zu sehen wären. Zugleich lockert sich die Dominanz des „Staates“, insofern die obrigkeitliche Verwaltung sich zunehmend veranlaßt, ja gezwungen sieht, die Vertreter der Professionen entsprechend dem korporatistischen Modell an der Revision von Prüfungsordnungen zu beteiligen.

Welche Rolle kommt der Universität in diesem Spiel zu? Die Antwort ist nicht leicht, sie läuft auf eine Verschränkung von drei Momenten hinaus:

- (1) Staatliche Prüfungsordnungen bleiben, auch wenn sie – unter Beteiligung von Universitäten – ausgehandelt wurden, wissenschaftsextern, bleiben ein Stück Fremdbestimmung: die zeitliche Länge des Studiums, die Aufnahme/Nichtaufnahme von Fächern in den Kreis der Prüfungsgegenstände, die Berücksichtigung/Nichtberücksichtigung von so genannten „allgemeinen“ Wissenschaften, die Option für Spezialisierungen u.ä.
- (2) Selbstbestimmung, weil wissenschaftsintern, verbleibt der Universität – als sozialer Ort aller Leitdisziplinen – in der Verständigung darüber, was denn – zum gegebenen Zeitpunkt – die kanonischen Wissensbestände sind, was es heißen soll, Altphilologie oder Physik zu studieren, innere Medizin oder Privatrecht.
- (3) Die der so genannten Humboldtischen Universität eingeschriebene Forschungsorientierung, deren Forum die scientific communities sind, verflüssigt gleichsam das kanonische Wissen, erzeugt ein Spannungsverhältnis zwischen disziplinärer Ausdifferenzierung und Spezialisierung einerseits, professionsbezogener Bündelung von Expertise für gegebene Teilarbeitsmärkte andererseits.

Wie sind die deutschen Universitäten des 19. Jahrhunderts mit dieser Problemlage umgegangen? Ins Einzelne gehende Antworten können nicht gegeben werden, die Universitätsgeschichtsschreibung hat hier eine auffällige Lücke. Studienordnungen, wie sie uns vertraut sind, hat es, soweit ich sehe, nicht gegeben. Immerhin, man findet Studienpläne einzelner Fakultäten als Empfehlungen. Das Ministerium war allerdings, zumindest in der Reformzeit (1816), kein Freund davon⁹: „Daß den Studierenden eine Vorschrift zum planmäßigen Hören der philos. Vorlesungen nicht gegeben werden kann, werden die Lehrer der Philosophie selbst einsehen. Auf den Univ., wo das Studium der Philosophie am meisten geblüht hat, ist

⁹ Rönne, Unterrichtswesen 520.

dies auch nicht die Folge äußerer Zwangsmittel oder Vorschriften, sondern der Vortrefflichkeit der Lehrer der Philosophie und des ächt wissenschaftl. Geistes der bessern Mehrzahl aller Prof. gewesen, die, weit entfernt durch fabrikmäßige Abrichtung der jungen Leute in den Brotfächern um werthlosen Beifall und schnöden Verdienst zu wetteifern, diesen vielmehr durch wissenschaftliche Gründlichkeit zu gewinnen, und so auch durch ihren gemeinschaftlichen Einfluß auf die jungen Leute diese zu denj. allgem. Studien, auf denen aller höhere Erfolg auch in den Fakultätsstudien beruht, hinzuleiten gesucht haben.“

In die Lernfreiheit entlassen, mußte der individuelle Student, wie es aussieht, sich sein Menü Semester für Semester zusammenstellen. Rechenschaft darüber hatten Abgangszeugnisse (1825) mit den Rubriken „Fleiß“ und „Aufführung“ (sittliches Verhalten) zu geben. „Fleiß“ sollte qualifiziert attestiert werden für „sämtliche von dem Abiturienten gehörte Vorlesungen nach der Reihenfolge der Semester“, ermöglicht über einen „Anmeldungsbogen“, ein zu führendes Studienbuch mit den Testaten der Dozenten¹⁰. Das Abgangszeugnis dokumentierte also nicht das Ergebnis einer Prüfung, sondern den Studienverlauf mit Benennung der Unterrichtsgegenstände. Die Freiheit der Wahl scheint allerdings in den Fakultäten unterschiedlich groß gewesen zu sein, am kleinsten wohl bei den Juristen, die (1844) nur dann zur ersten juristischen Prüfung zugelassen werden sollten, wenn sie den Nachweis erbrachten, „akademische Vorlesungen über nachfolgende Wissenschaften“ gehört zu haben¹¹: 1) Logik; 2) Juristische Enzyklopädie und Methodologie; 3) Naturrecht (Rechtsphilosophie); 4) Geschichte und Institutionen des Römischen Rechts; 5) Pandekten; 6) Deutsche Rechtsgeschichte; 7) Deutsches Privatrecht; 8) Kirchenrecht; 9) Lehnrecht; 10) Europäisches Völkerrecht; 11) Deutsches Staatsrecht; 12) Kriminalrecht; 13) Gerichtliche Medizin; 14) Preußisches Privatrecht; 15) Gemeiner Zivilprozeß; 16) Gemeiner Kriminalprozeß. Vielleicht ist ein derartiger Wissenskanon, der wenig über die Wege seiner Aneignung zu erkennen gibt, besonders affin zu dem Lernmodus Repetitorium.

Wenn man das inhärente Spannungsverhältnis zwischen Forschungsorientierung und Berufskonstruktion, zwischen wissenschaftlicher Entwicklung und Staatlicher Prüfungsordnung an Beispielen etwas näher beleuchten will, dann sind die Medizinische sowie die Philosophische Fakultät, also die Staatsexamina für Ärzte sowie Oberlehrer, dafür besonders lohnend und einschlägig. Den medizinischen Fakultäten war schon 1725 das Approbationsrecht entzogen und dem staatlichen Obermedizinalkollegium übertragen worden¹². Gleichwohl blieb der Doktorgrad der „gelehrten Ärzte“, Unterscheidungsmerkmal zu den Chirurgen (Wundärzten), Zulassungsvoraussetzung für das Staatsexamen¹³. Aus diesem ers-

¹⁰ Ebd. 603.

¹¹ Ebd. 520.

¹² Zum Folgenden vgl. die glänzende Studie von *Claudia Huerkamp*, Der Aufstieg der Ärzte im 19.Jahrhundert. Vom gelehrten Stand zum professionellen Experten: Das Beispiel Preußens (Göttingen 1985).

¹³ Dieser Umstand dürfte die bis heute singulär hohe Promotionsrate unter den Ärzten – im Vergleich zu allen anderen akademischen Berufen (mit Ausnahme der Chemiker) – erklären.

ten staatlichen Eingriff in die korporativ verfaßte Welt der „reinen“ Medizin an den Universitäten entwickelte sich eine Serie staatlicher Prüfungsordnungen, die das Medizinstudium tiefgreifend verändert haben: (1) Die Einführung und sukzessive Verstärkung praktischer Teile im Prüfungsablauf, beginnend 1798, als der Kandidat zwei Kranke für die Dauer von einem Monat selbstständig zu behandeln hatte. (2) Die Aufhebung der traditionellen Trennung von (innerer) Medizin und Chirurgie (1825), die schließlich 1852 zum ärztlichen Einheitsstand führte, den Wundarzt aus dem Markt verdrängte. (3) Die – allerdings erst in langjährigen Auseinandersetzungen zwischen Fakultäten, Ärztekammern und Medizinalverwaltung erreichte – Ausweitung der Prüfungsgegenstände, um dem medizinischen Fortschritt, der sich in der Ausdifferenzierung von Fächern niederschlug, Rechnung zu tragen.

Dieser Punkt verdient in unserem Zusammenhang eine etwas genauere Betrachtung. Zu unterscheiden ist hier die vorklinische Phase von der klinischen. Im „tentamen philosophicum“ sollten seit 1826 die Fächer Logik, Psychologie, Physik, Chemie, Botanik, Zoologie und Mineralogie von Professoren der Philosophischen Fakultät geprüft werden. Seit 1861/83 lautete dieser Katalog für das „tentamen physicum“ Anatomie, Physiologie, Physik, Chemie sowie etwas Botanik und Zoologie. Im Bereich der klinischen Fächer herrschte seit 1852 die Trias von Innerer Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe. Gegen den Widerstand dieser Ordinarien und Klinikchefs drängten Spezialfächer darauf, in den Kanon von Pflichtveranstaltungen oder gar Prüfungsfächern aufgenommen zu werden. Das breite Fächerspektrum, vertreten von Ordinarien, Extraordinarien und Privatdozenten an den 20 deutschen Universitäten, illustriert Tabelle 1. Von der Hygiene abgesehen, die 1883 Prüfungsfach wurde, zollte erst die Prüfungsordnung von 1901 der Spezialisierung entschieden Tribut. Jetzt mußte der Student, um zum

Tabelle 1: *Ordinarien (Extraordinarien, Privatdozenten) pro Fach an den deutschen Universitäten, 1864–1931*

Fächer	1864	1873	1880	1890	1900	1910	1920	1931
<i>Medizin</i>								
Anatomie	23 (7, 11)	–	–	–	–	–	–	34 (33, 25)
Chirurgie	23 (7, 14)	–	–	–	–	–	–	25 (119, 52)
Innere Medizin	20 (9, 10)	–	–	–	–	–	–	40 (132, 93)
Gynäkologie	16 (3, 18)	20 (4, 2)	–	–	–	–	–	24 (63, 41)
Physiologie	15 (3, 9)	–	20 (3, 22)	–	–	–	–	27 (24, 23)
Pathologie	7 (5, 4)	–	–	–	20 (4, 11)	–	–	24 (21, 30)
Ophthalmologie	3 (11, 8)	–	–	–	21 (16, 23)	–	–	23 (36, 22)
Hygiene	1 (–)	–	–	–	–	23 (11, 28)	–	27 (41, 35)
Psychiatrie	– (2, 7)	1 (4, 12)	–	–	–	20 (17, 55)	–	27 (65, 45)
Pharmakologie	7 (3, 3)	–	–	–	–	–	–	22 (16, 17)
Zahnheilkunde	– (–, 1)	–	1 (–, 3)	–	–	–	–	22 (31, 22)
Physiologische Chemie	– (–, –)	1 (–, 1)	–	–	–	–	–	9 (12, 10)

Fächer	1864	1873	1880	1890	1900	1910	1920	1931
<i>Naturwissenschaften</i>								
Mathematik	20 (12, 9)	—	—	—	—	—	—	58 (45, 40)
Physik	22 (2, 10)	—	—	—	—	—	—	52 (51, 57)
Chemie	31 (20, 20)	—	—	—	—	—	—	90 (86, 83)
– Pharmazeutische Chemie	3 (9, 2)	—	—	—	—	—	—	15 (14, 7)
– Physikalische Chemie	— (—, 1)	1 (1, —)	—	—	—	—	—	19 (12, 12)
– Agrikulturchemie	1 (2, —)	—	—	—	—	—	—	7 (4, 4)
Biologie	30 (13, 15)	—	—	—	—	—	—	62 (75, 58)
– Botanik	17 (8, 10)	—	26 (10, 7)	—	—	—	—	27 (25, 20)
– Zoologie	11 (5, 5)	—	—	20 (12, 21)	—	—	—	30 (41, 30)
Geologie, Mineralogie	19 (5, 4)	23 (8, 16)	—	—	—	—	—	42 (45, 37)
Astronomie, Geophysik	12 (6, 3)	—	—	—	—	—	—	20 (13, 17)
– Astronomie	12 (6, 2)	—	—	—	—	—	—	14 (7, 7)
<i>Geisteswissenschaften</i>								
Klassische Philologie	43 (11, 14)	—	—	—	—	—	—	54 (14, 18)
Philosophie	36 (21, 23)	—	—	—	—	—	—	56 (51, 32)
Deutsche Philologie	14 (8, 9)	20 (7, 7)	—	—	—	—	—	48 (22, 27)
Geschichte	37 (10, 25)	—	—	—	—	—	—	87 (36, 51)
– Mittlere und Neue Geschichte	19 (4, 19)	—	—	25 (6, 9)	—	—	—	24 (12, 19)
– Alte Geschichte	4 (1, 1)	—	—	—	20 (5, 11)	—	—	22 (4, 7)
– Neue Geschichte	5 (1, 1)	—	—	—	—	—	—	18 (6, 11)
Romanische Philologie	3 (1, 3)	—	—	—	—	23 (8, 10)	—	18 (11, 10)
Klassische Archäologie	9 (4, 6)	—	—	—	—	—	20 (6, 4)	18 (9, 7)
Englische und Amerikanische Philologie	— (—, 1)	2 (1, 1)	—	—	—	—	22 (4, 6)	22 (10, 7)
Kunstgeschichte	4 (2, 2)	—	—	—	—	—	—	14 (21, 25)
Indologie	3 (1, —)	—	—	—	—	—	—	13 (6, 7)
Musikwissenschaft	— (3, 1)	—	—	—	1 (7, 5)	—	—	8 (11, 18)
Pädagogik	2 (1, —)	—	—	—	—	—	—	6 (10, 8)
Slawische Philologie	1 (—, 1)	—	—	—	—	—	—	4 (5, 2)
Psychologie	1 (—, —)	—	—	—	—	—	—	5 (9, 10)

Quelle: Peter Lundgreen, Differentiation in German Higher Education, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), The Transformation of Higher Learning 1860–1930. Expansion, Diversification, Social Opening and Professionalization in England, Germany, Russia and the United States (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen 13, Stuttgart 1983) 156 (mit Ergänzungen).

Legende: Die Anzahl der Ordinarien (Extraordinarien, Privatdozenten) ist für die einzelnen Fächer an den etwa 20 deutschen Universitäten angegeben, und zwar wie folgt:

- vollständig für die Jahre 1864 und 1931;
- für diejenigen Jahre, in denen das Fach mindestens mit einem Ordinarius vertreten ist;
- für diejenigen Jahre, in denen das Fach mindestens mit 20 Ordinarien vertreten ist.

Examen zugelassen zu werden, folgende Kliniken besucht haben: Innere Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe zwei Semester; ein Semester Ophthalmologie, Kinderheilkunde, Psychiatrie, Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten.

In erster Annäherung zeigt sich also eine parallele Entwicklung zwischen der Ausdifferenzierung medizinischer Disziplinen und der – wenn auch später erfolgenden – Ausweitung der Prüfungsgegenstände für den Medizinstudenten. Ganz anders sieht dieses Verhältnis bei den Oberlehrern aus, die an den Philosophischen Fakultäten studierten. Für das Spektrum der einschlägigen Fächer, das zu dieser Zeit die Geistes- und Naturwissenschaften umfaßte, sei noch einmal auf Tabelle 1, die alle 20 deutschen Universitäten in den Blick nimmt, verwiesen. Beschränkt auf die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin und die Zeit seit 1890, zeigt Tabelle 2 die weitergehende Spezialisierung auf der subdisziplinären Ebene. Wie sah, so ist zu fragen, demgegenüber die Berufskonstruktion des Oberlehrers im Spiegel der

Tabelle 2: *Fächer an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin, 1892–1930*

Fächer	1892	1910	1930
<i>Europäische Sprachen</i>			
Klassische Philologie	—	—	—
Deutsche Philologie	—	—	—
Englische Philologie	—	—	—
Romanische Philologie	—	—	—
Slawische Philologie	—	—	—
Deutsche Literatur	—	—	—
Neuere Literatur	-----	—	—
Französische Literatur	-----	—	—
Mittellateinische Philologie	-----	—	—
Klassische und byzantinische Philologie	-----	—
Nordische Philologie	—	—	—
Keltische Philologie	—	—	—
Finnisch-ugrische Sprachwissenschaft	-----	—	—
Amerikanistik	—	—
<i>Außereuropäische Sprachen</i>			
Ägyptologie	—	—	—
Indologie	—	—	—
Sinologie, Japanologie	—	—	—
Sanskrit	-----	—	—
Tibetisch, Mongolisch	—	—
Assyriologie	—	—	—
Iranische Philologie	—	—	—
Sinologie	—	—	—
Japanologie	—	—	—

Fächer	1892	1910	1930
Geschichte d. nichtsemitischen Keilschriftsprachen		
Semitische Philologie	_____	_____	_____
Islamistik			_____
Vergl. türk. Sprachwissenschaft			_____
Afrikanische Sprachen			_____
<i>Vergleichende Sprachwissenschaft</i>			
Indogermanische Sprachwissenschaft	_____		
Allgemeine Sprachwissenschaft	_____		
Vergleichende Sprachwissenschaft		-----	-----
Orientalische Hilfswissenschaften			_____
<i>Geschichtswissenschaft</i>			
Geschichte	_____	_____	_____
Alte Geschichte	_____	_____	_____
Mittlere und neuere Geschichte		_____
Mittlere Geschichte	_____		
Neuere Geschichte	_____		
Neuere deutsche und preußische Geschichte	-----		
Geschichte des europ. Ostens	-----		
Historische Hilfswissenschaft		-----	-----
Numismatik		-----	-----
Verf. und Verw. geschichte			_____
Vorgeschichte			_____
Geschichte der Demokratie und des Sozialismus		-----	-----
<i>Staats-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften</i>			
Staatswissenschaften	_____	_____	_____
Statistik	-----		_____
Nationalökonomie		_____	_____
Gesellschaftslehre			_____
Philosophie und Soziologie			_____
Soziologie		-----	-----
Genossenschaftswesen		-----	-----
Kommunalverwaltungslehre		-----	-----
Zeitungswissenschaft		-----	-----
Wirtschaftsgeschichte			-----
<i>Kunstwissenschaften</i>			
Klassische Archäologie	_____	_____	_____
Kunstgeschichte	_____	_____	_____
Musikwissenschaft	-----	_____	_____
Germanische Archäologie		-----	-----
Prähistorische Archäologie		-----	-----
Archäologie des Orients		-----	-----

Fächer	1892	1910	1930
Altorient. Kunstgeschichte		
Neuere Kunstgeschichte	- - - - -	
Deutsche Archäologie	- - - - -		
<i>Völkerkunde, hist. Geographie</i>			
Völkerkunde	- - - - -		
Historische Geographie		_____	_____
Amerik. Völker- und Altertumskunde	- - - - -	
Ethnologie und Völkerkunde	- - - - -	
Geschichte der Geographie		_____	
<i>Philosophie, Pädagogik, Psychologie</i>			
Philosophie	_____	_____	_____
Philos. und Pädagogik	_____	_____	
Experimentelle Psych. Pädagogik		
Pädagogik	- - - - -		
<i>Mathematik</i>			
Mathematik	_____	_____	_____
Höhere Mathematik	_____		
Mathematik und Philosophie		
Angewandte Mathematik		
<i>Physik</i>			
Physik	_____	_____	_____
Theoretische Physik	_____	_____	
Experimentalphysik	_____	_____	
Physik und Meteorologie	_____	- - - - -	
Meteorologie	_____	
Geophysik		
Astrophysik	- - - - -		
Elektronenphysik		- - - - -	
Quantentheorie	- - - - -		
Techn. Physik		
<i>Chemie</i>			
Chemie	_____	_____	_____
Organische Chemie	- - - - -	
Pharmazeut. Chemie	- - - - -	
Chem. Technologie	- - - - -	
Techn. Chemie		
Gerichtl. Chemie		
Pharmakognosie	- - - - -	
Physikal. Chemie		_____	_____

Fächer	1892	1910	1930
Anorgan. Chemie		
Chemie und Mineralogie		
Angewandte Chemie	- - - - -		
Wirtschaftschemie	- - - - -		
<i>Biologie</i>			
Botanik	-----	-----	-----
Zoologie	-----	-----	-----
Pflanzenanatomie, -physiol.	- - - - -		
Pflanzengeographie	- - - - -		
Anthropologie	-----	-----
Ethnologie, Ethnographie		
Bakteriologie		
Entomologie		- - - - -	
Ozeanographie		- - - - -	
<i>Geologie, Paläontologie</i>			
Geologie und Paläontologie	-----	-----	-----
Geologie	- - - - -	
Paläontologie	
<i>Geographie, Geodäsie</i>			
Geographie	-----	-----	-----
Geodäsie	-----	-----	-----
Geodäsie und Nautik		
Kolonial- und Überseegeographie		
<i>Mineralogie</i>			
Mineralogie und Petrographie	-----	-----
Mineralogie	-----	-----
<i>Astronomie</i>			
Astronomie	-----	-----	-----
Theoret. Astronomie		

aus: Peter Lundgreen, Differentiation in German Higher Education, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), The Transformation of Higher Learning 1860–1930. Expansion, Diversification, Social Opening and Professionalization in England, Germany, Russia and the United States (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen 13, Stuttgart 1983) 159.

Legende:

- Ordinarien
- - - - - Extraordinarien
- Privatdozenten

Prüfungsordnungen aus? Ich habe diesen Vorgang an anderer Stelle genauer analysiert und fasse hier zusammen¹⁴.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß in der gleichen historischen Stunde der Forschungsimperativ der modernen Universität proklamiert wird – Wissenschaft „als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes“ – und das *examen pro facultate docendi* einen Gymnasiallehrer konzipiert, der noch weit entfernt ist vom Modell des Fachlehrers. Im Gegenteil, jeder geprüfte und für „tüchtig“ befundene Unter- oder Oberlehrer sollte in den unteren und mittleren Klassen des neuen Gymnasiums *alle* Fächer (die so genannten Schulwissenschaften) unterrichten können; in den oberen Klassen soll der Oberlehrer die Fächer einer bestimmten Fächergruppe (*facultas*) unterrichten können – so das Modell von 1831, das drei *facultates* unterschied: 1. Latein, Griechisch, Deutsch; 2. Mathematik und Naturwissenschaften; 3. Geschichte und Geographie. Der erkennbar enzyklopädische Begriff von den „Schulwissenschaften“, einschlägig für die unteren und mittleren Gymnasialklassen, wurde in der Prüfungsordnung von 1866 erstmalig verlassen zugunsten der Bildung von alternativen Fächergruppen, die der angehende Oberlehrer zusätzlich wählen konnte. Das lief auf eine ausgeklügelte Kasuistik hinaus, mit Tabelle 3 illustriert. Die Verfachlichung der Nebenfächerregelung, wie man diese Entwicklung beschreiben kann, fand ihr Ende mit der Prüfungsordnung von 1898, die nur noch jeweils eine *facultas* – in den gleichen drei, dann zwei Fächern – für *alle* Klassen von Sexta bis Prima kennt. Damit hatte sich der Fachlehrer durchgesetzt, bis zum heutigen Tage, zugleich der einheitliche Stand der Lehrer an höheren Schulen. Anpassung also nach oben, an den Oberlehrer, zugleich Verengung des Fachstudiums auf ein ganz schmales Spektrum, dafür viel mehr Möglichkeit zur Vertiefung, zur Forschungsorientierung, Angleichung an das Studienmuster des Promovenden, des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die „allgemeine Bildung“ der Oberlehrer nahm gleichzeitig den Weg von den weitgreifenden „Schulwissenschaften“ bis zum „Philosophikum“ (1917).

Berufskonstruktion über Prüfungsordnungen hatte (und hat) tiefgreifende Auswirkungen auf das Studium, auch wenn es noch keine Studienordnungen gibt, und kann, wie gezeigt, zu sehr unterschiedlichen Mustern führen. Letztlich bleiben diese Muster aber alle Teil des Studiums an einer Fakultät, wie breit oder segmentiert immer. Offen bleibt, ob und wie der Berufseinstieg, die Praxiseinübung vorbereitet, geordnet, einer Prüfung unterworfen wird. Hier konkurrieren, im Grunde bis heute, das zweiphasige und das einphasige Modell miteinander. Mit großem zeitlichem Vorsprung gab es seit Mitte des 18. Jahrhunderts das Zwei-Stufen-Modell für die Ausbildung zum Justizdienst, in Preußen sogar (bis 1869) dreistufig¹⁵:

¹⁴ Lundgreen, Examina und Tätigkeitsfelder 322.

¹⁵ Wilhelm Bleek, Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg. Studium, Prüfung und Ausbildung der höheren Beamten des allgemeinen Verwaltungsdienstes in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert (Berlin 1972) 75; vgl. Hannes Siegrist, Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.-20. Jh.) Hbd.1 (Frankfurt a. M. 1996) 219.

Tabelle 3: *Lehrämter nach der Prüfungsordnung von 1866*

Lehrbefähigung für alle Klassen	Zeugnis ersten Grades zusätzlich	Lehrbefähigung für die mittleren Klassen	Zeugnis zweiten Grades Lehrbefähigung für die mittleren Klassen
Griechisch, Latein, Deutsch	– Geschichte und Geographie – Religion	Griechisch, Latein, Deutsch	
Griechisch, Latein, Geschichte und Geographie	– Deutsch – Religion		Griechisch, Latein, Geschichte und Geographie
Geschichte und Geographie	– Griechisch, Latein, Religion – Griechisch, Latein, Deutsch		
<i>Mathematik, Physik, philosophische Propädeutik</i>			
Mathematik, Physik	– Zoologie, Botanik, Mineralogie – Religion – Latein, Deutsch – Französisch – Englisch – Mathematik, Physik, Deutsch – Mathematik, Religion – Mathematik, Latein, Deutsch	Mathematik, Physik und – Zoologie – Botanik – Mineralogie	Zoologie, Botanik, Mineralogie
Chemie, Zoologie, Botanik, Mineralogie	– Mathematik, Französisch – Mathematik, Englisch		
Religion, Hebräisch und – Deutsch – Französisch – Geschichte	– Latein, Griechisch – Mathematik, Physik	Religion und – Latein, Griechisch – Deutsch – Französisch – Geschichte, Geographie	
Französisch, Englisch	– Latein, Griechisch – Latein, Deutsch – Religion – Geschichte und Geographie – Mathematik, Zoologie, – Botanik, Mineralogie	Französisch, Englisch und – Latein, Deutsch – Deutsch, Geschichte und Geographie – Mathematik, Zoologie, Botanik, – Mineralogie	

aus: *Peter Lundgreen*, Examina und Tätigkeitsfelder für Absolventen der Philosophischen Fakultät. Berufskonstruktion und Professionalisierung im 19. Jahrhundert, in: *Rainer Christoph Schwinges* (Hrsg.), *Artisten und Philosophen. Wissenschafts- und Wirkungsgeschichte einer Fakultät vom 13. bis zum 19. Jahrhundert* (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 1, Basel 1999) 331.

Legende:

– = alternative Optionen

1) Erste juristische Staatsprüfung zum Abschluß des Studiums; 2) Referendariatsprüfung nach einer büromäßigen Ausbildung bei den Gerichten erster Instanz als Auskultator; 3) Assessorprüfung nach mehrjähriger praktischer Tätigkeit als Referendar in Richter- und Advokatenstellen bei unteren Gerichten. Diese bekannte

Trennung in „Studium“ und „Vorbereitungszeit“ für die Beamten des höheren Dienstes, mit Prüfungen und gesellschaftlich hoch angesehenen Titeln verbunden sowie von besoldungsrechtlichen Konsequenzen, erreichten die Gymnasiallehrer in Preußen erst 1917, in Süddeutschland 1895/1898. Vorher hatte es seit 1826 nur ein so genanntes Probejahr gegeben, also den Sprung in die Praxis unter der Beobachtung des Gymnasialdirektors. Seit 1890 allerdings wurde dem Probejahr das Seminarjahr vorgeschaltet¹⁶. Etwas früher hatten sich in fast allen deutschen Bundesstaaten Predigerseminare für die Pfarramtskandidaten, die sich einem zweiten theologischen Examen unterziehen mußten, verbreitet¹⁷.

Für die Ärzte konnte der Staat nicht gut ähnliche Vorkehrungen treffen, weil nicht selber Arbeitgeber. Insofern ist nachvollziehbar, daß praktische Ausbildungselemente während des Studiums, also Präparier- und Mikroskopierkurse bis zur Vorprüfung sowie die vielfältigen Klinikbesuche, eine viel größere Rolle spielten. Dennoch rissen die Klagen über die ungenügende praktische Vorbereitung der jungen Mediziner nicht ab, vor allem unter den Bedingungen stark gestiegener Studentenzahlen seit den 1880er-Jahren. Diese Klagen mündeten in die Wiederaufnahme eines älteren Vorschlags: die Einführung eines (unbezahlten) praktischen Jahres, von den Ärztekammern gefordert, von den Fakultäten mit Hinweisen auf technische Probleme der Durchführbarkeit bedacht. Dessen ungeachtet beschloß der Bundesrat – ärztliche Prüfungsordnungen waren seit 1869/71 reichseinheitlich! – im Jahr 1901 folgende Bestimmungen¹⁸: „§ 59. Nach vollständig bestandener ärztlicher Prüfung und in der Regel im unmittelbaren Anschluß an diese hat der Kandidat sich ein Jahr lang an einer Universitätsklinik, Universitätspoliklinik oder an einem dazu besonders ermächtigten Krankenhaus innerhalb des Deutschen Reiches unter Aufsicht und Anleitung des Direktors oder ärztlichen Leiters als Praktikant zu beschäftigen und von dieser Zeit mindestens ein drittel Jahr vorzugsweise der Behandlung von inneren Krankheiten zu widmen... § 60. Während des praktischen Jahres, welches in der Regel ohne Unterbrechung zu erledigen ist, hat der Kandidat seine praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vertiefen und fortzubilden, sowie auch ausreichendes Verständnis für die Aufgaben und Pflichten des ärztlichen Berufes zu zeigen.“

3. Konkurrenz alternativer Studienabschlüsse

An der deutschen Universität gab es bis zum Ende des Kaiserreiches „nur“ die Möglichkeit, entweder den Doktorgrad einzelner Fakultäten, teilweise auch noch

¹⁶ Vgl. Hans Heinrich Mandel, Geschichte der Gymnasiallehrerbildung in Preußen-Deutschland 1787–1987 (Berlin 1989).

¹⁷ Christian Homrichhausen, Evangelische Pfarrer in Deutschland, in: Werner Conze und Jürgen Kocka (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil I, Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen (Stuttgart 1985) 275.

¹⁸ Huerkamp, Aufstieg der Ärzte 101.

das Lizentiat (Theologie) und den Magister artium, zu erwerben oder aber das Studium gemäß der staatlichen Prüfungsordnung mit dem (ersten) Staatsexamen abzuschließen, was natürlich nicht ausschloß, zusätzlich zu promovieren. Diese Umstände beleuchten zum einen, daß die übergroße Mehrheit aller Universitätsstudenten ihre berufliche Zukunft zu dieser Zeit ausschließlich im öffentlichen (und kirchlichen) Dienst sowie bei den freien Berufen sah; daß für die Minderheit, die dies weder wollte noch konnte, keine Alternative eines berufsbezogenen Abschlußexamens für den nicht-öffentlichen Arbeitsmarkt existierte. Zu dieser Minderheit gehörten als größte Teilgruppe die Chemiker, die, wenn sie an einer Universität oder an einer Technischen Hochschule studierten, „nur“ promovieren konnten, selbstredend an einer Universität. Ihren Kollegen an den Technischen Hochschulen, den Ingenieuren, war dieser Ausweg nicht offen, dafür aber das Staatsexamen für den höheren technischen Verwaltungsdienst. Der Durchbruch zugunsten eines Abschlußexamens, das auf den privatwirtschaftlichen Arbeitsmarkt zugeschnitten war und zugleich die professionellen Interessen an Abgrenzung zwischen akademischen und nicht-akademischen Ingenieuren, Chemikern und Kaufleuten befriedigte, kam bekanntlich mit der Diplomprüfung, wie sie außerhalb der universitären Welt eingeführt und sodann seit den 1920er-Jahren sukzessive auch an Universitäten angeboten wurde: Dipl.-Ing. an Technischen Hochschulen (1899); Dipl.-Kaufmann, dann -Betriebswirt an Handelshochschulen (1905). Universitäre Diplomprüfungen finden sich für Volkswirtschaftslehre (1923), Betriebswirtschaftslehre (1925), Chemie (1939), Physik, Mathematik (1942), Geophysik, Meteorologie, Ozeanographie, Geologie (1941); für Psychologie bereits 1941, für Soziologie, Politologie, Pädagogik, aber auch für Biologie erst in der Nachkriegszeit, vorwiegend seit den 1960er-Jahren, als auch der Magisterabschluß für sprach- und kulturwissenschaftliche Fächer eingeführt wurde.

Diese Entwicklung im einzelnen nachzuzeichnen, übersteige den hier gegebenen Rahmen und wäre angesichts der erheblichen Forschungsdefizite auch kaum möglich. Es würde ja nicht nur darum gehen, die Aushandlung der Diplomprüfungsordnungen zu rekonstruieren und dabei die verschiedenen Akteure zur Sprache zu bringen. Man müßte auch die Frage verfolgen, ob und wenn ja, wie die Berufsvorbereitung, die Einübung von Praxis beim Berufszugang, geregelt wird, ohne daß es ein Analogon zum Referendariat, zum zweiten Staatsexamen gibt. Hier kann abschließend nur ein Blick in die Mengenrelationen zwischen Staatsexamen und Diplom/Magister geworfen werden (Tabelle 4). Hinreichend genaue Daten stehen erst seit den späten 1970er-Jahren zur Verfügung, als die Diplomprüfung schon knapp 30% aller Abschlußexamina ausmacht, aber dieser Wert steigt deutlich an, zeitweilig auf über 50%. Würde man die Fachhochschulen, die nur das Diplom kennen, in die Statistik einbeziehen, lägen die Werte für die Anteile noch viel höher. Der Magistergrad fällt demgegenüber nahezu nicht ins Gewicht; das ist um so erstaunlicher, weil die Lehramtsprüfung einen dramatischen Rückgang zu verzeichnen hat, von 50% auf 10%, inzwischen wieder angestiegen ist auf 20%, und man an eine Kompensation durch den alternativen Magister denken würde. Bleibt noch die Staatsprüfung, die, getrennt von der Lehramtsprüfung

erfaßt, sich in erster Linie auf Juristen und Mediziner bezieht. Hier zeigt sich eher Stabilität über die Zeit, der Anteil an allen Prüfungen schwankt um 25 %; im Unterschied zu den Lehrern gibt es für Rechtsanwälte und Ärzte allerdings den frei-beruflichen Arbeitsmarkt als Puffer, weniger abschreckend als ein über Jahre fast geschlossener Lehrerarbeitsmarkt. Verglichen mit diesen drei traditionellen staatlich geprüften Akademikergruppen stehen die diplomierten Jungakademiker vor einer ungleich größeren, aber auch heterogenen und intransparenten Vielfalt beruflicher Verwertungsmöglichkeiten. In diesen Umständen mag begründet sein, daß man sich eine stärkere Berufsorientierung des Studiums oder gar eine regulierte Vorbereitungszeit, eine zweite Phase, nicht so leicht vorstellen kann. Offensichtlich sind es die zahlreichen Praktika, die – zunehmend zum Leidwesen der Berufsanfänger – diese Lücke füllen.

Tabelle 4: *Absolventen von deutschen Hochschulen (ohne Fachhochschulen) nach Art der bestandenen Prüfung, 1977–2001*

Jahre	Insgesamt	davon			
		Staatsprüfung	Lehramtsprüfung	Diplom	Magister
	1	2	3	4	5
1977	100	14,1	56,3	28,4	1,3
1978	100	15,3	51,8	31,4	1,5
1979	100	20,1	45,8	32,3	1,9
1980	100	23,5	40,4	33,8	2,2
1981	100	24,4	37,5	35,4	2,7
1982	100	25,5	35,8	35,8	3,0
1983	100	25,8	33,3	37,6	3,3
1984	100	26,8	30,3	39,0	3,9
1985	100	27,5	27,2	40,9	4,4
1986	100	28,3	23,7	42,9	5,1
1987	100	30,2	19,3	44,5	5,9
1988	100	29,5	15,1	48,7	6,7
1989	100	28,6	11,8	51,9	7,7
1990	100	27,4	10,5	54,0	8,1
1991	100	26,5	10,6	54,8	8,1
1992	100	27,1	11,3	52,9	8,6
1993	100	24,8	15,1	53,2	6,8
1994	100	23,3	19,7	50,3	6,7
1995	100	22,5	21,1	49,6	6,8
1996	100	22,3	21,2	49,6	6,8
1997	100	22,6	20,6	48,6	8,1
1998	100	23,4	21,7	46,5	8,3
1999	100	23,9	22,1	45,2	8,8
2000	100	24,7	22,4	43,6	9,3
2001	100	25,3	21,7	42,9	10,1

Quelle: Peter Lundgreen (unter Mitarbeit von Jana Scheunemann und Gudrun Schwibbe), Berufliche Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2001. Datenhandbuch zur deutschen Bildungs geschichte VIII (Göttingen 2008) 331 (hier mit Absolventen von Fachhochschulen).

Summary

University studies: Training for research or education for the professions?

The paper consists of three sections. (1) Educational functions: Two major educational functions of universities are distinguished from each other. (a) The traditional function, as taken over from the „ancien régime“, to educate students for their respective professional careers; (b) the promotion of the sciences, i.e. another function paying tribute to the „research university“ of the 19th and 20th centuries. (2) State examinations: Historiography devoted to the research university tends to underestimate the continuing (and even rising) importance of professional education for the great majority of students and graduates who flock to the state services and to the free professions. Consequently, it is state examinations which shed light on the „construction“ of academic professions (in contrast to the endless differentiation of scientific disciplines). This argument is spelled out in detail for jurists, physicians and secondary school teachers. (3) A short concluding section shows how late the diploma examinations – administered by the universities and aiming at professional careers within the private economy – have been introduced, but meanwhile have gained considerable momentum.

Wolfgang Neugebauer

Wissenschaftsautonomie und universitäre Geschichtswissenschaft im Preußen des 19. Jahrhunderts

I.

Zu den Beratern des preußischen Universitätsbeherrschers Friedrich Althoff gehörten nicht nur einflußreiche Ordinarien. Friedrich Althoff verfügte über ein breitgefächertes Informanten- und Beraternetz. Zu ihm zählten auch akademische Nonkonformisten wie der Nationalökonom Ignaz Jastrow, der auch schon mal wegen Beleidigung eines preußischen Ministers verurteilt und universitär gerügt worden war; strafverschärfend hatte gewirkt, daß die inkriminierende Passage einer Schrift zum Thema „Sozialliberal“ im „Vorwärts“ nachgedruckt worden war¹. Im Jahre 1890 wurde dieser Privatdozent an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin vom Universitätsreferenten beauftragt, eine umfangreiche Denkschrift „über den Stand der historischen Studien in Preußen“ auszuarbeiten und dabei vor allem auf „Übelstände“ aufmerksam zu machen. Es ging um die seitdem immer wieder gestellte Frage, ob die (preußische) Wissenschaft noch international wettbewerbsfähig oder längst hinter die internationalen, damals vor allem französischen Konkurrenten zurückgefallen sei, welche Folgen die Spezialisierung für Forschung und Lehre habe; der damit einhergehende Verlust universalgeschichtlicher Weite, ja auch nur des Überblicks über die ganze „Volksgeschichte“ wurde zum Thema². Ich hebe hier nur eine Feststellung aus diesem fast

¹ Zur Person vgl. die einschlägige Personalakte im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (zit: GStAPK), I. Hauptabt., Rep 76 V^f, Lit. J. Nr. 12, vor allem die Stücke der Jahre 1894 und 1895; in der Akte wird (Marginal Bosses?) eine Parallel zum Fall Arons hergestellt, Akten Althoffs mit Stücken zu Jastrow vor und nach dem Vorfall: VI. HA, Nachlaß Althoff A II Nr. 72 und Akte C9; zur Person *Erich Eyck*, Auf Deutschlands politischem Forum. Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte (Erlenbach, Zürich, Stuttgart 1963) 168–177, hier 170f.; mit Lit. *Johannes Asen* (Bearb.), Gesamtverzeichnis des Lehrkörpers der Universität Berlin, Teil 1: 1810–1945 (Leipzig 1955) 88 (fortan zit. *Asen*, Gesamtverzeichnis), und *Emil Kauder*, Jastrow, Ignaz, in: NDB 10 (Berlin 1971) 366.

² GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 1, Tit. VII, Nr. 51: „Die historischen Studien bei den Universitäten“ 1810–1934, das Anschreiben Jastrows vom 15. März 1890, mit Angaben von der Hand Althoffs zur weiteren Verwendung; es folgt die umfangreiche „Denkschrift betreffend die historischen Studien in Preußen. Erstattet zufolge mündlichen Auftrages vom 8. Februar dieses Jahres von Dr. Jastrow, Privatdozent an der Universität Berlin am 15. März 1890“.

buchstarken Manuskript hervor, eine abschließende Beobachtung Jastrows, die uns weiterhilft. Denn Jastrow stellte die skeptische Frage, ob die dagegen ergriffenen kultusministeriellen Maßnahmen denn tatsächlich gewirkt hätten. Wichtig sei gewiß die Berufungspolitik, glücklich bei den Universalhistorikern – er nannte nur drei: Friedrich Wilken, Leopold von Ranke und (Jastrows Lehrer) Karl Wilhelm Nitzsch³. – Das Kultusministerium aber unterstützte in Preußen lediglich die ohnehin schon herrschenden wissenschaftlichen Richtungen, ja dieses Organ sei sehr viel schwächer als sein französisches Pendant; ein Einfluß auf die – gerade zu dieser Zeit wissenschaftspolitisch sehr wichtigen – Archive⁴ sei nicht vorhanden. Nicht nur für Preußen kam, so ließe sich ergänzen, erschwerend hinzu, daß auch andere Instanzen, Ministerien, aber auch der Hof, auf geschichtspolitischem Gebiet einigen Einfluß besaßen. Wir kommen darauf noch zurück.

Es ist also sinnvoll, die Analyse der Spielräume von Autonomie für die – sehr weit gefaßt – universitäre bzw. universitätsnahe⁵ Geschichtswissenschaft nicht mit einer eher traditionell-verwaltungsgeschichtlichen Analyse des Staatsorgans Kulturministerium zu beginnen, um dann nach Kompetenzen und Organisationsstruktur zu fragen. Daran wird derzeit an anderer Stelle bändereich und aktenbezogen, und dann doch mit weiteren, modernen Fragenrastern gearbeitet⁶. Ein kurzer Blick auf den administrativen Apparat und seine Rechte zeigt, daß diese Perspektive zur Erklärung von Wissenschaftseffekten und Wissenschaftsautonomie, d.h. Spielräumen, Freiheiten und Gestaltungspotentialen nicht ausreicht.

Karl Ernst Jeismann hat in benachbarten Kontexten, d.h. in seinem großen Werk über das preußische Gymnasium darauf hingewiesen, daß im Ministerium der Geistlichen, der Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ganze vier Personen das „Unterrichtswesen“ beherrschten sollten, zusammen mit dem Personal der Mittelbehörden waren es in ganz Preußen etwa zwölf Beamte⁷. Effekte waren in Preußen, im Unterschied etwa zu

³ Asen, Gesamtverzeichnis 141, 154, 217 – mit Lit.

⁴ Die Wissenschaftsgeschichte des (preußischen) Archivwesens wurde noch nicht geschrieben, d.h. die Rolle der Archive für die historischen Disziplinen und Themen bleibt ein Desiderat; vgl. aber jetzt Jürgen Kloosterhuis, Edition – Integration – Legitimation. Politische Implikationen der archivischen Entwicklung in Preußen, 1803 bis 1924, in: Das Thema „Preußen“ in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von Wolfgang Neugebauer (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge, Beihetf 8, Berlin 2006) 83–113.

⁵ Darunter soll im folgenden nicht nur die im engeren Sinne universitätsinterne Geschichtsforschung und -lehre verstanden werden, sondern die von Universitätsprofessoren getragene Produktion in Kooperation etwa mit anderen wissenschaftlichen Korporationen.

⁶ Das Akademievorhaben „Preußen als Kulturstaat“ an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften hat sich unter Leitung des Verfassers mit einem breiten, nicht allein verwaltungs- und personalgeschichtlichen Fragenraster mit dem Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten befaßt. Die Arbeiten (Darstellungen und Edition) stehen vor dem Abschluß.

⁷ Karl-Ernst Jeismann, Das preußische Gymnasium in Staat und Gesellschaft, Bd. 2: Höhere Bildung zwischen Reform und Reaktion 1817–1859, 2 (Industrielle Welt 56/2, Stuttgart 1996) 143f., zum Folgenden 172, 179f., 190–194, 253, 383, vgl. 136; vgl. Wolfgang Neugebauer, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der Preußischen Geschichte 2,

Bayern und Österreich, nur dann zu erzielen, wenn Reformimpulse vor Ort, von unten, administrative Wandlungsspielräume gleichsam schufen, wenn Reformpotentiale, die einem gewandelten gesellschaftlichen Bedarf entsprachen, Verwaltungshandeln, Eingriffsverwaltung möglich machten. Mancher Verwaltungserlaß kam also nur scheinbar, nur formal aus dem Berliner Kultusministerium. Wir kommen also nicht weiter, wenn wir – bildlich und karikaturhaft vereinfacht gesprochen – die amtlichen Verordnungssammlungen für die Universitäten als Hauptquellen nutzen⁸, die Frage nach der Wissenschaftsautonomie primär mit der Analyse des Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, der vormärzlichen Regierungsbevollmächtigten und späteren Universitätskuratorien und dann natürlich mit Friedrich Althoff gleichsetzen. Vielmehr sprechen Quellenbeobachtungen der letzten Zeit⁹ für einen gewandelten Ansatz, der nach Wissenschaftsautonomie als Prozeß der gesellschaftlichen Interaktion, d. h. auch des Aushandelns fragt, in dem sich wissenschaftlich-bildungsbürgerliche Interessen und Programme zu administrativen Ansprüchen in spezifischer Weise verhielten. Es mag sein, daß ein solcher Zugang, der nach Personengruppen und ihrer Einwirkung in den administrativen Raum fragt, der also Staatsverwaltung und Wissenschaftsgesellschaft als zwei sich überlappende Faktoren betrachtet, herkömmliche Epochen der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte verschleift. In dem zitierten Wort von Jastrow, die ministerielle Geschichtspolitik bestätige immer nur herrschende Tendenzen, spiegelt sich die Außensicht dieser – Mommesen sprach von: – Favoritenwirtschaft wider¹⁰, mit der er selbst freilich auch unter Althoff ja ganz gut zurechtkam. Diese Netzwerke und Konstellationen¹¹ aber waren nicht auf das Ministerium beschränkt, sie erfaßten die Staatsgesellschaft, und auch das bestimmte Wissenschafts- und Amtsspielräume.

II.

Betrachten wir zunächst das administrative Gefüge, das für geschichtswissenschaftliche Aktivität von Bedeutung war, freilich nur soweit es im folgenden benötigt.

hrsg. von Otto Büsch (Berlin, New York 1992) 605–798, hier 680ff., Regierungsbevollmächtigte nach Karlsbad: 727.

⁸ Beispiel: (Paul) Daude (Bearb.), Die Königl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Systematische Zusammenstellung der für dieselbe bestehenden gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Bestimmungen, im Auftrag des Preußischen Kultusministeriums (Berlin 1887) zum Historischen Seminar: 443–445.

⁹ Vgl. Ann. 6; dazu programmatisch Wolfgang Neugebauer, Kulturstaat als Kulturinterventionsstaat und als historischer Prozess. Am Beispiel des Bildungswesens bis in das frühe 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für historische Bildungsforschung 10 (2004) 101–131, bes. 107–116.

¹⁰ Stefan Rebenich, Theodor Mommesen. Eine Biographie (München 2002) 146.

¹¹ Ganz im Sinne von Dieter Henrich, Konstellationsforschung zur klassischen deutschen Philosophie. Motiv – Ergebnis – Probleme – Perspektiven – Begriffsbildung, in: Konstellationsforschung, hrsg. von Martin Mulsow und Marcelo Stamm (Frankfurt a. M. 2005) 15–30, bes. 17, 23, und weitere Beiträge dieses Bandes.

tigt wird. Nimmt man alles in allem, bestand – nach den amtlichen Staatshandbüchern – das Kultusministerium vom Minister bis hinunter zum Subalternpersonal im Jahre 1828 aus 44 Mann; unter den Direktoren der Unterrichtsabteilungen findet sich auch Süvern neben dem für die Entwicklung gerade der geschichtlichen Disziplinen nicht unbedeutenden Karl Albrecht von Kamptz. Die reine Vergleichszahl zum Jahr 1845 für das gesamte Ministerialpersonal ist 58, Kalkulatoren und Rendanten und die Medizinalabteilung inklusive. Im Jahre 1868 sind es nur 54, 1891 dann 77. Erst danach beginnt die quantitative Expansion auf (1917) 221 Personen¹². Die organisatorische Binnengliederung und auch die Abgabe der Medizinalabteilung tun hier nichts zur Sache¹³. Daß auch unter einem Minister Altenstein – der dringend einer monographischen Bearbeitung bedarf – Konflikte um Universitätsstatuten mit administrativen Instrumenten ausgetragen wurden, verwundert nicht¹⁴. Aber auf dem Felde der Geschichtspolitik war das Ministerium eben nicht allein. Der Archivzugang bestimmte entschieden wissenschaftliche Möglichkeiten. Das Auswärtige Amt besaß im 19. Jahrhundert lange Zeit das Recht der „Mitaufsicht“ über die preußischen Archive und kontrollierte also den Quellenzugang¹⁵, und selbst vor 1822, als noch Hardenberg über die Archivbenutzung entschied, war die Praxis denkbar restriktiv. Nicht einmal die Berliner Professoren Rühs und Wilken, beide nacheinander ernannt zu Staatshistoriographen¹⁶, konnten diese Hürde nehmen, obwohl die Attraktivität dieser – noch lange nicht mit einer wirklichen Beschäftigung mit preußischen Themen verknüpften! – Funktion eigentlich gerade auf dem erleichterten Archivzugang beruhte. Aber der Staatskanzler ließ zunächst den Innenminister wissen, daß die Erlaubnis für Rühs, „aus dem Geheimen Staats-Archiv, Urkunden und Acten zu histori-

¹² Handbuch über den Königl. Preußischen Hof und Staat für das Jahr 1828 (Berlin o.J.) 41f.; dass. Jg. 1845, 96–99; Jg. 1868, 143–146; Jg. 1891 (Berlin 1890) 82f.; 1917: Sigfried Kähler, Randglossen zur Beamten geschichte im Neueren Preußen, in: HZ 124 (1921) 63–74, hier 64.

¹³ Zur Wissenschaftsabteilung demnächst Hartwin Spenkuch in dem Anm. 6 angekündigten Werk; vorläufig: Karl-Heinz Manegold, Das „Ministerium des Geistes“. Zur Organisation des ehemaligen preußischen Kultusministeriums, in: Die Deutsche Berufs- und Fachschule 63 (1967) 512–524, hier 515f. auch zum Verhältnis von Juristen in den oberen Rängen, Philologen, Theologen und Naturwissenschaftlern unter Räten und (nicht einflußlosen!) „Hilfsarbeitern“; soziale Aufsteiger: Kähler, Randglossen 64f.; Reinhart Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848 (Industrielle Welt 7, Stuttgart 1975) 227; und Ernst Müssebeck, Das preußische Kultusministerium vor hundert Jahren (Stuttgart, Berlin 1918) 161–164, Süvern: 170ff., Johannes Schulze: 177. Zur Binnenstruktur des Ministeriums im späten 19. Jahrhundert zuletzt Lode Vereeck, Das deutsche Wissenschaftswunder. Eine ökonomische Analyse des Systems Althoff, 1882–1907 (Volkswirtschaftliche Schriften 514, Berlin 2001) 37f., Zuwachs der „untergeordneten Mitarbeiter“ von 43 auf 82: 38.

¹⁴ Friedrich von Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahr 1870 (Bonn 1920) 281, und Joseph Engel, Die deutschen Universitäten und die Geschichtswissenschaft, in: HZ 189 (1959) 223–378, hier 301f.

¹⁵ GStAPK, III. HA, Abt. III, Nr. 19211, mit dem Anschreiben des Staatsministeriums an die Minister Wittgenstein und Bernstorff, 2. Mai 1823, ferner die Stücke von 1832.

¹⁶ Vgl. Wolfgang Neugebauer, Die preußischen Staatshistoriographen des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Das Thema „Preußen“ (wie Anm. 4) 17–60, hier 32–39, mit der Lit. zu Rühs und Wilken.

schen Zwecken zu benutzen ... nicht statt finden kann“. Nur auf spezielle Fragen sollten ihm vom Archivar Auskünfte erteilt werden¹⁷. Auch Wilken, spezialisiert auf iranische Sprachen und auf die Geschichte der Kreuzzüge, konnte, „wenn er Erläuterung über irgend eine, noch nicht gehörig aufgeklärte Thatsache aus archivalischen Quellen wünscht, solche mir“ – Hardenberg – anzeigen, „worauf ich die Nachrichten veranlassen, und das Resultat davon ihm mittheilen werde“¹⁸. Eine Benutzung von Staatsarchiven außerhalb Berlins erklärte Hardenberg für „un-nütz“. Der Kultusminister, also Altenstein, hatte in seinem Immediatbericht vom 9. Januar 1821 voll und ganz den Antrag Wilkens unterstützt, daß „ihm aus den Königlichen Archiven, soweit es zu seinen historischen Zwecken nöthig ist, Urkunden und Akten mitgeteilt werden“¹⁹.

Nicht vom Kultusministerium ging die restriktive Archivpolitik in langen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aus, sondern von den anderen geschichtspolitischen Instanzen Preußens. Noch im Jahre 1846 z. B. lehnte es der Außenminister v. Canitz ab, den Geheimen Regierungsrat und königlichen Oberbibliothekar Pertz die Quellen aus den preußischen Archiven zugänglich zu machen, die dieser – offenbar im Vorfeld seiner großen Arbeit über den Freiherrn vom Stein – aus den Akten der Reformzeit erbat²⁰. Gewiß sind dann im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, zumal in der Zeit des Archivdirektors Heinrich von Sybel, Restriktionen abgebaut worden. Das Archiv öffnete sich seit Duncker und Sybel der Wissenschaft. Aber doch nicht ganz. Als in den siebziger Jahren daran gegangen wurde, die politischen Korrespondenzen ab 1740 editorisch zu erschließen, hatte das Auswärtige Amt, hatten Otto und Herbert von Bismarck, darauf ein waches Auge²¹. Und in eben diesen Akten findet sich ein eigenhändiges Konzept Sybels zu einer Weisung „an das Geh. Staatsarchiv. Ich ersuche das“ Archiv, den zuständigen Bearbeiter „aufzufordern, unter den zum Behufe der ... Publication genommenen Copien von Briefen Friedrichs des Großen diejenigen Stücke zu bezeichnen, welche die akademische Commission (nicht wegen Unbedenklichkeit, sondern) wegen Bedenklichkeit des Inhalts vom Drucke ausgeschlossen, und damit in Zukunft bei den weiteren Bänden der Publication fortzufahren. Es ist dann Sorge zu tragen, daß solche Stücke künftig auch keinen Privatbenutzer vorgelegt oder von demselben benutzt werden.“²² In schwachen Ausläufern hat sich das Problem der geschichtswissenschaftlichen Arbeitsrestriktionen durch Auswärtiges Amt, Reichskanzler, Hausministerium und anderen Hofinstanzen noch bis 1918 forttradert, wie an der Publikationsgeschichte der Hohenzollerntestamente gezeigt werden

¹⁷ Reskript Hardenbergs, Ausfertigung, 2. April 1817, GStAPK, I. HA, Rep 76 V^c, Sekt 2, Tit. 23, Lit. A, Nr. 16, Bd. 1.

¹⁸ Wie Anm. 17, Erlaß Hardenbergs vom 30. April 1821 (Ausf.).

¹⁹ Wiederum im GStAPK, I. HA, Rep 76 V^c, Sekt 2, Tit. 23, Lit. A, Nr. 16, Bd. 1, im Konzept.

²⁰ Die Stücke aus dem Jahre 1846 in den Akten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten: GStAPK, III. HA, Abt. III, Akte Nr. 18212.

²¹ Vgl. Wolfgang Neugebauer, Gustav Schmoller, Otto Hintze und die Arbeit an den Acta Borussica, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 48 (1997) 152–202, hier 154.

²² Konzept, eigh. gez. Sybel, Berlin, 22. Oktober 1880: GStAPK, I. HA, Rep 178, XIV, Nr. 7, vol 1.

könnte²³. Im Dezember des Jahres 1900 forderte jedenfalls der Hausminister Graf Wedell von Gustav Schmoller die Abschriften des Testaments von 1752 zurück, und Schmoller bat Friedrich Althoff, doch mit dem Chef des Zivilkabinetts, Lucas, in der Angelegenheit zu sprechen. Für unsere Zwecke genügt es, mit diesem Exempel zu bemerken, welche Instanzen in der geschichtswissenschaftlichen Praxis begegnen konnten – und mit welchen Beziehungen Gustav Schmoller dann versuchte, dem zu begegnen: mit einer Beziehungskette über Althoff in die Nähe des Monarchen. Der Erfolg hielt sich nur auf einer mittleren Linie.

III.

Gewiß besaß das Kultusministerium auf dem Felde der akademischen Berufspolitik ein Entscheidungsrecht, wenngleich der Vorgang auch dem Monarchen vorzulegen war. Aber mit der formalen Kompetenz des Ministeriums ist die Frage noch nicht beantwortet, wie und durch welche vielleicht externen Einflüsse die Entscheidung zustande kam. Im Falle des Marburger Althistorikers Reinhold Pauli war es 1867 freilich nicht das Kultus-, sondern das preußische Außenministerium, das den Ausschlag gab²⁴. Im späten 19. Jahrhundert wurden Oktrois dann vermutlich stärker zumal öffentlich diskutiert, ja skandalisiert, wie der Fall Albert Naudés illustriert, um noch ein Marburger Exempel, nun aus der Amtspraxis Althoffs, zu geben. Aber eine Novität waren sie nicht. Naudé war ein junger Schmoller-Intimus, was Althoffs Aktion erklärt. Dies war, wenn diese Typologie vorgeschlagen werden darf, ein „Fraktionsoktroi“, im Unterschied zu reinen „Ministerialoktrois“. Nehmen wir ein prominentes Beispiel: Das Kultusministerium der Altenstein-Ära hat sich z.B. an die Empfehlungen der Berliner Philosophischen Fakultät nicht gehalten, als der schon erwähnte Wilken schwer erkrankte. Zum Vorschlag kamen 1823 jüngere Nachwuchskräfte aus Göttingen und Greifswald²⁵. Aber Ranke hatte kurz danach seine Geschichte der germanischen und romanischen Völker zusammen mit der berühmten kritischen Beilage an Altenstein gesandt; der hatte Friedrich von Raumer gutachten lassen; Ministerial-Referent war der Ranke auch in den folgenden Jahrzehnten äußerst gewogene Johannes Schulze,

²³ Das soll an anderem Orte geschehen; zunächst GStAPK, II. HA, Nachlaß Althoff A II Nr. 95 II, Brief Schmollers, 10. Dezember 1900; vgl. auch: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Hist. Abt. II-VIII, 209, Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 12. Febr. 1896; wohl zu harmonisierend Jürgen Mirow, Das alte Preußen im deutschen Geschichtsbild seit der Reichsgründung (Historische Forschungen 18, Berlin 1981) 76 mit Anm. 120.

²⁴ Ingrid Kräling, Marburger Neuhistoriker 1845–1930. Ein Beitrag zu Historiographie und Studium an der Philippina (Academia Marburgensis 5, Marburg 1985) 148; Naudé: 274–279; die Fakultät hatte Bezold gewollt; vgl. auch 248, 424 Anm. 12; das reiche archivalische Hintergrundmaterial der Nachlässe Althoff und Schmoller vor allem im GStAPK, VI. HA werde ich an anderer Stelle ausbreiten. Es bietet auch tiefe Einblicke in die psychischen Belastungen des Oktroyierten.

²⁵ Bericht der Philosophischen Fakultät, Berlin, 20. Nov. 1823, GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 5, Bd. 10, an dritter Stelle: Prof. Schlosser zu Heidelberg.

und das Resultat war Altensteins Sendung an Ranke vom 31. Januar 1825²⁶. Ganz offenbar hatte das innovative Gewicht der Rankeschen Frühwerke im Ministerium den Ausschlag gegeben. Dafür hatten die Herren ein feines Gespür. In der Bestallung Rankes war eben auch ausdrücklich auf dessen romanisch-germanische Völker und auf die „Kritik der neueren Geschichtsschreiber“ hingewiesen worden, die „eine ungemeine historische Gelehrsamkeit“ und „in der Prüfung der Quellen Scharfsinn und Genauigkeit“ gezeigt hätten. Wenn auch noch auf Rankes „lobenswerte Sinnesart“ hingewiesen wurde²⁷, mag darin ein politisches Testat ausgemacht werden. Denn, wie die Berufungsakten schon der Vormärzzeit belegen, wurde bei Privatdozenten vor der weiteren Beförderung regelmäßig beim „Ministerium des Innern und der Policey“ angefragt, ob Bedenken vorlägen. Das konnte dann durchaus Karrieren beenden, wie es offenbar bei dem Historiker Friedrich Förster der Fall gewesen ist. In derselben Akte, die den Ranke-Vorgang birgt, wird für die Beförderung des Extraordinarius Carl Ritter ganz ähnlich auf dessen literarische Leistungen hingewiesen. Bei Beförderungen von (Berliner) Privatdozenten war freilich das Votum der Fakultät von Gewicht, und dabei konnte die Feindschaft Hegels wohl von großem Einfluß sein²⁸. Bei einem Ruf nach außen mag das Ministerium mit freierer Hand entschieden haben, aber gerade der Fall Rankes zeigt, daß auch ein solches Semi-Oktroi die Frage nach der Wissenschaftsautonomie nicht von selbst beantwortet. Denn als dieser, wieder unter hilfreicher Intervention Johannes Schulzes, 1841 zum „Historiographen des Preußischen Staats“ ernannt worden war, hat er sich in einem unter den königlichen Kabinettsakten autograph erhaltenen und in jeder Hinsicht politisch und wissenschaftspolitisch bemerkenswerten Schreiben an Friedrich Wilhelm IV. expressis verbis seine Forschungsfreiheit vorbehalten²⁹.

Aber es gab auch Fälle, in denen sich die Herren im Kultusministerium – interessanterweise – ein eigenes Urteil nicht zugetraut haben. Dann bestand die Mög-

²⁶ Alles nach der Personalakte: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^f, Lit. R, Nr. 10, Bd. 1; dort auch Altensteins Erlass vom 25. März 1825 an Ranke (Ernennung zum Extraordinarius); aus der Lit. immer noch Hans F. Helmolt, Leopold von Rankes Leben und Wirken. Nach den Quellen dargestellt (Leipzig 1921) 28 und 169 Anm. 43.

²⁷ Extrakt: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 5, Bd. 11. (31. März 1825); diese Akten auch zu den damals üblichen Anfragen beim Minister des Innern und der Polizei. Friedrich Förster: vgl. Neugebauer, Staatshistoriographen 40.

²⁸ Vgl. die Fälle des Philosophen und Psychologen Friedrich Eduard Beneke und des Nationalökonom und Historikers Adolph Friedrich Riedel, GStAPK, I. HA, Rep 76 V^f, Lit. B, Nr. 3 (Beneke) und zu Riedel die Akte: I. HA, Rep 76 V^f, Lit. R, Nr. 18; Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, 2. Bd., 1. Hälfte, (Halle a.S. 1910) 216f., 292–299, 301, 506f.; dazu Jürgen Jahnke, Friedrich Eduard Beneke. Psychologie als Grundlage der Pädagogik, in: Pädagogik unter den Linden. Von der Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810 bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Klaus-Peter Horn, Heidemarie Kemnitz (Pallas Athene 6, Stuttgart 2002) 63–77, Hegel: 67f. – um hier einmal nicht primär geschichtswissenschaftliche Fälle zu geben.

²⁹ Der Vorgang jetzt nach den Akten bei Neugebauer, Staatshistoriographen 41ff., auch zu den personellen Beziehungen Schulzes; Rankes Schreiben an den König ediert: 59f. (nach dem Autograph im GStAPK, I. HA, Rep 89, Nr. 21379) vom 26. August 1841.

lichkeit, die Akademie der Wissenschaften zu Auskünften über Personen und Publikationen zu bitten³⁰. Freilich kamen auch Initiativen von außen, Berater und Inspiratoren, wie wir sie noch im späten 19. Jahrhundert erleben werden. Verlassen wir einen Moment den speziellen Pfad der geschichtswissenschaftlichen Disziplinen. Alexander von Humboldt hat – wie die Ministerialakten zeigen – in ganz verschiedene Forschungs- und Berufungsgebiete eingegriffen; so hat er 1824 für die Beförderung des Mathematikers und Astronomen Oltmanns gewirkt, und Johannes Schulze agierte ganz in Humboldts Sinne. 1859 setzte sich Humboldt für den Literaturwissenschaftler Carl Werder ein, und wenn dieser auch nicht zum Ordinarius avancierte, so doch – mit offenem Verweis auf Humboldts Einwirkung – zum Geheimen Regierungsrat³¹. Auch für Theodor Mommsens Berufung nach Berlin hat sich Humboldt eingesetzt³², im Bündnis mit Johannes Schulze. Die Beispiele ließen sich mühelos vermehren. Humboldt mag nicht unter allen Kultusministern seiner Zeit den gleichen Einfluß besessen haben, aber wir begegnen seiner Wirksamkeit in den Akten ganz verschiedener Epochen, auf universitärem Felde wie z.B. demjenigen der Museumspolitik³³. Humboldt war es auch, der dem König dazu riet, Eichhorn zum Nachfolger Alteneins zu bestellen.

Das Ministerium öffnete sich in der Praxis sehr bewußt der Intervention der Gelehrtengesellschaft, auch der Konkurrenz von Interessengruppen³⁴. Der Weg über die Räte war eine Alternative, wenn Minister nicht zugänglich waren. Zur Mitte des Jahrhunderts pflegte Exzellenz Ladenberg freilich persönlichen Umgang mit seinen Professoren³⁵.

Ein starkes Ministerium und gesellschaftliche Einflüsse schlossen sich nicht aus. Vor allem um Johannes Schulze spann sich ein dichtes Netz von Gelehrtenbeziehungen, dabei der Philologe Böckh und die Altphilologen überhaupt; die Hegel-Fraktion gehörte zu den Profiteuren; dagegen standen Juristen wie Savigny, und Schleiermachers Verhältnis zum Ministerium war zu Zeiten ausgesprochen schwierig³⁶. Gelehrtengruppen und vielleicht -fraktionen konkurrierten im Diskurs mit

³⁰ Z.B. die Akte zu den ordentlichen und außerordentlichen Professoren der Berliner Universität von 1823 und 1824: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 5, Bd. 10, mit verschiedenen Vorgängen, die nicht Historiker betreffen; zu Oltmanns vgl. *Asen*, Gesamtverzeichnis 143; *Herbert Pieper*, Netzwerk des Wissens und Diplomatie des Wohltuns. Berliner Mathematik, gefördert von A. v. Humboldt und C. F. Gauss (Leipzig 2004) 68f.

³¹ GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 47, Bd. 4; vgl. *Asen*, Gesamtverzeichnis 214.

³² *Rebenich*, Mommsen 206.

³³ Grundlegend *Kurt-Reinhard Biermann*, Alexander von Humboldt. Vier Jahrzehnte Wissenschaftsförderung. Briefe an das preußische Kultusministerium 1818–1859 (Beiträge zur Alexander-von-Humboldt-Forschung 14, Berlin 1985) 11ff., 17, 18, 21 – auch zum Folgenden; *Christoph Martin Vogtherr*, Das Königliche Museum zu Berlin. Planungen und Konzeption des ersten Berliner Kunstmuseums (Jahrbuch der Berliner Museen 39, Beiheft) (Berlin 1997) 224f.

³⁴ Vgl. allgemein *R. Steven Turner*, The Growth of Professional Research in Prussia, 1818 to 1848. Causes and Context, in: *Historical Studies in the Physical Sciences* 3 (1971) 137–182, hier 164 – mit anderer Gesamtrendenz.

³⁵ Wie Anm. 33.

³⁶ Grundlegend nach wie vor *C. Varrentrapp*, Johannes Schulze und das höhere preußische Unterrichtswesen in seiner Zeit (Leipzig 1889) 435, 441ff., 444, 447, 452; *Turner*, Growth 166, 172;

den Männern des Ministeriums. Diese Personalbeziehungen waren durchaus nicht allein auf Berlin beschränkt. Humboldt in Paris oder der Diplomat und Gelehrte Christian Carl Josias von Bunsen etwa in Rom spielten eine bisweilen geradezu disziplinbegründende Rolle. Nur so konnte der junge Richard Lepsius seinen Weg auf dem Gebiet der Ägyptologie einschlagen, der ihn über die berühmte Expedition an den Nil ins Professorenamt führte. Bunsen und Alexander von Humboldt schufen die nötigen Verbindungen zu Friedrich Wilhelm IV., und in den vierziger Jahren verkehrten dann Humboldt und Savigny, der Kultusminister und dessen Beamte und der Prinz von Preußen im Berliner Hause Lepsius. Carl Ritter gehörte auch zu den Verbündeten³⁷. Es kann keine Rede davon sein, daß solch ein Beziehungssystem erst in der Ära Althoff entstanden sei.

Und so haben sich entscheidende Berufungen nach Preußen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gleichsam im Salongespräch, manchmal mehr als ein Jahrzehnt zuvor angekündigt und vorbereitet; zugleich verbesserten sich die Chancen der in Berlin dominanten Gruppen, die Lehrstühle in der Provinz möglichst unter ihre Kontrolle und unter diejenigen der sich schärfenden Disziplinen zu bringen. Rudolf Haym hatte schon 1861 den vortragenden Rat im Kultusministerium Justus Olshausen auf Heinrich von Treitschke aufmerksam gemacht und seine Berufung nach Preußen angeregt, was zeigt, daß spektakuläre Berufungen einen längeren Diskussionsvorlauf haben können und nicht zu sehr im Kontext großpolitischer Ereignisse erklärt werden sollten³⁸. Und das Kultusministerium hat bisweilen gegen die aktuellen politischen Trends attraktive Köpfe nach Preußen gezogen, wie Mommsen ausgerechnet in der Mitte der „Reaktionszeit“ der 1850er Jahre. Mommsen hat dann bekanntlich noch in Breslau neuen liberalen Anschluß gewonnen³⁹. Mommsens Inschriftenarbeiten hatten ihn in diesen Jahren mit Johannes Schulze zusammengebracht, und später hat er bekanntlich seinerseits Althoff beraten, im Ministerium und im privaten Hause des Vortragenden Rates⁴⁰,

³⁷ Lenz, Universität 2,1, 4–7, 204–207, 209, 291ff. u.ö.; vgl. Kurt Nowak, Schleiermacher. Leben, Werk und Wirkung (Göttingen 2002) 379, 381ff., 436.

³⁸ Bernhard Lepsius, Das Haus Lepsius. Vom geistigen Aufstieg Berlins zur Reichshauptstadt, nach Tagebüchern und Briefen (Berlin 1933) 19–26, 51–53; Alfred von Reumont, Aus König Friedrich Wilhelms IV. gesunden und kranken Tagen (Leipzig 1885) 162.

³⁹ Johannes Schulze (Hrsg.), Max Duncker. Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 12, Osnabrück 1967) 270f., Nr. 344; der Berufungsvorgang Treitschke (die Fakultät hatte auf ihn hingewiesen): GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 47, Bd. 13; auch Sickel war genannt worden (Stücke aus dem Jahre 1873 seit Januar).

⁴⁰ Aus der reichen Literatur Alfred Heuss, Theodor Mommsen und das 19. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft 19, Kiel 1956) 165f.; Rebenich, Mommsen 99, mit dem Zusatz: „Akademische Personalfragen entschieden der preußische Monarch und sein Kabinett im Interesse des Staates, nicht anhand politischer Dossiers“ – trotz des politischen Auges über den Universitäten; ders., Theodor Mommsen und Adolf Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Mit einem Anhang: Edition und Kommentierung des Briefwechsels (Berlin, New York 1997) 29 zum folgenden Berliner Ruf; Kontakt zu Johannes Schulze: Lothar Wickert, Theodor Mommsen. Eine Biographie, 3 (Frankfurt am Main 1969) 289.

⁴¹ Rebenich, Mommsen-Harnack 58f., 100; ders., Mommsen 150.

um so mit allen personalpolitischen Instrumenten eigenen Schülern den Weg in Preußen zu ebnen. – Droysens Ruf nach Berlin im Jahre 1859⁴¹ hatte sich, wie neue Aktenfunde zeigen, gleichfalls schon zur Mitte der fünfziger Jahre angedeutet, als sein Name in Berliner Kreisen von Politik und Kultur bereits gehandelt worden ist⁴². Natürlich wirkten dann nach 1870 ganz neue Magnetismen, nicht nur bei geschichtswissenschaftlichen Berufungen. Der berühmte Physiker Gustav Robert Kirchhoff wurde 1874 nach Berlin berufen, um „den Kreis hervorragender wissenschaftlicher Kapazitäten, welche unsere Hauptstadt in sich schließt, durch Ew. pp Eintritt [in] denselben zu erweitern“. Im Falle Kirchhoffs lag eine Absprache mit der Akademie der Wissenschaften vor, und Kirchhoff wies in seiner Antwort auf das Motiv hin, durch den Wechsel „den Verkehr und das Zusammenwirken mit so vielen ausgezeichneten Gelehrten in Berlin“ zu intensivieren und so „in meinen wissenschaftlichen Bestrebungen gefördert zu werden“⁴³. Dabei klingen gewiß auch neue politische Motive an, drastischer noch rund drei Jahrzehnte später bei Dietrich Schäfers Berufung. Im Jahre 1902 waren im Ministerium außer seiner spezifischen und begehrten Kompetenz auf dem Felde der nordeuropäischen Geschichte auch von Interesse, daß er sich für eine starke Flotte literarisch engagiert hatte⁴⁴.

Das alles stärkte die Zentralstellung der Berliner Wissenschaft und mit ihr die der Berliner Universitätshistoriker im besonderen, aber – wie Charles McClelland festgestellt hat – damit war keine Pflicht zum nationalpolitischen Engagement verbunden⁴⁵. Bei Otto Hintze, so formulierte Schmoller gegenüber Althoff, sei politische Verwendbarkeit nicht gegeben, aber gerade dieses Beispiel zeigt die karrierebahnhende und fachdisziplinschärfende Relevanz guter gesellschaftlicher Kontakte. Der junge Mann Hintze war mit Althoff seit Studienzeiten gut bekannt⁴⁶.

Das wachsende Gewicht Berlins in der preußischen und deutschen Wissenschaftsstruktur – von Königsberg bis Freiburg i.Br. – hatte die Wirkung, daß die Lehrstühle an kleineren Universitäten wie Marburg, Greifswald oder ganz im preußischen Osten immer stärker in den Sog der Schulen gerieten, die ihre Interessen im Umfeld des Kultusministeriums aushandelten. Otto Krauske in Königs-

⁴¹ Die amtlichen Berufungsakten: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 47, Bd. 4, zum Fakultätsvorschlag vom 18. Juni 1859: „markige, echt preußische Persönlichkeit“; ferner waren Adolf Schmidt, Sybel, Häusser genannt worden; das Kultusministerium schlug dann Droysen vor; nach Abschluß des Manuskripts (April 2007) nach denselben Akten: Wilfried Nippel, Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik (München 2008) 263–267.

⁴² Nach jüngsten, unpublizierten Quellenfunden meiner Berliner Kollegin Dr. Bärbel Holtz (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften).

⁴³ Sein Berufungsvorgang im GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 47, Bd. 14, zunächst der Erlaß vom 11. Dez. 1874 (Konz); ebd. Kirchhoffs Antwort vom 12. Dez.

⁴⁴ Immediatbericht des Ministers Studt, 6. Dez. 1902: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 61, Bd. 12.

⁴⁵ Charles E. McClelland, Berlin Historians and German Politics, in: Journal of Contemporary History 8 (1973) No 1, 3–33, hier 3ff.

⁴⁶ Wolfgang Neugebauer, Die wissenschaftlichen Anfänge Otto Hintzes, in: ZRG, Germ. Abt. 115 (1998) 540–551, hier 546.

berg wäre ein Beispiel. Dadurch gewannen Provinzberufungen oder Provinzoktrois ein neues Profil; etwa Max Lenz in Marburg mag als ein weiteres Beispiel gelten, wo noch einige Zeit die althessische Fraktion als Lokalkonkurrenz verzweifelt agierte⁴⁷. Freilich ist unlängst darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich Althoff von der Berliner Umgebung unabhängig zu halten suchte, indem er sein „dichtes Netz von fachwissenschaftlichen Vertrauensleuten“ staatsweit zu spannen suchte. Für Alfred Dove ist das unlängst eingehend untersucht worden. Die Marburger Universität erfreute sich um 1900 ihrerseits guter Kontakte nach Berlin, und zwar auch zu parlamentarischen Landtagskreisen⁴⁸. Hier bleibt – zumal in der Gewichtung der Einflüsse – noch einiger Forschungsbedarf bestehen, aber in jedem Falle wird sich der Befund festigen, daß die Handlungen des Ministeriums nur im Kontext der bildungsbürgerlichen Gruppen, ihrer Interessenwahrung und Fachautonomie verstanden werden können. Unscheinbar waren die Gelegenheiten, bunt war das Bild der gesellschaftlichen Verkehrsformen: die „Professorengesellschaft“ bei Max Planck im Jahre 1901, bei der Heinrich Wölfflin nun auch Frau Althoff sprechen konnte⁴⁹, die vielen anderen mehr oder weniger privaten, aber festen Schnittpunkte zwischen Gelehrten- und Beamten gesellschaft⁵⁰ gehören mit in das Bild kulturstaatlichen Agierens fernab vom Klischee bürokratischen „Durchstellens“ von oben nach unten. Auch der Reichskanzler von Bülow war da nicht unerreichbar, Sybel speiste bei Bedarf mit dem Chef des Zivilkabinetts von Wilmowski⁵¹, Bosse lernte man noch als Direktor des Reichsamtes des Innern im Rahmen der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft kennen; später hatte man so zu einem weiteren Kultusminister seit langem Beziehungen⁵². Auf die Namen der Gelehrten und Beamten, die sich dort trafen, kann angesichts der

⁴⁷ Z.B. Kräling, Marburger 162, 249, 255; A. v. Premerstein, E. E. Stengel, R. Häpke, Zur Geschichte des Historischen Seminars, in: Die Philipps-Universität zu Marburg 1527–1927, hrsg. von H. Hermelink, S. A. Kachler (Marburg 1927) 735–741, hier 736f.; Adolf Hofmeister, Aus der Geschichte des Historischen Instituts, in: Festschrift zur 500-Jahrfeier der Universität Greifswald 17.10.1956, 2 (hrsg. von Ernst Kähler u.a.) (Greifswald 1956) 92–120, hier 95, 99 (Erdmannsdörfer); Berufung Krauskes nach Königsberg: GStAPK, I. HA, Rep. 76 V^a, Sekt 11, Tit. IV, Nr. 21, Bd. 21, ausführlich wies die Fakultät auf Krauskes Kontakte zu Schmoller hin, Bericht vom 16. Januar 1902.

⁴⁸ Hans Cymorek, „... doch reicht mein Einfluß nicht weit“: Alfred Dove als Berater Friedrich Althoffs, in: „... immer im Forschen bleiben“. Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, hrsg. von Marc Schalenberg und Peter Th. Walther (Stuttgart 2004) 311–335, hier 312, Dove: 323–333; Bernhard vom Brocke, Marburg im Kaiserreich 1866–1918, Sonderdruck aus: Marburger Geschichte (Marburg 1980) hier 516.

⁴⁹ Heinrich Wölfflin 1864–1945. Autobiographie, Tagebücher, Briefe, hrsg. von Joseph Gantner (Basel, Stuttgart 1984) 160 (6. Juli 1901).

⁵⁰ Rebenich, Mommsen-Harnack 390–394, Bülow: 392.

⁵¹ Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlaß Mommsen, Sybel Nr. 2, Schreiben Sybels 22. Dez. 1886.

⁵² Rüdiger vom Bruch, Die Staatswissenschaftliche Gesellschaft. Bestimmungsfaktoren, Voraussetzungen und Grundlagen ihrer Entwicklung 1883–1919, zuerst in: Hundert Jahre Staatswissenschaftliche Gesellschaft zu Berlin 1883–1983 (Berlin 1983) 9–69, hier 37, zu den dort versammelten Gelehrten ferner 41f., 48f., 51f.: Hohe Beamenschaft; Schmoller und Bosse: GStAPK, VI. HA, Nachlaß Schmoller Nr. 180.

einschlägigen Studie Rüdiger vom Bruchs an dieser Stelle verzichtet werden. In der Wohnung Professor Ernst von Meiers – Berlin, Kurfürstendamm Nr. 24 – traf Schmoller dann auch noch den Justizminister⁵³, und mit dem Finanzminister Miquel⁵⁴ war er sowieso im Bündnis. – Genug der Beispiele. Nur das ist vielleicht wissenschaftsgeschichtlich noch wichtig: daß ausgewählte Spitzen der Gelehrten-gesellschaft – wie in den Tagen Alexander von Humboldts⁵⁵ – auch Zugang zum Hofe hatten und dem Monarchen aus ihren Forschungen Vortrag hielten⁵⁶. Allge-meiner zugänglich und auch sehr wichtig war ein Haus am Pariser Platz 3, das Kasino des Ersten Garderegiments. Dort nahmen – wie bezeichnenderweise Schmidt-Ott berichtet – täglich Adel und Beamte gemeinsame Tischzeiten wahr, ein „angenehmer Austausch mit jungen Angehörigen anderer Gesellschaftsbereiche“⁵⁷, was auf wissenschaftspolitische Folgen noch abzuprüfen bliebe.

IV.

Vieles spricht für ein verdecktes Potential wissenschaftlicher Autonomie für histo-risch arbeitende Universitätsglehrte im Preußen des langen 19. Jahrhunderts. Aber es bleibt zu fragen, ob nicht der institutionelle Rahmen universitärer Ge-schichtswissenschaft doch ganz entscheidend von der Ministerialverwaltung be-stimmt worden ist. Zum Erbe Althoffs wird ja ganz generell gerechnet, daß es in seiner Amtszeit zu einem maßgeblichen Ausbau der Universitätsseminare und -institute gekommen ist⁵⁸. Aber gerade bei den historischen Seminaren Preußens zeigt sich selbst dann, wenn die erhaltenen Ministerialakten zu einzelnen Institu-teten ausgewertet werden können, ein eher unerwarteter Befund ausgeprägter Auto-nomie in ihrer Entwicklung.

Immer wieder wurde geschildert, wie im 19. Jahrhundert der institutsmäßigen Seminargründung mit staatlichem Etat, öffentlichen Räumen, Seminarbibliothek

⁵³ Ebd. Faszikel Nr. 134 (1895).

⁵⁴ Hans Herzfeld, Johannes von Miquel. Sein Anteil am Ausbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, 2 (Detmold 1938) 409, vgl. 1, 486; zum Ganzen auch Wolfgang Neugebauer, Die Schmoller-Connection. Acta Borussica, wissenschaftlicher Großbetrieb im Kaiserreich und das Beziehungsgeflecht Gustav Schmollers, in: Archivarbeit für Preußen. Symposion der Preußi-schen Historischen Kommission und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz aus Anlaß der 400. Wiederkehr der Begründung seiner archivischen Tradition, hrsg. von Jürgen Kloos-terhuis (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Arbeitsbericht 2, Berlin 2000) 261–301.

⁵⁵ Nur Conrad Müller (Hrsg.), Alexander von Humboldt und das Preußische Königshaus. Briefe aus den Jahren 1835–1857 (Leipzig 1928) 56 u.ö.

⁵⁶ Hans Philippi, Der Hof Kaiser Wilhelms II., in: Hof und Hofgesellschaft in den deutschen Staaten im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Karl Möckl (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 18, Boppard a.Rh. 1980) 361–394, hier 390.

⁵⁷ Friedrich Schmidt-Ott, Erlebtes und Erstrebtes 1860–1950 (Wiesbaden 1952) 137.

⁵⁸ Z.B. Charles E. McClelland, State, Society and University in Germany 1700–1914 (London u. a. 1980) 281–291.

und Prämien⁵⁹ der Typus der „historischen Gesellschaft“⁶⁰ voraufging; Rankes Gründung aus dem Jahre 1825 und abgehaltene Sitzungen in seiner Wohnung gehörten an prominenter Stelle dazu. Die späteren preußischen Universitätsseminare für Geschichte besitzen in ausgeprägter Weise ausnahmslos einen solchen privaten Vorlauf. In Königsberg hat der Statistiker und Historiker Friedrich Wilhelm Schubert, nach dem ausdrücklichen Vorbild philologischer Seminare seit 1821/22 historische Übungen abgehalten, die bald eine festere Gestalt erhielten, aber auf seinen eigenen Antrag hin erst 1832/33 zu einem „Königlichen Seminar“ umgewandelt wurden⁶¹. Ziel war weniger eine fachliche als eine verbreiterte Allgemeinbildung. Nicht nur Preußen, auch viele Studenten aus Rußland und Polen wurden dort in mittelalterliche, ferner englische und französische Geschichte eingeführt, unter den Teilnehmern auch der spätere polnische Nationaloppositionelle Wojciech Kętrzyński. Es hat Jahrzehnte, bis in die Mitte der 1870er Jahre gedauert, bis auch neuere und aktuellere Materien, darunter die Teilung Polens – und dann auch nur sehr unregelmäßig – Gegenstand der Arbeit wurden. Einmal, 1883, zeigt ein Marginal Althoffs, daß ihm die Dotation mit jährlich 600 Mark eigentlich zu gering erschien. Noch um 1900 fehlten in der Seminarbibliothek die Grundlagenwerke zur preußischen Geschichte, wichtige Editionen, Droysens preußische Schriften, und vor allem waren die betreffenden Fachperiodika in der Seminarbibliothek nicht greifbar⁶². Es dominierten noch nach Jahrzehnten traditionellere Themen im Sinne der kritischen Quellenmethode zu älteren Epochen der deutschen Geschichte.

In Breslau sind schon seit 1816 historische Übungen angeboten worden; seit 1820 fanden dann „auf Wunsch des Ministeriums“⁶³ Kurse für „Geschichte, Statistik und Geographie“ statt. Als dann aber der Historiker Gustav Adolf Harald Stenzel 1824 die Initiative ergriff, aus einer „historischen Gesellschaft“ eine semi-

⁵⁹ Z.B. *Wilhelm Erben*, Die Entstehung der Universitäts-Seminare, in: Internationale Monatschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 7 (1913) 1249–1265, 1335–1347, hier 1339f.; allgemein auch *Werner Conze, Dorothee Mußgnug*, Aus der Arbeit der Universitätsinstitute. Das historische Seminar, in: Heidelberger Jahrbücher 23 (1979) 133–152, hier 133; *Hermann Heimpel*, Über Organisationsformen historischer Forschung in Deutschland, zuerst 1959, wieder in: Beiträge zur Organisation der historischen Forschung in Deutschland aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Historischen Kommission zu Berlin am 3. Februar 1984 (Berlin, New York 1984) 47–136, hier 50f.

⁶⁰ Jetzt maßgebend *Hans-Jürgen Podel*, Von der Teegesellschaft zum Forschungsinstitut. Die historischen Seminare vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Kaiserreichs, in: Transformation des Historismus. Wissenschaftsorganisation und Bildungspolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Interpretation und Dokumente, hrsg. von *Horst Walter Blanke* (Wissen und Kritik 4, Waltrip 1994) 1–31, hier 11–15; *Helmut Ranke* 77.

⁶¹ *Hans Prutz*, Die Königliche Albertus-Universität zu Königsberg i.Pr. im 19. Jahrhundert (Königsberg 1894) 189f.; zur Person vgl. *Kurt Forstreuter*, Schubert, Friedrich Wilhelm, in: APB II, 5 (Marburg 1963) 641, und die das Königsberger Seminar betreffenden Akten des Kultusministeriums: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 11, Tit. X, Nr. 24, Bd. 1 und 2, danach das Folgende.

⁶² Nach den Akten wie Anm. 61, Bd. 2.

⁶³ So *Friedrich Andrae*, Die Geschichte des Breslauer Historischen Seminars, in: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens 70 (1936) 320–328, hier 323; diese Studie zum Ganzen.

narähnliche Einrichtung zu machen, fand dies zwar die Unterstützung des Regierungsbevollmächtigten, nicht aber diejenige des Ministeriums. Erst ein dritter Antrag, gestellt 1843, drang dann höheren Ortes durch⁶⁴. Das Statut aus dem Jahre 1863 sprach von der Ausbildung künftiger Lehrer und Forscher durch Quellenlektüre und „kritische Untersuchungen“; Richard Roepell hat um 1880 nun auch Themen der preußischen Geschichte behandelt. Der Etat des Breslauer Seminars betrug um 1913 ganze 800 Mark. Ganz ähnlich wie in Königsberg zeigt der Zustand der Seminarbibliothek, daß die damals forschungsmäßig modernen und aus heutiger Sicht zu erwartenden Grundlagenwerke zur preußischen Geschichte gar nicht vorhanden waren. In Breslau fehlten die politische Korrespondenz Friedrichs II., die „Staatsschriften“, Friedrichs „Werke“, die Acta Borussica u.a.m. In Bonn hat den Umschlag von losen Übungen zum festen Seminar Heinrich von Sybel erkämpft, als er 1861 um seinen neuen Ruf verhandelte. Bis dahin hatte das Kultusministerium aus finanziellen Bedenken solche Forderungen hart abgelehnt, und es war eben Sybel, der auch den Entwurf der Satzung vorlegte, den der Minister Bethmann Hollweg dann seinerseits genehmigte⁶⁵. – Das Marburger Seminar war (Gründung von 1864) noch ein Erbe der kurhessischen Zeit⁶⁶.

Der Vorlauf in Greifswald war analog. Zunächst bestand gleichfalls eine „historische Gesellschaft“ oder – wie sie in den Akten schon 1859 genannt wird – ein „historische(s) Seminar“, kurz nach seiner Berufung nach Greifswald auf eigene Faust geschaffen von Arnold Schäfer und unterstützt vom zuständigen Dekan. Schäfers Bericht vom 2. Februar 1859 läßt keinen Zweifel, daß er auf eigene Initiative gehandelt hatte⁶⁷, freilich in Kenntnis der Entwicklungen an „anderen Universitäten“, wo Quellschriften erklärt und Vorträge gehalten sowie kleinere Arbeiten angefertigt würden. Das Ministerium ließ zunächst ganze 100 Taler im Jahr aus der Greifswalder Universitätskasse zuweisen. Noch ein Vierteljahrhundert

⁶⁴ Andreae, Geschichte 326f., auch zum Reglement; vgl. *Karl Gustav Wilhelm Stenzel*, Gustav Adolf Harald Stenzels Leben (Gotha 1897) 325ff.; Pandel, Seminare 14; spätere Entwicklung: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 4, Tit. X, Nr. 39, Bd. 2 (Seminar Breslau 1878-1934).

⁶⁵ Paul Egon Hübinger, Das historische Seminar der rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Vorläufer – Gründung – Entwicklung. Ein Wegstück deutscher Universitätsgeschichte. Mit einem Beitrag von Wilhelm Levison (Bonner Historische Forschungen 20, Bonn 1963) 44f., 84f.; Hans-Jürgen Pandel, Die Entwicklung der historischen Seminare in Deutschland, in: Halle und die deutsche Geschichtswissenschaft um 1900. Beiträge des Kolloquiums „125 Jahre Historisches Seminar an der Universität Halle“ am 4./5. November 2000, hrsg. von Werner Freitag (Studien zur Landesgeschichte 5, Halle 2002) 25-36, hier 29, 32; ders., Seminare 17ff., auch zum Vorbild Münchens; Levison, Beitrag 8f.; vgl. Erben, Entstehung 1262, mit zusätzlichen Details; der Finanzminister Patow hatte am 9. Juli 1861 im Interesse der universitären Autonomie weitere Mittel für historische Seminare abgelehnt, aus Anlaß des Bonner Falles: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 1, Tit. X, Nr. 9, Bd. 1.

⁶⁶ Kräling, Marburger 137ff., weitere Entwicklung 165ff.; A. v. Premerstein u.a., Zur Geschichte 735 (Genehmigung der Kasseler Regierung 1865).

⁶⁷ Vor allem nach der das Seminar betreffenden Ministerialakte: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 7, Tit. X, Nr. 31, Bd. 1; sodann: L. Wiese, Das Höhere Schulwesen in Preußen. Historisch-statistische Darstellung, im Auftrage des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, (1) (Berlin 1864) 535; A. Hoffmeister, Geschichte 94.

später wurde in der Seminarpraxis in Greifwald neuere Geschichte kaum über das Jahre 1520 hinaus betrieben, und am Vorabend des Ersten Weltkrieges fehlten in der Seminarbibliothek die wichtigsten Periodika und Quelleneditionen gerade zur preußischen Geschichte, auch z. B. die Werke Friedrichs des Großen⁶⁸. – In allen diesen Fällen ließ sich das Ministerium über die Arbeit der Seminare längere Zeit noch z. T. detaillierte Berichte erstatten, ohne daß in die Arbeit irgend modernisierend oder regulierend eingegriffen worden wäre. Die individuellen Forschungsinteressen der (meist zwei)⁶⁹ örtlichen Fachordinarien bestimmten ausschließlich den Seminarbetrieb.

Nun ist unlängst, freilich auf doch unzureichender Quellenbasis am Beispiel der Seminargründung zu Halle behauptet worden, daß in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts das Kultusministerium eine ungleich aktivere Rolle zu spielen begonnen habe⁷⁰, und man mag sagen: die geschichtswissenschaftliche Seminarautonomie gebrochen habe. Daß die, übrigens gar nicht so sehr nach 1870/71 „gehäuft“ Seminargründungen in Preußen aber mitnichten einer „zentralen hochschulpolitischen Initiative“ des Kultusministeriums entspringen, das haben wir eben gesehen⁷¹. Aber am Anfang steht auch in Halle eine Eingabe der beiden Ordinarien Droysen (jr.) und Dümmler vom 10. Februar 1874, die vom Universitätskurator wenig später an das Ministerium weitergegeben wurde. Gleich nach seiner Berufung hatte auch Gustav Droysen eine historische Gesellschaft begründet, für die er nun einen staatlichen Grunddetat unter Trennung von Dümmler erbat. Vom Ministerium ist im folgenden nur die Bezeichnung Seminar vorgegeben worden, und unter ausdrücklichem Hinweis auf Wunsch und Initiative der Hallenser Professoren hat dann das Kultus- beim Finanzministerium vorgefühlt im Sinne eines dauernd bestehenden und von Personen unabhängigen Seminars mit zwei Abteilungen. Aus Halle kam auch das Reglement, und insofern kann in der Hallenser Gründung von 1875 doch nicht eine wesentliche Innovation gesehen werden, die weiterreichende Schlüsse erlaubt. Der Betrieb der Folgezeit war – ganz Droysen jr. – stark auf Gustav Adolf von Schweden und den Dreißigjährigen Krieg bezogen. Um 1910 fehlten in der Seminarbibliothek Treitschke, Lenz, Droysen (!), Sybel und wichtige Editionen wie die *Acta Borussica*, in den Akten aus Halle als „Monumenta Borussica“ firmierend. Eine Politisierung des Seminarbetriebs fand erst seit dem Ersten Weltkrieg statt⁷², wie wohl ähnlich in Königsberg.

⁶⁸ Erwerbungsvorgänge von 1917: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 7, Tit. X, Nr. 31, Bd. 1.

⁶⁹ Vgl. Engel, Universitäten 337.

⁷⁰ Markus Meumann, Die Gründung der historisch-philologischen Seminare an der Vereinigten Friedrichs-Universität 1875 im Kontext der preußischen Hochschulpolitik, in: Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502–2002, hrsg. von Hermann J. Rupieper (Halle 2002) 68–80, hier 70; vgl. ders., Koordination im Kaiserreich. Die Gründung des Historischen Seminars 1875 und das Wirken Gustav Droysens, in: Freitag, Halle 123–135, hier 127, wo die Breslauer Gründung in das Jahr 1874 verlegt wird!

⁷¹ Wie Anm. 70.

⁷² Die Ministerialakte zum Hallenser Seminar: GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 8, Tit. X, Nr. 53, daraus das Folgende; dagegen Meumann, Koordinaten 128: Keine Initiative zur Hallenser Seminar-

V.

Dabei hatte niemand anderes als Johann Gustav Droysen gleich nach seinem Gang nach Berlin im Kultusministerium die geschichtspolitischen Glocken zu läuten versucht, mit einer „Denkschrift die historischen Studien betreffend“ vom 28. Januar 1860⁷³. Darin ging es an prominenter Stelle auch um die notwendige neue „Organisation“ historischer Arbeit. Er verwies auf die Entwicklung im europäischen Ausland, auch in Österreich und in München; dort befördert durch „Königliche Vorliebe“. Preußen dürfe da nicht zurückbleiben, denn es handele sich dabei, so Droysen wörtlich, um „geistige Kriegsbereitschaft“. Dieses Argument kam nicht aus dem Ministerium. Droysen verwies auf die Interessen, die der Staat an historischen Studien haben müsse, auch an methodischer Ausbildung im Fach, und er beklagte das Desinteresse des preußischen Staats an der eigenen Geschichte. Er selbst habe, wie in Jena seit 1852, nun auch in Berlin Übungen durchgeführt, und er forderte für Berlin den Ausbau der geschichtswissenschaftlichen Infrastruktur⁷⁴. Der Kultusminister freilich scheiterte mit einer eher matten Initiative gegenüber dem Finanzminister im Jahre 1861. Der Finanzminister verlangte, von einer Seminargründung abzusehen⁷⁵. Ab 1862 wurden Droysen 150 Taler angewiesen zur Anschaffung eines kleinen Lehrapparates, der sich bis zu Droysens Tode in dessen Wohnung befand, freilich Staatseigentum blieb. Auch dies war ein Grund dafür, daß in Berlin zuletzt, seit 1882, ein Seminar eingerichtet wurde⁷⁶.

Da wo das Kultusministerium fördernd für historische Studien wirken konnte, handelte es sich um individuelle Privilegierungen, sei es in Form von Sonderzu-

gründung durch Droysen und Dümmler; die Generalakte des Kultusministeriums, GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 1, Tit. X, Nr. 9, Bd. 1, bringt erst die Abschrift des Ministerialerlasses vom 2. Januar 1875 betr. das Seminar in Halle und weist auf bereits von Dümmler und Droysen „veranstaltete historische Uebungen hin“. Auch die festere Seminarform sollte deren Arbeit nicht „praejudicir(en)“. Die Initiative kam auch in Halle aus der Universität selbst.

⁷³ GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. X, Nr. 78; im Vortrag 2007 noch als ungedruckt bezeichnet und nach der Handschrift zitiert, ist dieses Dokument inzwischen ediert worden: *Horst Walter Blanke* (Hrsg.), Johann Gustav Droysen. Historik, Teilband 2.2 (Stuttgart-Bad Cannstatt 2007) 454–467.

⁷⁴ Ebd. Eine detaillierte Analyse der Denkschrift kann an dieser Stelle nicht erfolgen.

⁷⁵ Ebd. Anschreiben Patows, 9. Juli 1861; vgl. Anm. 65.

⁷⁶ GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. X, Nr. 117, Bd. 1, mit Stücken ab 1882; Weizsäcker hatte mit seinen Berufungsverhandlungen ein Instrument genutzt; die 1500 Bände des Droysenschen Apparats wurden übernommen; *Lenz*, Universität 2,2, 373; und *Max Lenz, Michael Tüngl*, Das historische Seminar, in: *Max Lenz*, Universität, 3 (Halle 1910) 247–263, hier 255f.; vgl. damit *Markus Hettner*, Historische Gesellschaften und die Entstehung historischer Seminare – zu den Anfängen institutionalisierter Geschichtsstudien an den deutschen Universitäten des 19. Jahrhunderts, in: Historische Institute im internationalen Vergleich, hrsg. von *Matthias Middell, Gabriele Lingelbach, Frank Hadler* (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert 3, Leipzig 2001) 39–83, hier 45; vgl. jetzt: Die Bibliothek der Historischen Gesellschaft von Johann Gustav Droysen 1860–1884. Eine Büchersammlung in der Zweigbibliothek Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, verzeichnet und kommentiert von *Wolfgang Eric Wagner* (Berlin 2008); in dieser Publikation (206–224) Dokumente aus oben genannter, seinerzeit im Original benutzten Akte. Vgl. Anm. 73.

wendungen oder Freistellungen von der Lehre oder beidem⁷⁷. Dabei wurde ohne politische Präferenzen, offenbar ganz nach sachlichen Motiven – z. B. für Lenz aber auch für Max Lehmann – verfahren. Die Privilegierung Mommsens schuf unter seinen Kollegen viel böses Blut, wie die Fakultät 1884 erkennen ließ, als sie über die Sorge für die griechisch-römische Geschichte berichtete. „Herrn Mommsens Thätigkeit an dieser Universität ist diesem Zweig des akademischen Unterrichts gewidmet, hat aber den hier bestehenden Anforderungen zu keiner Zeit völlig genügt, da derselbe aus Gründen, die mit seiner schriftstellerischen Thätigkeit zusammenhängen, geglaubt hat, sich den darstellenden Kollegen über Geschichte der römischen Republik enthalten und in dieser Hinsicht sich auf die Geschichte des Principats und der späteren Kaiserzeit beschränken zu sollen.“ Verschärft wurde die Lage dadurch, „daß Professor Mommsen seit mehreren Jahren Urlaub von Ew. Exzellenz erbeten und erhalten und uns den Wunsch geäußert hat, seine Vorlesungen noch weiter einzuschränken und namentlich die großen historischen Kollegien nicht wieder zu lesen“⁷⁸. – Man ist daran erinnert, daß Droysen seine Historik in 25 Jahren 17mal wiederholte⁷⁹.

Wo der Schwerpunkt von Mommsen und Harnack lag, hat Stefan Rebenich meisterhaft gezeigt und auch, wie die Gelehrten bisweilen nachgeholfen haben, um das Ministerium auf eigenen Kurs zu bringen⁸⁰. Das ist hier nicht erneut zu referieren.

Auch von den großen Editions- (und Forschungs-) Projekten zur neueren (preußischen) Geschichte, mit denen die „Großwissenschaft“ dieser Disziplin aus den Universitäten herauszuwachsen begann, verdankt keines seine Genese einem kultusministeriellen Befehl. An anderer Stelle ist geschildert worden⁸¹, wie Schmoller in virtuoser Nutzung seines Beziehungsnetzes die *Acta Borussica* begründet hat, nicht als Historiker, sondern als Staatswissenschaftler und Katheder-sozialist, mit Argumenten vom sozialen Königtum und mit seiner Fähigkeit als Politicus⁸². Das alles war schon wissenschaftlicher Großbetrieb, ermöglicht im

⁷⁷ Beispiel *Helmolt*, Ranke 49; und GStAPK, I. HA, Rep 75 V^f, Nr. 10, Bd. 1, zu 1830, 1857 und 1865; aus den Akten der Rep 76 ließen sich Lehrbefreiungen für Max Lenz (1907), Sonderzuwendungen für Breysig und Max Lehmann zeigen; vgl. *Wölfflin*, Autobiographie 185; vgl. *Rebenich*, Mommsen 154.

⁷⁸ Bericht der Philosophischen Fakultät an das Kultusministerium, Ausfertigung, 24. Juli 1884, GStAPK, I. HA, Rep 76 V^f, Lit. K, Nr. 42; vgl. damit *Rebenich*, Mommsen-Harnack 40.

⁷⁹ *Johann Gustav Droysen*, Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte, hrsg. von *Rudolf Hübler* (Darmstadt 1974) X.

⁸⁰ *Stefan Rebenich*, Die Altertumswissenschaften und die Kirchenväterkommission an der Akademie. Theodor Mommsen und Adolf Harnack, in: Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich, hrsg. von *Jürgen Kocka* (Berlin 1999) 199–233, bes. 204ff., 211ff. und die Übersicht 224–233; *ders.*, Mommsen-Harnack 56f., 64f. zu den Monumenta, 137f.; *ders.*, Mommsen 147.

⁸¹ Vgl. *Neugebauer*, Schmoller-Connection passim, und *ders.*, Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der *Acta Borussica*, in: *Kocka*, Akademie 235–275, bes. 255–260.

⁸² Hintze an Meinecke, 21. Januar 1902, über Schmoller (und seine Beziehung zu Althoff!): „er ist ein Politiker und Opportunist“, GStAPK, VI. HA, Nachlaß Meinecke Nr. 15.

Bündnis mit Mommsen und Althoff, der Schmoller auch schon mal privat beriet, wie der Finanzminister zu überlisten war. Auch Teile des Hofes, vor allem der „liberale“ Kronprinz, boten Flankenschutz für die Operation. Der Wissenschaftspolitiker Schmoller sparte zur Begründung nicht mit Argumenten angeblichen Nutzens für Staat und Dynastie⁸³. Und mit derselben Münze handelten Johann Gustav Droysen und Max Duncker, als sie (wohl) 1874 die Editionen der Politischen Korrespondenz und der Staatschriften beantragten⁸⁴ und zugleich auf eine erhöhte Dotierung der Akademie abhoben. Das waren die Zeiten, in denen der Kulturstaat schon mal auf einen Schlag den Akademiehaushalt für Forschung mehr als verdreifachte⁸⁵!

Bei alledem spielten die Personen und Netzwerke eine Rolle, die die Kulturstaatsentwicklung auch⁸⁶ in Preußen ganz wesentlich steuerten. Und manchmal fielen Entscheidungen zu Großprojekten im Salon. Hören wir noch einmal Johann Gustav Droysen, der einen Vorgang schildert aus dem März 1859⁸⁷ – da war er noch Professor in Jena und von einem Ruf nach Berlin noch nicht die Rede. Gerade schrieb er an seinem „Staat des großen Kurfürsten“. „Bei meiner Anwesenheit in Berlin im Anfang 1859 ist der Gedanke, Materialien zur Geschichte des Großen Kurfürsten zu sammeln und zu veröffentlichen in einem Gespräch mit S. K. H. dem Kronprinzen zufällig angeregt worden. Auf diesen Gedanken kam der Kronprinz bei einer gelegentlichen Begegnung im Salon des Ministers von Bethmann zurück und beauftragte mich mit der Entwerfung eines Plans ... Auch der König“, also Wilhelm I., „äußerte sich in einer Abendgesellschaft, zu ... der ich von der Königin befohlen war, mit lebhafter Theilnahme für das Unternehmen“⁸⁸. Das also waren die Anfänge von zwei Dutzend Editionsbänden der „Urkunden und Aktenstücke“, die noch heute zu den Grundlagenwerken frühneuzeitlicher europäischer

⁸³ Belege bei Neugebauer, Schmoller-Connection 283.

⁸⁴ Undatierte Denkschrift, im Akademiearchiv, Historische Abteilung II-VIII, 204; vgl. Adolf Harnack, Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1.2 (Berlin 1900) 1035.

⁸⁵ Rebenich, Altertumswissenschaften 204; bezogen auf die reinen Forschungsausgaben (ohne den Grundetat); vgl. in Kürze Hartwig Spengel wie Anm.13; und Adolf Harnack, Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Im Auftrage der Akademie bearbeitet, 2 (Berlin 1900) 564–588, Nr. 224.

⁸⁶ Wie Anm. 9.

⁸⁷ Wenn er (in Anm.88) vom Frühjahr 1859 spricht, ergibt sich der März aus: Johann Gustav Droysen. Briefwechsel, 2, hrsg. von Rudolf Hübner (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 26, Berlin, Leipzig 1929) 584; damals in Arbeit: Joh. Gust. Droysen, Geschichte der Preußischen Politik, 3: Der Staat des großen Kurfürsten, 1. Abt. (Leipzig 1861) darin 4ff.: „Die deutsche Frage“.

⁸⁸ Aufsatz von der Hand Droysens o.D., GStAPK, VI. HA, Nachlaß Schmoller Nr. 252; mit späteren Nachträgen; es handelt sich um die in 23 Bänden zwischen 1864 und 1930 erschienenen „Urkunden und Aktenstücke“, vgl. Neugebauer, Schmoller-Hintze 153; zu ihrer heutigen Bedeutung für die Frühneuzeitforschung vgl. Konrad Repgen, Akteneditionen zur deutschen Geschichte des späteren 16. und des 17. Jahrhunderts. Leistungen und Aufgaben, in: Quelleneditionen und kein Ende? Symposium der Monumenta Germaniae Historica und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München, 22./23. Mai 1998, hrsg. von Lothar Gall (HZ Beihefte NF 28, München 1999) 37–79, hier 47f.

Geschichte gehörten. Sie wurden nicht in der Universität, aber in enger personeller Vernetzung mit Droysen, seinen Kollegen und seinen Nachfolgern betrieben.

Der Hof spielte eben immer hinein. Harnack hatte seit dem Akademie Jubiläum Zugang zu Wilhelm II.⁸⁹ Bei Hans Delbrück's Karriere spielten Hofkreise eine große Rolle⁹⁰, und mit unverhohler Berufung auf diesen Erfolg verlangte der Oberhofmarschall der verwitweten Kaiserin Friedrich von Kultusminister Studt im Dezember 1900 gleich die nächste Professorierung, diesmal auf kunstgeschichtlichem Felde. Da hat dann freilich die Fakultät ihr Veto eingelegt⁹¹.

Die Kabinetsakten Wilhelms I. lassen erkennen, wie sehr der Monarch und seine Umgebung den Staatshistoriographen Ranke, dessen preußisches Debut nun zwei Jahrzehnte zurücklag, auch jenseits der Edition des Bunsen-Briefwechsels⁹², drängten, neben französischen, englischen und südeuropäischen Themen nun doch auch mal wieder Themen der „vaterländischen“, d. h. der preußischen Geschichte zu bearbeiten⁹³. Da klang gedämpfter Groll über zuviel weltgeschichtliche Weite durch, und die Nähe des Hofes war auch für Leopold von Ranke geschichtspolitisch immer zu beachten. Seine preußischen Schriften der siebziger Jahre, von der „Genesis“ bis zum Fürstenbund, stehen in diesen Kontexten. Der Hof war im konstitutionellen Preußen-Deutschland auch ein Ort wissenschaftlicher Beobachtung. Heinrich von Treitschke hat das in seinen letzten Jahren auch erfahren müssen. Denn am Hofe und im Zivilkabinett war man auf „anstößige Stellen“ im fünften Band der deutschen Geschichte aufmerksam geworden, Passagen zur Haltung der Hohenzollern vor 1848, zur mangelnden Würde des Königstums damals und über dessen Demütigung⁹⁴. Da hat denn Althoff im Juli 1895 mit dem Chef des Zivilkabinetts Lucanus, den Schmoller aus dessen langjähriger Tätigkeit im Kultusministerium ja kannte, Wege besprochen, wie „Treitschke nunmehr in den Stand der Allerhöchsten Gnade zurückzuversetzen“ sei⁹⁵.

⁸⁹ Rebenich, Mommsen-Harnack 76; Kontakt zu Friedrich III.: *ders.*, Mommsen 101.

⁹⁰ McClelland, Berlin Historians 8 mit Anm. 9.

⁹¹ Stücke von 1900/1901 wegen des Kunsthistorikers Frey, GStAPK, I. HA, Rep 76 V^a, Sekt 2, Tit. IV, Nr. 61, Vol. XI; vgl. Asen, Gesamtverzeichnis 52.

⁹² Leopold von Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen (Leipzig 1873) Vff. das eher verhüllende Vorwort; vgl. GStAPK, I. HA, Rep 89, Nr. 19725 – diese Akte auch zum Folgenden.

⁹³ Kopie der Kabinetsorder vom 10. Nov. 1875, wie Anm. 92; vgl. noch Leopold von Ranke, Das Briefwerk, hrsg. von Walter Peter Fuchs (Hamburg 1949) 569; *ders.*, Neue Briefe, bearb. von Bernhard Hoeft, hrsg. von Hans Herzfeld (Hamburg 1949) 609; in der Akte GStAPK, I. HA, Rep 89, Nr. 19725, ein Vermerk Wilmowskis, 4. Nov. (1875) über eine Mitteilung des Feldmarschalls von Manteuffel über ein (früheres) Schreiben des Königs an Ranke, er möge „sich wieder mehr der preuß. Geschichte widmen“; die Schriften zum Fürstenbund oder zu Preußen und Österreich im 18. Jahrhundert lagen auf dieser Linie; zu ihnen diese Akte.

⁹⁴ GStAPK, I. HA, Rep 89, Nr. 19814; mit einer Denkschrift (nicht gez.); verglichen wurde Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert 5 (Leipzig 1903) etwa 140, 287, 385, 583f., 617, 648; Ulrich Langer, Heinrich von Treitschke, Politische Biographie eines deutschen Nationalisten (Düsseldorf 1998) 370f.

⁹⁵ Eigenhändiges Schreiben Althoffs (an Lucanus), 23. Juli 1895, und der Immediatbericht Bosses vom selben Tage, wie Anm. 95; zu Lucanus vgl. Reinhard Lüdicke, Die Preußischen Kultus-

Das waren Berliner Geschichten. Aber andererseits sorgte Althoff sehr geschickt auch dafür, daß Produkte der manchmal ausgesprochen preußenkritischen Breslauer Historiker – dort saß nicht nur der notorisch oppositionelle Johannes Ziekursch⁹⁶ – nicht etwa von der stets sprungbereiten Schmoller-Truppe niedergemacht wurden. Mochten in Berlin Konservative und Nationalliberale herrschen⁹⁷, so waren für Althoff – auch und gerade in den Jahren des Krachs um katholische Professuren⁹⁸ – geschützte Außenposten linksliberaler Nonkonformisten offenbar interessant. Deshalb fällt es auf, daß ausgerechnet der „Göttinger Preußen-Fresser“⁹⁹ Max Lehmann zum Gutachter und, wie sich zeigte, entschiedenen Unterstützer für Breslauer Produktionen bestellt wurde¹⁰⁰. – Waren dies Spuren von Gegen-Netzwerken zum Berliner Hauptstrom? Althoff hat auch sie geschützt und gefördert, in einer Bandbreite historiographischer Positionen innerhalb des konstitutionellen Grundkonsenses. Dies alles waren Facetten wissenschaftlicher Autonomie, die sich nur in erweitertem methodischem Zugriff erschließen lassen.

Summary

The study deals with the problem of scientific autonomy in 19th century Prussia, exemplified on academic research and history tuition. It is shown that scientific autonomy was not one-sidedly determined by the state and the administration. Scientific freedom and priorities of research were settled by the scientific community on the one and the modern cultural administration on the other hand. Sometimes they were even negotiated. State and administration were not separated from the cultural aristocracy of society. Administration of sciences was even depended on the cooperation with the scientific elites, both forming a symbiotic relationship. The interaction of civil society and government institutions determined limits and opportunities, be it in offering positions at universities, in founding historical institutes at universities or in initiating major historical projects in the sphere of universities and academies of sciences. The Prussian „Kulturstaat“ that arose in the 19th century was a product of both society and administration.

minister und ihre Beamten im ersten Jahrhundert des Ministeriums 1817–1917 (Stuttgart, Berlin 1918) 16f., und Heinrich Otto Meisner, Zur neueren Geschichte des Preußischen Kabinetts, in: FBPG 36 (1924) 38–66, 180–209, hier: 207, 209.

⁹⁶ Aus der Lit. z.B. Hans Schleier, Johannes Ziekursch, in: Jahrbuch für Geschichte 3 (1969) 137–196, etwa 137f., 148ff. (Nähe zu Lehmann); Kontroverse mit der Schmoller-Fraktion: Wolfgang Neugebauer, Martin Hass (1883–1911), in: Herold-Jahrbuch NF 3 (1998) 53–71, hier 66.

⁹⁷ So McClelland, Berlin Historians 6f.

⁹⁸ Zum Fall Spahn z. B. Rebenich, Mommsen-Harnack 414–485.

⁹⁹ So Albert Naudé an Schmoller, 8. Febr. 1895, GStAPK, VI. HA, Nachlaß Schmoller Nr. 137.

¹⁰⁰ GStAPK, I. HA, Rep 76 V^c, Sekt 1, Tit. XI, Teil VB, Nr. 44; es ging um die schlesische Wirtschaftsgeschichte von Fechner, die Schmoller-Fraktion: Rez. von Otto Hoetzsch, in: FBPG 22 (1909) 680–683.

Matthias Stickler

Universität als Lebensform? Überlegungen zur Selbststeuerung studentischer Sozialisation im langen 19. Jahrhundert

Studentengeschichte ist ein, wie mir scheint, nach wie vor zu Unrecht weniger beachtetes Feld der Universitäts- und Bildungsgeschichte¹, obgleich sie sich in der Gegenwart keineswegs mehr, wie noch vor 20 Jahren Michael Gehler in seiner sehr gelungenen Studie zur Innsbrucker Studentenschaft in der Zwischenkriegszeit nicht ganz zu Unrecht schreiben konnte², notwendigerweise in der Geschichte der studentischen Verbindungen erschöpft. Es trifft aber durchaus zu, daß, wie der Historiker und Archivar der Deutschen Burschenschaft Harald Lönnecker kürzlich formuliert hat³, der nicht korporierte Student des 19. Jahrhunderts für die Forschung in der Regel nur statistisch erfaßbar ist, zumeist fehlt es an Quellen, aus denen die „Finken“, „Muli“ oder „Obscuranten“⁴, wie sie zeitgenössisch meist genannt wurden, entweder individuell oder kollektiv faßbar würden, und die es erlauben würden, generalisierende Aussagen zu treffen. Wie man sich dieser wichtigen Gruppe dennoch wissenschaftlich fruchtbar nähern kann, hat vor einigen Jahren Silke Möller mit ihrer sehr innovativen, von Peter Lundgreen betreuten Dissertation⁵ gezeigt, in der sie auf der Basis von 155 Autobiographien wichtige neue Erkenntnisse zur vergleichenden studentischen Sozialisation im Kaiserreich

¹ Abkürzungsverzeichnis im Anhang.

Vgl. *Matthias Stickler*, Forschungsbericht: Neuerscheinungen zur Studentengeschichte seit 1994. Ein Forschungsbericht über ein bisweilen unterschätztes Arbeitsfeld der Universitätsgeschichte, in: JbUG 4 (2001) 262–270.

² *Michael Gehler*, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 6, Innsbruck 1990) 11.

³ *Harald Lönnecker*, Quellen und Forschungen zur Geschichte der Korporationen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: „Klassische Universität“ und „akademische Provinz“. Studien zur Universität Jena von der Mitte des 19. bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, hrsg. v. *Matthias Steinbach* und *Stefan Gerber* (Jena, Quedlinburg 2005) 401–437.

⁴ Vgl. *Robert Paschke*, Studentenhistorisches Lexikon. Aus dem Nachlaß hrsg. und bearb. v. *Friedhelm Golücke*, GDS-Archiv, Beiheft 9 (Köln 1999) 109, 190, 198; im folgenden zitiert: *Paschke*, Studentenhistorisches Lexikon.

⁵ *Silke Möller*, Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“. Studentische Sozialisation im Deutschen Kaiserreich, 1871–1914 (Pallas Athene 4, Stuttgart 2001); im folgenden zitiert: *Möller*, Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“.

vorlegen konnte. Umfangreicheres Quellenmaterial liegt auch zur sogenannten Freistudentenschaft vor, die allerdings erst seit den 1890er Jahren an Bedeutung gewann⁶. Der Verbindungsstudent hat, wie Lönnecker zu Recht hervorhebt, in der Regel methodologisch den Vorteil, daß er, auch wenn er quellenmäßig nicht unmittelbar faßbar ist, als Teil seiner Verbindung Konturen gewinnt, da das Aktivwerden in gewisser Weise den Charakter eines weltanschaulichen Bekenntnisses hat. Man wird zwar nicht annehmen können, daß alle Mitglieder einer Verbindung oder eines Verbandes identische Meinungen vertreten, doch verkörpern diese in Gestalt ihrer meist so genannten „Prinzipien“ konkrete Repräsentationen der akademischen Wertewelt samt dem damit verbundenen Habitus, in die sich jedes Mitglied freiwillig einfügt und deren Pflege und Weitergabe er in einem feierlichen Initiationsritus gelobt, so daß man zumindest von einer überwiegenden Zustimmung ausgehen muß. Unter studentischen Korporationen oder Verbindungen versteht man⁷ im langen 19. Jahrhundert Zusammenschlüsse von Studenten, die zumeist männerbündisch⁸ verfaßt sind, gewisse vereinsähnliche Organisationsstrukturen aufweisen und durch die Universitätsbehörden, bei denen jene aufgrund von deren Disziplinargewalt über die Studenten, um Genehmigung ihrer Tätigkeit nachzusuchen mußten, als studentische Vereine anerkannt wurden⁹. Ur-

⁶ Vgl. hierzu den Band von *Hans-Ulrich Wipf*, Studentische Politik und Kulturreform. Geschichte der Freistudenten-Bewegung 1896–1918 (Schwalbach, Taunus 2004). Die von Wipf in seinem Buch betonte Fortschrittlichkeit der Freistudentenschaft müßte m.E. einmal durch Lokalstudien genauer überprüft werden; vgl. hierzu den Beitrag von *Hartmut Rüdiger Peter, Andreas de Boor, Mario Klotzsche*, Russische Studenten, „Klinikerstreit“ und „akademische Ausländerfrage“ vor dem 1. Weltkrieg, in: Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502–2002, hrsg. v. *Hermann-J. Rupieper* (Halle 2002) Sammelband, im folgenden zitiert: *Rupieper* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502–2002, der vor dem Hintergrund des sogenannten Halleschen Klinikerstreits des Jahres 1912 wichtige neue Einsichten zum akademischen Chauvinismus und Antisemitismus im späten Kaiserreich vermittelt und hierbei insbesondere die Rolle der Freistudentenschaft kritisch analysiert.

⁷ Erweiterte Definition nach *Christopher Dowe und Stephan Fuchs*, Katholische Studenten und Antisemitismus im Wilhelminischen Deutschland, in GUG 30 (2004) 571–593, hier 573 FN 11.

⁸ Zum Phänomen des Männerbundes vgl. *Gisela Völger, Karin von Welck* (Hrsg.), Männerbünde, Männerbande. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich, 2 Bde. (Köln 1990); *Wolfgang Lipp*, Verbindungen als Männerbünde, in: „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens, hrsg. v. *Harm-Hinrich Brandt* und *Matthias Stickler* (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 8, Würzburg 1998) 367–382 (im folgenden zitiert: *Brandt, Stickler* [Hrsg.], „Der Burschen Herrlichkeit“) sowie *Jürgen Reulecke*, Männerbund versus Familie. Bürgerliche Jugendbewegung und Familie in Deutschland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: *Thomas Koebner* (Hrsg.), „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend (Frankfurt a. M. 1985) 199–223; ders., „Ich möchte einer werden, so wie die ...“. Männerbünde im 20. Jahrhundert (Frankfurt, New York 2001); *Wolfgang Wippermann*, Männer und Mensuren. Waffenstudenten in geschlechtergeschichtlicher Sicht, in: *Brandt, Stickler* (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 231–247; vgl. hierzu auch die Ausführungen von *Alexandra Kurth*, Männer – Bünde – Rituale. Studentenverbindungen seit 1800 (Frankfurt a. M., New York 2005) 137ff.

⁹ In dieser Disziplinargewalt der Universitäten lebte im 19. Jahrhundert in gewisser Weise ein Rest des vormodernen akademischen Erziehungsauftrags fort; v.a. im Vormärz und in der Reaktionszeit nach 1849 versuchten die deutschen Einzelstaaten das studentische Vereinswesens zu reglementieren und möglichst einzuschränken. Dies blieb im Kern auch nach der Durchsetzung

sprünglich zumeist Vereinigungen von nicht selten diffusen Mitgliedschaftsverhältnissen, deren Dauer nur das Studium am Ort umfaßte, wandelten sich die Verbindungen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sogenannten Lebensbünden, d.h. sie verstanden sich nun als Gemeinschaften von Studenten, den sogenannten „Aktiven“ (Gesamtheit: *Aktivitas*, darunter die als „Füxe“ bzw. „Füchse“ bezeichneten Neumitglieder auf Probe¹⁰) und berufstätigen Altmitgliedern, den sogenannten Alten Herren oder Philistern¹¹. Für letztere entstanden eigene, zumeist im bürgerlichen Sinne rechtsfähige Vereine, die allerdings die innere Autonomie der *Aktivitates* in der Regel akzeptierten. Im Hinblick auf die äußeren Formen unterscheidet man die farbentragenden (zumeist dreifarbiges Band und Mütze) von den nicht farbentragenden oder „schwarzen“ Verbindungen, die dies ablehnen; letztere führen aber mehrheitlich dennoch Farben im „Bierzipfel“¹², einem Schmuckanhänger in Verbindungsfarben, und tragen bei feierlichen Anlässen den „Wichs“, die traditionelle studentische Festtracht¹³.

Im folgenden sollen, nach grundsätzlichen Ausführungen zum Thema und einem knappen Forschungsüberblick, wesentliche Grundzüge der Entwicklung der studentischen Selbstorganisation im langen 19. Jahrhundert herausgearbeitet und dabei insbesondere auf wichtige Desiderate hingewiesen und künftige innovative Fragestellungen aufgezeigt werden.

1. Grundsätzliches zum Thema

In einem Studentenlied aus der Mitte des 19. Jahrhunderts finden wir eine herrliche humoristische Beschreibung des damaligen Studentenlebens. Es heißt da:

1. S'gibt kein schöner Leben als Studentenleben,
wie es Bachus und Gambrinus schuf;
in die Kneipen laufen und sein Geld versaufen,
ist ein hoher herrlicher Beruf.
Ist das Moos verschwunden, wird ein Bär gebunden,
immer geht's in dulci jubilo;
ist kein Geld in Bänken, ist doch Pump im Schenken

der bürgerlichen Vereinsfreiheit in den 1860er Jahren so; vgl. hierzu am Beispiel Bayerns bzw. Würzburgs: *Matthias Stickler, Zwischen Anpassung und Aufbegehren – Studenten an der Universität Würzburg im 19. Jahrhundert* (im folgenden zitiert: *Stickler, Zwischen Anpassung und Aufbegehren*), in: *Zwischen Korporation und Konfrontation. Beiträge zur Würzburger Universitäts- und Studentengeschichte*, hrsg. v. *Bernhard Grün, Johannes Schellakowsky, Matthias Stickler und Peter Süß* (Köln 1999) 76–140, v.a. 93–105; Sammelband im folgenden zitiert: *Grün, Schellakowsky, Stickler, Süß* (Hrsg.), *Zwischen Korporation und Konfrontation*.

¹⁰ Beide Schreibweisen sind gebräuchlich; ob die Bezeichnung wirklich von dem gleichnamigen Raubtier abgeleitet ist, ist umstritten; vgl. hierzu: *Friedhelm Golücke, Studentenwörterbuch. Das Akademische Leben von A-Z* (Graz, Wien, Köln 1987) 176; im folgenden zitiert: *Golücke, Studentenwörterbuch*; vgl. ebenso *Paschke, Studentenhistorisches Lexikon* 113f.

¹¹ Vgl. hierzu *Golücke, Studentenwörterbuch* 344.

¹² Vgl. *Paschke, Studentenhistorisches Lexikon* 50.

¹³ Ebd. 296.

für den kreuzfidel Studio.

[...]

4. Vater spricht: „Das Raufen und das Kneipenlaufen
nutzt dir zum Examen keinen Deut!“
Doch dabei vergißt er, daß er ein Philister
und daß jedes Ding braucht seine Zeit.
Traun! das hieße lästern, schon nach sechs Semestern
ein Examen! Nein das geht nicht so!
Möchte nie im Leben etwas anders werden
Als ein kreuzfidel Studio.¹⁴

Es ist offenkundig, daß es sich bei dieser Dichtung um eine ironisch-romantische Idealisierung der Studienwirklichkeit des 19. Jahrhunderts handelt. Doch liegt in der Schilderung insofern ein wahrer Kern, als eines der Hauptkennzeichen des mit dem Namen Wilhelm von Humboldts verknüpften Studiensystems bekanntlich die Lehr- und Lernfreiheit war und, damit in engem Zusammenhang, der förmliche Verzicht der Universitäten auf die erzieherische Aufsicht über ihre Studenten¹⁵. Diese durchaus folgenschwere Grundsatzentscheidung hatte v. a. zwei Konsequenzen: Zum einen wurden die Studenten, die bisher integraler Bestandteil der Universität gewesen waren, aus dieser gleichsam ausgeschlossen und waren künftig lediglich noch „Nutzer“ einer Bildungseinrichtung, nicht aber Mitglieder der Gesamtkorporation mit rechtlich abgesicherten Mitwirkungsrechten¹⁶. Zum zweiten entstanden allerdings für die Studenten Freiräume, die viel beschworene „Humboldt'sche Lücke“¹⁷, die, mehr als etwa in den englischen Colleges, die Selbststeuerung und Selbstorganisation studentischer Sozialisation¹⁸ erst ermöglichen.

¹⁴ Allgemeines Deutsches Kommersbuch (Lahr ¹⁶⁰1990) 268f.; das Lied erschien erstmals in Braun's Liederbuch für Studenten (Berlin 1845).

¹⁵ Die in der alteuropäischen Universität vorherrschende, formal kleinliche Reglementierung des Studentenlebens stand in einem dauerhaften Gegensatz zur Idee der gewohnheitsrechtlich begründeten „Burschenfreiheit“, deren Anerkennung von den Studenten eingefordert wurde und die von den akademischen Behörden, zumindest an den evangelischen Universitäten, meist toleriert wurde; vgl. hierzu den 1912 in erster Auflage erschienenen studentengeschichtlichen Klassiker von Paul Ssymank und Friedrich Schulze, *Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart* (München ⁴1932, ND Köln 1991) 181–207 sowie neuerdings Marian Füssel, Devianz als Norm? Studentische Gewalt und akademische Freiheit in Köln im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Westfälische Forschungen* 54 (2004) 145–166 und ders., Riten der Gewalt. Zur Geschichte der akademischen Deposition und des Pennalismus in der frühen Neuzeit, in: *ZHF* 32/4 (2005) 605–648.

¹⁶ Vgl. hierzu Mohammed Rassem, Die problematische Stellung der Studenten im sogenannten Humboldt'schen System, in: *Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern* 44 (1968) 15–33 sowie vergleichend Claudius Gellert, Vergleich des Studiums an englischen und deutschen Universitäten (München 1983).

¹⁷ Vgl. Siegfried A. Kähler, Wilhelm von Humboldt und der Staat (Göttingen ²1962) 228ff.

¹⁸ Unter Sozialisation soll in Anlehnung an Dieter Geulen und Klaus Hurrelmann verstanden werden ein „Prozeß der Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit in wechselseitiger Abhängigkeit von der gesellschaftlich vermittelten sozialen und materiellen Umwelt. ... Vorrangig thematisch ist hierbei die Frage, wie sich der Mensch zu einem gesellschaftlich handlungsfähigen Subjekt bildet.“ (Dieter Geulen, Klaus Hurrelmann, Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisationstheorie, in: *Handbuch der Sozialisationsforschung*, hrsg. v. Klaus Hurrelmann und Dieter

lichten und – entgegen den idealistischen Intentionen Humboldts, der Studenten in erster Linie als mündige, vom Intellekt bestimmte und nach den höheren Weihen wissenschaftlicher Betätigung strebende Anwärter auf die akademische Bürgerschaft und eben nicht als Menschen mit jugendlichem Gemeinschaftsbedürfnis in einer Phase noch unabgeschlossener Persönlichkeitsbildung sah – die Möglichkeit des Mißbrauchs der neuen Freiheit in Gestalt der in dem zitierten Lied karikierten Bummelei selbstverständlich mit einschloß¹⁹. Maßgebliche Sozialisationsinstanzen für die Studenten waren neben der Universität bzw. der akademischen Forschung und Lehre die seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert aus älteren Vorläufern entstehenden studentischen Verbindungen. Diese füllten mit ihrem Anspruch auf nicht fremdbestimmte studentische Selbsterziehung bzw. Erziehung in und durch die Gemeinschaft die Humboldtsche Lücke und wirkten so komplementär zum staatlich reglementierten Bildungsauftrag der Universitäten. Sie halfen insbesondere, die radikale Isolierung, die die meisten Studenten nach der Entlassung aus der strengen Zucht des gymnasialen Unterrichts und der väterlichen Hausgewalt angesichts der praktischen Konsequenzen der akademischen Freiheit empfanden, zu überwinden. Der bedeutende Philosoph und Pädagoge Friedrich Paulsen (1846–1908), selbst Mitglied der 1817 gegründeten Burschenschaft der Bubenreuther in Erlangen, hat zu Anfang des 20. Jahrhunderts auf diese wichtige Funktion des Verbindungswesens hingewiesen: „Die freien Verbindungen sind für das deutsche Studentenleben ebenso charakteristisch, wie für das englische das Leben im College. Auf dem freien Willen und der eigenen Wahl beruhend, sind manche unter ihnen Verbände von einer Festigkeit und einer Innigkeit, daß ihnen kaum ein anderer Verein darin gleichkommt. Das gilt besonders von den alten, auf langer und starker Tradition ruhenden Farbenverbindungen. Sie geben dem Stu-

Ulich [Weinheim 1980] 51–69, hier 51). Sozialisation ist also ein prinzipiell ergebnisoffener, auf Kommunikation bzw. Dialog angelegter Prozeß. Der Einzelne ist hierbei keineswegs lediglich passiv Prägungen ausgesetzt, seine Rolle ist vielmehr eine aktive, weil er in individueller Auseinandersetzung mit bestehenden Normen und Werten seine Persönlichkeit ausbildet, soziales Verhalten erlernt und auf diese Weise innerhalb einer Gesellschaft Handlungsfähigkeit erwirbt. Wichtige Sozialisationsinstanzen sind beispielsweise Familie, Schule, Kirche, Militär, die Universität, aber auch Peergroups und Vereine wie z.B. die studentischen Verbindungen. Man unterscheidet die primäre, frühkindliche v.a. in der Familie stattfindende, von der sekundären (v.a. Erziehungs- und Bildungssystem) und der tertiären (v.a. Peergroups, Medien) Sozialisation. Diese drei Stadien des Sozialisationsprozesses folgen allerdings nicht einfach streng chronologisch aufeinander, sondern sind, gerade weil Sozialisation ein lebenslanger Vorgang ist, vielfältig miteinander verschränkt. Die historische Sozialisationsforschung beschäftigt sich v.a. mit „den individuellen und kollektiven Bedingungen des Aufwachsens ... der lebensgeschichtlichen Bedeutung solcher Sozialisationserfahrungen und ... ihrer Umsetzung in Verhaltensdispositionen, Wahrnehmungsformen und Einstellungen“ (*Andreas Gestrich*, Vergesellschaftungen des Menschen. Einführung in die Historische Sozialisationsforschung [Tübingen 1999]).

¹⁹ Vgl. hierzu ausführlich *Harm-Hinrich Brandt*, Studierende im Humboldt'schen Modell des 19. Jahrhunderts, in: *Rainer Christoph Schwinges* (Hrsg.), *Humboldt International*. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 3, Basel 2001) 131–150; im folgenden zitiert: *Brandt*, Studierende im Humboldt'schen Modell.

denten etwas wie eine Heimat auf der Universität“²⁰. Vergleichbare Aussagen finden wir etwa auch – jugendlich begeistert – in den Briefen Heinrich von Treitschkes (Bonner Burschenschaft Frankonia) aus seiner Bonner Studienzeit²¹ oder – abgeklärt bzw. tendenziell pessimistisch und desillusioniert – in den Erinnerungen Friedrich Meineckes²² (Burschenschaft Saravia Berlin); in beiden Zeitdokumenten wird auch die selbstverständliche Verortung des Verbindungswesens im damaligen universitären System überdeutlich²³.

Gemeinsames Ziel des verbindungsstudentischen Erziehungsprogramms war, bei allen Unterschieden der sich bildenden Verbände und trotz aller bukolisch-geselligen Elemente des Verbindungslebens bzw. den auch aggressiv-militanten Zügen der Gruppenriten, Ehrenkodices und internen Hierarchiebildungen, die bis heute gerne karikiert und auch kritisiert werden²⁴, der Wille zur Distinktion durch Konstruktion und Weitergabe eines in der Wertewelt des Bildungsbürgertums, bei einigen Verbindungen auch des Adels, wurzelnden, spezifisch akademischen Habitus auf der Basis eines gruppenbezogenen, gleichsam ständischen Ehrbegriffs. Dieser war spezifisch männlich bzw. männerbündisch und elitär konnotiert sowie ideell ausschließlich auf Akademikerschaft, Offizierskorps und Adel bezogen. Die sogenannte „satisfaktionsfähige Gesellschaft“²⁵ als Gemeinschaft von idealiter Gleichen bzw. Gleichwertigen war allerdings, was gerne übersehen wird, in erheblichem Umfang ein von studentischem Anspruchsdenken gekennzeichnetes Konspekt, gerade der Adel und das stark vom Adel geprägte Offizierskorps erkannten „den Studenten“ nicht ohne weiteres als gleichwertig an. Zudem gab es auch innerhalb der verbindungsstudentischen Subkultur eine informelle, vielfach umkämpfte und sich lokal auch unterscheidende Hierarchie, deren Spitzenplatz traditionell die Corps²⁶ beanspruchten. Der studentische Ehrbegriff und die daraus

²⁰ Friedrich Paulsen, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium (Berlin 1902) 472.

²¹ Heinrich von Treitschke, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. v. Karl Martin Schiller, Bd. 5 (Meersburg 1929) 167ff.

²² Friedrich Meinecke, Erlebtes. 1862–1901 (Leipzig 1941) 83–86, 109–114 und 105.

²³ Eine schöne Quelle zum burschenschaftlichen Leben im Kaiserreich stellen auch die Erinnerungen des preußischen Ministerialrats Herbert du Mesnil dar: Preußisch Dienen und Genießen. Die Lebenszeiterzählung des Ministerialrats Dr. Herbert du Mesnil (1875–1947), bearb. v. Jürgen Kloosterhuis (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz 21, Köln, Weimar, Wien 1998).

²⁴ Vgl. Harm-Hinrich Brandt, Studentische Korporationen und politisch-sozialer Wandel. Modernisierung und Antimodernismus, in: Deutschlands Weg in die Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur im 19. Jahrhundert, hrsg. v. Harm-Hinrich Brandt und Wolfgang Hardtwig (München 1993) 122–143; im folgenden zitiert: Brandt, Studentische Korporationen und politisch-sozialer Wandel.

²⁵ Vgl. hierzu Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. M. Schröter (Frankfurt a. M. 1989) hier v. a. das Kapitel „Die satisfaktionsfähige Gesellschaft“ 61–158.

²⁶ Zur Geschichte der Corps vgl. v. a. Rolf-Joachim Baum (Hrsg.), „Wir wollen Männer, wir wollen Taten“. Deutsche Corpsstudenten von 1848 bis heute (Berlin 1998) und Manfred Studier, Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära – Untersuchungen zum Zeitgeist 1888 bis 1914 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 3, Schernfeld 1990). Vgl. auch die kürzlich erschienene, sehr gelungene Lokalstudie von Torsten Lehmann, Die Hallenser Corps im

resultierende Wertewelt wurde durch die Verbindungsrituale – bei schlagenden Verbindungen v. a. durch den in lokalen Comments geregelten Zweikampf (Duell, Persönliche Contrahage, Pro-Patria-Suite, Bestimmungsmensur)²⁷, bei den konfessionellen Verbänden insbesondere durch die gemeinsame religiöse Praxis (Gottesdienste, Fronleichnamsprozession als spezifisch katholische Form der Demonstration), bei nahezu allen auch durch das bukolisch-gesellige Element des überlieferten Biercomments auf den studentischen Kneipen²⁸ – symbolisch und praktisch eingeübt. Die persönliche Ehre des Einzelnen war mit der seiner Korporation eng verknüpft, so daß sein Verhalten in der Öffentlichkeit nie ausschließlich privater Natur war. Verletzte Ehre erforderte Genugtuung, entweder durch Zweikampf oder durch ein ehrengerichtliches Verfahren; letzteres wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts, was gemeinhin wenig beachtet wird, vor dem Hintergrund zunehmender Kritik am Schlagen bzw. der Tatsache, daß dieses offiziell in jeder Form strafbar war, immer häufiger.

Das verbindungsstudentische Erziehungsprogramm bedeutete in der Praxis eine erhebliche Einschränkung der studentischen Freiheit, weil sie die unbedingte Hingabe des einzelnen an seine Verbindung zwingend voraussetzte. „Freiheit“ bedeutete für den Verbindungsstudenten deshalb auch nicht schrankenlose, sondern „beherrschte“ Freiheit²⁹, d. h. die freiwillige Zurücknahme der individuellen Interessen zugunsten der höheren Zielsetzungen des Bundes. Wichtig ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß der Zeitraum der bedingungslosen Unterordnung unter die Verbindung, die nicht selten einherging mit einer Vernachlässigung des Studiums, begrenzt war, nämlich auf Fuxenzeit und Aktivität sowie gegebenenfalls Übernahme eines Führungsamtes („Charge“) innerhalb der Verbindung, also zwei bis drei, maximal vier bis fünf Semester; spätestens mit dem Eintritt in die sogenannte Inaktivität stand der Verbindungsstudent dem Bildungsauftrag der Universität wieder voll zur Verfügung und konnte sich intensiv dem Studium widmen, die Hochschule wechseln oder sich auf die Abschlußprüfungen konzentrie-

Deutschen Kaiserreich. Eine Untersuchung zum studentischen Verbindungswesen von 1871 bis 1918 (Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte 10, Halle 2007).

²⁷ Zu den Details des akademischen Fechtens vgl. v.a.: *Martin Biastoch*, Duell und Mensur im Kaiserreich. Am Beispiel der Tübinger Corps Franconia, Rhenania, Suevia und Borussia zwischen 1871 und 1895 (GDS-Archiv, Beiheft 4, Vierow 1995); *Herbert Boll*, Die strafrechtliche Behandlung der Bestimmungsmensur (Breslau 1922); *Harald Lönnecker*, „.... bis an die Grenze der Selbstzerstörung“. Die Mensur bei den akademischen Sängerschaften zwischen kulturellem Markezeichen, sozialem Kriterium und nationalem Symbol (1918–1926), in: Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 50 (2005) 281–340, im folgenden zitiert: *Lönnecker*, „.... bis an die Grenze der Selbstzerstörung“; *Jürgen Kloosterhuis*, Pudel und Partien. Studentisches Fechten und staatliches Mensurverbot im korporationsgeschichtlichen Wandel, untersucht am Beispiel der Hallenser Neoborussia von 1849 bis 1936, in: *Rupieper* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502–2002 340–376.

²⁸ Unter einer Kneipe versteht man gemeinsames Trinken durch den Biercomment festgelegten bzw. ritualisierten Formen; vgl. hierzu *Paschke*, Studentenhistorisches Lexikon, 42f. (Lemma „Biercomment“) und 153ff. (Lemma „Kneipe“).

²⁹ *Möller*, Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“ 169; vgl. zum Gesagten auch ebd. 169f.

ren. Die Teilnahme am Verbindungsleben reduzierte sich in dieser Phase auf wenige Pflichtveranstaltungen.

Universität als Lebensform bedeutet, daß die Verbindungen sich, trotz des erwähnten Ausschlusses der Studenten aus der Universitätskorporation im Gefolge der mit dem Namen Humboldts verbundenen Hochschulreformen weiterhin als untrennbares Bestandteil des akademischen Lebens begriffen, was symbolisch auch dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie bzw. ihre offiziellen Vertreter („Chargierten“) an universitären Feiern u.ä. Veranstaltungen als Repräsentanten der Studentenschaft teilnahmen. Es gelang zwar weder den Seniorenconventen der Landsmannschaften und Corps, noch der Burschenschaft³⁰ bzw. später der Gesamtheit der Verbindungen am Ort, diesen Anspruch gleichsam juristisch festzuschreiben, doch war ihre Stellung, wie das Verhalten des universitären Lehrkörpers den Verbindungen gegenüber zeigt, informell durchaus anerkannt. Zumeist wenig beachtet wird demgegenüber die Tatsache, daß auch die Binnenstruktur der Verbindungen stark vom Vorbild der Universität beeinflußt war: Die Vergabe der Chargen durch Wahl der vollberechtigten Mitglieder („Burschen“) auf relativ kurze Zeit (meist ein Semester) nach dem Vorbild der Dekane und Rektoren; die grundsätzliche Egalität der Mitglieder nach dem Vorbild der Gelehrtenrepublik; die Praxis des mentoratsähnlichen Leibverhältnisses zwischen Bursch und Fux nach dem Vorbild des akademischen Meister-Schüler-Verhältnisses; verbindungsinterne, der Formung des Nachwuchses dienende und durch die Verbindungsconvente kontrollierte Prüfungs- und Selektionssysteme (Fuxenvortrag, Burschenprüfung, gemeinsame religiöse Praxis, Kneipe, Zweikampf) nach dem Vorbild der akademischen Prüfungen bis hin zu Parodien akademischer Feiern wie etwa Bierpromotionen oder Promotionskneipen³¹ mit ihren die akademischen Disputatio-

³⁰ Zur Geschichte der Deutschen Burschenschaft vgl. v.a. *Helmut Asmus* (Hrsg.), Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung. Zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes (Berlin 1992), im folgenden zitiert: *Asmus* (Hrsg.), Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung; *ders.*, Das Hambacher Fest. Illustrierte historische Hefte, 37 (Ost-Berlin 1985); *ders.*, Das Wartburgfest. Studentische Reformbewegungen 1770–1819 (Magdeburg 1995); *Hans-Georg Balder*, Geschichte der Deutschen Burschenschaft (Hilden 2005); *Georg Heer*, Geschichte der Deutschen Burschenschaft, II. Band: Die Demagogenezeit. Von den Karlsbader Beschlüssen bis zum Frankfurter Wachensturm, 1820–1833 (Heidelberg 1965); *ders.*, Geschichte der Deutschen Burschenschaft, III. Band: Die Zeit des Progresses, von 1833 bis 1859 (Heidelberg 1965); *ders.*, Geschichte der Deutschen Burschenschaft, IV. Band: Die Burschenschaft in der Zeit der Vorbereitung des zweiten Reiches, im zweiten Reich und im Weltkrieg, von 1859 bis 1919 (Heidelberg 1977); *Paul Wentzcke*, Geschichte der Deutschen Burschenschaft, I. Band: Vor- und Frühzeit bis zu den Karlsbader Beschlüssen (Heidelberg 1965); *Helge Dvorak* (Hrsg.), Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, hrsg. i. Aufr. d. Gesellschaft f. burschenschaftl. Geschichtsforschung v. *Christian Hünemörder*, bisher sechs Bände (Heidelberg 1996ff.). Vgl. auch den kürzlich erschienenen Aufsatz von *Lisa Fetherling Zwicker*, The Burschenschaft and German Political Culture, 1890–1914, in: CEH 42 (2009) 3 389–428.

³¹ Unter einer Bierpromotion versteht man die Parodie auf ein akademisches Promotionsverfahren, bei dem das „Bierwissen“ und die Trinkfestigkeit des Kandidaten „geprüft“ werden; dafür wird der „Grad“ eines „Doctor cerevisiae“ verliehen. Bei einer Promotionskneipe handelt es sich um eine Festkneipe, in dessen Rahmen eine bestandene akademische Promotion gefeiert wird, wobei der neue Doktor von seinen Bundesbrüdern sowohl geehrt als auch nicht selten derbleckt wird. Zum studentischen Brauchtum im Detail vgl. die opulent ausgestatteten Bildbände von

nen karikierenden Elementen einschließlich des gezielten Einsatzes der Gelehrtsprache Latein. Es handelt sich beim Treiben der studentischen Verbindungen also keineswegs um bloßes „Freizeitverhalten“³², die Korporationserziehung war vielmehr – und das ist in der Tat das einzigartige am deutschen Korporationswesen – in der klassischen Epoche des deutschen Universitätssystems als „hidden curriculum“ (Konrad H. Jarausch) Bestandteil des universitären Bildungssystems, welche eben nicht in ein offizielles Gesamtprogramm institutioneller Erziehung und Bildung integriert war, sondern vielmehr stets den Grundkonstanten jugendlich-männlicher Selbsterziehung verhaftet blieb – ganz anders als etwa in England oder den Vereinigten Staaten. Auf dem Umweg über die Verbindungen entstand sekundär auch so etwas wie eine emotionale Bindung der Studenten an die Universität. Daß sich in Deutschland das in den angelsächsischen Ländern selbstverständliche Alumni-Wesen nie entwickelt hat, hängt wohl auch maßgeblich damit zusammen, daß auf diesem Felde die Verbindungen bzw. konkret deren Altherrenschaften eine Lücke füllten. Subsidiär waren diese die Alumni-Organisationen der Universitäten.

Einen weiteren wichtigen Aspekt im Hinblick auf die Einordnung des Verbindungswesens gilt es ebenfalls noch zu berücksichtigen: Auch wenn man sich klarmachen muß, daß selbst in der Hochzeit des studentischen Verbindungswesens zwischen 1871 und 1933 selten mehr als 50% der Studenten korporiert waren³³, in den großen Universitätsstädten wie Berlin, München oder Leipzig sogar noch weniger, so stellten sie dennoch die dominierende Größe an den Hochschulen dar; freistudentische Clubs bzw. Vereine entstanden zwar in wachsender Zahl seit dem späten 19. Jahrhundert, doch konnten sie die Dominanz der studentischen Verbindungen dauerhaft nicht brechen³⁴. Diese beherrschten als gut organisierte und

Peter Krause, O alte Burschenherrlichkeit – Die Studenten und ihr Brauchtum (Graz 51997) und *Paulgerhard Gladen*, *Gaudeamus igitur. Die studentischen Verbindungen einst und jetzt* (München 21988) sowie *Raimund Lang*, *Ergo cantemus – Texte und Materialien zum Studentenlied* (GDS-Archiv, Beiheft 13, Köln 2001); eine modernen Anforderungen genügende kulturgeschichtliche Einordnung dieser Rituale fehlt bisher.

³² *Sylvia Paletschek*, Die permanente Erfindung einer Tradition. Studien zur Geschichte der Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Contubernium 53, Stuttgart 2001) 4, FN 7.

³³ Für das Wintersemester 1913/14 läßt sich für das Deutsche Reich eine Gesamtzahl von 73 113 korporierten Studenten errechnen, das entspricht ca. 48% aller Studierenden. Vgl. hierzu die Angaben bei *Norbert Kampe*, Studenten und „Judenfrage“ im deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 76, Göttingen 1988), im folgenden zitiert: *Kampe*, Studenten und „Judenfrage“, nach 116 sowie die Tabelle in: Wende und Schau. Des Kösener Jahrbuchs erster Jahrgang (Frankfurt a. M. 1930) o.S.; vgl. hierzu auch die Grafiken im Anhang. Wissenschaftlich fundierte regionale Untersuchungen zum Organisationsgrad der studentischen Verbindungen gibt es kaum. Für die Universität Würzburg schwanken die Prozentangaben zwischen 1895 und 1914 zwischen 38 und 47%; vgl. *Stickler*, Zwischen Anpassung und Aufbegehen 423ff.

³⁴ Die Geschichte dieser überwiegend lokalen studentischen Vereinigungen ist bisher leider nur wenig erforscht; für Würzburg kann man zeigen, daß die clubähnlichen Vereine ihren Anteil an der Gesamtstudentenschaft zwischen 1907 und 1914 von 3,3 auf 15,6% steigern konnten, sie aber dennoch eine vergleichsweise marginale Erscheinung waren; vgl. *Stickler*, Zwischen Anpassung und Aufbegehen 429f.

hochschulpolitisch mobilisierbare Gruppen weitgehend die entstehenden studentischen Selbstverwaltungsorgane, gaben vielfach die Themen vor, über die in Studentenkreisen diskutiert wurde, waren allein schon durch ihr unübersehbares, farbenprächtiges Auftreten (Couleur, Wichs) deutlich präsent und hatten über ihre Alten Herren in der Regel gute Beziehungen zu Hochschule, Kirche, Wirtschaft und Politik. V. a. der Erste Weltkrieg hat die dennoch vorhandenen Ansätze für eine steigende Bedeutung der Freistudenten dann wieder verschüttet, weil bei diesen wegen Fehlens von Altherrenenschaften die Tradition überwiegend abriss.

2. Zum Forschungsstand

Die gegenwärtige Forschung zu den studentischen Verbindungen ist v. a. dadurch gekennzeichnet, daß sie in erheblichem Umfang getragen wird durch die noch existierenden Verbindungen und Verbände respektive deren Mitglieder bzw. speziellen studenten- bzw. korporationsgeschichtlich orientierten Vereinen, die zumeist einem der großen Dachverbände nahestehen und einschlägige Bücher sowie Zeitschriften herausgeben. Zu den bedeutendsten gehören die „Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V.“³⁵ (DB), „Einst und jetzt. Verein für corpsstudentische Geschichtsforschung e.V.“³⁶ (KSCV, WSC) und die „Studentengeschichtliche Vereinigung des Coburger Convents e.V.“³⁷. Etwas anders sieht es aus mit der „Deutschen Gesellschaft für Hochschulkunde e.V.“³⁸ (DGfH), der „Gemeinschaft für Deutsche Studentengeschichte e.V.“³⁹ (GDS), dem „Österreichischen Verein für Studentengeschichte e.V.“⁴⁰ (ÖVfStG) und der „Schweizerischen Vereinigung für Studentengeschichte“⁴¹ (SVSt), die von ihren Zielsetzungen her keinem der existierenden Verbände verpflichtet sind, deren Mitglieder aber gleichwohl mehrheitlich diesen angehören; die DGfH und die GDS unterhalten eigene Institute, deren Ziel die Förderung der studentengeschichtlichen Forschung und die Verfügbarmachung von einschlägigen Quellen und Literatur ist: Das Institut für Hochschulkunde (IfH) an der Universität Würzburg bzw. das Institut für Deutsche Studentengeschichte (IDS) in Paderborn. Die GDS verfügt zudem über mehrere Buchreihen, eine Mitgliederzeitschrift („Studentenkuriere“) und ein Jahrbuch („GDS-Archiv zur Hochschul- und Studentengeschichte“). All diesen im weitesten Sinne korporationsnahen Einrichtungen haftet bis heute der Verdacht an, von korporierten Laienhistorikern beherrschte Traditionsvereine zu sein, die vorwiegend an apologetischer Selbstbespiegelung nach

³⁵ <http://www.burschenschaftsgeschichte.de/gfbg.htm> (29.12.2009).

³⁶ <http://www.einst-und-jetzt.com> (14.11.2007).

³⁷ <http://www.coburger-convent.de/angeschlussvereine/studentengeschichtliche-vereinigung.html> (29.12.2009).

³⁸ <http://www.hochschulkunde.de> (29.12.2009).

³⁹ <http://www.gds-web.de> (14.11.2007).

⁴⁰ <http://www.studentengeschichte.at> (14.11.2007).

⁴¹ <http://www.svst.ch> (14.11.2007).

dem Vorbild der überkommenen verbindungsstudentischen Festschriftenliteratur interessiert sind, weshalb gerade Fachhistoriker ihnen gegenüber nicht selten Begehrungsängste haben. Demgegenüber muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Arbeit dieser Vereine und der vielen interessierten Laien, die tatsächlich dort tätig sind, so unprofessionell zumeist nicht ist; zudem taugen auch chronikalisch angelegte Festschriften bzw. wenig differenzierte Arbeiten immerhin noch als Traditionssquellen, sind sie zumeist doch aus Archivgut oder zumindest verbindungsinternem Material gearbeitet. Zudem geben sie oft Hinweise auf viele, in den Verbindungs- und Verbandsarchiven verwahrte, bisher kaum beachtete archivalische Schätze, die eine moderne universitätsgeschichtliche Forschung, die die studentischen Verbindungen als historisches Phänomen ernst nimmt, sehr bereichern können. Beispielhaft kann in diesem Zusammenhang etwa das – von der GfBG finanzierte – kürzlich in der GDS-Reihe „Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen“ (ASH) neu edierte Stammbuch der Jenaischen Burschenschaft genannt werden⁴².

Auf der anderen Seite derjenigen, die Interesse an Studentengeschichte haben, stehen erklärte Gegner des studentischen Verbindungswesens, deren Publikationen gewissermaßen das genaue Spiegelbild der traditionellen Verbindungs geschichtsschreibung darstellen, indem sie darauf abzielen, das Verbindungswesen, das zumeist pauschal in die Vorgeschichte des Nationalsozialismus eingeordnet und dem für die Gegenwart eine Avantgardefunktion bei der Herausbildung eines neuen organisierten Rechtsextremismus unterstellt wird, gleichsam historisch zu delegitimieren⁴³. Ein typisches Beispiel hierfür sind die Veröffentlichungen der sogenannten Marburger Geschichtswerkstatt⁴⁴, die Autoren sind übrigens über-

⁴² Peter Kaupp (Bearb.), *Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft. Die Mitglieder der Ur burschenschaft 1815–1819* (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 14, Köln 2005).

⁴³ Vgl. hierzu im Überblick: Stefan Hug, Kritik der Korporationskritik. Eine ideologiekritische Annäherung, in: GDS-Archiv 7 (2004) 71–83.

⁴⁴ Eva Ch. Gottschaldt, Das ist die Tat unseres herrlichen Führers. Die christlichen Studentenverbindungen Wingolf und der Nationalsozialismus (Marburg 1997); Dietrich Heither, Michael Lemling, Marburg, O Marburg ... Ein „Antikorporierter Stadtrundgang“ (Marburg 1996); Dietrich Heither, Eva Gottschaldt, Michael Lemling, Wegbereiter des Faschismus. Aus der Geschichte des Marburger Vereins deutscher Studenten (Marburg 1992); Alexandra Kurth, Jürgen Schlicher (Hrsg.), Projekt Wartburg '92, Studentische Korporationen gestern und heute. Historische Erfahrungen und gegenwärtige Herausforderungen für eine demokratische Hochschulpolitik (Marburg 1992). Das oben Gesagte gilt im wesentlichen auch für das im Umkreis der Marburger Geschichtswerkstatt erschienene Bändchen von Ludwig Elm, Dietrich Heither, Gerhard Schäfer, Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute (Köln 1993) sowie für den Sammelband von Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.), Alte und neue Rechte an den Hochschulen (Münster 1999). Vorbild für diese Form der Studentengeschichte und auch häufiger Zitatenlieferant ist das 1963 erschienene Buch „Gestatte mir Hochachtungschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite“ von Lutz E. Finke (Pseudonym für den SDS-Funktionär Michael Mauke). Ähnliche Publikationen erschienen auch in der ehemaligen DDR, insbesondere nach dem Bonner Regierungswechsel von 1982; vgl. etwa Klaus-Dieter Stefan, Blind wie zu Kaisers Zeiten. Säbel, Seidel, Schmisse – neue Burschenherrlichkeit? (Ost-Berlin 1985). Das Verhältnis der DDR zum studentischen Verbindungswesen war durchaus ambivalent, weil die Urbur-

wiegend keine Historiker, sondern häufig Politologen oder Sozialwissenschaftler, deren Interessenschwerpunkte meist in der Zeitgeschichte liegen; gerade für das 19. Jahrhundert sind diese Arbeiten deshalb überwiegend wenig ergiebig. In jüngerer Zeit sind bei manchen Autoren allerdings ein gewisser Professionalisierungsschub sowie die Bereitschaft, von liebgewordenen Feindbildern Abschied zu nehmen, festzustellen. Das früher dominierende „antifaschistische“ Paradigma ist teilweise durch moderne geschlechtergeschichtliche Ansätze ersetzt worden, wobei der grundsätzlich verbindungskritische, auf Delegitimation abzielende Impetus allerdings nach wie vor meist erkennbar ist⁴⁵.

Innerhalb der akademischen Geschichtswissenschaft hat das Thema studentische Verbindungen in den letzten Jahrzehnten keine besonders große Rolle gespielt, wie man auch an der vergleichsweise schleppenden Wahrnehmung der vorhandenen einschlägigen Arbeiten in den Rezensionsteilen der Fachzeitschriften sowie der einschlägigen Online-Rezensionsorgane feststellen kann. Dieses Phänomen ist wohl v.a. mit den oben beschriebenen Berührungsängsten zu erklären wie auch damit, daß als Folge der Veränderungen an den Universitäten seit 1968 die Verbindungen bestenfalls noch als Relikte einer überwundenen Epoche und damit als vernachlässigbare GröÙe wahrgenommen werden; dieser durchaus diskussionswürdige Befund für die Gegenwart wird dann anscheinend vielfach stillschweigend auf das lange 19. Jahrhundert übertragen. Einleitend ist bereits auf zwei gelungene neuere studentengeschichtliche Studien, die sich keineswegs nur um Verbindungen drehen, hingewiesen worden, im folgenden sollen diese Angaben noch um einige zusätzliche weiterführende Hinweise ergänzt werden:

schenschaft zum historischen Erbe des zweiten deutschen Staates gerechnet wurde. Deshalb konnte etwa der Magdeburger Historiker Helmut Asmus bereits vor 1989 entsprechend forschen; für die Zeit seit der Reichsgründung verfielen die Verbindungen dagegen weitgehend dem Verdikt der „reaktionären Rückwärtsgewandtheit“. Beispielhaft zeigt sich diese Ambivalenz etwa am Umgang der SED mit dem Burschenschaftsdenkmal in Eisenach; vgl. hierzu v.a. die vom DB-nahen *Denkmalerhaltungsverein Eisenach e.V.* herausgegebene Festschrift „100 Jahre Burschenschaftsdenkmal“ (o.O. 2002).

⁴⁵ Vgl. hierzu Dietrich Heither, Michael Gehler, Alexandra Kurth, Gerhard Schäfer, Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften (Frankfurt a. M. 1997); hier sehr gelungen die beiden Beiträge von Michael Gehler über das österreichische Verbindungswesen; Gehler ist durch viele einschlägige Veröffentlichungen ausgewiesen und darf als einer der besten Kenner dieser Materie gelten. Vgl. ferner die materialreiche politikwissenschaftliche Dissertation von Dietrich Heither, Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft – Weltanschauung, Politik und Brauchtum (Köln 2000); bemerkenswert an diesem Band ist, daß der Autor trotz der umfangreichen Archivbestände der Deutschen Burschenschaft lediglich auf der Basis gedruckter Quellen und Literatur gearbeitet hat. Vom Ansatz her originell ist die 2005 erschienene, oben bereits erwähnte soziologische Dissertation von Alexandra Kurth, für die die Autorin allerdings ebenfalls kein Archivmaterial verwendet hat; bedauerlich ist zudem, daß von ihr die Heterogenität des deutschen Verbindungswesens zu wenig gewürdigt wird. Überaus bemerkenswert ist, daß Alexandra Kurth für die „Academia“, die Mitgliederzeitschrift des Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), einen Beitrag zum 150-jährigen Jubiläum dieses größten katholischen Korporationsverbands geschrieben hat, in dem sie sich erstaunlich positiv äußert; vgl. dies.: Zwischen Affektkontrolle und rituell-kollektivem Kontrollverlust. Zur Soziologie katholischer Studentenverbindungen, in: Academia 3 (2006) 145–148.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang v.a. die älteren verdienstvollen Arbeiten von Wolfgang Hardtwig⁴⁶ und Konrad H. Jarausch⁴⁷, die leider von den korporationsnahen Studentenhistorikern viel zu wenig rezipiert wurden, vielleicht auch deshalb, weil sie wenig Anknüpfungspunkte im Hinblick auf das oft idealisierte Bild der eigenen Tradition bieten. V.a. die These Jarauschs, die Sozialisation der späteren Eliten der Weimarer Republik und des Dritten Reiches in den Verbindungen des Kaiserreichs habe entscheidend dazu beigetragen, daß der von diesen gepflegte akademische Illiberalismus sich mittelfristig gegen ältere liberal-demokratische Traditionen durchsetzen konnte, wodurch den Verbindungen also eine zentrale Rolle bei der Herausbildung des „deutschen Sonderwegs“ zugesprochen wird, prägte deren Bild in der historischen Forschung nachhaltig. Forschungsgeschichtlich wichtig ist ferner der studentengeschichtlich sehr rege Tübinger Lehrstuhl von Dieter Langewiesche, hierbei insbesondere die beiden neuen sehr gelungenen Dissertationen von Sonja Levsen und Christopher Dowe⁴⁸. Die Ergebnisse von Frau Levsen sind v.a. deswegen so interessant, weil sie am lokalen Beispiel nachzuweisen vermag, daß es vor dem Ersten Weltkrieg zwar in Form und Intensität spezifisch männlicher und militarisierter Verhaltensformen Unterschiede zwischen englischen und deutschen Studenten gab, College- und Verbindungsstudenten jedoch das Selbstbild gemeinsam war, daß sie gerade als Studenten eine besondere patriotische Pflicht ihrem jeweiligen Vaterland gegenüber zu erfüllen hätten, Maßnahmen zur Wehrertüchtigung und den Kriegseinsatz einschlossen. Diese Geisteshaltung korrespondierte mit dem Eliteverständnis sowohl der deutschen wie der englischen Studenten im Sinne eines Anspruchs der Begründung und Erhaltung eines gesellschaftlichen Führungsanspruchs in ihren Ländern.

⁴⁶ Wolfgang Hardtwig, Krise der Universität. Studentische Reformbewegung 1750–1819 und die Sozialisation der jugendlichen deutschen Bildungsschicht. Aufriß eines Forschungsproblems, in: GG 11 (1985) 155–174; ders., Studentische Mentalität – Politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: HZ 242 (1986) 3, 581–628 und ders., Die Burschenschaften zwischen aufklärerischer Soziätatsbewegung und Nationalismus. Bemerkungen zu einem Forschungsproblem, in: Aufklärung, Vormärz und Revolution, Bd. 4, hrsg. v. Helmut Reinalter (Innsbruck 1984) 46–55; ders.: Protestformen und Organisationsstrukturen der deutschen Burschenschaft 1815–1833, in: Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49, hrsg. v. Helmut Reinalter (Frankfurt a.M. 1986) 37–76; ders., Sozialverhalten und Mentalitätswandel der jugendlichen Bildungsschicht im Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft (17.–19. Jahrhundert), in: VSWG 73 (1986) 305–335; ders., Studentenschaft und Aufklärung. Landsmannschaften und Studentenorden in Deutschland im 18. Jahrhundert, in: Sociabilité et société bourgeoise en France, en Allemagne et en Suisse, 1750–1850, hrsg. v. Etienne François (Paris 1986) 239–260.

⁴⁷ Vgl. v.a. dessen Klassiker: Deutsche Studenten 1800–1970 (Frankfurt a.M. 1984) sowie Konrad H. Jarausch, Students Society and Politics in Imperial Germany: The Rise of Academic Illiberalism (Princeton 1982). Vgl. auch ders., Korporationen im Kaiserreich. Einige kulturgeschichtliche Überlegungen, in: Brandt, Stickler (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 71–91.

⁴⁸ Sonja Levsen, Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900–1929 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 170, Göttingen 2006); Christopher Dowe, Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 171, Göttingen 2006); im folgenden zitiert: Dowe, Auch Bildungsbürger.

Die Autorin stellt insofern die oben referierten Forschungsergebnisse Jarauschs nicht unerheblich in Frage, indem sie die vorhandenen Gemeinsamkeiten von College- und Verbindungserziehung vor 1914 betont und v. a. in der traumatisch empfundenen Zäsur von 1918/1919 den Grund für die danach erfolgte Radikalisierung des deutschen Verbindungswesens im rechtsradikalen und völkischen Sinne sieht, für die es in Cambridge, abgesehen von Einzelfällen, in der Zwischenkriegszeit keine Entsprechung gibt. Dowes Studie ist ein gutes Beispiel für eine moderne studentengeschichtliche Forschung, die diese in Beziehung setzt zu den Methoden und Ergebnissen der neueren Christentumsgeschichte sowie der Bürgertumsforschung. Unter den Bedingungen der bekannten Dominanz des kulturprotestantischen Bildungsbürgertums in der Gesellschaft des Kaiserreichs lag die besondere Funktion der katholischen Vereine und Verbindungen, die vor dem Ersten Weltkrieg etwa 40% der männlichen und 25% der weiblichen katholischen Studierenden organisierten, vor allem darin, ihren Mitgliedern Gleichberechtigung zu erkämpfen und soziale bzw. gesellschaftliche Aufstiegschancen zu eröffnen. Dowe geht in seiner Studie nicht von einem dogmatischen Milieukonzept bzw. der Vorstellung eines geschlossenen, nach außen weitgehend abgeschotteten katholischen Milieus aus, sondern betont vielmehr dessen Offenheit. Grundthese Dowes, deshalb auch der Titel des Bandes, ist es, daß es „wichtige Gruppen gläubiger Katholiken gab, die dem Bildungsbürgertum angehörten und zugleich einen Platz innerhalb des Katholizismus besaßen“⁴⁹. Den katholischen studentischen Vereinen und Verbindungen weist er im Hinblick auf die Prägung und Reproduktion dieser Gruppen eine Schlüsselrolle zu. Die Ergebnisse der Arbeit falsifizieren zwar nicht die Vorstellung von einer homogenen ultramontanen katholischen Gegenöffentlichkeit, sie zeichnen das Bild jedoch differenzierter. Dowes Interpretation liefert eine einleuchtende Erklärung für die seit dem Abflauen der Kulturkampfmaßnahmen immer mehr zu beobachtende Integration der Katholiken in das Reich, ihre Aussöhnung mit der preußisch-kleineutschen Reichsgründung von 1871, die während des Ersten Weltkriegs ihren Höhepunkt erlebte, was kürzlich übrigens Stephan Fuchs, ebenfalls Schüler von Dieter Langewiesche, in seiner Dissertation⁵⁰ überzeugend nachgewiesen hat.

Zu nennen sind schließlich drittens die Forschungen meines akademischen Lehrers Harm-Hinrich Brandt, der mich selbst vor mehr als zehn Jahren für die Universitäts- und Studentengeschichte gewann und dessen Verknüpfung von verste hender Innen- und kritisch-distanzierter Außensicht mich geprägt hat⁵¹. Brandt

⁴⁹ Ebd. 11.

⁵⁰ „Vom Segen des Krieges“. Katholische Gebildete im Ersten Weltkrieg. Eine Studie zur Kriegsdeutung im akademischen Katholizismus (Contubernium, 61, Stuttgart 2004). Aus der Schule von Dieter Langewiesche stammt auch der bereits etwas ältere gelungene Band von *Martin Biastoch*, Tübinger Studenten im Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung (Contubernium 44, Sigmaringen 1996). Die Thesen von Levsen sind übrigens jüngst bestätigt worden durch die Studie von *Thomas Weber*, Our friend „the enemy“. Elite education in Britain and Germany before World War I (Stanford 2008).

⁵¹ Vgl. *Harm-Hinrich Brandt*, Korporationen und politisch-sozialer Wandel. Eine historische Betrachtung, in: 1889–1989. Hundert Jahre Fridericiana Marburg (Marburg 1989) 15–33. [dass.

hat auch stets die Notwendigkeit eines Brückenschlags zwischen universitären Forschung und den korporierten Studentenhistorikern bzw. deren Vereinen betont; unsere Würzburger Tagung „Der Burschen Herrlichkeit“ im Jahr 1997 mit dem 1998 daraus hervorgegangenen Sammelband⁵² war ein diesbezüglicher Versuch, der auch teilweise erfolgreich war.

3. Von der studentischen Allgemeinheit zur pluralistischen Vielfalt: Die Veränderung des studentischen Verbindungswesens zwischen 1815 und 1914

Was unterscheidet eigentlich studentische Verbindungen von bürgerlichen Vereinen⁵³? Diese Frage ist für das 19. Jahrhundert gar nicht so leicht zu beantworten, weil vieles von dem, was wir heute als typisch verbindungsstudentisch wahrnehmen, damals bürgerliches Gemeingut und deshalb in vielen Vereinen, auch studentischen, üblich war. So sind etwa die studentischen Bierzipfel aus Schmuckanhängern an Taschenuhren entstanden, Couleurkarten mit den für die Verbindungen typischen Motiven waren eine beliebte Ansichtskartenform, die von Vereinen aller Art bis in das Arbeitermilieu hinein verwendet wurde; Kommerse – eine besonders feierliche Form der Kneipe – waren ein verbreiteter Typ akademischen Feierns, wie auch die Kneipe, zwar nicht in der ritualisierten verbindungsstudentischen Form, aber in Gestalt des zünftigen, bisweilen auch derben Bierabends, häufig in Verbindung mit gemeinsamem Gesang (also das, was Verbindungen gewöhnlich Fidilität nennen), eine verbreitete Form männlicher bürgerlicher Geselligkeit war. Ebenso war das Duell, trotz des offiziell bestehenden obrigkeitlichen Verbots, wie oben bereits angedeutet, eine Bürgertum und Adel umspannende, im Kern nicht umstrittene Institution⁵⁴; bekanntlich ist auch der erste Vorsitzende

in:] Bayerische Blätter für Volkskunde 17,1 (1990) 1-9; ders., Auseinandersetzungen während der Frühzeit der Erlanger Burschenschaftsbewegung, in: Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743-1993. Geschichte einer deutschen Hochschule, hrsg. v. Stadtmuseum Erlangen (Erlangen 1993) 53-64; ders., Studentische Korporationen und politisch-sozialer Wandel; ders., Studierende im Humboldt'schen Modell.

⁵² Brandt, Stickler (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“; im Kontext der Forschungen von Brandt entstand auch der Sammelband von Grün, Schellakowsky, Stickler, Süß (Hrsg.), Zwischen Korporation und Konfrontation.

⁵³ Zur Geschichte des deutschen Vereinswesens vgl. v.a. Wolfgang Hardtwig, Politische Gesellschaft und Verein zwischen aufgeklärtem Absolutismus und der Grundrechtserklärung der Frankfurter Paulskirche, in: Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Grund- und Freiheitsrechte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Revolution von 1848, hrsg. v. Günter Birtsch (Göttingen 1981) 336-358; ders., Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, hrsg. v. Otto Dann (HZ, Beiheft 9, München 1984) 11-53; Ders., Verein, Geheimgesellschaft, Assoziation, Genossenschaft, Gewerkschaft, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 6 (Stuttgart 1990) 789-829.

⁵⁴ Vgl. hierzu v.a. Ute Frevert, Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft (München 1991); Peter Dieners, Das Duell und die Sonderrolle des Militärs. Zur preußisch-deutschen

des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), der Breslauer Burschenschafter Ferdinand Lassalle (1825–1864)⁵⁵, bei einem solchen Duell (auf Pistole) ums Leben gekommen, seine Gegner gehörten Corps an, sowohl Wilhelm von Dönniges (Corps Rhenania Bonn), den er eigentlich gefordert hatte, als auch Bajor Janko von Racowicza (Corps Neoborussia zu Berlin, heute Bochum), der für Dönniges antrat und Lassalle schließlich tödlich verwundete.

Auch die heute so exotisch fremdartig oder sogar lächerlich anmutenden latinisierten germanischen Verbindungsnamen, die bereits Heinrich Heine⁵⁶, selbst Mitglied der Bonner Burschenschaft, in seiner Harzreise karikiert hat, waren im 19. Jahrhundert so unüblich nicht, man denke nur an die Fußball-Bundesliga-vereine Alemannia Aachen (gegr. 1900) oder Arminia Bielefeld (gegr. 1905)⁵⁷. Daß studentische Vereinigungen sich nach den latinisierten Namen ihrer Herkunfts- bzw. ursprünglich Rekrutierungsgebiete – etwa Guestphalia, Rhenania, Bavaria, aber auch Onoldia (Ansbach), Baruthia (Bayreuth) oder Curonia (Kurland) – benennen, finden wir schon bei alten Landsmannschaften des 18. Jahrhunderts; die Leipziger Landsmannschaft Sorabia (gegr. 1716, heute Sorabia-Westfalen Münsster), gegründet als „Wendisches [also sorbisches] Prediger-Collegium“, ist hierfür ein gutes Beispiel; beibehalten bzw. fortgesetzt wurde diese Tradition v. a. durch die neuen Landsmannschaften und die Corps. Die frühen Burschenschaften ersetzten dann seit 1815, also zu einem Zeitpunkt, als die neuen Landsmannschaften das kantonale Rekrutierungsprinzip immer mehr aufgaben, als symbolischen Ausdruck ihres nationalen Programms die regionalen Bezeichnungen meist durch die latinisierte Bezeichnung für Deutschland, also „Germania“, „Arminia“ oder „Teutonia“, teilweise auch „Alemannia“ oder „Tuiskonia“⁵⁸. Diese Praxis, die zurückgriff auf die römisch-germanischen Auseinandersetzungen der Antike, die als Vorbild für die angestrebte Nationalstaatsgründung der unmittelbaren Gegenwart angesehen und romantisch-historistisch zitiert bzw. verklärt wurden, begründete die verbindungsstudentische Tradition der Verwendung germanischer Stammesnamen der Völkerwanderungszeit als Selbstbezeichnung (z. B. Cheruscia, Burgundia, Langobardia, Gothia, Markomannia), die gleichberechtigt neben die Regional-

Entwicklung von Militär- und Zivilgehalt im 19. Jahrhundert (Schriften zur Rechtsgeschichte 52, Berlin 1992) und *Dagmar Burkhardt*, Eine Geschichte der Ehre (Darmstadt 2006).

⁵⁵ Zu Lassalle vgl. *Shlomo Na'aman*, Lassalle (Hannover 2¹⁹⁷¹) und *Thilo Ramm*, Ferdinand Lassalle. Der Revolutionär und das Recht (Berlin 2004).

⁵⁶ Vgl. *Lew Kopelew*, Ein Dichter kam vom Rhein. Heinrich Heines Leben und Leiden. Vom Autor gemeinsam mit *Edith Kaiser* überarbeitete Neuausgabe (München 1986).

⁵⁷ Beide Vereine weisen in ihren Selbstdarstellungen ausdrücklich darauf hin, daß die Namensgebung von den Gründern als Bekennnis zum Deutschtum angesehen wurde, bei Arminia Bielefeld gibt es sogar einen Zusammenhang mit einer Studentenverbindung Cheruscia-Bielefeld, zu der einer der Gründer Kontakt hatte. Vgl. http://www.alemannia-aachen.de/v1/archiv/alemannia_ge geschichte/index.htm und <http://www.arminia-bielefeld.de/index.php?id=50> (beide Seiten aufgerufen am 27.3.2007).

⁵⁸ Manchmal bezeichneten sich die frühen Burschenschaften aber auch nach dem Kneiplokal, so z. B. die Breslauer Burschenschaft der Raczezs (gegr. 1817, heute Bonn) oder einem bevorzugten Versammlungsort, so etwa die Burschenschaft der Bubenreuther in Erlangen (gegr. 1817).

bezeichnungen trat, welche nun häufig auch als germanisch interpretiert wurden (z. B. Ripuaria, Suevia, Saxonia, Franconia). Beliebt wurden seither auch germanisch und nationalromantisch konnotierbare Dynastienamen wie Stauffia, Merovingia, Carolingia, Guelfia, Welfia oder Salia, später auch Ascania. Harm-Hinrich Brandt hat in diesem Zusammenhang zu recht darauf hingewiesen, daß diese verbindungsstudentische Praxis zusammenhängt mit einer gerade für den Wilhelminismus typischen Neigung zum gemütvoll-historisierenden Zitat, dem kompensatorischen Drang zur antimodernistisch-historistischen Einkleidung angesichts der Herausforderungen der Industriegesellschaft und dem Versuch, der studentischen Subkultur eine Dimension des Geheimnisvoll-Erhabenen zu verleihen⁵⁹. Andererseits muß man aber auch berücksichtigen, daß sich die germanischen Namen, aber auch die Regionalbezeichnungen seit etwa 1860 v. a. deshalb immer mehr vermehrten (bis hin zu eigentlich nichtgermanischen Selbstbezeichnungen wie Alania, Lusatia, Obotritia oder Redaria⁶⁰), weil die Anzahl der Verbindungen an den einzelnen Hochschulen immer mehr zunahm: Da Name und Farben am Ort stets nur einmal vorkommen durften, eine Praxis, die von den Universitäten als Genehmigungsbehörde strikt durchgesetzt wurde, war bei Neugründungen zunehmend Phantasie gefragt, was sich zum Ende des 19. Jahrhunderts etwa auch in den immer exotischer werdenden Farbkombinationen der Mützen, Bänder und Bierzipfel zeigt. Nach 1918 erhielten übrigens bei Neugründungen von Verbindungen die latinisierten germanischen Namen bei manchen Verbänden Konkurrenz durch deutsche Bezeichnungen, z. B. Ostmark, Westmark, Wildenstein, Falkenstein, Deutschritter oder Bergland.

Kern der verbindungsstudentischen Lebensform, die diese grundsätzlich vom Organisationstypus Assoziation oder bürgerlicher Verein unterscheidet, sind allerdings nun keineswegs vorrangig die eben beschriebenen Äußerlichkeiten, sondern in erster Linie das bereits erwähnte, sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelnde sogenannte Lebensbundprinzip, also die Tatsache, daß der Verbindungsstudent auch nach dem Abschluß seines Studiums bis zum Tode, und ideell auch darüber hinaus, Mitglied seiner Verbindung bleibt. Die Verbindungen haben v. a. deshalb, organisationssoziologisch betrachtet, Gemeinsamkeiten mit älteren, vormodernen Verbandstypen, religiösen Orden etwa, Zünften, Gilden, Kollegien oder Bursen, kurz den ständischen Vereinigungen Alteuropas. Diese Tradition stand von jeher in einem gewissen Widerspruch zu modernen bürgerlichen Vereinsformen mit deren Wertschätzung von menschlicher Individualität, autonomer Entscheidungsfreiheit und rational organisierter Willensbildung, allerdings besitzt der Verbindungstypus den Vorteil, daß Gruppenloyalitäten und Gemeinschaftsnormen über den rationalen Vereinzweck und individuelle Kosten-/Nutzener-

⁵⁹ Brandt, Studentische Korporationen und politisch-sozialer Wandel 133.

⁶⁰ Die Alanen waren ein völkerwanderungszeitliches iranisches Volk, das im 5. Jahrhundert teilweise mit den Vandalen verschmolz und von dem die heutigen Osseten im Nordkaukasus abstammen; bei den drei anderen Bezeichnungen handelt es sich um frühmittelalterliche slawische Stämme.

wägungen hinaus, einen nicht zu unterschätzenden emotionalen Kitt darstellen, der den Verbindungen hohe Loyalität und große Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder sichert. Freilich konnten die Verbindungen sich den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht völlig verschließen. Gleichsam unter dem Deckmantel der archaisch bzw. altehrwürdig daherkommenden Traditionen und Formen passten sie sich immer wieder geschmeidig den sich ändernden Zeitaltungen bzw. rechtlichen Rahmenbedingungen an. Sie übernahmen hierbei seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts viele Elemente des bürgerlichen Vereinswesens, bewahrten aber hierbei stets den Typus der intergenerativ angelegten lebenslangen Gesinnungsgemeinschaft. Ein Lebensbundprinzip, das den alten Landsmannschaften in dieser Form unbekannt war, hatte es vereinzelt schon bei den Studentenorden⁶¹ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gegeben, in der Vormärzzeit waren Ansätze hierzu bei den v. a. in Süddeutschland beheimateten sogenannten Lebenscorps⁶², die im Gegensatz zu den sogenannten Waffencorps ideell eine lebenslange Mitgliedschaft kannten. Die einzelstaatlichen Regierungen im Deutschen Bund versuchten diese Praxis jedoch durch Verbote zu unterbinden, Bayern z. B. im königlichen Reskript vom 31. Juli 1827, das lediglich studentische Mitglieder in Verbindungen erlaubte⁶³. Altherrenverbände im heutigen Sinne gab es bei den Corps jedoch frühestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der Verband Alter Corpsstudenten (VAC) des Kösener Senioren-Convents-Verband (KSCV) wurde erst 1888 gegründet, der des Weinheimer Senioren-Convents (WSC) gar erst 1904⁶⁴. Auch die anderen Korporationsverbände erhielten erst vergleichsweise spät Altherrenverbände: So die Deutsche Burschenschaft 1890⁶⁵, die Deutsche Landsmannschaft (DL) 1897, der farbentragende Vertreter-Convent der Turnerschaften (VC) 1900⁶⁶, der nicht farbentragende Akademische Turnbund (ATB)

⁶¹ Vgl. hierzu v. a. Rainer A. Müller, Landsmannschaften und studentische Orden an deutschen Universitäten des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Brandt, Stickler (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 13–34.

⁶² Etwa Franconia Tübingen, gegr. 1821, aber auch Franconia Würzburg, gegr. 1805, Moenania Würzburg, gegr. 1814 und Bavaria Würzburg, gegr. 1815; vgl. Paschke, Studentenhistorisches Lexikon 167.

⁶³ Satzungen für die Studierenden an den Hochschulen des Königreichs Bayern (Würzburg 1827) Beilage A.

⁶⁴ Vgl. Handbuch des Kösener Corpsstudenten. Bd. 1 (Würzburg 1985) 53–80.

⁶⁵ Vgl. Handbuch für den deutschen Burschenschaften (Frankfurt 1929) 216–219.

⁶⁶ Zu DL und VC vgl. Ulrike Claudia Hofmann, Der Coburger Convent zwischen Tradition und Wandel, in: Region – Nation – Vision. Festschrift für Karl Möckl zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Werner K. Blessing (Bamberg 2005) 109–131; Peter Dietrich, Die Deutsche Landsmannschaft. Ein Beitrag zur geschichtlichen Entwicklung der DL im Rahmen des deutschen Korporationswesens (Historia academica 3/4, Stuttgart-Möhringen 1958); Ulrich Becker, Harm-Hinrich Brandt (Hrsg.), CC im Bild. 125 Jahre Landsmannschaften und Turnerschaften des Coburger Conventes. Geschichte und Gegenwart eines großen Verbandes, (Historia academica 32/33, Würzburg 1994); Werner Rust, Eberhard Düntsche, Geschichte des Vertreter-Convents (VC), Verbände der Turnerschaften auf deutschen Hochschulen 1872–1938 (Historia academica 11, Stuttgart 1972).

1903⁶⁷, die farbentragende Deutsche Sängerschaft (DS) 1905⁶⁸, der farbentragende Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) 1909⁶⁹, der farbentragende evangelische Schwarzbürgerbund (SB) 1909⁷⁰, der nicht farbentragende Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten (VVDSt) 1912⁷¹, der nicht farbentragende Sondershäuser Verband Deutscher Studenten-Gesangvereine (SV) 1919⁷², der nicht farbentragende Kartellverband der Katholischen Studentenvereine Deutschlands (KV) ebenfalls 1919⁷³. Eine Ausnahme bilden lediglich der evangelische, farbentragende Wingolfsbund (WB)⁷⁴ (förmlicher Philisterstatus mit regionalen Altherrenverbänden seit 1850/52, zentraler Verband seit 1900) und der katholische, nicht farbentragende Unitas-Verband (UV)⁷⁵ (1860, teilweise unterbrochen im Kulturmampf). Der Kontakt des einzelnen Mitglieds zur Verbindung beschränkte sich deshalb bei der Mehrzahl der Korporationsverbände noch weit bis in die Jahre nach der Reichsgründung überwiegend auf die Studienzeit; über die in dieser Phase begründeten Freundschaften hinausgehende, organisatorisch verfestigte Bindungen gab es, wenn überhaupt, nur in Ansätzen; allerdings war es teilweise üblich, daß die aus der aktiven Verbindung ausscheidenden Mitglieder mit einem Comitat (einer Art feierlichem Geleit mit Demonstra-

⁶⁷ Vgl. *Altherrenbund des ATB* (Hrsg.), 100 Jahre Akademischer Turnbund 1883–1983 (Melsungen 1983).

⁶⁸ Zu Geschichte der Deutschen Sängerschaft vgl. v.a. *Lönnecker*, „... bis an die Grenze der Selbstzerstörung“; dort auch umfassende Literaturangaben. Vgl. auch *ders.*, Literatur zur Geschichte der Deutschen Sängerschaft (Weimarer CC) und der einzelnen Sängerschaften (http://www.burschenschaft.de/pdf/loennecker_ds-literatur.pdf, 14.11.2007).

⁶⁹ Vgl. *Gesellschaft für Studentengeschichte und studentisches Brauchtum e.V.* (Hrsg.), CV-Handbuch (Regensburg³2000) v.a. 49–52.

⁷⁰ *Klaus-Detlef Pohl*, Der Schwarzbürgerbund (SB). 1887–1977. Eine Festschrift anlässlich seines 90-jährigen Bestehens (Braunschweig 1977) [Als Hs. gedr.]

⁷¹ Vgl. *Hedwig Roos-Schumacher*, Der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten 1880–1914/18 (Kiel¹1987); *Marc Zirlewagen* (Hrsg.), Kaisertreue – Führergedanke – Demokratie. Beiträge zur Geschichte des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten (GDS-Archiv, Beiheft 10, Köln 2000); *ders.* (Hrsg.), 125 Jahre Vereine Deutscher Studenten. 1881–2006, Bd. 1 (Bad Frankenhausen 2006). Der VVDSt wird zeitgenössisch auch KVVDSt bzw. KV abgekürzt.

⁷² Vgl. *Martin Pabst*, Zwischen Verein und Korporation: Die nicht farbentragenden Gesangs- und Turnverbindungen im SV bzw. ATB, in: *Brandt, Stickler* (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 321–336 sowie *VASV* (Hrsg.), 100 Jahre Sondershäuser Verband Akademisch-Musikalischer Verbindungen 1867–1967 (Aachen 1967) und *Peter Friedrich Haberkorn, Ingo Frbr. von Stillfried und Rattonitz, Joachim Baumeister* (Hrsg.), Das SV-Handbuch. Sondershäuser Verband Akademisch-Musikalischer Verbindungen (München 1988). Sehr lesenswert auch *Harm-Hinrich Brandt*, Hundert Jahre Fridericiana Marburg, in: Bayerische Blätter für Volkskunde 17,1 (1990) 1–9.

⁷³ Vgl. hierzu *Bernhard Egen, Christoph Erggelet*, KV-Handbuch (Köln 1984) sowie *Wolfgang Löhr* (Hrsg.), Rückbesinnung und Ausblick. KV-Studententum nach 150 Jahren (Revocatio Historiae 8, Köln 2006) darin v.a. die Beiträge von *Christopher Dowe* und *Stephan Fuchs*; der Band enthält auch ein ausführliches Literaturverzeichnis zur Geschichte des KV.

⁷⁴ Vgl. hierzu *Joachim Bauer* u.a., Geschichte des Wingolfs 1830–1994 (Gladbeck, Hannover⁵ 1998) sowie den Klassiker von *Hans Waitz*: Geschichte des Wingolfsbundes aus den Quellen mitgeteilt und dargestellt (Darmstadt 1896,²1904,³1926).

⁷⁵ Vgl. *Wolfgang Burr*, Unitas-Handbuch, 3 Bde. (Siegburg 1995–1997).

tionscharakter)⁷⁶ verabschiedet wurden, Band und Mütze behielten sie als Andenken.

Auch ohne förmliche Organisation existierte allerdings so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl der Ehemaligen, an das die entstehenden Altherrenverbände anknüpfen konnten. Als Beispiele kann man etwa anführen Otto von Bismarck (1815–1898), der sich 1832, also als Siebzehnjähriger, dem Corps Hannovera Göttingen anschloß⁷⁷ und dort eine intensive Burschenzeit erlebte. Auch wenn sein viel zitiertes Ausspruch, „Kein Band hält so fest wie dieses“, wohl nicht authentisch ist⁷⁸, so blieb er seinem Corps doch auch später stets ideell verbunden. Nennen kann man hier auch Wilhelm Liebknecht (1826–1900), der 1847 beim Corps Hasso-Nassovia Marburg aktiv wurde und diesem ebenfalls zeitlebens die Treue hielt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Begebenheit aus dem Jahr 1894: Als das Corps die Einladungen für das Stiftungsfest verschickte, schlug ein Aktiver vor, Liebknecht nicht einzuladen, da dieser schließlich Sozialist sei. Der Senior widersprach indes, „unter Hinweis auf unser Grundgesetz der politischen Freiheit des Einzelnen“. Liebknecht antwortete wenig später auf die Einladung schriftlich, er bedauere „wegen beruflicher Inanspruchnahme am Kommers verhindert zu sein, und versicherte, daß er mit treuem Herzen am Stiftungstage bei uns weilen werde“⁷⁹. Als Liebknecht am 7. August 1900 schließlich starb, teilte sein Corps im Semesterbericht das „Ableben unseres lieben A.H. [Alten Herrn] Reichstagsabgeordneten Liebknecht“ und die aus diesem Anlaß übliche Corps-trauer mit⁸⁰.

Die Gründung der Altherrenverbände stellte für die studentischen Verbindungen einen kaum zu überschätzenden Quantensprung in ihrer Geschichte dar, weil erst dadurch ihr „Hidden Curriculum“ wirklich traditionsfähig wurde. Dies zum einen, weil die Altherrenschaften die geistige und auch organisatorische Kontinuität der Verbindungen und Verbände jenseits des täglichen Klein-Klein des Aktivenbetriebs garantierten; erst jetzt wurden die Verbindungen zu fest gefügten weltanschaulich fundierten Gesinnungsgemeinschaften, wobei, wie bereits erwähnt, der tatsächliche Einfluß der Altherrenverbände innerhalb der Gesamtverbindung jedoch unterschiedlich ausgeprägt war; im Konfliktfall waren die Aktiven keineswegs von vornherein der schwächere Partner. Die finanzielle Unterstützung

⁷⁶ Paschke, Studentenhistorisches Lexikon 67f. Die Schreibweise „Komitat“ ist ebenfalls gebräuchlich.

⁷⁷ Vgl. hierzu Walter Nissen, Otto von Bismarcks Göttinger Studentenjahre. 1832–1833 (Göttingen 1982) sowie die sehr scharfsinnige Interpretation von Bismarcks Verhältnis zum Corpsstudentum in Erich Marcks 1909 in erster Auflage erschienener, unvollendet gebliebener Bismarckbiographie: Bismarck. Eine Biographie 1815–1851 (Stuttgart 201939) 71–83.

⁷⁸ Vgl. hierzu Helge Kleifeld, „Kein anderes Band hält so fest wie dieses“? Otto von Bismarck und sein viel gedeuteter Ausspruch [Marburg an der Lahn 2002] (http://www.burschenschaft.de/pdf/kleifeld_bismarck.pdf, 14.11.2007).

⁷⁹ Beide Zitate sind entnommen den Erinnerungen des damaligen Seniors Schmoldt I, in: Corpszeitung der Hasso-Nassovia zu Marburg a.d. Lahn 46 (1953) 40.

⁸⁰ Semester-Bericht des Corps Hasso-Nassovia über das Winter-Semester 1899 und Sommer-Semester 1900 19.

durch die größer werdenden und zum Teil erhebliche Mitgliedsbeiträge und Spenden aufbringenden Altherrenbünde ermöglichte zweitens nach 1870 zunehmend den Erwerb von Verbindungshäusern⁸¹, wodurch die Korporationserziehung auch einen räumlichen Fixpunkt erhielt. Nicht ohne Grund konstituierten sich denn auch viele Einzel-Altherrenverbände formaljuristisch als rechtsfähige Hausbauvereine, die den eigentlichen Organisationskern der Verbindung darstellten. Der überregionale Zusammenschluß erfolgte auf Altherrenebene ebenfalls nach dem Muster des modernen Vereinsrechts; das im Grunde vormoderne Organisationsgefüge der Verbindung wurde auf diese Weise den Strukturprinzipien des modernen Rechtsstaats angepaßt; die aktiven Verbindungen blieben dagegen nach wie vor der Disziplinargewalt der Universitäten unterworfen. Eine wichtige Funktion hatten die Altherrenbünde drittens im Hinblick auf das berufliche Fortkommen der jüngeren Mitglieder. Nach 1871 wurden v.a. die Corps zu unverzichtbaren Karriereleitern bis hinein in politisch-administrative Spitzenpositionen des Reiches und der Bundesstaaten⁸², doch auch in den weniger exklusiven sowie in den nicht selten diskriminierten katholischen und jüdischen Verbänden boten die Altherrenverbände Rückhalt und gegebenenfalls Protektion⁸³. Sie übernahmen damit die Funktion, die beispielsweise im angelsächsischen Bereich Clubs, Ehemaligenvereinigungen, Förderverbände etc. haben, nämlich die der Reproduktion von Führungs- und Funktionseliten. Ein wichtiges Indiz für die zumeist von den Altherrenverbänden ausgehenden Verfestigungstendenzen sind v.a. die entstehenden überregionalen Verbandszeitschriften, die nützliche publizistische Quellen zur Geschichte der Korporationsverbände darstellen; deren älteste – sieht man von den Sonderfällen Unitas-Verband (seit 1872) und Wingolfsbund (seit 1871) ab – sind die „Akademischen Monatsblätter“ des KSCV (seit 1884, seit 1913 „Deutsche Corpszeitung“).

Generell kann man sagen, daß die unterschiedlichen Verbandstypen und damit auch die Grundstruktur des heute noch existierenden Verbindungswesens trotz vorhandener personeller und ideeller Kontinuitäten erst nach 1850 im Zuge der beschriebenen organisatorischen Verfestigung wirklich entstanden sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Umstand, daß das deutsche Verbindungswesen in der Habsburgermonarchie, das wegen der konsequenten Repres-

⁸¹ Vgl. im Überblick das Beispiel Würzburg; Peter A. Süß, „Wir hatten gebaut ein stattliches Haus ...“ Würzburger Verbindungshäuser. Einige Anmerkungen zur Geschichte, Typologie und Kunst der Korporationsheime, in: Brandt, Stickler (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 457–478.

⁸² Vgl. hierzu v.a. Detlef Grieswelle, Zur Soziologie der Kösen Corps 1870–1914, in: Student und Hochschule im 19. Jahrhundert. Studien und Materialien, hrsg. v. Karsten Bahnsen (Göttingen 1975) 346–365; ders., Korporationen und Karrieren. Die soziale Rekrutierungsfunktion der Verbindungen, in: Brandt, Stickler (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 421–448.

⁸³ Vgl. hierzu Dowe, Auch Bildungsbürger sowie demnächst ders., Doppelte Eliten. Die Mitglieder der katholischen Studentenkorporationen im deutschen Kaiserreich, in: Religiöse Minderheiten als wirtschaftliche und geistige Führungsschichten in der Neuzeit (Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 2006 und 2007, hrsg. v. Matthias Asche, Markus A. Denzel, Matthias Stickler [= Deutsche Führungsschichten der Neuzeit, 28] [erscheint 2010]).

sionspolitik der Wiener Regierung und der Sonderentwicklung des österreichischen Universitätssystems in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst mit einem „Time lag“ von mehr als 40 Jahren nach 1859 wirklich entstehen konnte, eine eigenständige Entwicklung nahm⁸⁴. Auch wenn es immer wieder einzelne österreichische Bündner in den auf dem Boden des späteren Deutschen Reichs entstehenden Korporationsverbänden gab, so waren diese bis 1919 doch überwiegend kleindeutsch organisiert⁸⁵, auch und v.a. die Deutsche Burschenschaft⁸⁶. Die einzige echte Ausnahme von Bedeutung stellt der katholische CV dar, zu dessen ältesten Korporationen seit 1864 die Innsbrucker „Austria“ gehörte und der in diesem

⁸⁴ Zum österreichischen Verbindungswesen vgl. das nützliche Nachschlagewerk von *Peter Krause*, *Studiosus Austriacus. Handbuch des österreichischen Korporationswesens* (Wien 2007), dort auch umfassende Literaturangaben. Vgl. ferner im Überblick *Michael Gehler*, Österreichische Studentenvereine und Korporationen. Ein Überblick von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert: Entstehungsbedingungen – Zielsetzungen – Wirkungsgeschichte, in: *Brandt. Stickler* (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 173–205 und *ders.*, Studentenverbindungen und Politik an Österreichs Universitäten. Ein historischer Überblick unter besonderer Berücksichtigung des akademischen Rechtsextremismus vom 19. Jahrhundert bis heute, in: Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung, hrsg. v. *Helmut Reinalter, Franke Petri, Rüdiger Kaufmann* (Innsbruck, Wien 1998) 338–428 sowie die folgenden Spezialdarstellungen: *Paul Molisch*, Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918 (Wien 1939); *ders.*, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Oesterreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie (Jena 1926) [beide Bände zeittypisch stark deutschnational grundiert, aber bis heute wegen des Materialreichtums unverzichtbar für das deutschationale und nationalfreiheitliche Verbindungswesen in Österreich]; *Gerhard Hartmann*, Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich (Kevelaer 2006); *Dieter Binder*, Politischer Katholizismus und katholisches Verbandswesen am Beispiel des Kartellverbandes der Katholischen nichtfarbentragenden Studentenverbindungen Österreichs (ÖKV) (*Revocatio historiae* 1, Schernfeld 1989). Vgl. auch die interessante neue lokale Studie von *Andreas Bösche*, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer. Die Innsbrucker Universität und ihre Studentenverbindungen 1859–1918 (Innsbruck 2008).

⁸⁵ Vgl. hierzu die detaillierten Angaben bei *Paul Gerhard Gladen*, Geschichte der studentischen Korporationsverbände, 2 Bde. (Würzburg 1981, aktualisierte und erweiterte, gelegentlich allerdings fehlerhafte Neuauflage 2007 unter dem Titel „Die deutschsprachigen Korporationsverbände“); im folgenden zitiert: *Gladen*, Korporationsverbände.

⁸⁶ In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß im Deutschen Reich die Farben schwarz-rot-gold nach 1871 zunehmend den Charakter von Vereinsfarben annahmen und in ihrer Funktion als Nationalfarben sukzessive durch die neuen, traditionslosen Reichsfarben schwarz-weiß-rot ersetzt wurden. Zwar kam es im Regelfall nicht zu einem Wechsel der Farben – eine Ausnahme stellt etwa die Burschenschaft Germania Leipzig dar – doch fällt auf, daß Burschenschafts-Neugründungen zu den Farben schwarz-weiß-rot bzw. Varianten derselben (etwa schwarz-weiß-violett) tendierten. Diese Entwicklung stellt nicht notwendigerweise ein Indiz für eine Radikalisierung der reichsdeutschen Burschenschaften im nationalistischen Sinne dar, sondern kann im Gegenteil auch im Sinne einer pragmatischen Anerkennung der kleindeutschen Lösung gedeutet werden. Bezeichnend ist, daß in Österreich die burschenschaftlichen Farben, von Ausnahmen abgesehen, nach 1866 durchgängig schwarz-rot-gold blieben und dort als Bekenntnis zum großdeutschen Gedanken interpretiert wurden. Das 1902 von der Deutschen Burschenschaft eingeweihte Eisenacher Burschenschaftsdenkmal – die österreichischen Burschenschaften waren lediglich als Gäste eingeladen – wurde bezeichnenderweise „Dem geeinten Vaterlande“ gewidmet. Zum Spannungsfeld von Staats- und Volksloyalität vgl. *Jürgen Kloosterhuis*, „Vivat et res publica“. Staats- und volksloyale Verhaltensmuster bei waffenstudentischen Korporationstypen, in: *Brandt, Stickler* (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 249–271.

Sinne von Anfang an großdeutsch organisiert war. Dennoch gab es, ausgehend von der 1876 gegründeten Wiener Austria, die sich schon in ihren Farben (weiß-gold-schwarz) demonstrativ zur Habsburgermonarchie bekannte, nach 1889 zwei letztlich gescheiterte Versuche, einen eigenen österreichischen Cartellverband zu gründen⁸⁷; erst unter dem Eindruck des Akademischen Kulturkampfs in Österreich fanden 1906 alle österreichischen farbentragenden katholischen Verbündungen in den Gesamt-CV. Eine sehr weitgehende eigenständige Entwicklung, bei der es aber dennoch immer wieder zu Verflechtungen mit Deutschland und Österreich kam, nahm von Anfang an das Schweizer Verbindungswesen ein⁸⁸.

Charakteristisch für die weitere Entwicklung des studentischen Verbindungs-wesens in Deutschland seit etwa 1860 ist v.a. seine fortschreitende pluralistische Auffächerung. Weder der überkommene Alleinvertretungsanspruch der örtlichen Seniorenconvente, den die Corps seit dem frühen 19. Jahrhundert für sich zu monopolisieren suchten, noch der Gedanke der studentischen Allgemeinheit, den insbesondere die Urburschenschaft dem entgegensezte, war mit den fortschreitenden Individualisierungstendenzen in der Studentenschaft vereinbar⁸⁹. Vor diesem Hintergrund wurden sowohl die Corps als auch die Burschenschaften trotz allem zur Schau gestellten Sonderbewußtseins zu Verbündungen wie andere auch⁹⁰. Es gelang zwar nach 1848 immer wieder an einzelnen Universitäten, von allen immatrikulierten Studenten gewählte Ausschüsse als Vertreter der Studentenschaft durchzusetzen⁹¹, doch behauptete sich dieses Modell vor dem Ersten Weltkrieg dauerhaft weder regional noch auf Landes- oder Reichsebene. Dies lag nicht zuletzt daran, daß die Ordinarienuniversitäten einen zu starken studentischen Einfluß auf die Kompetenzen des Senats verhindern wollten. Dies war leichter möglich, wenn man die Korporationen informell als Gesprächspartner akzeptierte,

⁸⁷ Vgl. hierzu *Hannes Schönner*, Auf mit Gott zur Mannestat. Die Geschichte der K.Ö.St.V. Austria-Wien. Festschrift anlässlich des 125. Stiftungsfestes (Wien 2001) v.a. 13–53. Es handelt sich bei diesem Band um ein durchaus typisches Produkt verbindungsstudentischer Festschriftenliteratur, die zunächst einmal das Ziel der Selbstvergewisserung im Lichte der Tradition verfolgt. Andererseits ist der Text auf der Basis der einschlägigen Literatur und des umfangreichen Verbindungsarchivs entstanden, was ihn zu einer wertvollen Traditionssquelle macht.

⁸⁸ Vgl. hierzu v.a. *Urs Altermatt* (Hrsg.), „Den Riesenkampf mit dieser Zeit zu wagen...“: Schweizerischer Studentenverein 1841–1991 (Luzern 1993); *Schweizerischer Zofingerverein*, *Schweizerischer Altzofingerverein* (Hrsg.), Der Schweizerische Zofingerverein 1819–1969 (Bern 1969); *Lynn Blattmann*, „Lasst uns den Eid des neuen Bundes schwören...“: Schweizerische Studentenverbündungen als Männerbünde 1870–1914, in: Männergeschichte – Geschlechtergeschichte: Männlichkeit im Wandel der Moderne, hrsg. v. *Thomas Kühne* (Frankfurt a.M., New York 1996) 119–135; dies., Der Comment und die Schweiz, in: *Brandt, Stickler* (Hrsg.), „Der Burschen Herrlichkeit“ 207–217.

⁸⁹ Immerhin gelang es der 1818 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Burschenschaft“, etwa 30% der deutschen Studenten zu organisieren; vgl. *Walter Rüegg* (Hrsg.), Geschichte der Universität in Europa. Bd. III: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg, 1800–1945 (München 2004) 232.

⁹⁰ Vgl. hierzu *Michael Thomas*, Das 50. Jubiläum der Jenaer Burschenschaftsgründung im August 1865. Burschenschaften und Revolution „von oben“, in: *Asmus* (Hrsg.), Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung 263–276.

⁹¹ Vgl. hierzu am Beispiel Würzburgs *Stickler*, Zwischen Anpassung und Aufbegehren.

deren Rivalitäten untereinander nutzte und sie gegeneinander ausspielte. Diese Konfliktspiele funktionierten zum Ersten Weltkrieg hin auch leidlich unter Einfluß der Freistudentenschaft und der entstehenden nicht korporativen studentischen Vereine. Charakteristisch für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ist – zumindest im Deutschen Reich und hier v.a. bei den Burschenschaften und Corps – auch die verbandsmäßige Trennung in Dachverbände an Universitäten, Technischen und Tiermedizinischen Hochschulen.⁹²

Das Korporationsspektrum erweiterte sich vor diesem Hintergrund seit Mitte des 19. Jahrhunderts geradezu explosionsartig⁹³: Gab es bis 1847 lediglich drei Korporationsverbände, die Allgemeine Deutsche Burschenschaft (1818–1833), den Wingolfsbund (seit 1844) und die katholische Bonner Union (1847–1854/1856), so entstanden als Folge der Revolution von 1848/1849 und der nachlassenden Repressionspolitik im Deutschen Bund seit Mitte der 1850er Jahren bis zur Reichsgründung 15 Verbände neu, darunter nahezu alle heute noch existierenden großen Dachverbände (KSCV, WSC, DB, CV, KV, UV, DL, SV). Zu einem weiteren massiven Schub kam es ab 1871 mit 33 Neugründungen und v.a. ab 1891 mit 59 Neugründungen; d.h. gut 56 % der Verbandsneugründungen ab 1815 fand in einer Phase statt, die nur ca. 13 % des Gesamtzeitraums umfaßte. So anziehend wirkte das Erfolgsmodell Korporation, daß sich nach 1870 auch die ursprünglich nicht korporativ verfaßten akademischen Gesang- und Turnvereine, in Mensuren schlagende und farbentragende bzw. Satisfaktion gebende und nicht farbentragende Verbindungen umwandelten, ebenso zahlreiche wissenschaftliche Vereine, wie man beispielsweise an Entstehung und Entwicklung des Deutschen Wissenschaftsverbandes erkennen kann. Anziehend wirkte das Organisationsmodell „Verbindung“ auch auf viele jüdische Studentenverbindungen, die sich angesichts des wachsenden akademischen Antisemitismus, wie er seit den 1880er Jahren v.a. von den Vereinen deutscher Studenten verbreitet wurde, in eigenen jüdischen oder paritätischen Verbindungen mit entsprechenden Dachverbänden⁹⁴ zusammenschlossen; deren Bandbreite bewegte sich von zionistischen – Bund jüdischer Corporationen (BJC) und Kartell Zionistischer Verbindungen (KZV), verschmolzen 1914 zum Kartell Jüdischer Verbindungen (KJV) – bis hin zu orthodox – Bund jüdischer Akademiker – und deutschnational – Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens (KC) – ausgerichteten Verbänden⁹⁵.

⁹² Bei den Corps KSCV (Universitäten), WSC (Technische Hochschulen) und RSC (Tiermedizinische Hochschulen), bei den Burschenschaften DB (Universitäten) und RV (Technische Hochschulen).

⁹³ Vgl. zum Folgenden die auf der Datenbasis von Gladen, Korporationsverbände und der Tabellen in Kampe, Studenten und „Judenfrage“, nach 116 sowie „Wende und Schau“, o.S. erarbeiteten Grafiken im Anhang.

⁹⁴ Paritätisch bedeutet, daß die Verbindung Christen und Juden aufnahm, zumeist war allerdings der Anteil an Nichtjuden sehr gering, so daß es sich bei den paritätischen Verbindungen faktisch doch um jüdische Verbindungen handelte; ein Beispiel hierfür ist der 1908 gegründete Bund Freier Wissenschaftlicher Vereinigungen (BFWV).

⁹⁵ Vgl. hierzu Thomas Schindler, Studentischer Antisemitismus und jüdische Studentenverbindungen 1880–1933 (Historia academica 27, Nürnberg 1988) sowie aus jüngerer Zeit v.a. die Arbei-

Auch die Frauen entdeckten nach der Jahrhundertwende das Verbindungsleben für sich und gründeten eigene Bünde mit Dachverbänden, die evangelisch geprägte DCVSF (Deutsche Christliche Vereinigung Studierender Frauen, 1904–1935), den bürgerlich-liberalkonservativen VStD (Verband der Studentinnenvereine Deutschlands, 1906–1935), den katholischen und farbentragenden VKDSt (Verband der katholischen deutschen Studentinnenvereine, 1913–1935) und den rechtskonservativ-deutschnationalen und farbentragenden DVAF (Deutscher Verband akademischer Frauenvereine, 1914–1935)⁹⁶. Das gleiche gilt für in Deutschland studierende Ausländer, die v. a. an kleineren technischen Hochschulen, wie z. B. am Technikum Mittweida in Sachsen oder an der Bergakademie Freiberg, aber auch an größeren Universitäten, Verbindungen nach deutschem Vorbild von erstaunlicher Vielfalt gründeten⁹⁷. Über diese, aber auch als Folge der Vorbildhaftigkeit des deutschen Universitätssystems schlechthin, strahlte die Tradition des deutschen Verbindungswesens auch an die Hochschulen in Ost- und Südosteuropa aus, zu nennen wären hier etwa die Universitäten Dorpat, Czernowitz und Lemberg⁹⁸.

Die Pluralisierung des studentischen Verbindungswesens im Deutschen Reich hatte dort v. a. zwei Folgen von weitreichender Bedeutung: Zum einen ist ein lang-

ten von *Miriam Rürup*: Jüdische Studentenverbindungen im Kaiserreich – Organisationen zur Abwehr des Antisemitismus auf „studentische Art“, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 10 (2001) 113–137; Auf Kneipe und Fechtboden. Inszenierung von Männlichkeit in jüdischen Studentenverbindungen in Kaiserreich und Weimarer Republik, in: *Männer-Macht-Körper*, hrsg. v. *Martin Dinges* (Frankfurt a. M. 2005) 141–156; Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten, 1886–1937 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 23, Göttingen 2008) zugl. Diss. phil. TU Berlin 2006. Vgl. hierzu auch *Lisa Swartout*, Culture Wars. Protestant, Catholic, and Jewish Students at German Universities, 1890–1914, in: Religion und Nation. Nation und Religion. Beiträge zu einer unbewältigten Geschichte, hrsg. v. *Michael Geyer, Hartmut Lehmann* (Göttingen 2004) 157–175 sowie *dies.*: Dueling Identities. Protestant, Catholic, and Jewish Students in the German Empire, 1890–1914 (PhD, UC Berkeley, 2002); im folgenden zitiert: *Swartout*, Culture Wars bzw. *Swartout*, Dueling Identities. Diese Arbeit erschien 2009 in überarbeiteter Form unter dem Titel „Duelling Students in a Slowly Democratizing Germany. Conflict, Politics, and „Culture in Germany“ (New York 2009); Swartout heißt inzwischen Fetheringill Zwicker.

⁹⁶ Vgl. hierzu *Hans Heinrich Hagen*, Die Geschichte der Deutschen Studentinnenvereine 1919–1933, in: *Acta Studentica* 24 (1977) 2–5 und 26 (1978) 5–8, *Britta Lohschelder*, „Die Knäbin mit dem Doktortitel“. Akademikerinnen in der Weimarer Republik (Pfaffenweiler 1994) v. a. 125–131 sowie *Heike Hessenauer*, Etappen des Frauenstudiums an der Universität Würzburg, 1869–1939 (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Würzburg Beiheft 4, Neustadt an der Aisch 1998).

⁹⁷ Vgl. hierzu v. a. *Matthias Stickler*, Die Selbstorganisation der Studenten aus dem Königreich Ungarn an deutschen und österreichischen Hochschulen zwischen 1871 und 1918, in: *Peregrinatio Hungarica. Studenten aus Ungarn an deutschen und österreichischen Hochschulen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, hrsg. v. *Anton Schindling, Gyula Kurucz, Márta Fata* (Contubernium 64, Stuttgart 2006) 471–503.

⁹⁸ Dieses hochinteressante Thema harrt noch einer systematischen Aufarbeitung; vgl. zu Czernowitz etwa: *Rudolf Wagner*, Alma Mater Francisco Josephina. Die deutschsprachige Nationalitäten-Universität in Czernowitz. Festschrift zum 100. Jahrestag ihrer Eröffnung 1875 (München 1979); *Raimund Lang* (Hrsg.), Czernowitz ein historischer Stadtführer (Innsbruck 2001); *ders.*, Spurensuche – Czernowitz und die Bukowina einst und jetzt (St. Pölten 2000).

sames, aber unaufhaltsames Vorbeiziehen der Burschenschaften an den Corps festzustellen, zum andern ein immer deutlicher werdender Bedeutungsverlust der traditionellen Masuren schlagenden Verbände (Corps, Burschenschaften, Landsmannschaften und Turnerschaften) zugunsten der katholischen Verbände und der Verbindungen mit fachlich-wissenschaftlicher Ausrichtung. Der Aufstieg insbesondere des CV war auch eine Folge des akademischen Kulturmamps, der anders als dies von dessen Initiatoren beabsichtigt gewesen war, das katholische Milieu an den Universitäten stärkte⁹⁹. Was das Stärkeverhältnis der nicht korporierten Vereinsstudenten sowie der Freistudenten zu den Verbindungen anbelangt, so liegen hierfür für die Reichsebene noch keine zuverlässigen Zahlen vor, doch haben meine Forschungen über die Verhältnisse an der Universität Würzburg gezeigt¹⁰⁰, daß dort seit dem späten 19. Jahrhundert die Verbindungen insgesamt langsam an Boden verloren. Dieser Prozeß wurde, wie bereits erwähnt, abgebrochen durch den Ersten Weltkrieg, den die meisten nicht korporativen studentischen Vereinigungen nicht überlebten.

4. Ausblick

Der Überblick hat gezeigt, daß die vorgestellte Thematik bei weitem noch nicht erschöpfend erforscht ist. Dies gilt auch und v.a. für die mannigfältigen, hier nur angerissenen kulturgeschichtlichen Aspekte des Verbindungswesens, die dringend einmal einer Loslösung von der Fixierung auf romantisch-historistische Beschreibungen „alter Burschenherrlichkeit“ bedürften. Wichtig wären auch vertiefte lokal angelegte Untersuchungen zum Frauenverbindungswesen und zu den korporativen Zusammenschlüssen ausländischer Studierender, auf deren Basis dann übergreifende Studien entstehen könnten, sowie der Ausstrahlung des deutschen Verbindungswesens auf das Ausland. Dringend einer vertieften, vergleichenden Forschung bedürfen auch die Freistudentenschaft und die vielen nicht korporativen Vereinigungen sowie die unzähligen dachverbandsfreien Verbindungen, die wegen der abgerissenen Tradition und der damit verbundenen schwierigen Quellenlage bisher kaum Beachtung gefunden haben. Wünschenswert wären darüber hinaus etwa auch größer angelegte prosopographische Forschungen zu den Karrieremustern von Verbindungsstudenten in Politik, Kirche, Wirtschaft, Wissenschaftsbetrieb und Wissenschaftsorganisation bzw. zu konkreten verbindungsstudentischen Netzwerken in den genannten gesellschaftlichen Bereichen. Einige Namen wurden ja genannt, viele könnte man noch hinzufügen. So wäre etwa zu fragen, ob Friedrich Althoff (1839–1908), Alter Herr des Bonner Corps Saxonia und, von

⁹⁹ Vgl. hierzu v.a. neben den bereits genannten Arbeiten von Dowe v.a. Peter Stitz, Der akademische Kulturmampf um die Daseinsberechtigung der katholischen Studentenkorporationen in Deutschland und in Österreich von 1903 bis 1908. Ein Beitrag zur Geschichte der CV (München 1960) und Swartout, Culture Wars sowie *dies.*, Dueling Identities.

¹⁰⁰ Stickler, Zwischen Anpassung und Aufbegehren.

1882 bis 1907, zuletzt als Ministerialdirektor, Leiter der Hochschulabteilung im preußischen Kultusministerium, sich bei seiner Personal- und Berufungspolitik auch auf verbindungsstudentische Netzwerke stützte.

Ich bin davon überzeugt, daß man die deutsche Universität in ihrer klassischen Phase und zumal die des langen 19. Jahrhunderts vollständig nur begreifen kann, wenn man das studentische Vereins- und Verbindungswesen als integralen Bestandteil des Universitätssystems gebührend berücksichtigt, auch und gerade deshalb, weil in ihrer nachklassischen und modernen Phase die Universität aus sich heraus eben keine dauerhaft tragfähigen Lebensformen mehr entwickeln konnte. Es gehört zu den Besonderheiten des überkommenen deutschen Universitätsystems, daß jene an letztlich außerhalb gelegene Organisationsformen geknüpft waren. Dies ist, wie oben gezeigt werden konnte, eine wenig beachtete, aber dennoch weitreichende Folge der Universitätsreformen des frühen 19. Jahrhunderts. In dem Maße wie nach 1945 und verstärkt nach 1968 an den deutschen Universitäten das Verbindungswesen an Bedeutung verlor, entstand so eine Lücke eigener Art, die bis heute nicht geschlossen wurde. Es ist überaus bemerkenswert, daß die immerhin demokratisch legitimierte verfaßte Studentenschaft, die nach dem Ersten Weltkrieg im wesentlichen von den Verbindungen gegründet und von diesen auch nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre hinein noch in nicht unerheblichem Maße mitgestaltet wurde, diese Lücke allein nicht füllen konnte, vielmehr seit den 1970er Jahren, trotz der AStA-Zwangsbeträge in den meisten Ländern, ein kontinuierlicher Niedergang der studentischen Selbstverwaltung zu konstatieren ist. Dies dürfte auch und v.a. die Folge der Tatsache sein, daß es nach dem Verblassen der impliziten Vorbildfunktion der studentischen Verbindungen ein umstrittenes und tragfähiges Leitbild für ein modernes studentisches Selbstverständnis heute nicht mehr gibt¹⁰¹. Doch dies ist ein anderes Thema.

Summary

In the 19th century, German students failed to establish a national organization in a centralist way (*Burschenschaften*) or in a federal or even particularistic way (*Landsmannschaften/corpsstudentische Seniorenconvente*). From the middle of the 19th century, German student corporations therefore developed into different directions. Since that time, a variety of student corporations with different orientations has emerged (*Burschenschaften*, student corps, *Landsmannschaften*, *Turnerschaften*, *Sängerschaften*, Christian or denominational corporations). Their consolidation can mainly be seen in the development of club structures, a process that started with the foundation of the German Empire in 1871 and that was particu-

¹⁰¹ Vgl. hierzu die Hinweise bei Matthias Stickler, „Vom Burschen zum Studi“. Anmerkungen zum soziokulturellen Wandel in der Studentenschaft, in: Grün, Schellakowsky, Stickler, Süß (Hrsg.), Zwischen Korporation und Konfrontation 410–422. Eine detaillierte, auf umfassender Auswertung der verfügbaren Quellen beruhende, Untersuchung dieser wichtigen Thematik fehlt.

larly pushed by the now emerging *Altherrenverbände* (associations of those who already graduated). Even though German corporations established specific traditions such as wearing *couleur* (traditional caps, ribbons, etc.), *Kneipcomment* (a special code of conduct for drinking evenings), duels and *Mensur* (academic fencing), it would not be correct to speak of a real German *Sonderweg* (special path) regarding students' socialisation before 1914. In fact, there are many similarities with Anglo-Saxon universities, especially on the intellectual level. University as a way of life means that corporations perceived themselves and were accepted as an integral part of academic life, although they were not a part of the university structure in a legal or administrative sense. Even if normally not more than 50% of students were members of a student corporation, they were the dominant factor of universities. In the late 19th century, more and more clubs and associations of *Freistudenten* (students who did not belong to a student corporation) were founded. However, they could not permanently break the predominance of the student corporations. On the contrary: Before 1914, there was a gradual trend towards corporisation that could hardly be resisted by student associations. In this context, the activities of student corporations were more than a mere pastime. As a "hidden curriculum", the education that took place in student corporations filled the so-called "Humboldtian gap", thus forming part of the university educational system. Via student corporations, students established life-long emotional ties with their universities. In fact, student corporations therefore substituted the alumni organisations that did not exist in Germany.

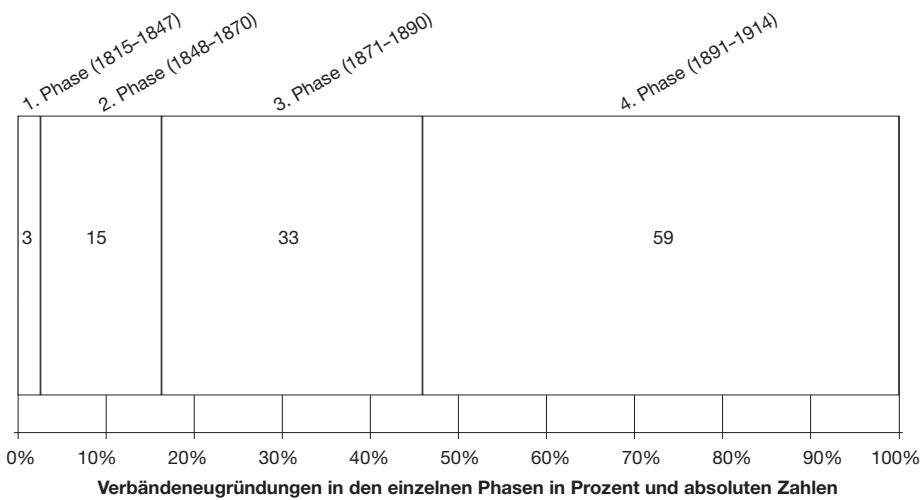
Abkürzungen im Text

ADB	Allgemeiner Deutscher Burschenbund
AH	Alter Herr
ASH	Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen
ATB	Akademischer Turnbund
BdO	Burschenschaft der Ostmark
BFWV	Bund Freier Wissenschaftlicher Vereinigungen
BJC	Bund jüdischer Corporationen
CC	Coburger Convent akademischer Landsmannschaften und Turnerschaften
CEH	Central European History
CV	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
DB	Deutsche Burschenschaft
DCVSF	Deutsche Christliche Vereinigung Studierender Frauen
DGfH	Deutsche Gesellschaft für Hochschulkunde
DL	Deutsche Landsmannschaft
DS	Deutsche Sängerschaft (Weimarer CC)
DVAF	Deutscher Verband akademischer Frauenvereine
DWV	Deutscher Wissenschafter-Verband
GDS	Gemeinschaft für Deutsche Studentengeschichte e.V.
GfBG	Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V.
IDS	Institut für Deutsche Studentengeschichte, Paderborn
IfH	Institut für Hochschulkunde, Würzburg
KC	Kartell-Convent deutscher Studenten jüdischen Glaubens
KDStV	Katholische Deutsche Studentenverbindung
KStV	Katholische Studentenverbindung/Katholischer Studentenverein
KJV	Kartell Jüdischer Verbindungen
KSCV	Kösener Senioren-Convents-Verband
KV	Kartellverband der Katholischen Studentenvereine Deutschlands
KZV	Kartell Zionistischer Verbindungen
ÖVfStG	Österreichischer Verein für Studentengeschichte e.V.
RSC	Rudolstädter Senioren-Convent
RV	Rüdesheimer Verband Deutscher Burschenschaften
SB	Schwarzburgbund
SchwStV/StV	Schweizerischer Studentenverein
SV	Sondershäuser Verband Deutscher Studenten-Gesangvereine
SVSt	Schweizerische Vereinigung für Studentengeschichte
SWR	Schweizerischer Waffenring
UV	Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine (Unitas-Verband)
VAC	Verband Alter Corpsstudenten

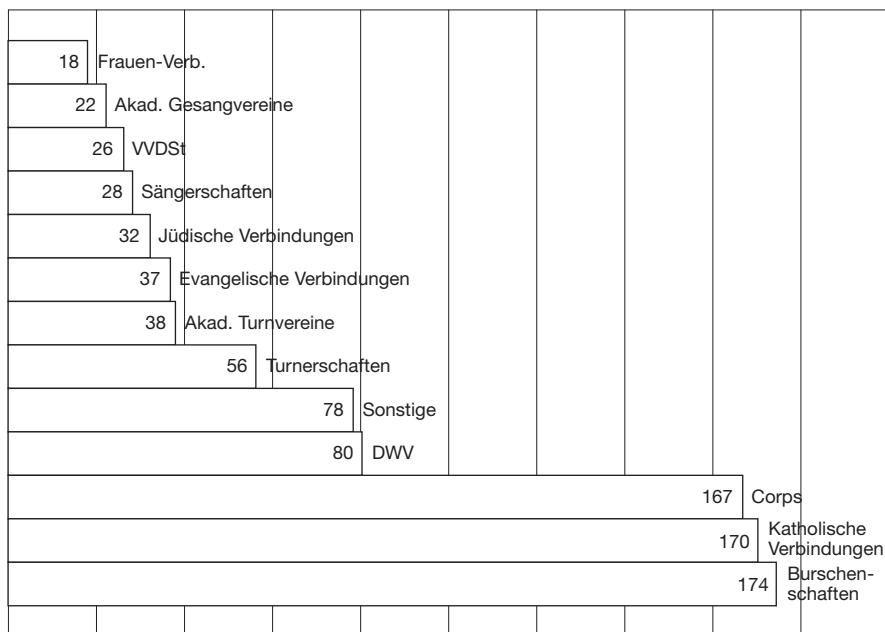
VC	Vertreter-Convent der Turnerschaften auf deutschen Hochschulen
VKDSt	Verband der katholischen deutschen Studentinnenvereine
VStD	Verband der Studentinnenvereine Deutschlands
VVDSt	Verband der Vereine Deutscher Studenten (Kyffhäuserverband)
WB	Wingolfsbund
WSC	Weinheimer-Senioren-Convent
Z	Zofinger-Verein

Anhang: Grafiken zum studentischen Verbindungswesen

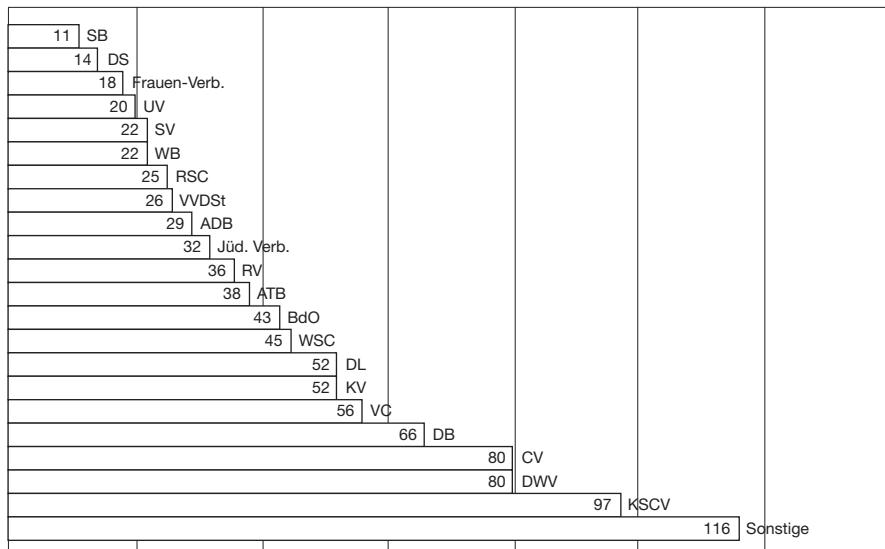
Die Expansion des studentischen Verbindungswesens im langen 19. Jahrhundert

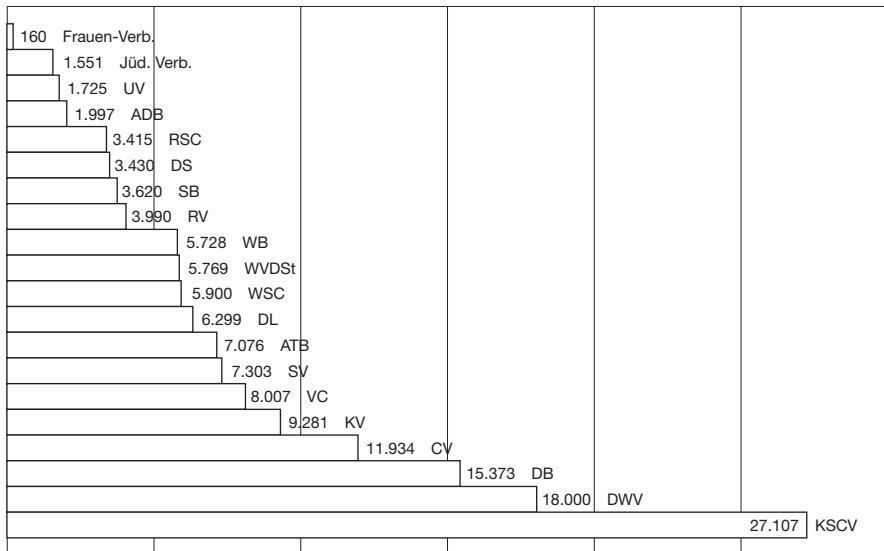
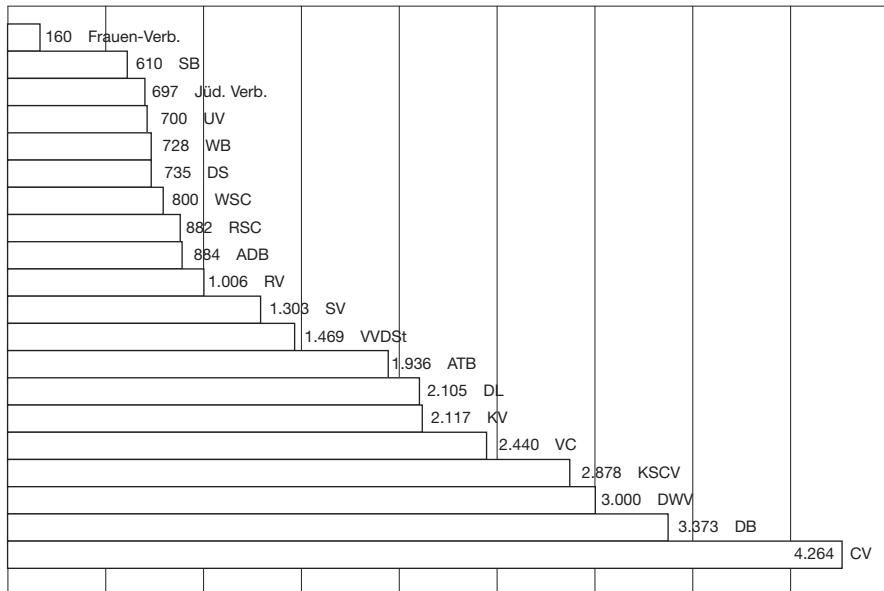


Anzahl der Studentenverbindungen 1914 (nach Ausrichtung)



Wichtige studentische Korporationsverbände 1914 (Anzahl der Mitgliedsbündner)



Mitglieder der studentischen Korporationsverbände 1914 (Aktive und Alte Herren)*Mitglieder der studentischen Korporationsverbände 1914 (Aktive)*

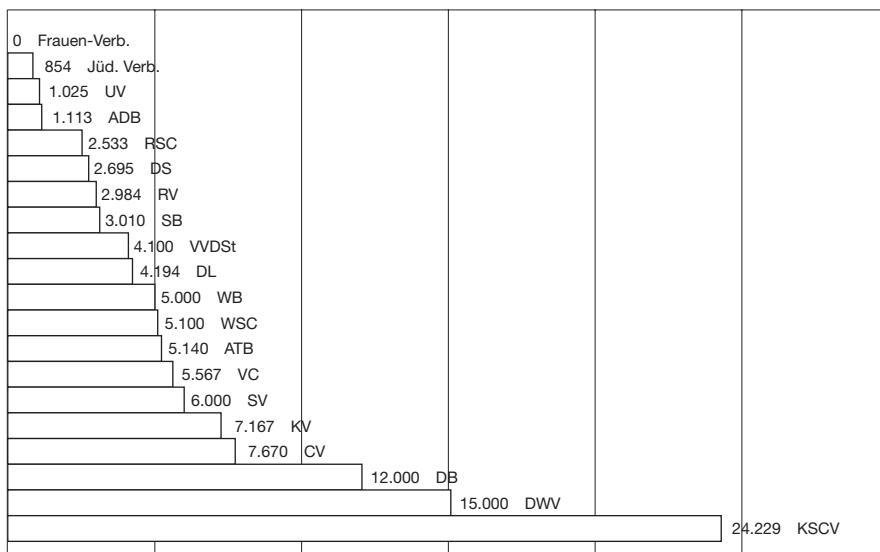
Mitglieder der studentischen Korporationsverbände 1914 (Alte Herren)



Abb. 1: *Studentischer Kommers mit „Landesvater“*. Beim Landesvater handelt es sich um einen seit dem 18. Jahrhundert üblichen studentischen Brauch. Hierbei werden als Höhepunkt einer Kneipe bzw. eines Kommerses zu Ehren des Vaterlandes (ursprünglich des Landesherrn, daher der Name) die Mützen auf einer Fechtwaffe aufgespießt. Da dies rituell stets paarweise geschieht, gilt der Landesvater auch als besondere Bekräftigung der bundesbrüderlichen Freundschaft.

Die Abbildungen 1 bis 4 sind entnommen dem Sammelwerk von F.W. Geiling: *Bilder aus dem deutschen Studentenleben*, Titelblatt und 14 Blätter, in einer Mappe, Jena o.J. [um 1850]; vgl. hierzu Karl Konrad: *Bilderkunde des deutschen Studentenwesens*, Breslau²1931, S. 109 (Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg, Graphische Sammlung, Slg. des VAC).

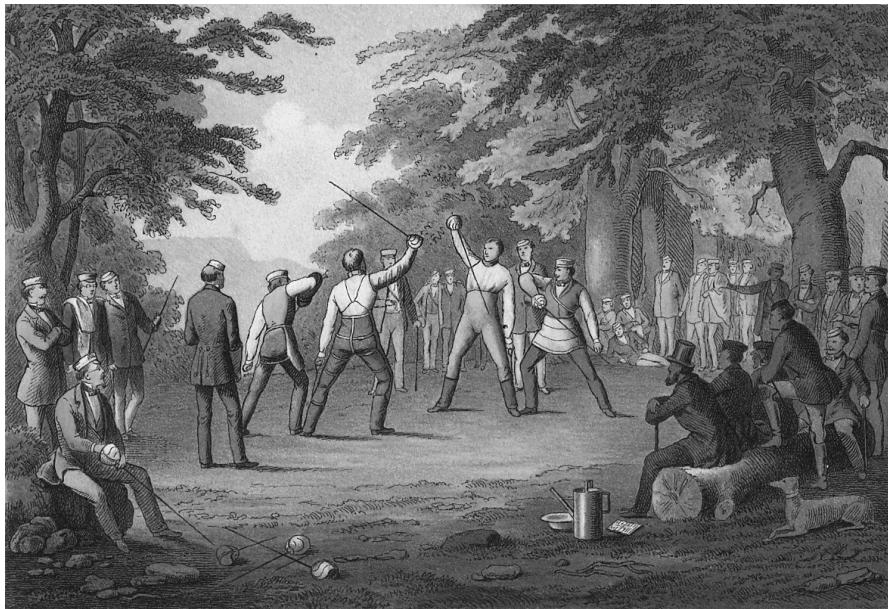


Abb. 2: *Studentische Mensur auf Schlägern.*



Abb. 3: *Studentischer Fackelzug. Man erkennt auf der Abbildung deutlich die Chargierten im Wicks, der zeremoniellen studentischen Festtracht.*

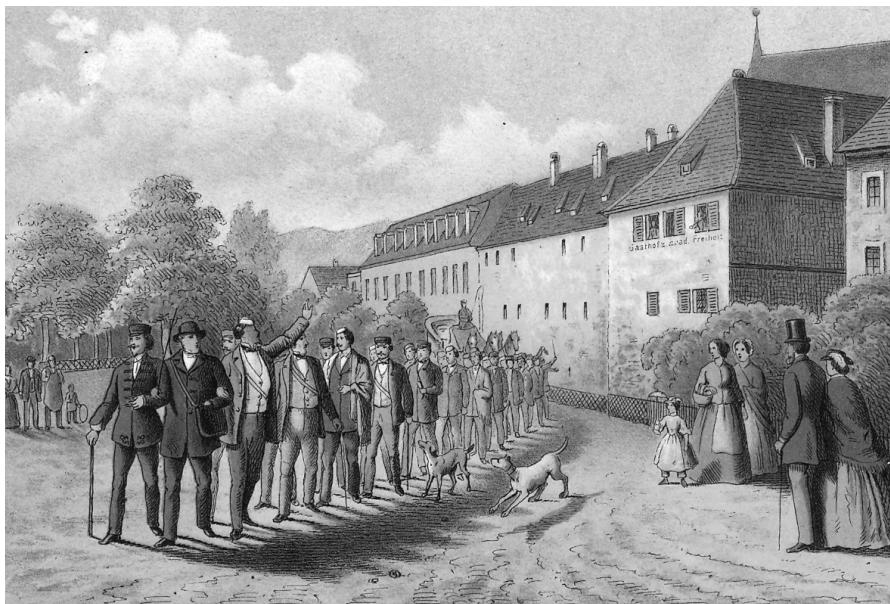


Abb. 4: *Studentischer Comitat.*



Abb. 5: Das 1829 gegründete Corps Lituania Königsberg im KSCV (Sommer 1865). Diesem ältesten Königsberger Corps, das nach 1945 in dem neu gestifteten Corps Albertina-Hamburg im KSCV aufging, gehörte u.a. Eduard von Simson (1810-1899), der Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, an (Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg, Fotosammlung, Slg. der DGfH).



Abb. 6: Der 1861 gegründete Akademische Gesangverein (AGV) München im SV (nach 1886). Diese Vereinigung, die sukzessive korporative Formen annahm, aber stets nicht farbentragend blieb, begründete 1867 den Sondershäuser Verband mit und ist heute noch eine der größten Studentenverbindungen Deutschlands. Ihr gehörte u.a. der Physiker Max Planck (1858–1947) an (Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg, Fotosammlung, Slg. der DGfH).

IV. Stolze Selbstwahrnehmung – Konkurrenzen
– Verwerfungen
Die deutsche Universität am Vorabend des
Ersten Weltkriegs

Matthias Middell

Konfrontation auf Augenhöhe? Die Universitäten Leipzig und Berlin im Wilhelminischen Deutschland

Aus der Sicht des Jahres 2009 mag für den Vergleich zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Leipzig manches sprechen, aus der Sicht der vorvergangenen Jahrhundertwende vielleicht sogar noch mehr. Um 1900 gehörten beide Hochschulen gemeinsam mit München zu den drei großen des Kaiserreiches, deren Vorsprung vor der darauf folgenden Kohorte allgemein anerkannt war. Er beruhte vor allem auf der Zahl der Studierenden, die zum Gradmesse der Attraktivität geworden war, weil sich in dieser Nachfrage nicht nur die Wertschätzung der studierenden Klientel für die wissenschaftlichen Qualität ausdrückte, sondern diese Parameter sich auch in Begründungen umwandeln ließen, damit der jeweiligen Kultusbehörde Mittel für bessere Ausstattungen und neue Berufungen entwunden werden konnten. Der Terminus „Landesuniversität“ war keineswegs hohle Floskel, sondern drückte diese innige Beziehung zwischen den Hochschulen, die an ihrem eigenen Ausbau und ihrer nationalen wie internationalen Geltung großes Interesse zeigten, und den Ministerien aus, für die die Universitäten eines der sichtbarsten Zeichen in der Konkurrenz der Gliedstaaten des Reiches waren. Mehr Studenten bedeutete mithin zugleich mehr verfügbare Ressourcen und damit die Möglichkeit, den damals im Zentrum der Wissenschaftsentwicklung stehenden Verfachlichungsprozeß durch Einrichtung weiterer, spezialisierter Professuren voranzutreiben. Hochschulpolitik war Standortpolitik, denn die Universitäten wurden als Kern einer lokalen Ballung wissenschaftlicher Kompetenz angesehen, denen sich die sich rasch vermehrenden außeruniversitären Anstalten anlagerten.

Reichlich hundert Jahre später teilen die beiden Universitäten das Schicksal, in einem Exzellenzwettbewerb, der multidisziplinäre Clusterbildung und die Konzentration auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Graduate Schools besonders auszeichnet, nur partiell zum Zuge gekommen zu sein, jedenfalls nicht zu den herausgehobenen neun Hochschulen zu gehören. Ob das mehr als ein finanzieller Nachteil ist, wird sich erst in Zukunft noch weisen, denn die Effekte des jüngsten Wettbewerbs auf die einzelnen Hochschulen und auf das deutsche Universitätssystem sind entgegen allen euphorischen Presseerklärungen und kritischen Analysen noch gar nicht überschaubar.

Interessanterweise haben beide Hochschulen in ihren Konzepten für den Exzellenzwettbewerb mit dem Festhalten an oder der Rückkehr zu den Prinzipien einer Volluniversität geworben, die eine unter Verweis auf den Gründervater Humboldt, die andere gar in Hinsicht auf demnächst zu feiernde 600 Jahre Universitäts geschichte, die gegen allzu leichtfertiges Befolgen der neuesten Moden immun mache. Allerdings heißt das nicht, an der organisatorischen Zersplitterung und intellektuellen Fragmentierung der Universität, die gerade der Verfachlichung entsprungen ist, festzuhalten, sondern neue integrative Institute und Profillinien zu finden. Zugleich haben beide Hochschulen auf die ähnlichen Erfahrungen und Beschädigungen in der jüngeren Geschichte hingewiesen, der Präsident der Humboldt-Universität mit seinem Statement nach der Verkündung des Auswahlergebnisses: „Als einzige unter den acht verbliebenen Kandidaten ist die Humboldt-Universität erst seit 17 Jahren ein Teil des bundesrepublikanischen Wissenschaftssystems. Seitdem hat sie sich in einer großen Aufholjagd unter die besten deutschen Universitäten vorgearbeitet, wie diverse Förderrankings dokumentieren. Wir sind auf dem richtigen Weg, haben unser Ziel aber noch nicht erreicht.“¹

„History matters“ könnte man diese Auseinandersetzung der beiden Hochschulen mit ihrem Schicksal und ihrer Position gegenüber dem vermuteten neuen Zentrum des deutschen Hochschulwesens im Süden der Republik überschreiben, auch wenn im Detail mehr von Zukunft und in den Überschriften mehr von Geschichte die Rede ist. Mit der Verschiebung der Gewichte nach Bayern und Baden-Württemberg mag die Konkurrenz zwischen preußischer und sächsischer Metropole an Bedeutung verlieren, trotzdem lohnt es aus meiner Sicht einen Blick zurückzuwerfen auf die Konkurrenz der Jahre um 1900².

Die laufenden Diskussionen über Studienreform und Exzellenz laden ein zur Diskussion der Kriterien für Erfolg und Mißerfolg. Sind Volluniversitäten im Nachteil, wenn von ihnen Profilbildung und Zusammenschluß zu monströsen Clustern über alle Fächer hinweg verlangt werden, und wird damit Geschichte, die nicht einfach nur Vergangenheit ist, sondern in Institutionen geronnene Tradition, zum Mühlstein, den abzuwerfen – weil hinderlich bei unvermeidlichen Strukturreformen – dringend empfohlen werden muß? Oder generieren lange historische Traditionen (mit Sigeln teilweise aus dem 15. und 16. Jahrhundert als letzte Bastion gegen auch nur Umbenennungen) Gelassenheit und Selbstvertrauen angesichts naßforscher externer Steuerungsabsicht? Braucht man einen starken Rektor mit klaren Zielen, oder schwächt solche Zentralisierung die Fakultäten als Urgrund

¹ Erklärung des Präsidiums /der Humboldt-Universität – d. Vf./ zu Ergebnissen der Exzellenzinitiative vom 9.10.2007 http://www.hu-berlin.de/pr/pressenachrichten/presse2007/071019_exzellenz.

² Unter die eher persönlichen Gründe für dieses Interesse gehört die Tatsache, daß ich nach längeren Recherchen zur Geschichte der Leipziger Universität im 20. Jahrhunderts mit der Einladung konfrontiert war, an der Geschichte der Humboldt-Universität mitzuschreiben, die für das Jubiläumsjahr 2010 vorgesehen ist. Dies nötigt beinahe zu einem vergleichenden Blick, zumal die eigenen Studienerfahrungen im letzten Jahrzehnt der DDR ebenfalls von der Konkurrenz der beiden Hochschulen geprägt waren.

wissenschaftlicher Kreativität, dem allenfalls ein moderierender Hochschulchef vorsitzen darf. Sind die außeruniversitären Institute Rettungsanker oder Sargnagel der Universitäten im Wettbewerb der Standorte? Haben die ostdeutschen Erfahrungen einen Vorsprung bei strukturierten Studienangeboten erzeugt, oder ist dieser Bonus in 15 Jahren komplett aufgebraucht worden durch die rasche Übertragung bundesdeutscher Standards? Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Wer in all den Wettbewerben gewinnt, rechnet sich eine Spitzenposition zu und fragt nicht weiter nach Erklärungen, wer aber im Ranking hinterherhinkt, formuliert zuweilen seltsame Begründungen. Klagen über die Bevorzugung wahlweise der südwestdeutschen, der technisch ausgerichteten, der kleinen und wendigen oder der erst wenige Jahrzehnte alten Reformuniversitäten gehören zum Repertoire.

Die Tendenz zur Legendenbildung kann nicht von der Hand gewiesen werden und prägt Universitätskulturen. Die Vorbereitung der Universitätsjubiläen geht mit einer Neuerfindung der feiernden Hochschulen einher, und ein Vergleich zwischen Leipzig und Berlin hat da allerlei Erhellendes beizusteuern, denn manche der oben genannten Fragen werden heute an den beiden Hochschulen, die sich doch strukturell ähnlich sind, geradezu entgegengesetzt beantwortet. Für ein komparatistisches Design wäre es natürlich optimal, wenn sie damit auch zu klar unterscheidbaren Ergebnissen kämen. Angesichts der Mehrdimensionalität des Wettbewerbes ist es so simpel aber nicht – vielmehr zeichnet sich ab: Langfristige strukturelle Gegebenheiten, die zum Teil gar nicht im Entscheidungsbereich der Hochschulen liegen, wirken stark (Hauptstadtfunktion, Verkehrsknoten, Wohnungsmärkte, internationale Images), und was in der einen Dimension gut ist (Fokussierung der Forschung), wirkt auf die andere (Intensivierung der Lehre und Betreuung) höchstens vermittelt und manchmal anders als erwartet.

Damit ist aber auch schon hingewiesen auf die zahlreichen methodischen Fallstricke einer solchen diachron-komparatistischen Perspektive, die sich der synchron vergleichenden Konstellation bedient, um etwas über Entwicklungschancen herauszufinden.

Wege des Vergleichs

Zwei Wege sind aus meiner Sicht grundsätzlich denkbar:

Zunächst legt die Frage nach einer Konkurrenz auf Augenhöhe, die Rüdiger vom Bruch mir im Vorfeld der Münchner Tagung aufgegeben hat, einen direkten Vergleich anhand brauchbarer Indikatoren nahe. Dies würde dem Modell heutiger Rankings folgen, die nach Zufriedenheitsindikatoren, Ausstattungsmerkmalen, Einwerbung zusätzlicher Mittel und vielen anderen Gesichtspunkten ganze Batterien sozialwissenschaftlicher Untersuchungen abschießen. Wie wir alle wissen, erweist sich dies allerdings als schwierig, weil niemand besagte Indikatoren genau gegeneinander gewichten kann. Während unsere Vorfahren stolz Studentenzahlen vor sich her getragen haben, nutzen wir inzwischen Drittmittel als Hilfsmaß für universitären Erfolg. Kritik inklusive.

Sylvia Paletschek schlägt in gewisser Weise diesen Weg bei ihrem sehr instruktiven Vergleich Freiburg-Heidelberg-Berlin ein³. Dabei zeigt sich, daß der intendierte Vergleich bei der Ermittlung von Gemeinsamkeiten, die sich gegeneinander gewichten lassen, an seine Grenzen stößt, und die Analyse sich statt dessen bald in eine Erklärung wichtiger struktureller Unterschiede (im Sekundärbildungsbereich, in der Universitätspolitik der Länder usw.) wendet. Die Unterschiede waren offenkundig nicht nur gradueller Natur, sondern die einzelnen Hochschulen standen in so verschiedenen Kontexten, daß sie sich nicht in ein Ranking fügen. Jedenfalls wäre den Zeitgenossen nicht in den Sinn gekommen, diese Unterschiede einfach zu übersehen und anhand der wenigen quantifizierbaren Kriterien Platznummern für die einzelnen Universitäten zu verteilen. Man könnte dies als Hinweis darauf nehmen, daß wir zwar einige Anhaltspunkte für die Existenz und Wirksamkeit eines „deutschen Universitätssystems“ haben, eine Art unterschwellige Hitliste, der vor allem die Professoren bei der Bewertung von Rufen folgten, aber – wie Sylvia Paletschek sehr schön zeigt – keineswegs immer bei der Annahme dieser Rufe. Ähnliche Beispiele ließen sich aus Leipzig anführen – für und gegen die Messestadt. Marita Baumgarten hat vor einigen Jahren festgehalten, daß die Universitäten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus ihrer Vereinzelung herausgetreten und Bestandteil eines deutschen Universitätssystems geworden seien⁴. Als Gründe dafür kann man ohne Zweifel die Ablösung primär lokaler Berufungszirkel zugunsten überregionaler Rekrutierungen und die Entfaltung entsprechender Kriterien für den Aufstieg innerhalb der Fächer interpretieren. Dies wäre auch nicht durch den Hinweis auf das Verharren verschiedener Kandidaten an Orten zu entkräften, an denen sie in einem kaminförmigen Aufstiegsschacht in Richtung Spitze des Universitätssystems eigentlich nicht hätten verbleiben dürfen. Allerdings gilt es eine solche vorwiegend sozialgeschichtliche Betrachtungsweise mit zwei Gesichtspunkten zu verknüpfen: Zum einen stellt sich die Frage, ob die Betrachtung jeweils nur eines Faches hinreichend die Konfigurationen der verschiedenen miteinander verbundenen Disziplinen in den Blick nimmt, die aufgrund der Ungleichzeitigkeit der Institutionalisierungen eben doch die Mobilität an andere Orte erheblich einschränkten. Schon um 1900 war das Problem der Interdisziplinarität wohl bewußt, und Entscheidungen für die eine oder andere Universität hingen (zumindest für diejenigen, die bereits eine erste bezahlte Stufe der Karriereleiter erklimmen hatten) nicht nur vom Ranking innerhalb des einen Faches ab, sondern auch von der Umgebung und den Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Kollegen. Neuere Untersuchungen zu den Regionalwissenschaften, die sich vorzugsweise in Berlin, Hamburg, Leipzig und – mit Abstrichen – im westdeutschen Raum etablierten, zeigen, daß es angesichts der wenigen Hochschulen, an denen Afrikakunde oder Lateinamerikawissenschaften entstanden, wiederum kleinere Zirkel von miteinander in Kontakt und Konkurrenz stehenden Universitäten

³ Vgl. den Beitrag in diesem Band.

⁴ Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (Göttingen 1997) 270.

gab, die ihr eigenes System bildeten⁵. Wie der weitere Gang im 20. Jahrhundert zeigt, wurde es für diese kleineren Systeme teilweise attraktiver sich auf ein internationales Universitätssystem zu beziehen als den für sie weniger aussagekräftigen Kriterien des nationalen Universitätssystems zu folgen.

Damit sind wir bei einem zweiten Gesichtspunkt, der die Homogenität des nationalen Universitätssystems untergraben konnte: die paradigmatischen Differenzen, die manche Universitäten einander näher oder entfernt erscheinen ließen, und sich als qualitative und weniger als quantitative Unterschiede bemerkbar machten. Sie wurden oft verstärkt durch die internationale Resonanz, die in dieser Phase des Wiedergewinns grenzüberschreitender akademischer Mobilität ebenfalls aufmerksam beobachtet wurde. Während zahlreiche Studierende aus Übersee oder Osteuropa die Idee eines relativ einheitlichen deutschen Universitätssystems stützten, da ihre Hoffnungen auf eine Ausbildung befriedigt wurden und sie zuerst die Differenz zwischen dem in ihrer Heimat empfundenen Mangel an Qualifizierungschancen und der an deutschen Hochschulen erlebten Qualität mit Respekt notierten, vermerkten andere genauer die Differenzen zwischen den einzelnen Standorten⁶.

Banales Benchmarking war jedenfalls unseren Vorfahren offenkundig fremd, und eigentlich ist das wohl auch heute der Fall, wofür weniger die zahlreichen kulturkritischen Kommentierungen laufender Initiativen zur Qualitätssmessung als vielmehr gerade die Zahl solcher Wettbewerbe hindeuten. Denn diese durchaus sinnvollen Instrumente einer leistungsbezogenen Ressourcenallokation sind zunächst auch immer Kritik des Nachbarwettbewerbes, dem sie die Vernachlässigung des je eigenen Kriterienspiegels vorhalten.

Dies weist uns in eine zweite Richtung, die weniger von der Vorstellung ihren Ausgang nimmt, es gäbe überzeitliche und in einem schon immer existenten nationalen Universitätssystem gültige Parameter, als vielmehr nach den Vergleichskriterien der Zeitgenossen fragt. Welche Herausforderungen wurden um 1900 in den Vordergrund gerückt, wenn man sich in einer führenden Position sah oder diese zu erreichen trachtete? Gehen wir von dieser Perspektive aus, dann kommt es nicht so sehr darauf an, scheinbar objektive Maßstäbe und Kriterien für den Vergleich zu finden, sondern vielmehr zu rekonstruieren, in welchem Maße und mit

⁵ Falk-Thoralf Günther, Afrikanistik und Lateinamerikanistik in Deutschland zwischen Kaiserreich und Drittem Reich. Wissenschaftsentwicklung und äußere Einflüsse im Vergleich der Standorte, phil. Diss. (Leipzig 2007) (Ms.).

⁶ Vgl. dazu die Untersuchung französischer Berichte nach dem Besuch deutscher Hochschulen in: Michel Espagne, Michael Werner (Hrsg.), *Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemande (18ème-19ème siècles)* (Paris 1988); Michel Espagne, Die Universität Leipzig als deutsch-französische Ausbildungsstätte, in: ders., Matthias Middell (Hrsg.), Von der Elbe bis an die Seine, Kulturtransfer zwischen Sachsen und Frankreich im 18. und 19. Jahrhundert (Leipzig 1999) 353-377. Christophe Charle, La républiques des universitaires 1870-1940 (Paris 1994); Gabriele Lingelbach, Klio macht Karriere. Die Institutionalisierung der Geschichtswissenschaft in Frankreich und den USA in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Göttingen 2003) sowie Philipp Löser, Christoph Strupp (Hrsg.), Universität der Gelehrten – Universität der Experten. Adaptionen deutscher Wissenschaft in den USA des neunzehnten Jahrhunderts (Stuttgart 2005).

welchen Schwerpunkten sich die Universitäten gegenseitig beobachtet haben oder ihre eigene Position gegen einen (mehr oder minder vage) angenommenen Hintergrund allgemeiner Trends beschrieben. Solche Positionierungsstrategien geben uns, wenn wir den Vergleich in dieser Weise wenden, eine Reihe von Hinweisen auf das zeitgenössische Ranking. Nicht im Sinne einer tatsächlichen Rangfolge, sondern hinsichtlich der Art und Weise, wie die Akteure in den Hochschulen für sich den Gedanken des Rankings verarbeitet haben und daraus Strategien ableiteten, um entweder in einem bestimmten Feld besser als die angenommene Konkurrenz zu werden oder um den Wettbewerb gerade auf ein anderes Spielfeld zu tragen, auf dem die Chancen für eigenen Erfolg größer sind.

Indem ich diese Form des Vergleiches benutze, privilegiere ich ausschließlich mit Blick auf den Umfang dieses Artikels die Leipziger Sichtweise, da andere Texte in diesem Band ausführlicher und kompetenter über Berlin sprechen. Es ist aber nicht dem gewählten Verfahren inhärent, das auch als parallele Beobachtung von (zwei oder mehr) Positionierungsstrategien angelegt sein könnte, sondern ausschließlich den erwähnten pragmatischen Überlegungen geschuldet.

Positionierungsstrategien aus Anlaß von Universitätsjubiläen: Leipzig 1909 und Berlin 1910

Einen ersten Anhaltspunkt für den beabsichtigten Vergleich liefern die Jubiläums-schriften der Universitäten in Leipzig und Berlin, die durch den Zufall der Gründungen 1409 und 1810 zeitlich kurz aufeinander folgend erschienen. Das Schicksal beider Hochschulen konnte allerdings hinsichtlich dieser Jubiläumsbände nicht gegensätzlicher sein: Max Lenz' voluminöser Gesamtdarstellung steht die peinliche Verlegenheitslösung der Leipziger gegenüber, die schon 1883 Georg Voigt, nach dessen Tod 1891 schließlich Georg Erler beauftragt hatten, die jedoch beide mit der Aufgabe aus vielfältigen Gründen nicht zu Rande kamen, dann eine konkurrierende Festschrift in die Hände der Fakultäten legten und schlussendlich das Vorhaben abbrechen mußten, nachdem so ziemlich alles schief gegangen war, was nur denkbar schien. Überbordende Verlagskosten, der weit geringer als erhofft ausfallende Regierungszuschuß, eine unübersehbare Schreibblockade des eifrig Material sammelnden Verfassers, eine auf dem Altar des Historikerstreits zwischen Gerhard Seeliger und Karl Lamprecht geopferte Notlösung – die Gründe für das Nichtzustandekommen einer geschlossenen Darstellung sind so vielfältig wie das Jubiläumsleben, aber sie sind hier wenig relevant. Dafür haben wir aus vieler Männer Feder Darstellungen der einzelnen Institute – eine Art *survey* zur Sicht auf die Hochschule und den eigenen Bereich. Zunächst fällt auf: Von Berlin ist an so gut wie keiner Stelle die Rede, nur ab und zu von der Gesamtheit der deutschen Hochschulen. Umgekehrt findet sich auch bei Lenz keine ausführliche Gegenüberstellung zur Leipziger Universität. Ist es ein Zeichen von „Konkurrenz auf Augenhöhe“, den Konkurrenten nicht zum Maßstab eigenen Handelns zu machen?

Was zweitens im Vergleich des Festtagsschrifttums auffällt, ist die unterschiedliche Gewichtung: Im Berliner Fall widmen die Autoren des dritten Bandes, die die Institute beschreiben, das Hauptaugenmerk der wissenschaftlichen Leistung (ohne allerdings näher darauf einzugehen, wo man damit national und international stand. In Leipzig fällt die ausführliche Behandlung der baulichen Voraussetzungen zuallererst ins Auge. Fotos und Grundrisse der Neubauten sind den Prachtbänden beigegeben. Tatsächlich hatte die Leipziger Universität in den 1870er Jahren (als sie zeitweise die höchsten Studentenzahlen im Reich hatte) und dann vor allem zwischen 1890 und 1910 einen immensen Ausbau erfahren. Enorme bauliche Erweiterungen veränderten das Stadtbild wesentlich. Immerhin 18 Neubauten in 27 Jahren nach 1880 für reichlich 15 Millionen Mark⁷ hatten eine Vervierfachung der Landesaufwendungen von 0,72 Millionen Mark 1875 auf 3,05 Millionen Mark 1907 erforderlich gemacht⁸, die nur um wenig hinter der Steigerung der Mittel für die Berliner Universität auf 490 Prozent zurückblieb. Und dabei erschien dies doch keineswegs ausreichend, denn man rechnete mit weiterem Wachstum, weshalb die Anlage der Neubauten auf dem angestammten Areal im Herzen der Stadt auf heftige Kritik stieß, denn der dort vorhandene Platz reiche keinesfalls aus, sei „viel zu klein ... für eine Hochschule, welche in Deutschland zu den größten gehört, welche der Stolz unseres für Kunst und Wissenschaft immer opferbereiten Sachsen und unseres so großartig aufblühenden Leipzig ist, gehört es sich doch, daß sie in jeder Hinsicht zweckentsprechend und mustergültig angelegt wird. Dies ist auf dem in Aussicht genommenen zeitherigen Universitätsgebiete, wie sich schon jeder Laie sagen kann, unmöglich, soll doch nach dem Umbau der größte Hörsaal nur 440 Hörer fassen. Das in Frage stehende Areal befindet sich inmitten belebtester Straßen, und es ist ein durchaus unzulänglicher Schutz für die Ungeistertheit der Vorlesungen, wenn man die unvermeidlich an Straßen zu liegen kommenden Hörsäle nur mittels eines Ganges von der Straße trennt. Hörsäle einer solchen Universität gehören schlechterdings nicht in solche Nähe. Man sollte in ganz anderer Weise, als es so möglich wird, auf reichlichste Licht- und Luftzuführung bedacht sein. In den Pausen zwischen den einzelnen Vorlesungen muß der Student bei schönem Wetter im Freien zwischen erfrischendem Grün, bei ungünstigem Wetter in Wandelbahnen sich ergehen können. Es ist dies um so notwendiger, als der einzelne oft viele Stunden hintereinander Vorlesungen hören muß.“⁹

Auch den zahlreichen ausländischen Studierenden fielen in der betriebsamen Handelsstadt zuerst die schlechten Luftverhältnisse auf. Der Philosoph und spätere einflußreiche Bibliothekar der *Ecole Normale Supérieure* in der Pariser rue d’Ulm, Lucien Herr, faßte seine Eindrücke aus dem Jahre 1886 so zusammen:

⁷ Heinz Füßler (Hrsg.), Die Leipziger Universitätsbauten (Leipzig 1961).

⁸ Vgl. Lothar Rathmann (Hrsg.), Alma Mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig (Leipzig 1984) 194.

⁹ Der projektierte Neubau der Universität, in: Leipziger Tageblatt (19.12.1891). Siehe ausführlicher zu der Diskussion um die Neubauten und das Verhältnis von Staat und Universität: Gerald Diesener, Matthias Middell, Zwischen Universitätsautonomie und Wissenschaftsstandort: Leipzig 1880–1914, in: *dies.* (Hrsg.), Wissenschaftsstandorte (Leipzig 1997) 45–75.

„Viel Bewegung! Viel Lärm! Viel Leben! Handel und Geschäfte. Interessante Innenstadt ...“ Aber er bemerkte eben auch die Nachteile einer aufblühenden Industriemetropole bei ungewöhnlich schlechtem Wetter: „Rußschwarze Stadt. man weiß gar nicht, woher der Qualm kommt. Schwarzer Schlamm. Es regnet sehr oft, beinahe ununterbrochen.“¹⁰

Es fand sich jedoch trotz der langen Reihe solch kritischer Stimmen zum Standort in der Mitte der Messestadt weder am Ende des 19. noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts oder gar nach dem Umbruch von 1989 je eine Mehrheit oder auch nur eine respektable Minderheit für den Umzug auf ein luftiges Campus-Gelände außerhalb des Zentrums. Der Stolz auf die kompakte Innenstadtlage überwog bei weitem den Ärger über tatsächliche oder prognostizierte Enge – Leipzig als Stadtuniversität einer Kaufmannsmetropole, die sich von Hochschulen in Residenzstädten kräftig abgrenzte, findet sich allerorten beschworen.

Heben die Institutedarstellungen auch mit den baulichen Voraussetzungen an, so bleibt es doch nicht bei einem Augenschmaus für die Architekturfreunde – vielmehr folgen aus der Betonung exzellenter Raumausstattung rasch zwei weitere Argumente.

Zunächst, Leipzig besitze das nötige Equipment der Labore, Kliniken und Werkstätten, um dem Aufschwung der Naturwissenschaften und der Medizin seinen Stempel aufdrücken zu können. Der Ausbau der neuen Disziplinen, denen direkte Verwertung oder doch offensichtliche Nützlichkeit zugetraut wurde, war das entscheidende Kriterium einer erfolgreichen Hochschule, und dafür galt es zuallererst Platz und eindrucksvolle Institutsgebäude zu schaffen. Hier mischten aber die Physiker und Chemiker reichlich Wasser in den Wein, indem sie auf eine Kontroverse der 1840er und 1860er Jahre zurückkamen, als es um die Beheimatung der technischen Anwendungen an der Universität ging. Rektor Drobisch wollte dies 1843 forcieren, aber die aufeinander folgenden Schlachten wurden verloren, und selbst zu Zeiten des Nobelpreisträgers Wilhelm Ostwald gelang es nicht, diesen Strukturmangel abzustreifen, weshalb er sich aus den Preisgeldern ein privates Labor in Großbothen errichten ließ, das später in die Hand der Akademie der Wissenschaften der DDR überging. Die Fehlstelle einer technischen Fakultät hat auch die DDR-Hochschulreform von 1969/70 nicht beseitigt, als die Verpflichtung auf kombinatsnahe Forschung solches eigentlich nahe legte; und die Bemühungen des ersten Nachwenderektors, des Chemikers Cornelius Weiss, dem Problem offen durch Gründung einer entsprechenden Fakultät oder listig durch Einrichtung von kleineren Ansätzen in den existierenden Institutionen zum späteren Ausbau Abhilfe zu schaffen, sind inzwischen von der Sächsischen Staatsregierung zugunsten der traditionsreichen Technischen Universität in Dresden rigoros zurückgedreht worden. Leipzig war und blieb eine theoretischer Grundlagenforschung verpflichtete Volluniversität – dies kostet den Staat vergleichsweise wenig,

¹⁰ Das Tagebuch Lucien Herrs befindet sich im Privatbesitz, eine Kopie in der Bibliothek der E.N.S. Das Zitat nach *Espagne*, Die Universität Leipzig als deutsch-französische Ausbildungsstätte ... 354.

gibt der Hochschule eine gewisse Kohärenz und lässt die Industrie oftmals resigniert abwinken. Im Ergebnis ergibt sich daraus eine von Landespolitikern immer wieder ideal erdachte Arbeitsteilung zwischen Leipzig und Dresden, die allerdings vorrangig als eifersüchtige Konkurrenz begegnet.

Die Lage in Berlin war zwar ebenfalls durch die Differenz von Technischer Hochschule und Universität gekennzeichnet, aber für eine Integration von Nachdenken und Anwenden waren und sind die Voraussetzungen an einem einzigen Standort weit komfortabler.

Diese Strukturschwäche war den Leipziger schon Anfang des 20. Jahrhunderts nur allzu bewußt, denn sie koinzidierte mit der sächsischen Gewerbestruktur, die weder in der Schwerindustrie noch im damit verbundenen Bankenwesen (nach Weggang der Dresdener Bank 1882) ihre Stärken hatte.

Ein zweites Argument folgte aus der Beschreibung baulicher Hülle: Überall seien tatsächlich Voraussetzungen für den angestrebten Seminarbetrieb in Form ausreichender Räumlichkeiten für Bibliothek und Arbeit der studentischen Mitglieder gegeben. Das Modell seminaristischer Unterweisung durch Anleitung zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit durchzieht die Festschriften – es hat sich über alle Disziplinen durchgesetzt, und die Leipziger werden, in vielleicht nicht ganz vollständigem Überblick, nicht müde zu betonen, daß sie führend auf diesem Gebiet seien. Eine neue Didaktik hatte sich im 19. Jahrhundert an den Hochschulen im Reich etabliert, und sie wurde zum Exportschlager eines sog. deutschen Hochschulmodells. Allerdings war diese Innovation zu Beginn des 20. Jahrhundert nicht mehr taufrisch, sondern gewissermaßen Standard, worauf zurückzukommen sein wird.

Hinsichtlich des Personals finden sich in den Leipziger Darstellungen zwei Indikatoren.

Die Institutsbeschreibungen enden in der Regel mit einem Aufweis der habilitierten und inzwischen berufenen Mitarbeiter. Ob man dabei überdurchschnittlich produktiv war, entzog sich nicht nur dem Urteil der Zeitgenossen, sondern genaugenommen können wir dies bis heute nicht richtig bewerten, da nur für einzelne Fächer entsprechende Genealogien existieren und die „Kaderschmieden“ identifizierbar machen. Im Desinteresse an einer genaueren Antwort auf diese Frage spiegelt sich wohl auch die Einsicht, daß die Berufungen keinen genau berechenbaren Regeln folgten, sondern von so zahlreichen Zufällen geprägt waren. Jedenfalls hütteten sich die Festschriftbeiträger bei der Produktivität der einzelnen Hochschullehrer ins Detail zu gehen. Es mochte genügen, die über ihre eigene Lebenszeit und über den engeren lokalen Kreis hinaus bekannten Gelehrten zu benennen.

Die Studentenzahlen spielten eine große Rolle. Eulenburg liefert uns erstmals verlässliche Statistiken, aber das Argument ist allgegenwärtig. Kolleg- und Prüfungsgelder schlügen sich direkt als Einkommensanteil der Ordinarien nieder, und die Privatdozenten und außerplanmäßigen Professoren lebten vollständig von diesen Einnahmen. Aber neben diesem persönlichen Interesse gab es auch ein institutionelles an der Wachstumseuphorie. Wir befinden uns in der Phase des institutionellen Ausbaus und der Verfachlichung durch Gründung von Seminaren und

Instituten innerhalb der Universitäten. Über mehrere Jahrzehnte hatten sich die meisten Professoren mit Studentenzahlen im ein- bis zweistelligen Bereich herumgeschlagen und jede Steigerung außerordentlich erfolgreich dazu benutzt, mehr Mittel für den Ausbau ihrer Fächer zu verlangen. Franz Eulenburgs Rückblick drückte allerdings zugleich ein in Leipzig verbreitetes Gefühl der Krise aus, nachdem der zweite Platz unter den deutschen Universitäten eben an München verloren gegangen war: „Es [Leipzig] muß sich mit dem dritten Platze begnügen und nimmt nicht mehr mit dem Wachstum der Gesamtheit zu: Leipzig scheint in ein Stadium der Stagnation eingetreten.“¹¹ Während sich Berlins Anteil an den Studierenden im Reich insgesamt zwischen 1871/75 und 1891/95 von 12,1 auf 16,3 Prozent erhöhte und der Part Münchens von 7,1 auf 12,6 Prozent wuchs, sank Leipzigs Anteil von 16,7 auf 10,7 Prozent. Der Boom, den vor allem die Einrichtung des Reichsgerichts für die juristischen Studien bis 1879 erzeugt hatte, kam an sein Ende. Geringere Studierhäufigkeit der sächsischen Landeskinder gegenüber ihren bayerischen und württembergischen Altersgenossen konnte durch den traditionell überdurchschnittlichen Anteil ausländischer, vor allem osteuropäischer Jünger der vorzugsweise medizinischen Wissenschaften nicht mehr ausgeglichen werden¹². Die Frequenz der Philosophischen Fakultät hatte ihren Anfang auf einem sehr niedrigen Niveau genommen: „Sie begann in Leipzig als die bei weitem kleinste, mit wenig über hundert Studenten.“ Es folgte ein langsamer, aber stetiger Aufschwung, der 1862 erstmals zum Überschreiten der Zahl 200 führte. Danach folgte ein rasanter Aufschwung auf über tausend Studenten, der nach einer kurzfristigen Verlangsamung im Kontext der Krise von 1873 bis zu einem Maximum von 1380 Studenten im Jahre 1880 führte, dem ein herber Rückschlag folgte und die Zahl der eingeschriebenen Studenten der Philosophischen Fakultät am Ende der achtziger Jahre auf das Niveau von rund 800 Studenten zurückführte. Erst 1896 war diese Zwischenkrise in der Frequenz überwunden, und es folgte nun jener rasante Aufschwung, der 1905 erstmals die Zahl 2000 überschreiten ließ und im Moment des Universitätsjubiläums vier Jahre darauf schon nahe an die Zahl 2500 heranführte¹³. Diese Art Zwischenkrise lässt sich allerdings überall im Reich beobachten, und danach kam es zu einer Synchronisierung der Aufschwünge und dem Abbau regionaler Unterschiede im Wachstum. Dies hinderte allerdings auch in Leipzig eine neue Generation von Professoren nicht, sich diese Dynamik als Erfolg anzurechnen und sie umzumünzen in den raschen Ausbau der Institute. Innerhalb der Universität verteilte sich das Wachstum dabei höchst ungleichmäßig. Die Medizinische, Juristische und Theologische Fakultät verloren teilweise sogar Studenten, während das Wachstum sich in den natur- und geisteswissenschaft-

¹¹ Franz Eulenburg, Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. (Nachdruck der Ausgabe von 1904, Berlin 1994) 261.

¹² In Leipzig studierten durchschnittlich elf Prozent ausländische Studierende gegenüber einem Durchschnitt von sieben Prozent für das gesamte Reich. Vgl. ebenda.

¹³ Franz Eulenburg, Die Entwicklung der Universität Leipzig in den letzten hundert Jahren. Statistische Untersuchungen (Leipzig 1909) 26f.

lichen Fächern der Philosophischen Fakultät konzentrierte¹⁴. Der Zustrom von ausländischen Studenten – unter denen wiederum der Prozentsatz der amerikanischen am Ende des 19. Jahrhunderts abnahm, weil jetzt in den USA genügend eigene Studiermöglichkeiten bestanden, während die Zahl der russischen Studenten weiterhin stark zunahm – fügte sich in einen gesamtdeutschen Trend ein, wobei Leipzig früher für ausländische Studenten attraktiv wurde als viele andere deutsche Hochschulen, so daß der Anteil von 1880/81, als 262 von insgesamt 1133 Ausländern in Leipzig studierten (also 23,1 Prozent), auf 529 von 3594 Ausländern im Jahre 1908/09 (also 14,7 Prozent) absank. Leipzig blieb damit auch hinter München und Berlin zurück, die zusammen 43 Prozent der in Deutschland studierenden Ausländer aufnahmen¹⁵. Zugleich war der Anstieg des Lehrpersonals zwar beträchtlich, aber kaum mit der Einrichtung neuer Lehrstühle verbunden, so daß die höhere Lehrbelastung auf die Nichtordinarien und Privatdozenten abgewälzt wurde. Wie gravierend dieser Umstrukturierungsprozeß war, zeigen die Zahlen, die Christian von Ferber für die Jahre 1871 bis 1910 bezogen auf das gesamte Reich berechnet hat: Danach stieg die Bevölkerung in diesen knapp vierzig Jahren um 58 Prozent, während gleichzeitig die Zahl der Universitätsstudenten um 292 Prozent anstieg, die der Universitätsprofessoren aber lediglich um 45 Prozent (von 853 auf 1263). Alle Hochschullehrkräfte zusammengenommen, d.h. einschließlich der Lektoren und Privatdozenten, erreichten eine Zahl von 4463 gegenüber 1633 im Jahre 1873, mithin eine Steigerung um 173 Prozent¹⁶. Kamen also zunächst zwei in der Lehre tätige Nichtordinarien auf einen Professor, so verschob sich dieses Verhältnis bis zur Jahrhundertwende auf beinahe 4:1. Leipzig gehörte zu den Vorreitern dieser Verschiebungen, bei aller Freude der Zeitgenossen über das finanzielle Engagement Sachsens kommt man nicht umhin, die kostendämpfende Art des Volksbildungministeriums zu bewundern, die sich den Konservatismus der Ordinarien zunutze machten, indem sie statt der Einrichtung weiterer Professorenstellen vorrangig Extraordinarien die Lehrlast tragen ließen.

Hieraus ergaben sich verschiedene Folgen, die in der alten Universitätsverfassung nur begrenzt aufzufangen waren: Ein Ordinariat einzunehmen, hieß nun nicht mehr, allein mit einer kleinen Zahl von Studenten berufsbefähigende Unterweisungen zu veranstalten, sich individueller Forschung hinzugeben und auf der alleinigen Zuständigkeit für ein Fachgebiet in einem überschaubaren Verband von Professoren zu beharren, sondern vielmehr die Bemühungen verschiedener nachgeordneter Lehrkräfte in den Instituten zu koordinieren, die nötige Infrastruktur der seminar- oder laborförmigen Forschung und forschungsnahen Lehre zu organisieren und das neu auftretende Problem der Interdisziplinarität zu bewältigen, das erst ab einem bestimmten Grad der Unüberschaubarkeit an die Stelle simpler

¹⁴ Ebenda 194.

¹⁵ Ebenda 49.

¹⁶ Nach *Christian v. Ferber*, Die Entwicklung des Lehrkörpers der deutschen Universitäten und Hochschulen 1864–1954 (Göttingen 1956) 195–198.

Kollegialität und ab einem bestimmten Grad der Spezialisierung an die Stelle jedes universalistischen Anspruchs treten mußte.

Die Bilanz im Moment des 500. Jubiläums fällt mithin durchwachsen aus: Ein Platz in der Spitzengruppe stärkte das Selbstbewußtsein, aber zugleich war die nachlassende Dynamik gegenüber Berlin besorgniserregend, denn sie beruhte auf mehreren nicht einfach zu überwindenden Faktoren:

- Gegenüber Preußen und Bayern hatte das bildungsbeflissene Sachsen die zeitgenössische Studierrate seiner Bevölkerung bereits früher ausgeschöpft
- Das Fehlen einer technischen Fakultät verhieß Nachteile im Wettbewerb um einen Platz in der modernen Industriegesellschaft
- Der alte Typus der Internationalität, der einfach darauf beruhte, daß viele Länder nicht über ausreichende eigene Ausbildungskapazitäten verfügten, und von dem Leipzig stark profitiert hatte, verlor seine Bedeutung und bedurfte einer Neudefinition.

Auch das Jubiläum, von dem man sich doch einigen Rückenwind versprochen hatte, brachte für die Universität eher Enttäuschungen: Weder Land noch Stadt engagierten sich in der erhofften Weise, die eigenen Ziele wurden nicht nur bei der Festschrift, sondern auch beim Fundraising für als dringend erachtete Erweiterungen verfehlt.

Nach dem Wettbewerb ist vor dem Wettbewerb

So bildet vielleicht weniger das Jubiläum 1909 selbst als die kurze Zeit später folgende Wahl Karl Lamprechts zum Rektor für das akademische Jahr 1910/11 eine Zäsur bei dem Versuch, neue Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung zu finden.

Der Historiker hatte im Mai 1909 mit der öffentlich zelebrierten Gründung des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte zweifellos – je nach Lesart – seinen Beitrag zum Jubiläum geleistet oder dem Universitätsgeburtstag im Dezember die Show gestohlen. Unter dem 22. Dezember 1908 hatte das Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts das Ausscheiden der ehemaligen Abteilung D, des Seminars für Kultur- und Universalgeschichte, aus dem Verband des Historischen Instituts verordnet¹⁷, nachdem es am 7. Dezember allen Beteiligten noch einmal Gelegenheit zu Stellungnahme gegeben hatte, sich aber keine Einigung in den zahlreichen Streitpunkten herstellen ließ¹⁸. Für die Neuschöpfung stellte sich rasch die Frage nach einer geeigneten Bezeichnung. Aus naheliegenden Gründen wollte Lamprecht eine auch symbolisch ausgedrückte Gleichstellung mit seinen Kollegen erreichen und favorisierte von Anfang an die Bezeichnung als Institut. Wichtiger waren ihm allerdings für den Anfang 160 Stühle, die er als Minimum für

¹⁷ SHStAA MfV, 10230/21, Akten das Institut für Kultur- und Universalgeschichte betreffend, I: 1908-1915, Bl. 2.

¹⁸ Ebenda Bl. 1.

das erste Semester im neuen Domizil veranschlagte¹⁹. Das Eintreffen der bereits versprochenen kaiserlichen Zuwendung als Morgengabe zur Gründungsfeier deuchte ihn der beste Zeitpunkt, den Vorschlag zu unterbreiten, das Institut als eines für Kultur- und Universalgeschichte zu bezeichnen²⁰. Bereits am 17. Januar mußte Lamprecht allerdings die Strategie wechseln, denn die Druckfahnen für die Universitätsfestschrift waren abzugeben, auf denen der werbebewußte Wissenschaftsorganisator keinesfalls mit einem falschen Eintrag stehen bleiben wollte. Am 19. Januar bestätigte das Ministerium den gewünschten Titel²¹. Am 18. Februar 1909 traf aus Berlin die Mitteilung ein, daß zwar ein Reichszuschuß für das Institut für Kultur- und Universalgeschichte im laufenden Jahr nicht wie vorgesehen möglich sei, der Kaiser aber aus „Allerhöchstseinem Dispositionsfonds ... ausnahmsweise eine einmalige Beihilfe von 10 000 Mark zur Verstärkung der Lehrmittel der Bibliothek jenes Instituts bewilligt“ hatte²². Eine besorgte Rückfrage, ob es sich hier um den Netto- oder den Bruttopreis handele, ergab schließlich die Auskunft des Reichsschatzamtes, daß die Summe nicht schenkungssteuerpflichtig sei²³. Man mag sich die Sensation vorstellen, die eine solche gewaltige Aufstockung der Mittel in der Universität und in Dresden machte, deren noch völlig ungewöhnlicher Charakter an der Rückfrage der Verwaltungsroutiniers ablesbar ist. Denn das Reich hielt sich normalerweise aus der Finanzierung der Hochschulen in den Einzelländern heraus und erkannte nur auf Beihilfen, wo das Ansehen der Nation durch besondere Forschungsleistungen sichtbar wurde²⁴.

Lamprechts Institutsgründung zeigt aber auch im darauf sich beziehenden Briefwechsel mit der Verwaltung eine grundlegende Verschiebung der Mittelverwendung. Während bis dahin vorzugsweise Büchermittel gewährt wurden, galt es nun, nicht fest angestelltes Lehrpersonal durch Bezahlung zu gewinnen, um der rasch wachsenden Studentenzahl Herr zu werden.

Lamprechts Institutsgründung, der intensive Kontakte zur Privatwirtschaft, eine reichweite Profilierung als Hochschulpolitiker und das Weben eines internationalen Netzes von Kontakten vorausgegangen waren, bildet die Voraussetzung für sein Agieren als Rektor der Leipziger Universität²⁵.

¹⁹ Ebenda Bl. 6.

²⁰ Hierzu hatte es vordem eine heftige Auseinandersetzung vor allem mit Lamprechts Kollegen Erich Brandenburg gegeben, der die Universalgeschichte schlicht aus dem Kanon des Historikerhandwerks verwies. Vgl. dazu *Mathias Middell*, Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890–1990 (Leipzig 2005) 3 Bde, Kap. 7.

²¹ Ebenda Bl. 7–9.

²² UAL, RA 900 II, Bl. 29.

²³ Ebenda Bl. 31.

²⁴ Lothar Burchardt, Deutsche Wissenschaftspolitik an der Jahrhundertwende: Versuch einer Zwischenbilanz, in: GWU 26 (1975) 271–289; ders., Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Göttingen 1975).

²⁵ Karl Lamprecht, Zur Fortbildung unserer Universitäten, in: Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 3 (1909) Sp. 1539–1554.

In seiner Antrittsrede machte er deutlicher als es vielen lieb sein konnte, daß es reichlich Reformbedarf gab²⁶. Lamprecht kam sicherlich nicht als Universitätsreformer zur Welt. Aus dem widersprüchlichen Gang, den seine Bemühungen nahmen – vom Ausbau der herkömmlichen Formen, in denen sich die historische Disziplin institutionalisiert hatte und die er in den 1890er Jahren lediglich um weitere Komponenten zu ergänzen gedachte, zum Gegenentwurf zu den Historischen Seminaren –, schälte sich erst nach und nach ein komplexes Konzept heraus. Es umfaßte eine Neuorganisation der Lehr- und Forschungsstrukturen und den Versuch einer Reform der Kommunikationsinstrumente. Bis zur Gründungsphase des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte konzentrierten sich diese Anstrengungen vor allem auf das Fach Geschichte selbst. Danach weitete sich der Blick Lamprechts auf die Umfeldbedingungen, die er in einer von tiefen Widersprüchen gezeichneten Universität vorfand²⁷.

Die Neujustierung des Disziplinengefüges sollte sowohl auf die Deutungsbedürfnisse der Gesellschaft reagieren, die die verschiedenen sozialen und kulturellen Modernisierungsprozesse intellektuell verarbeitet sehen wollte²⁸, als auch einen koordinierten akademischen Unterricht ermöglichen, bei dem die Konvergenzen neuer Methoden und Interpretationen, auf die das sog. Leipziger Positivistenkränzchen immer wieder hinwies, in eine gegliederte Ausbildung übersetzt wurden. Dies sollte auch Konsequenzen für die äußere Form der Universität haben, die sich Lamprecht als neu zu errichtenden Campus mit Übergängen zwischen den Instituten und einer gemeinsamen Bibliotheksnutzung vorstellte, in der die „Einheit der Wissenschaften“ zurückgewonnen werden könnte, indem die Schranken zwischen den Disziplinen beseitigt und deren Zusammenwirken auf eine methodische Gemeinsamkeit, den Vergleich, gegründet würden.

Ein zweiter Impetus der Lamprechtschen Universitätspolitik war die Idee der Standortkonkurrenz, mit der er nicht nur den Platz Leipzigs als einer der drei führenden Hochschulen im „deutschen Universitätssystem“ erhalten wollte. Er konnte sich dabei neben dem Ministerium auch auf ein selbstbewußtes Städtebürgertum stützen, das Wissenschaft als einen gewichtigen Faktor seiner urbanen Identität betrachtete und – wie Henry Glenn Penny kürzlich für den Ausbau des Völkerkundemuseums detailliert nachgewiesen hat²⁹ – dafür tief in die Taschen griff, um

²⁶ Siehe schon seinen Artikel zum Universitätsjubiläum: *Karl Lamprecht*, Die Gefahr der Überflügelung der deutschen Universitäten, in: *Leipziger Tageblatt* (9.11.1909).

²⁷ *Karl Lamprecht*, Zwei Reden zur Hochschulreform (Berlin 1910).

²⁸ Dies erörtert ausführlich eine Serie von Tagungen an der Werner-Reimers-Stiftung, von der bisher die Ergebnisse zweier Kolloquien publiziert vorliegen: *Rüdiger vom Bruch, Friedrich-Wilhelm Graf, Gangolf Hübinger* (Hrsg.), *Kultur und Kulturwissenschaften um 1900* (Stuttgart 1989); *Gangolf Hübinger, Rüdiger vom Bruch, Friedrich Wilhelm Graf* (Hrsg.), *Idealismus und Positivismus. Kultur und Kulturwissenschaften um 1900 (II)* (Stuttgart 1997).

²⁹ *Henry Glenn Penny III*, „Beati possidentes“: Die Aneignung materieller Kultur und die Anschaffungspolitik des Leipziger Völkerkundemuseums, in: *Michael Geyer* (Hrsg.), *Schädel und Skelette als Objekte und Subjekte einer Menschheitsgeschichte* (= *Comparativ* 10 [2000], H. 5–6) 68–102.

weiter eine Rolle als *global player* spielen zu können. Lamprecht bot sich sowohl der Dresdener Kultusbürokratie als auch seinen Leipziger Mitbürgern besonders an, weil er eine maximale Anspannung der eigenen Kräfte propagierte, aber zugleich vor unrealistischen Wettbewerben (etwa mit Berlin) im Bereich der Naturwissenschaften warnte, für die die sächsische Industriestruktur kein ausreichendes Hinterland bot.

Die dritte Leitidee der Lamprechtschen Universitätspolitik verband sich mit dem Stichwort Internationalisierung, das auf neue Bedingungen für die innerwissenschaftliche Entwicklung verwies, in der der Bezugspunkt für Konkurrenz und Kooperation mehr und mehr eine transnationale Gemeinschaft von Forschern wurde, zugleich aber auch eine neue Rolle der Wissenschaften für die Nationen erkennen ließ. Wissenschaftlicher Fortschritt erschien als entscheidender Faktor in der Nationenkonkurrenz³⁰. Lamprecht zog hieraus jedoch auch die Konsequenz, daß dieser Wettbewerb der Nationen nicht mehr mit den Waffen des Militärs, sondern mit denen des Geistes ausgetragen werden sollte. Sein Konzept einer auswärtigen Kulturpolitik verband sich mit der Idee einer wichtigeren Rolle der Universitäten in der Gesellschaft und der Geisteswissenschaften in den Universitäten³¹.

Originell in Lamprechts Reformplan ist vor allem, daß er – ähnlich wie in Berlin Adolph von Harnack – die einzelnen Schritte in einen Zusammenhang stellte und davon ausging, daß „das Ergebnis ... bei jedem Versuche, der das Ganze nur vom Theile her sieht, notwendig Flickwerk sein“ wird³².

In der Debatte um das Verhältnis von Universitätsautonomie und staatlicher Reformpolitik, die insbesondere in Preußen durch das „System Althoff“ hervorgerufen worden war, suchte Lamprecht – unter weit weniger energisch in die Hochschulen eingreifenden Umständen in Sachsen – beide Seiten für seine Zwecke auszunutzen, blieb aber letztlich dem Korporatismus der Universität stärker verhaftet. Ihm ging es eher um eine Stärkung des Selbstbewußtseins der universitären Seite als um die Erweiterung staatlicher Handlungsmöglichkeiten³³.

Im Inneren wollte er sich aber keineswegs aufs Repräsentieren beschränken, sondern alle Macht eines starken Rektors nutzen, um innerhalb des einen Jahres so viel wie möglich in Gang zu setzen.

³⁰ Ulrike Fell, Disziplin, Profession und Nation. Die Ideologie der Chemie in Frankreich vom Zweiten Kaiserreich bis in die Zwischenkriegszeit (Leipzig 2000).

³¹ Den Diskussionskontext dieser Haltung, insbesondere in Preußen, untersucht vor allem Rüdiger vom Bruch, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914) (Husum 1980).

³² Karl Lamprecht, Die gegenwärtige Entwicklung der Wissenschaften, insbesondere der Geisteswissenschaften, und der Gedanke der Universitäts-Reform, in: Rektorwechsel an der Universität Leipzig am 31. Oktober 1910 (Leipzig 1910) 16.

³³ Vgl. für die Debatte zwischen Harnack und Mommsen über den Grad der Unterstützung, der Althoff zu gewähren sei, wobei Harnack als Kirchenhistoriker im Unterschied zu Mommsen das Verhältnis Staat-Universität als ein Dreieck dachte, aus dem er den Einfluß der Kirche auf die Hochschulen und die Wissenschaft zurückzudrängen suchte: Stefan Rebenich, Theodor Mommsen und Adolf von Harnack: Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts (Berlin, New York 1997).

Das Seminar erschien ihm nicht mehr zeitgemäß, bedürfe vielmehr der Fortbildung zum Typus des Lehr- und Forschungsinstituts, für das er sein eigenes Institut als Vorbild anführte³⁴. Eine genaue Beschreibung der Lehrverhältnisse an der expandierenden Hochschule machte klar, daß die Stunde der alten „monarchischen“ Ordinarienuniversität abgelaufen war, weil ihre Grundlagen, der zu repetierende Vortrag der Lehrkräfte und die seminaristische Einübung philologischer Arbeitsprinzipien, durch verschiedene Tendenzen ins Wanken gerieten. Die steigende Zahl der Studenten machte überlieferte Verfahren schon praktisch unmöglich. Mit der Ausweitung der Gegenstände über die Texte hinaus, war das Seminar allein ungenügend geworden. Die Idee vom Konstruktionscharakter der Wissenschaften, von der aus das Ideal objektiven Wissens attackiert wurde, untergrub die Position des Vorlesenden als Verwalter kognitiver Gewißheit ebenso, wie die exponentiell zunehmenden Kenntnisse durch Spezialisierung seine allgegenwärtige Kompetenz zur Fiktion werden ließen

Dies hieß u. a. strukturiertes (heute sagt man wohl: modularisiertes) Studienprogramm in einem arbeitsteiligen Prozeß jener Mitglieder, die in größeren Einheiten als Lehrstuhl und Ein-Mann-Seminar zusammengefaßt würden, womit auch die Macht der Ordinarien neu justiert würde. Die Hochschulen, die nicht auf die „Überschwemmung“ reagierten, hätten ihren Bildungsauftrag vernachlässigt und zu verantworten, daß die Studenten „sozusagen wild aufwuchsen“, weil die Übungen bei steigender Teilnehmerzahl völlig ihren Zweck verfehlten³⁵. Eine nötige Vervielfachung der Übungen aber mußte mehr sein als die quantitative Ausdehnung des alten Systems: „Wenn man aber vergrößerte, konnte man da nicht zugleich staffeln? Und schloß dann diese Staffelung nicht erst die Organisation in sich ein, die nötig war, um den Studenten ‚systematisch‘ und nicht, wie bisher dem Zufall bei der Wahl preisgegeben, in richtiger Stufenfolge in die einzelnen Teile des ungeheuer angewachsenen Wissenschaftsstoffes einzuführen?“ Für Lamprecht entwickelte sich aus der Frage, wie man die zunehmende Frequenz bewältigen könnte, ein systematischer Gedanke der Umstellung des Lehrbetriebes, nämlich „aus dem einfachen Seminar ein Institut mit einer ganzen Anzahl von Übungen, von einem Dutzend oder vielleicht noch mehr bis zu zwei Dutzend herzustellen und diese Übungen so gegeneinander zu staffeln, daß ein gleichmäßiger Fortschritt der historischen Übungen erreicht werden konnte. Natürlich trat damit das Institut noch ganz anders als bisher an die Stelle der Vorlesung, entwickelte aber auch zu gleicher Zeit einen Charakter, der eine um vieles vertiefte wissenschaftliche Bildung gewährleistete.“³⁶

Daneben ging es um die Mobilisierung externer Ressourcen für Forschungs-zwecke, vulgo Drittmittel, wofür die Universität ihre gesellschaftliche Nützlich-

³⁴ Rede des abtretenden Rektors Dr. Karl Lamprecht: Bericht über das Studienjahr 1910/11, in: Rektorenwechsel an der Universität Leipzig am 31. Oktober 1911 (Leipzig o. D. [1911]) 1–22.

³⁵ Daß dieses Argument weder allein Lamprechts Perspektive geschuldet war noch inzwischen aus der Welt geschafft ist, hat zuletzt *Ulrich Herbert* (Freiburg) mehrfach öffentlichkeitswirksam betont.

³⁶ Ebenda 67.

keit ständig neu zu beweisen habe. Dies sei die einzige Voraussetzung, unter der die Forschung an der Hochschule zu halten sei und deren Degradierung zur reinen Lehranstalt verhindert werden könnte.

Es gelte einen Verbund der profilbildenden Lehr- und Forschungsinstitute zu schaffen, um international bestehen zu können – Lamprechts Idee der kritischen Masse für eine erfolgreiche in der nun global zu bemerkenden Konkurrenz stand in krassem Widerspruch zum Duodezfürstentum seiner Kollegen.

Dementsprechend war ihm entschlossene Internationalisierung durch Einwerbung ausländischer Gastforscher und -lehrer einerseits und Ausprägung eigener Kompetenzen für die Behandlung des Auslands und globaler Zusammenhänge nebst Akademischem Auslandsamt für die praktische Umsetzung des Studenten- und Dozentenaustausches andererseits ein besonderes Anliegen³⁷.

Für sein eigenes Fach wußte dabei Lamprecht durchaus kräftig zu sprechen, sich in eine lange Tradition deutscher Rektoratsreden stellend, in denen der neue Rektor der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden mit seinem fachlichen Profil präsentierte. Lamprecht beließ es aber nicht bei einem Ausflug in das geschützte Gelände eigener Kompetenz, sondern er maß dem vergleichend operierenden Universalhistoriker einen besonderen Überblick in den gesellschaftlichen Reformen seiner Zeit zu.

Wie kann man dieses Programm einordnen? Ist es nicht letztlich das, was auch Harnack und andere für Berlin empfohlen und durchsetzten?

Ähnlichkeiten sind unübersehbar, aber für einen Vergleich gilt es zunächst die Verankerung der beiden Reformer in ihren je unterschiedlichen Milieus zu beachten:

Die Berliner Gelehrtenpolitiker agierten aus einer Position der Stärke, sie hatten preußische und Reichspolitik auf ihrer Seite, die Unterstützung der Industrie für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft lief an. Die Berliner Reform konnte sich auf die Macht der Ordinarien stützen, die sich hinter ihre Vormänner stellten und durch ein dichtes Gewebe von professionellen und privaten Beziehungen sicherstellten, daß ihre Interessen im Kontakt der herausragenden Köpfe mit der Politik nicht übergingen wurden. Der Zugang zum Hof oder zu den politischen Zirkeln am gleichen Ort gestattete zudem jederzeit hinreichend Interventionsmöglichkeit, um korrigierend einzutreten. Geisteswissenschaften und anwendungsorientierte Naturwissenschaftler gingen unter diesen Bedingungen ein politisches Bündnis ein.

Lamprecht argumentierte dagegen aus einer Position der gefühlten Schwäche³⁸: Er griff auf wenig verlässliche externe Ressourcen wie die Gastdozenten aus Frankreich, China, Japan und den USA sowie auf das mittelständisch strukturierte sächsische Bürgertum zurück, seine Verwurzelung lag im Positivismus der Leipziger Natur-, Lebens- und Sozialwissenschaften (Ratzel, Ostwald, Roscher, Berger,

³⁷ Man bedenke nur, daß das gesamte Schriftgut, das Fragen der Internationalisierung der Hochschule betraf, in dieser Zeit noch in der (immer umfänglicher werdenden) Registratur „Varia des Senates“ abgelegt wurde, um sich zu vergegenwärtigen, welchen Stellenwert das Problem in den Augen der Universitätsleitung hatte.

³⁸ Zusammengefäßt: *Karl Lamprecht*, Rektoratserinnerungen, hrsg. v. A. Köhler (Gotha 1917).

Weule, Wundt)³⁹, in klarer Opposition zu den Geisteswissenschaftlern um die Historiker Seeliger, Brandenburg, den Geographen Partsch oder den Kunsthistoriker Schmarsow ebenso wie die weniger prominent gegen ihn auftretenden Sprachwissenschaftler. Hoffnungslos in der Minderheit im eigenen Fach und in der Philosophischen Fakultät suchte Lamprecht die Unterstützung der freien Studentenschaft und der Nichtordinarienbewegung⁴⁰. Die räumliche Entfernung zum politischen Zentrum gaben einigen wenigen Ordinarien, unter ihnen Lamprecht ebenso wie dem oft vermittelnden Juristen Binding, nicht nur eine herausgehobene, sondern auch eine schwerer zu kontrollierende Position, wenn es um Kontakte zum Hof und zur Kultusbehörde ging. Die Fälle sind zahlreich, in denen Lamprecht seine Kollegen und die Leitung der Universität vor vollendete Tatsachen stellte, indem er sich vorweg der Unterstützung des Ministeriums versicherte. Weitgehend Desiderat sind noch Untersuchungen zu den Soziabilitätsformen der Leipziger und Berliner Professoren, aber die Vermutung einer stärkeren Fragmentierung im Leipziger Fall drängt sich auf, wenn man anhand der Autobiographien die sich kaum überschneidenden Netzwerke in das städtische Bürgertum hinein betrachtet. Eine auffällige Ausnahme machte das sog. „Positivistenkränzchen“ um Wundt und Lamprecht, dessen sprichwörtliche Sitzungen im Café neben dem Universitätshauptgebäude beinahe öffentliche Sprechstunden zu nennen sind. Aber auch diese sehr intensive Form der Geselligkeit, die lang anhaltende Loyalitäten hervor brachte, hatte sich nach der Jahrhundertwende begonnen aufzulösen, nachdem Ostwald sich mehr und mehr nach Großbothen zurückzog⁴¹.

Betrachtet man Lamprechts Koalitionspartner, so lagen sie weniger bei den dominanten Kreisen innerhalb der Universität, sondern vielmehr bei den dynamischsten Kräften außerhalb der Hochschule bzw. an deren Pforten: Reformbereite Kräfte in der Kultusbürokratie; ausländische Gastwissenschaftler, kaum oder gar nicht remunerierte (Nachwuchs-)Wissenschaftler, die freien Studentenschaften, das mäzenatische Bürgertum der Druckbranche und des Handels. Viele dieser Bündnisse waren sicherlich aus der Not geboren, aber es findet sich eine Systematik, die das Zufällige übersteigt. Man könnte diese Suche nach einer Antwort auf die Krise der Universitätsentwicklung und nach externen Quellen für ihre Überwindung etwas zugespitzt beinahe als Amerikanisierung avant la lettre bezeichnen. Tatsächlich fühlte sich Lamprecht anders als viele seiner Kollegen von der

³⁹ Roger Chickering, Das Leipziger „Positivisten-Kränzchen“ um die Jahrhundertwende, in: Hübinger, vom Bruch, Graf, Idealismus und Positivismus (II) ..., 227–245; Eckhardt Fuchs, Steffen Sammler (Hrsg.), Geschichtswissenschaft neben dem Historismus (Leipzig 1995).

⁴⁰ Lamprecht stützte sich dabei sowohl auf die Daten bei Franz Eulenburg, Der „akademische Nachwuchs“. Eine Untersuchung über die Lage und die Aufgaben der Extraordinarien und Privatdozenten (Leipzig, Berlin 1908) als auch auf die Reformbemühungen des sächsischen Ministerialen Wäntig, der Konsequenzen aus der veränderten Frequenz und Betreuungsrelation an den deutschen Hochschulen forderte: Heinrich Waentig, Zur Reform der deutschen Universitäten (Berlin 1911). Siehe dazu ausführlicher: Middell, Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung ..., Kap. 13.

⁴¹ Vgl. Middell, Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung ..., Kap. VI.

Dynamik des nordamerikanischen Kapitalismus durchaus nicht abgestoßen, sondern eher fasziniert⁴².

Zu diesem Eindruck trägt auch eine seiner ersten Maßnahmen als Rektor bei, die Eröffnung einer „Ausstellung zur Veranschaulichung des amerikanischen Universitätswesens“ Ende November 1910. Geschickt hatte der Rektor das Bedürfnis nach Präsentation, das aus Anlaß des Jubiläums von 1909 in überdurchschnittlichem Maße fühlbar geworden war, für seine Zwecke genutzt und Propaganda in Sachen Internationalisierung getrieben. Nicht ohne Bangen, denn in den ersten Tagen war die Exposition besonders kühl aufgenommen worden, aber dann doch noch ein Erfolg: „Der Anfang war bedenklich, nur wenige Personen waren in dem weiten Raume zu erblicken; aber sehr bald sammelte sich mehr Publikum. Zunächst war es die Junge Welt der Studenten, dann aber stellten sich auch die Dozenten ein, und schließlich war das Gedränge in den Hauptbesuchstunden so stark, daß an eine Verlängerung der ursprünglichen Dauer gedacht werden mußte.“

Mit den von Lamprecht als Kern der Universitätsreform propagierten Forschungsinstituten wurde eine außerhalb der üblichen staatlichen Alimentierung der Hochschulen liegende Finanzierung notwendig, und Lamprechts Rektoratsbericht 1911 liest sich in den entsprechenden Passagen wie die Bilanz für einen amerikanischen *Board of Trustees* – eine Aufzählung der eingeworbenen Stiftungen, sei es von dem Deutschamerikaner Albert Seessel aus New York, der je 200 000 Mark für die biologische Forschung an der Yale-University und in Leipzig vererbte, sei es der Fonds Leipziger Bürger für die geisteswissenschaftlichen Forschungsinstitute, der 1911 schon eine halbe Million Mark überschritten hatte, sei es die E.-L.-Biermann-Stiftung für volkswirtschaftliche Studien oder die Stiftung des Verlegers Edgar Herfurth für die Ausbildung von Journalisten, seien es die kleineren Stiftungen für bedürftige Studenten, wie sie üblicherweise Professoren in der Messestadt hinterließen⁴³. Mit großer Befriedigung stellte Lamprecht fest, daß hier ungeachtet einer langen Tradition von Schenkungen an die Universität eine neue Dimension in der privaten Mitfinanzierung der expandierenden Hochschule erreicht wurde: „Im ganzen sind der Universität im abgelaufenen Jahre, kleinere Schenkungen mit eingeschlossen, mehr als eine Million Mark an mehr tragenden und neuen Stiftungen zugeflossen: eine stolze Summe fürwahr, wenn sie auch den Jahreszuwachs amerikanischer Universitäten, der bei der Columbia-Universität zum Beispiel im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts 6 Millionen Mark betragen hat, noch nicht erreicht.“⁴⁴

Als Rektor konnte Lamprecht aufs Ganze gesehen nur wenig bewegen, wie das Scheitern seiner Campus-Idee beweist, aber der entscheidende Impuls seines Reformplans blieb über 1911 hinaus bestehen, denn er verfolgte die Gründung der König-Friedrich-August-Stiftung nach seinem Ausscheiden aus dem Rektorat weiter, indem er geschickt die zuvor gebahnten Wege weiter ausschritt.

⁴² Karl Lamprecht, Amerikanisches Tagebuch, in: Die Zukunft 55 (1905) 135ff. sowie ders., Americana: Reiseindrücke, Betrachtungen, Geschichtliche Gesamtansicht (Freiburg 1906).

⁴³ Karl Lamprecht, Bericht über das Studienjahr 1910/1911, 12ff.

⁴⁴ Ebenda 14.

Lamprecht versuchte, die Möglichkeiten, die bei Gelegenheit des Universitätsjubiläums 1909 vertan wurden, in seiner nachfolgenden Rektoratszeit wieder aufzugreifen. Bei Oberbürgermeister Dittrich fand er offene Ohren für konkrete Projekte wie das Forschungsinstitut für Völkerkunde. Für diese Idee der Forschungsinstitute griff Lamprecht auch in die Klaviatur der städtischen Selbstgewissheit, indem er eine Überflügelung durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin androhte. Mit der Berliner Initiative für die industrienahen Forschungsinstitute stellte sich nämlich die Frage, wie jenseits der Hauptstadt der absehbare Wettbewerbsnachteil aus preußischem und Reichsengagement ausgeglichen werden könnte. Ging es bisher vor allem um einen Wettbewerb um Studentenzahlen und Professorenstellen, zu deren Ausbildung sowie die dafür benötigten Gebäude, kam nun die Ausstattung der Universitäten mit Forschungsressourcen als Kriterium ins Spiel. Das „Leipziger Tageblatt“ wies seine Leser gleich 1910 darauf hin, daß man wahrscheinlich bislang unterschätzt, daß der Kaiser bei seiner Ankündigung der Stiftung, die den Auftakt zur Begründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bildete, auch als preußischer König gesprochen habe und sein Appell mithin insbesondere den Bürgern Preußens gegolten habe. „Daher ist anzunehmen,“ folgerte das Blatt, „daß der Effekt dieser Sammlung, der ja über Erwarten stark ist, in erster Linie preußischen Universitäten und unter diesen wiederum vornehmlich der Berliner Universität zugute kommt“⁴⁵. Für nicht-preußische Universitäten folge daraus, daß sie darauf bedacht sein müßten, Quellen zu erschließen, die ihnen die Befähigung zu einer ebenbürtigen Konkurrenz mit Berlin auf dem Gebiet der Forschung sichern, und daß sie Vorsorge gegen die Gefahr einer Überflügelung auf wissenschaftlichem Gebiet und den nachfolgend absehbaren Rückgang ihrer Immatrikulationsziffern treffen sollten. „Das fürsorgende Interesse der sächsischen Bevölkerung“ müsse sich darauf konzentrieren, daß die Landesuniversität Leipzig nicht hinter Berlin zurückstehe. Den Forschungsinstituten, die Lamprecht vorgeschlagen hatte, solle deshalb alle Unterstützung zuteil werden. Berlins Vormachtstellung auf naturwissenschaftlichem Gebiet sei hinlänglich bekannt. Ihrem Ausbau diene zweifellos auch die kaiserliche Stiftung. Hier mithalten, Berlin gar überholen zu wollen, sei kein realistisches Ziel. Um so mehr müsse man auf geisteswissenschaftlichem Gebiet nun die Anstrengungen verstärken. Dank vor allem privater Initiative sei das Institut für Kultur- und Universalgeschichte dazu der rechte Kristallisierungskern.

„Deshalb muß Sachsen“, hieß es weiter, „folgerichtig dort einsetzen“ und das bestehende Institut ausbauen. Als eine weitere Voraussetzung könne „die finanzielle Opferbereitschaft sächsischer Staatsbürger“ gelten: „Unsere glänzende wirtschaftliche Entwicklung im letzten Menschenalter sollte es einer ganz beträchtlichen Anzahl von Bewohnern des Landes und speziell der Stadt Leipzig ermöglichen, der Wissenschaft und ihrer Förderung einen kräftigeren Tribut zu zollen. Die Vanderbilt, Carnegie, Rockefeller mögen ein leuchtendes Beispiel für sie abgeben. Zweifel-

⁴⁵ Eine Überflügelung der Leipziger Universität?, in: Leipziger Tageblatt (28.10.1910).

los wird dann auch die Staatsregierung hilfsbereit eingreifen, um die drohende Gefahr einer Überflügelung der Leipziger Universität durch Berlin zu bannen.“⁴⁶

Lamprecht ging es um eine angemessene Reaktion auf eine neue Rolle der Universität in der Gesellschaft. Dafür mußte die Hochschule in verschiedener Hinsicht eine geänderte Position gewinnen.

1. Die Universität sollte durch die Einrichtung von Forschungsinstituten eine direkte Verbindung mit der Wirtschaft bekommen, von dieser auch mäzenatisch unterstützt werden, aber sie würde eben nicht die Lehre vernachlässigen oder durch den Auszug der kompetenten Forscher aus dem Studienbetrieb auf ein niedrigeres Niveau abgesenkt werden.

2. Durch ein interdisziplinäres Konzept der Grundlagenreflexion, die sich auch der Öffentlichkeit zuwandte, sollte der Kritik am Szentismus und dem Bedeutungsverlust der Wissenschaft für die Lebensprobleme einer in hektischer Industrialisierung und sozialer Umwälzung befindlichen Gesellschaft begegnet werden. Eine Kulturwissenschaft als Basis der Universität, die auf Erklärung ausgerichtet sei und sich dazu der wissenschaftlichen, d. h. naturwissenschaftlichen Erkenntnisinstrumentarien bediene, sei die einzige Möglichkeit, um dem drohenden Verlust an Deutungskompetenz entgegenzusteuern. Die Nation sei dabei ein wichtiger Deutungsrahmen, aber dieser dürfe nicht die neuerdings anstehende Öffnung zu anderen Kulturen und deren Vergleichung behindern, sondern müsse ihr zum Ausgangspunkt dienen. Die Verwissenschaftlichung führte in den Ausbau der einzelnen akademischen Disziplinen und, damit einhergehend, in eine voranschreitende Spezialisierung, der die Universität durch eine Erneuerung des Humboldtischen Ideals von der Einheit der Wissenschaften wiederum begegnen müsse, indem sie Interdisziplinarität nun überhaupt als Konzept ausarbeite.

3. Dem dominierenden Gedanken von der Notwendigkeit eines durch Flottenbau und Heeresaufstockung militärisch aktionsfähigen Imperialismus, mit dem Deutschland zu den großen Kolonialmächten beim Wettlauf um die Weltmärkte aufschließen könne, setzte Lamprecht sein Konzept von einer auswärtigen Kulturpolitik entgegen, in dem nicht Marine- und Landtruppen, sondern den akademischen Intellektuellen die größte Bedeutung zufallen sollte, und diese Intellektuellen sollten in der Universität institutionell organisiert bleiben.

Interessant für unser Thema ist, daß Lamprecht keineswegs die Berliner Pläne um die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am Ursprung seiner Pläne sah, sondern die Eindrücke der Reise nach Chicago und New York 1904. Es ging dabei um die Überlegenheit der Graduate School gegenüber reinen Research Institutes, und wenn wir aus heutiger Sicht zurück schauen, hat Lamprecht wohl eine Weggabe lung bemerkt, an der sich die Überlegenheit amerikanischer Ivy-League-Universitäten herauszubilden begann. Der möglicherweise heute gerade eingeleitete Reimport ist so etwas wie die späte Rehabilitierung Lamprechts.

Den Zeitgenossen war durchaus bewußt, daß der Plan für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Lamprechts Reformideen zwei Pole bildeten, die einerseits auf

⁴⁶ Ebenda.

verschiedene Gegebenheiten in Berlin und Leipzig reagierten, aber andererseits auch zu einem ganz unterschiedlichen Schicksal der deutschen Universitäten führen würden.

Die einen begrüßten die Pläne des Kaisers, teilweise eingeschränkt, indem sie, wie der Berliner Professor Hans Paalzow⁴⁷, gerade die Beschränkung auf die Naturwissenschaft hervorhoben und damit bereits eine Haltung vorformulierten, die in Deutschland während des 20. Jahrhunderts zunehmend an Gewicht gewinnen sollte, wonach nämlich die Forschungsinstitute für die Naturwissenschaften vollständig geeignet, für die Geisteswissenschaften jedoch im wesentlichen ohne Bedeutung seien.

Eine offen ablehnende Haltung gegenüber den kaiserlichen Planungen wegen der absehbaren Schädigungen der Interessen der Universitäten bildete die zweite Position, für die etwa der Artikel des Münchner Psychiatrie-Professors Emil Kraepelin im Mai 1911 in den süddeutschen Monatsheften stand⁴⁸. Er schrieb, „die Folgen einer derartigen Einschränkung der wissenschaftlichen Bedeutung unserer Hochschulen sind leicht abzusehen. Wenn sie zu Forschungsstätten zweiten Ranges herabgedrückt werden und damit in der allgemeinen Wertschätzung ihre jetzige Hohestellung einbüßen, so wird sich selbstverständlich eine Abwanderung wissenschaftlich wertvoller und schöpferischer Persönlichkeiten von ihnen nach den begünstigteren Forschungsinstituten hin vollziehen.“⁴⁹ Ängste vor einer Aufwertung der neu entstehenden technischen Hochschulen mittels einer Verbindung zu den Forschungsinstituten und vor einer weiteren Hervorhebung Berlins als Wissenschaftsstandort spielten dabei eine durchaus beträchtliche Rolle. Im wesentlichen ging es aber vor allem um die Verteidigung gewohnter akademischer Rituale und die Bewahrung von Einflußmöglichkeiten innerhalb der Hochschule, wie sie sich auch in der Leipziger Opposition gegen Lamprechts Planungen manifestierten.

Lamprechts Standpunkt hob sich von dieser Befürwortung bzw. Ablehnung universitätsferner Forschungsinstitute deutlich ab. Adolf Binding hatte zur Einleitung des Tagesordnungspunkts Forschungsinstitute auf dem Hochschullehrertag aus Leipziger Sicht die Aktualität betont, sich mit dem Verhältnis der Universität zu den Forschungsinstituten zu befassen. „Es ist bisher von dem Verhältnis von Forschungsinstituten für Geisteswissenschaften zu den Universitäten gar nicht gesprochen worden. Nun ist in Leipzig diese Frage akut geworden. Durch die Verdienste Lamprechts ist von großen Handelshäusern in Leipzig eine ziemlich große Summe für die Gründung von Forschungsinstituten auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften, 600 000 Mark und mehr, zusammengebracht worden. Da kam sofort eine finanzielle Rivalität zwischen den Seminaren und deren Inhabern und den zukünftigen Forschungsinstituten zum Ausdruck.“⁵⁰

⁴⁷ Paalzow hatte als Sachverständiger für den Katalog der Deutschen Bücherei in Leipzig engere Beziehungen zur Messestadt.

⁴⁸ Vgl. *vom Bruch*, Wissenschaftspolitik 47.

⁴⁹ Vgl. Ebenda 48.

⁵⁰ Verhandlungen des IV. Deutschen Hochschullehrertages in Dresden am 12. und 13. Oktober 1911 (Leipzig 1912) 35ff.

Lamprecht schloß hier an, „wir sollen uns durch den Begriff Forschungsinstitut, wie er in Berlin geprägt worden ist, nicht stören lassen. Mit den 7 Millionen, die dort bereitstehen, ist nicht geholfen. Wir werden für die Dinge, die in Frage kommen, ganz andere Summen benötigen, und die muß die Universität auf dem Wege, der ihr zur Verfügung steht, sei es von Privaten, sei es vom Staate usw. für sie schaffen. Die ganze Frage ist aber ein Universitätsproblem, und es ist das Problem: Kommen wir zu einer höheren Form der Methode und der methodischen Tätigkeit auf dem Wege der Fortentwicklung unserer Seminare? Dies sind die Zellen. Wie weit die Zellen später einmal in Fakultätsverfassungen umgebildet werden, das ist eine Frage, mit der wir uns heute nicht zu beschäftigen brauchen... Soviel ist aber durch Experiment klar: Die Entwicklung kann sehr weit geführt werden, ohne daß die Fakultätsverfassung in dieser oder jener Form verändert wird. Ebenso klar ist, daß alle die Klagen über Personalzurücksetzung und Personalumbildung unserer Extraordinarien und Privatdozenten durch diese Fortentwicklung der Seminare gelöst werden.“⁵¹

Wenn also jemand für sich beanspruchen kann, eine Art Humboldt-Prinzip der (allerdings erneuerten) Einheit von Lehre und Forschung beabsichtigt zu haben, dann eher Lamprecht als Harnack.

Lamprecht gelang zwar die Gründung der König-Friedrich-August-Stiftung mit den Forschungsinstituten, aber er mußte dafür gewaltige Kompromisse machen: Statt der beabsichtigten vier Forschungsinstitute mit profilbildendem Charakter wurden nach langer Verzögerung 1913 schließlich 12 gegründet, um die Gegner in der Philosophischen Fakultät zu gewinnen. Auf die Nutzung des staatlichen Zuschusses neben den privaten Drittmitteln wurde im Angesicht des Kriegsausbruches patriotisch verzichtet, und nach Lamprechts Tod 1915 geriet der hochschulpolitische Gesamtplan schnell unter die Räder.

Die Geschichte der deutschen Universitäten im 20. Jahrhundert ist geprägt vom Versuch, die 1909 bis 1911 aufgeworfenen Probleme zu lösen: Die steigende Studierfrequenz führte zu mancherlei abenteuerlichen Untertunnelungen von Studentenbergen, und das kann als Beleg für die wachsende Unterfinanzierung genommen werden, der eine Lösung immer weiter in die Ferne rückte. Die Auswanderung der Forschung und dabei nicht nur der direkt industriebezogenen, hat zwar zu einer gewissen Artenvielfalt der außeruniversitären Forschungsinstitute und ihrer späteren Systematisierung in der Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft einerseits und den Forschungskombinaten der Ostberliner Akademie der Wissenschaften geführt, aber offenkundig bislang zu keiner befriedigenden Lösung, schaut man sich die prämierten Versuche der jüngsten Exzellenzinitiative an, genau diese Teilung in konkurrenzfähig ausgestattete Forschungszentren und der mangelhafter Finanzierung ausgelieferte Universitäten zu überwinden. Die weitgehend auf staatliche Alimentierung angewiesenen Hochschulen haben darauf verzichtet, die um 1910 ins Auge gefaßten weiteren Säulen ihrer privaten Finanzierung auszubauen.

⁵¹ Ebenda 44.

Hält man sich diese Entwicklungen vor Augen, dann erscheint der Wettstreit am Anfang des Jahrhunderts vor allem wegen der Klarsichtigkeit der Konkurrenten für den bevorstehenden Abstieg von der Spitzenposition der internationalen akademischen Welt bemerkenswert. Der Krieg trug das Seine dazu bei, die deutschen Universitäten von der Entwicklung in anderen Teilen der Welt zu isolieren. Regelmäßig wird auch auf den Exodus kreativer Köpfe in den 1930er Jahren als Ursache für den Niedergang hingewiesen. Zweifellos ein gewichtiges Argument, dessen Bedeutung auch nicht bestritten werden kann. Mir scheint jedoch, daß die strukturellen Defizite weit früher auszumachen sind. Insofern ist es weniger relevant, ob Berlin und Leipzig auf gleicher Augenhöhe Wettbewerber waren oder bereits durch die unterschiedliche Ressourcenverfügung einen wichtigen Schritt voneinander getrennt waren. Vielmehr scheint die Palme des Siegers weder der einen noch der anderen Hochschule zu gebühren. Die weitestgehenden Folgerungen aus einer Diskussion, in der noch viele Alternativen offenstanden, zogen Universitäten jenseits des Atlantik, die das Humboldt-Prinzip nicht als Mythos beschworen, sondern zeitgemäß weiterentwickelten. Daraus entsteht jedoch, wie das deutsche Beispiel vor dem Ersten Weltkrieg lehrt, alles andere als eine auf Dauer zementierte Führungsposition. Die Zyklen, in denen es gilt, die Form der Universität an neue Herausforderungen anzupassen, werden offenkundig immer kürzer. Das Ranking von heute sagt zuverlässig nur etwas über die Sieger von gestern.

Summary

The article aims at comparing two of the leading universities in the Wilhelmian Empire with regard to how they have reacted to challenges such as the growing frequency of students, the increasing costs for research and the intense process of specialisation and professionalization universities were confronted to at around 1900. But comparison is somehow difficult since universities like Berlin and Leipzig were situated at the top of the same „German university system“ but followed at the same time very different local and regional traditions not yet fully homogenised and even strengthened by internationalisation. The article thus analyses the model Leipzig's university tried to establish under the rectorate of Karl Lamprecht (1910/1911) in order to face the above mentioned challenges as well as the competition with Berlin where the Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft emerged as a new pattern in the system of scientific innovation. Against the idea of separating research to a large extent institutionally from university Lamprecht insisted on new research institute within the university but despite some success in the beginning his concept failed in the very end due to resistance by colleagues as well as to the circumstances of war times. One may ask however if his ideas have not some actuality given the now rising critical view on the 20th century organisation of research in the German academic system.

Sylvia Paletschek

Eine deutsche Universität oder Provinz versus Metropole? Berlin, Tübingen und Freiburg vor 1914

Ziel dieses Beitrages ist es, die Entwicklung der Berliner Universität einzuordnen und Berlin mit den süddeutschen Traditionsuniversitäten Tübingen und Freiburg zu vergleichen. Diese Universitäten waren, wenn auch in einer kleinen bzw. mittelgroßen Stadt beheimatet, kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges alles andere als Provinzuniversitäten. Beide rangierten in den Jahrzehnten um 1900 in der Gruppe der mittleren Universitäten, beide waren zeitweise nahe daran, in ihrer Studierendenzahl an Großstadtuniversitäten heranzureichen.

Was vergleicht man, wenn man auf diese drei Universitäten blickt? Man vergleicht nicht nur zwei mittlere und eine große deutsche Universität, sondern ebenso zwei sogenannte „Traditionsuniversitäten“ und eine Universitätsneugründung: die ehemals katholische, 1457 gegründete und bis 1803 zu Vorderösterreich gehörende Freiburger Universität, ferner das protestantische Tübingen, 1477 gestiftet und alleinige württembergische Landesuniversität, sowie die 1810 in einer Residenzstadt ohne universitäre Tradition gegründete preußisch-protestantische Friedrich-Wilhelm Universität Berlin. Man vergleicht über die Universitäten auch die Hochschulpolitik eines kleineren und eines mittleren Staates – nämlich Badens und Württembergs – mit der des größten, hegemonialen deutschen Einzelstaats Preußen. Darüber hinaus beleuchtet der Vergleich, wie sich im 19. Jahrhundert Universitäten in eher politikfernen Klein- und Mittelstädten im Verhältnis zu einer in einer Großstadt und einem politischen Machtzentrum gelegenen Universität entwickelten. Mit dem Blick auf Freiburg, Tübingen und Berlin kontrastiert man zwei Universitätsstädte mit einer Universitäts- bzw. Wissenschaftslandschaft, wie Hubert Laitko sehr treffend Berlin charakterisiert hat¹. Seit ihrer Gründung und forciert seit den Jahrzehnten um 1900 war die Universität Berlin eingebettet in zahlreiche außeruniversitäre wissenschaftliche Einrichtungen wie die Charité, die Akademie der Wissenschaften oder später die Kaiser-Wilhelms-Institute, die technisch-physikalische Reichsanstalt oder die Technische Hochschule; hinzu kamen zahlreiche Museen und Archive, die alle zusammen die Wissenschaftslandschaft Berlin ausmachten.

¹ Hubert Laitko, Friedrich Althoff und die Wissenschaft in Berlin. Konturen einer Strategie, in: Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive (Hildesheim 1991) 75–85, 74, 77; im folgenden zitiert: Laitko, System Althoff.

Im folgenden kann ich diesen hier knapp skizzierten strukturellen Kontext des Vergleichs nicht erschöpfend berücksichtigen. Die Aufzählung sollte zeigen, daß der Unterschied zwischen diesen Universitäten ein ganzes Bündel von Faktoren umfaßt. Das Schlagwort Provinz versus Metropole stellt nur eine, noch dazu in der Formulierung leicht mißverständliche Facette dar. Im folgenden will ich über einen Vergleich der drei Universitäten die jeweiligen Besonderheiten in deren Entwicklung herausarbeiten, wobei ich mich auf drei Aspekte konzentrieren möchte. Zunächst werfe ich einen knappen Blick auf die Reformphase in den Jahrzehnten um 1800, ihre zeitliche Fixierung und die wichtigsten Ergebnisse. Dann verfolge ich die Entwicklung der Studentenfrequenz sowie – aufgezeigt am Beispiel der Philosophischen Fakultät – den Verlauf der Fächerdifferenzierung und Seminargründungen im 19. Jahrhundert. Abschließend soll nach den Besonderheiten Berlins im Vergleich mit Tübingen und Freiburg gefragt werden.

Reformphase in Berlin, Tübingen und Freiburg (ca. 1770–1830)

In gewisser Weise setzte die Reformphase am frühesten in Freiburg und hier bereits in vorderösterreichischer Zeit mit den theresianisch-josephinischen Reformen zwischen 1768 und 1790 ein². Diese Reformen bezweckten die radikale Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses und die Verstaatlichung der Universitäten. In utilitaristischem Interesse sollte die Ausbildungsleistung verbessert und der wissenschaftliche Fleiß angekurbelt werden. Der Lehrbetrieb wurde modernisiert, deutsch als Unterrichtssprache eingeführt, die Jesuiten 1773 von den Professuren der Philosophischen Fakultät vertrieben, der barocke und religiöse Pomp abgeschafft, die Autonomie der Universität zurückgedrängt, eine Konsistorialverfassung eingeführt sowie die Universität für Juden und Protestanten geöffnet. Der Status der Philosophischen Fakultät wurde aufgewertet, neue Professuren wurden hier gegründet – so für Geschichte, Staatswissenschaften, Naturgeschichte, Technologie, Ästhetik und schöne Künste, historische Hilfswissenschaften. Erste Staatsexamen wurden eingeführt. Nach wie vor war der Besuch der Philosophischen Fakultät aber zwangsmäßig vorgeschrieben – wenn auch nun auf zwei Jahre verkürzt – und diente der Vorbereitung auf die höheren Berufsfakultäten. Mit dem Übergang der Universität an Baden 1806 wurden die unter den Habsburgern im Geiste von Aufklärung, Reformabsolutismus und Utilitarismus begonnenen Reformen weitergeführt³. Die Verstaatlichung, z. B. durch die Einsetzung eines Kura-

² Dieter Speck, Die Freiburger Universität und das „Joch der Reform“, in: Achim Aurnhammer, Wilhelm Kühlmann (Hrsg.), Zwischen Josephinismus und Frühliberalismus: literarisches Leben in Südbaden um 1800 (Freiburg 2002) 499–513; Notker Hammerstein, Besonderheiten der österreichischen Universitäts- und Wissenschaftsreform zur Zeit Maria Theresias und Josephs II., in: Ulrich Muhlack, Gerrit Walter (Hrsg.), *Res publica literaria* (Berlin 2000) 194–214.

³ Der Breisgau gehörte bis 1803 zu Vorderösterreich, danach bis 1805 zum Herzogtum Modena, bevor er Ende 1805 Baden zugeschlagen wurde. Jürgen Schiewe, Die Universität Freiburg um 1800. Zwischen Autonomie und staatlichem Zugriff, in: Achim Aurnhammer, Wilhelm Kühlmann

tors, wurde fortgesetzt, ebenso die Rationalisierung des Lehrbetriebs und die Einführung neuer Disziplinen. Gleichzeitig gelang es der Universität jedoch, hier maßgeblich durch den bekannten Historiker und Juristen Karl von Rotteck, einen Teil der traditionellen, in der Reformzeit verlorengegangenen korporativen Freiheiten wieder zu erlangen. Dabei interpretierte Rotteck 1807 die traditionelle korporative Freiheit der Universität nun neu als Freiheit von Lehre und Forschung, von der er sich eine Intensivierung und Dynamisierung der Wissenschaft versprach⁴. Rottecks Forderungen reflektierten den Zeitgeist der Jahrzehnte um 1800, in denen in zahlreichen deutschen Staaten und keineswegs nur in Preußen, Universitätsreformen stattfanden, die, ähnlich wie die theresianisch-josephinischen Reformen, eine Verstaatlichung, Rationalisierung und neue Produktivität des Bildungswesens und der Universität anstrebten⁵. Vermutlich war es gerade die Verbindung alter universitärer Freiheitsrechte mit massiven staatlichen Eingriffen, die erst ein Aufbrechen der festgefahrenen, unproduktiven Universitätsstrukturen ermöglichte. Die neu gedachte korporative Freiheit, nun interpretiert als Freiheit der Forschung und Lehre, war eine Voraussetzung für die Durchsetzung des Forschungs imperativs an deutschen Universitäten. Damit verbunden war ein Wandel des Wissenschaftsverständnisses, enzyklopädische Gelehrsamkeit wurde durch forschende spezialisierte Wissenschaft abgelöst. Dieser Übergang zur Forschungsuniversität war ein langwieriger Prozeß und erst um 1880 abgeschlossen⁶.

Die Bildungskonzeption des Neuhumanismus, die in einer wissenschaftlich-theoretischen und allseitigen Ausbildung das beste Rüstzeug für noch unvorhersehbare künftige Bedürfnisse der Gesellschaft sah, war zwar einflußreich auf dem Weg zur Forschungsuniversität. Doch werden diese ideellen und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen meist überbewertet. Wie sich in der empirischen Analyse zeigt, waren es häufig gerade erst die praktischen Verwertungsmöglichkeiten von Wissenschaft und universitärer Ausbildung durch Staat und Gesellschaft, die den Anstoß zur Gründung neuer Lehrstühle und Seminare gaben und damit auch zur Entstehung der Forschungsuniversität beitrugen.

(Hrsg.), Zwischen Josephinismus und Frühliberalismus: literarisches Leben in Südbaden um 1800 (Freiburg 2002) 559–570.

⁴ Siehe hierzu *Ernst Walter Zeeden*, Die Freiburger Philosophische Fakultät im Umbruch des 18. Jahrhunderts. Von der theresianischen Reform bis zum Übergang des Breisgaus an Baden (1805). Ein Stück Universitätsgeschichte, in: *Clemens Bauer, Ernst Walter Zeeden, Hans-Günther Zmarzlik* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Freiburger Philosophischen Fakultät (Freiburg 1957) 9–139, 100; im folgenden zitiert: *Zeeden*, Philosophische Fakultät.

⁵ *James Denis Cobb*, The Forgotten Reforms. Non Prussian Universities 1797–1817 (Madison 1980) 164ff.

⁶ *Sylvia Paletschek*, Verbreitete sich ein ‚Humboldt’sches Modell‘ an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert? in: *Rainer Christoph Schwinges*, Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert (Basel 2001) 75–104, bes. 86f.; im folgenden zitiert: *Paletschek*, Humboldt’sches Modell; *Marita Baumgarten*, Professoren- und Universitätsprofile im Humboldt’schen Modell des 19. Jahrhunderts, in: *Rainer Christoph Schwinges*, Humboldt international. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert (Basel 2001) 105–130, 115.

Freiburg war um 1800 eine der kleinsten Universitäten im Alten Reich. Sie gehörte zu Vorderösterreich und bildete die meist katholische akademische Elite für den Kirchen- und Verwaltungsdienst des alemannischen Teils Süddeutschlands, d.h. des näheren Einzugsgebiets der Universität, aus. Mit dem Übergang an Baden Ende 1805 drohte die Schließung Freiburgs, die jedoch durch die energische Intervention der Universität und vor allem aus ökonomischen Gründen – die Universität konnte nachweisen, daß sie sich gänzlich aus ihren Gefällen finanzieren konnte –, später auch aus konfessionellen Gründen, abgewendet werden konnte⁷. 1818 erhielt Freiburg ebenso wie Heidelberg eine verfassungsrechtliche Bestandsgarantie in der neuen badischen Landesverfassung⁸. 1832 wurde Freiburg kurzzeitig wegen burschenschaftlicher und politischer Umtriebe geschlossen. Mit der Neueröffnung wurde die Universitätsverfassung verändert und der führenden badischen Universität, Heidelberg, angeglichen. Bis 1919 erfolgten nur kleinere Veränderungen an der Universitätsverfassung, lediglich die Gründung der Naturwissenschaftlichen Fakultät 1911 war eine der entscheidenden Neuerungen. 1900 wurden, dies sei noch als Besonderheit vermerkt, in Freiburg die ersten Frauen offiziell an einer deutschen Universität zum Studium zugelassen, kurz darauf folgten die beiden anderen badischen Hochschulen Heidelberg und Karlsruhe⁹. In Tübingen war dies übrigens 1904, in Berlin 1908 der Fall.

Die tendenziell katholische Universität Freiburg erlebte zwischen den 1770er und 1830er Jahren massive Umgestaltungen. Sie hatte Herrschaftswechsel und die Konkurrenz mit der äußerst erfolgreichen badischen Schwesternuniversität Heidelberg zu verkraften. Tübingen hingegen war und blieb die einzige württembergische Landesuniversität, hatte aber ebenfalls ab den 1790er Jahren und insbesondere in den Jahren zwischen 1806 und 1811 grundlegende Reformen erfahren. Tübingen entsprach gegen Ende des 18. Jahrhunderts ganz dem Typus der Familienuniversität¹⁰, der hier, zusammen mit einer seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stagnierenden Studentenzahl, für die mangelnde Dynamik ursächlich zu sein schien. Die meisten Lehrstühle waren fest in der Hand der Universitätsfamilien wie etwa der Gmelins oder Authenrieths. Sie wurden möglichst an Söhne,

⁷ Das Problem Freiburgs war, daß bereits drei Jahre zuvor die zu diesem Zeitpunkt sehr marode, ehemals kurpfälzische Universität Heidelberg vom kleinen badischen Staat übernommen und kostspielig reorganisiert worden war. Eine zweite Universität erschien zunächst finanziell nicht tragbar. Sandra Haas, Die Freiburger Universität – eine badische Hochschule? Die Albert-Ludwigsuniversität in der Zeit von 1805–1815 (Magisterarbeit Freiburg 2007).

⁸ Vgl. zur weiteren Entwicklung als Überblick Hans Fenske, Existenzsorgen, Konflikte und kontinuierlicher Aufstieg. Die Universität von 1806 bis 1914, in: Bernd Martin (Hrsg.), Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts (= 550 Jahre Albert-Ludwigs Universität Freiburg. Festschrift Bd. 3, Freiburg 2007) 28–43; im folgenden zitiert: Fenske, Existenzsorgen, Konflikte und Aufstieg.

⁹ Ute Scherb, „Ich stehe in der Sonne und fühle, wie meine Flügel wachsen.“ Studentinnen und Wissenschaftlerinnen an der Universität Freiburg von 1900 bis in die Gegenwart (Königstein 2002).

¹⁰ Peter Moraw, Vom Lebensweg des deutschen Professors (Mitteilungen der DFG 4, 1988) 1–12.

Schwiegersöhne, Neffen oder Brüder „vererbt“¹¹. Zudem machte Tübingen die Konkurrenz der 1782 neugegründeten, modernen Hohen Karlsschule in Stuttgart zu schaffen, die Universitätsprivilegien hatte und ein moderneres, stärker natur- und staatswissenschaftlich ausgerichtetes Fächerangebot bereit hielt. Nur der Schließung dieser Hochschule 1794 und den durch das evangelische Stift zum Studium in Tübingen gezwungenen Theologen verdankte Tübingen das Überleben in der Zeit des großen Universitätssterbens um 1800, das etwa die Hälfte der deutschen Universitäten dahinraffte.

Der desolate Zustand der Universität verlangte nach Veränderung, und beeindruckt durch die Entwicklung der Reformuniversitäten des 18. Jahrhunderts, Halle und Göttingen, versuchte Herzog Friedrich II., der spätere König Friedrich I. von Württemberg, seit Ende der 1790er Jahre eine Reorganisation der Universität Tübingen nach dem Modell einer staatlich kontrollierten Universität. Zwischen 1806 und 1811 wurde die Universität zur Staatsanstalt, ihre Privilegien aufgehoben, das Vermögen eingezogen, die Selbstverwaltung zurückgeschnitten und freiwerdende oder neue Professuren ohne Rücksprache mit der Universität besetzt. Durch die Errichtung neuer Lehrstühle und die Aussetzung von Preisaufgaben sollte der wissenschaftliche Fleiß angespornt werden. Bereits seit Ende der 1790er Jahre wurden neue Professuren geschaffen, vornehmlich in den „nützlichen“ Fächern, so in den Staatswissenschaften. 1806 erhielt Tübingen eine erste, bescheidene Klinik, 1811 wurde ein neues Ordinariat für deutsche Sprache und Literatur, das erste an einer deutschen Universität, gegründet.

1817 entstanden, motiviert durch die (katholischen) Gebietsgewinne Württembergs und den wachsenden Bedarf an Kameralisten und Verwaltungsfachleuten zwei neue Fakultäten, die staatswissenschaftliche sowie die katholisch-theologische Fakultät. Bereits 1863 wurde in Tübingen die erste naturwissenschaftliche Fakultät gegründet – Tübingen war damit Vorläuferin in der Abspaltung der naturwissenschaftlichen Fächer. Mit seinen damit sieben Fakultäten stand Tübingen einsam an der Spitze unter den deutschen Universitäten hinsichtlich der Fakultätszahl¹². Dem Modell der Gründung einer eigenständigen naturwissenschaftlichen Fakultät folgte als erstes die Reichsuniversität Straßburg 1872, dann Heidelberg 1890, in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende weitere Universitäten (wie z. B. Freiburg 1911). Die preußischen Universitäten hinkten in dieser Entwicklung hinterher, und dort wurden erst nach dem Ersten Weltkrieg naturwissenschaftliche Fakultäten gebildet, in Berlin beispielsweise erst 1936. Die Herauslösung der Naturwissenschaften aus der Philosophischen Fakultät beförderte letztlich den Ausbau beider Fächergruppen, da der Widerstand gegen die Neugründung von Lehrstühlen in der alten Philosophischen Fakultät, der u. a. durch die Angst man-

¹¹ Zur Situation der Universität Tübingen zu Beginn des 19. Jahrhunderts siehe *Sylvia Paetschek*, Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Stuttgart 2001) 155–161; im folgenden zitiert: *Paetschek*, Permanente Erfindung.

¹² Zur Fakultätsstruktur siehe *Paetschek*, Permanente Erfindung 161–166.

cher Professoren vor Machtverlust und Kürzungen für das eigene Fach motiviert war, kleiner wurde.

Durch neue Lehrstuhlgründungen, Verfassungsänderungen und eine Erhöhung des Universitätsetats wurden zwar in den Jahrzehnten um 1800 Voraussetzungen für wirkungsvolle Veränderungen geschaffen, diese setzten sich in Tübingen aber nur langsam durch. Dies lag daran, daß der württembergische König – anders als die Ministerien in Baden, Hessen-Darmstadt oder Preußen – nicht radikal in die Besetzung von Lehrstühlen eingriff und die Familienuniversität fortdauerte. Erst in den 1820er Jahren griffen, folgt man Robert von Mohl, die Neuerungen, und mit einer neuberufenen Generation von jungen Gelehrten kam frischer Wind in die Universität.

Nach der Reformphase und nach zahlreichen Eingriffen wurden in Tübingen mit dem Universitätsstatut von 1829/31 die zuvor stark eingeschränkten Selbstverwaltungsrechte wiederhergestellt. Im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Universitäten hielt die Tübinger Universitätsverfassung im 19. Jahrhundert an der kollegialen und tendenziell demokratischeren Konzil- oder Konsistoriumsverfassung fest, die sonst nur noch in Jena und Erlangen ähnlich stark ausgeprägt war, d.h. die aus sämtlichen Ordinarien bestehende Plenarversammlung war das entscheidende Kollegialorgan¹³. An den meisten deutschen Universitäten – so auch in Freiburg und an allen preußischen – herrschte die repräsentative Senatsverfassung vor, d.h. ein engerer Senat, dem in der Regel die Dekane oder ein gewähltes Mitglied jeder Fakultät sowie Rektor und Amtmann bzw. Kanzler angehörten, bildete das zentrale Entscheidungsorgan. Die 1912 neu verabschiedete Tübinger Universitätsverfassung reagierte auf die Geschäftsüberlastung von Fakultät und Senat und führte nun, ähnlich wie an den meisten anderen deutschen Universitäten, einen kleinen Senat ein, der nun für die wichtigen Amtsgeschäfte zuständig war. Außerdem wurden erstmalig an einer deutschen Universität mit dieser Verfassung den Nichtordinarien Mitbestimmungsrechte in Senat und Fakultät eingeräumt. Tübingen wirkte in manchem, z.B. im langen Festhalten an der Konzilsverfassung oder der noch bis 1863 bestehenden Eingliederung eines Teiles der naturwissenschaftlichen Lehrstühle in die Medizinische Fakultät, verzopft. Doch vermutlich führte diese verzögerte Modernisierung dazu, daß die Reformen dann, wenn sie kamen, besonders innovativ waren und den Entwicklungen an anderen Universitäten vorauseilten – etwa in der Gründung einer Naturwissenschaftlichen Fakultät oder der frühen Gewährung von Mitbestimmungsrechten an Nichtordinarien.

Für das badische Freiburg wie für das württembergische Tübingen galt, daß in den Universitätsreformen keineswegs Preußen oder auch Berlin das Vorbild war, denn die Reformen setzten teilweise bereits beträchtlich vor den preußischen ein und fanden erst gegen 1830 ihren Abschluß. In beiden Fällen waren die staatlichen Reorganisations- und Ausbaumaßnahmen zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch den Wunsch nach einer besseren Ausbildung der künftigen Staatsdiener und Mediziner bestimmt. Untersucht man, bei welchen anderen Universitäten sich Tübin-

¹³ Zur universitären Selbstverwaltung siehe *Paletschek*, Permanente Erfindung 166–178.

gen oder Freiburg im Laufe des 19. Jahrhunderts Rat einholten, wenn es etwa um die Einführung neuer Disziplinen, Studiengebühren, die Zulassung von Frauen, die Einrichtung von Seminaren etc. ging, so war das nicht an erster Stelle Berlin oder eine preußische Universität. In der Regel wurden die Universitäten ähnlicher Größe bzw. die Universitäten, die im nächsten Einzugsbereich lagen, zuerst anschrieben, denn diese waren die primären Konkurrenten im Kampf um Studenten, und mit diesen suchte man sich zu verständigen oder sich anzugeleichen. Berlin oder preußische Universitäten wurden in diesem Prozeß des Einholens von Informationen zwar auch befragt, aber nicht vordringlich. Interessant wäre zu erkunden, wen die Berliner Universität oder die beiden anderen großen Universitäten München und Leipzig anschrieben, wenn es um entsprechende Neuregelungen ging. Mit der Reichsgründung und vor allem seit den 1890er Jahren wurden allerdings preußische Regelungen – dies gilt etwa für die Bestimmungen zur Lehramtsprüfung oder zur Juristenausbildung – für Tübingen und Freiburg und damit auch für die Hochschul- und Schulpolitik dieser Länder immer wichtiger¹⁴. Dies war nicht nur der preußischen Hegemonie im Reich geschuldet, sondern auch der gestiegenen Studentenmobilität. Sowohl in Freiburg wie auch in Tübingen studierten viele aus Preußen gebürtige Studenten. Da sie in der Regel zum Examen dann wieder an eine preußische Universität zurückkehrten, mußten sie auch die entsprechenden Lehrveranstaltungen oder Fächer belegen können, damit sie weiterhin im „deutschen Ausland“ studieren konnten.

Die Berliner Neugründung 1810 sollte bekanntlich die nach dem Frieden von Tilsit 1807 in den altpreußischen Territorien verloren gegangenen Universitäten ersetzen und insgesamt zum Wiederaufstieg Preußens beitragen¹⁵. Die Berliner Universität war wie die anderen, in den Jahrzehnten um 1800 reformierten Universitäten als eine vom Staat zu dotierende Anstalt und nicht mehr als finanziell autonome Korporation gegründet worden, wie dies ursprünglich noch Wilhelm von Humboldt vorgesehen hatte. Betrachtet man die Berliner Universitätsverfassung, so kommt man mit Max Lenz zu dem Ergebnis, daß diese ihren Statuten nach „durchaus den überlieferten Formen der deutschen Universitäten nachgebildet“ war. In den Berliner Statuten schlug sich kein neues Universitäts- oder Wissenschaftsideal nieder. Der erste Entwurf des § 1 der Berliner Universitätsverfas-

¹⁴ Der Einfluß preußischer Regelungen seit den 1890er Jahren und das gestiegene Bedürfnis nach Austausch und Angleichung der Universitätsregelungen in den deutschen Einzelstaaten zeigen sich in der Einrichtung wie in den Diskussionen der Hochschulkonferenz der deutschen Bundesstaaten und Österreichs. *Bernhard vom Brocke, Peter Krüger* (Hrsg.), Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918 (Berlin 1991).

¹⁵ Zur Gründung der Universität Berlin siehe *Rüdiger vom Bruch*, Die Gründung der Berliner Universität, in: *Rainer Christoph Schwinges* (Hrsg.), Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert (Basel 2001) 53–74 (dort auch weitere Literatur); *Marc Schalenberg*, „... der deutschen Wissenschaft eine kaum noch gehoffte Freistatt eröffnen“ – Überlegungen zur Vorgeschichte und Gründung der Berliner Universität, in: *Gottfried Nees von Esenbeck* – Politik und Naturwissenschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Acta Historica Leopoldina 43, 2004) 101–113.

sung von 1816 lautete: „So wie die Universität den gleichen Zweck hat mit allen deutschen Universitäten, nämlich die allgemeine und besondere wissenschaftliche Bildung gehörig vorbereiteter Jünglinge durch Vorlesungen und andere akademische Übungen zu vollenden und sie zum Eintritt in die verschiedenen Zweige des höheren Staats- und Kirchendienstes tüchtig zu machen, so soll sie ... die wesentlichen Rechte einer deutschen Universität genießen.“¹⁶

Das heißt, sowohl ihrer Aufgabenbestimmung nach wie auch in der Organisation ihrer Selbstverwaltung wurde die Berliner Universität den moderneren der deutschen Universitäten nachgebildet¹⁷. Die traditionelle Rangfolge der vier Fakultäten – Theologische, Juristische, Medizinische, Philosophische – wurde in den Statuten und im Universitätsalltag beibehalten, selbst wenn nach Schleiermachers programmatischer Schrift „Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn“ die Philosophische Fakultät nicht an letzter, sondern an erster Stelle stehen sollte, da sie nicht wie die anderen Spezialschule und mit Berufsausbildung verbunden sei, sondern der reinen Wissenschaft diene und die Einheit der Wissenschaften an der Universität über die Philosophische Fakultät hergestellt werde¹⁸.

Neu im Vergleich mit einigen der älteren deutschen Universitäten war, daß in Berlin als erster Universität die naturwissenschaftlichen Fächer nicht mehr auf die Medizinische und Philosophische Fakultät verteilt, sondern in der letzteren zusammengeführt worden waren. An den älteren Universitäten zählten entsprechend den Bedürfnissen der Medizinerbildung die Lehrstühle für Botanik, Zoologie und Chemie zur Medizinischen Fakultät. Sie wurden nun in der Berliner Neugründung in die Philosophische Fakultät transferiert. Diese Neuerung wurde jedoch dadurch abgedämpft, daß auch in Berlin zusätzlich Parallellehrstühle für Botanik bis ca. 1850 und für Zoologie bis Anfang des 20. Jahrhunderts in der Medizinischen Fakultät bestehen blieben¹⁹. Die Universitätsneugründungen im 19. Jahrhundert, so beispielsweise München 1826, übernahmen diese Zusammenführung aller Naturwissenschaften in der Philosophischen Fakultät. An den anderen deutschen Universitäten kam es zwischen den 1830er und 1880er Jahren sukzessive zu der Herauslösung der Naturwissenschaften aus der Medizinischen Fakultät und ihrer Eingliederung in die Philosophische.

Da die Berliner Universität eine Neugründung war, konnten hier auch, rascher als an den Traditionsumiversitäten, wo gewachsene Machtstrukturen und Privilegien nicht so schnell aufgebrochen werden konnten, Neuerungen durchgesetzt werden. Es mußte nicht erst der Einfluß von Kirche oder Universitätsfamilien gebrochen werden. Die Erneuerung wurde zudem forciert durch die in Berlin bis in

¹⁶ Siehe Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin, Bd. 1 (Halle 1910) 436; im folgenden zitiert: Lenz, Geschichte Universität Berlin.

¹⁷ Vgl. dazu ausführlicher Sylvia Paetschek, Humboldt'sches Modell 75–104, bes. 78–88.

¹⁸ Friedrich Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn. Nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende (Berlin 1808) bes. 147–153.

¹⁹ Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (Göttingen 1997) 77; im folgenden zitiert: Baumgarten, Professoren und Universitäten; Paetschek, Humboldt'sches Modell 84.

die 1840er Jahre gängigen staatlich oktroyierten Lehrstuhlbesetzungen. Diese massiven Eingriffe in die korporativen Selbstergänzungsrechte fanden in der Reformphase auch an anderen Universitäten, so etwa in Heidelberg und Freiburg, statt, doch vermutlich nicht so lange und intensiv wie in Berlin.

Am folgenreichsten an der Berliner Universitätsgründung war, daß sie letztlich kein radikales neues Konzept verfolgte, sondern die modernisierte Gestalt bereits bestehender deutscher Universitäten, die dem Vorbild Halles und Göttingens gefolgt waren, übernahm und fortführte. Sie hielt an der auf das Mittelalter zurückgehenden Vorstellung von der Einheit der Wissenschaften in der Universität fest, ebenso wie – motiviert auch aus Kostengründen – am bisher üblichen, theoretisch-wissenschaftlichen Unterricht.

Berlin war im 19. Jahrhundert, ich habe dies an anderer Stelle dargelegt und neuere empirische Studien zur Universitätsentwicklung von Marita Baumgarten oder Markus Huttner argumentieren in eine ähnliche Richtung, keineswegs das Vorbildmodell einer Universität, der alle anderen nachfolgten, wie immer noch in den gängigen Handbuchartikeln zu lesen ist²⁰. Die sogenannten Humboldtschen Universitätsreformen waren Teil einer breiten, sämtliche deutsche Staaten erfassenden Universitätsreformwelle um 1800, und es sollte mit dem Blick auf das 19. Jahrhundert daher nicht von einem Humboldtschen, sondern besser lediglich von einem deutschen Universitätsmodell gesprochen werden. Das 19. Jahrhundert maß Wilhelm von Humboldt und der Berliner Neugründung keine entscheidende Bedeutung in der Universitätsreformdiskussion zu. Dies bezeugt der Blick in die recht breite Universitätsreformdiskussion, ebenso wie in Konversationslexika oder Staatsrechthandbücher. Aus wenigen, im nachhinein und erst mit Beginn des 20. Jahrhunderts als kanonisch konstruierten Grundlagentexte von Fichte, Schleiermacher und Wilhelm von Humboldt – erst jetzt wurde sein unvollendeter, nur ca. 10 Seiten kurzer Text über die „Innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ erstmals publiziert – wurde in ideengeschichtlicher Exegese die „Weltgeltung“ der deutschen Universitäten aus dem Berliner Reformmodell und der preußischen Universitätsreform abgeleitet, ohne dies durch universitätsgeschichtliche Studien je nachzuprüfen²¹.

Frequenzentwicklung und Schwerpunkte in der Fächerwahl

Die Anzahl der Studierenden – nicht Drittmitteleinwerbungen oder Publikationszahl – war die entscheidende Orientierungsgröße im Universitätsranking des

²⁰ Baumgarten, Professoren und Universitäten; Markus Huttner, Humboldt in Leipzig? Die „Alma Mater Lipsiensis“ und das Modell der preußischen Reformuniversität im frühen 19. Jahrhundert, in: Manfred Hettling, Uwe Schirmer, Susanne Schötz (Hrsg.), Figuren und Strukturen. Historische Essays für Hartmut Zwahr zum 65. Geburtstag (München 2002) 529–561.

²¹ Sylvia Paletschek, Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Historische Anthropologie 10, 2002) 183–205.

19. Jahrhunderts, und den Zeitgenossen war dies sehr wohl bewußt. Gerade in kleinen Universitätsstädten wie Tübingen wurden Abweichungen nach oben oder unten im Ranking genauestens verfolgt. Studenten brachten viel Geld in die Stadt. Sie mußten für die besuchten Lehrveranstaltungen zahlen, d.h. an den größten Universitäten war das Einkommen der Professoren auch am höchsten, da sie auf ein beträchtliches Kolleggeld rechnen konnten. Dies sowie eine gute räumliche und technische Ausstattung und die Perspektive, eine große Zahl von Studenten mit der Vorlesung prägen zu können, machte das Renommee der großen Universitäten aus und führte dazu, daß sie in der Regel Professoren von mittleren Universitäten, manchmal auch von einer anderen großen, abwerben konnten.

Vergleicht man unsere drei Universitäten im 19. Jahrhundert hinsichtlich ihrer Frequenzentwicklung, so sind Freiburg und Berlin Gewinnerinnen, Tübingen fällt seit den 1890er Jahren zurück (vgl. Tabelle 1, Anhang). Die Entwicklung der Studierendenfrequenz und die Beliebtheit einer Universität hingen von vielen Faktoren ab und waren keineswegs direkter Ausdruck ihrer wissenschaftlichen Qualität. Wichtig waren die Universitätsdichte des Umfeldes, der Grad des Wohlstands einer Gesellschaft, die Bevölkerungs- und Bildungsentwicklung im unmittelbaren Einzugsbereich, ferner die Fachtradition, die generelle Studentenmobilität und nicht zuletzt der „Zeitgeist“²². Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verzeichneten in Großstädten gelegene Universitäten sowie die sogenannten Freizeituniversitäten, d.h. die Universitätsstädte, die in einer schönen Umgebung lagen und gleichzeitig aber auch ein großstädtisch-bürgerliches Kulturleben zu bieten hatten, den höchsten Zuwachs in der Studentenfrequenz. Berlin als Großstadt profitierte von diesem Trend, ebenso aber Kiel und vor allem Freiburg. Freiburg entwickelte seit den 1880er Jahren durch den Zuzug reicher Hanseaten und Pensionäre, die vor der Cholera in die Schwarzwaldstadt geflohen waren, und durch eine in der Ära des Oberbürgermeister Winterer gezielt eingeleitete Bau- und Kulturpolitik ein großbürgerliches Flair²³.

In vielen Darstellungen wird die Frequenzentwicklung mit der Qualität des Lehrkörpers in Verbindung gebracht, doch darf hier Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden: Die Professoren folgten den Studenten, nicht umgekehrt. Die wenigsten Studenten wählten, ähnlich wie heute, aus Fachkenntnis heraus und wegen bestimmter Professoren eine Universität. Familientradition, finanzielle Möglichkeiten, Entfernung vom Wohnort, die Bedingung, das Examen an einer Universität des deutschen Heimatstaats abzulegen, um Zugang zum Staatsdienst zu bekommen, die Attraktivität der jeweiligen Stadt und Landschaft etc. spielten meist eine größere Rolle.

Zur Frequenzentwicklung in Berlin (vgl. Tabelle 1, Anhang): Ab Mitte der 1830er Jahre war Berlin mit ca. 2000 Studenten, eine Zahl, die dann erst wieder in

²² Paletschek, Permanente Erfindung 68–73.

²³ Heiko Haumann u.a., Industriestadt oder „Pensionopolis“? Im Kaiserreich (1871–1914), in: Heiko Haumann, Hans Schadek (Hrsg.), Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zu Gegenwart (Stuttgart 1992) 165–254.

den 1860er Jahren erreicht wurde, kurzfristig erstmals zur größten deutschen Universität geworden und hatte das ebenfalls neu gegründete München, aber auch die lange an erster Stelle stehende Reformuniversität Göttingen überrundet. Zwischen den 1830er und 1880er Jahren konnten die beiden anderen Groß(stadt)universitäten Berlin zwar noch zeitweise überflügeln – so München in den 1850er Jahren und Leipzig in den 1870er Jahren. Seit den 1880er Jahren war Berlin dann aber bis 1945 unangefochten die größte deutsche Universität²⁴. Zwischen 1830 und 1941 studierten im Mittel knapp 15 % aller deutschen Studenten in Berlin²⁵. Vergleicht man die Berliner Frequenzentwicklung mit der aller Studierender an deutschen Universitäten sowie mit Tübingen und Freiburg, so zeigen sich charakteristische Unterschiede. Der Einbruch der Studierendenzahlen in den 1850er Jahren war in Berlin vergleichsweise hoch. Hartmut Titze führt hierfür das Abtreten der ersten Hochschullehrergeneration, finanzielle Kürzungen, Lehrstuhlstreichungen und politische Verfolgung als Gründe an²⁶. Überprüft werden müsste aber auch, ob dies nicht eine Zeit des in Preußen besonders ausgeprägten Abschwungs der Studienzahlen war und sich diese zyklischen Frequenzschwankungen in Berlin besonders drastisch äußerten.

Seit den 1860er Jahren kehrte sich diese Entwicklung wieder um, und in Berlin war nun der Zuwachs der Studierendenzahlen überdurchschnittlich hoch. So betrug er 1870 etwa das sechsfache des gesamtdeutschen Wertes (vgl. Tabelle 1, Anhang). Vermutlich machte sich hier die Gründung des Norddeutschen Bundes, die Annexion norddeutscher Territorien durch Preußen sowie die Reichsgründung bemerkbar, da sich so das Einzugsgebiet preußischer Universitäten vergrößerte. Auch profitierte Berlin nun vom Großstadtbonus. Gemessen an den Zuwachsraten waren die Jahre zwischen ca. 1860 und 1890 die goldenen Berliner Jahre. Seit den 1890er Jahren flachten die Zuwachsraten der Berliner Universität ab, und diese lagen nun sogar leicht unter den reichsweiten Werten. Die Universität konnte als größte deutsche Universität ihre Attraktivität, gemessen an den Studierendenzahlen, zwar problemlos aufrecht erhalten, sie konnte sie aber in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende nicht noch weiter ausbauen.

Nicht alle Disziplinen waren an den einzelnen deutschen Universitäten gleichermaßen gut besucht, und es zeichnete sich eine gewisse Arbeitsteilung und Schwerpunktbildung zwischen den Universitäten ab. So waren etwa Halle oder Tübingen Hochburgen der evangelischen Theologie, in Würzburg und Greifswald waren die Medizinstudenten gemessen an der sonstigen Größe überrepräsentiert, in Göttingen die Naturwissenschaftler, in Heidelberg die Juristen. Diese Schwerpunktbildung zeigte sich allerdings eher an den mittleren und kleinen, jedoch nicht

²⁴ Zahlen und Auflistung der Rangfolge der Universitäten nach Hartmut Titze (Hrsg.), Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830–1945, Bd. I,2 (Göttingen 1995) siehe dort Tabelle 8: Rangfolge der deutschen Universitäten nach Studierendenzahl, Personalzahl und Betreuungsrelation 1830–1941 63–64; im folgenden zitiert: Titze, Datenhandbuch.

²⁵ Titze, Datenhandbuch, Tabelle 1, 32–33.

²⁶ Titze, Datenhandbuch 72.

so deutlich bei den drei großen Universitäten. Für Berlin kann man festhalten, daß hier aufgrund der Größe der Universität im Zeitraum zwischen 1830–1941 selbstverständlich in absoluter Zahl die meisten Studierenden eines jeden Faches – mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaften – anzutreffen waren²⁷. Betrachtet man jedoch die relativen Anteile an den Einzeldisziplinen im Vergleich mit den Anteilen Berlins an der Gesamtstudentenzahl, so zeigt sich, daß Jura sowie die Fächer der Philosophischen Fakultät – dies gilt für Geistes- wie die Naturwissenschaften – überproportional besucht waren (vgl. Tabelle 2, Tabelle 3, Anhang). In Berlin bildete sich hinsichtlich der Studentenfrequenz also ein leichter Schwerpunkt in den Rechtswissenschaften und in den Fächern der alten Philosophischen Fakultät heraus, während evangelische Theologen und Wirtschaftswissenschaftler etwas geringer vertreten waren.

Daß die Philosophische Fakultät in Berlin überdurchschnittlich gut besucht war, lag nicht nur an den berühmten Lehrkräften, sondern hing auch mit der Voreiterrolle Preußens im Ausbau des sekundären Bildungswesens und mit der Professionalisierung der Lehrerausbildung zusammen²⁸. Erst in dem Maße, wie die höhere Schulbildung ausgebaut, das propädeutische Studium an der Philosophischen Fakultät abgeschafft und die Lehrerausbildung professionalisiert wurde, konnte die Philosophische Fakultät ihrem Rang nach mit den anderen „berufsbildenden“ Fakultäten gleichziehen. Sie wurde zur Fakultät für Gymnasiallehrerbildung und konnte erst jetzt ein eigentliches Studentenklientel ausbilden, das nur ihre Fächer studierte. Preußen, das bereits 1810 erste Regelungen für die Trennung der Gymnasiallehrer von der Theologenausbildung erließ, ging hier voran – und davon profitierte auch die Frequenz der Geistes- und Naturwissenschaften in der Berliner Philosophischen Fakultät. Dies wird vor allem im Vergleich mit der sehr viel bescheideneren Frequenzentwicklung der Philosophischen Fakultäten in Tübingen und Freiburg deutlich, die vor allem mit der anderen Organisation des sekundären Bildungssektors und der Lehrerbildung in Baden und Württemberg zusammenhing, wie sich weiter unten noch zeigen wird.

Tübingen lag den Studentenzahlen nach bis zu den 1880er Jahren im oberen und obersten Mittelfeld und war zeitweise die fünftgrößte Universität in Deutschland (siehe Tabelle 1, Anhang). Auch Tübingen hatte in den 1870er Jahren einen enormen Aufschwung der Frequenz zu verzeichnen, den es vor allem dem starken Zuwachs „ausländischer“ Studenten verdankte, d.h. den nicht-württembergischen Studenten aus anderen deutschen Einzelstaaten, die nun fortan zwischen 30 bis 40% stellten²⁹. Seit den 1890er Jahren machte sich die reichsweit in diesen Jahren

²⁷ Die erst 1919 eröffnete Universität Köln lag im langjährigen Mittel der Jahre 1830–1940 mit ganz leichtem Vorsprung vor Berlin an erster Stelle in der Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften – sie bildete 13,44% aller Wirtschaftswissenschaftler aus, Berlin 13,36% (Titze, Datenhandbuch, Tabelle 1, 33). Dies erklärt sich vermutlich dadurch, daß sich in diesem Fach nach 1900 eine starke Schwerpunktbildung zeigte, die vor allem den neugegründeten Hochschulen zugute kam.

²⁸ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Peter Lundgreen in diesem Band.

²⁹ Paletschek, Permanente Erfahrung 95–105.

zu verzeichnende Stagnation der Studentenzahlen in Tübingen sehr viel schärfer bemerkbar als andernorts, und die Tübinger Studierendenzahl wuchs unterdurchschnittlich. Um 1910 war die Universität auf den zwölften Rang zurückgefallen. Während sich im Mittel der deutschen Universitäten – und so auch in Berlin – die Frequenz zwischen 1870 und 1914 etwa vervierfachte, hatte sie sich in Tübingen lediglich verzweieinhalfacht. Die Zeitgenossen erklärten das Zurückfallen Tübings mit der seit den 1880er Jahren „scharf zu Tage“ trenden Konzentration der Studenten auf die großen und in Großstädten gelegenen Universitäten. Auch andere Universitäten mittlerer Größe, die wie Tübingen nicht in einer größeren Stadt gelegen und schlecht an das Verkehrsnetz angebunden waren, profitierten weniger vom Studentenboom des Kaiserreichs. Verkehrslage und Attraktivität einer Stadt, so schon Franz Eulenburg 1904, seien entscheidend für den Erfolg einer Universität: „Auch das geistige Leben folgt dem Verkehrsweg“ – und dieses Gesetz habe sich im 19. Jahrhundert mit „noch elementarerer Gewalt“ Bahn gebrochen³⁰.

Erschwerend kam für Tübingen noch hinzu, daß es einen Schwerpunkt in der Theologenausbildung hatte – und gerade dieses Studium mit der fortschreitenden Säkularisierung, Rationalisierung, Bürokratisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft stark rückläufig war. Dagegen profitierten Universitäten, die Mediziner- oder Juristenhochburgen waren, vom zunehmenden Trend zu diesen Berufen, der mit dem steigenden Wohlstand und dem institutionellen Ausbau der Gesellschaft einherging. Da zudem in Württemberg die Lehrerausbildung erst relativ spät gänzlich von der Theologenausbildung getrennt wurde, stiegen in Tübingen auch erst sehr spät die Studierendenzahlen in der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät an. Diese waren in Tübingen bis etwa 1900 unterdurchschnittlich besucht, was den Ausbau und die Ausdifferenzierung dieser Disziplinen in Tübingen nicht unbedingt begünstigte. Erst nach 1900 war in diesen Fächern in Tübingen ein rasanter Anstieg der Studierenden zu verzeichnen. Neben der Theologie hatte Tübingen in der Arbeitsteilung der deutschen Universitäten bis zum Ersten Weltkrieg einen Schwerpunkt in der Nationalökonomie. Jura und Medizin waren, wie es sich auch für eine alleinige Landesuniversität gehörte, gut und entsprechend dem reichsweiten Mittelwert besucht.

Freiburg verzeichnete seit den 1880er Jahren einen einzigartigen Zuwachs an Studenten (siehe Tabelle 1, Anhang). Es wies die höchste Frequenzsteigerung von allen deutschen Universitäten auf, und zwischen 1870 und 1914 vervierzehnfachten sich die Studierendenzahlen, während sie sich reichsweit „nur“ vervierfachten³¹. Freiburg war um 1870 noch eine der kleinsten deutschen Universitäten – nur Kiel und Rostock waren zu diesem Zeitpunkt noch kleiner. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, d. h. innerhalb von drei Jahrzehnten, war Freiburg dann zur fünftgrößten deutschen Universität herangewachsen, hatte Heidelberg überflügelt und ran-

³⁰ Franz Eulenburg, Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart (Leipzig 1904) 272, 264.

³¹ Das prozentuale Wachstum der Freiburger Studentenzahlen im Kaiserreich fällt auch deshalb so hoch aus, weil die Berechnungen die geringe Studentenzahl um 1870 zum Ausgang nehmen.

gierte gleich hinter den Großstadtuniversitäten. „Professor Feldberg“ und „Professor Schauinsland“ holten die Studenten nach Freiburg³². Die Studenten schätzten Freiburg wegen der landschaftlich reizvollen Lage zwischen Schwarzwald, Kaiserstuhl, Markgräfler Land und Rheinebene, wegen der schönen Stadt, dem relativ jungen und modernen Lehrkörper, dem liberalen Charakter der Universität, dem preiswerten Leben und der freundlichen Freiburger Bevölkerung. Freiburg war von norddeutschen und preußischen Studenten über Straßburg, das vielen als zu teuer und unfreundlich galt, entdeckt worden. Daß „noch immer ein verschwindend kleiner Bruchteil der Studenten ... einer Spezialität oder eines berühmten Spezialisten wegen gerade eine bestimmte Universität aufsucht“³³ und „daß auch die bedeutendsten Lehrer und Gelehrten nicht eine solche Steigerung der Zuhörer und in so dauerhafter Weise hervorrufen können“, war den Zeitgenossen klar³⁴.

Freiburg wurde damit seit den 1880er Jahren zu einer begehrten Aufstiegsuniversität, die Professoren zwar nicht von den Großstadtuniversitäten, aber von den kleineren und vielen der mittleren Universitäten wegberufen konnte und so beispielsweise mit Tübingen, Straßburg und Heidelberg einen regen Professorenaustausch unterhielt³⁵. Mit den gesellschaftlichen Veränderungen und dem Frequenzwachstum seit den 1880er Jahren ging in Freiburg eine veränderte Fächerwahl der Studierenden einher, die sich vor allem im dramatischen Bedeutungsverlust der katholischen Theologie abzeichnete. Um 1870 studierten noch 50% der Freiburger Studenten katholische Theologie. Seit den 1880er Jahren schwankte der Anteil der Theologiestudenten zwischen 9–16%, und sie waren damit zur zahlenmäßig kleinsten Fakultät geworden. Die Juristen stellten um 30% der Studenten, die Mediziner zwischen 30–40%, und die Studierenden der Philosophischen Fakultät wuchsen auf ca. 20–30% an³⁶. Freiburg entwickelte sich im Kaiserreich von einer katholischen Theologenuniversität zu einer Medizinerhochburg, und im Gefolge der Medizin wurden auch die Naturwissenschaften zügig ausgebaut.

Exkurs: Neuregelungen des sekundären Bildungswesens und der Lehrerbildung als Voraussetzungen für den Aufstieg der Philosophischen Fakultät

Am Freiburger Beispiel kann gezeigt werden, wie wichtig Lehrerprüfungsordnungen und die Neuordnung des sekundären Bildungswesens für die Universitäten, ihre Frequenzentwicklung, aber auch den Disziplinausbau, die Verwissenschaftlichung und Spezialisierung in den Geisteswissenschaften waren. In Freiburg

³² Fritz Baumgarten, Die deutschen Hochschulen. Freiburg im Breisgau, Bd.I (Berlin 1907) 147.

³³ Die Eröffnung des KG I, in: Kölnische Zeitung Nr. 1175, 16.10.1911.

³⁴ Heinrich Finke, Badische Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., in: Das akademische Deutschland, Bd. 1 (Berlin 1930) 127–136, zit. 134.

³⁵ Siehe dazu Baumgarten, Professoren und Universitäten 210.

³⁶ Zahlen nach Titze, Datenhandbuch, Tabelle 8.1, 186f.

mußten die Studenten bis in die 1830er Jahre hinein das sogenannte Biennium, d. h. ein der Allgemeinbildung dienendes zweijähriges Studium aller Fächer der Philosophischen Fakultät, absolvieren, bevor sie zu einem „Brotstudium“ in den drei höheren Fakultäten zugelassen wurden³⁷. 1836 wurde in Baden nicht nur das Abitur Zugangsvoraussetzung für die Universität, sondern es wurden zudem in einem Erlass die Gelehrtenschulen neu organisiert. Schüler sollten nach Besuch der Oberstufe sofort und ohne das philosophische Propädeutikum zu absolvieren, mit ihren Fachstudien, d. h. Theologie, Jura oder Medizin, beginnen können. Dieser Erlass hatte zur Folge, daß der Universität „mit einem Schlag fast ihre gesamte philosophische Frequenz entzogen“ wurde und viele der philosophischen Kollegen nur noch 5–8 Studenten hatten³⁸. Dies hatte einen verheerenden Frequenzeinbruch der Universität zur Folge. Waren um 1830, also vor dem Erlass, noch ca. 25% der Freiburger Studenten, in absoluten Zahlen etwa 150, in der Philosophischen Fakultät eingeschrieben, so schrieben sich bis zur Mitte der 1870er Jahre im Durchschnitt nur knapp 9% in diesen Fächern ein; das waren maximal 30 bis 50 Studenten pro Semester³⁹. Es dauerte bis Mitte der 1870er Jahre, ehe der dem Wegfall des Propädeutikums geschuldete Frequenzeinbruch wieder aufgeholt war. Ende der 1870er Jahre stellte die Philosophische Fakultät dann schon wieder 20% der Freiburger Studentenklientel. Daß die Philosophische Fakultät nach einer Durststrecke von fast drei Jahrzehnten wieder an ihre ehemals hohen Werte anknüpfen konnte, lag allein daran, daß es durch den steigenden Lehrerbedarf, die Professionalisierung der Lehrerausbildung und deren Loslösung vom Theologiestudium⁴⁰ gelungen war, ihre Studienfächer in ein Berufsstudium, das des Lehrers, münden zu lassen. 1837 wurde in Baden eine erste provisorische Prüfungsordnung für Lehrer an Gelehrtenschulen erlassen, die den Zugang von Theologen zum Lehramt einschränkte und von allen Kandidaten eine Staatsprüfung verlangte⁴¹. Doch konnten nach dieser ersten Lehrerprüfungsordnung von 1837 noch kurserisch alle Gegenstände der Philosophischen Fakultät abgeprüft werden, d. h. Philologie, Geschichte, Mathematik, Naturgeschichte, Physik, Logik und Metaphysik

³⁷ Das Abitur als Abschlußprüfung wurde zwischen den 1820er und 1830er Jahren in den deutschen Staaten – in Baden 1836 – zur Zugangsvoraussetzung für die Universität. *Titze*, Datenhandbuch 18; *ders.*, Der Strukturbruch in der höheren Bildung im 19. Jahrhundert, in: *Rainer Schwinges*, *Artisten und Philosophen. Wissenschafts- und Wirkungsgeschichte einer Fakultät vom 13. bis zum 19. Jahrhundert* (Basel 1999) 351–374, 357.

³⁸ *Hermann Mayer*, Geschichte der Universität Freiburg in Baden in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Teil III: 1830–1852 (Bonn 1894) 38.

³⁹ Tiefstwerte wurden z. B. im WS 1841/42 mit nur 2,2% der Studenten (bei der niedrigen Gesamtstudentenzahl von 273 waren das lediglich ca. 6 Studenten) erreicht.

⁴⁰ Nach der Einführung des Staatsexamens für die Lehrer an höheren Schulen – so beispielsweise 1810 in Preußen – setzt sich allmählich ein eigenständiger Lehrerbildungsgang durch. Doch erst in den 1860er Jahren hatte sich die Lehrerbildung tatsächlich von der Theologenausbildung abgekoppelt, wobei in einigen deutschen Staaten (z. B. Württemberg) noch teilweise bis zur Jahrhundertwende das Theologiestudium den Weg in die Gymnasiallehrerlaufbahn ermöglichte. Zur Lehrerausbildung siehe auch *Titze*, Datenhandbuch 23.

⁴¹ Großherzogliches Badisches Staats- und Regierungs-Blatt, N. VIII, 20.3.1837.

sowie Pädagogik. Theoretisch konnten zwar Schwerpunkte gesetzt werden, doch wegen des großen Anteils, den die klassische Philologie im Schulunterricht einnahm, wurde vor einer Spezialisierung in einem anderen Fach gewarnt. Noch um 1870 wurde ein Studium an der Philosophischen Fakultät, in dem nicht ein eindeutiger Schwerpunkt auf die klassische Philologie, sondern auf neuere Sprachen oder auch auf Geschichte oder Naturwissenschaften gelegt wurde, als etwas völlig Neuartiges empfunden⁴². Erst die amtliche badische Lehrerprüfungsordnung von 1867 gab längerfristige Impulse für die Ausdifferenzierung und den Ausbau der Geisteswissenschaften in der Philosophischen Fakultät, da nun neben der Hauptprüfung in klassischer Philologie ein ergänzendes Fächexamen in einem anderen Fach, also z. B. in Geschichte oder deutscher Sprache, abgelegt werden konnte⁴³. Außerdem verlangte die Prüfungsordnung nun die aktive Teilnahme an zwei philologischen Übungen oder einer historischen Seminarveranstaltung, was die Einrichtung von Seminaren und damit eine stärker an Forschung orientierte Lehre an den Universitäten begünstigte.

Diese neuen Bestimmungen fruchten nicht gleich: Fünf Jahre nach diesem Erlass herrschte immer noch die einseitige Betonung der klassischen Sprachen vor, und es war, wie der Freiburger Neuphilologe Ernst Martin 1872 beklagte, erst „etwa ein halbes Dutzend Mal“ das deutsche Fächexamen absolviert worden⁴⁴. Wie Uwe Meves am Beispiel der preußischen Verhältnisse zeigen konnte, gab es in Preußen zwar seit 1862 die Verordnung, daß im Staatsexamen die Kenntnisse in der Geschichte der deutschen Sprache abgeprüft werden sollten⁴⁵. Doch wurde diese Vorgabe lange nicht umgesetzt, weil kein Neuphilologe in der Prüfungskommission saß, sondern lediglich Altpphilologen oder Philosophen, die jedoch diese Kenntnisse nicht abfragten. Da die Studenten dies wußten, beschäftigten sie sich nicht damit, und nur ganz wenige wählten Deutsch als Hauptfach. Hier wird noch einmal deutlich, warum zunächst sehr prosaisch und nebensächlich anmutende Faktoren wie Lehrerprüfungsordnungen und die Besetzung von Prüfungskommissionen für den Prozeß der Ausdifferenzierung und Verwissenschaftlichung von Disziplinen – und damit letztlich auch für die Entstehung der Forschungsuniversität – wichtig waren. Der Trend zur fachlichen Spezialisierung setzte sich in den badischen Lehrerprüfungsordnungen von 1889 und 1903 fort⁴⁶. Die Verände-

⁴² Hans Helmut Christmann, Romanistik und Anglistik an der deutschen Universität im 19. Jahrhundert: ihre Herausbildung als Fächer und ihr Verhältnis zur Germanistik und zur klassischen Philologie (Stuttgart 1985) 23.

⁴³ Großherzogliches badisches Regierungsblatt, Nr. V, 19.1.1867.

⁴⁴ Ernst Martin, Das historische Studium der neueren Sprachen und seine Bedeutung für den Schulunterricht zunächst für Baden (Freiburg 1872) 23.

⁴⁵ Uwe Meves, Zum Institutionalisierungsprozeß der Deutschen Philologie: Die Periode der Lehrstuhlerrichtungen (von ca. 1810 bis zum Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts), in: Jürgen Fohrmann, Wilhelm Vosskamp (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte der Germanistik im 19. Jahrhundert (Weimar 1994) 115–202.

⁴⁶ Vgl. dazu ausführlicher Sylvia Paetschek, Geisteswissenschaften in Freiburg im 19. Jahrhundert: Expansion, Verwissenschaftlichung und Ausdifferenzierung der Disziplinen, in: Bernd Mar-

rungen in Prüfungsordnung und -praxis nach der Jahrhundertwende ermöglichten sukzessive eine stärkere Spezialisierung und eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung der angehenden Lehramtskandidaten. Die Zahl derjenigen, die eine wissenschaftliche Karriere anstrebten, die promovierten und schließlich habilitierten, erhöhte sich, und dies trieb wiederum die Wissensproduktion und die Spezialisierung weiter voran.

Diese Ausführungen zur Frequenzentwicklung der drei Universitäten zeigen, daß die Höhe der Studentenzahl und damit die Qualität einer Universität sehr stark abhängig war von äußereren, strukturellen Faktoren wie der Verkehrsentwicklung oder der sich mit dem „Zeitgeist“ wandelnden Attraktivität der Stadt und Umgebung. Ferner waren der Einzugsbereich der Universität, ihr Fächerprofil, der Bildungsausbau des jeweiligen Einzelstaates und anderes mehr entscheidend. Berlin und Freiburg konnten sich hier gegen Ende des 19. Jahrhunderts eindeutig Standortvorteile verschaffen gegenüber anderen deutschen Universitäten wie etwa Tübingen, die vom Frequenzaufschwung nicht so profitierten, was Einbußen im Anwerben bekannter Professoren nach sich zog. War man vor 1900 noch von Freiburg nach Tübingen gegangen, so hatte sich, wie der Historiker Georg von Below festhielt, die Marschrichtung innerhalb weniger Jahre umgekehrt, und Freiburg konnte nun Professoren von Tübingen, Heidelberg und Straßburg wegberufen⁴⁷.

Ausdifferenzierung der Disziplinen in der Philosophischen Fakultät

Die Entstehung und Institutionalisierung neuer Disziplinen an der Universität war ein höchst komplexer, sich über viele Jahrzehnte hinziehender Prozeß. Ideal-typisch kristallisierten sich hierbei verschiedene Etappen heraus⁴⁸: Das Frühstadium der Spezialisierung und Disziplinbildung begann zunächst mit der Gründung von Fachzeitschriften, die ein Austauschforum für die meist autodidaktisch gebildeten oder aus anderen Disziplinen kommenden Gelehrten darstellten. Die Institutionalisierung an der Universität begann meist mit der Habilitation eines Privatdozenten für das neue Fach, das dieser dann als nicht vom Staat alimentierter, lediglich das Kolleggeld der Studenten erhaltender Fachvertreter repräsentierte. Nächster Schritt war die Errichtung eines besoldeten planmäßigen Extraor-

⁴⁵ *tin* (Hrsg.), Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts (= 550 Jahre Albert-Ludwigs Universität Freiburg. Festschrift Bd. 3, Freiburg 2007) 44–71.

⁴⁷ Georg von Below, Selbstdarstellung, in: Sigfried Steinberg (Hrsg.), Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen (Leipzig 1925) 37.

⁴⁸ Frank R. Pfetsch, Die Institutionalisierung medizinischer Fachgebiete im deutschen Wissenschaftssystem, in: ders., Avraham Zloczover, Innovation und Widerstände in der Wissenschaft (Düsseldorf 1973) 9–90; zu den Konflikten und Widerständen gegen die Errichtung neuer Lehrstühle am Beispiel der Universität Heidelberg siehe Reinhard Riese, Die Hochschule auf dem Weg zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschulwesen 1860–1914 (Stuttgart 1977) 97–152, 193–241.

dinariats, das nach einigen Jahren zum Ordinariat umgewandelt wurde. Das Ordinariat war lediglich Ausdruck der Festschreibung einer bereits akzeptierten Spezialisierung. Flankiert und befördert wurde der Disziplinbildungsprozeß durch die Gründung von Fachgesellschaften, wichtig war ferner die Aufnahme des neuen Faches in Prüfungsordnungen. Die Seminar- oder Institutsgründung stellte eine weitere entscheidende Station in der Verwissenschaftlichung dar, da nun über dialogischen Seminarunterricht oder Versuche im Labor die Studierenden direkt an die Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse herangeführt werden konnten.

Den Ausbau und die Ausdifferenzierung der wissenschaftlichen Disziplinen im 19. Jahrhundert führte keine einzelne Universität und auch nicht Berlin an. Wie Marita Baumgarten gezeigt hat, teilten sich die großen und mittelgroßen, meist preußischen Universitäten in Berlin, Bonn, Halle, Breslau, ferner Göttingen, Tübingen und die 1872 gegründete Reichsuniversität Straßburg diese Vorreiterrolle⁴⁹. Meist, aber nicht immer, führten preußische Universitäten – seien es kleine, mittlere oder große – diesen Prozeß der Lehrstuhlneugründung an. Preußen konnte in der zweiten Jahrhunderthälfte beim Fächerausbau durch die große Zahl seiner Universitäten leichter Schwerpunkte setzen als andere deutsche Einzelstaaten. Territoriale Zugehörigkeit und Studentenfrequenz wirkten dabei zusammen, d.h. eine hohe Studentenfrequenz beförderte auch den Ausbau der Disziplinen.

Bislang fehlt leider eine systematische Aufstellung der Gründungsdaten der Professuren für die einzelnen Universitäten und Disziplinen. Dabei müßte nicht nur das erste Ordinariat in einer Disziplin – wie etwa Marita Baumgarten dies getan hat –, sondern ebenso das erste etatisierte Extraordinariat aufgeführt werden, denn mit diesem begann in der Regel die Institutionalisierung und der auf Dauer gestellte Ausbau eines Faches. Es liegen bisher auch nur vereinzelt für einige Universitäten oder Disziplinen fundierte Quellen- und Archivstudien zu diesem Ausbauprozeß vor. Häufig werden die Gründungsdaten aus Vorlesungsverzeichnissen oder der biographischen Literatur zusammengestellt⁵⁰. Über die Gründe für den Ausbau eines Faches können daher, was meist aber nicht kenntlich gemacht wird, eigentlich nur Mutmaßungen angestellt werden.

Folgt man den Angaben der Universität gegenüber dem Ministerium und dem Landtag, die ja die Mittel für die neue Stelle in den Universitätshaushalt einstellen mußten, so waren die entscheidenden Argumente für den Ausbau folgende: Die Spezialisierung und die Kenntnisse in einem Fache seien so weit fortgeschritten, daß es unmöglich noch von einem Vertreter abgedeckt werden könne; an allen oder fast allen anderen deutschen Universitäten sei diese Disziplin vertreten; das Fach sei Bestandteil der Staatsexamensprüfungen (für Lehrer oder Mediziner), da-

⁴⁹ Baumgarten, Professoren und Universitäten 58.

⁵⁰ Dies gilt teilweise auch für Marita Baumgartens äußerst verdienstvolle Untersuchung der Lehrstuhlentwicklung an deutschen Universitäten, die sich auf die Beispiele Gießen, Kiel, Heidelberg, Göttingen, München und Berlin konzentriert und auf der Basis von publizierten Quellen entstanden ist.

her müsse es angeboten werden⁵¹. Dabei ist es für die einzelnen Fächer interessant zu prüfen, von wem die Initiative ausging – von der Fakultät und einzelnen Professoren, vom Ministerium oder von gesellschaftlichen Gruppen. Keineswegs waren die Lehrstuhlgründungen ein automatischer Ausfluß des sich im 19. Jahrhundert durchsetzenden Forschungs imperativs, denn häufig ging die Initiative für die Institutionalisierung eines neuen Faches vom Ministerium oder von der Gesellschaft aus, nicht von der jeweiligen Fakultät. Meist waren es nur einige wenige, innovative Professoren, die in Zusammenarbeit mit Ministerien oder gesellschaftlichen Gruppen die Einrichtung neuer Disziplinen vorantrieben.

Was zeigt sich an Besonderheiten im Ausbauprozeß der Disziplinen, wenn man Berlin, Freiburg und Tübingen vergleicht? Der Expansions- und Spezialisierungsprozeß der Wissenschaften im 19. Jahrhundert betraf vornehmlich die Disziplinen der Philosophischen und der Medizinischen Fakultät, Jura und Theologie wurden dagegen erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ausgebaut. Aus arbeitsökonomischen Gründen soll hier stellvertretend der Ausdifferenzierungsprozeß am Beispiel der philosophisch-philologisch-historischen Disziplinen der Philosophischen Fakultät verfolgt werden.

Für Berlin kann festgehalten werden, daß es von Anfang an in den Altertumswissenschaften – vor allem in der klassischen Philologie und der Archäologie – auffallend gut ausgestattet war⁵². Dies hängt vermutlich mit der zur Zeit der Universitätsgründung bereits fortgeschrittenen Verwissenschaftlichung in der klassischen Philologie und dem Einfluß des Neuhumanismus zusammen; ferner aber sicher auch mit der engen Verbindung der Berliner Universität mit der Akademie der Wissenschaften, die einen Schwerpunkt in den Altertumswissenschaften hatte, sowie mit den Bedürfnissen der preußischen Gymnasiallehrerbildung. Das humanistische Gymnasium favorisierte in der Stundenzahl bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein die klassische Philologie. Die frühe Professionalisierung der preußischen Gymnasiallehrerbildung könnte sich auch zu Gunsten der Präferenz der Altertumswissenschaften an der preußischen Universitätsneugründung in Berlin ausgewirkt haben. Ferner scheint der Ausbau der Geschichtswissenschaft – hier sicher auch aus politischen Gründen – in Berlin besonders gefördert worden zu sein, wobei hier wieder der starke Schwerpunkt in der Alten Geschichte auffällig ist.

Wie die anderen Großuniversitäten stach Berlin weniger in der sogenannten Grundausstattung hervor. Es übernahm keine Vorreiterrolle in der Erstgründung bzw. frühen Ausdifferenzierung von Professuren für Altphilologie, Geschichte,

⁵¹ Paletschek, Permanente Erfindung 345–369, bes. 357.

⁵² Es liegt mir leider keine systematische Aufstellung der Berliner Lehrstuhlgründungen vor. Aus der Auflistung in Baumgarten, Universitäten und Professoren 277ff., Tabelle 3, geht nicht die genaue Denomination der Professuren hervor, auch ist die Laufzeit nicht ganz klar, auch nicht, ob es sich um Extraordinariate oder Ordinariate handelt (vermutlich nur Ordinariate). Eine solche Auflistung sollte auch aus Archivmaterial, nicht lediglich aus Vorlesungsverzeichnissen oder biographischen Handbüchern zusammengestellt werden, da hier oft fehlerhafte oder zweifelhafte Angaben vorliegen.

Neuere Philologie, d.h. Germanistik, Romanistik, Anglistik, sowie Archäologie oder Kunstgeschichte, die um 1900 zum Kanon geisteswissenschaftlicher Fächer an allen Universitäten gehörten⁵³. Auch lag Berlin, blickt man auf die Gründungsdaten der Seminare und Institute, denen eine entscheidende Funktion in der Verbindung von Forschung und Lehre an der Universität zukam, eher im Mittelfeld oder war teilweise sogar unter den letzten Universitäten, die ein Seminar institutionalisierten⁵⁴. Sowohl Tübingen als auch das lange Zeit ja sehr kleine Freiburg gründeten, sieht man vom Seminar für klassische Philologie ab, bereits in den späten 1860er bzw. in den 1870er Jahren und damit etwa 10 bis 15 Jahre früher als Berlin, Seminare für Geschichte, für neuere Philologien oder die Staatswissenschaften.

Es war dagegen vor allem die Institutionalisierung von sogenannten „Orchideenfächern“ oder „kleinen Fächern“, in denen Berlin, ähnlich wie auch München und Leipzig, dann vor allem in den Jahren nach 1900 innovativ war: Dies galt etwa für die Assyriologie (1899), die Keltologie (1901), die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (1902), die Musikwissenschaft (1904), die Osteuropäische Geschichte (1906) oder die Sinologie (1912)⁵⁵. Diese Fächer zogen zwar nicht viele Studierende an, brachten aber Prestige und waren zudem verhältnismäßig billig. Einige dieser Erstgründungen – so die Lehrstühle für Slavistik, für osteuropäische Geschichte oder auch des Seminars für orientalische Sprachen – waren politisch motiviert und sollten der Ausbildung von Beamten des Auswärtigen Amtes dienen oder die Kolonialbewegung unterstützen. Der Ausbau bestimmter „Orchideenfächer“ erklärt sich also teilweise auch durch die örtlich bedingte enge Verbindung zwischen Universität und Politik in Berlin.

Tübingen und Freiburg waren im Vergleich mit Berlin nicht besonders gut mit Professuren in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen ausgestattet, was an der lange Zeit kleinen Frequenzzahl der jeweiligen Philosophischen Fakultät und der württembergischen bzw. badischen Lehrerprüfungsordnung lag. Paradoxe Weise übernahm Tübingen aber in der ersten Jahrhunderthälfte eine Vorreiterrolle in der Institutionalisierung der Neuphilologie. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts wurde eine Professur für neuere Philologie und 1811 der erste germanistische Lehrstuhl an einer deutschen Universität gegründet. Einer Anregung von Shakespeare Gesellschaft und Ministerium folgend, entstand 1867 in Tübingen das erste neuphil-

⁵³ Zur Ausdifferenzierung der Geisteswissenschaften in Berlin vgl. *Baumgarten*, Universitäten und Professoren 44–49, zur Grundausstattung im Vergleich, ebd. 55–59, bes. 59.

⁵⁴ Siehe die sehr nützliche Tabelle in *Bernhard vom Brocke*, Die Entstehung der deutschen Forschungsuniversitäten, in: *Rainer C. Schwinges*, Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert (Basel 2001) 367–402, Tabelle 376. Berlin erhielt relativ spät ein Historisches Seminar (1885); hinsichtlich des Zeitpunkts der Seminagründungen in den neueren Philologien (1877/1887) bzw. in der Staatswissenschaft (1886) lag es im unteren Mittelfeld.

⁵⁵ Sehr früh waren in Berlin 1846 die Ägyptologie sowie 1874 die Slawistik (zweite Lehrstuhlgründung nach Breslau) eingerichtet worden. Zu den „Orchideenfächern“, *Baumgarten*, Universitäten und Professoren 60.

logische Seminar in Deutschland. Tübingen bot Mitte des 19. Jahrhunderts die besten Studienmöglichkeiten für die Neuphilologien, fiel dann aber in der Entwicklung zurück. Die württembergische Landesuniversität erhielt relativ spät und erst 1903 eigenständige Professuren für Romanistik und Anglistik, wogegen sich in Berlin die Neuphilologie bereits Mitte der 1870er Jahre und in Freiburg zu Beginn der 1880er Jahre ausdifferenziert hatte. Die enzyklopädischen Anforderungen in der württembergischen Lehrerprüfungsordnung standen der Spezialisierung der Neuphilologie entgegen. Der Ausdifferenzierungsprozeß wurde zudem durch die Finanzknappheit des württembergischen Staates in den 1890er Jahren und eine Professorengruppe innerhalb der Philosophischen Fakultät behindert. Angeführt vom Philosophen Sigwart und den Alphilologien sprach sie sich, auch wegen des befürchteten Machtverlustes der eigenen Fächer, gegen den „Verwitterungsprozeß“ der zunehmenden Zersplitterung und Spezialisierung der Disziplinen aus⁵⁶.

In Freiburg setzte zwischen den 1860er Jahren und der Jahrhundertwende ein rasanter Ausbau der geisteswissenschaftlichen Disziplinen der Philosophischen Fakultät ein, der vor allem den Neuphilologien und der Geschichte zugute kam. Motiviert war diese Ausdifferenzierung der Geisteswissenschaften in der Philosophischen Fakultät durch die Zunahme an spezialisiertem Wissen, den Bedarf der Lehrerbildung, die steigenden Studentenzahlen und nicht zuletzt, dies galt vor allem für den Ausbau der Geschichtswissenschaft, durch politische Interessen und konfessionspolitische Auseinandersetzungen.

In Freiburg wurde erst auf Betreiben des Ministeriums und ohne Rücksprache mit der Fakultät 1863 die erste neuphilologische Professur, ein planmäßiges Extraordinariat für deutsche Sprache und Literatur mit der zusätzlichen Verpflichtung auf Lehraufträge in der romanischen und englischen Sprache, eingerichtet. Zuvor hatten Lektoren oder Professoren der Geschichte und klassischen Philologie neuphilologische und literaturwissenschaftliche Vorlesungen gehalten. Daß die Professur für Neuphilologie so spät eingerichtet wurde, lag daran, daß in Freiburg bis zu den 1870er Jahren das geringe Studentenklientel in der Philosophischen Fakultät eine Professur nicht notwendig erscheinen ließ. Bei einer 1857 erfolgten Bedarfsplanung forderte die Philosophische Fakultät die Einrichtung einer Professur für Land- und Forstwirtschaft oder Technologievorlesungen; eine Vertretung der neueren oder deutschen Philologie wurde gar nicht erwähnt⁵⁷. Die Einrichtung der ersten Professur für neuere Sprachen geht auf den Druck der Schule und den Bedarf der Lehrerausbildung zurück. Eine Rolle spielte ferner, daß es mittlerweile zur Grundausstattung auch der kleineren deutschen Universitäten gehörte, eine Professur für Neuphilologie zu haben, da sich hier über Privatdozenten, Fachzeitschriften und die Errichtung von Fachprofessuren eine neue wissenschaftliche

⁵⁶ Paletschek, Permanente Erfindung 355.

⁵⁷ Ursula Burkhardt, Germanistik in Südwestdeutschland. Die Geschichte einer Wissenschaft des 19. Jahrhunderts an den Universitäten Tübingen, Heidelberg und Freiburg (Tübingen 1976) 46; im folgenden zitiert: Burkhardt, Germanistik.

Disziplin ausgebildet hatte. Seit den 1880er Jahren erfolgte in Freiburg dann relativ rasch – etwa zeitgleich mit Berlin – die weitere Ausdifferenzierung der Neuphilologie und die Einrichtung von Professuren für Romanistik und Anglistik, wobei bereits 1872 – und damit noch vor Berlin – ein Seminar für neuere Sprachen eingerichtet worden war.

Nicht nur Verwissenschaftlichung, Lehrerbedarf und steigende Studentenzahlen, sondern auch die nationalpolitische Indienstnahme von Geisteswissenschaften sowie konfessionspolitische Auseinandersetzungen beförderten deren Expansion – dies zeigt sich am Beispiel der Geschichtswissenschaft in Freiburg. Es waren nationalpolitische Gründe und Überlegungen hinsichtlich der Universitätsfrequenz, die die Einrichtung einer zweiten Geschichtsprofessur durch das Ministerium Ende der 1860er Jahre bedingten. Geschichte sei, so hieß es in der ministeriellen Begründung, „vorzugsweise diejenige Wissenschaft, welche ein großes Publikum um sich zu scharen geeignet ist“⁵⁸. Mit der Einrichtung dieser zweiten Geschichtsprofessur ging eine Ausdifferenzierung in mittlere und neuere Geschichte einher, und es zeigte sich die auch andernorts gängige Arbeitsteilung, die „dem Neuhistoriker die politische Erziehung und die Rolle des patriotischen Rhetors zuwies, den Lehrer der mittelalterlichen Geschichte aber auf die Aufgabe beschränkte, im engeren Kreis des Seminars die Kenntnisse des kritischen Handwerkszeugs zu vermitteln“⁵⁹. Auch die Errichtung einer späteren, nun vierten Geschichtsprofessur 1892 war politisch motiviert und resultierte aus konfessionellen Konflikten und langfristigen Auswirkungen des Kulturkampfes. Die Katholisch-Theologische Fakultät hatte bereits seit den 1840er Jahren ein massives Interesse an den Lehrstuhlbesetzungen in Geschichte gezeigt. Sie war der Meinung, daß „keine Wissenschaft außer der Theologie mehr confessionelle Färbung notwendig annimmt als die Geschichte“. Der Historiker in Freiburg sollte daher katholischer Konfession sein, denn katholische Theologiestudenten müßten im Grundstudium Geschichtsvorlesungen besuchen, und im zu zwei Dritteln katholischen Baden sei auch der Großteil der badischen Studierenden der anderen Fächer katholisch. Die Philosophische Fakultät sprach sich vehement gegen diese Forderung aus, und es kam zwischen den 1850er und 1890er Jahren ständig zu Konflikten, wenn Geschichtsberufungen anstanden. Das Ministerium wollte hier zwar vermitteln, war letztlich aber selbst an der Berufung nationalpolitisch gesinnter Historiker interessiert, die konform gingen mit den nationalen, preußisch-kleindeutschen Sympathien des badischen Herrscherhauses. Verschärft wurde der Konflikt durch den Umstand, daß mit dem exponentiellen Frequenzwachstum und dem Aufstieg Freiburgs der Lehrkörper der Albertina-Ludovica zunehmend protestantisch wurde, so daß in den 1890er Jahren – unter Ausklammerung der Theologischen

⁵⁸ Hans-Günther Zmarzlik, Die Geschichtswissenschaft an der Universität Freiburg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Clemens Bauer, Ernst Walter Zeeden, Hans-Günther Zmarzlik (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Freiburger Philosophischen Fakultät (Freiburg 1957) 165.

⁵⁹ Ebd. 172.

Fakultät – sieben von acht Dozenten protestantisch waren⁶⁰. Als 1892 der konfessionspolitische Konflikt um die Besetzung der freigewordenen Professur für neuere Geschichte erneut aufflammte, wurde auf Initiative des Ministeriums 1892 ein vierter Geschichtslehrstuhl errichtet. Dieser sollte fortan, so die informelle Absprache, mit einem Historiker katholischer Konfession zu besetzen sein und in seiner Denomination auf badische Landesgeschichte und historische Hilfswissenschaften lauten.

Im 19. Jahrhundert wurden, dies gilt für die Universitäten in der Metropole wie in der Provinz, zunächst die „Schulwissenschaften“ und die dem nationalen und bürgerlichen Selbstverständnis dienenden geisteswissenschaftlichen Disziplinen, d. h. Altphilologie, Geschichte und Neuphilologie, ausgebaut. Es war gerade das Ineinandergreifen von Forschungs- und Lehrfreiheit, neuem Wissenschaftsverständnis und gesellschaftlichen Verwertungsinteressen, das die Basis für die Dynamik, den Aufstieg und weiteren Ausbau der Geisteswissenschaften lieferte. Hier war nicht eine Universität oder ein deutscher Einzelstaat Taktgeber, sondern das föderale deutsche Universitätssystem. Das Zusammenspiel und der Austausch zwischen kleinen, mittleren und großen Universitäten förderten Innovationen.

Berliner Besonderheiten vor 1914

Provinzuniversitäten im engeren Sinne, jetzt nicht verstanden als Universitäten, die in kleinen, eher abgelegenen Städten lagen, sondern als Universitäten mit einem beschränkten, provinziellen Horizont, existierten im deutschen Universitätssystem in den Jahrzehnten um 1900 nicht mehr. Zwar gab es sehr kleine Universitäten wie Greifswald, Kiel, Gießen oder Rostock, doch diese leisteten im Austausch des deutschen Universitätssystems und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Beachtliches. Das deutsche Universitätssystem war um 1900 deshalb so erfolgreich, weil sich der Austausch zwischen kleinen, mittleren und großen Universitäten und die Konkurrenz der deutschen Einzelstaaten im föderal organisierten tertiären Bildungssektor als äußerst fruchtbar erwiesen. Beides schuf Nischen für die Erprobung neuer Ansätze. Die Möglichkeit des Universitätswechsels von Professoren wie Studenten sorgte dafür, daß kein Einzelstaat in der finanziellen Ausstattung seiner Universitäten zurückbleiben konnte. Es war nicht die Strahlkraft der großen deutschen Universitäten Berlin, München, Leipzig, die die Struktur der deutschen Universität oder des deutschen Universitätssystems prägten. Es kann nicht von der eindeutigen Dominanz oder besonderen Innovationskraft Berlins ausgegangen werden. Damit soll keineswegs bestritten werden, daß ein Ordinariat in Berlin mit einem besonders hohen Renommee ausgestattet war. Berlin zählte zahlreiche herausragende Gelehrte zu seinen Professoren und die Vielzahl der dort vertretenen Disziplinen, gerade in den „kleinen“ Orchideenfächern, machte die Anziehungskraft, den Reichtum und die Besonderheit Berlins aus.

⁶⁰ Fenske, Existenzsorgen, Konflikte, Aufstieg 37.

Die Friedrich-Wilhelm Universität in Berlin war kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs die größte deutsche Universität. Sie konnte renommierte Gelehrte von den anderen beiden großen Universitäten und von den mittleren Universitäten berufen, doch kann nicht pauschal festgestellt werden, daß in Berlin stets die Besten der Besten berufen wurden oder daß Berlin „der“ Kristallisierungspunkt der deutschen Wissenschaftselite des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war. Auch kamen nicht alle, an die der Berliner Ruf erging, sondern manche Professoren zogen teilweise die ruhigeren Arbeits- und Lebensbedingungen – so etwa an der „Arbeitsuniversität“ Tübingen oder an der „Freizeituniversität“ Freiburg – vor. So hatten zwischen 1870 und 1930 immerhin neun Tübinger Professoren den Ruf nach Berlin abgelehnt, nach Leipzig waren es sechs, nach München fünf⁶¹. Der Tübinger Jurist Max Rümelin lehnte um 1900 Rufe nach Berlin und Leipzig ab, da er in Tübingen gute Arbeitsbedingungen hatte und sich zudem als gebürtiger Württemberger dem württembergischen Staat wie der Landesuniversität verpflichtet fühlte. Bei der Rufannahme oder -ablehnung spielten also nicht nur die Größe und Qualität der Universität, sondern auch der landschaftliche Reiz der Umgebung, Prioritäten der Familie oder landsmannschaftliche Herkunft eine Rolle. Solche lebensweltlichen Gründe, die Chance, vor einem großen Auditorium zu lesen, viele Studenten zu beeinflussen sowie die Aussicht auf ein höheres Einkommen durch die Kolleggelder waren dann oft der Grund, den Ruf an eine in einer großen Stadt gelegene Universität anzunehmen. Da Berlin auf die Ordinariate in der Regel vom Ordinariatsrang aus berief, kamen nicht so sehr die noch jüngeren, innovativen Kräfte, sondern eher die „Besten der Bewährten“ zum Zuge. Und nicht wenige spätere Berliner Professoren hatten mehrere Jahre an Universitäten, die aus preußischer Perspektive in der „Provinz“ lagen, gelehrt und geforscht, so etwa die Historiker Julius Weizsäcker und Dietrich Schäfer in Tübingen, Friedrich Meinecke oder der Anthropologe Eugen Fischer in Freiburg.

Max Lenz kommt in seiner anlässlich der ersten Jahrhundertfeier verfaßten Universitätsgeschichte zum Schluß, daß es Preußen nicht gelang, sich mit der Berliner Neugründung eindeutig an die Spitze der deutschen Universitätslandschaft zu setzen: „Die Hoffnung der Vorfahren, Berlins Universität über ihre Schwestern zu erheben, sind für immer begraben: sie wird sich mit dem Ruhme begnügen müssen, unter gleichen die erste zu sein.“⁶² Berlin war „primus inter pares“ unter den deutschen Universitäten, aber kein Vorbildmodell oder das herausragende, die Wissenschaftsentwicklung bestimmende Zentrum des deutschen Universitätslebens.

Was Berlin aber jenseits der Größe und der attraktiven Großstadt so reizvoll und besonders machte und von München oder Leipzig und natürlich ganz beson-

⁶¹ Paletschek, Permanente Erfindung 339. Es konnte auch der sehr seltene Fall eintreten, daß Tübingen – dies galt nur für die evangelische Theologie – Ordinarien der großen Universitäten berufen konnte. So nahm der evangelische Theologe Adolf Schlatter, der zuvor Berliner Ordinarius war, sich dort aber als Schweizer nicht wohl fühlte, 1898 einen Ruf nach Tübingen an.

⁶² Lenz, Geschichte Universität Berlin, Bd. 2 385.

ders den „Provinzuniversitäten“ abhob, war 1. die Nähe zur Politik, 2. der Verbund mit außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen sowie 3. die Tatsache, daß es im Rahmen der Hochschulpolitik des größten und hegemonialen deutschen Einzelstaats besonders gut gefördert und ausgestattet wurde. Dies waren die Pfunde, mit denen Berlin wuchern konnte. Hinzu kam 4., daß in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende mit den beiden über Berlin und Preußen hinaus an Bedeutung als Wissenschaftsmanager gewinnenden Professoren Theodor Mommsen und Adolf Harnack und dem zeitgleich amtierenden innovativen preußischen Ministerialbeamten Friedrich Althoff eine für die weitere Wissenschaftsförderung und -organisation außerordentlich glückliche Personalkonstellation gegeben war, die letztlich auch der Berliner Universität zugute kam.

Theodor Mommsen und Adolf Harnack stehen beide nicht für die universitäre, sondern die außeruniversitäre Wissenschaftsförderung; sie belegen beide die enge Verflechtung zwischen Akademie und Universität⁶³. Ähnlich wie bereits in der Gründungszeit Professoren von anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und der Akademie als außerordentliche Lehrkräfte für die Altertumswissenschaften an der Universität herangezogen wurden⁶⁴, war Theodor Mommsen seit 1858 zunächst an der Berliner Akademie der Wissenschaften beschäftigt. Nachdem er einen Ruf nach Bonn erhalten hatte, wurde ihm 1861, um ihn in Berlin zu halten, eine ordentliche Professur für römische Altertumskunde an der Universität verliehen⁶⁵. Mommsen hielt die Organisation der Universitäten für die Durchführung größerer Forschungsprojekte, sowohl was die interdisziplinäre Zusammenarbeit wie die Belastung durch Lehre und Selbstverwaltung anging, für überholt. Er sah die Akademien als zentrale Institutionen des Wissenschaftsbetriebs und konzentrierte sich auf die Einrichtung von Großprojekten kleinteiliger, systematischer Forschung in interdisziplinärem, nationalem wie internationalem Zuschnitt. Mommsen initiierte großangelegte Editionen antiker Quellen, sogenannte „Archivе der Vergangenheit“, die er über die Akademie, über staatliche wie private Gelder finanzierte.

Mommsen förderte die Berufung des erst nach seinem Abgang von der Universität 1888 nach Berlin berufenen Theologen und Kirchenhistorikers Adolf von Harnack in die Akademie der Wissenschaften, in die dieser 1890 aufgenommen wurde. Noch mehr als Mommsen gelang es Harnack, unterstützt durch seine Auf-

⁶³ Zu Mommsen und Harnack siehe Stefan Rebenich, Theodor Mommsen und Adolf Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts (Berlin 1997); im folgenden zitiert: Rebenich, Mommsen und Harnack. Bernhard vom Brocke, Im Großbetrieb der Wissenschaft. Adolf von Harnack als Wissenschaftsorganisator und Wissenschaftspolitiker – zwischen Preußischer Akademie und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 45, 2001) 61–144.

⁶⁴ In der Philosophischen Fakultät zählten 1810 neben den vier regulären Professuren für Philosophie, Altertumswissenschaften, Alphilologie und Geschichte zwei weitere Professoren von Berliner wissenschaftlichen Einrichtungen zu den Lehrkräften (Alois Hirt für Kunst und Archäologie, Akademieprofessor Ludwig Friedrich Heindorf für Alphilologie); Baumgarten, Universitäten und Professoren 45.

⁶⁵ Rebenich, Mommsen und Harnack 33f.

gabe der Vorbereitung des Akademiejubiläums 1900, gute Beziehungen zur preußischen Politik, zum Ministerium wie zum Kaiser aufzubauen. Mommsen und Harnack pflegten enge Verbindungen zu Friedrich Althoff und waren einflußreiche Ratgeber in der preußischen Hochschulpolitik. Der unter der Ägide des von 1882 bis 1907 amtierenden, äußerst wirkmächtigen Ministerialdirigenten Friedrich Althoff erfolgte Ausbau des preußischen Hochschulwesens und die Modernisierung der preußischen Wissenschaftspolitik durch die Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen kam insbesondere der Wissenschaftslandschaft Berlin und damit auch der Berliner Universität zugute⁶⁶. Als Berliner Professoren hatten Mommsen und Harnack eher als Professoren anderer Universitäten Zugang zur hohen Politik und damit auch zu Althoff, für den sie als Ratgeber fungierten. Es wäre zu vermuten, daß für diese beiden Wissenschaftsorganisatoren der Standort Berlin und Preußen aus politischen und strukturellen Gründen entscheidend für die Durchsetzung ihrer Ideen war. Interessant wäre zudem ein Vergleich der von Mommsen und Harnack projektierten Großforschungseinrichtungen mit den Bemühungen des Leipzigers Karl Lamprecht um neue Formen der Wissenschaftsorganisation⁶⁷. Jenseits der persönlichen Unterschiede könnte über diesen Vergleich die Rolle struktureller Rahmenbedingungen, d.h. der Einfluß der jeweiligen Universitätsstandorte und der preußischen bzw. sächsischen Hochschulpolitik, ausgelotet werden.

Zwar gehörten der eher linksliberale Mommsen und der eher gubernemental ausgerichtete Harnack unterschiedlichen Generationen und politischen Richtungen an, doch teilten beide die Vorstellung von Wissenschaft als Großbetrieb und die Ansicht, daß die moderne Wissenschaftsorganisation eher außerhalb als innerhalb der Universität beheimatet sein müsse. Harnack setzte als Mitbegründer und erster Präsident der vom preußischen Staat und von der privaten Wirtschaft finanzierten und 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die von Mommsen eingeleitete Großforschung fort und lenkte sie in neue institutionalisierte Bahnen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der Theologe „der“ Repräsentant des deutschen Wissenschaftssystems, der nicht nur Forschungspolitik machte, die mit den Kaiser-Wilhelm-Instituten zunächst hauptsächlich den Naturwissenschaften zugute kam, sondern der selbst, z.B. mit der Kirchenväterausgabe, geisteswissenschaftliche Großprojekte anschob.

Erst seit den 1880er Jahren zog die Forschung an deutschen Universitäten über die nun nahezu flächendeckend und bis zum Ende des Jahrhunderts in allen Disziplinen etablierten Seminare und Institute in die Lehre ein. Dies war aber auch der Zeitpunkt, als durch Überfüllung der dialogischen und forschungspraktischen

⁶⁶ Aus der umfangreichen Literatur zu Althoff vgl. vor allem *Bernhard vom Brocke*, Friedrich Althoff (1839–1908). Forschungsstand und Quellenlage. Bemühungen um eine Biographie, in: *Bernhard vom Brocke* (Hrsg.), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das „System Althoff“ in historischer Perspektive (Hildesheim 1991) 14–44; *Laitko*, System Althoff 75–85.

⁶⁷ Zu Leipzig siehe den Beitrag von Matthias Middell in diesem Band.

Veranstaltungen ebenso wie durch die hohe Belastung in der Lehre und der Selbstverwaltung die Grenzen der Forschungsmöglichkeiten für Professoren an der Universität offensichtlich wurden. Mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 wurde die Forschung teilweise wieder aus den Universitäten ausgelagert. Somit könnte man zunächst vermuten, daß die außeruniversitären Forschungsorganisationen, die Mommsen und Harnack vorantrieben, die Universitätsforschung zurückdrängte. Doch scheinen sich, und das wäre am Berliner Beispiel systematisch zu untersuchen, gerade hier Synergieeffekte aus den Verbindungen der Universität mit der Akademie und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen ergeben zu haben, und wenn dies „nur“ die Tätigkeit der zahlreichen Akademie- und KWI-Mitglieder als Honorarprofessoren an der Berliner Universität war. Berlin hatte die höchste absolute wie relative Zahl an nicht etatmäßigen Extraordinarien und Honorarprofessoren. Dies verschleierte einerseits die tatsächliche Personalsituation, trug aber andererseits zum Prestige der Universität bei, wenn sie bekannte Gelehrte aus außeruniversitären Einrichtungen, d.h. aus Museen, Archiven, der Akademie oder Forschungsinstituten, als Professoren auflisten konnte.

Ein knappes Fazit: Es sind vor allem die Standortfaktoren, die Berlin zur größten deutschen und um 1900 zu einer der renommiertesten Universitäten weltweit machten. Als Neugründung mußte in Berlin nicht gegen den die wissenschaftliche Produktivität wie die Ausbildungsleistung behindernden Filz von Universitätsfamilien, überkommenen Privilegien und Kirche angekämpft werden. Es wurde die bewährte Form der im 18. Jahrhundert modernisierten deutschen Universitäten übernommen und mit der Eingliederung der Naturwissenschaften in die Philosophische Fakultät einen Schritt weiter gebracht. Der Neuhumanismus ebenso wie der zügige Ausbau des Bildungssystems in Preußen und die frühe Professionalisierung der Lehrerbildung beförderte die Ausbildung eines eigentlichen Studentenklientels und die gute Ausstattung der Philosophischen Fakultät. Berlin profitierte vom Phänomen, daß das Frequenzwachstum im 19. Jahrhundert insbesondere Universitäten in Großstädten zugute kam. Hohe Studierendenzahlen beschleunigten den Ausbau und die Ausdifferenzierung der Disziplinen und machten die Universität attraktiv für Professoren. Seit der Gründung stand die Berliner Universität in engem Austausch mit außeruniversitären Institutionen und diese Synergieeffekte zeigten sich besonders stark in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende. Die Nähe zur Politik und zu führenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft sowie die Tatsache, daß Berlin Hauptstadt wurde und zudem Aushangeschild des größten und hegemonialen deutschen Einzelstaates war, ermöglichte der Universität und einzelner ihrer Professoren, ihre hochschul- und wissenschaftspolitischen Ideen gezielter umzusetzen. Dabei erwies sich in den Jahrzehnten um 1900 die in gewisser Weise kontingente, teilweise aber auch „geplant“ herbeigeführte und strukturell bedingte Personenkonstellation Mommsen, Harnack und Althoff als besonders erfolgreich – nicht nur für die Organisation der preußischen und deutschen Großforschung, sondern auch für die Universität Berlin. Und last but not least: die Universität in der Hauptstadt des neuen Reiches wurde auch aus

Prestigegründen großzügig von Preußen finanziert, das zudem aufgrund seiner vielen Universitäten gezielter Schwerpunkte setzen konnte – und diese finanzielle Förderung sollte, wie wir auch heute wissen, nicht unterschätzt werden.

Summary

This article compares the development of three German universities (Tübingen, Freiburg, Berlin) during the 19th century. Focussing on the reform period (ca. 1770–1830), it will first demonstrate that the newly found Berlin University cannot be seen as the reform model for german universities. Next, it takes a look at the student frequency since the number of students was the decisive criterion for the ranking of German universities during the 19th century. Growth in the numbers of students, the expansion of secondary education, yet also changes in society and politics such as the rise of the nation state and religious conflicts had a severe impact on the expansion and specialisation of academic disciplines which led to the development of the German research university. This process was brought about by the federally organised German university system and the interaction of universities different in size and regional setting, which gave room for considerable experimentation. The interplay within this federal university system propelled competition among universities and supported the development of an increasing number of more and more specialized academic disciplines. Thus, we find numerous universities in the German „provinces“, i. e. in smaller towns, around 1900, yet these were by no means “provincial universities”. The last part reflects on the particularities of the Berlin University, which was by far the biggest and most renowned German university around 1900 but at the same time only *primus inter pares*. The “Friedrich-Wilhelms-Universität” in Berlin was distinguished by 1. its intimate relation to the politics of the German Reich; 2. its alliance with the numerous extra-mural research institutes situated in Berlin, 3. its size and setting within the Prussian university system which secured good financial resources and, thus, the possibility to establish chairs for numerous small disciplines and 4. a uniquely advantageous staff constellation during the decades around 1900 with innovative professors and science managers (Theodor Mommsen, Adolf Harnack) on the one hand, and a reform-friendly and active state administration (Friedrich Althoff).

Anhang:

Tabelle 1: *Studierendenzahlen im Vergleich 1830–1910*

Studien- jahr Ø	Gesamt	Berlin		Tübingen		Freiburg	
		Rang/Zahl/Zuwachs	Rang/Zahl/Zuwachs	Rang/Zahl/Zuwachs	Rang/Zahl/Zuwachs	Rang/Zahl/Zuwachs	Rang/Zahl/Zuwachs
1830	15838	1	2069	9	838	11	592
1840	11524	-27,2%	1	1806	-12,8%	5	299
1850	11773	2,1%	2	1526	-15,5%	6	362
1860	12141	3,1%	1	1623	6,4%	8	324
1870	13188	8,6%	1	2220	36,8%	6	222
1880	21190	60,7%	1	3736	68,3%	5	486
1890	28594	34,9%	1	4922	31,7%	7	1093
1900	33986	18,9%	1	5597	13,7%	8	1492
1910	53378	57,1%	1	8289	48,1%	12	2565

Quelle: Eulenburg, Tab. 11a, 11b; Titze, Datenhandbuch I/2, Tab. 1.1., Tab. 8.1., Tab. 25.1.

Für 1830 bezieht sich die Gesamtzahl der Studierenden auf das WS, für die Jahre 1900, 1910 beziehen sich die Angaben auf das Sommersemester, alle anderen Angaben beziehen sich auf den für das Studienjahr pro Semester ermittelten Durchschnittswert. Die Rankings wurden nach den Zahlen für das jeweilige Sommersemester ermittelt.

Legende

Rang: Platz im Ranking der deutschen Universitäten nach Studierendenzahl

Zahl: Studierendenzahl

Zuwachs: Zunahme bzw. Abnahme im Vergleich zur Studentenfrequenz 10 Jahre davor

Tabelle 2: *Fächerwahl der Studierenden an deutschen Universitäten (in Prozent)*

Studien- jahr Ø	Gesamt	Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	15838							
1840	11524							
1850	11773							
1860	12141							
1870	13188	14,7	6,4	22,5	22,6	20,5	9,8	3,6
1880	21190	11,0	3,1	24,8	19,3	22,0	16,6	3,2
1890	28594	15,5	4,4	23,2	31,4	10,2	11,7	3,6
1900	33986	7,1	4,9	28,6	23,2	13,9	17,3	5,1
1910	53378	4,6	3,4	20,6	21,7	23,7	15,9	5,3

Tabelle 3: *Fächerwahl der Studierenden in Berlin (in Prozent)*

SoSe	Zahl	Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	1963	31,1		32,3	24,4	12,3		
1840	1806	21,9		24,8	33,4	19,9		
1850	1448	12,6		39,4	24,8	23,1		
1860	1509	20,7		23,1	28,3	28,0		
1870	2168	12,5		25,5	25,8	25,8	10,0	0,5
1880	3365	6,8		29,6	17,5	27,6	18,1	0,4
1890	4537	15,0		26,0	25,1	14,6	11,6	1,2
1900	4866	5,3		30,1	26,8	17,4	16,8	3,7
1910	7399	3,7		23,7	22,6	31,7	13,7	4,5

Tabelle 4: *Fächerwahl der Studierenden in Tübingen (in Prozent)*

SoSe	Zahl	Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	852	23,2	20,1	11,6	20,2	19,1		5,8
1840	696	23,9	15,2	17,2	19,8	11,5		12,4
1850	791	19,5	20,5	25,9	14,0	12,1		8,0
1860	701	29,5	18,8	9,4	20,8	9,8		11,6
1870	816	32,0	9,8	11,0	27,0	11,8	2,5	6,0
1880	1200	24,8	12,3	23,6	16,3	9,4	6,4	7,3
1890	1408	30,5	11,5	19,3	19,0	4,3	2,9	12,4
1900	1498	21,9	11,2	26,8	20,0	5,4	5,9	8,7
1910	1937	17,8	9,1	20,2	20,1	18,2	10,5	4,0

Tabelle 5: *Fächerwahl der Studierenden in Freiburg (in Prozent)*

SoSe	Th.Ev.	Th.Kath.	Jur.	Med.	Phil.	Nat.	Stawi.
1830	593		32,7	16,5	25,1	25,6	
1840	296		33,5	30,1	30,1	6,4	
1850	348		43,4	19,3	23,0	14,4	
1860	312		61,5	3,9	17,6	7,7	
1870	225		50,2	15,6	18,2	8,0	0,9
1880	528		8,9	30,1	40,1	10,8	10,0
1890	1254		16,2	24,3	36,1	9,0	11,7
1900	1766		14,6	34,1	28,8	10,5	10,7
1910	2884		8,6	21,5	33,7	21,6	11,7
							2,8

Quellen:

Tabelle 2: Zahlen zur Fächerwahl der Studierenden an deutschen Universitäten (Tabelle 2) nach der Zusammenstellung in *Paletschek, Permanente Erfindung*, Tab. 2;

Tabellen 3-5: Zahlen zusammengestellt nach *Titze*, Datenhandbuch I/2, Tab. 1.1., Tab. 8.1., Tab. 25.1.

Legende

SoSe: Sommersemester

Th.Ev.: Evangelisch-Theologische Fakultät

Th.Kath.: Katholisch-Theologische Fakultät

Jur.: Juristische Fakultät

Med.: Medizinische Fakultät (Allgemeinmedizin, Zahnmedizin, Pharmazie)

Phil.: Philosophische Fakultät, ab 1870 nur noch geisteswissenschaftliche Disziplinen der Philosophischen Fakultät

Nat.: Naturwissenschaftliche Fakultät bzw. naturwiss. Fächer Phil. Fak.

Stawi.: Staats- und Wirtschaftswissenschaften (inkl. Agrar- und Forstwiss.)

Charles E. McClelland

Inszenierte Weltgeltung einer prima inter pares? Die Berliner Universität und ihr Jubiläum 1910

Die Mutter aller Jubiläen 1910

Der Ruf der Friedrich-Wilhelms-Universität leuchtet noch heute im internationalen Wissenschaftsbewußtsein. Erst vor kurzem las ich zufällig in einer amerikanischen Zeitschrift: „It is hardly an exaggeration to claim that, before the twin catastrophes of the Third Reich and World War II, Berlin was the intellectual epicenter of the world and the Humboldt [University] *the* university in Berlin.“¹ Sie war am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit rund 10 000 Studenten, einem Sechstel der Gesamtfrequenz im Deutschen Reich, auch „die erste deutsche Massenuniversität“². Implizit schreiben Historiker (mich eingeschlossen) den Beginn des Niedergangs der deutschen Wissenschaft sowie des deutschen Hochschulsystems den Folgen von Krieg und Faschismus zu. Eine etwas genauere Untersuchung der Lage schon *vor* dem Kriegsausbruch – und zwar anhand des Jubiläums von 1910 selbst – zeigt aber bereits Probleme, Krisen und den Beginn des Abstiegs vom Gipfel des im Laufe des vorangegangen Jahrhunderts errungenen weltweiten Ruhmes und Glanzes. Das war selbstverständlich nicht auf die Friedrich-Wilhelms-Universität beschränkt. In einer Zeit der Bildungsexpansion und der Anbahnung von neuen Hochschulgründungen (Frankfurt, später auch Hamburg und Köln) sahen schon Zeitgenossen einen Verlust an früherer Geltung im Vergleich zu in- und ausländischen Rivalen auf dem bisher wenig angefochtenen Feld von Forschung und Lehre auf höchstem Niveau. Diese Erkenntnis färbte auf subtile Weise auch die Stimmung und Ausrichtung der gesprochenen und gedruckten Worte zur Erinnerung und Vergegenwärtigung beim Jubiläum.

Wie die Entstehung der Berliner Universität 1810 die Stellung und Funktion der Preußischen Akademie der Wissenschaften für immer verändert hatte, so sollte die bei der Jahrhunderteier der Universität enthüllte Zukunftsplanung auf deren Abschied vom Alleinvertretungsanspruch der *Hauties Etudes* oder *Advanced Studies* hindeuten. Damit war ein Sonderweg, der die deutschen Hochschulen – unter der

¹ Michael Burda, The Ruins of Humboldt. Restoring German Higher Education, in: The Berlin Journal 13 (2006) 46.

² Konrad Jarausch, Deutsche Studenten (Frankfurt a. M. 1984) 72.

häufigen Anführung der Berliner Universität – im 19. Jahrhundert (und vor allem in den letzten drei Jahrzehnten) zur Erfindung der modernen *research university* hingeführt hatte, zwar nicht beendet, nunmehr aber verzweigt. Man kann darüber streiten, ob weniger konservative und neuerungsfeindliche Hochschulordinarien und Akademiemitglieder dem offenkundigen Drang nach einer selbstständigen, von der Lehre losgelösten wissenschaftlichen Forschung eher nachgegeben hätten. Die Geschichte der Universitäten kennt bekanntlich wenig Beispiele für strukturelle Innovationsfreude unter den etablierten Professoren, und die in anderen Hinsichten ertragreiche, großzügige Autonomie und Selbstverwaltung wird problematisch, wenn die Dynamik der Wissenschaftsentwicklung (wie Anfang des 20. Jahrhunderts) riesige organisatorische und finanzielle Herausforderungen stellt.

Den Eindruck, die Friedrich-Wilhelms-Universität habe ihren Höhepunkt am Vorabend des Ersten Weltkrieges erreicht, verdanken wir ironischerweise zum Teil dem großartig angelegten Gedenken bei der Gründungsjahrhundertfeier 1910. Welche andere Universität hätte sich rühmen können, sowohl in den Festreden des Reichskanzlers und des Kaisers als auch durch ein fünfbandiges Geschichtswerk mit 2 400 Seiten Umfang diese hohe Anerkennung zu finden? Die gewaltige Veröffentlichung näherte sich – verglichen mit den meisten anderen Jubiläumsfestschriften – sogar den höchsten Ansprüchen der historischen Wissenschaft³. Trotzdem ist es auffallend, daß die schon im September 1910 erschienenen Bände dieses Werkes hauptsächlich Gründung und Aufbau der Universität behandeln, sich also thematisch eher mit dem viel bescheideneren Jahresjubiläumswerk von 1860 hätten vergleichen lassen. Der letzte Band erschien erst 1918, vier Jahre nach der Berufung des Autors nach Hamburg; die Entwicklung der Friedrich-Wilhelms-Universität in und nach der Reichsgründung geriet allerdings mit 34 Seiten erstaunlich knapp und gedämpft, kaum mehr als eine Skizze. Auch wenn Lenz sich ursprünglich, also 1910, etwas Anspruchsvolleres vorgestellt haben sollte, scheint der Umfang des Schlußbandes eine Verherrlichung der Universität im Kaiserreich, sozusagen auf dem Weg zum Gipfel, kaum zugelassen zu haben. Manche der Überschriften in dieser Skizze muten sogar wie ein Bild vom Verfall der „Einheit der Wissenschaft“ an: „Zerfall der Philosophischen Fakultät in ihre Fachwissenschaften; Immer stärkerer Ausbau der drei ‚oberen‘ Fakultäten zu Fachschulen; Folge der Zweckbestimmung der Universitäten als Lehranstalten, in Verbindung mit der Entfaltung der Wissenschaften; Wachsende Raumbedrängnis im Hause der Universität oder Auswanderung und Ausbau der naturwissenschaftlichen Institute in den 80er Jahren“⁴.

Und die kaiserliche Huldigung? Gerade während der Feierlichkeiten am 11. Oktober 1910 wurde aus allerhöchstem Munde eine Neuschöpfung verkündet, die

³ Notker Hammerstein, Jubiläumsschrift und Alltagsarbeit, in: Historische Zeitschrift 236 (1983) 601–633.

⁴ Max Lenz, Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, 4 Bde. in 5 (Halle 1910–1918) Bd. II/2: Auf dem Wege zur deutschen Einheit im neuen Reich (1918) 351–385.

über die nächsten hundert Jahre den Universitäten, auch derjenigen, die nach seinem Urgroßvater benannt worden war, die Vorherrschaft in der deutschen wissenschaftlichen Forschung streitig machen würde: die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Nicht der in Wissenschaftsfragen wenig sachkundige Kaiser selbst, sondern seine Beamten hatten ihm die Festrede verfaßt, nachdem eine kleine Gruppe um Adolf von Harnack – erster Präsident der aus der Taufe gehobenen Forschungseinrichtung – die Jubiläumsfeier der Universität und zugleich das Ende ihrer Vorherrschaft (zunächst auf dem Gebiet der Naturwissenschaften) vorbereitet hatte.

In der mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich das Augenmerk nur auf zwei Faktoren in der Berliner Hochschullandschaft richten, die dafür verantwortlich waren, daß das Jahr 1910 nicht nur ein Meilenstein, sondern auch ein Wendepunkt in der Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität war. „Proportion ist alles“, dieser Satz gilt für die Kunst, aber auch z. B. für Werbeleiter. In dieser Hinsicht waren für die Universität um 1910 zwei Gegebenheiten maßgebend: die Stadt, in der sie stand, und die Klientel, deren Bedürfnisse sie (wenn auch stillschweigend) immer stärker zu berücksichtigen hatte.

Großbetrieb in einer Weltstadt

Die Weltgeltung der Berliner Universität hatte nicht wenig mit der Stadt und ihrer Umgebung zu tun. Die Friedrich-Wilhelms-Universität war eine der zwei deutschsprachigen Universitäten mitten in einer Weltstadt. Mit nur rund 100 000 Einwohnern zur Zeit der Universitätsgründung hatte Berlin 1880 bereits mehr als eine Million Einwohner, 1895 schon 1,7 Millionen und am Vorabend des Ersten Weltkrieges mehr als 2 Millionen. Das war fast so groß wie London (wenn man die Eingemeindungen der 1920er-Jahre hinzuzieht) und größer als Paris oder Wien. Obwohl Wiens Bevölkerung zu einem Drittel aus nach dem Krieg nach Hause zurückgekehrten ungarischen und slawischen Untertanen bestand und damit betont kosmopolitisch – oder, wie manche Politiker von rechts heute sagen würden, „überfremdet“ – aussah, hatte auch Berlin 290 000 Ausländer (hauptsächlich Polen und Russen). Die nächstgrößeren Universitätsstädte im Deutschen Reich, Leipzig und München, erreichten damals erst eine halbe Million Einwohner und waren merklich provinzieller.

Die Großstadt als Umgebung ist für die Friedrich-Wilhelms-Universität besonders hervorzuheben, denn die traditionelle europäische Universität hatte meistens eine Antipathie gegen Großstädte gezeigt. In einer Großstadt wie Berlin konnten Studierende und ihre Lehrer z. B. verschiedene Auswirkungen der Industrialisierung auf die Volksgesundheit, das Wirtschaftsleben oder das Strafrecht wahrnehmen. Wichtiger für die Weltgeltung der Universität, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte, waren aber das Nebeneinander verschiedener Forschungseinrichtungen und die damit einhergehende personelle Überschneidung. Nicht nur die Akademie der Wissenschaften, besonders ihre philosophisch-historische Klasse, sondern auch andere (alte und neue) außeruniversitäre Institute teil-

ten – kostensparend – Personal und Ausstattung mit der Universität, von der alten Charité bis zu den ersten Institutedirektoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Das Vorhandensein vieler erforderlicher Hilfsanstalten und einer kritischen Masse anderweitig honorierter Gelehrter war schon 1810 einer der wichtigsten Gründe dafür gewesen, trotz antiurbaner Vorurteile und Bedenken eine Universität in der Hauptstadt zu gründen. Viele der außerordentlichen Professoren und Privatdozenten, wegen der nach 1870 schnell wachsenden Studentenzahlen unverzichtbar, befanden sich eben in einer Weltstadt, wo sie sich im Vergleich zu kleinen Universitätsstädten wenigstens einen kümmерlichen Lebensunterhalt durch Nebentätigkeiten verdienen konnten. Die Jubiläumsgeschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität hat, wie üblich, die Errungenschaften der Koryphäen der Wissenschaft hervorgehoben. Aus heutiger Sicht ist aber klar, daß „wissenschaftlich interessierte Praktiker“ (wohl die Mehrheit der Privatdozenten) wie auch eine kleine Gruppe Privatgelehrter – meist in den Geisteswissenschaften, aber auch in der Medizin und im Rechtswesen tätig – eine verfügbare Reservearmee bildeten für kostengünstige Unterrichtsangebote. Hinzu kam eine wachsende Anzahl von „Instituts-spezialisten“, die für den Betrieb der naturwissenschaftlichen und medizinischen Institute zunehmend unentbehrlich waren, ohne realistische Hoffnung auf einen ordentlichen Lehrstuhl.

Was die Großstadt als Kommunikationsraum der Wissenschaften anbot, hatte aber auch seinen Preis. Berlin platzte 1910 aus allen Nähten. Die Universität stand in einem am Ende aussichtslosen Wettbewerb mit Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen, mit Finanz, Handel und Gewerbe um zusätzliche Räumlichkeiten. Was bis in die Zeit des Kaiserreichs noch einigermaßen in das Hauptgebäude und die nähere Umgebung gepaßt hatte, konnte mit Dutzenden von neuen eigenständigen Instituten und Seminaren nicht mehr mühelos im Regierungsbezirk untergebracht werden⁵. Um die Jahrhundertwende kam daher die Idee auf, frei werden des (und staatseigenes) Domänengelände im fernen Dorf Dahlem für einen Wissenschaftspark, ein „deutsches Oxford“, vorzusehen. Diese *suburbanization* („Vorstadtbildung“) wurde erst denkbar nach dem raschen Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Nicht nur Gebäude, auch Wohnraum suchende Professoren und sogar der Ministerialdirektor Althoff fingen an, im Südwesten seßhaft zu werden mit der Folge, daß gewisse Kieze und sogar Plätze – wie Steglitz und Rüdesheimer Platz – fast zu Akademikerkolonien wurden⁶. U- und S-Bahn dürften ge-

⁵ Vgl. die Tabelle 2: Fächer an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin, 1892–1930, in Peter Lundgreens Beitrag in diesem Band; vgl. ders., Differentiation in German Higher Education, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *The Transformation of Higher Learning 1860–1930. Expansion, Diversification, Social Opening and Professionalization in England, Germany, Russia and the United States* (Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen 13, Stuttgart 1983) 159.

⁶ Man kann in Meineckes Memoiren nachlesen, wie froh er war, als neuberufener Berliner Professor gleich in den entstehenden Vorortswohngebieten ein erschwingliches eigenes Haus kaufen zu können. *Friedrich Meinecke*, Straßburg, Freiburg, Berlin 1901–1919, (Stuttgart 1949) 143–148. Straßen- und Plaznamen von Schöneberg bis zum Botanischen Garten erinnern noch heute an diese akademische Neubevölkerung der früheren Dorfweiden des Berliner Südwestens.

nauso viel zum schwindenden Bewußtsein von der „Einheit der Wissenschaft“ beigetragen haben wie die Ausdifferenzierung der Disziplinen und das Fachspezialistentum. Das dadurch entstandene Auseinanderrücken von Kollegen und Gesprächspartnern, die früher in Fußnähe zueinander lebten, muß die Kommunikation innerhalb der Berliner Universitätswelt spürbar, wenn auch nicht quantifizierbar, beeinträchtigt haben. Solche scheinbar trivialen Habitusänderungen können tief greifende Umwälzungen in Weltanschauungen zur Folge haben, wie der Historiker A. J. P. Taylor einmal witzig über seine englischen Kollegen festgestellt hat: „When Oxford dons talk of the decline of Western civilisation, what they mean is that they used to have servants to do the washing up and now they have to do it themselves.“

Nachzügler in der Hochschullandschaft wie die Charlottenburger Technische Hochschule litten zwar weniger an dem Platzmangel, der in Berlin-Mitte herrschte, aber man muß auch den Wettbewerb mit diesen Bildungs- und Forschungsanstalten erwähnen, wenn man den Status des „Primus“ ins rechte Licht rücken will. Die scharfe Abgrenzung zwischen Universitäten und Technischen Hochschulen in Deutschland steht im Gegensatz zu amerikanischen Entwicklungen im letzten Drittel des Jahrhunderts. Hier hatten die beiden Morill Acts (1863 und 1890) zur Gründung von staatlichen Universitäten sowie Agricultural and Mechanical (A und M) Colleges geführt; sie verbanden Grundlagen- und angewandte Forschung in den Natur- und Technikwissenschaften mit Ausbildung und schlossen teilweise auch Kunsthochschulen ein. Selbst die alten Privatuniversitäten Amerikas gingen dazu über, Institute und Fachbereiche (Departments) auf einem Campus zu vereinen, die in Deutschland institutionell streng getrennt gehalten wurden. Würde die deutsche Universität sich dieser „Amerikanisierung“ öffnen? Der lange Kampf um die klassischen Sprachen als Zulassungsbedingung für das Studium endete um die Jahrhundertwende ebenso erfolglos wie der Versuch, den Technischen Hochschulen das Promotionsrecht vorzuenthalten.

Die „Humboldttsche“ Reform hatte 1810 zu einer Universität geführt, die für die damaligen Zustände in Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft ausreichend war. Sie bildete höhere Staats- und Kirchenbeamte aus, ferner die Lehrer für das gleichfalls reformierte, altsprachliche Gymnasium. Ein „Forschungsimperativ“ galt anfangs hauptsächlich für die aufgewertete philosophische Fakultät, die aber die Schlüsselrolle bei der Ausbildung der neuen Gymnasiallehrer übernahm. Um 1910 hatten sich diese Zustände gewaltig verändert. Nicht mehr vornehmlich Staats- und Kirchendiener, sondern inzwischen überwiegend Freiberufler, Lehrer für die modernen (realistischen) Schultypen, Naturwissenschaftler, Journalisten und Wirtschaftswissenschaftler bildete die Universität aus, eine große Zahl davon in dem verpönten, gleichwohl realen „Brotstudium“. Die Friedrich-Wilhelms-Universität stand an einem Scheideweg: Sollte sie ihre Lehr- und Forschungsaufgaben unbegrenzt ausdehnen oder sich auf die vorhandenen Organisationsformen und Aufgaben beschränken? Eine Universität mit begrenzten Erwartungen an wissenschaftliche Innovationen hatte durchaus Tradition; eine Universität ohne Lehraufgaben war dagegen undenkbar.

Erweiterte Klientel

In den 100 Jahren bis 1910 und besonders seit den 1860er Jahren hatte sich die Klientel der Universität stark erweitert. Nicht nur die großen Studentenzahlen, sondern auch die Mehrheit der im Lehrbetrieb Aktiven – die sogenannten „Nicht-Ordinarien“ – stellten (und stellen bis heute) eine Herausforderung dar für das Idealbild einer kleinen, aber feinen, hauptsächlich von Ordinarien und Institutedirektoren getragenen *research university*⁷. Die kognitive Dissonanz zwischen Selbstinszenierung und Wirklichkeit der Friedrich-Wilhelms-Universität wurde im Jubiläumsjahr sehr gut sichtbar in dem Mißverhältnis zwischen der Betonung von wissenschaftlichen Höhepunkten und Koryphäen einerseits und der Geringsschätzung von Nicht-Ordinarien, Lehrbetrieb und Studentenschaft andererseits. Weder die nichtordentlichen Hochschullehrer noch die nicht satisfaktionsfähigen bzw. -willigen Studierenden (vielleicht 40% der Gesamtheit, Söhne aus dem Mittelstand, höhere Töchter und Ausländer)⁸ waren bei den Jubiläumsfeiern und -publikationen vertreten. Die Ausbeutung von unbezahlten oder nur geringfügig besoldeten Privatdozenten und außerordentlichen Professoren wurde 1897 nur unzulänglich und palliativ durch die preußische Hochschulbesoldungsreform angepackt; die Unzufriedenheit der Betroffenen erreichte mit der Gründung der „Nicht-Ordinarienbewegung“ um 1907 einen neuen Höhepunkt. Zur gleichen Zeit baute Deutschland die ersten vier eigenen Schlachtschiffe der *Dreadnought*-Klasse, die im Jubiläumsjahr fertig wurden und symbolisch sehr gut auf die Gründe hindeuten, warum die „geistigen Kräfte“ unzureichend mit Butter versorgt waren. Von 1910 bis zum Kriegsausbruch vergrößerten sich die Rüstungsausgaben des Reiches um weitere 73%⁹. Unter den Teilnehmern an den Jubiläumsfeierlichkeiten des Jahres 1910 gab es nur wenige, die den Ausgaben für Kultur den Vorrang gegeben hätten. „Galt den Zeitgenossen doch ‚Wissenschaft und Wehrkraft‘ als Auszeichnung, als Glanzstücke des deutschen Kaiserreichs; ihnen imponierte, wie Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf schrieb, die ‚Verbrüderung von Militarismus und Wissenschaft‘ im neuen Staatswesen sehr.“¹⁰ Beim ersten Festakt in der Neuen Aula, in der umgebauten „Kommode“ gegenüber dem Hauptgebäude, war die symbolische Anwesenheit einiger ausgewählter Studenten – in Uniform oder „Wichs“ – bezeichnend. Die zwei Drittel der Berliner Studierenden, die keiner Korporation angehörten, munkelten von Boykott. Beim zweiten Festakt gab es ebenfalls nur wenige Studenten¹¹.

⁷ Rüdiger vom Bruch, Universitätsreform als soziale Bewegung. Zur Nicht-Ordinarienfrage im späten Kaiserreich, in: Geschichte und Gesellschaft 10 (1984) 72–91.

⁸ Jarausch, Deutsche Studenten 73; Lenz, Universität zu Berlin, Bd. III, 521; Helmut Klein (Hrsg.), Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin 1985) 57.

⁹ <http://www.thecorner.org/hist/wwi/military.htm>

¹⁰ Notker Hammerstein, Antisemitismus und deutsche Universitäten, 1871–1933 (Frankfurt a. M., New York 1995) 53.

¹¹ Christopher Roth, Das 200jährige Jubiläum der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften 1900 und die Jahrhundertfeier der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Wenn die feiernden Würdenträger und Professoren 1910 Kanonen den Vorrang vor Butter gaben, dann mußte das sowohl für die Nicht-Ordinarien und den wissenschaftlichen Nachwuchs als auch für die Studierenden Auswirkungen haben. Und in der Tat, es gibt Anzeichen dafür, daß die meritokratische Rekrutierung der preußischen Eliten, auf die man lange Zeit – im Gegensatz zur Junkerherrschaft – hatte verweisen können, neuerdings den jungen Talenten nicht mehr so klar die Karrieren offen hielt. Schon Friedrich Paulsen bemerkte 1906 den neuaristokratischen Zug in der Studentenschaft. Stipendien und Freitische für minderbemittelte Studierende wurden seltener bzw. knapper bemessen. Gleichzeitig läßt sich eine stärker „plutokratische“ Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses feststellen¹². Diese Erschwerung und Verteuerung des Erwerbs von Berufsqualifikationen entsprach dem wachsenden Druck und der immer aggressiveren Interessenwahrnehmung seitens vieler akademischer Berufsvereine. Wegen der Überfüllungssituation auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker hatten auch diejenigen Absolventen, die sich unter relativ liberalen Aufnahmebedingungen für akademische Berufe qualifiziert hatten, wachsende Probleme zu Beginn ihrer Karriere¹³.

Der Drang in die akademischen Berufe, weniger ein Bildungsdrang, trieb immer mehr Söhne, dann auch Töchter aus dem Mittelstand zum Studium, so daß Frequenz und Qualität der Studierenden sich bis 1910 gewaltig geändert haben. Frauen, die in anderen europäischen und deutschen Staaten schon studieren und promovieren durften, wurden in Preußen zwar erst 1908 amtlich zum Vollstudium zugelassen, machten aber fast zehn Prozent der Vorkriegsexpansion aus. Die Studentinnen stammten aus einem vergleichbaren sozialen Milieu wie ihre männlichen Kommilitonen, aber in den letzten Jahrzehnten hatte sich die soziale Herkunft der Studenten verschoben. Allein durch die Zulassung der Abiturienten von Realgymnasien und Oberrealschulen zum Studium (ca. 25% des Frequenzzuwachses) erweiterte sich das gesellschaftliche Rekrutierungsfeld, wenn auch nur wenige Arbeiterkinder dabei waren. Hinzu kamen etwa neun Prozent Ausländer. Insgesamt kann man zum Ende des 19. Jahrhunderts von einem bedeutsamen Wandel in der sozialen Rekrutierung der Studierenden an deutschen Universitäten

1910 im Vergleich: [akademische (Re)präsentation im Berlin des wilhelminischen Kaiserreichs], [unveröffentlichte] Wissenschaftliche Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Amt des Studienrats, Humboldt-Universität zu Berlin (27. November 2006) 67. Ferner: „Bei der Planung der studentischen Beteiligung am Fackelzug und der Reihenfolge der in diesem vertretenen Gruppen kam es zu Streitigkeiten zwischen inkorporierten, nichtinkorporierten und jenen nichtinkorporierten Studenten, die sich von der ‚Vereinigung der Nichtinkorporierten‘ nicht hinreichend repräsentiert sahen.“ (69).

¹² Friedrich Paulsen, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium (Berlin 1902, ND 1965) 160; Martin Schmeiser, Akademischer Hasard. Das Berufschicksal der deutschen Universität 1870–1920. Eine verstehend-soziologische Untersuchung (Stuttgart 1994) 324. Vgl. auch Sylvia Paletschek, Die permanente Erfahrung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Contubernium 53, Stuttgart 2001) 519.

¹³ Siehe die ausgezeichnete und eingehende Analyse der Überfüllungsdynamik in: Hartmut Titze, Der Akademikerzyklus (Göttingen 1990) Kap. 5.

sprechen: Fast 50% stammten aus „nicht traditionellen“ Kreisen¹⁴. Hinzuweisen ist aber auch auf den beharrlichen, meist stillschweigenden Widerstand gegen Chancengleichheit für jüdische Studierende und Nachwuchswissenschaftler, auch in Professorenkreisen, in denen wohl eher eine „kulturprotestantische“ als eine antisemitische Gesinnung fortlebte. Gustav Schmoller, wie Harnack und Wilamowitz ein Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz und mit Harnack sogar in den erblichen Adelsstand erhoben, konnte während der Vorbereitungen zum Jubiläum schreiben: „Wie ... bewahrheitet sich in so manchen Fakultäten die Prophezeiung, daß der erste jüdische Ordinarius in zehn Jahren fünf und mehr andere Juden nach sich ziehe.“ Auch wenn er damit keine völkischen Ressentiments bedienen wollte, konnten viele Antisemiten eine Alarmglocke in seiner Feststellung erblicken: „Die Benachteiligung der Juden im preußischen Staatsleben ist heute fast dem Verschwinden nah und macht bereits dem Gegenteil da und dort Platz.“¹⁵ Der Verdacht liegt nahe, daß manche kaisertreuen Professoren eher die Agitation für Großstadtuniversitäten neuen Typs – in der öffentlichen Diskussion oft mit Materialismus, Gewerbeinteressen oder (jüdischer bzw. katholischer) Kulturfeindschaft verbunden – zugelassen hätten; daß sie weniger bereit gewesen wären, dem Andrang von Studenten und Nachwuchswissenschaftlern aus traditionell ausgeschlossenen oder benachteiligten Schichten und Gruppen Chancengleichheit einzuräumen an der großstädtischsten aller deutschen Hochschulen.

Weltgeltung als Strategie in der preußischen und kaiserlichen Kulturpolitik

Studenten waren nicht die einzige „Klientel“ der Universität. Auch Staat und Wirtschaft machten Bedürfnisse geltend, die die Hochschullandschaft beeinflussen, ja umgestalten mußten. Angesichts ihrer Größe und des wissenschaftlichen Ranges ihrer Professoren konnte die Friedrich-Wilhelms-Universität gelassen und fast ohne Nachdruck ihre Stellung als *prima inter pares* unter den deutschen Hochschulen um 1910 behaupten. In dem Werk von Lenz wird sie explizit so dargestellt, mit zur Schau getragener Bescheidenheit¹⁶. Diese wirklichkeitsnahe Positionierung stellte aber viele der Feiernden nicht ganz zufrieden. Schon um 1900 hatte man den „Mythos Humboldt“ erfunden, zu einer Zeit, als die traditionsreiche Preußische Akademie der Wissenschaften versuchte, ihre inzwischen etwas veralteten und reduzierten Funktionen als „Honoriatiorenklub“ durch den Ver-

¹⁴ Die Statistik für die Friedrich-Wilhelms-Universität zeigt 1910 allerdings etwas niedrigere Werte als 1914 – es gab z.B. noch nicht ganz so viele Frauen, dafür um so mehr Ausländer. Aber die Verhältnisse sahen im ganzen ungefähr dem Durchschnitt von 1914 ähnlich, nur bei einem Viertel mehr an Hörern. Vgl. Anm. 7.

¹⁵ Gustav Schmoller, in: Schmollers Jahrbuch 40 (1906) 426.

¹⁶ „Die Hoffnungen der Vorfahren, Berlins Universität über ihre Schwestern zu erheben, sind für immer begraben: sie wird sich mit dem Ruhme begnügen müssen, unter gleichen die erste zu sein.“ Lenz, Universität zu Berlin, Bd. II/2, 385.

weis auf die glorreichen älteren Zeiten – mit einer mehrbändigen Geschichte anlässlich ihres eigenen Jubiläums – in den Hintergrund treten zu lassen¹⁷. Man diskutierte die Notwendigkeit einer zusätzlichen Organisationsform vor allem für die naturwissenschaftliche Forschung; die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft stand 1910 gerade bevor, sie rückte die überholte und unvollkommene wissenschaftliche Vorherrschaft der beiden älteren Anstalten, Akademie und Universität, ins Bewußtsein. In den Ausschüssen zur Vorbereitung beider Jubiläen saßen einige identische Hauptakteure. Daher kann es nicht Wunder nehmen, daß die Selbstdienstes der Friedrich-Wilhelms-Universität die Gründungsphase und die idealistischen Momente, die geistig-symbolischen „deutschen Bildungswerte“ eines Humboldt oder Fichte betonten. Auf der anderen Seite stand als Gewährsmann gegen allzu großes idealistisches Pathos Adolf von Harnack, der nicht nur als Schlüsselfigur den beiden Vorbereitungsausschüssen für die Jubiläen von Akademie und Universität angehörte, sondern schon 1901, als Rektor der FWU, den Historiker Lenz (einen Neorankeaner und damit vermeintlich „objektiv“) mit einer vergleichbaren Geschichte beauftragte, wie er sie selber 1900 mit 1000 Seiten für die Akademie geliefert hatte¹⁸. Damit sollte die „klassische Verlegenheitslösung anlässlich von Universitätsjubiläen“, nämlich die hastig zusammengeflickte Aufsatzsammlung, vermieden werden¹⁹. Dabei ist nicht zu übersehen, daß der Theologe Harnack unter seinen gottesgelehrten deutschen Kollegen kaum als Orthodoxer galt und daß ihm mehr als allen anderen Wissenschaftlern des Kaiserreiches das Zustandekommen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu verdanken ist. Obwohl es im Kaiserreich von solchen scheinbaren Widersprüchen zwischen moderner Dynamik und historisierendem Stilpathos nur so wimmelt, kann man in Harnacks oberflächlicher Schizophrenie, Hagiograf der beiden wichtigsten preußischen Forschungsanstalten, Akademie und Universität, zu sein, gleichzeitig aber viel Forschung in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu lenken, ein gemeinsames Motiv finden: Wissenschaft als Großbetrieb sollte an der Universität in Grenzen gehalten werden; die Universität sollte als Bildungsstätte erhalten bleiben, keine Ausbildungs- und Erfindungswerkstatt werden mit vorgetäuschten schwachen, ins Zeitalter des Humboldtschen Idealismus zurückführenden Traditionsfäden.

Harnacks Entscheidung für gutdotierte, mit ständigen Hilfskräften und Apparaten ausgerüstete Forschungsinstitute und einer Direktorialverfassung, also frei von kollegialen Hemmungen und Voten wie an Universitäten, hatte viele Gründe, die anderswo breit analysiert worden und hier nur zu erwähnen sind²⁰. Die rasche Ausdifferenzierung von wissenschaftlichen Disziplinen, vor allem in den Natur-

¹⁷ Rüdiger vom Bruch, Langsamer Abschied von Humboldt? Etappen deutscher Universitätsgeschichte 1800–1945, in: Mitchell G. Ash (Hrsg.), *Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten* (Wien 1999) 29–57; Peter Th. Walther, Honoratiorenclub oder Forschungsstätte, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich* (Berlin 1999) 103–118.

¹⁸ Roth, Das 200jährige Jubiläum 55–58.

¹⁹ Hammerstein, Jubiläumsschrift 612.

²⁰ Siehe Kocka, Preußische Akademie.

wissenschaften und der Medizin, verlangte immer neue und auch teurer gewordene Forschungseinrichtungen. Diese in der Friedrich-Wilhelms-Universität weiterhin so unterzubringen, wie das in der „Ära Althoff“ (1882–1907) gang und gäbe gewesen war, hatte seine Grenzen erreicht. Hier wiederholte sich die Erfahrung, die Harnack und andere mit der Akademie gemacht hatten und die Theodor Mommsen in die prophetischen Worte gekleidet hatte: Man könne leicht „als Dekoration angesehen und als überflüssig betrachtet ... werden“, wenn „das Betriebskapital ... versagt“²¹. Versuche des Kultusministeriums, namhafte Wissenschaftler (darunter Nobelpreisträger) nach Berlin zu holen mit dem Angebot, eine (vorlesungsfreie) „Akademieprofessur“ mit einer Honorarprofessur an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu kombinieren, scheiterten. Solche Wissenschaftler konnten ideale Forschungsbedingungen auf einem internationalen Markt verlangen, ohne den zeitraubenden Unterrichts- und Fakultätsbetrieb. Außerdem belastete die finanzielle Ausstattung herausragender Wissenschaftler (sei es an der Akademie, sei es an der Universität) mit geeigneten teuren Instituts- und Laboreinrichtungen die Staatsfinanzen, die durch Rüstungsausgaben ohnehin angespannt waren, bis zum Äußersten. Private Stifter – hauptsächlich aus der Industrie, die an Durchbrüchen in der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung interessiert war – standen bereit, bis zu drei Viertel der benötigten Mittel für Institutsgründungen zur Verfügung zu stellen und gleichwohl auf direkte Kontrolle, wenn auch nicht auf jedweden Einfluß, zu verzichten, dem Staat die Leitung zu überlassen. Die Opposition sowohl in der Akademie als auch in der Universität – besonders in den geisteswissenschaftlichen Fächern – gegen diese „Amerikanisierung“, gegen die Bevorzugung eines vermeintlichen „Materialismus“, erklärt den Umweg, den Harnack und seine Bundesgenossen eingeschlagen haben²². Man ginge nicht zu weit, wenn man für eine Formulierung von Peter Burke – ursprünglich bezogen auf die Verlagerung der Wissenschaft aus den Hochschulen in die Akademien im 18. Jahrhundert – hier eine neue, ironische Verwendung um 1910 findet: „Die Universitäten mochten ihre traditionelle Funktion als Lehranstalten auch weiterhin effizient ausüben, doch im allgemeinen waren es nicht diese Stätten, aus denen heraus sich neue Ideen entwickelten.“²³ Dagegen muß man aber sofort einwenden: Eine saubere Trennung zwischen Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Universität und Akademie war schon wegen der weitgehenden personellen Überschneidung in den drei Anstalten nicht immer möglich. Außerdem muß man berücksichtigen, daß bis ins spätere 20. Jahrhundert hauptsächlich die naturwissenschaftlichen Fächer betroffen waren.

²¹ Theodor Mommsen, „Antwort an Herrn Harnack“, Erwiderung auf Harnacks Antrittsrede [bei der Pr. Akademie] am 3. Juli 1890, in: Sitzungsberichte 1890, 2, 791ff.

²² Übrigens zeigten sich sogar amerikanische Professoren gegenüber krasser Einmischung aus kapitalistischen Kreisen allergisch, also genau gegen das, was deutsche Kollegen als „Amerikanismus“ denunzierten. Sie gründeten deswegen 1915 unter der Führung von John Dewey die American Association of University Professors (AAUP).

²³ Peter Burke, Papier und Marktgeschrei: Die Geburt der Wissensgesellschaft (Berlin 2002) 63.

Bemerkenswert ist daher nicht so sehr die Beschwörung des „Mythos Humboldt“ als des Garanten der „Einheit von Lehre und Forschung“ durch die Universität, sondern dessen kühne Neuinterpretation, die während der Universitätsjubiläumsfeier selbst in der kaiserlichen Rede kundgegeben wurde. Nach dieser Auslegung von Wilhelm von Humboldts Schrift „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ (1809–10), die Harnack schon in seiner Akademiegeschichte veröffentlicht hatte²⁴, wurde sein Ruf nach „Hülfsinstituten“ – also nach Bibliotheken, Gärten, Sternwarten – in eine Legitimation von neuen unabhängigen Forschungsinstituten umgewandelt²⁵. Die Bedürfnisse an natur- und technikwissenschaftlicher Großforschung wurden durch die Lösung vom Hochschulbetrieb glänzend befriedigt; die Finanzlasten beschwerten weder den steuermüden Bürger noch den Militäretat, der sich ruhig rasch vermehren konnte, denn die Großindustrie, die dritte Kraft in dem, was US-Präsident Eisenhower 50 Jahre später den „Military-Industrial-Congressional Complex“ genannt hat, stellte die Mittel bereit für ein international wettbewerbsfähiges Forschungsprogramm. Damit betrat Deutschland zwar keinen Sonderweg ins 20. Jahrhundert, aber eine eigene Variante in der auf Kriegstauglichkeit und Gewinn orientierten Grundlagenforschung, die schneller und wirksamer ohne die Belastung durch Ausbildungsaufgaben voranschreiten konnte. Wie der während der Jubiläumsfeierlichkeiten 1910 proklamierte Neue Kurs mit dem Verweis auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zeigte, inszenierte sich die Weltgeltung der preußischen und deutschen Wissenschaft nicht nur in der Beschwörung von Jahrhunderterfolgen durch die „prima inter pares“, sondern auch in der wohlwollenden Abkehr von der Hochschule als der alleinigen Speerspitze dieser Wissenschaft. Was 1910 noch zu feiern blieb, war die Tatsache, daß die Friedrich-Wilhelms-Universität so viel auf diesem Gebiet mit relativ wenig Mitteln errungen hatte. Hat man damals schon dunkel geahnt, daß weder die Errungenschaften noch die Mittel im gleichen Maß über das nächste Jahrhundert zu realisieren sein würden?

Die Großinszenierung von 1910 ist eher zu verstehen als ein Akt in dem differenzierten Schauspiel der preußisch-deutschen Kultur- und Wissenschaftspolitik, weniger als das, was die meisten eingeladenen Statisten – Professoren im Talar, Korpsstudenten im Wichs, Würdenträger aller Art – wohl empfunden haben. Nicht mehr nur die Universität, sondern die gesamte Bildungs- und Forschungslandschaft Berlins durfte der Krone und dem Reich den Weltglanz verleihen. Wie nach vielen anderen protzigen theatralischen Festen des späten Kaiserreiches, so ließen aber auch hier die eher nüchternen Äußerungen und Gesten der Insider erkennen, daß die Friedrich-Wilhelms-Universität, unbestreitbar auf dem Gipfel ihrer Entwicklung stehend, doch vielleicht schon dabei war, ihren Höhepunkt zu

²⁴ Adolf von Harnack, Geschichte der königlich preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 3 Bde. (Berlin 1900) Bd. III, 361–367.

²⁵ Bernhard vom Brocke, Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900, in: Kocka, Preußische Akademie 120.

überschreiten und sich von dem viel beschworenen Anspruch des (wie immer zu fassenden) Humboldtschen Ideals zu entfernen.

Summary

The 1910 centenary celebrations of the founding of the Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin properly congratulated Germany's largest and most prestigious "research university" on its achievements. But even many of the celebrants shared the unspoken fear that the university may have passed its zenith, not because of any deterioration in the institution itself, but because of the rapidly-changing scientific research landscape in Germany and elsewhere. Even as Emperor and Chancellor graced the celebrations with their presence, Wilhelm II's speech announced the creation of what would become a major rival of university research institutes in the form of the privately-funded Kaiser Wilhelm Society (now known as the Max Planck Society). The financial and structural weaknesses of universities limited by the massive investment in armaments by their patrons, the German states, before World War I and by the burden of carrying out both the duties of teaching and research. These had been sketchily posited in a simpler age by Wilhelm von Humboldt, whose recorded thoughts came to be interpreted for the Centennial into what recent scholars have called the "Humboldt Myth," ironically unveiled to justify the seismic changes in German research policy by 1910.

Register

Bearbeitet von Johanna Tietje und Martin Rosie

Orte

- Aachen 37, 40
Aschaffenburg 57
Auerstedt 33, 44

Bamberg 57
Berlin 3, 8, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 43, 44, 45, 46, 47, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 1, 62, 63, 64, 65, 67, 68, 73, 80, 82, 83, 85, 86, 88, 107, 118, 129, 136, 137, 138, 139, 140, 44, 146, 148, 154, 157, 164, 189–212, 213–242, 243–254
Bielefeld 164
Bonn 43, 49, 50, 51, 52, 53, 56, 57, 58, 59, 61, 62, 63, 64, 66, 67, 68, 76, 81, 154, 164, 230, 237
Breslau 43, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 61, 62, 63, 65, 67, 68, 137, 141, 142, 64, 148, 230
Brünn 106

Cambridge 9, 162
Coburg 24
Czernowitz 173

Dorpat 56, 57, 173
Dresden 196
Duisburg 49, 50, 52, 66

Erfurt 21, 48
Erlangen 57, 65, 85, 218

Frankfurt/Oder 46, 47, 48, 53, 65
Freiburg i. Br. 192, 213, 242

Gießen 7, 37, 60, 63, 64, 65, 235
Göttingen 9, 12, 14, 24, 29, 31, 46, 57, 60, 61, 62, 68, 80, 81, 82, 87, 93, 134, 148, 168, 221, 223, 230
Gotha 24, 34
Graz 104
Greifswald 134, 138, 142, 223, 235
Großbothen 196, 206

Halle 9, 12, 14, 24, 26, 29, 32, 44, 45, 56, 57, 61, 62, 65, 93, 143, 221, 223, 230

Hannover 83, 192
Heidelberg 48, 60, 65, 68, 74, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 192, 221, 223, 225, 226, 229
Helmstedt 9, 48

Ingolstadt 12, 14, 76, 79, 80
Innsbruck 100, 104, 149

Jena 9, 14, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 44, 56, 57, 64, 68, 99, 144, 146, 159, 218

Karlsbad 37, 38, 93
Kiel 57, 60, 222, 225, 235
Koblenz 40
Köln 49, 50, 51, 52, 66
Königsberg 46, 57, 138, 141, 142, 143

Laibach 106
Landshut 90
Leipzig 12, 14, 29, 31, 36, 49, 73, 74, 85, 157, 164, 189–212, 219, 232, 235, 245
Lemberg 93, 173
London 245

Mainz 14, 49, 50
Marburg 57, 65, 134, 138, 139, 142, 159, 168
Meiningen 24
München 80, 81, 83, 84, 86, 89, 144, 157, 189, 198, 210, 219, 221, 220, 223, 232, 235, 245
Münster 57

Neuwied 50

Oxford 9, 90

Paris 137, 245
Poppelsdorf 51, 63
Prag 80, 93, 94, 104, 106

Rom 137
Rostock 225, 235

Salzburg 14
 Straßburg 12, 14, 217, 226, 229
 Tilsit 44, 47, 67
 Trient 7
 Trier 49, 50, 66
 Triest 106
 Tübingen 31, 57, 65, 74, 82, 213–242
 Warschau 46

Waterloo 49
 Weimar 24, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 39
 Wien 30, 43, 46, 49, 80, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 100, 104, 245
 Wittenberg 31, 57, 65, 74, 76
 Würzburg 48, 57, 76, 83, 174, 223
 Zürich 81

Personen

Abbe, Ernst 41
 Albert von Sachsen-Coburg-Gotha 68
 Albrecht Friedrich Wilhelm Nikolaus, Prinz von Preußen, Regent von Braunschweig 91
 Altenstein, Karl Freiherr vom Stein zum 18, 51, 56, 57, 60, 66, 132
 Althoff, Friedrich 129, 131, 134, 137, 138, 139, 140, 146, 147, 148, 174, 203, 237, 238, 246, 252
 Anna Amalia von Braunschweig, Herzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach 25
 Aristoteles 5
 Arndt, Ernst Moritz 53, 66
 Augusti, Johann Christian Wilhelm 57
 Baumgarten, Marita 60, 64, 67, 221, 192, 230
 Becker, Thomas 79
 Below, Georg von 229
 Berends, Karl August Wilhelm 48, 55
 Berger, Ernst Hugo 205
 Bertuch, Friedrich Justin 32
 Bethmann-Hollweg, August von 88, 142
 Beyme, Carl Friedrich von 45
 Binding, Adolf 206, 210
 Bismarck, Herbert von 133
 Bismarck, Otto von 91, 133, 168
 Böckh, August 54, 62, 136
 Bonaparte, Napoleon 35, 36, 49
 Bonifatius, Apostel der Deutschen 76
 Bonitz, Hermann 100, 101
 Bosse, Robert 139
 Brandenburg, Arnold Otto Erich 206
 Brandt, Harm-Hinrich 162, 165
 Bredow, Gottfried Gabriel 48
 Bruch, Rüdiger vom 45, 107, 140, 191
 Brücke, Ernst Theodor von 104, 105
 Bülow, Bernhard von 139

Bunsen, Christian Carl Josias von 137
 Burke, Peter 252
 Büsching, Johann Gustav Gottlieb 65
 Canitz und Dallwitz, Karl Ernst Wilhelm von 133
 Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach 25, 30, 31, 36, 37, 38
 Chmel, Joseph 94
 Delbrück, Hans 147
 Delbrück, Johann Friedrich Ferdinand 57
 Dittrich, Rudolf 209
 Döbereiner, Johann Wolfgang 33
 Döllinger, Ignaz von 80, 84, 89
 Dönniges, Wilhelm von 164
 Doppler, Christian 98, 106
 Dove, Alfred 139
 Dreyhaupt, Johann Christoph 57
 Drobisch, Moritz Wilhelm 196
 Droyssen, Johann Gustav (jr.) 143
 Droyssen, Johann Gustav 22, 138, 140, 144, 145, 146, 147
 Dümmler, Ernst Ludwig 143
 Duncker, Max 133, 146
 Eichhorn, Johann Albrecht von 136
 Eichstädt, Heinrich Karl 37
 Eisenhower, Dwight D. 253
 Engel, Johann Jacob 44
 Ennemoser, Joseph 66
 Erler, Georg 194
 Ernst August I., König von Hannover, Herzog von Braunschweig-Lüneburg 84, 87
 Ernst August von Sachsen-Weimar-Eisenach 36
 Esenbeck, Christian Gottfried Daniel Nees von 57, 63, 67

- Esenbeck, Theodor Friedrich Ludwig Nees von 67
 Eulenburg, Franz 197, 198, 225
 Exner, Franz 94, 96, 98
- Ferber, Christian von 199
 Ferdinand I., Kaiser von Österreich 93
 Fichte, Johann Gottlieb 13, 16, 23, 26, 29, 31, 34, 44, 45, 221, 251
 Fischer, Eugen 236
 Fischer, Kuno 22, 84, 85, 90
 Follen, Karl 37
 Förster, Friedrich 135
 Francke, August Hermann 9
 Franz II./I., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Kaiser von Österreich 93
 Franz Josef I., Kaiser von Österreich 98, 103
 Friedrich II., der Große, König von Preußen 12, 44, 133
 Friedrich II., Herzog von Württemberg, als Friedrich I., König von Württemberg 217
 Friedrich Wilhelm II., König von Preußen 21
 Friedrich Wilhelm III., König von Preußen 43, 47, 55
 Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 135, 137
 Fries, Jakob Friedrich 34, 39
 Froriep, Ludwig Friedrich von 32
 Fuchs, Stephan 162
- Galen von Pergamon 5
 Gedike, Friedrich 21, 23, 28
 Gegenbaur, Karl 22
 Gehler, Michael 149
 Gersdorff, Ernst Christian August von 36
 Gesner, Johann Matthias 14
 Goethe, Johann Wolfgang 23, 25, 26, 27, 28, 30, 32, 33, 34, 37, 38
 Goldfuß, Georg August 61, 64
 Görres, Joseph 53, 100
 Gratz, Peter Alois 57
 Gustav II. Adolf, König von Schweden 143
- Hardenberg, Karl August Freiherr von 66, 132, 133
 Hardtwig, Wolfgang 161
 Harless, Johann Christian 57
 Harnack, Adolf von 18, 145, 147, 203, 211, 237, 238, 245, 250, 251
 Hase, Karl 39
- Hasner von Artha, Leopold 104
 Hasse, Johann Christian 57
 Hayn, Rudolf 137
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 16, 135
 Heine, Heinrich 164
 Heinrich, Christoph Gottlob 26
 Herfurth, Edgar 207
 Hermes, Georg 57
 Herr, Lucien 195
 Heyne, Christian Gottlob 14
 Hildebrand, Bruno 41
 Hintze, Otto 138
 Höfler, Constantin von 101
 Hufeland, Christoph Wilhelm 18, 29, 31
 Hüllmann, Karl Dietrich 57
 Humboldt, Alexander von 136, 137, 139
 Humboldt, Wilhelm von 13, 15, 28, 45, 46, 51, 114, 152, 153, 156, 219, 221, 251, 253
 Huttner, Markus 221
- Jarausch, Konrad H. 161, 162
 Jarcke, Karl Ernst 100, 101
 Jastrow, Ignaz 129, 130, 131
 Jeismann, Karl Ernst 130
 Jérôme (Bonaparte), König von Westfalen, Prinz von Montfort 48
 Josef II., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 93
- Kamptz, Karl Albrecht vom 132
 Kant, Immanuel 11, 16, 29
 Kelle, Carl von 106
 Kirchhoff, Gustav Robert 138
 Koepke, Rudolf 85
 Kolowrat-Liebsteinsky, Franz Anton von 94
 Koreff, David Ferdinand 66
 Körner, Johann Gottfried 27
 Kotzebue, August von 37
 Kraepelin, Emil 210
 Krauske, Otto 138
- Ladenberg, Adalbert von 136
 Laitko, Hubert 213
 Lamprecht, Karl 194, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211
 Langewiesche, Dieter 161, 162
 Lassalle, Ferdinand 164
 Lehmann, Max 145, 148
 Lenz, Max 54, 65, 139, 143, 144, 194, 219, 236, 244, 250
 Leopold II., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 93
 Lepsius, Richard 137

- Leven, Sonja 161
 Liebig, Justus 63, 64, 94
 Liebknecht, Wilhelm 168
 Loder, Justus Christian 29, 32, 33
 Lönecker, Harald 149, 150
 Loyola, Ignatius von 80
 Lucanus, Hermann von 134, 147
 Luden, Heinrich 34, 35, 39, 40
 Ludwig II., der Deutsche, König des Ostfrankenreichs 84
 Ludwig II., König von Bayern 83
 Lundgreen, Peter 149
 Luther, Martin 6, 7, 23, 76
 Lutz, Johann von 89
- Madhin, Ludwig Gottfried 55
 Mannagetta, Leo Ritter Beck von 106
 Marheineke, Philipp Konrad 65
 Martin, Ernst 228
 Marx, Karl 41
 McClelland, Charles 138
 Meier, Ernst von 140
 Meinecke, Friedrich 154, 236
 Melanchthon, Philipp 6
 Metternich, Klemens Wenzel Lothar von 39, 40, 93, 94, 100
 Mewes, Uwe 228
 Mohl, Robert von 218
 Möller, Silke 149
 Mommsen, Theodor 41, 131, 136, 137, 145, 146, 237, 238, 252
 Montesquieu, Charles-Louis de 25
 Moraw, Peter 61
 Motz, Philipp Wilhelm von 39
 Müller, Gerhard 27, 28
 Münchow, Karl Dietrich von 57
- Naudés, Albert 134
 Nicolai, Friedrich 13
 Niebuhr, Barthold Georg 57, 66
 Nipperdey, Thomas 10
 Nitzsch, Karl Immanuel 57
 Nitzsch, Karl Wilhelm 130
 Noeggerath, Johann Jacob 66
- Oken, Lorenz 23, 34, 36, 39
 Olshausen, Justus 137
 Oltmanns, Jabbo 136
 Ostwald, Wilhelm 196, 205, 206
 Ovid 5
- Paalzow, Hans 210
 Paletschek, Sylvia 190
- Palmerston, Henry John Temple 3rd Viscount 40
 Partsch, Joseph 206
 Paul III., Papst 76
 Pauli, Reinhold 134
 Paulsen, Friedrich 153, 249
 Paulus, Heinrich Eberhard Gottlob 26, 32
 Penny, Henry Glenn 202
 Perthes, Friedrich Christoph 53
 Pertz, Georg Heinrich 133
 Planck, Max 139
- Racowicza, Bajor Janko von 164
 Ranke, Leopold von 130, 134, 135, 140, 147
 Ratzel, Friedrich 205
 Raumer, Friedrich von 134
 Rebenich, Stefan 145
 Rebmann, Andreas Georg Friedrich 27
 Rehfuses, Philipp Joseph 51, 52, 57, 58
 Reinhold, Carl Leonhard 26, 29
 Ries, Klaus 34
 Ringer, Fritz 19
 Ritter, Carl 135, 137
 Rönne, Ludwig von 113
 Roepell, Richard 142
 Roscher, Wilhelm 205
 Rotteck, Karl von 215
 Rudolphi, Karl Asmund 54
 Rühs, Friedrich 132
 Rümelin, Max 236
- Sack, Johann August 52
 Sand, Karl Ludwig 37
 Savigny, Friedrich Carl von 16, 54, 65, 136, 137
 Schäfer, Arnold 142
 Schäfer, Dietrich 138, 236
 Scheidler, Karl Hermann 40
 Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph Ritter von 26, 32
 Schiller, Friedrich 26, 27
 Schlegel, August Wilhelm 57, 66
 Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst 13, 14, 16, 44, 45, 46, 54, 56, 60, 62, 136, 220, 221
 Schlözer, August Wilhelm 7
 Schmarsow, August 206
 Schmid, Ludwig Carl 24
 Schmidt, Adolf 41
 Schmidt-Ott, Friedrich 140
 Schmoller, Gustav 134, 138, 139, 145, 146, 147, 250
 Schott, Otto 41
 Schubert, Friedrich Wilhelm 141

- Schubring, Gert 45
Schuckmann, Kaspar Friedrich von 47, 54, 55
Schulze, Johannes 134, 135, 136, 137
Schütz, Christian Gottfried 32, 33
Schütz, Johann Gottfried 26
Seeliger, Georg Wolfgang 106
Seeliger, Gerhard 194
Seessel, Albert 207
Seifert, Arno 7, 8
Siemens, Werner von 82
Solms-Laubach, Friedrich zu 60
Sommaruga, Franz Seraph von 96
Spitzer, Daniel 104
Stark, Johann Christian 26, 29
Steffens, Heinrich 13
Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum 51, 52, 133
Stenzel, Gustav Adolf Harald 141
Stourdza, Alexander Graf 37
Studt, Heinrich Konrad 147
Sturm, Johannes 6, 7
Süvern, Johann Wilhelm 46, 47, 56, 132
Sybel, Heinrich von 80, 89, 133, 139, 142, 143

Taylor, Alan J. P. 247
Teller, Wilhelm Abraham 13
Thomasius, Christian 12
Thun-Hohenstein, Leo Graf 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104
Titze, Hartmut 223
Treitschke, Heinrich von 49, 137, 143, 147, 154
Turner, Steven 45, 113

Valla, Lorenzo 5
Venedey, Jakob 22, 23
Vitruv 5

Voigt, Christian 30, 33, 37
Voigt, Georg 194

Wallraff, Ferdinand Franz 50
Walter, Ferdinand 57
Walther, Philipp Franz von 57
Wedell, Wilhelm Graf von 134
Weiss, Cornelius 196
Weizsäcker, Julius 236
Welcker, Carl Theodor 67
Welcker, Friedrich Gottlieb 67
Wenzel I., König von Böhmen 84
Werder, Carl 136
Wette, Wilhelm Martin Leberecht de 65
Weule, Karl 206
Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von 248, 250
Wilhelm I., Kaiser des Deutschen Reiches 84, 146, 147
Wilhelm II., Kaiser des Deutschen Reiches 147
Wilhelm IV., König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, König von Hannover 87
Wilken, Friedrich 130, 132, 133, 134
Wilmowski, Karl von 139
Wilson, Daniel 23, 30, 31
Winckelmann, Johann Joachim 14
Windischmann, Karl Joseph Hieronymus 57
Wöhler, Friedrich 94
Wölfflin, Heinrich 139
Wolf, Friedrich August 62
Wolff, Christian 11
Wundt, Wilhelm 206

Zeiss, Carl 41
Ziegesar, Anton von 39, 40
Ziekursch, Johannes 148

